

Ute Lanzendorf  
(Hg.)

## **Wegweiser Globalisierung – Hochschulsektoren in Bewegung II**

Länderanalysen zu Marktchancen  
für deutsche Studienangebote



**Ute Lanzendorf**

**(Hg.)**

**Wegweiser Globalisierung –  
Hochschulsectoren in Bewegung II**

**Länderanalysen zu Marktchancen für deutsche  
Studienangebote**

**Reihe WERKSTATTBERICHTE**

Ute Lanzendorf

(Hg.)

**Wegweiser Globalisierung –  
Hochschulsektoren in Bewegung II**

Länderanalysen zu Marktchancen für deutsche  
Studienangebote

WERKSTATTBERICHTE – Band 70

Internationales Zentrum  
für Hochschulforschung Kassel

Kassel 2009

## **WERKSTATTBERICHTE**

Copyright © Internationales Zentrum  
für Hochschulforschung Kassel  
Universität Kassel  
Mönchebergstr. 17, D-34109 Kassel

Redaktion: Christiane Rittgerott

Druck: Druckwerkstatt Bräuning + Rudert GbR, Espenau

ISBN: Verlag Winfried Jenior  
Lassallestr. 15, D-34119 Kassel

## **Inhalt**

Vorwort <i>Ute Lanzendorf</i>	7
1 Aktuelle Einblicke in die Angebotsseite des globalen Hochschulmarkts – Deutschland als neuer Trendsetter <i>Ute Lanzendorf</i>	9
2 Chile <i>Ute Lanzendorf</i>	33
3 Georgien <i>Kristin Höltge, Ute Lanzendorf</i>	77
4 Indien <i>Karola Hahn</i>	117
5 Indonesien <i>Ute Lanzendorf</i>	161
6 Malaysia <i>Ute Lanzendorf</i>	207
7 Thailand <i>Karola Hahn</i>	253
Anhang 1 Raster zur Analyse von Rahmenbedingungen für den Aufbau deutscher Studienangebote im Ausland	301
Anhang 2 Zuständige Stellen und deutsche Ansprechpartner in den untersuchten Ländern	307
Anhang 3 Wichtige Internet-Adressen	345
Zu den Autorinnen	355



## Vorwort

Dieser Sammelband präsentiert sechs Länderanalysen, die spezifischen Rahmenbedingungen für ein Angebot deutscher Studiengänge außerhalb Europas nachgehen. Er schließt damit an einen analog organisierten Werkstattbericht des Internationalen Zentrums für Hochschulforschung (INCHER) und Analysen aus zehn Ländern präsentierte (Hahn, Karola und Ute Lanzendorf, Ute (Hg.): Wegweiser Globalisierung – Hochschulsektoren in Bewegung. Kassel 2007). Alle Länderstudien sind im Auftrag des DAAD am Internationalen Zentrum für Hochschulforschung der Universität Kassel erstellt worden.

Der vorliegende Band fasst die gekürzten und redaktionell überarbeiteten Fassungen der sechs Länderanalysen zusammen, die zwischen Anfang 2006 und Anfang 2008 fertig gestellt wurden. Die Analysen decken eine geographische Bandbreite von Südostasien (Indonesien, Malaysia, Thailand) über Süd-Asien (Indien) und Vorder-Asien (Georgien) bis nach Südamerika (Chile) ab. Die Länderauswahl erfolgte in enger Abstimmung mit dem DAAD nach inhaltlichen und pragmatischen Kriterien. Es wurden solche Länder ausgewählt, in denen bereits deutsche Studiengänge existierten bzw. die für das Angebot deutscher Studiengänge besonders günstige Rahmenbedingungen zu bieten schienen. Des Weiteren sollte die Erstellung einer Länderanalyse ohne zusätzliche Auslandsrecherchen auf Basis unmittelbar zugänglicher Informationen relativ kurzfristig möglich sein.

Die Langfassungen der sechs Länderanalysen beinhalten umfangreiche Anhänge, die im vorliegenden Band aus Platzgründen nicht mit aufgenommen werden konnten. Alle Langfassungen sind jedoch auf der Internet-Seite des DAAD<sup>1</sup> verfügbar.

Ein erster einleitender Beitrag ergänzt die sechs Analysen von Zielländern deutscher Studienangebote um einen Überblick über die Angebotsseite des globalen Hochschulmarkts: Er stellt jüngere Aktivitäten und Strategien wichtiger Anbieterländer weltweit dar und geht auch auf unterschiedliche Typen neuer, transnational agierender Studienanbieter ein. Besondere Berücksichtigung finden letzte Entwicklungen grenzüberschreitender Studienangebote deutscher Hochschulen.

Zentrales Anliegen der Länderanalysen ist es, den Hochschulen und der Hochschulpolitik Informationen über länderspezifische Rahmenbedingungen für Auslandsengagements einerseits und sinnvolle Organisationsformen für deutsche Studienangebote im Ausland andererseits verfügbar zu machen. Als gemeinsame systematische Grundlage für alle Länderanalysen dient ein 2003 in Zusammenar-

---

<sup>1</sup> Unter <http://www.daad.de> - Informationen für Hochschulen - Studienangebote im Ausland - Materialien.

beit mit dem DAAD entwickeltes thematisches Raster (s. Anhang 1). Das Raster berücksichtigt neben den unmittelbar bildungs- und hochschulbezogenen Rahmenbedingungen auch den weiteren politischen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Kontext eines Hochschulsystems. Die systematische Darstellung länderspezifischer Kontextbedingungen wird ergänzt durch eine Stärken-Schwächen-Analyse sowie Handlungsempfehlungen für ein weiteres deutsches Engagement in den Hochschul- und Wissenschaftssektoren der behandelten Länder.

Im Kontext einer ganzheitlichen Unterstützung deutscher Studienangebote im Ausland durch den DAAD kommt den Länderanalysen die Funktion einer Entscheidungs- und Planungshilfe für die beteiligten Akteure zu. Da ähnlich umfassende Darstellungen für die meisten außereuropäischen Hochschulsysteme weder auf Deutsch noch auf Englisch veröffentlicht sind, sind die Länderanalysen aber auch für Leser von Interesse, die nicht unmittelbar der Hochschulpolitik oder der Praxis zuzurechnen sind.

Die Länderanalysen basieren im Wesentlichen auf Internet- und Literaturrecherchen, der Auswertung von Datenbanken und Experteninterviews. Neben relevanten Veröffentlichungen und aktuellen statistischen Daten sind die Expertise der DAAD-Außenstellen und -Regionalreferate sowie auch die Erfahrungen deutscher und ausländischer Hochschullehrer, die an internationaler Zusammenarbeit mitgewirkt haben, in die Studien eingeflossen. Muttersprachige studentische Hilfskräfte unterstützten die Informationsrecherchen.

Als Herausgeberin und Autorin und auch im Namen von Karola Hahn möchte ich mich ganz herzlich bei den verschiedenen in- und ausländischen Experten und den internationalen studentischen Hilfskräften für ihr Engagement und freundliches Entgegenkommen bedanken. Ohne ihre Unterstützung wäre es unmöglich gewesen, die notwendigen Informationen für die vorliegenden Länderstudien zusammenzutragen. Ein besonderer Dank geht an die Leiter von DAAD-Außenstellen und -Informationszentren in den dargestellten Ländern sowie an die beteiligten DAAD-Regionalreferenten mit Sitz in Bonn. Sie haben erste Manuskripte durch wertvolle inhaltliche Hinweise bereichert. Ein ganz herzlicher Dank geht an Christiane Rittgerott und Dagmar Mann, die am Internationalen Zentrum für Hochschulforschung geduldig dafür Sorge getragen haben, dass aus den Manuskripten das vorliegende Buch entstehen konnte.

Kassel, Februar 2009  
Ute Lanzendorf

## **Aktuelle Einblicke in die Angebotsseite des globalen Hochschulmarkts – Deutschland als neuer Trendsetter**

Ute Lanzendorf

### **1.1 Einführung**

Seit Ende der 1990er Jahre bauen Hochschulen aus gut entwickelten Hochschulsystemen verstärkt eigene Studienangebote in Ländern auf, in denen die Kapazitäten einheimischer Hochschulen nicht ausreichen, um der lokalen Studiennachfrage zu entsprechen oder in denen hochschulpolitische Reformimpulse gesetzt werden sollen. Studieninteressenten in den Zielländern der so genannten „Studienexporte“ wird auf diese Weise die Möglichkeit eröffnet, einen ausländischen Studienabschluss zu erwerben, ohne dafür längere Zeit im Ausland leben zu müssen. Die demographischen, sozialen, wirtschaftlichen und auch hochschulpolitischen Rahmenbedingungen des letzten Jahrzehnts haben die grenzüberschreitende Mobilität von Studiengängen sowohl für die exportierenden als auch für die empfangenden Länder prinzipiell attraktiv gemacht. Es hat sich ein globaler Markt für Studienangebote entwickelt, auf dem Nachfrager und an einem Angebot interessierte Hochschulen Vereinbarungen aushandeln. Die Nachfrage zeigt bislang nur punktuell erste Sättigungstendenzen (z.B. in Singapur).

In Europa hat sich der Aufbau von Studiengängen im Ausland in den letzten Jahren als neues Element hochschulischer Internationalisierungsstrategien etabliert. Flankierende staatliche Maßnahmen haben diesen Prozess maßgeblich unterstützt. Immer mehr renommierte Universitäten bieten außerhalb ihrer Heimatländer Studiengänge an und verleihen eigene Abschlüsse an deren Absolventen. Die erste Phase einer weit verbreiteten Skepsis und Zurückhaltung gegenüber eigenen Studienangeboten im Ausland scheint in eine neue Phase überzugehen, in der für immer mehr Hochschulen die Argumentation in den Vordergrund rückt, dass dauerhafte Auslandsengagements die Möglichkeit zur Gewinnung leistungsstarker internationaler Studierender auch für Studiengänge in Deutschland bieten. Europäische Hochschulen entwickeln gemeinsam mit Partnern in Entwicklungsländern immer anspruchsvollere Vorhaben bis hin zum Aufbau neuer Hochschulen. Dabei konkurrieren sie oftmals mit Hochschulen aus außereuropäischen Anbieterländern

um Fördermittel der Zielländer oder um die Partnerschaft mit besonders renommierten Hochschulen in den Zielländern.

Beim Aufbau von Studiengängen im Ausland verwenden die Hochschulen unterschiedliche Organisationsmodelle, die an die spezifischen Rahmenbedingungen einzelner Anbieter- und Zielländer angepasst sind. Neben der Durchführung von Studiengängen in Partnerschaft mit ausländischen Hochschulen gibt es auch die Geschäftsmodelle des Franchising (Übertragung der Rechte zur Durchführung eines Studiengangs an eine ausländische Hochschule) und der Validierung (eine Hochschule erkennt einen ausländischen Studiengang als gleichwertig zu einem eigenen an). In letzteren beiden Fällen erhält die „Mutterhochschule“ eines Studiengangs von den durchführenden Hochschulen im Ausland eine Gebühr. Der Aufbau einer neuen Hochschule im Ausland ist als die anspruchsvollste Form des grenzüberschreitenden Angebots von Studiengängen anzusehen. Mittelfristig wird für die meisten von europäischen Hochschulen eingerichteten Institutionen im Ausland angestrebt, dort neben der Lehre auch Forschungsaktivitäten aufzubauen.

Das grenzüberschreitende Angebot von Studiengängen scheint sich nicht in Konkurrenz zur Mobilität von Studierenden zu entwickeln. Weltweit wird vielmehr erwartet, dass die Studiengangsmobilität ein dauerhaftes Komplement zur studentischen Mobilität werden wird. Für im Bereich des Studienexports besonders aktive Länder wird davon ausgegangen, dass die Zahl der Studierenden, die sich im Ausland auf den Studienabschluss einer einheimischen Hochschule vorbereiten, im Verhältnis zu der Zahl der ins Land kommenden mobilen Studierenden in naher Zukunft eine beachtliche Größenordnung erreichen wird. Insbesondere für die beteiligten Hochschulen in Ländern wie Australien, Großbritannien oder den Niederlanden, in denen von ausländischen Studierenden kostendeckende Studiengebühren erhoben werden, ist dieser Trend von finanzieller Bedeutung.

Im Weiteren werden zunächst aktuelle Entwicklungen auf dem globalen Markt für internationale Studienangebote dargestellt (Umfang von Angebot und Nachfrage sowie auch nationale Marktstrategien der wichtigsten Anbieterländer).<sup>1</sup> Anschließend wird ausgeführt, warum Deutschland derzeit als ein Trendsetter in Bezug auf Organisationsformen für grenzüberschreitende Studienangebote anzusehen ist. Abschließend beschreibt der Beitrag die unterschiedlichen Typen neuartiger, global agierender Studienanbieter.

---

<sup>1</sup> Der vorliegende Text ist eine aktualisierte und überarbeitete Fassung von Hahn und Lanzendorf (2004) bzw. Hahn und Lanzendorf (2006).

## 1.2 Eckdaten des globalen Markts für Hochschulbildung – Nachfrageentwicklung und wichtige Anbieterländer

Die globale Beteiligung an internationaler Hochschulbildung (Studium im Ausland und Teilnahme an einem ausländischen Studiengang im Heimatland eines Studierenden) ist statistisch schwer zu erfassen. Gleichmaßen schwierig ist es, die zukünftige Entwicklung abzuschätzen. Als Richtwert kann für das Jahr 2005 von rund 2,1 Millionen mobilen Studierenden (Studium im Ausland) und zusätzlich rund 300.000 Studierenden ausgegangen werden, die in ihrem Heimatland in einen von einer ausländischen Hochschule angebotenen Studiengang eingeschrieben sind (inkl. Fernstudienangebote). Derzeit ist Ostasien, insbesondere China, wichtigste Herkunftsregion internationaler Studierender, dicht gefolgt von Europa. Den bruchstückhaften Daten über grenzüberschreitende Studienangebote zufolge gab es 2006 weltweit mindestens 90 hochschulische Auslandsniederlassungen und vom Ausland unterstützte Hochschulen (Verbik und Merkley 2006, Lanzendorf 2008a), und es existierten mehrere Tausend im Ausland angebotene Studiengänge.

In Zukunft soll sich die Datenlage in wichtigen Anbieterländern deutlich verbessern. Als erstes Anbieterland wird Großbritannien Studierende, die einen im Ausland angebotenen Studiengang absolvieren oder aus dem Ausland an einem Fernstudiengang einer britischen Hochschule teilnehmen, im Rahmen der nationalen Hochschulstatistik erfassen. In den USA wurden die Hochschulen 2007 erstmals um Daten zu ihren Auslands-campus und deren Studierenden gebeten (Chin 2008, s. auch unten). In Deutschland liegen relativ gute statistische Daten vor, da die ganz überwiegende Mehrheit grenzüberschreitender Studienangebote eine Anschubfinanzierung durch den DAAD erhält und in diesem Kontext regelmäßig über die Entwicklung ihrer Studierendenzahlen berichten muss. Mit zunehmender Zahl von Studienangeboten im Ausland, die von der DAAD-Anschubförderung unabhängig werden, geht allerdings die Verlässlichkeit dieses Datensatzes zurück. Zudem dienen die Daten primär der Programmverwaltung und werden nicht strukturiert veröffentlicht.

Aufgrund eines starken demographisch und sozial bedingten Wachstums der Nachfrage nach Hochschulbildung vor allem in Schwellenländern wird für die nächsten Jahre eine deutliche Steigerung der Zahl von Studierenden erwartet, die in ihrem Heimatland das Studienangebot einer ausländischen Hochschule nutzen. Die beiden bislang einzigen, im Auftrag der australischen Organisation zur Förderung der hochschulischen Internationalisierung – IDP Australia – durchgeführten statistischen Studien zur zukünftigen Entwicklung der globalen Nachfrage nach internationaler Hochschulbildung (studentische Mobilität und Teilnahme an grenzüberschreitenden Studienangeboten) kommen zu abweichenden Ergebnissen. Beide Studien schreiben vergangenheitsbezogene Daten bis zum Jahr 2025 fort. Nachdem eine erste Datenextrapolation 2002 zu dem Ergebnis kam, bis 2025 sei von einer Vervierfachung der weltweiten Nachfrage nach internationalen Studien-

angeboten auszugehen (Böhm u.a. 2002), fällt die jüngste Prognose zur Entwicklung des globalen Markts für Hochschulbildung (Banks, Olsen und Pearce 2007) deutlich zurückhaltender aus. Die für die erste Studie ausgewerteten Daten führten zu dem Schluss, dass 2025 weltweit 7,2 Millionen Personen entweder im Ausland studieren oder aber in ihrem Heimatland einen ausländischen Studienabschluss anstreben würden. 2007 prognostizierte dann die Folgestudie, die auf einen größeren Datensatz zugreifen konnte (Daten für den Zeitraum von 1999 bis 2005 aus 180 Ländern), dass der Anstieg nur gut halb so stark ausfallen würde: Ihren Ergebnissen zufolge wird es 2025 weltweit 3,7 Millionen Studierende geben, die in ihrem Heimatland oder im Ausland ein ausländisches Studienangebot belegen. Dies entspricht nahezu einer Verdopplung der Nachfrage von 2005 bzw. einem jährlichen Nachfragewachstum von 2,7 Prozent ab 2005. Der Studie zufolge wird Ostasien seine Position als Region mit der bei weitem stärksten Nachfrage weiter ausbauen.

Unter den einzelnen Ländern, die Studiengänge im Ausland anbieten, weist *Großbritannien* die größte Tradition auf. Es hat die zuvor relativ geringe Zahl seiner Studiengänge im Ausland in den neunziger Jahren stark ausgeweitet. Bereits in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre lag Großbritannien mit geschätzten 115.000 Studierenden, die im Ausland in ein britisches Studienprogramm (ohne Fernstudium) eingeschrieben waren, weit vor anderen Anbieterländern.<sup>2</sup> Mittlerweile hat sich die Zahl der Studierenden, die außerhalb Großbritanniens ein britisches Studienangebot absolvieren, nahezu verdoppelt.<sup>3</sup>

Britische Hochschulen exportieren Studienangebote in praktisch alle Weltregionen, vor allem aber in asiatische, europäische und arabische Länder. Über die Hälfte der britischen Hochschulen bieten heute eigene Studiengänge in Präsenzform im Ausland an; einige Hochschulen haben sich aber auch schon wieder aus dem Studienexport zurückgezogen (Garrett 2005). Zunächst waren die 1992 zu Universitäten aufgewerteten ehemaligen Polytechnics für den größten Teil britischer Studienangebote im Ausland verantwortlich. Vor allem diese Gruppe von Hochschulen erteilt Studienanbietern im Ausland gegen Gebühren die Berechtigung, einen oder mehreren ihrer Studiengänge zu unterrichten und ihre Abschlüsse zu vergeben. Seit einigen Jahren gewinnt daneben auch der Aufbau neuer Institutionen im Ausland durch britische Hochschulen an Bedeutung. In diesem Seg-

---

2 Diese Zahl ist das Ergebnis einer Erhebung von Bennell und Pearce (1999), an der sich knapp zwei Drittel der britischen Hochschulen beteiligten.

3 Schätzung auf der Basis einer Datenerhebung der Higher Education Statistics Agency (HESA) aus dem Jahr 2005/06, für die ungefähr die Hälfte der britischen Hochschulen Daten zur Verfügung stellten. Einschreibungen an der Open University und London External sind nicht berücksichtigt (vgl. auch Drew, McCaig und Marsden u.a. 2007).

ment sind vorrangig traditionelle Universitäten aktiv. Folgende Institutionen im Ausland wurden von britischen Hochschulen nach 2003<sup>4</sup> eröffnet:

- Ein „Branch Campus“ der britischen University of Nottingham in Ningbo in China (The University of Nottingham Ningbo, UNNC). Dieser Campus nahm Ende 2004 seine Arbeit auf und verfügt über eine Kapazität für insgesamt 4.000 Studierende.
- Eine von der britischen University of Liverpool in Kooperation mit einer hochrangigen chinesischen Universität eingerichtete neue chinesische Universität (Xi'an Jiaotong-Liverpool University, XJLU). Die XJLU bietet seit Ende 2006 eigene Studienabschlüsse an, wobei die Lehrplanentwicklung und Qualitätssicherung in den Händen der britischen Mutteruniversität liegen.
- Daneben hat die University of Middlesex einen „Branch Campus“ im 2005 eröffneten „Knowledge Village“ in Dubai, Vereinigte Arabische Emirate, eingerichtet (Middlesex University Dubai).

Der bedeutendste Newcomer auf dem internationalen Bildungsmarkt war in den neunziger Jahren *Australien*. Zwischen 1999 und 2003 hat sich die Zahl der von australischen Hochschulen angebotenen Auslandsstudiengänge von fast 600 auf rund 1.700 knapp verdreifacht (Davis, Olsen, Bohm 2000 und AVCC 2003). Hochschulbildung ist heute ein Exportsektor von hoher volkswirtschaftlicher Bedeutung. Abgesehen von der University of Melbourne, die nur im Rahmen des Hochschulnetzes „Universitas 21“ an Auslandsaktivitäten beteiligt ist, gehört das Angebot von Präsenz-Studiengängen im Ausland heute zu den Standardaktivitäten australischer Hochschulen.

Alle australischen Hochschulen zusammen hatten im ersten Semester 2007 rund 50.000 „Offshore-Studierende“ in Präsenz-Studiengängen im Ausland – dies entspricht einem Plus von rund 18 Prozent gegenüber 2005 – und zusätzlich rund 12.000 Fernstudierende mit Wohnsitz im Ausland (unverändert gegenüber 2005, vgl. IDP Education Australia 2007).<sup>5</sup> Damit studieren knapp 30 Prozent der an australischen Hochschulen eingeschriebenen internationalen Studierenden in ihrem Heimatland (in Präsenz- oder Fernstudiengängen). Wichtigster Wachstumsmarkt unter den Zielländern australischer Studienangebote war 2007 China mit einer Steigerung der Studierendenzahlen gegenüber dem Vorjahr um 42 Prozent (auf über 6.000 Studierende). Die mit Abstand höchste Zahl Studierender in australischen Studienangeboten im Ausland (fast 14.000 in 2007) findet sich in Singapur. Hier wurde 2007 immerhin noch ein Wachstum von 17 Prozent realisiert. Im zweitstärksten Markt für australische Offshore-Studiengänge – Malaysia – wuchs die Zahl der Studierenden lediglich um vier Prozent (auf 11.200). Unter den fünf

---

4 Für den Stand 2003 vgl. Hahn und Lanzendorf 2004.

5 Die Angaben beziehen sich auf Personen, nicht auf Einschreibungen.

wichtigsten Zielländern wurde für Hong Kong und Vietnam ein fortgesetzter Rückgang der Studierendenzahlen verzeichnet: Für Hong Kong im ersten Semester 2007 ein Minus von 14 Prozent auf 7.500 Studierende und für Vietnam ein Minus von sieben Prozent auf 2.300 Studierende. Über alle Zielländer hinweg wurde im ersten Semester 2007 ein leichtes Plus von 1,3 Prozent registriert.

Überwiegend werden die von australischen Hochschulen exportierten Studiengänge in Form von Franchising-Abkommen mit ausländischen Partnern durchgeführt. Die australischen Hochschulen behalten in diesen Partnerschaften typischerweise eine Zuständigkeit für den Lehrplan, die Lehrevaluation und die Qualitätssicherung ihres Studienangebots im Ausland. Sie arbeiten sowohl mit privaten als auch öffentlichen Hochschulen im Ausland zusammen. Australische Universitäten haben bisher weltweit die meisten Institutionen im Ausland aufgebaut. Erst in jüngster Zeit holen Hochschulen aus anderen Ländern auf, vor allem solche aus Großbritannien und den USA, aber zuletzt auch aus Deutschland (s. unten). Die wichtigsten Entwicklungen bei australischen Institutionen im Ausland waren seit 2003 folgende (vgl. u.a. Knight 2005):

- Die kurzfristige Schließung der neuen Außenstelle der australischen University of New South Wales (UNSW) in Singapur. Die UNSW Asia war 2007 als erste eigenständige ausländische Universität in Singapur eröffnet worden. Nachdem sich allerdings deutlich weniger Studierende einschrieben als erwartet, schloss die UNSW ihren Campus bereits während des ersten Semesters wieder. Dies wurde damit begründet, dass trotz hoher Studiengebühren finanzielle Verluste in einer Größenordnung entstünden, die von der Mutterinstitution nicht getragen werden könne. Ihren rund 150 Studienanfängern in Singapur bietet die UNSW nun Stipendien für einen Wechsel an ihren Hauptsitz in Australien an (Observatory on Borderless Higher Education 2007 und Harman 2006).
- Die University of Wollongong hat wie auch die britische University of Middlesex 2005 einen Campus im „Knowledge Village“ in Dubai eröffnet. Sie verfügte zuvor bereits über einen Campus außerhalb des „Knowledge Village“, der 1999 als erster Campus einer Hochschule aus einem nicht-arabischen Land in Dubai genehmigt worden war. Rund 2.000 Studierende lernen heute am Campus der University of Wollongong im „Knowledge Village“.

*Deutsche* Hochschulen haben auf Initiative eines speziellen DAAD-Förderprogramms erst seit 2002 eigene unternehmerisch geplante Auslandsaktivitäten entwickelt, die dann aber rasch expandiert sind. Einen starken Entwicklungsschub hat zuletzt die hohe Nachfrage nach deutscher Unterstützung für den Aufbau neuer Hochschulen im Ausland (deutsche Universitäten im Ausland) ausgelöst. 2008 unterhielten deutsche Hochschulen 134 mit Anschubfinanzierung des DAAD aufgebaute, unternehmerisch geplante Studiengänge im Ausland (keine reine Fernlehre). Jeweils rund 45 Prozent der Studiengänge führen zu einem Bachelor- oder einem Masterabschluss. Neun weitere Studiengänge befinden sich derzeit

unter dem DAAD-Programm im Aufbau. In die bereits laufenden Studiengänge sind knapp 10.000 Studierende eingeschrieben, davon rund 90 Prozent auf Bachelor-Niveau. Damit ist seit 2005 eine Verdopplung der Einschreibungen in deutsche Studiengänge im Ausland zu verzeichnen. Im Zuge des Ausbaus und der Etablierung bestehender und neuer Studienangebote wird bis 2012 ein weiteres Anwachsen der Studierendenzahlen in deutschen Studiengängen im Ausland auf über 13.000 erwartet. Für den Vollbetrieb der bestehenden und in Planung befindlichen Studiengänge wird eine Teilnahme von fast 20.000 Studierenden anvisiert.

Ein großer Teil der vom DAAD geförderten unternehmerisch geplanten Studiengänge wird von den fünf bereits tätigen deutschen Hochschulen im Ausland angeboten (in Kasachstan, Ägypten, Jordanien, Syrien und Oman). Daneben sind in Thailand und China deutsche Fakultäten an Universitäten vor Ort eingerichtet worden. Aufgrund der Existenz mehrerer deutscher Universitäten in der Region Nordafrika/Nahost konzentrieren sich dort derzeit rund drei Viertel der Studierenden in vom DAAD geförderten Studienangeboten im Ausland. Ein weiteres Fünftel der Studierenden ist der aktuellen DAAD-Statistik zufolge in deutsche Studiengänge in Asien eingeschrieben (vor allem in Thailand und China). In der Region Nordafrika/Nahost gibt es bereits an die 300 Absolventen und in Asien über 100.

Entsprechend der besonderen Stärke deutscher Hochschulen in den Ingenieurwissenschaften ist über ein Drittel der im Ausland angebotenen Studiengänge dieser Fächergruppe zuzurechnen – allerdings dicht gefolgt von den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Daneben spielen die Naturwissenschaften und Mathematik mit einem Fünftel aller unternehmerisch geplanten deutschen Studiengänge im Ausland ebenfalls eine wichtige Rolle. Die Studiengänge im Ausland zeichnen sich unter anderem dadurch aus, dass vielfach – derzeit (2008) in 40 Prozent der Studiengänge – ein deutsch-ausländischer Doppelabschluss erworben werden kann. Rund 37 Prozent der Studiengänge vergeben allerdings bislang lediglich einen ausländischen Abschluss (Doppelabschlüsse sind erst in Planung). Die Bachelor-Studiengänge haben fast ausnahmslos eine Regelstudienzeit von mindestens acht Semestern. Zwei Drittel der Studiengänge sehen einen obligatorischen Deutschlandaufenthalt (Studienaufenthalt oder Praktikum) vor. In den meisten übrigen Fällen ist ein Deutschlandaufenthalt fakultativ. Von den Projektverantwortlichen wird angegeben, dass 40 Prozent der Lehre in den DAAD-geförderten Studienangeboten im Ausland durch Deutsche bzw. Dozenten deutscher Hochschulen durchgeführt wird. Im Durchschnitt aller unternehmerisch geplanten deutschen Studiengänge im Ausland werden pro Semester Studiengebühren in Höhe von knapp 2.000 € erhoben, wobei die höchsten und niedrigsten Werte allerdings mit über 10.000 € und unter 100 € im Semester weit auseinander liegen. Masterstudiengänge sind im Durchschnitt etwas teurer als Bachelorstudiengänge.

Außerhalb seines Programms für unternehmerisch geplante Studiengänge im Ausland fördert der DAAD mehr als 20 deutschsprachige Studiengänge in

Osteuropa sowie deutsch-ausländisch kooperative Hochschulabteilungen in Bulgarien, China und der Türkei. Die Curricula der dort gelehrt Studiengänge sind an Studienangebote deutscher Hochschulen angelehnt. Nach Auskunft des DAAD sind in den entsprechenden Studiengängen rund 1.500 Studierende eingeschrieben.

*US-amerikanische* Hochschulen engagieren sich vor allem beim Aufbau von „Branch Campuses“, unterstützen aber auch den Aufbau neuer einheimischer Hochschulen im Ausland. Sie arbeiten beim Angebot ihrer Studiengänge im Ausland kaum mit Hochschulen vor Ort zusammen. In den 1990er Jahren waren sie nur begrenzt aktiv; erst in jüngster Zeit haben sie wieder eine Reihe kleinerer „Branch Campuses“ eingerichtet (Verbik und Merkley 2006). Wichtige Zielländer sind Singapur und China, aber auch die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar. In diesem Sektor engagieren sich überwiegend weniger bekannte Hochschulen, aber auch die Harvard University hat in Zypern und in den Vereinigten Arabischen Emiraten fachlich spezialisierte Außenstellen eröffnet. Eine erste Erhebung über Studierende an „Branch Campuses“ im Rahmen der nationalen Datensammlung zu internationalen Studierenden („Open Doors“) konnte 2007 Daten von 19 „Branch Campuses“ zusammenstellen (Chin 2008). Die Einschreibungen an einzelnen Campus lagen bei maximal rund 3.000 Studierenden. Die Mehrheit der insgesamt knapp 10.000 Studierenden an allen erfassten Campus besuchte grundlegende Studiengänge. Bemerkenswert ist, dass der Anteil internationaler, darunter vor allem auch US-amerikanischer Studierender, an diesen Campus über 50 Prozent betrug.

*Französische* Hochschulen unterhalten neben der 2002 eröffneten französischen Universität in Kairo (Université Française d'Égypte), die ausschließlich Doppelabschlüsse verleiht, eine weitere Universität in Armenien (Université Française en Arménie). Letztere hat 2003 erstmals Studierende aufgenommen. Darüber hinaus gibt es mittlerweile vier französische „Branch Campuses“: Die Sorbonne hat 2006 einen „Branch Campus“ in Abu Dhabi in den Vereinigten Arabischen Emiraten eingeweiht. Des Weiteren verfügen das Institut Européen d'Administration des Affaires (INSEAD) und die Ecole Supérieure de Sciences Economiques et Commerciales über Campus in Singapur sowie die Ecoles Centrales über einen Campus in Peking. Darüber hinaus unterhalten das Außenministerium und das Hochschulnetzwerk französischsprachiger Länder – die Agence Universitaire de la Francophonie (AUF) – mehr als 200 Doppeldiplom-Studiengänge in Kooperation mit lokalen Hochschulen in 26 Ländern (Gioan 2007).

Daneben spielt *Kanada* eine gewisse Rolle auf dem weltweiten Bildungsmarkt (Knight 2000). Beispielsweise baut ein Konsortium aus drei kanadischen Hochschulen zusammen mit der privaten ägyptischen Al-Ahram Unternehmensgruppe am Rand von Kairo die kanadische Al-Ahram University auf, für die zwölf Fakultäten geplant sind. Neben der bereits 1919 gegründeten US-amerikanischen, der noch jungen deutschen und französischen Universitäten sowie der im Aufbau

befindlichen britischen Universität ist die kanadische Universität die fünfte ausländische Privatuniversität in Ägypten.

Die *Niederlande* verfolgen seit Mitte der 1990er Jahre eine explizit an wirtschaftlichen Kriterien ausgerichtete Strategie des Angebots von Studiengängen im Ausland (Dutarte 2007, Vossensteyn u.a. 2007). Vor allem die „Fachhochschulen“ (Hogeschoolen) engagieren sich im grenzüberschreitenden Angebot von Studiengängen. Die Christelijke Hogeschool Nederland (CHN) unterhält „Branch Campuses“ in Südafrika und Katar. Es wird geschätzt, dass zwischen 1.000 und 2.000 Studierende an niederländischen Studienangeboten im Ausland teilnehmen.

Auch *Neuseeland* platziert Studiengänge im Ausland, vorwiegend im asiatischen Raum. Im Jahr 2001 bot es insgesamt 43 Studiengänge im Ausland an (ohne reines Fernstudium, Ministry of Education 2002). Unter Berücksichtigung auch der 20 Fernstudiengänge für Studierende im Ausland waren 2.200 Studierende in ihren Heimatländern in Studienangebote aus Neuseeland eingeschrieben. Die meisten neuseeländischen Studiengänge werden in Malaysia, China, Hong Kong und Singapur angeboten.

Abschließend bleibt zu erwähnen, dass auch typische Zielländer von grenzüberschreitenden Studienangeboten zunehmend eigene Studienangebote im Ausland aufbauen. Beispielsweise Singapur, Malaysia aber auch Russland oder Chile unternehmen eigene Export-Aktivitäten. Die *chinesische* Jinan University plant, einen „Branch Campus“ in Thailand zu gründen. Die Jinan University besteht seit 1948 und ist heute eine Forschungsuniversität mit 23.500 regulären Studierenden.

### 1.3 Nationale Marktstrategien

Britische, australische und amerikanische Hochschulen haben aus eigener (finanzieller) Motivation begonnen, ihre traditionell gebührenpflichtigen Studiengänge im Ausland anzubieten. Vor allem in Australien ergab sich dieses Vorgehen als Nebeneffekt nationaler hochschulpolitischer Reformen mit anderweitigen Schwerpunkten. Auf der Grundlage erster hochschulischer Erfahrungen sind dann in den letzten Jahren in Großbritannien und auch in Australien nationale Strategien in Bezug auf das Angebot von Studiengängen im Ausland formuliert worden. In Großbritannien wird mittlerweile angestrebt, dass sich der Studienexport zu einer von Staat und Hochschulen gemeinsam gestalteten Aktivität entwickelt. In Deutschland, wo bis vor wenigen Jahren keine Studiengebühren existierten, haben die Hochschulen erst im Rahmen eines öffentlichen Förderprogramms begonnen, eigene (gebührenpflichtige) Studiengänge im Ausland aufzubauen. Hier fungierte die politische Zielsetzung, die Präsenz deutscher Hochschulen auf dem globalen Markt zu verstärken, als Ausgangspunkt für hochschulische Auslandsaktivitäten.

Die Regierungen der wichtigen Anbieterländer streben an, Studienexport-Aktivitäten und die Anwerbung mobiler Studierender ins eigene Land als zwei Seiten einer Medaille zu entwickeln. Beide Aktivitäten sollen sich gegenseitig

ergänzen und miteinander verzahnt werden. Nationale Regierungen setzen sich stark für die Entwicklung von Qualitätssicherungsverfahren zur regelmäßigen Kontrolle der von einheimischen Hochschulen im Ausland angebotenen Studiengänge ein. Sie sind sich der Tatsache bewusst, dass die Auslandspraktiken einzelner schwarzer Schafe den Ruf eines nationalen Hochschulsektors nachhaltig schädigen können. Dadurch würde dann die Attraktivität eines Landes für mobile Studierende in Mitleidenschaft gezogen.

Die auf dem globalen Bildungsmarkt aktivsten Länder haben bereits in den 1990er Jahren erste Qualitätssicherungsstandards formuliert. Auf supranationaler Ebene hat außerdem UNESCO/CEPES zusammen mit dem Europarat einen „Code of Good Practice in the Provision of Transnational Education“ verabschiedet (UNESCO/CEPES und Council of Europe 2001). Über diese unverbindlichen Empfehlungen hinaus setzen die britische und die australische Hochschulpolitik jedoch auf eine institutionelle Verankerung von Qualitätssicherungsverfahren für im Ausland angebotene Studiengänge. Auch in anderen europäischen Anbieterländern werden ähnliche Lösungsansätze entwickelt.

In *Deutschland* hat sich die Hochschulpolitik seit 1996 aktiv um eine Stärkung der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit nationaler Studienangebote bemüht. Zuvor hatte eine entsprechende Studie darauf hingewiesen, dass die Nachfrage internationaler Studierender nach einem Studium in Deutschland rückläufig sei. Das Angebot von sich finanziell selbst tragenden Studiengängen im Ausland wurde allerdings erst zum Thema, als 2001 mit Geldern aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen die Zukunftsinitiative Hochschule ausgerufen und ein spezielles DAAD-Programm zur Unterstützung unternehmerisch geplanter Studienangebote im außereuropäischen Ausland aufgelegt wurde (vgl. Lanzendorf 2006 und Hahn und Lanzendorf 2007). Zuvor waren zwar bereits mit Hilfe von Fördergeldern in Osteuropa eine Reihe deutschsprachiger Studiengänge aufgebaut worden, diese wurden allerdings nicht in dauerhafter akademischer und finanzieller (Teil-)Verantwortung deutscher „Mutterhochschulen“ durchgeführt. Die mit dem DAAD-Programm formulierte Erwartung, dass die außerhalb Europas neu aufgebauten Studiengänge unter anderem durch die Erhebung von Studiengebühren mittelfristig von öffentlicher Unterstützung unabhängig werden sollten, war nicht nur im Bereich internationaler Kooperation, sondern auch für das deutsche Hochschulsystem im allgemeinen ein völliges Novum. Bisher waren Studienangebote selbstverständlich vollständig aus öffentlichen Mitteln finanziert worden; das Studium in Deutschland war traditionell gebührenfrei. Obwohl den deutschen Hochschulen also die unternehmerische Planung von Studienangeboten völlig fremd war und die Berücksichtigung finanzieller Aspekte bei der Entwicklung neuer Studiengänge unter Wissenschaftlern auf umfangreiche Vorbehalte stieß, war die Nachfrage nach den entsprechenden DAAD-Fördermitteln unerwartet hoch. Da die geförderten Projekte zudem im In- und Ausland stark wahrgenommen wurden, wurde das

DAAD-Programm „Deutsche Studiengänge im Ausland“ nach einer zunächst dreijährigen Pilotphase auf eine dauerhafte Basis gestellt.

Alle unter dem Programm geförderten Projekte müssen heute eine dauerhafte Qualitätssicherung von deutscher Seite, eine Anbindung an deutsche Unternehmen im Ausland und eine Einbindung in den Hochschulsektor des Ziellands aufweisen sowie auch in Internationalisierungsstrategien der deutschen Mutterhochschulen eingebunden sein. Daneben wird der Vermittlung der deutschen Sprache, der Einbindung von Deutschlandaufenthalten in den Studienverlauf sowie der Einbindung deutscher Dozenten in die Lehre im Ausland ein hoher Stellenwert beigemessen. Der DAAD hat inzwischen eine umfassende Kompetenz in der Beratung und Unterstützung deutscher Hochschulen bei der Einrichtung unternehmerisch geplanter Studiengänge außerhalb Europas aufgebaut. In jüngster Zeit fördern auch einzelne deutsche Länder ihre Hochschulen beim Angebot eigener Studiengänge im Ausland.

In *Großbritannien* wurde im Jahr 2000 die Entwicklung einer Studienexport-Strategie angeregt, nach dem der vom British Council in Auftrag gegebene sogenannte Gilligan-Report eine Reihe von Schwächen bisheriger hochschulischer Auslandsaktivitäten identifiziert hatte. Der Gilligan-Report empfahl, die Auslandspräsenz der britischen Hochschulen stärker strategisch auszurichten und ein eigenes Markenzeichen für britische Studienangebote im Ausland zu entwickeln. Prinzipiell sollten Auslandsaktivitäten stärker von detaillierten Kosten-Nutzen-Analysen abhängig gemacht werden als bisher.

Auf Vorschlag des ebenfalls im Jahr 2000 im Auftrag der britischen Rektorenkonferenz vorgelegten Berichts „The Business of Borderless Education“ wurde dann außerdem der Internet-basierte Nachrichtendienst „Observatory on borderless higher education“ ([www.obhe.ac.uk](http://www.obhe.ac.uk)) aufgebaut. Er trägt aktuelle Informationen und Hintergrundberichte über weltweite Entwicklungen beim grenzüberschreitenden Angebot von Studiengängen zusammen. Um alle Meldungen im Volltext einsehen zu können, muss eine Mitgliedschaft erworben werden, für die ein beträchtlicher Jahresbeitrag zu entrichten ist.

Der ursprünglich beim British Council eingerichtete Anbieter kostenpflichtiger Dienstleistungen zur Unterstützung des Angebots britischer Studiengänge im Ausland, der Education Counselling Service (ECS), wurde 2005 durch die neue „Education UK Partnership“ abgelöst. Auch sie bietet Hochschulen einen gebührenpflichtigen Mitgliedsstatus an, der zur Nutzung spezieller Dienstleistungen berechtigt, die für die Marktpositionierung und den Aufbau von Studiengängen im Ausland relevant sind. Im Gegensatz zum ECS schließt das Serviceangebot der Education UK Partnership allerdings zusätzlich auch Dienstleistungen ein, die das Anwerben ausländischer Studierender nach Großbritannien unterstützen.

2003 legte der British Council einen Entwurf für eine nationale Strategie zur Positionierung des britischen Hochschulwesens auf dem Weltmarkt 2005 – 2010 vor, die das Angebot britischer Studienabschlüsse im Ausland als eines von drei

Kernelementen definierte (British Council 2003). Im Bereich Studienexport wird insbesondere die begrenzte Ausbaumöglichkeit von im Ausland angebotenen Präsenzstudiengängen thematisiert. Vor allem die Verfügbarkeit britischer Hochschullehrer wird als ein limitierender Faktor eingeschätzt. Daher soll dem Strategiepapier zufolge ergänzend auf Online-Studienangebote gesetzt und die entsprechende technische Infrastruktur ausgebaut werden. Damit käme man zudem veränderten Erwartungshaltungen zukünftiger Studierender entgegen. Weitere zentrale Zielsetzung des Strategiepapiers ist die Verbesserung der gesellschaftlichen Akzeptanz von im Ausland vergebenen britischen Studienabschlüssen. Zielgruppen entsprechender Maßnahmen sollen Regierungen, Arbeitgeber und Studierende im Ausland sein.

Marketingaktivitäten – das zweite große Element der neuen Strategie – sollen zukünftig die klassische Form studentischer Mobilität, Angebote des lebenslangen Lernens und im Ausland angebotene Studiengänge gemeinsam bewerben. Sie sollen nicht nur Studierende, sondern vielmehr auch Regierungen und Arbeitgeber in noch zu identifizierenden Zielmärkten ansprechen. Das dritte große Element der vorgeschlagenen Strategie ist „Relationship Management“: Die Bindung der in Großbritannien studierenden internationalen Studierenden an ihr Gastland soll intensiviert werden und auch nach ihrer Rückkehr aufrechterhalten werden.

Im Jahr 2004 wurde das grenzüberschreitende Angebot von Studiengängen ausdrücklich in die Internationalisierungsstrategie des britischen Bildungsministeriums integriert. 2006 bezog sich dann die zweite Prime Minister's Initiative for International Education (PMI 2) im Bereich „strategische Allianzen und Partnerschaften“ neben der Förderung von Mobilität und Austausch ausdrücklich auch auf den Bereich Studienexport. Die zweite Prime Minister's Initiative hat eine fünfjährige Laufzeit. Mit ihr nähert sich Großbritannien der deutschen Praxis einer öffentlichen Steuerung nationaler Studienangebote im Ausland an: Werden britische Studiengänge im Ausland gemeinsam mit einheimischen Partnerhochschulen angeboten, können sie aus speziellen Fördermitteln eine finanzielle Unterstützung erhalten. Neben Indien und China werden folgende weitere Länder als prioritäre Partner genannt: Bangladesch, Japan, Ghana, Indonesien, Korea, Malaysia, Nigeria, Pakistan, Singapur, Sri Lanka, Taiwan, Thailand, Vietnam und der Nahe Osten. Der British Council strebt an, seine Dienstleistungen für die Hochschulen, die im Ausland aktiv sind, zu erweitern und strukturell zu verankern.

Die einzige rechtliche Vorgabe in Bezug auf britische Studienangebote im Ausland besteht darin, dass die Hochschulen sicherstellen sollen, dass das akademische Niveau ihrer Studiengänge außerhalb Großbritanniens dem Niveau der zu Hause angebotenen Studiengänge entspricht. Die Quality Assurance Agency (QAA) behält sich vor, über Auslandsstudiengänge, die in dem inzwischen eingeleiteten systematischen Evaluationsprozess schlecht abschneiden, nicht nur an die Hochschulleitungen und entsprechende Gremien, sondern auch an staatliche Behörden zu berichten und im Bedarfsfall Druck über Öffentlichkeit auszuüben.

Kürzlich hat die QAA vorgeschlagen, eine Art institutionelle Akkreditierung für Studienexporte in Form eines Transnational Certification Scheme einzuführen. Ein entsprechendes Zertifikat soll die Existenz eines Qualitätsmanagements für Studiengänge im Ausland bescheinigen, das einheimischen Standards entspricht (vgl. „Transnational Education in the United Kingdom“ 2007).

Auch in *Neuseeland* steht seit 2004 ein Innovationsfonds zur Verfügung, um die Entwicklung von Bildungsangeboten im Ausland zu fördern (Ministry of Education 2005). Die Regierung stellt bis 2009 umgerechnet zwei Mio. € zur Verfügung, um neuseeländische Hochschulen und andere Bildungsanbieter beim Aufbau von Studienangeboten im Ausland, Auslandscampus und E-Learning-Angeboten sowie von Partnerschaften mit ausländischen Bildungsanbietern zu unterstützen. Außerdem sollen Risikofaktoren von Auslandsengagements systematisch untersucht, Feasibility Studies durchgeführt und Best Practice-Erfahrungen ausgetauscht werden.

In *Australien* konzentriert sich die Hochschulpolitik im Bereich grenzüberschreitender Studienangebote auf die Etablierung von Qualitätssicherungsmaßnahmen. Nachdem im Jahr 2000 die von Bund und Ländern gemeinsam finanzierte „Australian Universities Quality Agency“ (AUQA) für den Universitätssektor eingerichtet worden war, wurde ihr neben der Zuständigkeit für nationale Studienangebote auch die für die Qualitätssicherung australischer Studienangebote im Ausland übertragen. Im Rahmen einer ersten Untersuchung einzelner Universitäten im Zeitraum von 2002 bis 2007 wurden auch deren Auslandsaktivitäten unter die Lupe genommen. Dabei hinterfragt die AUQA, inwieweit die Studiengänge im Ausland tatsächlich den von der Mutterhochschule definierten Qualitätsstandards entsprechen. In den vergangenen Jahren hat die australische Bundesregierung für die Weiterentwicklung von Qualitätssicherungsmaßnahmen für im Ausland angebotene Studienprogramme immer wieder Sondermittel zur Verfügung gestellt. Auch hier besteht der Anspruch, dass Studiengänge im Ausland den gleichen Qualitätsmaßstäben genügen sollen wie im Land selber angebotene. 2004 erhielt die AUQA unter dieser Zielsetzung umgerechnet 60.000 €, und ab 2005 werden drei Jahre lang jeweils 294.000 € zur Verfügung gestellt. Mithilfe dieser Gelder sollen Audits einzelner Studienangebote durchgeführt und die notwendige Weiterbildung von Evaluatoren finanziert werden. Um die Kosten von Evaluationsverfahren für im Ausland angebotene Studiengänge zu begrenzen, ist AUQA zudem gehalten, formale Kooperationsbeziehungen mit ausländischen Qualitätssicherungsinstitutionen aufzubauen. Als Länderprioritäten für eine Zusammenarbeit in der Studiengangsevaluation wurden Malaysia, Singapur und Hong Kong ausgewählt. Zukünftig soll AUQA jährliche Berichte über ihre Erfahrungen auf der Grundlage so genannter „Offshore audits“ erstellen.

Neben den Sondermitteln für die Qualitätssicherung von Studienangeboten im Ausland wurden von der australischen Bundesregierung bis Ende 2005 umgerechnet 1,71 Mio. € für 15 hochschulische Pilotprojekte zur Verfügung gestellt. Diese

Projekte haben Erfahrungen im Umgang mit typischen Herausforderungen, die beim Aufbau und der Durchführung eines Studienangebots im Ausland zu bewältigen sind, systematisch aufgearbeitet. Im Einzelnen haben sich die Projekte mit folgenden Aspekten<sup>6</sup> beschäftigt:

- der Identifikation einer geeigneten ausländischen Partnerinstitution,
- den besonderen Problemen, die sich aus Studienangeboten in anderen Sprachen als Englisch ergeben,
- der Herausforderung, Studierenden in Studiengängen im Ausland Veranstaltungen anzubieten, deren Anspruch denen der Veranstaltungen an der australischen Mutterhochschule entspricht,
- der Auswahl und Fortbildung von Hochschullehrern für den Einsatz im Ausland sowie
- den Möglichkeiten einer besonderen Unterstützung von Offshore-Studierenden.

Die *französische* Hochschulpolitik befasst sich erst seit wenigen Jahren systematisch mit grenzüberschreitenden Studienangeboten. Finanzielle Aspekte von Hochschulaktivitäten im Ausland werden dabei bislang weitgehend ausgeblendet. Der Staat fördert den Studienexport nicht explizit, sondern stellt im Rahmen breiter Förderansätze Mittel für einzelne Projekte zum Aufbau französischer Studienangebote im Ausland zur Verfügung. Die politische Diskussion fokussiert Belange der Qualitätssicherung und die Notwendigkeit einer Verkopplung von Studienexportaktivitäten mit traditionellen Formen der Hochschulkooperation wie vor allem der Mobilität. Ein Dekret aus dem Jahr 2005 legt Mindestanforderungen für die gemeinsame Vergabe von Studienabschlüssen durch französische und Hochschulen aus anderen Ländern fest. Es regt unter anderem an, dass die Studierenden, die an französischen Studiengängen im Ausland teilnehmen, einen Teil ihres Studiums in Frankreich absolvieren (Gioan 2007).

In den *Niederlanden* besteht keine explizite Politik in Bezug auf grenzüberschreitende Studiengänge. Die Regierung fördert Auslandsengagements ihrer Hochschulen nicht direkt. Das Angebot von Studiengängen im Ausland ist für die Hochschulen dadurch attraktiv, dass internationale Studierende kostendeckende Gebühren entrichten müssen. Es ist den Hochschulen allerdings untersagt, Studierenden, die nicht mindestens ein Jahr in den Niederlanden studiert haben, einen eigenen Abschluss zu verleihen. Auch die niederländische Akkreditierung von Studienangeboten im Ausland ist nicht möglich (Dutarte 2007).

---

<sup>6</sup> Vgl. die Projektliste unter [http://aei.dest.gov.au/AEI/Government Activities/qaaaustralianeducationandtrainingsystem/grants\\_gdpract.htm](http://aei.dest.gov.au/AEI/Government%20Activities/qaaaustralianeducationandtrainingsystem/grants_gdpract.htm).

#### 1.4 Deutschland als jüngster Trendsetter – Das Modell der ausländisch-unterstützten Hochschule

In den letzten Jahren hat die kurzfristige Entstehung mehrerer deutscher Hochschulen im Ausland die Entwicklung eines speziellen Organisationstyps ausländischer Hochschulen in den Blick internationaler Beobachter gerückt: die „ausländisch-unterstützte Hochschule“ („Foreign-backed Institution“). Während insbesondere australische Hochschulen neue Institutionen im Ausland als „Branch Campuses“ (Außenstellen) in eigener Verantwortung errichten, beschränken sich deutsche Hochschulen beim Aufbau von Institutionen im Ausland auf die Beratung und Unterstützung von im Zielland geplanten und finanzierten neuen Hochschulen. Die deutschen Hochschulen beraten und unterstützen im Ausland neu entstehende Institutionen in akademischen Belangen, investieren dort aber nicht. Die Grundfinanzierung der deutschen Hochschulen im Ausland liegt vielmehr in der Hand öffentlicher oder privater Träger im Zielland (vgl. Lanzendorf 2008a;b). Die deutschen „Patenhochschulen“ neuer Institutionen im Ausland entsenden Personal und qualifizieren einheimische Dozenten, sind aber nicht an Einnahmen aus Studiengebühren beteiligt. Anders als im Modell des „Branch Campus“, bei dem nur eigene Studiengänge und -abschlüsse der Mutterhochschule angeboten werden, führen die Studienangebote ausländisch-unterstützter Hochschulen zudem ausschließlich zu einheimischen Abschlüssen (vor allem während der Aufbauphase) oder zu Doppelabschlüssen (einheimischer Abschluss und Abschluss aus dem Land der unterstützenden Hochschule[n]).

Das Modell der ausländisch-unterstützten Hochschule wird von US-amerikanischen Hochschulen weitgehend unbeachtet bereits seit Anfang der 1990er Jahre praktiziert (vgl. Lanzendorf 2008a). Auch britische und französische Hochschulen sowie Hochschulen aus weiteren Ländern unterstützen den Aufbau neuer Institutionen im Ausland. Während derzeit fünf „deutsche“ Institutionen im Ausland Studierende aufnehmen (in Kasachstan, Ägypten, Jordanien, Syrien und Oman), gibt es bereits mindestens sieben amerikanisch-unterstützte Hochschulen (in Bulgarien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Kirgisien, Deutschland, Malaysia, Kuwait und Nigeria). Mit knapp 5.000 Studierenden ist die deutsche Universität in Kairo derzeit vor der American University of Sharjah in Dubai die größte ausländisch-unterstützte Hochschule. Des Weiteren existieren mindestens fünf (jüngere) britisch-unterstützte Hochschulen (in Usbekistan, Bahrain, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Ägypten und China), zwei französisch-unterstützte Hochschulen (in Ägypten und Armenien), eine kanadisch-unterstützte (in Ägypten) sowie eine deutsch-schweizerisch unterstützte Hochschule (in Indonesien). Von deutscher Seite befinden sich zwei weitere Hochschulen im Ausland in konkreter Planung (in Vietnam und der Türkei). Da Hochschulen aus anderen Ländern allerdings nicht nur neue Institutionen im Ausland unterstützen, sondern (häufiger) eigene „Branch Campuses“ im Ausland aufbauen, wird das Modell der ausländisch-

unterstützten Hochschule gemeinhin als charakteristisch für deutsche grenzüberschreitende Hochschulaktivitäten angesehen. Dieses Modell internationaler Hochschulen gilt als typisch für das relativ zurückhaltende Engagement deutscher Hochschulen im Ausland.

Auf Seiten der Zielländer grenzüberschreitender Studienangebote wird die Einrichtung ausländisch-unterstützter Hochschulen teilweise der Zulassung von „Branch Campuses“ ausländischer Hochschulen vorgezogen. Das Modell der ausländisch-unterstützten Hochschule hat sich bewährt, um fremdkulturelle Studienkonzepte möglichst eng an nationale Hochschulsysteme anzubinden. Wenn Länder die Notwendigkeit der Expansion und Modernisierung ihrer Hochschulsysteme nicht aus eigener Kraft bewältigen können, gleichzeitig aber die Eröffnung von „Branch Campuses“ ablehnen, kann das Modell der ausländisch-unterstützten Hochschule den Schlüssel zur Problemlösung bieten. Während „Branch Campuses“ letztendlich den Interessen ihrer Mutterhochschulen verpflichtet sind, werden ausländisch-unterstützte Hochschulen, die teilweise staatlich getragen werden, im Dialog mit nationalen Systemen aufgebaut und entwickelt.

Das Beispiel der jüngsten deutschen Hochschule im Ausland, der Oman-German University of Technology (OGTech), soll dazu herangezogen werden, das Modell der ausländisch-unterstützten Hochschule zu illustrieren. Die Gründung des OGTech im Sultanat Oman wurde von omanischer Seite angeregt. Die omanische Hochschulpolitik strebt einen Ausbau des kleinen nationalen Hochschulsektors sowie eine Diversifizierung des bisher angelsächsisch dominierten Studienangebots an. Auf eine internationale omanische Ausschreibung für den Aufbau einer vierten privaten Universität im Land hin bewarben sich neben der RWTH Aachen auch renommierte britische und amerikanische Universitäten. Unter anderem vor dem Hintergrund bereits existenter, erfolgreicher Forschungsk Kooperationen erhielt die RWTH Aachen den Zuschlag. Das Startkapital für das OGTech, das 2007 erste Studierende in Vorkurse aufgenommen hat, wird von omanischen Investoren zur Verfügung gestellt. Die RWTH Aachen entwickelt die Studiengänge und die für die Lehre notwendigen Infrastrukturen, beteiligt sich an der Lehre und qualifiziert einheimische Dozenten. Der Aufbau der Studiengänge wird durch den DAAD gefördert, und die Qualitätssicherung der neuen Studiengänge wird vom DAAD organisiert werden. Der Rektor des OGTech ist ein deutscher Professor, der über Forschungserfahrung vor Ort verfügt. Ab 2008 werden vier erste Bachelorstudiengänge angeboten (applied geosciences, applied information technology, regional management and tourism, urban planning and architectural design). Das OGTech soll mittelfristig neben der Lehre auch Forschungsaktivitäten betreiben.

### **1.5 Neuartige, global agierende Studienanbieter**

Neben den in nationalen Bildungssystemen verankerten staatlichen und privaten Universitäten, Fachhochschulen und Fernhochschulen gibt es mittlerweile eine

Reihe neuartiger, multinational oder transnational agierender Anbieter von Hochschulbildung. Sie zeichnen sich durch eigene Organisations- und Finanzierungsmodelle sowie die zunehmende Ablösung von nationalen Bildungskontexten aus. Oftmals kommen sie der wachsenden weltweiten Studiennachfrage mit englischsprachigen Online-Studienangeboten entgegen. Einige bieten Hochschulbildung als eine gewinnorientiert betriebene Dienstleistung an. Sie konzentrieren sich auf die Lehre, vielfach insbesondere für Berufstätige, und das Erbringen von Dienstleistungen, sind aber üblicherweise nicht in der Forschung aktiv.

#### 1.5.1 Die virtuelle transnationale Hochschule

Die Verfügbarkeit neuer Informations- und Kommunikationstechnologien hat dazu geführt, dass sich ein globaler Sektor des „borderless e-learning“ entwickelt hat. Da für diesen Sektor hohe Wachstumsraten prognostiziert wurden, haben sich zahlreiche neue Anbieter auf dieses Marktsegment spezialisiert.<sup>7</sup> Virtuelle Hochschulen nutzen die Möglichkeiten des Internet, um Interessenten in allen Teilen der Welt unabhängig von einem bestimmten nationalen Bildungssystem besonders nachgefragte Studiengänge anzubieten.

Die reale Entwicklung der Nachfrage nach Online-Studiengängen ist allerdings hinter den optimistischen Prognosen zurückgeblieben. Es scheint, dass Studienangebote, die virtuelle Lerneinheiten und Präsenzphasen miteinander kombinieren, besser angenommen werden als rein virtuelle Studienangebote. Marginson (2004) hat zudem auf die Bedeutung bestimmter organisatorischer Rahmenbedingungen für den Erfolg von Online-Lehrangeboten aufmerksam gemacht. In einer Studie zum Potential von Online-Studienangeboten in Südostasien kommt er zu dem Schluss, dass langfristige Partnerschaften mit im Zielland ansässigen Hochschulen und kulturell angepasste Inhalte essentielle Voraussetzungen für den Erfolg virtueller Studiengänge darstellen.

Daneben scheint es für den Erfolg virtuell agierender Studienanbieter von Bedeutung zu sein, dass sie auf das Know-How klassischer Hochschulen zurückgreifen können. So sind die Erfahrungen mit der „Universitas 21 Global“, einem privaten Träger, hinter dem das weltweite Universitätskonsortium Universitas 21 steht, bislang weitgehend positiv. Universitas 21 ist eine strategische Allianz renommierter nationaler Universitäten, die als „Centres of Excellence“ gelten. Der Allianz gehören 2008 21 führende forschungsorientierte Universitäten in 13 Ländern an, von denen sich 17 aus elf Ländern an der „U21Global“ beteiligen. Aus Europa sind Großbritannien (4 Universitäten), Irland und Schweden vertreten.

Die „U21Global“ agiert seit 2001 als virtueller und kommerzieller Arm der „Universitas 21“ und hat ihren Sitz in Singapur. Das Studienangebot ist auf Mas-

---

<sup>7</sup> Für einen frühen Überblick siehe Schulmeister 2001.

terstudiengänge in (Informations-)Management sowie einzelne Weiterbildungs-module aus diesen Bereichen beschränkt. Als Zielsetzung gibt der Online-Studienanbieter an, in seinem Geschäftsfeld einen weltweiten Standard setzen zu wollen. U21 Global möchte Know-How für die Ausweitung technologie-basierten Lernens an den Partnerhochschulen zur Verfügung stellen und zudem dem Teil der Weltbevölkerung, der keinen Zugang zu klassischen Präsenz-Studienangeboten hat, die Teilnahme an Hochschulbildung erleichtern. Für die Qualitätssicherung der Studienangebote der U21Global wurde die U21pedagogica gegründet. Auch die virtuelle U21 Global kommt in ihren wichtigsten Zielländern nicht ohne Büros vor Ort aus.

Das Unternehmen U21Global hat ein Finanzvolumen von über 50 Millionen US-Dollar (Currie 2003) und wurde bis 2007 als Joint Venture mit dem kanadischen Verlagsriesen Thomson betrieben. Als Thomson Learning sich 2007 aus dem Hochschulsektor zurückzog, wurde eine neue Partnerschaft mit Manipal Universal Investments Ltd. (MULI), einem Tochterunternehmen eines der größten und erfolgreichsten indischen Trägers von Privathochschulen, eingegangen. Das kommerzielle Anliegen von U21 Global wird unter anderem durch den seit Juni 2003 angebotenen „World Class MBA“ verdeutlicht, ein Marktsegment, von dem man sich große Gewinne insbesondere aus den asiatischen Schwellenländern verspricht. Die Studiengebühren variieren je nach Aufenthaltsland der Studierenden.

Ebenfalls erfolgreich ist der virtuelle Arm der kommerziellen US-amerikanischen University of Phoenix (s. unten). Die University of Phoenix Online konnte Massen-Studienangebote für Berufstätige über das Internet in strategisch ausgewählten Weltregionen erfolgreich verkaufen, musste dabei aber feststellen, dass die Durchführung von Online-Studienangeboten teurer war als die von Präsenz-Studiengängen (Marginson 2004).

Die Erfahrung der UK eUniversities Worldwide, die seit 2000 als eine Public-Private-Partnership von der britischen Regierung und Sun Microsystems kofinanziert worden war, war allerdings ernüchternd. Die UK eUniversities Worldwide sollte als virtueller „E-Learning Broker“ Studiengänge britischer Hochschulen über eine neuartige Online-Lernplattform international vermarkten. Die britische Regierung unterstützte das Projekt mit umgerechnet fast 80 Mio. €, und Sun Microsystems investierte weitere fast fünf Mio. € (UK eUniversities 2003). Nur ein Jahr nachdem der Betrieb mit ersten weiterführenden Studiengängen angelaufen war, stand die Lernplattform allerdings 2004 bereits wieder zum Verkauf. Es hatten sich statt der für das erste Jahr anvisierten über 5.000 Studierenden lediglich 900 eingeschrieben. Zudem waren sehr hohe Gehälter an das Projektmanagement geflossen, so dass das Projekt keine weiteren öffentlichen Mittel mehr erhalten soll. Zukünftige auf der Plattform anzubietende Studiengänge sollen direkt an den Hochschulen verankert sein.

Ein weiterer E-Learning Broker ist die von der Weltbank unter Entwicklungsgesichtspunkten aufgebaute African Virtual University (AVU), die speziell den

afrikanischen Ländern südlich der Sahara zu Gute kommen soll. Sie arbeitet als ein Netzwerk aus inzwischen 53 Partnerhochschulen aus 27 Ländern, das die Satellitenübertragung von Studiengängen organisiert. Die AVU wird heute von mehreren afrikanischen Regierungen gemeinsam getragen. Sie hat ihren Sitz in Nairobi (Kenia) und verfügt über eine Außenstelle in Dakar (Senegal). Die beteiligten Universitäten identifizieren Ausbildungsbedarfe und adaptieren entsprechende Curricula ausländischer Hochschulen. Eine virtuelle Bibliothek unterstützt den Unterricht. In Zusammenarbeit mit einer kanadischen Universität wird ein grundständiger Studiengang in „Computer Science“ angeboten. Daneben können Studierende eine Reihe von kurzen Zertifikats-Ausbildungen belegen. Der Frauenanteil unter den Studierenden liegt vergleichsweise hoch.

Geen die AVU werden jedoch auch kritische Stimmen laut. Zum einen wird die Relevanz der westlichen Bildungsangebote angezweifelt. Zum anderen entspricht die Infrastruktur nur geringen Qualitätsansprüchen, und die Kursgebühren sind zu hoch, um sozial schwächeren Personen der Zugang zur AVU zu ermöglichen (Moja 2003 und Muyia Nafukho 2005). Dass der virtuelle afrikanische Hochschulmarkt trotz der beschränkten Mittel vieler Interessenten aber lukrativ ist, weist die Studie von LaRoque und Latham (2003) nach.

### 1.5.2 Die gewinnorientierte Hochschule

Exemplarisch für die zunehmende Zahl gewinnorientierter, so genannter „For Profit“-Hochschulen werden hier Universitäten der US-amerikanischen Firmen Sylvan Learning Systems und Apollo aufgeführt.

Die börsennotierte Apollo Group ist ein kommerzieller Anbieter von Hochschulbildung. Die University of Phoenix, deren Träger sie ist, ist die größte US-amerikanische Privatuniversität. Sie hat Niederlassungen in Kanada und Puerto Rico eröffnet und bietet auch Online-Studiengänge an (University of Phoenix Online). Die University of Phoenix hat über 80.000 Studierende und erzielt jährlich beträchtliche Gewinne (Ryan und Stedman 2001). Das größte Wachstum weisen zuletzt Online-Einschreibungen auf. Im Jahr 2005 überstieg die Zahl der Online-Studierenden an der University of Phoenix erstmals die der Campus-Studierenden.

Neben der University of Phoenix gehört auch die Western International University (WIU) mit fünf Campus in Arizona zur Apollo Group. Die WIU ist wiederum mit dem indischen Familien-Unternehmen „Modi“ ein Joint Venture eingegangen und bietet in Neu Delhi grundständige Studiengänge an. Jeweils zwei Außenstellen in Indien und China sind bereits eröffnet. Außerdem wurde der Online-Studienanbieter WIU Interactive Online gegründet.

Die gemeinsam mit einem weiteren Investor (Carlyle Group) betriebenen Auslandsaktivitäten der Apollo Group werden von „Apollo Global“ (ehemals Apollo International) durchgeführt. Apollo Global ist vor allem in Lateinamerika aktiv.

Das Unternehmen Sylvan Learning Systems, das unter anderem im Geschäft mit Lernsoftware aktiv ist, hat die Trägerschaft von Hochschulen zu einem zusätzlichen Geschäftszweig entwickelt. Es ist vor einiger Zeit dazu übergegangen, private Universitäten und Business Schools aufzukaufen und sich damit Marktzutritt etwa in Mexiko, Spanien, Chile, Frankreich und der Schweiz zu verschaffen.

### 1.5.3 Die multinationale Hochschule

Unter den verschiedenen Typen neuartiger Studienanbieter weist die „multinationale Hochschule“ den engsten Bezug zu klassischen Hochschulen auf. Eine klassische Hochschule wird zu einer „multinationalen“, wenn sie ein besonders internationales Profil entwickelt und mehrere Auslandsniederlassungen aufbaut. Mindestens ein Viertel ihrer Umsätze müssen definitionsgemäß durch internationale Aktivitäten erzielt werden, zum Beispiel durch Gebühren ausländischer Studierender (Rooijen 2003).

Das Musterbeispiel einer multinationalen Hochschule ist die australische Monash University (Jones 2003). Sie ist mit über 50.000 Studierenden die größte Universität Australiens. Über 30 Prozent ihrer Studierenden kommen aus dem Ausland, und rund 13 Prozent aller Studierenden werden in eigenen Studienangeboten außerhalb Australiens – vorwiegend im asiatisch-pazifischen Raum – unterrichtet. Rund 5.000 Studierende sind in Bachelor- und Master-Studiengänge eingeschrieben, die durch einen der beiden Auslandscampus von Monash in Malaysia und Südafrika angeboten werden. Eine Außenstelle der Monash University in Prato, Italien, bietet keine eigenen Studiengänge an, sondern hat die Aufgabe, Forschungskontakte in Europa zu knüpfen und australischen Studierenden einen Auslandsaufenthalt zu ermöglichen.

Das erklärte Ziel von Monash, auf jedem Kontinent einen Campus zu errichten, konnte bislang nicht verwirklicht werden. Zudem gibt es innerhalb der Universität Kritik an den Expansionsbestrebungen. Lehrende und Studierende befürchten, dass die Kommerzialisierung der Universität langfristig der Institution als Ganzes schade (z.B. Currie 2003).

## 1.6 Resümee

Die Globalisierung hochschulischer Studienangebote hat viele Facetten, die sich im Spannungsfeld zwischen den Interessen der Hochschulen, den Erwartungen von Studieninteressenten – die zum Teil nicht-traditionellen Nachfragegruppen angehören – und politischen Prioritäten der Regierungen von Angebots- und Zielländern herausbilden.

Die Nachfrage nach internationaler Hochschulbildung expandiert in vielen Teilen der Welt stark. Bestehende und neuartige Hochschulen reagieren auf unterschiedliche Weise: Zum einen bieten fest in nationalen Hochschulsystemen veran-

kerte, „klassische“ Institutionen ihre Studiengänge mittels verschiedener Vertriebsformen im Ausland an. Zum anderen entstehen neue Typen von Studienanbietern, die vor allem online operieren und vielfach gewinnorientiert arbeiten. Diese beiden neuen Angebotssegmente sprechen unterschiedliche Gruppen von Studieninteressenten an und stehen daher nur begrenzt in Konkurrenz zueinander.

Aus Sicht aller Beteiligten eröffnet der globale Hochschulmarkt sowohl Chancen, birgt aber auch Risiken. Sofern sie sich an bestimmte Grundregeln halten, liegen Studienangebote ausländischer Hochschulen häufig durchaus im nationalen Interesse der Zielländer. Malaysia und Singapur beispielsweise haben ausländische Studienangebote strategisch in ihre wirtschaftlichen Entwicklungspläne eingebunden. Auch die Nachfrage nach ausländisch-unterstützten Hochschulen zeigt, dass der Export von akademischem Know-How einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung eines Hochschulsektors leisten kann. Die zentrale Herausforderung für politische und hochschulische Akteure besteht darin, eine Mindestqualität von grenzüberschreitenden Studienangeboten zu gewährleisten. Die Akkreditierungspraxis für Studiengänge im Ausland und auch für neuartige Studienanbieter ist noch sehr unübersichtlich; es können beispielsweise Agenturen aus den Herkunfts- oder Zielländern bzw. aus beiden Ländern gemeinsam eine Akkreditierung vornehmen. Sowohl anbietende als auch empfangende Länder entwickeln zunehmend spezielle Bestimmungen für die Registrierung und Akkreditierung grenzüberschreitender Studienangebote.

## Literatur

- Australian Vice-Chancellors' Committee (AVCC) (2003): Offshore Programs of Australian Universities – May 2003. Canberra: AVCC.
- Banks, M., Olsen, A. und Pearce, D. (2007): Global Student Mobility: An Australian Perspective Five Years On. Canberra: IDP Education Australia.
- Bennell, P. und Pearce, T. (1999): The Internationalisation of Higher Education: Exporting Education to Developing and Transitional Economies (IDS Working Paper; 75). Internet: URL: <http://server.ntd.co.uk/ids/bookshop/details.asp?id=429> [Zugang Jan. 2008].
- Böhm, A., Davis, D., Meares, D. und Pearce, D. (2002): Global Student Mobility 2025 – Forecasts of the Global Demand for International Higher Education. (IDP Research Publication 2002). Sydney: IDP Education Australia.
- British Council (Hg.) (2003): Education UK – Positioning for Success. Consultation Document. London: British Council.
- Chin, Hey-Kyung Koh (Hg.) (2008): Open Doors. Report on International Educational Exchange. New York: Institute of International Education.
- Currie, J. (2003): Australian Universities as Enterprise Universities: Transformed Players on a Global Scale. In: Breton, G. und Lambert, M. (Hg.): Universities and Globalization. Private Linkages, Public Trust. Paris: UNESCO, S. 179-194.

- Davis, D., Olsen, A. und Bohm, A. (2000): Australia's International Student Program. In: Davis, D., Olsen, A. und Bohm, A. (Hg.): *Transnational Education Providers, Partners and Policy – Challenges for Australian Institutions Offshore*. Sydney: IDP Education Australia, S. 13-24.
- Drew, S. u. a. (2007): *Trans-national Education and Higher Education Institutions: Exploring Patterns of HE Institutional Activity*. Department for Innovation, Universities & Skills Research Report 08 07. Internet: URL: <http://www.dfes.gov.uk/research/data/uploadfiles/DIUS-RR-08-07.pdf> [Zugang Mai 2007].
- Dutarte, M. (2007): The Netherlands. Unveröffentlichter Beitrag zum ERASMUS Mundus Global Promotion Project der Academic Co-operation Association (ACA), Brüssel.
- Garrett, R. (2005): *Transnational Delivery by UK Higher Education – How Competitive is the UK?* Präsentationsfolien. Internet: URL: [http://www.obhe.ac.uk/resources/speeches/uk\\_transnational\\_delivery.pdf](http://www.obhe.ac.uk/resources/speeches/uk_transnational_delivery.pdf) [Zugang Jan. 2008].
- Gioan, P.A. (2007): France. Unveröffentlichter Beitrag zum ERASMUS Mundus Global Promotion Project der Academic Co-operation Association (ACA), Brüssel.
- Hahn, K. und Lanzendorf, U. (2004): *Entwicklungen auf dem globalen Bildungsmarkt*. In: DAAD (Hg.): *Deutsche Studienangebote im Ausland (Ein Handbuch für Politik und Praxis; Bd. 10)*. Bielefeld: Bertelsmann, S. 36-49.
- Hahn, K. und Lanzendorf, U. (2006): *Der globale Markt für Hochschulbildung – Trends im grenzüberschreitenden und gebührenpflichtigen Angebot von Studiengängen*. In: *Marketing News aus Bildung und Forschung* 2/2006. Internet: URL: <http://www.gate-germany.de/6.6.1.html#3a>.
- Hahn, K. und Lanzendorf, U. (2007): Germany. Unveröffentlichter Beitrag zum ERASMUS Mundus Global Promotion Project der Academic Co-operation Association, (ACA) Brüssel.
- Harman, G. (2006): *Australia as an Higher Education Exporter*. In: *International Higher Education*, H. 42, o. S.
- IDP Education Australia (Hg.) (2007): *International Students in Australian Universities. Semester 1, 2007*. Canberra: IDP Education Australia Department of Education.
- Jones D. R (2003): *The Multinational University*. In: Rooijen, M. van, Jones D. R. und Adam, S. (Hg.): *The Multinational University. (EAIE Occasional Paper 15)*. Amsterdam: EAIE, S. 15-32.
- Knight, J. (2000): *Progress and Promise: The 2000 AUCC Report on Internationalization at Canadian Universities*. Ottawa: Association of Universities and Colleges of Canada (AUCC).
- Knight, J. (2005): *Cross-Border Education: Not Just Students on the Move*. In: *International Higher Education*, H. 41, o. S.
- Lanzendorf, U. (2006): *Deutsche Hochschulen als neue Transnational Player? – Zwischenbilanz einer politischen Initiative zum Aufbau gebührenpflichtiger Studiengänge im Ausland*. In: *Tertium Comparationis*, 12. Jg., H. 2, S. 189-211.

- Lanzendorf, U. (2008a): Foreign-backed Universities – A Status Report on International Academic Affiliation. Report für das online Observatory on Borderless Higher Education. Internet: URL: <http://www.obhe.ac.uk> [Zugang nur für Mitglieder].
- Lanzendorf, Ute (2008b): Transnationalität – Internationalität – Non-Nationalität: Wechselspiele etablierter und neuer Phänomene in einer globalen Hochschulwelt. In: Kehm, B. (Hg.): Hochschule im Wandel. Die Universität als Forschungsgegenstand. Festschrift für Ulrich Teichler. Frankfurt am Main, New York: Campus, S. 403-418.
- LaRoque, N. und Latham, M. (2003): The Promise of E-Learning in Africa: The Potential for Public-Private Partnerships. Arlington: IBM Endowment for the Business of Government.
- Marginson, S. (2004): Don't Leave me Hanging on the Anglophone: The Potential for Online Distance Higher Education in the Asia-Pacific Region. In: Higher Education Quarterly, 58. Jg., H. 2-3, S. 74-113.
- Ministry of Education of New Zealand (2002): Foreign Fee Paying Students Statistics to 2001. Internet: URL: <http://www.minedu.govt.nz> [Zugang Jan. 2008].
- Ministry of Education of New Zealand (Hg.) (2005): Strengthening International Education. Wellington: Ministry of Education.
- Moja, T. (2003): Globalization Apartheid: The Role of Higher Education in Development. In: Breton, G. und Lambert, M. (Hg.): Universities and Globalization. Private Linkages, Public Trust. Paris: UNESCO, S. 163-175.
- Muyia Nafukho, F. (2005): Access, Efficiency, and Equity Considerations of the World Bank's African Virtual University Project: A Case Study of Kenya. In: Association of African Universities (Hg.): Cross-border Provision and the Future of Higher Education in Africa. Accra: Association of African Universities, S. 337-359.
- Observatory on Borderless Higher Education (2007): A Miscalculated Level of Risk? UNSW Asia Announces its Unexpected Closure. Breaking News, Artikel vom 01.07.2007. Internet: URL: <http://www.obhe.ac.uk> [Zugang nur für Mitglieder].
- Ohne Autor (2007): Transnational Education in the United Kingdom. Unveröffentlichter Beitrag zum ERASMUS Mundus Global Promotion Project der Academic Co-operation Association (ACA), Brüssel.
- Rooijen, M. van (2003): The Emergence of Global and Multinational Universities. In: Rooijen, M. van, Jones D. R. und Adam, S. (Hg.): The Multinational University. (EAIE Occasional Paper 15). Amsterdam: EAIE, S. 3-14.
- Ryan, Y. und Stedman, L. (2001): The Business of Borderless Education 2001 Update. (Evaluations and Investigations Programme Higher Education Group). Canberra: Commonwealth of Australia. Internet: URL: [http://www.detya.gov.au/highered/eippubs/eip02\\_1/eip02\\_1.pdf](http://www.detya.gov.au/highered/eippubs/eip02_1/eip02_1.pdf) [Zugang Jan. 2008].
- Schulmeister, R. (2001): Virtuelle Universität – Virtuelles Lernen. (Mit einem Kapitel von Martin Wessner). München und Wien: Oldenbourg.
- UKeUniversities Worldwide (2003): The Foundation Year: UKeU Annual Report 2002/03. London, S. 14-15. Internet: URL: [http://www.ukeu.com/docs/ukeu\\_annual\\_report\\_2002\\_3.pdf](http://www.ukeu.com/docs/ukeu_annual_report_2002_3.pdf) [Zugang Jan. 2008].

- UNESCO/CEPES und Council of Europe (2001): Code of Good Practice in the Provision of Transnational Education (adopted by the Lisbon Recognition Convention Committee at its second meeting, Riga, 6 June 2001). Internet: URL: <http://www.unesco.org>.
- Verbik, L. und Merkley, C. (2006): The International Branch Campus – Models and Trends. The Observatory on Borderless Higher Education. Internet: URL: [http://www.obhe.ac.uk/products/reports/pdf/2007-09-01\\_3.pdf](http://www.obhe.ac.uk/products/reports/pdf/2007-09-01_3.pdf) [Zugang nur für Mitglieder].
- Vossensteyn, H. u. a. (2007): Offshore Education: Offshore Education in the Wider Context of Internationalisation and ICT: Experiences and Examples from Dutch Higher Education. Utrecht: Digitale Universiteit. Internet: URL: <http://www.utwente.nl/cheps/documenten/2007duofforeeducation.pdf> [Zugang Juni 2007].

## Chile

Ute Lanzendorf

### 2.1 Kulturelle und naturräumliche Rahmenbedingungen

Das chilenische Territorium erstreckt sich als schmaler, in Nord-Süd-Richtung verlaufender Streifen Land zwischen den südamerikanischen Anden und dem Pazifik (vgl. Karte 1). Die Landesfläche Chiles entspricht mehr als der doppelten Ausdehnung Deutschlands. Chile hat eine Nord-Süd Ausdehnung von mehr als 4.300 km – das entspricht einer Distanz von Skandinavien bis in die Sahara –, und ist in West-Ost Richtung nur an wenigen Stellen über 250 km breit. Teil des chilenischen Territoriums sind auch die Osterinseln, die über 1.000 km westlich vom Festland mitten im Pazifik liegen. Bezeichnenderweise bedeutet der Landesname „Chile“ nach altindianischer Überlieferung „Land, wo die Welt zu Ende ist“.

Die sich an der östlichen Landesgrenze erstreckenden Anden erreichen im Norden fast 7.000 m Höhe. Im Süden laufen die Bergzüge in einer kleinteiligen Inselwelt aus. Chile erhebt seit 1940 Anspruch auf einen Teil der Antarktis. Während der äußerste Süden des Landes zu den feuchtesten Klimagebieten der Erde gehört, ist die Atacama-Küstenwüste im Norden extrem trocken. Das *Klima* im Zentralgebiet Chiles ist mit dem des Mittelmeerraums vergleichbar. An der Küste verläuft der kalte, aber fischreiche Humboldtstrom. Es kann zu Erdbeben oder Tsunamis kommen, und es gibt verschiedene aktive Vulkane.

Rund zehn Prozent der Chilenen sind Protestanten, und die meisten übrigen Einwohner gehören der katholischen *Religion* an. Beruflich und sozial spielt die *soziale Herkunft* einer Person tendenziell eine höhere Rolle als individuelle Fähigkeiten. Es wurde beispielsweise gezeigt, dass die Löhne von Ingenieuren gleicher Qualifikation in Abhängigkeit von deren sozialem Hintergrund um bis zu ein Drittel voneinander abweichen können (vgl. Sattler 2004).

Im Zuge der Redemokratisierung wurde eine Regierungsstelle für Fragen der *Gleichberechtigung* eingerichtet.

## Karte 1: Wichtige Städte in Chile



Quelle: CIA 2005.

## 2.2 Politische und ökonomische Rahmenbedingungen

Chile ist seit 1925 eine *Präsidialrepublik*, deren derzeit gültige Verfassung im Jahr 1981 von der Militärregierung unter General Augusto Pinochet (1973 bis 1990) erlassen wurde. Das Land weist mit über 4.000 US\$ das höchste Pro-Kopf-Einkommen aller südamerikanischen Staaten auf und wird zu den so genannten *Schwellenländern* gezählt. Chile gilt sowohl aus ökonomischer als auch aus politischer Perspektive als außerordentlich stabil. Das Land ist prinzipiell von Funktionalität und Rationalität sowie funktionierenden Institutionen und einer verlässlichen Politik gekennzeichnet (Hillebrand 2004, S. 2). Korruption ist unüblich, und die organisierte Kriminalität ist gering. Im „Preußen Lateinamerikas“ genießen Werte wie Stabilität und Konsens einen hohen Stellenwert (Imbusch, Messner und Nolte 2004, S. 16). Im August 2003 kam es aus Protest gegen die staatliche Wirtschaftspolitik erstmals seit Ende der Militärregierung wieder zu einem Generalstreik. Die Demokratie ist als dauerhaft konsolidiert anzusehen.

Chile hat rund 15,8 Mio. *Einwohner*, von denen über 40 Prozent (6,5 Mio.) in der Hauptstadtregion um Santiago leben. Zwei weitere Städte mit jeweils rund 300.000 Einwohnern (Viña del Mar und Valparaíso) sind der Hauptstadtregion an der Küste vorgelagert. Insgesamt konzentriert sich ungefähr die Hälfte der Einwohner auf das geographische Zentrum Chiles. Wichtigste Stadt abseits des Zentrums ist Antofagasta im Norden des Landes mit ebenfalls rund 300.000 Einwohnern. In der südlichen Landeshälfte ist die Stadt Concepción mit rund 200.000 Einwohnern am bedeutendsten. Wanderungsbewegungen in das Zentrum des Landes spielen heute kaum noch eine Rolle. Der Anteil der indianischen Bevölkerung – ganz überwiegend Mapuche – wurde Anfang der 1990er Jahre mit 7,5 Prozent aller Chilenen angegeben.

Infolge eines Konjunkturrückgangs Ende der 1990er Jahre liegen die *Wachstumsraten* des Bruttoinlandsprodukts heute deutlich unter den bemerkenswerten sieben Prozent, die im Durchschnitt der 1990er Jahre verzeichnet wurden. Chile verfügt aber weiterhin über einen ausgeglichenen Staatshaushalt und eine niedrige Inflationsrate.

Unter diesen günstigen Rahmenbedingungen ist die absolute Armut unter den demokratischen Regierungen seit 1990 um die Hälfte zurückgegangen. Laut den Ergebnissen der letzten Volkszählung von 2002 sind aber immer noch ca. 19 Prozent der Bevölkerung (3 Mio. Personen) als arm zu bezeichnen (Sattler 2004). Das Land weist im weltweiten Vergleich immer noch eine stark ungleiche *Einkommensverteilung* auf. Außerdem ist die *Arbeitslosigkeit* seit dem konjunkturellen Einbruch Ende der 1990er Jahre relativ hoch; zuletzt lag sie 2003 offiziell bei 7,4 Prozent.

Das *Bevölkerungswachstum* liegt in den vergangenen Jahren relativ konstant bei 1,2 Prozent im Jahr. Die Geburtenrate ist aber leicht rückläufig, sie lag 2002 bei 2,26 Geburten pro Frau. Der Anteil der unter 15jährigen Chilenen ist auf nur

noch rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung zurückgegangen (Gans und González 2004).

Im Zuge der Re-Demokratisierung des Landes wurden die von der Militärregierung Pinochets etablierten administrativen und ökonomischen Strukturen nicht grundsätzlich revidiert. Das *politisch-administrative System* beispielsweise wird weiterhin als extrem zentralistisch und vollständig auf den Präsidenten ausgerichtet charakterisiert. Die 13 Regionen des Landes (die Hauptstadtregion und zwölf weitere Regionen, die von Norden nach Süden durchgezählt werden), sind reine Verwaltungseinheiten, deren Leiter unmittelbar vom Staatspräsidenten ernannt werden. Lediglich die Kommunen haben selbst gewählte Verwaltungen, sie verfügen aber kaum über finanzielle Mittel. Über die Verwendung fast aller öffentlichen Gelder wird in der Landeshauptstadt Santiago entschieden. Eine Dezentralisierung wird vor Neuwahlen zwar immer wieder versprochen, in der Praxis sind die politischen Kräfte aber aus unterschiedlichen Gründen dagegen.

Der gegenwärtige *Staatspräsident*, Ricardo Lagos, hat den unter der Militärregierung verfassungsmäßig angelegten politischen Zentralismus intensiv genutzt und sogar ausgebaut. Seine Amtszeit läuft noch bis Anfang 2006 (Wiederwahl ist nicht zulässig), und seine Politik genießt in der Bevölkerung breite Zustimmung. Sein Ansehen ist über die Landesgrenzen hinaus hoch (vgl. Hillebrand 2004, S. 3). Gemäß einer Verfassungsänderung aus dem Jahr 2005 wird die Amtszeit des 2006 neu zu wählenden Präsidenten nur noch vier statt bisher sechs Jahre betragen.

Auch das *Wahlssystem* ist weiterhin durch Besonderheiten gekennzeichnet, die unter den Militärregierungen eingeführt wurden: Zum einen stehen bestimmten gesellschaftlichen Gruppen (den Militärs, der Judikative, den Professoren und den Medizinern) unabhängig von Wahlergebnissen Sitze im Parlament zu. Zum anderen führt ein weltweit einzigartiges Wahlsystem dazu, dass sich das Parlament immer aus zwei relativ gleich starken politischen Blöcken zusammensetzt und politische Entscheidungen dementsprechend nur mit knappen Mehrheiten getroffen werden können. Insgesamt liegt wichtige gesellschaftliche Gestaltungsmacht immer noch bei der Unternehmeroligarchie, der katholischen Kirche und den Militärs.

Die wirtschaftliche Aktivität spielt sich ganz überwiegend in Santiago ab. Die Hauptstadtregion erwirtschaftet mittlerweile rund die Hälfte des chilenischen *Sozialprodukts*. Die chilenische Volkswirtschaft wird vom Dienstleistungssektor getragen, der im Jahr 2002 57 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftete und dem knapp zwei Drittel aller Beschäftigten zuzurechnen sind. Die Industrie erwirtschaftet lediglich ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts und beschäftigt knapp ein Viertel der Erwerbstätigen. Wichtige Industriesektoren sind Kupferbergbau, Holz und Zellulose, Wein und Obst sowie der Fischfang.

Nach dem Militärputsch hatte Chile den *Außenhandel* völlig frei gegeben und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes auf eine Weltmarktintegration in Rohstoff-Nischenmärkten ausgerichtet. Rund die Hälfte der Exporteinnahmen

wird infolge dessen heute mit Kupfer, Zellulose, Fischmehl und Früchten erzielt. Verarbeitete Produkte tragen lediglich rund 16 Prozent zu den Exporterlösen bei. Der Anteil von Exportgütern, deren Produktion den Einsatz von Technologie erfordert, liegt bei nur zehn Prozent und damit weit unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt von rund 50 Prozent.

Für die weitere *Entwicklung* des Landes werden Konsolidierung und Modernisierung der gesellschaftlichen Teilsysteme als primäre Erfordernisse angesehen. Mit einer solchen Strategie wird es für möglich gehalten, dass Chile in absehbarer Zeit zu einem relativ entwickelten Land mit mittlerem Pro-Kopf-Einkommen wird (Hillebrand 2004, S. 3). Als problematisch wird in diesem Zusammenhang aber unter anderem die Schwäche der staatlichen Administration angesehen, die wegen finanzieller Engpässe immer weiter Stellen abbauen und zentrale Aufgaben auslagern muss.

In Bezug auf die zukünftige *wirtschaftliche Entwicklung* spielt der Absatz chilenischer Produkte auf dem Weltmarkt eine besondere Rolle, da der Außenhandel einen Anteil von über 40 Prozent am Bruttoinlandsprodukt Chiles aufweist. Zwar wird erwartet, dass die Nachfrage auf den von Chile bedienten Rohstoffmärkten mittelfristig stabil bleiben oder sogar noch wachsen wird. Um das Wirtschaftswachstum auf einem möglichst hohen Niveau zu halten, wird es nichtsdestotrotz als notwendig angesehen, dass Chile seine Exportstrategie weiterentwickelt. Das Land steht vor der Herausforderung, das Spektrum seiner Exportprodukte zu diversifizieren, indem es neben Rohstoffen auch verarbeitete Produkte auf dem Weltmarkt anbietet. Dies erfordert, dass anspruchsvolle Produktions- und Wertschöpfungsketten aufgebaut werden.

Hillebrand (2004, S. 14f.) weist darauf hin, dass die Modernisierung und *Technologiefähigkeit chilenischer Unternehmen* durch deren vergleichsweise geringe Produktivität, kaum vorhandene Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie eine Dominanz kleiner und mittlerer Betriebe behindert werde. Kleine und mittlere Betriebe schaffen zwar den allergrößten Teil der Arbeitsplätze im Lande, sind aber international nicht wettbewerbsfähig und verfügen über nur geringe Aussicht auf Modernisierung. Forschung und Entwicklung werde in Chile zu 80 Prozent durch den Staat finanziert, was zur Folge habe, dass der größte Teil der F&E-Gelder in die Grundlagenforschung investiert werde, wohingegen anwendungsnahe Entwicklungsprojekte praktisch völlig vernachlässigt würden.

Eine Schlüsselrolle für die Modernisierung des Landes kommt dem *Hochschul- und Forschungssystem* zu, da zum einen der Aufbau einer anspruchsvollen Industrie hochqualifizierte Arbeitskräfte erfordert und zum anderen die Teilhabe an der Wissensgesellschaft eine hohe Akademikerrate voraussetzt. Eine neue Steuer auf die Haupt-Einnahmequelle Chiles, das Kupfer, soll unter anderem auch der Forschung zugute kommen. Es wird erwartet, dass jährlich rund 150 Mio. US\$ für einen Fonds für Technologische Innovation (Fondo de Innovación Tecnológica) zur Verfügung gestellt werden können.

Wegen der starken Bedeutung des Exports für das Volkseinkommen ist die chilenische Volkswirtschaft auf stabile Beziehungen zu den großen Ökonomien in der Welt angewiesen. Wichtigster Handelspartner sind die USA. Vor diesem Hintergrund lehnte es Chile beispielsweise ab, Vollmitglied des Gemeinsamen Südamerikanischen Markts *MERCOSUR* zu werden, der von Brasilien, Argentinien und Uruguay gegründet wurde. Chile nahm wie auch Bolivien lediglich den Status eines assoziierten Mitglieds an und schloss dann 2003 ein eigenes, *bilaterales Freihandelsabkommen mit den USA*. Weitere bilaterale Freihandelsabkommen sind mit der EU und Südkorea ins Leben gerufen worden. Durch die parallele Ablehnung der Pläne seiner Nachbarländer zum Aufbau einer lateinamerikanischen Freihandelszone ALCA (Área de Libre Comercio de las Américas) hat sich Chile handelspolitisch weitgehend von den angrenzenden Ökonomien abgewandt. Die großen Nachbarländer stellen aus Sicht der chilenischen Wirtschaft aber natürlich interessante Absatzmärkte dar. Die chilenische Regierung ist beispielsweise bemüht, auf den südamerikanischen Markt hin ausgerichtete internationale Großunternehmen im Lande anzusiedeln, um Chile auf diese Weise zu einem „business hub“ für die Region zu entwickeln (Hitzler 2002).

Chile ist sehr aktiv auf der Ebene der *internationalen Organisationen*. Im Rahmen seines Engagements für den Außenhandel bringt es sich z.B. bei den WTO-Verhandlungen stark ein. Kürzlich hat das Land einen formalen Aufnahmeantrag bei der OECD gestellt. Überdies stellt es seit kurzem den Generalsekretär der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS).

Von der *Weltbank* nimmt Chile derzeit mit unter 400 Mio. US \$ im lateinamerikanischen Vergleich nur geringfügige Mittel in Anspruch. Während der 1990er Jahre war mit Weltbankunterstützung zum Beispiel eine Umweltschutzbehörde aufgebaut worden. Im Zeitraum 2002 bis 2006 stellt die Weltbank Chile Struktur- und Anpassungskredite zum Erreichen von drei übergeordneten Zielen zur Verfügung: Kontinuierliches wirtschaftliches Wachstum und sozialer Fortschritt, Integration marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen sowie – als eine Rahmenbedingung für die beiden erstgenannten Zielsetzungen – Staatsmodernisierung als drittes Ziel. Insbesondere wird derzeit die Weiterentwicklung des Bildungswesens, aber auch die technologische Innovation und die Nutzung lokaler Entwicklungspotentiale von der Weltbank unterstützt. Folgende Projekte sind im Kontext der vorliegenden Studie von besonderem Interesse:<sup>1</sup>

- ein Projekt zur Entwicklung der *Hochschulbildung* (Higher Education Improvement Project, auf Spanisch: Programa de Mejoramiento de la Calidad y Equidad de la Educación Superior – Programm zur Verbesserung von Qualität und Chancengleichheit in der Hochschulbildung, MECESUP, vgl. auch Abschnitt

---

1 Für eine vollständige Übersicht der Weltbankprojekte in Chile vgl. Weltbank 2007.

- 2.5) wurde 1998 bewilligt. Bis 2005 standen insgesamt 241 Mio. US\$, davon 145,5 Mio. US\$ Weltbankmittel zur Verfügung.
- Ein Anfang Juli 2005 bewilligtes Anschlußprojekt trägt bei der Weltbank den Titel „Tertiary Education Finance for Results Projects“ und wird in Chile kurz MECESUP II bzw. „Educación Terciaria para la Sociedad del Conocimiento – Tertiäre Bildung für die Wissensgesellschaft“ genannt. Im ersten Förderzeitraum bis 2008 verfügt das Projekt über ein Gesamtvolumen von rund 100 Mio. US\$. Ein Viertel dieser Summe wird über die Weltbank verfügbar gemacht.
  - ein Projekt zur Förderung *exzellenter Forschung* (Millennium Science Initiative), das 1999–2002 mit einer Fördersumme von fünf Mio. US\$ bewilligt wurde und heute mit chilenischen Mitteln fortgesetzt wird;
  - das auf eine Stärkung des *Innovationssystems* abzielende Projekt „Science for the Knowledge Economy“, das über 25 Mio. US\$ der Weltbank erhält und u.a. die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Forschungsträgern fördert;
  - die Unterstützung von Angeboten des *lebenslangen Lernens*, die seit 2003 erfolgt. Mit einem Budget von knapp 76 Mio. US\$ sollen unter anderem 250.000 Erwachsene Zugang zu Fernunterricht erhalten.

Des Weiteren stellte die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank Chile im Jahr 2003 Mittel in Höhe von 140 Mio. US\$ zur Verfügung.

### 2.3 Beziehungen zu Deutschland

Ungefähr 150.000 bis 200.000 *Chilenen* sind *deutschsprachig* (Hillebrand 2004, S. 11). Diese Gruppe hat sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik und an den Universitäten einen vergleichsweise großen Einfluss. Überdies haben verschiedene Abgeordnete und Senatoren deutsche Vorfahren. Zahlreiche Mitglieder der Regierung Lagos haben zur Zeit der Militärdiktatur in Deutschland studiert oder waren dort im Exil.

Es bestehen vier größere, bereits im 19. Jahrhundert gegründete *deutsche Schulen*, die von der deutschen Bundesregierung unterstützt werden: in Santiago (1.600 Schüler), Valparaiso (1.000 Schüler), Concepción (800 Schüler) und Valdivia (700 Schüler). In Valdivia wird Deutsch nur als Fremdsprache gelehrt. An den anderen drei Schulen gibt es aber Zweige, in denen Deutsch Unterrichtssprache ist. Darüber hinaus existieren in Chile 19 von einheimischen Schulvereinen getragene Schulen, an denen ab der ersten Klasse Deutsch als Fremdsprache unterrichtet wird sowie eine Schweizer Schule. Ungefähr 550 Schüler bestehen jedes Jahr nach der 10. Klasse das Sprachdiplom I der Kultusministerkonferenz. Das Sprachdiplom II nach der 12. Klasse wird von jährlich ungefähr 450 Schülern bestanden.

Generell weist die chilenische Jugend mit Ausnahme von Englisch wenig Interesse am Erlernen von Fremdsprachen auf. An den *Universitäten* gibt es lediglich

einen Studiengang zur Ausbildung von Deutschlehrern für die Oberstufe (an der Universidad Metropolitana de Ciencias de la Educación, Santiago) mit 110 Studierenden im Jahr 2004, einen Studiengang „Übersetzung Deutsch und Tourismus oder Wirtschaft“ (Universidad de Playa Ancha de Ciencias de la Educación, Valparaíso), in den 2004 113 Studierende eingeschrieben waren sowie eine weitere Übersetzerausbildung an der Universidad de Concepción. Einer aktuellen Umfrage des DAAD in Chile zufolge bieten aber mindestens 16 Hochschulen Deutschkurse für ihre Studierenden an.

Unter den sogenannten *beruflich orientierten Hochschulen* (vgl. Abschnitt 2.4) gibt es eine mit deutschen Mitteln geförderte Einrichtung, die Deutschlehrer für Grund- und Hauptschulen ausbildet (Lehrerbildungsinstitut Wilhelm von Humboldt). Darüber hinaus wird das kaufmännische Berufsbildungszentrum INSALCO (Instituto Superior Alemán de Comercio), das den in Chile als Hochschulen eingestuften technischen Ausbildungszentren zuzurechnen ist, von Deutschland aus unterstützt.

Die kulturelle Zusammenarbeit zwischen Chile und Deutschland wurde bereits 1959 in einem gemeinsamen *Kulturabkommen* festgeschrieben. Laut diesem Abkommen können Absolventen chilenischer Sekundarschulen, die eine bestimmte Mindestpunktzahl in der Hochschulzulassungsprüfung und ausreichende Sprachkenntnisse nachweisen, in Deutschland studieren, ohne die für ausländische Studienbewerber normalerweise obligatorische Anerkennungsprüfung zu absolvieren. Kein anderes lateinamerikanisches Land genießt ein ähnliches Privileg.

Im September 1998 fand in Chile ein erstes Treffen deutscher und chilenischer Rektoren statt. Auf diesem Treffen äußerten chilenische Universitäten besonderes Interesse an einer Zusammenarbeit in den Bereichen Elektrotechnik, Präzisionstechnik, Chemie, Maschinen- und Fahrzeugbau sowie Umwelt- und Medizintechnik. Die HRK unterzeichnete anschließend mit der chilenischen Rektorenkonferenz CRUCH eine *bilaterale Vereinbarung über Hochschulzusammenarbeit*. Diese Vereinbarung bezieht sich auf eine Förderung des Austauschs von Studierenden und wissenschaftlichem Nachwuchs sowie Hochschullehrern und Wissenschaftlern und ist nur für die 25 staatlich grundfinanzierten Universitäten Chiles gültig, die in der CRUCH organisiert sind.

Des Weiteren verfügen sowohl der DAAD (seit 1999) und die DFG (seit 1979) als auch das BMBF über Abkommen zur Zusammenarbeit in der Forschung mit dem CONICYT (siehe <http://www.conicyt.cl/dri/lista-convenios.html>). Das DAAD-Abkommen bezieht sich auf den Austausch von Forschern im Rahmen gemeinsamer Forschungsprojekte sowie auf die Ausbildung von Doktoranden (Co-tutelle-de-thèse und Austausch). Das Abkommen zwischen der DFG und dem CONICYT bezieht sich auf die Finanzierung von Kooperationskosten zwischen deutschen und chilenischen Forschern in anderweitig grundfinanzierten Forschungsvorhaben und die finanzielle Unterstützung gemeinsamer Workshops. Das BMBF schließ-

lich hat mit dem CONICYT die Durchführung gemeinsamer Forschungsvorhaben vereinbart.

Der Grundstein für die *wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit (WTZ)* zwischen Deutschland und Chile wurde mit einem Übereinkommen aus dem Jahr 1970 gelegt. Auf einem Regierungstreffen Ende 1997 wurden Kooperationsmöglichkeiten auf den Gebieten Biotechnologie, Informatik, Umwelt, Ozeanographie und Geologie angedacht (vgl. Calderón 2004). Im Oktober 2001 wurde dann auf Regierungsebene vereinbart, in Concepción in deutsch-chilenischer Zusammenarbeit ein mobiles geodätisches Observatorium einzurichten. Die Bundesregierung verpflichtete sich, Bauteile im Wert von mehr als zehn Mio. € beizutragen und chilenische Ingenieure und Techniker auszubilden. Mitte 2005 haben sich die Bundesregierung und Chile darauf verständigt, ihre Zusammenarbeit zukünftig stärker an den Status Chiles als Schwellenland anzupassen. Von deutscher Seite soll eine strategische Beratung des chilenischen Reformprozesses erfolgen, und es sind Drittlandkooperationen vorgesehen. Das heißt, dass Deutschland Chile bei der Durchführung von Beratungsdienstleistungen in anderen lateinamerikanischen Ländern unterstützen wird. Zudem wurde „erneuerbare Energien und Energieeffizienz“ als neues zukunftsträchtiges Gebiet der Zusammenarbeit identifiziert. Für 2005 und 2006 hat die Bundesregierung Chile Mittel in Höhe von bis zu 25 Mio. € zugesagt (Pressemeldung des BMZ vom 15.06.2005).

Zwei von der DFG geförderte *Sonderforschungsbereiche* haben ausgewählte Aspekte der chilenischen oder südamerikanischen Geographie bearbeitet und sind in Zusammenarbeit mit chilenischen Universitäten (Universidad Católica del Norte, Universidad de Concepción) umgesetzt worden. Mitte 2004 hat das Internationale Institut für Wald und Holz Nordrhein-Westfalen zusammen mit dem Fachbereich für Geowissenschaften der Universität Münster einen *Kooperationsvertrag mit der forstwissenschaftlichen Fakultät der Universidad de Chile* geschlossen. Man möchte sowohl in der Lehre als auch im wissenschaftlichen und technischen Bereich zusammenarbeiten. Ende 2004 startete ein erstes gemeinsames Forschungsprojekt zum Kohlenstoffhaushalt in den Wäldern Patagoniens.

Insgesamt wird das *Potential der wissenschaftlichen Kooperation* zwischen Deutschland und Chile aber bei weitem nicht ausgeschöpft (vgl. Calderón 2004, S. 805ff.). Hillebrand (2004, S. 12) sieht im Ausbau dieser Form der Zusammenarbeit einen möglichen Weg, um dem von ihm beobachteten tendenziellen Bedeutungsverlust Deutschlands und auch Europas in Chile entgegenzuwirken. Ansatzpunkte für einen Ausbau dieser Form der Kooperation entstehen unter anderem aus der Einbeziehung chilenischer Universitäten in die *europäischen Forschungsprogramme*, wie er sich infolge des Forschungsabkommens mit der EU ergibt, das parallel zu dem kürzlich in Kraft getretenen Freihandelsabkommen geschlossen wurde. Chile hat in Bezug auf das sechste Forschungsrahmenprogramm der EU den gleichen bevorzugten Status wie ihn in Lateinamerika sonst nur Argentinien und Brasilien genießen.

Der Hochschulkompass der Hochschulrektorenkonferenz verzeichnete 2004 69 *Hochschulkooperationen* mit Chile, im Rahmen derer deutsche Hochschulen fast ausschließlich mit den staatlich grundfinanzierten öffentlichen und privaten Universitäten in Chile zusammenarbeiten. Gegenstand der Kooperationen sind häufig technische, medizin- und naturwissenschaftliche Fächer (vgl. die Auflistung der Hochschulkooperationen im Anhang). Zuletzt wurde Anfang 2005 ein Abkommen zwischen der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Fachhochschule Osnabrück und der kleinen Universidad de Talca zur Ausbildung von Wissenschaftsmanagern für den lateinamerikanischen Raum geschlossen. In 2005 ist die Zahl der Hochschulkooperationen auf über 80 gestiegen.

Im Rahmen der EU-Programme zur Kooperation mit Drittländern arbeiten unter dem Programm ALFA folgende deutsche und chilenische Universitäten zusammen:<sup>2</sup>

- die Technische Universität Berlin u.a. mit der Universidad Técnica F. Santa Maria, der Universidad de la Frontera und der Universidad de Magallanes, Punta Arenas,
- die Technische Fachhochschule Berlin u.a. mit der Universidad Católica,
- die Universität Münster u.a. mit der Universidad de Concepción,
- die Technische Universität München u.a. mit der Universidad Austral de Chile,
- die Universität Lüneburg u.a. mit der Universidad de Arte y Ciencias Sociales ARCIS und der Universidad Bolivariana.

Die von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit getragenen *Entwicklungsprojekte* konzentrieren sich auf den Verwaltungs- und Justizsektor sowie die Naturwald-Bewirtschaftung.

Bei den *Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen* spielte Chile 2003 mit nur knapp über 600 Mio. € kaum eine Rolle (vgl. Tabelle 1). Vor dem Zweiten Weltkrieg war die deutsche Wirtschaft größter ausländischer Investor in Chile. Während der Zeit des Militärregimes hatten sich deutsche Firmen jedoch weitgehend zurückgezogen. Gegenwärtig rangiert Deutschland erst an 16. Stelle der Auslandsinvestoren in Chile. Wichtigste deutsche Unternehmenspräsenz ist ein Joint-Venture der Schörghuber-Gruppe (Paulaner) mit einer einheimischen Brauerei, das fast den gesamten chilenischen Biermarkt kontrolliert und zu den zehn umsatzstärksten Investoren zählt. Bislang existiert noch kein Abkommen mit Chile, das die *Doppelbesteuerung* von Einkommen und Vermögen vermeiden würde.

---

<sup>2</sup> Nähere Informationen zu den Projekten können auf der ALFA-Homepage unter [http://ec.europa.eu/europeaid/where/latin-america/regional-cooperation/alfa/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/europeaid/where/latin-america/regional-cooperation/alfa/index_en.htm) abgerufen werden.

Für die geringe Aktivität deutscher Unternehmen in Chile werden folgende Gründe angeführt:

- deutsche Großunternehmen sind kaum in den in Chile dominanten Wirtschaftszweigen tätig;
- Chile ist ein nur kleiner Absatzmarkt und steht als Standort im Wettbewerb mit den ökonomischen Zentren São Paulo und Buenos Aires;
- als chilenische Staatsbetriebe privatisiert wurden, waren zum Beispiel die Telekom und die Post in Deutschland noch in staatlicher Hand, oder die deutschen Unternehmen konzentrierten ihre Investitionen auf Mittel- und Osteuropa;
- es gibt in Chile nur begrenzt Facharbeiter, die eine Produktion auf hohem technischem Niveau ermöglichen würden.

**Tabelle 1: Unmittelbare und mittelbare deutsche Direktinvestitionen nach ausländischen Wirtschaftszweigen**

	2003 (Mio. Euro)
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	136
Chemische Industrie	131
Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal, Datenverarbeitung und Datenbanken, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen, Beteiligungsgesellschaften	70
Verarbeitendes Gewerbe – Verschiedene (Ernährungsgewerbe, Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren, Metallerzeugung und -bearbeitung, Maschinenbau, Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik)	60
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	50
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	13
Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie Baugewerbe und andere	153
<b>Gesamt</b>	<b>613</b>

Quelle: Deutsche Bundesbank 2003.

Die deutsche Technik, wie auch die deutsche Kultur und die deutschen Universitäten, genießen in Chile einen sehr guten Ruf. Darüber hinaus ist den Chilenen die Unterstützung der Redemokratisierung ihres Landes durch deutsche politische Stiftungen in ausgesprochen positiver Erinnerung geblieben (vgl. auch Calderón 2004, S. 796). Vor allem die politische Linke hat ein traditionelles Interesse an Europa, da viele ihrer Vertreter dort während der Militärdiktatur Exil gefunden hatten. Dennoch sind Beobachter der Auffassung, dass derzeit nicht von einem

besonders engen *Verhältnis Chiles zu Deutschland* gesprochen werden könne. Hillebrand beispielsweise spricht von rein „geschäftsmäßigen Beziehungen“ (2004, S. 10). Außerdem betrachtet er Chile als strategischen Partner Deutschlands in Lateinamerika zunehmend als ungeeignet (S. 10). Dies führt er darauf zurück, dass Chile politisch wie auch wirtschaftlich stark an den USA ausgerichtet ist. Auch der kulturelle Einfluss Nordamerikas ist extrem groß und wächst beständig weiter.

#### 2.4 Hochschul- und Studiensystem

Als Reaktion auf eine starke Expansion der Studiennachfrage in den 1970er Jahren erließ die Militärregierung 1980 ein Gesetz zum Ausbau des Hochschulwesens. Seitdem existieren drei unterschiedliche Typen von Hochschulen nebeneinander, denen jeweils spezifische Ausbildungsfunktionen zukommen:

- Die acht *traditionellen Universitäten* und die von ihnen an verschiedenen Standorten vorgenommenen Ausgründungen zeichnen sich durch ein breit gefächertes und hochwertiges Angebot an Studienabschlüssen aus. Sie bieten fast die Hälfte aller Studienplätze in Chile an (vgl. Tabelle 2). Die traditionellen Universitäten wurden zwischen 1842 und 1956 gegründet, zwei von ihnen in staatlicher Trägerschaft und drei in Trägerschaft der Kirche. Die verbleibenden drei traditionellen Universitäten wurden von Privatpersonen gegründet. Vor allem die beiden staatlichen Universitäten richteten in den 1950er und 1960er Jahren abseits ihres Hauptsitzes Außenstellen ein.
- Nach 1980 wurden die von den traditionellen Universitäten aufgebauten insgesamt 17 *Außenstellen* zu eigenständigen Institutionen aufgewertet. 14 dieser auf Ausgründungen zurückgehenden heutigen Universitäten befinden sich in staatlicher Trägerschaft. Drei weitere werden von der katholischen Kirche getragen.
- Unabhängig von der Trägerschaft sichert der Staat die Grundfinanzierung (zurzeit maximal bis zu etwa einem Drittel des Gesamtetats) aller diesem Segment zugehörigen 25 Universitäten, die in der chilenischen Rektorenkonferenz CRUCH organisiert sind. Die Standorte der in staatlicher Trägerschaft befindlichen Universitäten sind relativ gleichmäßig über das Land verteilt. Einzelne Universitäten bieten ihre Studiengänge weiterhin an Standorten in verschiedenen Städten an. Beispielsweise haben inzwischen auch CRUCH-Universitäten aus den Regionen Ableger in Santiago eröffnet (Universidad Técnica Dederico Santa María und Universidad de Talca). Die mit Abstand größte Universität in Chile ist die Universidad de Chile mit über 26.000 Studierenden, gefolgt von der Pontificia Universidad Católica de Chile (PUC) mit rund 20.000 Studierenden, beide in Santiago.

- Einige weitere, beruflich und technisch orientierte Universitäten befinden sich in militärischer Trägerschaft, in Trägerschaft der Polizei oder der Luftfahrtbehörde. Ihr Studienangebot entspricht dem Niveau der traditionellen Universitäten.
- Um der wachsenden Studiennachfrage mit möglichst geringem Einsatz öffentlicher Mittel gerecht zu werden, wurden 1980 per Gesetz die Möglichkeiten zur Gründung privater Universitäten ausgeweitet. Nach einer mehrjährigen „Beobachtungsphase“ können von Privaten gegründete Universitäten nun volle Autonomie erlangen (siehe auch Abschnitt 2.6). Seit 1982 sind daraufhin über 40 *private Universitäten* in Trägerschaft von Stiftungen, Körperschaften oder Unternehmen entstanden, eine von ihnen unter spanischer Regie (Universidad Internacional SEK, vgl. Anhang und Abschnitt 2.8). Über die Hälfte der Standorte der Privatuniversitäten sind in der Hauptstadtregion angesiedelt. Die Größe der einzelnen privaten Universitäten variiert 2004 zwischen knapp 1.000 und rund 20.000 Studierenden (Universidad de las Américas, vgl. Abschnitt 2.8).
- Einige der privaten Universitäten mussten aufgrund von Qualitätsmängeln ihrer Studiengänge wieder geschlossen werden. Im Jahr 2004 verfügten 32 private Universitäten über eine dauerhafte *Zulassung*, und sechs weitere befanden sich im Zulassungsverfahren. Die neuen privaten Universitäten müssen in der Rechtsform der gemeinnützigen, nicht gewinnorientierten Einrichtung gegründet werden und erhalten keinerlei finanzielle Unterstützung durch den Staat. Immer häufiger bauen auch die privaten Universitäten abseits von ihrem eigentlichen Standort Studienangebote auf und nehmen auch institutionelle Ausgründungen vor.
- Unter den privaten Universitäten sind des Weiteren zunehmend gegenseitige *Übernahmen* zu beobachten. Seit 1996 haben bereits mindestens 14 private Universitäten ihren Besitzer gewechselt (Bernasconi und Rojas 2004, S. 151). Die Strategie der Übernahme ermöglicht es einzelnen, aggressiv agierenden privaten Universitäten an Kapital und politischem Einfluss zu gewinnen.
- Schließlich wurden 1980 auch die gesetzlichen Voraussetzungen für die Gründung neuer Typen von Hochschulen geschaffen: Zum einen wurden *beruflich orientierte Hochschulen* (Institutos Profesionales de Educación Superior), und zum anderen *technische Ausbildungszentren* (Centros de Formación Técnica) gesetzlich zugelassen. In der Praxis entstanden Hochschulen dieser beiden Gruppen, die sich vollständig selber finanzieren müssen, ausschließlich in privater Trägerschaft. Im Unterschied zu den privaten Universitäten ist es ihnen gestattet, Gewinne auszuschütten. Das heißt, dass sie ihre Einnahmen nicht wieder in den Lehrbetrieb investieren müssen. Heute existieren rund 50 beruflich orientierte Hochschulen, die allerdings zuletzt unter 20 Prozent aller chilenischen Studierenden ausbildeten. Die größten unter ihnen sind das DUOC und das INACAP – letzteres wird von der Industrie- und Handelskammer getragen.

Beide Einrichtungen zusammen unterrichten fast zwei Drittel der Studierenden auf diesem Niveau. Daneben gibt es über 100 technische Ausbildungszentren, die in der Regel unter 400 Studierende haben und insgesamt nur noch unter zehn Prozent der Studierenden in Chile unterrichten.

Rund ein Drittel der 18- bis 24-Jährigen – fast 600.000 junge Erwachsene – besuchen in Chile heute im Anschluss an die zwölfjährige allgemeine Schulbildung eine Hochschule, womit Chile im lateinamerikanischen Vergleich eine vordere Position in Bezug auf die *Beteiligung an Hochschulbildung* einnimmt. Ein vergleichsweise hoher Anteil der Studienanfänger bricht sein Studium allerdings vorzeitig ab, und nur rund die Hälfte der Studierenden erreicht den angestrebten Abschluss in der Regelstudienzeit, wobei die acht „traditionellen“ Universitäten in dieser Hinsicht deutlich besser abschneiden als die anderen Universitäten (Arrau 2003, S. 7).

**Tabelle 2: Studierendenzahlen an den verschiedenen Hochschultypen seit 1985 (grundständige, weiterführende und Weiterbildungsstudiengänge)**

Hochschultyp	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003
<i>Universitäten</i>	118.079	131.702	231.227	319.089	339.200	369.333	403.370
25 staatlich grundfinanzierte Universitäten	113.128	112.193	161.850	215.284	227.284	243.593	246.750
Privat finanzierte Universitäten	4.951	19.509	69.377	103.805	111.916	125.740	156.620
<i>Beruflich orientier- te Hochschulen*</i>	32.636	40.006	40.980	79.904	86.392	91.153	101.674
Mit finanzieller Unterstützung des Staates	18.071	6.472	0	0	0	0	0
Rein private Finanzierung	14.565	33.534	40.980	79.904	86.392	91.153	101.674
<i>Technische Aus- bildungszentren</i>	50.425	77.774	72.735	53.184	57.082	61.123	62.070
Gesamt	201.140	249.482	344.942	452.177	482.674	521.609	567.114

Quelle: Portal Universia Chile S.A. 2004<sup>3</sup>.

\* Bis 1992 erhielten einige beruflich orientierte Hochschulen eine finanzielle Unterstützung durch den Staat. Neun Institutionen meldeten im Jahr 2000 keine Einschreibedaten, unter ihnen das INACAP.

3 Das Portal Universia Chile S.A. ist ein von spanischsprachigen Universitäten weltweit getragenes Unternehmen mit der Website: <http://www.universia.cl>

Trotz der Bemühungen der Regierungen seit 1990, das Studienangebot zu dezentralisieren, besucht immer noch fast die Hälfte der *Studierenden* eine Hochschule in der Landeshauptstadt. Frauen stellen knapp die Hälfte der Studierenden, und in den Familien von 70 Prozent der Studienanfänger hat zuvor noch niemand eine Hochschule besucht. Die Teilnahme an Hochschulbildung zeigt eine deutliche Präferenz für die Universitäten und die beruflich orientierten Hochschulen. Insbesondere die Zahl der Studierenden an Universitäten ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen (2002 z.B. um knapp 11 %), wohingegen die technischen Ausbildungszentren weitgehend stagnierende Studierendenzahlen aufweisen. Die staatlich finanzierten Universitäten unterrichten ungefähr zwei Drittel aller Universitätsstudierenden und die privaten Universitäten ein Drittel.

Da der Beitrag des Staates zu den Kosten der Hochschulen auf insgesamt lediglich ein Viertel bis ein Drittel geschätzt wird (Bernasconi und Rojas 2004, S. 159), sind *Studiengebühren* ein zentrales Element der Hochschulfinanzierung. Ihre Höhe wird von den einzelnen Universitäten jeweils individuell für die unterschiedlichen Studiengänge festgelegt. Im Durchschnitt sind die Gebühren an privaten Universitäten etwas höher als an den staatlich grundfinanzierten. 2002 lagen sie für Privatuniversitäten bei durchschnittlich 2.261 US\$ im Jahr im Vergleich zu 1.845 US\$ im Jahr an den staatlich grundfinanzierten Universitäten. An den staatlich finanzierten Universitäten haben die Studierenden darüber hinaus Zugang zu umfangreichen staatlichen Stipendien, was an den privaten Universitäten bislang nicht der Fall ist. Besonders teuer sind das Jurastudium und das Erlernen von Gesundheitsberufen, während Lehrerbildungsstudiengänge am günstigsten sind. Die mit Abstand teuersten Studienplätze sind in den Studiengängen des Gesundheitswesens an privaten Universitäten zu finden (OECD 2004, S. 218).

**Tabelle 3: Studienplätze in weiterführenden Studiengängen, Studierende und Studiengebühren nach Fachgruppe 2004 (1 Mio. chil. Pesos = ca. 1.325 €)**

	Studienplätze	Neueinschreibungen	Studierende gesamt	Studiengebühren (ARAnceI) min./max.
<i>Administración y comercio</i>	2.347	2.162	4.291	
Doctorado	54	37	40	3.000.000 / 6.000.000
Magíster/MBA	2.293	2.125	4.251	1.300.000 / 15.128.000
<i>Educación</i>	1.572	1.364	4.114	
Doctorado	26	51	197	1.400.000 / 1.850.000
Magíster	1.546	1.313	3.917	550.000 / 2.100.000

wird fortgesetzt

Tabelle 3 Fortsetzung

	Studienplätze	Neuein- schreibungen	Studierende gesamt	Studiengebühren (ARAnceI) min./max.
<i>Ciencias sociales</i>	1.072	931	2.320	
Doctorado	42	30	108	1.520.000 / 3.000.000
Magíster	1.030	901	2.212	870.000 / 5.100.000
<i>Salud</i>	918	910	2.135	
Doctorado	28	47	188	1.400.000
Magíster	890	863	1.947	737.900 / 8.520.000
<i>Ciencias</i>	671	508	1.593	
Doctorado	274	242	969	1.140.000 / 3.000.000
Magíster	397	266	624	1.020.000 / 6.400.000
<i>Tecnología</i>	457	400	1.340	
Doctorado	85	65	286	1.520.000 / 3.000.000
Magíster	372	335	1.054	933.000 / 6.000.000
<i>Humanidades</i>	280	320	1.058	
Doctorado	52	72	238	1.116.000 / 2.192.000
Magíster	228	248	820	700.000 / 1.766.000
<i>Derecho</i>	369	272	541	
Doctorado	12	12	33	2.600.000 / 4.500.000
Magíster	357	260	508	850.000 / 6.850.000
<i>Agropecuaria</i>	355	178	451	
Doctorado	48	37	135	1.500.000 / 3.600.000
Magíster	307	141	316	1.020.000 / 5.306.000
<i>Arte y arquitectura</i>	221	134	285	
Doctorado	30	20	20	3.000.000
Magíster	191	114	265	945.000 / 2.995.354
Total Doctorado		613	2.214	
Total Magíster		6.566	15.914	
Total		7.179	18.128	

Quelle: Consejo Superior de Educación (Chile), Indices 2005,  
[http://www.cse.cl/ASP/WEB\\_CSE\\_estadisticas.asp](http://www.cse.cl/ASP/WEB_CSE_estadisticas.asp)

Das *Studienangebot* der chilenischen Universitäten ist hochgradig flexibel. Die Universitäten tendieren dazu, an jedem beliebigen Standort ein neues Studienangebot einzurichten, sobald dort eine ausreichende Nachfrage ausgemacht wird. Das stark expansive Vorgehen der privaten Universitäten und der ehemaligen Ausgründungen der traditionellen Universitäten auf der Suche nach zusätzlichen „Kunden“ hat zu einer unübersichtlichen Vielfalt an Ausbildungsorten der einzelnen Institutionen geführt. Insgesamt verfügen die Universitäten über 100 Campus oder kleine Zentren, an denen Lehre angeboten wird, und die beruflich orientierten Hochschulen über ungefähr 125 (CNAP 2003). Im Wettbewerb um die besten Studierenden werden jedes Jahr mehrere Millionen US\$ in Hochschulmarketing investiert.

Die Universitäten vergeben unterschiedliche akademische Abschlüsse, insbesondere den zweijährigen *Bachelor* (Bachiller), das vier- bis siebenjährige *Lizenziat* (Licenciado) sowie den auf das Lizenziat aufbauenden zweijährigen *Master* (Magíster) und den *Dokortitel* (Doctor). Ein Promotionsstudium dauert in der Regel zwischen drei und fünf Jahren. Die Studienpläne grundständiger Studiengänge sind vergleichsweise rigide; sie sehen in der Regel nur wenige Wahlfächer vor, und Studienfachwechsel oder Hochschulwechsel sind in der Praxis im Wesentlichen nur unter den Privathochschulen möglich, da diese sich durch eine relativ laxen Anerkennungspraxis auszeichnen. Die traditionellen Universitäten und ihre Ausgründungen weisen eine besondere Stärke bei technischen, natur-, geistes- und erziehungswissenschaftlichen Studiengängen auf. Die neuen privaten Universitäten bilden insbesondere in den Sozialwissenschaften, Verwaltung, Betriebswirtschaft und Jura aus. Zudem werden Studiengänge in den Gesundheitswissenschaften vor allem von den neuen privaten Universitäten angeboten. Die großen CRUCH-Universitäten bieten allerdings qualitativ hochwertige Medizin-Studiengänge an und sind im Besitz der wichtigsten Universitätskrankenhäuser des Landes.

Als weitere Abschlüsse kennt das chilenische Hochschulwesen die *Ausbildungsnachweise für geschützte Berufe* (Título Profesional) und *technische Abschlüsse* (Técnico). Studiengänge, die zur Ausübung eines geschützten Berufs befähigen, haben eine mindestens vierjährige, in der Praxis normalerweise fünfjährige Dauer, und setzen teilweise einen Lizenziats-Abschluss voraus. Technische Ausbildungsgänge sind normalerweise nur zweijährig. Die Zertifikate für geschützte Berufe, die ein Lizenziat voraussetzen, können nur von den Universitäten vergeben werden (mit Ausnahme des Befähigungsnachweises zur Ausübung des Anwaltsberufs).<sup>4</sup>

---

<sup>4</sup> Zu den geschützten Berufen, deren Abschlüsse nur von den Universitäten vergeben werden dürfen, gehören Architekt, Biochemiker, Zahnchirurg, Agraringenieur, Bauingenieur, Kaufmann, Forstwirt, Chirurg, Tierarzt, Psychologe und Pharmazeut sowie das Lehramt.

Die beruflich orientierten Hochschulen vergeben *vierjährige berufliche Abschlüsse* (Títulos Profesionales), die *kein Lizenciat* voraussetzen, und zudem *gehobene Techniker-Abschlüsse* (Títulos de Técnico de Nivel Superior). Technische Ausbildungszentren bilden ausschließlich für gehobene Techniker-Abschlüsse aus (zweijährige Kurzstudiengänge). Ein Übergang von einem Technischen Ausbildungszentrum zu einer beruflich orientierten Hochschule ist in der Regel genauso wenig möglich wie der Übergang von einer beruflich orientierten Hochschule an eine Universität. Auch Institutionen des gleichen Studienniveaus arbeiten normalerweise nicht zusammen, sondern stehen eher im Wettbewerb untereinander. Ausnahmen ergeben sich dann, wenn sich Institutionen verschiedener Ausbildungsniveaus in identischer Trägerschaft befinden. Prinzipiell stellt aber jede einzelne Hochschule ein eigenes Studiensystem dar, das mit den Systemen der anderen Hochschulen inkompatibel ist.

Es gibt bislang nur wenige *Fernstudiengänge*, die vor allem von den traditionellen Universitäten im Norden Chiles angeboten werden. Daneben existieren *Abend- oder Wochenendkurse* (Programas Especiales), die es Personen mit Berufserfahrung ermöglichen sollen, einen Hochschulabschluss zu erwerben. Auch ein Großteil der Master- und Promotionsstudiengänge wird als Abendprogramm angeboten.

Über die Aufnahme von Studienbewerbern an einer chilenischen Hochschule entscheidet in erster Linie das Abschneiden in dem jährlich im Dezember stattfindenden landesweiten *Aufnahmetest*. Jede staatlich finanzierte Universität legte bisher fest, mit welchem Gewicht Teilprüfungen des Aufnahmetests in die Zulassung für einen bestimmten Studiengang einfließen. Seit 2001 gibt es eine heftige politische Diskussion um eine *Reform des Zulassungsverfahrens*, und in 2003 wurde vereinbart, bis 2005 als Übergangsphase erstmals seit 1967 mit einem modifizierten Test zu experimentieren („Prueba de Selección Universitaria, PSU“ statt bisher „Prueba de Aptitud Académica, PAA“). Der neue Test besteht aus zwei obligatorischen Prüfungen: erstens Sprache und Kommunikation und zweitens Mathematik. Darüber hinaus kann zwischen einem Schwerpunkt „Geschichte und Sozialwissenschaften“ oder dem Schwerpunkt „Naturwissenschaften“ gewählt werden.

Die *Kritik am bisherigen Zulassungsverfahren* bezog sich u. a. auf die hohen Ansprüche des Tests in Bezug auf mathematische Kenntnisse und Ausdrucksvermögen. Befürworter einer Reform argumentierten, die starke Gewichtung dieser zwei Aspekte habe in den Sekundarschulen zu einer Vernachlässigung anderer Fächer geführt. Des Weiteren waren Ergebnisse des Zulassungstests bislang nur für ein Jahr gültig. Das neue Testverfahren soll zukünftig den Vergleich von Ergebnissen aus unterschiedlichen Jahren ermöglichen, so dass in einem Jahr abgelehnte Bewerber sich nicht notwendigerweise im kommenden Jahr nochmals dem Test unterziehen müssen. In dem Gremium, das den neuen Test organisiert, sind

nun neben den Vertretern der staatlich finanzierten Universitäten erstmals auch Vertreter der Privatuniversitäten und der Sekundarschulen beteiligt.

Rund drei Viertel der Schulabgänger eines Jahres unterziehen sich dem Zulassungstest für den Hochschulsektor. Da ungefähr 45 Prozent der Testteilnehmer bisher allerdings nicht die notwendige Punktzahl in Mathematik und Ausdrucksvermögen erreichten, qualifizierten sich in den letzten Jahren lediglich rund 70.000 Personen für die *Bewerbung um einen Studienplatz* an einer staatlich finanzierten Universität. In der Praxis bewarben sich dann sogar nur 50.000 Personen. Insgesamt bietet das Hochschulwesen heute mehr Studienplätze an, als es Absolventen des Zulassungstests mit einer ausreichenden Punktzahl gibt.

Seitdem der Staat einen Teil seiner Finanzmittel für die Universitäten danach verteilt, wie viele der 27.500 Studienbewerber mit den besten Ergebnissen des Zulassungstests sich an einer einzelnen Universität einschreiben (Aporte Fiscal Indirecto, AFI), orientieren sich auch die Privatuniversitäten bei der Vergabe ihrer Studienplätze an den Ergebnissen des Zulassungstests, obwohl sie dazu nicht verpflichtet sind. Die Vorgabe, dass für die 27.500 besten Absolventen des Zulassungstests ein Bonus an die aufnehmende Universität – in der Praxis fast ausschließlich staatlich grundfinanzierte Universitäten – gezahlt wird, ist seit Einführung des Tests unverändert geblieben. Repräsentierten die 27.500 Erstsemester 1990 noch 29 Prozent aller landesweiten Erstsemester, so machten sie 2001 nur noch 18 Prozent aus. Über ein Drittel des staatlichen *Finanzbonus für herausragende Erstsemester* fließt regelmäßig an lediglich zwei Universitäten. Das Finanzvolumen, das für die am Leistungsniveau der Erstsemester orientierten staatlichen Zuwendungen zur Verfügung steht, war 2002 leicht zurückgegangen auf unter 20 Mio. Pesos. Gleichzeitig war aber das Volumen der Grundfinanzierung für die staatlich finanzierten Universitäten auf rund 100 Mio. Pesos 2002 ausgeweitet worden (Bernasconi und Rojas 2004, S. 173).

Die Zahl der Studierenden in *weiterführenden Studiengängen* (Master- und Promotionsstudiengänge) expandiert vor allem seit den späten 1990er Jahren: Sie hat sich zwischen 1998 und 2004 ungefähr verdreifacht auf über 18.000 Studierende. Seit Mitte der neunziger Jahre bieten auch die Privatuniversitäten weiterführende Studiengänge – vor allem auf Masterniveau – an. Sie unterrichten fast ein Drittel aller Studierenden in weiterführenden Studiengängen.

Seit der großen Reform des Hochschulsektors durch die Militärregierung hat das *akademische Personal* der staatlich grundfinanzierten Universitäten keinen Beamtenstatus mehr. An den staatlich grundfinanzierten Universitäten gibt es heute sowohl Hochschullehrer mit Dauerstellen als auch Hochschullehrer mit befristeten Verträgen. Die Karrierestufen für Hochschullehrer auf Dauerstellen sind „Instructor“, „Profesor Asistente“, „Profesor Asociado“ und, als höchste Stufe, der „Profesor Titular“.

Das Lehrpersonal ist häufig nur in Teilzeit an den Universitäten tätig. An den privaten Universitäten und den beruflich orientierten Hochschulen ist der Anteil

der Teilzeit-Dozenten besonders hoch, an letzteren praktisch der Regelfall. Die Vollzeit an den Universitäten beschäftigten *Dozenten* sind vielfach nebenberuflich auch als Dozenten an Privatuniversitäten tätig. Parallel zum Anstieg der Studierendenzahlen ist die Zahl der Dozenten an Universitäten und beruflich orientierten Hochschulen zwischen 1995 und dem Jahr 2000 um die Hälfte gestiegen. Im Durchschnitt verfügt aber lediglich rund ein Drittel der Hochschullehrer an diesen Einrichtungen über einen Magisterabschluss oder ist sogar promoviert (zum Anteil der Dozenten mit Magister- oder Dokortitel an den einzelnen Universitäten). Da die Universitäten ihre Forschungsaktivitäten ausbauen wollen, stellt die Weiterqualifikation ihres Personals gegenwärtig eine wichtige Zukunftsaufgabe dar.

Nachdem die Geistes- und Sozialwissenschaften unter der Militärregierung praktisch aus den Universitäten verdrängt worden waren, waren die wenigen *Forschungsaktivitäten* in Chile lange weitgehend auf die Naturwissenschaften beschränkt.

Das Promotionsstudium, die Drittmittelforschung und Veröffentlichungen in ausgewählten Zeitschriften genießen einen hohen Stellenwert für das erwünschte Profil eines Vollzeitdozenten an einer Universität. Beispielsweise werden fünf Prozent der Finanzzuweisungen an die staatlich grundfinanzierten Universitäten auf der Basis von fünf *Leistungsindikatoren* vergeben, von denen drei das Profil des Lehrkörpers betreffen: erstens den Anteil der Vollzeitdozenten mit Magister- oder Dokortitel, zweitens die Zahl drittmittelfinanzierter Forschungsprojekte pro Vollzeitdozent und drittens die Anzahl der Publikationen in ausgewählten Zeitschriften pro Vollzeitdozent.

Wichtiger *Drittmittelgeber* für Forschungsvorhaben ist der Nationale Forschungs- und Technologierat CONICYT. Er verwaltet unter anderem die wichtigste Programmlinie zur Forschungsförderung, den Nationalen Fonds für die Wissenschaftliche und Technologische Entwicklung (Fondo Nacional de Desarrollo Científico y Tecnológico, FONDECYT). Für die Auswahl von aus diesem Fonds zu fördernden Projekte kommt ein wettbewerbliches Peer Review-Verfahren zur Anwendung. Im Durchschnitt werden ein Drittel der jährlich rund 1.000 eingereichten Anträge für eine Förderung bewilligt. Einzelne Projekte erhalten durchschnittlich 20.000 US\$ im Jahr für einen Zeitraum von bis zu vier Jahren. Jeweils über 40 Prozent der geförderten Projekte entfielen in den letzten Jahren zum einen auf die Naturwissenschaften und zum anderen auf die Fachgruppe „Ingenieurwissenschaften und Technologie“.

Da der jährlich *auf der Basis von Leistungsindikatoren konkretisierte Teil des Grundetats* einer staatlich finanzierten Universität (5 % des Gesamtetats) im Folgejahr dann dem Grundetat zugeschlagen wird, wächst seine Bedeutung für die einzelne Universität mit den Jahren. Bereits Mitte der neunziger Jahre hatte eine der größten traditionellen Universitäten in privater Trägerschaft, die Pontificia Universidad Católica de Chile, daher begonnen, ihren Dozenten Prämien für Veröffentlichungen in wichtigen Zeitschriften zu zahlen. Diesem Beispiel sind weitere

Universitäten gefolgt, darunter sogar erste Privatuniversitäten, die nicht von den leistungsorientierten staatlichen Finanzzuweisungen profitieren (Bernasconi und Rojas 2004, S. 136). Bei der Einstellung neuer Lehrkräfte sind die Anforderungen heute deutlich gestiegen; renommierte Fachbereiche aus den Natur- ebenso wie aus den Geistes- und Sozialwissenschaften stellen vielfach nur noch promovierte Hochschullehrer ein.

Mit den Ansprüchen an den Lehrkörper der Universitäten sind auch die *Gehälter* der Dozenten gestiegen. Im Unterschied zu der Situation in den 1980er Jahren können die Dozenten von ihren Gehältern heute teilweise sehr gut leben (Bernasconi und Rojas 2004, S. 137). Zum einen orientiert sich das Grundgehalt des Lehrkörpers sowohl an den staatlich als auch an den privat finanzierten Universitäten immer häufiger an Vergleichsgehältern anderer Universitäten oder der privaten Wirtschaft. Zum anderen gibt es an allen Universitäten zunehmend finanzielle Anreizsysteme für gute akademische Leistung, die sich teilweise auf bis zu 50 Prozent und mehr des Grundgehalts akkumulieren lassen. Auch das gesellschaftliche Ansehen einer akademischen Karriere und auch von Teilzeitstellen an den Universitäten hat sich auf diese Weise verbessert.

Als neue, bislang inexistente Typen von Universitätsdozenten charakterisieren Bernasconi und Rojas (2004, S. 138f.) Hochschullehrer, die verschiedene Teilzeit-Beschäftigungen zu einer vollen Beschäftigung addieren und *unternehmerische Dozenten*. Der von den Universitätsdozenten lange gemiedene Kontakt mit dem privaten Sektor ist heute oftmals unumgänglich. Der unternehmerische Dozent arbeitet lediglich an einer Universität und wirbt daneben nationale und internationale Forschungsmittel ein, sitzt in Aufsichtsräten von Privatunternehmen und berät die Regierung und andere Organisationen. Auch wenn die lebenslange Beschäftigung an einer Universität weiterhin die Regel ist, so nimmt die *Mobilität der Universitätsdozenten* doch langsam zu. Viele Universitäten rekrutieren ihre Hochschullehrer mittlerweile aktiv aus dem Ausland.

Die *Qualitätssicherung* von Studium und Lehre befindet sich in Chile seit ungefähr einer Dekade in Einführung. Als in den neunziger Jahren in großer Zahl Privatuniversitäten gegründet wurden, wurden zunächst Zulassungsverfahren für diesen Hochschultyp entwickelt (vgl. Abschnitt 2.6). Anschließend wurden Zulassungsverfahren für weiterführende Studiengänge definiert und seit 1999 auf grundständige Studienangebote ausgeweitet. Zusätzlich begann man 2003, auch die staatlichen Universitäten und alle anderen zugelassenen Hochschulen als Institutionen zu akkreditieren. Bislang haben ungefähr 20 Hochschulen dieses Verfahren abgeschlossen.

Die *Akkreditierung* grundständiger und weiterführender Studiengänge befindet sich noch in einer Pilotphase und ist für die Universitäten freiwillig. Bislang sind nur rund zehn Prozent der über 2.000 existierenden Studiengänge akkreditiert. Die Akkreditierung wird von zwei spezifischen *nationalen Kommissionen* organisiert: Die Comisión Nacional de Acreditación de Pregrado (CNAP) ist für grundständi-

ge Studiengänge zuständig. Daneben hat sie auch die institutionelle Akkreditierung von Hochschulen übernommen. Sie setzt sich aus 15 Wissenschaftlern zusammen. Das Akkreditierungsverfahren für grundständige Studiengänge umfasst eine Selbstbewertung durch die Studiengangs-Beteiligten, eine Begehung durch externe Peers zur Überprüfung des Selbstberichts und eine abschließende Stellungnahme des CNAP. Die Akkreditierung weiterführender Studiengänge liegt seit 1999 in der Verantwortung der CONAP (Comisión Nacional de Acreditación de Postgrado). Diese Kommission hat bislang jeweils über 90 Promotions- und mehr als 130 Masterprogramme akkreditiert.

*Forschung* wird vor allem an der Universidad Católica de Chile, der Universidad de Chile (beide in Santiago) und der Universidad de Concepción betrieben. Diese drei Universitäten haben während des 20jährigen Bestehens des staatlichen Forschungsförderungsfonds FONDECYT über zwei Drittel der zur Verfügung gestellten Mittel eingeworben. In jüngerer Zeit gewinnen aber auch die Universidad de Santiago und einige Privatuniversitäten im Forschungssektor an Bedeutung. Darüber hinaus existieren 16 so genannte *außeruniversitäre Forschungseinrichtungen*, die auch lehren. Die wichtigsten unter diesen Einrichtungen sind die Lateinamerikanische Fakultät für Sozialwissenschaften in Chile (Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales, FLACSO), das Zentrum für Bildungsforschung und -entwicklung (Centro de Investigación y Desarrollo de la Educación, CIDE) und das Lateinamerikanische Institut für Sozialwissenschaften (Instituto Latinoamericano de Doctrina y Estudios Sociales, ILADES) (zu diesen Einrichtungen vgl. Swope 1995). Sie sind nicht als Hochschulen anerkannt, haben aber Zugang zu den im Rahmen des FONDECYT zur Verfügung gestellten Forschungsmitteln. Seit 1990 haben sich die staatlicherseits in Forschung investierten Mittel auf über 40 Mio. Pesos (über 50.000 €) im Jahr 2002 vervierfacht.

Die demokratischen Regierungen haben sich zum Ziel gesetzt, allen ausreichend qualifizierten jungen Erwachsenen den Zugang zu Hochschulbildung zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang ist das Finanzvolumen der *staatlichen Stipendienprogramme* zwischen 1990 und 2002 auf über 60 Mio. Pesos (knapp 80.000 €) ausgeweitet und damit verdreifacht worden (bei einer Grundfinanzierung aller staatlich finanzierten Universitäten zusammen in Höhe von knapp über 100 Mio. Pesos). Im Einzelnen können Studierende folgende Finanzhilfen in Anspruch nehmen:

- „Rotationsfonds“, die von den einzelnen Universitäten organisiert und von der Regierung finanziell unterstützt werden, bieten bedürftigen Studierenden die Möglichkeit, zur Finanzierung der Studiengebühren einen *Kredit* aufzunehmen, der teilweise aus den Rückzahlungen der Absolventen dieser Universität gespeist wird (Fondo Solidario de Crédito Universitario). Seit 1990 ist die Zahl der Geförderten um ca. die Hälfte auf 110.000 im Jahr 2001 gestiegen. Die von der Regierung zur Verfügung gestellten Finanzmittel wurden im gleichen Zeitraum um zwei Drittel ausgeweitet (Bernasconi und Rojas 2004, S. 180). Auf

- diese Weise erhalten rund zwei Drittel der Studierenden an den 25 staatlich finanzierten Universitäten eine Studienförderung, die in der Praxis allerdings von weniger als der Hälfte der Stipendiennehmer zurückgezahlt werden kann.
- Das Bildungsministerium gewährt überdurchschnittlich guten Studierenden aus bedürftigen Familien sowohl für grundständige als auch für weiterführende Studiengänge *Stipendien* zur Deckung der Studiengebühren. Auf diese Weise wurden beispielsweise 2001 19.390 Studierende gefördert. Ein mit diesem System verbundenes Problem ist die Tatsache, dass es für die Universitäten einen Anreiz bietet, ihre Studiengebühren zu erhöhen, da sich die Stipendien an der Höhe dieser Gebühren orientieren.
  - Des Weiteren können Studierende in weiterführenden Studiengängen mit hoher Einkommenserwartung (vor allem MBAs, Medizin, Wirtschaft) und Studierende in grundständigen Studiengängen, deren Familien wohlhabend genug sind, um die notwendigen Bankbürgschaften aufzubringen, auf eine durch die Regierung garantierte *Kreditlinie bei einer Bank* zugreifen (Crédito CORFO). Dieser Kredit ist bisher nur Studierenden an ausgewählten staatlich und privat finanzierten Universitäten zugänglich.
  - Ab 2006 werden erstmals Studierende aller Typen von akkreditierten Hochschulen von staatlichen Bankbürgschaften für Studienkredite profitieren können, also auch Studierende an beruflich orientierten Hochschulen (Institutos Profesionales de Educación Superior) und technischen Ausbildungszentren (Centros de Formación Técnica). Die Bürgschaften werden hochqualifizierten Studierenden aus bedürftigen Familien im Rahmen eines in seiner Höhe jährlich neu zu definierenden staatlichen Haushaltspostens verfügbar gemacht. Die verzinsten Studienkredite müssen ab 18 Monate nach Studienabschluss über 20 Jahre in Raten zurückgezahlt werden. Gleichzeitig werden die Familien motiviert, Sparpläne für das Studium ihrer Kinder anzulegen, indem der Staat eine extra Verzinsung auf diese Sparpläne gewährt.
  - Doktoranden in akkreditierten Promotionsstudiengängen können ein Stipendium des nationalen Forschungs- und Technologierats CONICYT erhalten.
  - Daneben stellt die chilenische Regierung für Master- und Promotionsstudierende aus anderen lateinamerikanischen Ländern über ihre Agentur für internationale Zusammenarbeit (Agencia de Cooperación Internacional, AGCI) spezielle Stipendien zur Verfügung.

*Weiterbildungsstudiengänge* werden als „Postítulo“-Studien bezeichnet und sollen zukünftig ausgebaut werden. Die *Fortbildung der Universitätsdozenten* wird von den einzelnen Universitäten organisiert und bislang wenig systematisch betrieben. In Zukunft soll das mit Weltbankunterstützung finanzierte Programm MECESUP II (vgl. dazu den folgenden Abschnitt 2.5) dazu beitragen, den Anteil promovierter Hochschullehrer und Wissenschaftler zu erhöhen.

## 2.5 Hochschulpolitik und Hochschulfinanzierung

Seit der neoliberal ausgerichteten Umgestaltung des öffentlichen Sektors durch die Militärregierung wird die Entwicklung der Universitäten vor allem durch einen *marktförmig organisierten Wettbewerb* um staatliche Finanzmittel und zahlungskräftige Studierende bestimmt. Die Hochschulpolitik wirkt nicht mehr direkt auf innerhochschulische Abläufe ein, sondern versucht lediglich über finanzielle Anreize bestimmte Entwicklungsprioritäten durchzusetzen.

Eine politische Initiative der demokratischen Regierung zur Reform des Hochschulgesetzes, die dem Staat wieder eine direkte Einflussnahme auf den Hochschulsektor ermöglichen sollte, war Anfang der 1990er Jahre gescheitert. Obwohl viele Vertreter der staatlich finanzierten Universitäten sich einen stärker interventionistischen Staat zurückgewünscht hatten, mussten die demokratischen Regierungen die von den Militärs 1980 gesetzlich festgeschriebene institutionelle Autonomie der Hochschulen und die grundsätzliche *Selbstregulation des Hochschulsystems* akzeptieren. Dies bedeutet, dass die Entwicklung des Hochschulwesens zu einem gewichtigen Teil durch die Summe einzelinstitutioneller Entscheidungen bestimmt wird und nur in begrenztem Umfang durch die staatliche Hochschulpolitik.

In den 1990er Jahren konzentrierten sich die hochschulpolitischen Aktivitäten der demokratischen Regierungen darauf, gravierende *Fehlentwicklungen* seit der Hochschulreform der Militärs zu *korrigieren*. Infolge mangelnder Alternativen wurden gleichzeitig die von den Militärs eingeführten Systemstrukturen ausgebaut und gefestigt. Im Einzelnen konzentrierte sich die Hochschulpolitik darauf, dem Wachstum privater Universitäten mit mangelnder Ausbildungsqualität entgegenzuwirken, die Information der breiten Öffentlichkeit über Studienangebote zu verbessern, die Wissenschaft und technologische Innovation sowie Promotionsstudiengänge auszubauen und die engen administrativen Vorschriften für diejenigen Universitäten zu lockern, die Teil der öffentlichen Verwaltung sind (vgl. Bernasconi und Rojas 2004, S. 193). Zudem wurden erhebliche Mittel für Investitionen in universitäre Infrastrukturen und für akademische Aktivitäten in Bereichen von besonderem nationalem Interesse zur Verfügung gestellt.

Unter der Militärregierung waren die *öffentlichen Mittel für Hochschulbildung* in den 1980er Jahren drastisch reduziert worden. 1990 trug der Staat nur noch rund ein Drittel der Hochschulausgaben. Die demokratischen Regierungen haben die für die Hochschulbildung zur Verfügung gestellten Finanzmittel anschließend wieder deutlich ausgeweitet. Es wird geschätzt, dass die öffentlichen Ausgaben für Hochschulen während der neunziger Jahre real um über 70 Prozent gestiegen sind (OECD 2004, S. 207). Dennoch müssen auch diejenigen Universitäten, die jährliche Finanzzuweisungen vom Staat erhalten, bis zu über drei Viertel ihrer Ausgaben aus anderen Quellen finanzieren (vgl. Salas 2000, S. 23f.). Ca. 30 Prozent ihrer laufenden Kosten werden aus Studiengebühren getragen, und der Verkauf von Dienstleistungen und Kapitalrückflüsse aus Investitionen zusammen tragen

ca. weitere 20 Prozent bei. Hinzu kommen zum Beispiel Einnahmen aus dem Angebot von Studiengängen im Ausland. Die chilenischen Universitäten nehmen im Ausland schätzungsweise zwölf Mio. US\$ jährlich an Studiengebühren ein. Außerdem entstehen den Universitäten aus Auslandsengagements geschätzte mehr als 40 Mio. US\$ indirekte Einnahmen im Jahr (González 2003, S. 7).

Überdies können Unternehmen den Universitäten *Spenden* zukommen lassen und bis zu 50 Prozent dieser Spenden steuerlich absetzen. Über die unterschiedlichen Hochschultypen hinweg lag die Summe der privaten Spenden 2002 in einer Höhe, die mehr als neun Prozent der öffentlichen Ausgaben für den Hochschulsektor betrug. Um weiteres, auch ausländisches *Kapital* zu erschließen, können die privaten chilenischen Universitäten Anleihen (*bonos*) an der Börse in Santiago platzieren. Von diesem Instrument haben beispielsweise die traditionelle private Universidad de Concepción und die neue private Universidad Diego Portales Gebrauch gemacht. Letztere Universität hat ihre Genussscheine mit Hilfe der Weltbank an die Börse gebracht (González 2003, S. 37).

Das staatliche Hochschulbudget wird für die Grundfinanzierung der traditionellen Universitäten und für spezielle Förderprogramme eingesetzt. Über das Instrument der themenbezogenen Förderprogramme sind von den demokratischen Regierungen vor allem Maßnahmen zur Gewährleistung von *Chancengleichheit* beim Zugang zu Bildung und für die Einhaltung von *Mindeststandards* in Bezug auf Bildungsqualität finanziert worden. Zum einen wurden die finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten für Studierende ausgeweitet; Ende der 1990er Jahre wurde beispielsweise ein Viertel der gesamten öffentlichen Gelder für die Hochschulbildung für Individualstipendien ausgegeben. Des Weiteren wurden bereits unter den Militärs entwickelte landesweite Verfahren der Qualitätssicherung für den Universitätssektor ausgebaut.

Zur Unterstützung der beiden großen hochschulpolitischen Prioritäten „Chancengleichheit“ und „Qualitätssicherung“ war 1999 mit Hilfe von Weltbankmitteln das Programm *MECESUP* (Programa de Mejoramiento de la Calidad y la Equidad en la Educación Superior) aufgelegt worden. Im Rahmen dieses Programms stellten die Weltbank und der chilenische Staat zusammen insgesamt rund 241 Mio. US\$ für die Förderung von Projekten zur Verfügung (vgl. auch Abschnitt 2.1). Mitte 2005 wurde das Anschlussprojekt *MECESUP II* mit einer Laufzeit bis 2011 bewilligt, für dessen erste dreijährige Phase rund 100 Mio. US\$ verfügbar sind. Übergeordnete Zielsetzung des Programms ist eine Effektivitätssteigerung beim Einsatz öffentlicher Mittel für die Hochschulbildung. In diesem Zusammenhang sollen Leistungsvereinbarungen zwischen dem Staat und den von ihm grundfinanzierten Universitäten eingeführt werden. Weitere Prioritäten von *MECESUP II* sind die Ausweitung der Zahl promovierter Hochschullehrer, die stärkere Unterstützung nationaler Promotionsprogramme und curriculare Reformen in Richtung auf eine verstärkte Lernerzentrierung.

Da die 16 in *staatlicher Trägerschaft* befindlichen *Universitäten* mit einem hohen Schuldenberg zu kämpfen haben, soll ihre *Verwaltung modernisiert* werden. Zu diesem Zweck ist die Einführung management-orientierter Steuerungsprozesse vorgesehen. Im Jahr 2004 wurde bereits eine entsprechende Arbeitsgruppe gebildet. Außerdem sollen die Universitäten zukünftig neue Satzungen erhalten (Ministry of Education 2008).

Unter die speziellen hochschulpolitischen *Prioritäten der gegenwärtigen Regierung* fällt daneben auch die Einführung eines Qualitätssicherungs-Systems für die Hochschulbildung (s. auch Abschnitt 2.4) und die Verbesserung der über den Arbeitsmarkt für Akademiker verfügbaren Information. Bislang ohne größere Erfolge sind Bemühungen zur gleichmäßigen Entwicklung der Universitäten in den verschiedenen Regionen Chiles und zur Internationalisierung der Hochschulen verlaufen (Bernasconi und Rojas 2004, S. 78). Nur wenige Studierende verbringen während ihres Studiums ein Semester im Ausland, und in den Lehrplänen finden sich nur wenige internationale Inhalte. Die *Internationalisierung* wird heute aber als eine Säule der zukünftigen Entwicklung von Studium und Lehre angesehen. Zum Beispiel wird der Bologna-Prozess in Chile genau beobachtet. In Anlehnung an die Entwicklung in Richtung auf einen europäischen Hochschulraum hat man auch in Chile bereits einzelne Studiengänge neu strukturiert (González 2003, S. 11). Die bislang sehr inflexiblen Lehrpläne der Erststudiengänge sollen den Studierenden zukünftig mehr Optionen eröffnen, und zudem möchte man den Englischunterricht ausweiten. Unter dem Begriff der „Internationalisierung“ werden des Weiteren auch notwendige Umstellungen als Antwort auf die mit der Globalisierung einhergehenden Herausforderungen diskutiert. Beispielsweise macht man sich Gedanken darüber, wie die chilenischen Universitäten im Wettbewerb mit Anbietern von hochwertigen Online-Studiengängen oder Ausgründungen ausländischer Universitäten vor Ort bestehen können.

Die Entwicklung der Wissenschaften, neue Technologien und Innovation gelten heute offiziell als Schlüsselfaktoren für die zukünftige Entwicklung Chiles. Als Teil ihrer *Forschungspolitik* haben die demokratischen Regierungen Fonds für Forschung und Entwicklung eingeführt, die vom nationalen Forschungs- und Technologierat CONICYT verwaltet werden. Zwischen 1999 und 2002 wurde der Haushalt des CONICYT auf heute 60 Mio. US\$ mehr als verdoppelt. Parallel hierzu ist der Anteil des Bruttoinlandsprodukts, der in Forschung und Entwicklung investiert wurde, von 0,5 auf 0,7 Prozent gestiegen. Der Staat trägt rund zwei Drittel dieser Summe bei, und 20 Prozent kommen von der Industrie.

In der Zuständigkeit des Planungsministeriums MIDEPLAN wird zudem das seit 1999 von der Weltbank kofinanzierte Projekt „Iniciativa Científica Milenio“ durchgeführt. Die „*Wissenschaftsinitiative Millennium*“ unterstützt universitätsübergreifende Zentren wissenschaftlicher Exzellenz mit fünfjährigen Förderungen sowie universitäre Schwerpunkte mit dreijährigen Förderzeiträumen. Wichtige Aufgabe der geförderten Projekte ist die Ausbildung des wissenschaftlichen

Nachwuchses. Zwei der Ende der 1990er Jahre eingerichteten vier *Zentren* wurden Anfang des Jahres 2005 für eine zweite fünfjährige Periode verlängert: das Zentrum „Grundlagenforschung und angewandte Forschung in der Biologie“ (P. Universidad Católica de Chile, Universidad Andrés Bello und Fundación Ciencia para la Vida) und das „Zentrum für wissenschaftliche Studien“, das von einem unabhängigen Forscher geleitet wird. Des Weiteren wurden Anfang 2005 acht *Schwerpunkte* bewilligt, fünf davon für einen zweiten Förderzeitraum. Drei der Schwerpunkte sind den Ingenieurwissenschaften zuzuordnen, jeweils zwei beschäftigen sich mit der Biologie oder der Ökologie, und ein Schwerpunkt ist mathematisch ausgerichtet.

## 2.6 Hochschulrelevante Gesetzgebung

Die chilenische Verfassung von 1980 legt fest, dass jede natürliche oder juristische Person das Recht hat, *Bildungseinrichtungen* einschließlich Hochschulen zu eröffnen und zu unterhalten. Private Universitäten müssen in der Rechtsform einer gemeinnützigen Körperschaft (Corporación sin fines de lucro) gegründet werden. Träger einer solchen Körperschaft können Individuen, Familien, Teilhaber oder Organe mit eigener Rechtspersönlichkeit sein. Die privaten Universitäten müssen vom Staat zugelassen werden.

Die Struktur aller Bereiche des Bildungswesens einschließlich der Hochschulbildung wird durch das *Organgesetz für Bildung* (Ley orgánica constitucional de enseñanza, Ley No. 18.962, LOCE) aus dem Jahr 1990 geregelt, das noch am letzten Tag der Militärregierung in Kraft trat. Es gibt unter anderem die Grundsätze für eine staatliche Anerkennung von Hochschulen vor und legt die spezifischen Merkmale unterschiedlicher Hochschultypen und Studienabschlüsse fest. Zudem setzte es einen nationalen Bildungsrat ein (Consejo Superior de Educación, CSE), der seitdem für die Qualitätskontrolle der Universitäten zuständig ist. Der Bildungsrat setzt sich unter dem Vorsitz des nationalen Bildungsministeriums aus Vertretern der verschiedenen Gruppen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen zusammen (vgl. auch Abschnitt 2.9).

Während staatliche Universitäten per Gesetz als autonome Einrichtungen gegründet werden, müssen private Universitäten und beruflich orientierte Hochschulen in privater Trägerschaft eine *staatliche Zulassung* erwerben, bevor sie institutionelle und akademische Autonomie erhalten. Die staatliche Zulassung wird erst nach Durchlaufen einer sogenannten Phase der Akkreditierung (Acreditación) gewährt, die eine enge staatliche Aufsicht umfasst: Im Anschluss an die grundsätzliche staatliche Akzeptanz eines Gründungsprojekts (Reconocimiento oficial) werden neu gegründete private Universitäten für die Zeit von maximal elf Jahren unter Aufsicht des nationalen Bildungsrats gestellt.

Im Zuge der Supervision zur Erlangung der *institutionellen Autonomie* müssen die jungen privaten Universitäten Selbstberichte verfassen, werden ihre Studieren-

den befragt und die universitäre Buchführung überprüft sowie Bewertungen von mit externen Akademikern besetzten Kommissionen vorgenommen. Eine erste Phase erstreckt sich über sechs Jahre. Bei einem zufrieden stellenden Verlauf kann die begutachtete Universität anschließend unmittelbar in die Autonomie entlassen werden. Gibt es allerdings während der ersten Phase Beanstandungen, kann die Begutachtung um bis zu fünf weitere Jahre verlängert werden. Auch nach letztendlichem Erhalt der Autonomie ist der Staat berechtigt, die offizielle Zulassung einer Universität vollständig rückgängig zu machen. In der Praxis ist die öffentliche Verwaltung zwar in der Regel selbst dann zögerlich, eine private Hochschule vollständig zu schließen, wenn die Studienbedingungen dort offensichtlich gegen das Hochschulgesetz verstoßen. Die Tatsache, dass bis 2002 insgesamt elf Privatuniversitäten die weitere Aufnahme von Studierenden untersagt worden ist, zeigt aber, dass der Staat durchaus eine gewisse Kontrollfunktion für den Sektor der privaten Universitäten ausübt. Im Jahr 2004 befanden sich beispielsweise zwei private Universitäten im Prozess der Schließung.

Sobald eine Universität die dauerhafte offizielle Zulassung erhalten hat, verfügt sie über *administrative Autonomie* und *akademische Freiheit* in Forschung und Lehre. Die akademische Freiheit schließt die Auswahl der angebotenen Studiengänge, die Gestaltung der Lehrpläne und die Vergabe von Studienabschlüssen ein. Zudem können die Arbeitsbedingungen für Hochschullehrer (Gehälter und Karriere-stufen) von jeder Universität selber definiert werden. Der Staat entscheidet aber verfassungsgemäß darüber, welche geschützten Berufe einen universitären Abschluss voraussetzen und welche weiteren Voraussetzungen für die Ausübung eines solchen Berufs erforderlich sind.

Zwei hochschulbezogene Gesetzesentwürfe befinden sich derzeit im *Gesetzgebungsprozess*. Ein erster Gesetzesentwurf bezieht sich auf die Qualitätssicherung durch freiwillige institutionelle und Studiengangs-Akkreditierung, die Zulassung von privaten Hochschulen und eine umfassende Information der Öffentlichkeit über Studienbedingungen an den unterschiedlichen Hochschulen. Ein weiterer Gesetzesentwurf bezieht sich auf eine verbesserte finanzielle Absicherung des Stipendiensystems für bedürftige Studierende. Zukünftig will der Staat Stipendien nur noch für ein Studium an solchen Universitäten finanzieren, die das freiwillige Akkreditierungsverfahren durchlaufen haben.

Traditionell entschied zu einem großen Teil die Mundpropaganda über das Renommee einer Universität. Seit einigen Jahren wird aber ein für jedermann zugängliches *Online-Informationssystem* aufgebaut, das Daten über die Forschung, das Lehrpersonal, die Studierenden, die Finanzierung und natürlich auch das Studienangebot einer Hochschule enthält. Zudem gibt es jährliche Hochschulrankings, die unter anderem in Tageszeitungen veröffentlicht werden.

In Zukunft soll der *Schutz der Studierenden* und ihrer Familien auf dem nationalen Hochschulmarkt ausgeweitet werden, indem die Möglichkeit geschaffen

wird, die Hochschulen wegen des Nichteinhaltens von „Ausbildungsverträgen“ sowie wegen missverständlicher oder falscher Werbung zu verklagen. Des Weiteren soll es dem Bildungsministerium ermöglicht werden, die Zulassung einer Hochschule nicht nur wie bisher in ihrer Gänze, sondern auch teilweise – für einzelne Studiengänge oder Standorte – wieder zurückzunehmen. In Zukunft erhofft man sich von einer verstärkten Einschaltung der Gerichte in strittige Fälle einen hohen öffentlichen Druck auf die Universitäten, qualitative Mindeststandards einzuhalten.

Die *Anerkennung ausländischer Hochschulabschlüsse* wird in Chile generell von der Universidad de Chile durchgeführt. Das entsprechende Verfahren ist in einer Verordnung aus dem Jahr 1993 festgeschrieben (Ministry of Education 2008). Eine besondere Vorgehensweise wird notwendig, wenn ein Abschluss anerkannt werden soll, der Voraussetzung für die Ausübung eines in Chile geschützten akademischen Berufs ist und daher einem universitären „Título Profesional“ entsprechen muss. Derjenige Fachbereich der Universidad de Chile, der die entsprechende Berufsbefähigung vergeben kann, muss über die Anforderungen für eine Anerkennung entscheiden. Ausländer müssen ausreichende spanische Sprachkenntnisse nachweisen. Weist der Studienplan des im Ausland erworbenen Abschlusses größere Unterschiede zu den chilenischen Studienplänen auf, können in Ausnahmefällen Anerkennungsprüfungen vorgeschrieben werden. Auch ein bis zu einjähriges Ergänzungsstudium kann zur Auflage gemacht werden.

Im Rahmen des *GATS* räumt Chile ausländischen Hochschulträgern die gleichen Rechte wie nationalen Trägern privater Hochschulen ein, fordert von ausländischen Trägern aber gleichfalls die Einhaltung der nationalen Qualitätsstandards und anderen Grundregeln.

Deutsche Staatsangehörige können sich mit einem gültigen Reisepass ohne Visum 90 Tage in Chile aufhalten. Wer in Chile einen Arbeitsvertrag in Aussicht gestellt bekommt, kann ein Visum beantragen (*Residentes sujetos a contrato*). Ein temporäres *Visum* wird für Personen ausgestellt, die in Chile investieren oder als Journalist arbeiten wollen (*Residentes temporarios*). Des Weiteren gibt es offizielle Visa und Studentenvisa, die nach einer bestimmten Aufenthaltsdauer in Dauer-aufenthaltsgenehmigungen umgewandelt werden können. Nach der polizeilichen Anmeldung erhalten Personen mit Visum eine im täglichen Leben immer wieder erforderliche Steuernummer (*RUT*).

## **2.7 Bedarf an zusätzlichen (ausländischen) Studienangeboten**

Nachdem noch 1990 nur 15 Prozent der 18- bis 24-jährigen Chilenen eine Hochschule (Universität, beruflich orientierte Hochschule oder technisches Ausbildungszentrum) besuchten, hat sich die *Studienbeteiligung* bis heute auf rund 30 Prozent verdoppelt (das entspricht knapp 600.000 Studierenden). Bis zum Jahr

2012 möchte die Hochschulpolitik jedem zweiten jungen Erwachsenen in der Altersgruppe zwischen 18 und 24 Jahren einen Studienplatz anbieten können (Ministry of Education 2005). Bei geschätzten zwei Millionen jungen Erwachsenen im Jahr 2012 würde dies einer Ausweitung der absoluten Studierendenzahlen um zwei Drittel gleichkommen. Somit kann ein hoher Bedarf an zusätzlichen Studienplätzen konstatiert werden.

Infolge des hohen sozialen Prestiges eines universitären Abschlusses wird der Anteil einer Alterskohorte, der ein Universitätsstudium nachfragt, mit steigendem sozialen Wohlstand weiter steigen. Für eine wachsende Nachfrage speziell nach universitären Studiengängen spricht außerdem, dass der Ertrag eines Studienabschlusses auf dem Arbeitsmarkt trotz der drastischen Ausweitung des Angebots an Akademikern seit 1990 gestiegen ist. Der *Arbeitsmarkt* für Akademiker ist jüngeren Studien zufolge noch nicht gesättigt, und die Gehälter für Akademiker zeigen einen deutlicheren Anstieg als die für andere Arbeitnehmer (vgl. Bernasconi und Rojas 2004, S. 143). Ökonomischen Analysen zufolge ist der monetäre Ertrag eines Hochschulstudiums heute nur in wenigen Ländern Lateinamerikas höher als in Chile (OECD 2004, S. 205). Ein internetbasierter Beschäftigungsmonitor des chilenischen Erziehungsministeriums (<http://www.futurolaboral.cl>) informiert seit Anfang 2004 über den aktuellen Arbeitsmarkt für ausgewählte Berufsgruppen (vor allem technische und geschützte Berufe). Er enthält beispielsweise Informationen über Hochschulabsolventenzahlen und über Verdienstspannen der letzten Kohorten.

Trotz der hohen Studiennachfrage können allerdings in Chile nicht alle verfügbaren *Studienplätze besetzt* werden: Im Jahr 2000 beispielsweise waren an den 25 staatlich finanzierten Universitäten zwar 90 Prozent der verfügbaren Studienplätze belegt, an den privaten Universitäten blieb aber fast ein Drittel der Studienplätze unbesetzt (OECD 2004, S. 220f.). Dieser Sachverhalt wird weniger auf die Qualität des Studienangebots oder die Höhe der Studiengebühren an den privaten Universitäten, sondern vielmehr auf den begrenzten Zugang zu Stipendien für Studierende an privaten Universitäten zurückgeführt.

Im Jahr 2004 gab es an den Universitäten rund 370.000 Studierende in *grundständigen Studiengängen*. Besonders häufig nachgefragt wurden Jura, das Lehramt für Sekundarschulen, Bauingenieurwesen, Verwaltung, Psychologie und Informatik. Knapp 1.000 Studierende nehmen jedes Jahr ein philologisches Studium auf. Es werden jährliche Studiengebühren ab ca. 600.000 Pesos (ca. 800 €) bis zu über drei Mio. Pesos (ca. 4.000 €) erhoben. Die Nachfrage nach Lehramtsstudiengängen ist seit Ende der neunziger Jahre deutlich gestiegen, nachdem sich unter den demokratischen Regierungen die Lehrergehälter real ungefähr verdoppelt haben. Zudem ist auf dem Arbeitsmarkt ein steigender Lehrerberuf zu verzeichnen, da in Chile sukzessive die Ganztagschule eingeführt wird (vgl. Casassus 2004, S. 785).

Auf dem Niveau *weiterführender Studiengänge* gab es an den Universitäten im Jahr 2004 fast 16.000 Studierende in Masterstudiengängen und über 2.200 Doktoranden. Die *Masterstudierenden* konzentrierten sich auf die Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften sowie die Erziehungswissenschaften, die zusammen mehr als die Hälfte aller Masterstudierenden auf sich vereinigten. Es wurden – mit Ausnahme der Geisteswissenschaften – teilweise auch in den Masterprogrammen bei weitem nicht alle Studienplätze besetzt. Die Studiengebühren betragen zwischen ca. 700.000 Pesos (ca. 930 €) und bis zu über sechs Mio. Pesos im Jahr (knapp 8.000 €).

Auf der Ebene des *Promotionsstudiums* bilden die Naturwissenschaften nahezu die Hälfte der chilenischen Doktoranden aus. Promotionsstudiengänge sind etwas teurer als Studienplätze in Masterprogrammen. Mit Abstand am teuersten sind die Promotionsprogramme in den Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften, in Kunst und Architektur (ab 3 Mio. Pesos bzw. 4.000 €) oder in den Rechtswissenschaften (ab 2,6 Mio. Pesos bzw. 3.500 €). Im Jahr 2004 wurden die in Promotionsprogrammen verfügbaren Kapazitäten nur in den Erziehungswissenschaften, den Geisteswissenschaften, der Medizin und den Rechtswissenschaften voll ausgeschöpft.

Hochschulpolitisch haben insbesondere Magister- und Promotionsstudiengänge einen hohen Stellenwert. Die nur geringe Verfügbarkeit *promovierter Wissenschaftler* wird als ein wichtiges Hemmnis für den gesellschaftlichen Modernisierungsprozess angesehen. Sie beeinträchtigt sowohl die Forschungs- und Entwicklungskapazität des Landes als auch das Qualifikationsniveau der Universitätsdozenten. Ende der neunziger Jahre erwarben im In- und Ausland zusammen jedes Jahr lediglich rund 110 Chilenen einen Dokortitel. Da die chilenischen Universitäten aber insgesamt über 3.000 Promovierte beschäftigen, wären entsprechenden Berechnungen zufolge alleine 150 Promotionen jährlich notwendig, um die ausscheidenden promovierten Hochschullehrer zu ersetzen. Um alle Hochschullehrerstellen, die durch Pensionierung frei werden, mit promovierten Wissenschaftlern zu besetzen, müssten sogar jährlich 500 Promotionen abgeschlossen werden (Bernasconi und Rojas 2004, S. 192). Die Kommission für die wissenschaftliche und technologische Forschung, CONICYT, verfolgt heute das Ziel, bis zum Jahr 2010 eine Zahl von jährlich 300 Promotionen zu erreichen.

Förderprogramme der chilenischen Regierung sehen spezielle Unterstützungen für den Aufbau von *Doppeldiplomprogrammen* mit ausländischen Universitäten und auch für die Einführung *gestufter Studiengänge* in Anlehnung an den Bologna-Prozess vor.

Die Gesamtzahl *chilenischer Studierender im Ausland* liegt Daten der UNESCO zufolge bei rund 5.000, was einem Anteil von rund einem Prozent aller chilenischen Universitätsstudierenden im In- und Ausland entspricht. Die USA sind das mit Abstand wichtigste Zielland chilenischer Studierender im Ausland. Deutschland folgt nach Spanien und Argentinien an immerhin vierter Stelle der Zielländer (vgl. Tabelle 4).

**Tabelle 4: Die 20 wichtigsten Zielländer chilenischer Studierender im Ausland** (Reihenfolge nach Mittelwerten der Jahre 1998/99 bis 2001/02)

Zielländer	Studierende			
	1998/1999	1999/2000	2000/2001	2001/2002
1. USA	1.264	n.v.	1.347	1.655
2. Spanien	544	764	784	836
3. Argentinien	559	n.v.	656	722
4. Deutschland	458	479	459	489
5. Frankreich	342	359	357	n.v.
6. Großbritannien	241	258	298	n.v.
7. Schweden	222	214	253	267
8. Australien	n.v.	178	196	n.v.
9. Belgien	113	118	119	n.v.
10. Kuba	5	6	155	239
11. Kanada	79	105	n.v.	n.v.
12. Norwegen	87	84	65	n.v.
13. Schweiz	62	62	68	n.v.
14. Italien	52	44	65	n.v.
15. Vatikanstaat	50	n.v.	n.v.	n.v.
16. Niederlande	47	36	39	n.v.
17. Japan	31	32	41	38
18. Dänemark	24	22	25	n.v.
19. Costa Rica	n.v.	n.v.	n.v.	19
20. Österreich	17	20	17	n.v.

n.v.: Daten nicht verfügbar.

Quelle: UNESCO 2004.

Das *Auslandsstudium in den USA* zeigt in den letzten Jahren einen leicht rückläufigen Trend. Über die Hälfte der in die USA mobilen Chilenen nimmt dort an einem weiterführenden Studiengang teil. Gegenüber dem Vorjahr hatte sich die absolute Zahl dieser Gruppe der in den USA studierenden Chilenen im Studienjahr 2003/04 um über zehn Prozent verringert (vgl. Tabelle 5). Bedauerlicherweise lässt sich auf der Grundlage der in den USA erhobenen Daten nicht zwischen Masterstudierenden und Doktoranden unterscheiden, und es ist auch keine Information zu den Fachgebieten verfügbar, in denen die chilenischen Studierenden in den USA eingeschrieben sind.

**Tabelle 5: Mobile Studierende aus Chile in den USA**

	2002/03		2003/04		Veränderung 02/03 – 03/04
	Absolut	in %	Absolut	in %	
Erststudierende	549	31,9	589	36,5	+7,4%
Graduierte	1.004	58,3	889	55,1	-11,5%
Andere	169	9,8	134	8,3	-20,7%
Gesamt	1.723	100,0	1.612	100,0	-6,4%

Quelle: Chin 2004 und 2005.

Im Wintersemester 2003/04 studierten 538 Chilenen in *Deutschland* (Bildungsausländer) (vgl. Tabelle 6). Damit halten sich rund zehn Prozent der mobilen chilenischen Studierenden in Deutschland auf. Knapp die Hälfte der Chilenen in Deutschland war 2003/04 in grundständige Studienangebote eingeschrieben – vor allem in den Sprach- und Kulturwissenschaften, insbesondere Germanistik und Romanistik. Unter den knapp 100 chilenischen Doktoranden in Deutschland promovierten alleine 14 in der Biologie und zehn in der Philosophie.

In *Großbritannien* studierten 2002/03 180 Chilenen, ganz überwiegend in weiterführenden Studiengängen (rund 90 %). Mit Abstand beliebteste Fächer waren die Wirtschaftswissenschaften und die Betriebswirtschaft. Daneben waren auch die Agrarwissenschaften und die Informatik, die Soziologie und die Erziehungswissenschaften von hoher Bedeutung.

Wie Tabelle 7 zeigt, ist in Chile auch das *Ausländerstudium* relevant. Es studieren fast so viele Ausländer in Chile wie Chilenen an ausländischen Universitäten eingeschrieben sind. Chile ist ein beliebtes Studienland für junge Erwachsene vor allem aus Ländern in Nord- und Südamerika.



**Tabelle 6: Mobile Studierende aus Chile in Deutschland 2003/04**

Fächergruppen Studienbereiche	Erststudium			Weiterführendes Studium			Promotionsstudium			Ohne ange- strebten Abschluss
	WS 2001/02	WS 2003/04	%-Ver- änderung	WS 2001/02	WS 2003/04	%-Ver- änderung	WS 2001/02	WS 2003/04	%-Ver- änderung	
Sprach- und Kulturwiss.	96	106	+10%	16	15	+6%	16	23	+44%	9
Sport	1	2	+50%	1	1	-	1	1	-	-
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwiss.	60	46	-23%	16	45	-	9	9	-	9
Mathematik, Naturwiss.	21	26	+24%	5	7	+40%	21	32	+218%	7
Humanmedizin	4	9	+125%	1	3	+200%	2	4	+100%	1
Veterinärmedizin	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Agrar-, Forst- und Ernäh- rungswiss.	6	5	-17%	6	14	+134%	3	9	+200%	2
Ingenieurwiss.	35	53	+52%	7	16	+129%	11	13	+18%	29
Kunst, Kunstwiss.	24	29	+21%	9	8	-11%	1	2	+100%	-
Sonstige	-	-	-	-	1	-	-	-	-	1
<b>Fächergruppen insg.</b>	<b>247</b>	<b>277</b>	<b>+12%</b>	<b>61</b>	<b>110</b>	<b>+80%</b>	<b>64</b>	<b>93</b>	<b>+45%</b>	<b>58</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt; HIS-Berechnungen.

**Tabelle 7: Ausländische Studierende in Chile nach Herkunftsregionen**

	Gesamt	Süd- amerika	Nord- amerika	Europa	Asien	Ozea- nien	Afrika
2000/01	3.477	1.890	968	439	139	34	7
2002/03	4.883	2.527	1.424	706	190	25	11

Quelle: UNESCO 2005.

In Bezug auf ausländische Studierende in Chile liegt *Deutschland* interessanterweise an achter Stelle der wichtigsten Herkunftsländer. Es liegt damit vor anderen europäischen Ländern wie Frankreich (9. Stelle), Spanien (13. Stelle) und Schweden (16. Stelle) (vgl. Tabelle 8).

**Tabelle 8: Die 20 wichtigsten Herkunftsländer ausländischer Studierender in Chile (Ranking nach den Werten für 2002/03)**

Herkunfts- länder	Studierende		Herkunfts- länder	Studierende	
	2000/01	2002/03		2000/01	2002/03
1. USA	614	864	11. El Salvador	37	95
2. Peru	517	761	12. Mexiko	80	94
3. Argentinien	343	443	13. Spanien	85	89
4. Bolivien	317	400	14. Kuba	70	87
5. Equador	250	309	15. Guatemala	23	86
6. Kolumbien	130	216	16. Schweden	60	84
7. Brasilien	156	191	17. Uruguay	59	63
8. Deutschland	108	178	18. Panama	35	53
9. Frankreich	58	142	19. Kanada	22	49
10. Venezuela	73	97	20. Paraguay	45	47

Quelle: UNESCO 2004.

## 2.8 Präsenz, Profil und Kooperationen ausländischer Studienanbieter

Die zunehmende Präsenz ausländischer Studienanbieter hat in Chile in den letzten Jahren vermehrt öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Bislang gibt es kein offizielles Register ausländischer Hochschulen, die in Chile aktiv sind, aber eine aktuelle Studie des UNESCO-Instituts für Lateinamerika und die Karibik (Instituto de Educación Superior para América Latina y el Caribe, IESALC) vermittelt einen ersten Einblick (González 2003). Die Studie kommt zu dem Schluss,

dass fast zehn Prozent der rund 400.000 chilenischen Universitätsstudierenden eine Einrichtung besuchen, die sich ganz oder teilweise in ausländischer Hand befindet.

Bereits 1988 wurde in Santiago die spanische *Universidad Internacional SEK* gegründet, die vor allem grundständige Studiengänge anbietet und heute knapp 700 Studierende hat. Ihr Studienangebot umfasst die Fachgebiete Verwaltung und Handel, Kunst und Architektur, Sozial- und Erziehungswissenschaften sowie Recht. 42 Prozent der Dozenten haben einen Masterabschluss oder sind promoviert. Die Universität befindet sich in Trägerschaft der *Colegio Internacional SEK Chile S.A.*, die wiederum von der spanischen *Institución Internacional SEK* unterhalten wird. Letzterer privater Bildungsträger wurde bereits 1892 in Spanien gegründet und unterhält außer in Spanien und Chile auch eine Universität in Ecuador.

Des Weiteren hat sich das US-amerikanische Bildungsunternehmen *Sylvan International Universities*, das sich kürzlich in *Laureate International Universities* umbenannt hat, im Jahr 2000 zunächst in eine der privaten, nicht staatlich grundfinanzierten Universitäten eingekauft (*Universidad de Las Américas*). Sylvan bzw. Laureate erwarb damals einen Anteil von 60 Prozent an dem einheimischen Universitätsträger *Campus Mater S.A.* Heute ist die *Universidad de Las Américas* vollständig in der Hand von Laureate. Anfang 2003 hat sich *Laureate International Universities* zusätzlich in die *Universidad Andrés Bello* – eine der größten und forschungsstärksten unter den nach 1980 gegründeten privaten Universitäten – eingekauft, deren Wert auf Basis der eingehenden Studiengebühren zu diesem Zeitpunkt mit rund 62 Mio. US\$ taxiert wurde (González 2003, S. 36). Rechtlich kann nicht dagegen vorgegangen werden, dass eine gewinnorientierte ausländische Einrichtung Anteile an den per Gesetz gemeinnützigen chilenischen Universitätsträgern erwirbt. Dennoch verlangte die Vorsitzende des parlamentarischen Bildungsausschusses, dass diese Entwicklung eingehend untersucht werden müsse (González 2003, S. 37).

Die heute im Eigentum von *Laureate International Universities* stehende *Universidad de Las Américas* war 1989 gegründet worden. Sie ist an vier Orten im Großraum Santiago sowie in Concepción und Viña del Mar aktiv und hat insgesamt knapp 20.000 Studierende. Die Universität bietet im Bereich weiterführender Studiengänge lediglich einen Masterstudiengang in Erziehungswissenschaften an. Die Mehrzahl der von ihr ganz überwiegend angebotenen grundständigen Studiengänge kann auf allen sechs Campus studiert werden. Das Fächerspektrum umfasst sowohl Ingenieurwissenschaften als auch Recht, Psychologie, Veterinärmedizin, BWL und andere. Nur 27 Prozent der Dozenten wiesen 2004 den Abschluss eines Masterstudiengangs auf oder waren promoviert. Die Absolventen der *Universidad de Las Américas* erhalten einen vom „Rat der Rektoren Laureate“ ausgestellten Abschluss, der in allen Ländern anerkannt wird, in denen *Laureate International* aktiv ist. Außerdem werden in Zusammenarbeit mit den anderen

Universitäten des Unternehmens Doppeldiplomierungen und voll anrechenbare Studiensemester im Ausland angeboten. Des Weiteren unterhält die Universität eigene Stipendienprogramme.

Mit der ebenfalls 1989 gegründeten *Universidad Andrés Bello (UNAB)* befindet sich heute auch diejenige private Universität zum Teil in ausländischer, kommerzieller Hand, die unter allen privaten Universitäten den größten Anteil besonders guter Absolventen des Hochschulaufnahmetests und damit auch den größten Anteil der damit verbundenen finanziellen Zuwendungen des Staates auf sich vereinigen kann. Unter den neuen privaten Universitäten profitiert die UNAB am stärksten von der weltbankfinanzierten Forschungsförderungs-Initiative „Milenio“ zur Unterstützung wissenschaftlicher Exzellenz (vgl. Abschnitt 2.5). Die UNAB hat sich das ambitionierte Ziel gesetzt, bis 2010 die drittstärkste Universität Chiles zu werden. Auf der Homepage der Universität stellt der chilenische Träger dar, man habe strategisch nach einem ausländischen Partner gesucht, um die anvisierte qualitativ hochwertige Expansion des Studienangebots und der Forschungsaktivitäten finanzieren zu können. Die UNAB weist sieben Fakultäten auf (Architektur und Grafik, Gesundheitswissenschaften, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften, Recht, Ökologie und natürliche Ressourcen, Geisteswissenschaften und Bildung, Ingenieurwissenschaften sowie Zahnmedizin) und hatte 2004 rund 17.000 Studierende. 385 Studierende nahmen 2004 an einem der 25 angebotenen Master- und MBA-Studiengänge teil. 39 Studierende waren darüber hinaus in einen der vier noch jungen Promotionsstudiengänge (Biowissenschaften, Biotechnologie und Psychologie) eingeschrieben. Allerdings weisen auch an der Universidad Andrés Bello nur rund ein Drittel aller Dozenten den Abschluss eines weiterführenden Studiengangs oder eine Promotion auf.

Neben einer finanziellen Beteiligung an privaten chilenischen Universitäten sind ausländische Universitäten heute auch in Form eines *Angebots einzelner weiterführender Studiengänge*, vor allem MBAs, in Chile präsent. Als Beispiele nennt González (2003) einen MBA der Escuela de Negocios Española oder der Euromanagement, einen Master in Marketing und BWL der Escuela Superior de Estudios de Marketing de Madrid (ESEM) oder des Institute for Executive Development, IEDE, das auch einen Master in öffentlicher Verwaltung anbietet. Zudem bieten das Institute for Executive Development, IEDE, und die spanische Universidad de Lleida gemeinsam ein Promotionsstudium in der gehobenen Verwaltung internationaler Geschäftsvorgänge an. Des Weiteren wird ein Masterstudiengang internationale Menschenrechte in Kooperation der American University und der University of Utrecht durchgeführt. Außerdem ist die Queensland University mit verschiedenen grundständigen und weiterführenden Studiengängen und Englischkursen präsent. Die Universität Düsseldorf bietet zudem einen internationalen Kurs in digitaler Photogrammetrie an.

Das Angebot von *Online-Studiengängen* ausländischer Universitäten ist besonders unübersichtlich. Auf dem Niveau weiterführender Fernstudiengänge bieten

die spanische Fernuniversität UNED, Fernuniversitäten aus Israel und Katalonien, die Teleuniversität aus Quebec und die virtuelle Universität des mexikanischen Instituto Tecnológico de Estudios Superiores de Monterrey die qualitativ hochwertigsten Angebote an (González 2003, S. 27).

Auf der Ebene *kooperativ* zwischen chilenischen und ausländischen Universitäten *organisierter Studiengänge* wird besonders häufig mit europäischen, insbesondere spanischen Universitäten zusammengearbeitet. Die privaten Universitäten in Chile sehen in der Einrichtung neuer weiterführender Studiengänge in Kooperation mit renommierten ausländischen Universitäten eine Möglichkeit, das akademische Niveau ihrer Studienangebote zu verbessern. Die meisten der kooperativen Studiengänge sehen auch einen Dozentenaustausch vor.

Im Rahmen des DAAD-Programms *Aufbaustudiengänge mit entwicklungslander-bezogener Thematik* werden beispielsweise zwei Doppeldiplomstudiengänge unterstützt:

- der „Master in International Agribusiness“ der Universität Göttingen und der Universidad de Talca und
- der internationale Masterstudiengang „Regional Development, Planning and Management“ der Universität Dortmund, der unter anderem in Kooperation mit der Universidad Austral de Chile (Valdivia) und der Universidad de Concepción durchgeführt wird.

Im Jahr 2001 hat die Universität Heidelberg in Santiago das erste Graduierten- und Weiterbildungszentrum einer deutschen Universität im Ausland, das so genannte *Heidelberg Center for Latin America*, eröffnet. Es hat die Rechtsform einer GmbH chilenischen Rechts. Seine Aufgabe ist, den Export der Studienpläne der Universität Heidelberg nach ganz Lateinamerika zu unterstützen. Erste Kooperationspartner vor Ort sind mit der Universidad Católica de Chile und der Universidad de Chile in Santiago die beiden größten und forschungsstärksten traditionellen Universitäten Chiles. In Zusammenarbeit mit diesen Partnern und der Universität Heidelberg entwickelt das Heidelberg Center gebührenpflichtige Aufbaustudiengänge und Weiterbildungsseminare und führt diese dann unter anderem in den eigenen Räumlichkeiten durch. Von deutscher Seite sind über die Universität Heidelberg hinaus zum Beispiel auch Max-Planck-Institute an der inhaltlichen Gestaltung und Durchführung der Studienangebote beteiligt. Neben Aufbaustudiengängen und Weiterbildungsseminaren werden im Heidelberg Center Deutschkurse zur Vorbereitung von Studierenden und Wissenschaftlern auf Aufenthalte in Deutschland sowie internationale und interdisziplinäre Symposien zu ganz unterschiedlichen Themen angeboten. Die notwendigen Finanzmittel zur Unterhaltung des Heidelberg Center werden vom Baden-Württembergischen Wissenschaftsministerium, der Universität Heidelberg und dem DAAD gemeinsam aufgebracht.

Im Jahr 2004 bot das Heidelberg Center einen einjährigen rechtswissenschaftlichen Masterstudiengang im Abendstudium und eine zweiwöchige Sommerschule

„Medical Radiation Physics“ an. Diese beiden Studienangebote wurden im Rahmen des DAAD-Programms zum Angebot deutscher Studiengänge im Ausland gefördert. Für den Masterstudiengang wurden einmalige Studiengebühren in Höhe von 6.000 € erhoben. Daneben wurde ein sechsmonatiger Zertifikatskurs „Rechtsstaat und Justizreformen“ durchgeführt. Mit Hilfe der rechtswissenschaftlichen *Studienangebote des Heidelberg Center* soll ein Gegengewicht zu der allgemeinen Dominanz der US-amerikanischen Interpretation des internationalen Rechts vor Ort geschaffen werden. Die Weiterbildungsangebote des Heidelberg Center richten sich vor allem an Mediziner. Für die Zukunft wird das Angebot von zwei Aufbaustudiengängen „Medizinische Physik“ und „Urban Engineering“ diskutiert, und ein bereits einmal komplett angebotener Master in European Political Studies soll neu aufgelegt werden.

Im Rahmen des DAAD-Programms zum *Angebot deutscher Studiengänge im Ausland* wird neben den beiden genannten Studienangeboten des Heidelberg Center auch ein Studiengang „Master of Business Administration“ im Fach Energy Economics unterstützt. Dieses Studienangebot war in Kooperation der Fachhochschule Offenburg und der Universidad Técnica Federico Santa María, Valparaíso, entwickelt worden. Es soll im August 2005 erstmals Studierende aufnehmen.

Als eine erste über Chile hinausreichende Aktivität hat das Heidelberg Center kürzlich auf einer *Werbereise nach Brasilien* mit der Universidade Federal de Santa Catarina die Einrichtung eines Informationsbüros vereinbart. Demnächst sollen auch Kolumbien, Argentinien und Peru bereist werden, um dort Studieninteressenten und Hochschulpartner zu gewinnen.

Im Jahr nach der Eröffnung des Heidelberg Center hat auch das David Rockefeller Center for Latin American Studies der *Harvard University* ein Büro in Santiago eröffnet. Es ist Harvards erste eigene Auslandsrepräsentanz. Sie zielt aber, anders als das Heidelberg Center, lediglich darauf ab, die Mutteruniversität in Fragen regionaler Belange in Südamerika zu unterstützen; eigene Studienangebote sollen durch das Zentrum nicht entwickelt werden (vgl. Harvard University 2008). Das Zentrum fungiert vielmehr als regionales Servicebüro zur Anbahnung und Unterstützung von Forschungsprojekten der Harvard-Hochschullehrer und von Studienaufenthalten der Harvard-Studierenden in Chile, Argentinien, Uruguay, Peru oder Bolivien.

Neben der Universität Heidelberg und der Harvard University unterhalten González (2003) zufolge auch folgende weitere US-amerikanische Universitäten Kontaktbüros in Chile: die University of California, die University of Michigan, Stanford University, die State University of New York, Tufts University (Boston) und die University of Wisconsin.

Im Oktober 2004 hat das DAAD-Informationszentrum in Santiago zusammen mit GATE-Germany bereits zum vierten Mal in Folge eine zweitägige *Hochschulmesse* ausgerichtet, die von mehr als 1.500 Interessenten besucht wurde.

Es sind aber nicht nur ausländische Anbieter in Chile aktiv, sondern auch die chilenischen Universitäten bemühen sich um eine strategische Präsenz im Ausland bzw. den *Export eigener Studiengänge*. Unter den traditionellen Universitäten hat zum Beispiel die Universidad Técnica Federico Santa María in Ecuador in das Angebot von Studiengängen investiert, und die Universidad de Chile unterhält ein Kontaktbüro in Washington. Unter den neuen privaten Universitäten hat die Universidad de Las Américas einen Sitz in Ecuador. Darüber hinaus ist die Universidad Santo Tomás an unterschiedlichen Investitionen in ganz Lateinamerika beteiligt (González 2003, S. 44f.).

Das Außenministerium unterhält über seine Generaldirektion für internationale Wirtschaftsbeziehungen, die unter der Bezeichnung „Pro Chile“ in allen Auslandsbotschaften vertreten ist, mittlerweile ein Komitee für den Export von Universitätsdienstleistungen. In diesem Komitee wirken 30 Universitäten mit. Das Komitee hat zum Ziel, das Image Chiles als *Exporteur von Universitätsdienstleistungen* zu stärken, die Universitäten bei der Vorbereitung von Auslandsaktivitäten zu unterstützen und die Internationalisierung der chilenischen Universitäten im allgemeinen zu fördern. Zu diesem Zweck werden Handelsmissionen unternommen, das Land ist auf internationalen Messen und Ausstellungen im Ausland präsent, es werden prospektive Studien erstellt und zudem Informationen auf einer entsprechenden Internetseite zugänglich gemacht (<http://www.prochile.cl>).

## 2.9 Zuständigkeiten und Ansprechpartner

Die chilenischen *Universitäten* können eigenständig über inhaltliche und organisatorische Aspekte kooperativer Studienangebote in Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern und über die Verwendung der aus solchen Angeboten erwachsenden Einnahmen entscheiden. Innerhalb der staatlich grundfinanzierten Universitäten – mit Ausnahme der Universidad de Chile – müssen aber die *Leitungsgremien* (Junta Directiva) der Einrichtung eines neuen Studiengangs zustimmen. In den Leitungsgremien sind Regierungsvertreter, akademisches Personal und berufstätige Akademiker von außerhalb der Universität vertreten. Die Leitungsgremien sind für die Organisation und die Finanzpolitik der Universität sowie für ihre wissenschaftliche Entwicklung verantwortlich und entscheiden beispielsweise auch die über die Gehaltsstufen für die Mitarbeiter.

Der *Rektor* einer Universität wird von den Hochschullehrern gewählt und ist für exekutive Aufgaben zuständig. Er wird von Beiräten unterstützt, in denen neben einem Vizerektor auch Dekane und Vertreter des akademischen Personals mitwirken. Die Universitäten sind in *Fakultäten* gegliedert, die sich wiederum in Fachbereiche und Institute unterteilen. Auf Fakultätsebene gibt es Organe der akademischen Selbstverwaltung, denen von den Rektoren seit 1990 verschiedene Entscheidungsfunktionen übertragen worden sind (Bernasconi und Rojas 2004, S. 45). Das *Studienjahr* dauert in Chile von März bis Dezember.

Aufgabe der *Abteilung für Hochschulbildung DIVISUP* (División de Educación Superior) im *Bildungsministerium MINEDUC* (Ministerio de Educación) ist es, die Verfassungsvorgaben in Bezug auf Chancengleichheit und Lehrfreiheit zu wahren. Sie kann lediglich indirekten Einfluss auf die Entwicklung der Universitäten nehmen. Ihr wichtigstes Steuerungsinstrument ist das Verfahren für die Zuteilung öffentlicher Hochschulmittel an die Universitäten bzw. die Studierenden (in Form von Stipendien). Außerdem werden innovative Modellprojekte gefördert. Das Bildungsministerium verfügt über begrenzte Kompetenzen in der Wissenschafts- und Technologiepolitik.

Der 1990 ins Leben gerufenen *Bildungsrat CSE* (Consejo Superior de Educación) ist unter anderem für die offizielle Anerkennung privater Universitäten und der von ihnen angebotenen Abschlüsse zuständig. Der Vorsitz des Bildungsrats steht dem Bildungsminister zu. Darüber hinaus gehören dem Rat sieben weitere Mitglieder an: Je ein Repräsentant wird von den staatlich finanzierten Universitäten, den privaten Universitäten, den beruflich orientierten Hochschulen, dem Wissenschaftsrat zusammen mit dem Rat für Technologische Entwicklung und – als Relikt aus der Zeit der Militärregierung, an deren letztem Amtstag das dem CSE zugrunde liegende Gesetz in Kraft trat – auch von dem obersten Gerichtshof Chiles und den Streitkräften entsandt. Darüber hinaus haben die außeruniversitären Forschungseinrichtungen zwei Sitze.

Die chilenische *Rektorenkonferenz CRUCH* (Consejo de Rectores de las Universidades Chilenas) war 1954 gegründet worden, um diese Koordination unter den autonomen staatlichen Universitäten zu gewährleisten. Sie empfiehlt ihren 25 Mitgliedern Maßnahmen zur sinnvollen Abstimmung ihrer Aktivitäten und erstellt jährliche Pläne zur Forschungsordination. Die Rektorenkonferenz hat fünf permanente Arbeitsgruppen. Eine dieser Arbeitsgruppen befasst sich speziell mit Belangen der internationalen Zusammenarbeit.

Die 16 in staatlicher Trägerschaft befindlichen Universitäten in Chile sind nicht nur Mitglied in der Rektorenkonferenz, sondern haben sich darüber hinaus 1993 zu einem Konsortium zusammengeschlossen (*Consortio de Universidades Estatales, CUE*), das der (finanziellen) Koordination und dem Informationsaustausch unter dieser Gruppe von Universitäten dient. Außerdem ermöglicht es den Studierenden zum Beispiel, ein Semester an einer anderen Universität innerhalb des Konsortiums zu studieren oder die Bibliotheken aller Partner zu nutzen. Die privaten Universitäten sind in einem eigenen Verband organisiert (*Consortio de Universidades Privadas*).

Die *Nationale Kommission für die wissenschaftliche und technologische Forschung, CONICYT*, wurde 1967 für die Entwicklung und Durchführung von Forschungsförderprogrammen (FONDECYT, FONDEF und FONDAP) gegründet. Sie untersteht dem Bildungsministerium, fördert auch den wissenschaftlichen Nachwuchs und die internationale Kooperation und bemüht sich um die Verbreitung wissenschaftlichen und technologischen Wissens. Die beiden *Akkreditie-*

*rungsinstitutionen* für grundständige und weiterführende Studiengänge (CNAP bzw. CONAP) arbeiten in den Räumlichkeiten des CONICYT.

Als Ansprechpartner für die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit kommt auch das *Außenministerium MINREL*, in Frage (vgl. <http://www.internationale-kooperation.de>). Diesem Ministerium ist die chilenische *Agentur für Internationale Zusammenarbeit AGCI* (Agencia de Cooperación Internacional) zugeordnet, die die Durchführung internationaler Kooperationsprojekte unterstützt und beispielsweise auch die Vergabe von Stipendien für Studienaufenthalte chilenischer Studierender im Ausland organisiert.

Eine generelle Zuständigkeit für die internationale Kooperation liegt außerdem beim Planungsministerium *MIDEPLAN* (*Ministerio de Planificación y Cooperación*). Dieses Ministerium führt die von der Weltbank kofinanzierte „Wissenschaftsinitiative Millennium“ durch.

## 2.10 Gesamteinschätzung

Die *Rahmenbedingungen* für einen Aufbau unternehmerisch orientierter Studienangebote oder auch für Ausgründungen deutscher Hochschulen sind in Chile ausgesprochen *günstig*. Die marktförmige Organisation des dortigen Universitätssektors und das *gute akademische Niveau* vor allem der staatlich grundfinanzierten Universitäten bieten geeignete Ausgangsbedingungen und vielfältige Ansatzpunkte. Zudem besteht von chilenischer Seite prinzipiell Interesse an einer Zusammenarbeit mit Deutschland und aktuell vor allem auch an einer *Anbindung an den Bologna-Prozess*. Die Präsenz ausländischer Hochschulen nimmt erst seit den letzten Jahren kontinuierlich zu. Des Weiteren ähneln die chilenischen *Studienstrukturen* den deutschen bzw. bewegen sich ebenfalls in Richtung Bologna.

Alle chilenischen Universitäten müssen einen großen oder – im Fall der privaten Universitäten – sogar den ganz überwiegenden Teil ihrer Kosten aus Studiengebühren decken. Über Höhe und Verwendung dieses Einnahmepostens können sie autonom entscheiden. Unter dieser Voraussetzung entwickeln sie ihr Studienangebot in enger Ausrichtung an der Nachfrage und vermarkten es ausgesprochen aktiv. Deutsche Hochschulen können von dieser *Markterfahrung* profitieren. Der chilenische Staat verlangt in Bezug auf Aktivitäten ausländischer Hochschulen im Land lediglich die Einhaltung institutioneller und akademischer Mindeststandards, die im Rahmen einer *freiwilligen Akkreditierung* nachzuweisen ist.

Bei der gemeinsamen Entwicklung von Studiengängen mit chilenischen Partnern kann sich deutschen Hochschulen ein großer inhaltlicher und organisatorischer Gestaltungsspielraum eröffnen. Für die chilenischen Universitäten haben derzeit die Modernisierung der *Lehrpläne* für grundständige Studiengänge und der Ausbau des *Angebots an weiterführenden Studiengängen* eine hohe Dringlichkeit. Entsprechende Projekte können zum Beispiel im Rahmen des Weltbank-kofinanzierten Programms MECESUP II unterstützt werden. Bei bisherigen Aus-

schreibungen unter diesem Programm wurden vor allem die 25 staatlich grundfinanzierten Universitäten und – im Bereich weiterführender Studienangebote – besonders die Natur-, Agrar- und Ingenieurwissenschaften, aber auch die Sozialwissenschaften berücksichtigt.

Die *Risiken* eines Auslandsengagements in Chile sind begrenzt, da die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einen dauerhaft positiven Entwicklungstrend aufweisen. Zudem ist absehbar, dass die Nachfrage nach hochwertigen Studiengängen – insbesondere auf Master- und Promotionsniveau – mittelfristig deutlich steigen wird. Zwar fehlen vor Ort weitgehend deutsche Unternehmen, die qualifizierten Studieninteressenten *Stipendien* zugänglich machen könnten. Dafür verwendet der Staat aber konsequent einen wichtigen Teil seines Hochschulbudgets auf Stipendien und Kredite, die es guten, aber finanziell schwachen Absolventen des Hochschulzulassungstests ermöglichen, die Studiengebühren für das gewählte Studienfach aufzubringen.

Bei der *Auswahl eines chilenischen Partners* ist durch die Präsenz des Heidelberg Center und des DAAD-Informationsbüros vor Ort und das kontinuierlich im Ausbau befindliche, Internet-basierte staatliche Informationsangebot über die Universitäten eine ausgesprochen gute Hilfestellung verfügbar.

## Literatur

- Arrau, Fernando C. (2003): *Deserción en la educación superior en Chile*. Santiago de Chile: Biblioteca del Congreso Nacional de Chile, Departamento de Estudios, Extensión y Publicaciones (DEPESEX/BCN/Serie Informes No. 128)..
- Bernasconi, Andrés und Rojas, Fernando (2004): *Informe sobre la educación superior en Chile: 1980 – 2003*. (Estudios nacionales – IESALC/UNESCO). Internet: URL: [http://www.iesalc.unesco.org.ve/programas/nacionales/chile/infnac\\_cl.pdf](http://www.iesalc.unesco.org.ve/programas/nacionales/chile/infnac_cl.pdf).
- Bernasconi, Andrés und Gamboa, Marta (2002): *La legislación sobre educación superior en Chile*. (Estudios nacionales – IESALC/UNESCO). Internet: URL: [http://www.iesalc.unesco.org.ve/programas/legislacion/nacionales/chile/leg\\_cl.pdf](http://www.iesalc.unesco.org.ve/programas/legislacion/nacionales/chile/leg_cl.pdf).
- Bustos Obregón, Eduardo (2004): *Diagnóstico y perspectivas de los estudios de posgrado en Chile*. (Estudios nacionales – IESALC/UNESCO). Internet: URL: <http://www.iesalc.unesco.org.ve/programas/postgrados/Informe%20Postgrado%20Chile.pdf>.
- Calderón, Hugo M. (2004): „Die chilenisch-deutschen Beziehungen: ein nicht ausgeschöpftes Potential“. In: Imbusch, Peter u.a. (Hg.): *Chile heute*. Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt am Main: Vervuert (Bibliotheca Ibero-Americana, Bd. 90), S. 793-807.
- Casassus, Juan (2004): „Das Bildungswesen in Chile“. In: Imbusch, Peter u.a. (Hg.): *Chile heute*: Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt am Main: Vervuert, S. 773-792.
- Chin, Hey-Kyung Koh (Hg.) (2004) (2005): *Open Doors*. Report on International Educational Exchange. New York: Institute of International Education.
- CIA (2005): *The World Factbook – Chile*. Internet: URL: <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/ci.html> [Stand: Januar 2005].

- Comisión Nacional de Acreditación de Pregrado (CNAP) (2003): Documento de trabajo: Sedes de instituciones de educación superior en Chile. Arbeitspapier. Santiago: CNAP.
- Deutsche Bundesbank (2003): Kapitalverflechtung mit dem Ausland, Statistische Sonderveröffentlichung 10. Frankfurt: Deutsche Bundesbank.
- Falk, Sabine und Waterkamp, Dietmar (2001): „Leistungsauslese und sozioökonomisch bedingte Barrieren beim Übergang von der Sekundarschulbildung in die Hochschulbildung in Chile“. In: *Tertium Comparationis – Journal für international und interkulturell vergleichende Erziehungswissenschaft*, 7. Jg., Nr. 1, S. 38-58.
- Gans, Paul und Gonzáles, J. Ignacio (2004): „Der chilenische Zensus von 2002 – erste Ergebnisse“. In: *Geographische Rundschau*, 56. Jg., Nr. 3, S. 56-58.
- González, Luis Eduardo (2003): Los nuevos proveedores externos de educación superior en Chile. Santiago de Chile: Instituto de Educación Superior para América Latina y el Caribe (IESALC).
- Hillebrand, Ernst (2004): Chile – Auf der Suche nach einem neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. (FES-Analyse). Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. Internet: URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id/01915.pdf>.
- Hitzler, Petra (2002): Exportieren nach Chile. Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai): Köln.
- Imbusch, Peter, Messner, Dirk und Nolte, Detlef (2004): „Chile – Land der Extreme, aber immer Modell“. In: Imbusch, Peter u.a. (Hg.): *Chile heute: Politik, Wirtschaft, Kultur*. Frankfurt am Main: Vervuert, S. 11-20.
- Lemaitre, José M. (2003): Antecedentes, situación actual y perspectivas de la evaluación y la acreditación de la educación superior en Chile. (Estudios nacionales – IESALC/UNESCO). Internet: URL: [http://www.cnap.cl/Documentos/articulos/Informe%20Unesco\\_en%20Cinda.pdf](http://www.cnap.cl/Documentos/articulos/Informe%20Unesco_en%20Cinda.pdf).
- Meentze, Angela (2004): „Chile: Geschlechterverhältnisse zwischen Tradition, Modernisierung und Demokratisierung“. In: Imbusch, Peter u.a. (Hg.): *Chile heute: Politik, Wirtschaft, Kultur*. Frankfurt am Main: Vervuert, S. 171-189.
- Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) (2004): *Reviews of National Policies for Education – Chile*. Paris: OECD.
- Portal Universia Chile: <http://www.universia.cl> [Stand: Dezember 2004].
- Salas Opazo, Víctor (2000): „La situación financiera de las universidades tradicionales en Chile“. In: *Estudios Sociales*, Nr.105, S. 19-49.
- Sattler, Tina (2004): Armut im Schwellenland Chile – Die Kluft zwischen Arm und Reich. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Internet: URL: <http://www.kas.de/proj/home/pub/52/1/year-2004/dokument:id-5299/index.html>.
- Swope, John S. J.(1995): „A New Higher Education Institution in Chile: Universidad Alberto Hurtado.“ In: *International Higher Education*, 1995, no. 1, S. 16-17.
- UNESCO Institute for Statistics: Internet: URL: <http://www.uis.unesco.org/TEMPLATE/html/Exceltables/education/FStudentsWorld.xls> [Stand: Dezember 2005]
- Weltbank: Projects & Operations. Internet: URL: <http://web.worldbank.org/external/projects> [Stand: September 2008].

## Georgien

Kristin Höltge, Ute Lanzendorf

### 3.1 Kulturelle und naturräumliche Rahmenbedingungen

Georgien liegt im Südkaukasus und grenzt im Westen an das Schwarze Meer, im Norden an Russland (u.a. an Tschetschenien), im Süden an die Türkei und Armenien; sein südöstlicher Nachbarstaat ist Aserbaidschan. Seine *Landesfläche* entspricht in etwa der Bayerns. Landschaftlich bilden der Große Kaukasus eine natürliche Nord- und der Kleine Kaukasus eine natürliche Südgrenze. Der Große Kaukasus erreicht bis zu 5.000 m Höhe. Nur etwa 13 Prozent der Landesfläche sind Ebenen, je ein Drittel sind Hochgebirgs- und Hügellandschaften (Erdmann 2001). Über 40 Prozent des georgischen Territoriums ist mit Wald bedeckt, und ein Fünftel steht heute bereits unter Naturschutz. Das *Klima* ist im Westen subtropisch mit hohen Niederschlägen; im Osten geht es in ein kontinentales, trockenes Wetter mit heißen Sommern und kalten Wintern über.

#### Karte 1: Wichtige Städte in Georgien



Quelle: CIA 2005.

*Kulturell* bildet Georgien eine Brücke zwischen Europa und Asien sowie zwischen der christlichen Welt in seinem Norden und der moslemischen Welt in seinem Süden. Im Land selber ist das Christentum Staatsreligion (Georgisch-Orthodoxe Kirche). Rund zehn Prozent der Georgier sind allerdings Muslime. Etwa ein Fünftel der Einwohner gehört den ethnischen Minderheiten der Armenier, Aserbaidschaner und Osseten an. Die Landessprache ist Georgisch, das über ein eigenes Alphabet verfügt.

*Frauen* haben heute in Georgien einen ähnlich hohen Bildungsstand wie Männer. Rund die Hälfte der Frauen ist erwerbstätig. Frauen nehmen praktisch auf allen Qualifikationsebenen und in allen Tätigkeitsbereichen am Erwerbsleben teil, haben allerdings teilweise deutlich geringere Einkommen als Männer (Ministry of Economic Development of Georgia, Department for Statistics 2006). Im privaten Bereich genießen Frauen bislang wenig Schutz; es gibt z.B. keine Unterhaltspflicht. Eine Scheidung ist für eine Frau ein gesellschaftlicher Makel. Zudem wird beklagt, der Staat setze Gesetze zum Schutz verheirateter Frauen nicht um, obwohl das Problem häuslicher Gewalt vor dem Hintergrund hoher Arbeitslosigkeit von großer Bedeutung sei (Hausmann 2007). 2006 war mit Unterstützung von UN-Organisationen auf Regierungsebene eine Arbeitsgruppe gebildet worden, die ein anschließend vom Parlament verabschiedetes Regierungskonzept für die Gleichstellung entworfen hat.

Die *Ausbildung an einer Universität* gilt gesellschaftlich als Voraussetzung sowohl für die Persönlichkeitsbildung als auch für eine berufliche Karriere. Zur Zeit der Sowjetunion lag der Anteil der Akademiker an der Gesamtbevölkerung in Georgien so hoch wie in keiner anderen Teilrepublik. Heute bietet ein Studium für viele Schulabgänger in Anbetracht der schlechten Lage auf dem Arbeitsmarkt und fehlender beruflicher Ausbildungsangebote die einzige sinnvolle Beschäftigung. Die Universitäten fungieren zudem als wichtige soziale Begegnungsstätten. Auch steigende Studiengebühren ändern nichts an ihrer hohen Anziehungskraft (Röig 2006).

### 3.2 Politische und ökonomische Rahmenbedingungen

Georgien ist als ein Nachfolgestaat der Sowjetunion ein noch junges Land. Seit 1993 ist es Mitglied der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), und 1995 wurde es als *Präsidialrepublik* verfasst. Nachdem es 1801 von Russland annektiert worden war, hatte es lediglich zwischen 1918 und 1921 schon einmal die Unabhängigkeit erlangt. Von 1921 bis 1991 war es eine Unionsrepublik der UdSSR (zu dieser Periode vgl. Wassmund 2005).

Der erste georgische Präsident wurde im Januar 1992 nach weniger als einem Jahr Amtszeit durch einen Militärputsch gestürzt. In den folgenden elf Jahren von 1992 bis 2003 wurde das Land dann vom ehemaligen sowjetischen Außenminister Schewardnadse regiert. Schewardnadse konnte den öffentlichen Sektor in dem

zunächst von Sezessionskriegen (regionale Autonomiebestrebungen in Abchasien und Südossetien) und wirtschaftlichem Niedergang gebeutelten Land vor dem Verfall bewahren, etablierte aber ein von Korruption durchsetztes autoritäres Regime (Wiest 2006). Als die *Regierung* Schewardnadse bei den dritten Parlamentswahlen im November 2003 gegen demokratische Grundregeln verstieß und die Opposition daraufhin eine nationale Protestbewegung organisierte, trat Schewardnadse von seinem Amt zurück. Der gewaltfreie Protest gegen die Regierung Schewardnadse wurde später als Rosenrevolution bekannt. Zu Schewardnadses Nachfolger wurde Anfang 2004 der damals 36-jährige Anführer der Protestbewegung, der in den USA ausgebildete Jurist Micheil Saakaschwili von der Partei „Nationale Union“ gewählt. Seine Amtszeit beträgt vier Jahre, und es sind bis zu zwei Wiederwahlen möglich. Nach Protesten gegen seinen Regierungsstil hat Saakaschwili Ende 2007 vorgezogene Neuwahlen für Anfang Januar 2008 angekündigt. Das georgische Parlament hat lediglich eine Kammer, in der ca. ein Drittel der Sitze über Direktwahl und zwei Drittel über Listen vergeben werden.

Die *Bevölkerung* ist seit der Unabhängigkeit des Landes um fast 20 Prozent zurückgegangen. Dies ist vor allem auf eine hohe wirtschaftlich bedingte Abwanderung zurückzuführen. Zusätzlich trägt aber auch eine niedrige Geburtenrate zur Abnahme der Bevölkerung bei. Heute hat Georgien rund 4,5 Mio. Einwohner, von denen ca. 1 Mio. in der im Ostteil des Landes gelegenen Hauptstadt Tbilissi leben. Weitere wichtige Städte sind Kutaisi im Zentrum des westlichen Landesteils (knapp 200.000 Einwohner), der Schwarzmeerhafen Batumi und Rustavi südlich der Hauptstadt. Beide letztgenannten Städte haben über 100.000 Einwohner (vgl. Karte 1 in Abschnitt 3.1). Ungefähr die Hälfte der Georgier lebt außerhalb der Städte. Es gibt im Land ca. 270.000 Binnenflüchtlinge, vor allem infolge der Flucht georgischer Bevölkerungsteile aus der Konfliktregion Abchasien in der nördlichen Schwarzmeerregion (s. auch unten). Rund die Hälfte der Bevölkerung wird als arm eingestuft, da sie über weniger als 60 Prozent der durchschnittlichen Kaufkraft verfügt. Neben der städtischen Armut ist in den letzten Jahren auch die Armut auf dem Land gewachsen; beide liegen heute auf ähnlichem Niveau (World Bank 2005). Ursache ist oftmals Arbeitslosigkeit oder schlecht entlohnte Arbeit.

Administrativ gliedert sich das Land in dreizehn Regionen, darunter die de facto unabhängigen Republiken Abchasien am Schwarzen Meer und Südossetien im nördlichen Teil des Landesinneren. Die Einwohner beider Regionen unterscheiden sich ethnisch von der georgischen Bevölkerung, weshalb ihnen bereits unter sowjetischer Herrschaft weitgehende Selbstverwaltungsrechte gewährt worden waren. Nach Zerfall der Sowjetunion proklamierten die Abchasen und Osseten ihre Unabhängigkeit, woraufhin es ab 1992 in beiden Regionen zum Bürgerkrieg mit Georgien kam (vgl. Kunze und Bohnet 2007, Halbach 2005). Die zusammen 14 Prozent der Landesfläche und 5 Prozent der Bevölkerung, die beide Regionen ausmachen, befinden sich seitdem de facto außerhalb der Kontrolle der georgischen Regierung; es wird von „eingefrorenen Sezessionskonflikten“ gesprochen.

International sind die Regierungen Abchasiens und Ossetiens nicht anerkannt, sie werden aber von Russland unterstützt. Eine weitere *Sonderregion* ist Adscharien, das zur Zeit der Sowjetunion wie Abchasien eine Autonome Schwarzmeerregion war. Bei dieser relativ wohlhabenden Region war die Zugehörigkeit der Bevölkerung zum Islam ausschlaggebend für die Gewährung von Selbstverwaltungs-kompetenzen. Als die Sowjetunion aufhörte zu existieren, beanspruchte ein lokaler Klan politische und wirtschaftliche Autonomie, ohne dass es aber zu kriegerischen Auseinandersetzungen gekommen wäre. Nach Abdankung des regionalen Machthabers Abaschidse im Jahr 2004 und der Verabschiedung eines Autonomiegesetzes durch das georgische Parlament hat sich das Verhältnis Adschariens zur georgischen Regierung inzwischen normalisiert. Abgesehen von den Sonderregionen ist die dezentrale Verwaltung in Georgien noch nicht stark entwickelt.

Georgien verfügt über vielfältige natürliche Ressourcen. Es gibt Mangan-, Kupfer- und Steinkohlebergbau, und es sind Öl- und Gasvorkommen ausgemacht worden. Auf fruchtbaren Böden wird neben anderen *Agrarprodukten* vor allem Wein angebaut, der wie auch heimisches Mineralwasser traditionell ganz überwiegend nach Russland exportiert wurde. Wein und Mineralwasser zusammen machten ca. 90 Prozent aller Exporte nach Russland aus, das trotz einer zunehmenden Diversifizierung der Zielländer georgischer Exporte 2005 noch 18 Prozent aller georgischen Exporte abnahm. Das 2006 verhängte Einfuhrverbot für die georgische Mineralwasser- und Weinproduktion traf die georgische Wirtschaft daher empfindlich. Über die Hälfte der Erwerbstätigen in Georgien sind in der Landwirtschaft beschäftigt.

Die *Industrie* ist relativ wenig entwickelt (Metall, Maschinen, Chemie, Lebensmittel, Textil). Sie erwirtschaftet ein Viertel des BIP, beschäftigt aber lediglich unter zehn Prozent der Erwerbstätigen. 57 Prozent des BIP trägt der Dienstleistungssektor bei. Ein erheblicher Teil des Nationaleinkommens wird außerdem im informellen Sektor erwirtschaftet und fließt nicht in die Sozialproduktsrechnung ein. Die Landeswährung ist der Lari (GEL), und der Durchschnittslohn beträgt ungefähr 200 GEL/Monat (ca. 80 €). Die Arbeitslosigkeit liegt heute offiziell bei knapp 14 Prozent.

Die *Wirtschaft* war nach der Unabhängigkeit Georgiens zunächst zusammengebrochen. Die Abwendung von Russland führte nicht nur zum Verlust des wichtigsten Absatzmarktes, sondern auch von substantiellen finanziellen Zuwendungen. Hinzu kam, dass die Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen eine grundlegende Umstellung des Wirtschaftssystems erforderte. Einige Jahre lang fand praktisch kaum noch eine Wertschöpfung statt. Die Weltbank spricht für Georgien von den größten wirtschaftlichen Problemen aller Transitionsländer. Erst seit 1995, als Kredite von Weltbank und Internationalem Währungsfonds sowie auch von Deutschland wirksam wurden, wächst das BIP wieder. In einzelnen Jahren erreichte es ein Wachstum von bis zu über zehn Prozent (zuletzt 2003). Dennoch liegt der wirtschaftliche Entwicklungsstand weiterhin unter dem Niveau, das vor

der Unabhängigkeit bestand. Georgien wird von der Weltbank heute als „lower middle income country“ eingestuft.

Seit der Regierungsübernahme durch Micheil Saakaschwili 2004 entwickeln sich Staat und Wirtschaft deutlich positiv (vgl. Wiest 2006). Dies hat unter anderem eine Zunahme ausländischer Direktinvestitionen zur Folge (vor allem im Öl- und Gassektor, 2005 hat hier vor allem British Petrol investiert). Für den Zeitraum 2006 bis 2008 wird ein durchschnittliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von fünf Prozent erwartet (Weltbank Country Brief Sept. 2006). Strukturelle Reformen der Regierung Saakaschwili haben die finanzielle Basis des Staats und damit seine gesellschaftliche Rolle gefestigt sowie auch die Grundlage für wirtschaftliche Expansion geschaffen. Das System der Steuererhebung wurde reformiert und die Gehälter der öffentlichen Bediensteten bis zu verzehnfacht, um das Interesse an Schmiergeldern zu verringern (Dolidze 2007). Verbleibende *innenpolitische* Herausforderungen sind die geringe Rechtssicherheit für ausländische Unternehmen und die grundsätzlich fortbestehende Korruption. Staatliche Entscheidungen sind weiterhin nicht transparent, und es kann praktisch jede staatliche Regelung ohne weiteres außer Kraft gesetzt werden. Zudem sind nahezu alle Arten von Belangen mit der öffentlichen Verwaltung verhandelbar (Christophe 2005, Dolidze 2007, Halbach 2006, Klotz 2004).

*Wirtschaftspolitische Reformen* betreffen die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, die Herabsetzung des für eine Firmengründung notwendigen Mindestkapitals und die Beschleunigung von Zollabfertigungen und Gerichtsverfahren. In Bezug auf die Wirtschaftsstruktur wird eine Diversifizierung der im Land vertretenen Branchen angestrebt. Daneben privatisiert die Regierung Staatsbetriebe und investiert in die Modernisierung der maroden Infrastruktur (Energie, Verkehr). Auf dieser Grundlage sollen der hohe Bildungs- und Ausbildungsstand der Bevölkerung und die nationale Tradition des Unternehmertums in Zukunft stärker zum Tragen kommen. Eine Weltbank-Studie (World Bank 2007) kam 2006 zu dem Ergebnis, dass Georgien im Vorjahr die weltweit größten Fortschritte im Bereich Wirtschaftsliberalisierung gemacht habe. Das Land wird derzeit auf Rang 37 der wirtschaftsfreundlichsten Staaten der Welt platziert.

Eine besondere Rolle für die Landesentwicklung spielt der *Energiesektor*. Der von ausländischen Investitionen unterstützte Bau von Transitpipelines und Wasserkraftwerken soll Georgien zu einer Drehscheibe für Öl, Gas und Elektrizität werden lassen. Die kürzlich eröffnete Ölpipeline vom Kaspischen Meer (Aserbaidschan) zum Mittelmeer (Türkei) soll dem georgischen Staat in Zukunft Steuereinnahmen von bis zu 50 Mio. US\$ jährlich ermöglichen (bfai 2007). Daneben reduziert die ebenfalls durch Georgien verlaufende südkaukasische Gas-Pipeline die Abhängigkeit des Landes von teuren Gasimporten aus Russland. Neben dem Energiesektor gelten die Herstellung von Lebensmitteln, Tourismus und der Warentransit als Wachstumsbranchen.

Alle Reformaktivitäten in Georgien werden im Rahmen der *internationalen Entwicklungszusammenarbeit* unterstützt. Das mit Abstand wichtigste Geberland sind die USA, gefolgt von Deutschland. Die USA stellen zurzeit ca. 200 Mio. US\$ jährlich zur Verfügung. Zwischen 2006 und 2008 wollen sie zusätzlich (Infrastruktur-)Projekte im Wert von knapp 300 Mio. US\$ finanzieren. Die EU als Ganzes und einzelne Mitgliedsländer haben im Rahmen der Entwicklungskooperation seit der Unabhängigkeit Georgiens zusammen ca. 1 Mrd. € zur Verfügung gestellt. Auch von der Weltbank hat Georgien seit 1993 wichtige finanzielle Unterstützung erhalten (insgesamt wurden für 46 Projekte ca. 830 Mio. US\$ bereitgestellt). Themen der Projekte sind vor allem der Ausbau der Infrastruktur (u. a. die das Land durchquerende Ölpipeline), die Reform des öffentlichen Sektors und zuletzt auch Armutsbekämpfung. Ende 2006 wurde daneben die zweite Phase eines Bildungsprojekts bewilligt (Education System Realignment and Strengthening Project), im Rahmen derer die Weltbank bis 2009 einen Kredit in Höhe von 15 Mio. US\$ verfügbar macht. Zudem unterstützt die japanische Regierung das Projekt mit 5 Mio. US\$.

*Außenpolitisch* werden eine Entflechtung der politischen Beziehungen zu Russland und eine Annäherung an Europa angestrebt. Die Anbindung an den Westen, insbesondere an die EU, gilt als zentraler Beitrag zur Modernisierung. Politische Spannungen im Verhältnis zu Russland – unter anderem wegen der Präsenz russischer Truppen in den autonomen Regionen – erschweren es, die traditionellen wirtschaftlichen Kontakte beider Länder für die Entwicklung Georgiens nutzbar zu machen. Der tiefgehende und sich seit Jahren verschärfende Konflikt mit Russland eskaliert regelmäßig bis hin zu Grenzverletzungen und Schießereien und ist in russischen und georgischen Medien sehr präsent. Viele Georgier fühlen sich mit den Ländern verbunden, die sich ebenfalls unter großen Schwierigkeiten schrittweise dem russischen Einfluss entzogen haben, wie z.B. Estland und die Ukraine.

Wichtige Impulse für den weiteren Aufbau Georgiens werden vor allem aus einer Kooperation mit der Republik Moldau, der Ukraine und Aserbaidschan erwartet. Unter amerikanischer Patenschaft hat sich Georgien mit diesen drei Staaten zu der nach den Anfangsbuchstaben ihrer Mitgliedsländer benannten regionalen Gemeinschaft GUAM zusammengeschlossen. In ihrem Rahmen wird eine Freihandelszone aufgebaut. Außerdem bietet die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum (BSEC) eine Alternative zur wirtschaftlichen Verbindung mit Russland. Auf bilateraler Ebene sind die Türkei und die Ukraine wichtige regionale Partner, und in jüngster Zeit werden die Verbindungen zum Iran und zur arabischen Welt ausgebaut. Georgien ist bereits Mitglied des Europarats, der WTO und der Weltbank. Mit der EU besteht seit 1999 ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, und 2004 wurde Georgien in die EU-Nachbarschaftsinitiative aufgenommen. Im Rahmen dieser Initiative sind Ende 2006 spezifische Aktionspläne abgeschlossen worden. Die ehrgeizige Zielsetzung Georgiens, in die NATO aufgenommen zu werden, wird von den USA unterstützt.

Georgien könnte somit das erste Land werden, das gleichzeitig Mitglied der GUS und der NATO ist. Teil der außerordentlichen Anstrengungen Georgiens, sich für einen NATO-Beitritt zu empfehlen, war beispielsweise, dass das Land ein beträchtliches Truppenkontingent für den Irak-Krieg stellte.

### 3.3 Beziehungen zu Deutschland

Eine historische Verbindungslinie zwischen Deutschland und Georgien ergibt sich aus der Existenz einer größeren Gruppe von Georgiern mit deutscher Abstammung. Vor allem aus Württemberg hatten sich Anfang des 19. Jahrhunderts Wirtschaftsflichtlinge in Georgien niedergelassen („Kaukasusdeutsche“). Die erste Auslandsreise des georgischen Staatspräsidenten Micheil Saakaschwili führte Anfang 2004 zu einem offiziellen Besuch nach Berlin. Auch 2006 besuchte Saakaschwili Deutschland für Regierungsgespräche. Bundesaußenminister Steinmeier war Anfang 2007 im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in Georgien zu Gast. Im Frühjahr 2007 kam dann der georgische Premierminister Noghaideli nach Deutschland, um über einen Ausbau der bilateralen Wirtschaftskontakte zu sprechen.

Die deutsche Sprache ist mit fast 170.000 Lernern an rund 1 500 georgischen Schulen (StA-DaF 2006) die dritt wichtigste Fremdsprache im Land nach Russisch und Englisch. Der Trend geht dahin, Englisch als erste schulische Fremdsprache zu unterrichten (statt Russisch). In Tbilissi gibt es vier Sprachdiplomschulen, im Jahr 2008 wird eine fünfte in Telawi (Ostgeorgien) hinzukommen. Im Vergleich zum Jahr 2000 ist die Zahl der Deutschlerner an Schulen 2005 um fast 10.000 zurückgegangen (StADaF 2006). In Tbilissi gibt es ein Goethe-Institut, und der DAAD finanziert drei Lektoren für deutsche Sprache und Germanistik an georgischen Universitäten. Eine Reihe von Universitäten bietet Sprachkurse in Deutsch an, und zum Teil gibt es sogar deutschsprachige Studiengänge, z.B. an der Georgian Technical University in Tbilissi. Deutschsprachige Bildungsangebote sind in der Bevölkerung beliebt. Deutschland ist das mit Abstand beliebteste Zielland mobiler georgischer Studierender.

Nach der Unabhängigkeit Georgiens hat Deutschland die wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation im Land unterstützt und an der Friedenskonsolidierung mitgewirkt. In der Region Kaukasus und Zentralasien ist Georgien das einzige Schwerpunktland der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Seit 1992 wurden rund 300 Mio. € zur Verfügung gestellt. Damit steht Deutschland an zweiter Stelle der Geberländer nach den USA. Zuletzt sagte die Bundesregierung Ende Juli 2007 bis zu sieben Mio. € für die Fortsetzung von Projekten der technischen Zusammenarbeit (Rechts- und Steuersystem, kommunale Selbstverwaltung, Weinwirtschaft u.a.) und bis zu 20 Mio. € für die finanzielle Zusammenarbeit (Wasserversorgung Batumi, Kreditgarantiefonds zur Unterstützung mittelständischer Betriebe) zu. Ergänzend wurde eine Schuldenumwandlung zu Gunsten von Bildungs-

investitionen in Georgien vereinbart. Sie beinhaltet, dass Georgien Verbindlichkeiten in Höhe von 1,5 Mio. € erlassen werden, sofern es mindestens die Hälfte dieser Summe aus Eigenmitteln in den Aufbau einer International School of Economics in Tbilissi investiert. Daneben werden weiterhin Projekte unter der im Jahr 2001 vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit ins Leben gerufenen Kaukasusinitiative durchgeführt (BMZ 2005). Die übergeordneten Zielsetzungen entsprechender Aktivitäten sind

- der Ausbau des demokratischen Rechtssystems,
- die Stärkung der kommunalen Demokratie und der Zivilgesellschaft,
- die Förderung der Privatwirtschaft,
- der Energiesektor,
- die Bekämpfung der Tuberkulose und
- der Aufbau von grenzüberschreitenden Nationalparks.

Die Präsenz der deutschen *Wirtschaft* in Georgien ist noch gering. Erst Ende 2007 wurde die Deutsche Wirtschaftsvereinigung Georgien gegründet. Rund 50 deutsche Unternehmen sind 2007 in Georgien aktiv, darunter der Farbenhersteller Caparol, die Lufthansa und die KfW-Bankengruppe (Schulze 2007). 2006 hatte der deutsche Konzern HeidelbergCement 75 Prozent eines georgischen Zementherstellers erworben. Infolge der sich verbessernden Rahmenbedingungen für ausländische Investoren (vgl. Abschnitt 3.2) könnten die bislang sehr geringen Direktinvestitionen in nächster Zeit ausgebaut werden.

Ein deutsch-georgisches Abkommen über *kulturelle Zusammenarbeit* hat 1993 die Grundlage für den Ausbau von Aktivitäten in diesem Bereich geschaffen (obwohl es wegen deutscher Bedenken in Bezug auf Beutekunst nicht formal ratifiziert wurde, wird es im Alltag dennoch angewandt). Es existieren um die 30 Kooperationen deutscher Hochschulen mit georgischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Auf der Internetseite des DAAD-Informationszentrums in Tbilissi (<http://ic.daad.de/tbilissi/>) soll eine regelmäßig aktualisierte Aufstellung aktiver Hochschulkooperationen angeboten werden. Einzelne deutsche Hochschulen haben in mehreren Fällen Kooperationen mit verschiedenen georgischen Partnerinstitutionen aufgebaut. Die Kooperation der Universität des Saarlandes mit der ältesten georgischen Universität, der Staatlichen Iwane Dschawaschwili Universität (Ivane Javakishvili Tbilisi State University, TSU), umfasst ein besonders breites Fächerspektrum. Auf georgischer Seite sind staatliche und private Hochschulen beteiligt.

Im Bereich der *wissenschaftlichen Zusammenarbeit* gibt es einige wenige Projekte, in denen eine Zusammenarbeit mit Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Georgien erfolgt. Die VolkswagenStiftung fördert zurzeit im Rahmen ihrer Ausschreibung „Mittelasien/Kaukasus im Fokus der Wissenschaft“ unter anderem deutsch-georgische Forschungsk Kooperationen sowohl in den Natur- und Ingenieurwissenschaften als auch in den Geistes- und

Gesellschaftswissenschaften. Ein fachlicher Schwerpunkt der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Georgien liegt in der Archäologie. In diesem Fach wird z.B. ein Projekt der Ruhr-Universität Bochum von der VolkswagenStiftung gefördert. Daneben gibt es erfolgreiche Kooperationen der Universitäten Köln und Minden in den Bereichen Jura und Medizin.

### 3.4 Hochschul- und Studiensystem

Bereits 1918 wurde in Tbilissi die erste Universität, die heutige Staatliche Iwane Dschawaschwili Universität (Ivane Javakhishvili Tbilisi State University, TSU) gegründet. Sie war zu dieser Zeit die einzige Universität im Kaukasus. Bis in die *1980er Jahre* kam eine kleinere staatliche Universität in Abchasien hinzu. Darüber hinaus entwickelten sich 17 spezialisierte Hochschulen (Institute) (Sharvasidze 2005). Es gab keine Studiengebühren, aber für die Zulassung an einer Hochschule mussten Bewerber anspruchsvolle Aufnahmeprüfungen bestehen.

Infolge des wirtschaftlichen Niedergangs unmittelbar nach der Unabhängigkeit konnte der Staat den Hochschulsektor nicht mehr wie zuvor weiter finanzieren. Gleichzeitig erforderte der Neuaufbau der Wirtschaft aber dringend eine hohe Zahl akademisch ausgebildeter Fachkräfte mit arbeitsmarktrelevanten Qualifikationen. Somit konnte der Hochschulsektor nicht mehr nur auf die Herausbildung einer intellektuellen Elite ausgerichtet bleiben, sondern musste seine Absolventen befähigen, sich an die sich wandelnden Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt flexibel anzupassen. Unter den gegebenen Umständen war die *Zulassung privater Hochschulen* die einzige Möglichkeit, den Herausforderungen der Transformation kurzfristig zu entsprechen. Das Bildungsministerium gab recht großzügig Lizenzen an private Einrichtungen aus, so dass die Zahl der Hochschulen auf etwa 200 im Jahr 2004 in die Höhe schnellte. Das Angebot neuer Studiengänge durch private Hochschulen brachte die Einführung von Studiengebühren mit sich. Um zu überleben, zogen rasch auch die staatlichen Hochschulen nach und führten ebenfalls neue, gebührenpflichtige Studiengänge ein. Da der Staat diesen Prozess kaum regelte, kam es zu weitgehend chaotischen Entwicklungen. Aus der Perspektive junger Erwachsener blieb Studieren aber unter anderem deswegen attraktiv, weil es ermöglichte, den ansonsten obligatorischen Wehrdienst zu umgehen.

In diesem Hochschulsystem war – wie auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen – tief greifende administrative *Korruption*, die zumindest partiell als ein Erbe aus der sowjetischen Vergangenheit angesehen wird, ein zentrales Problem (Höltge 2008). Wie Janashia (2004) feststellt, hatten die Georgier ihre eigene Art entwickelt, das sowjetische System zu hintergehen. Eine unabhängige Untersuchung der Ausgaben des georgischen Bildungsministeriums im Jahr 2002 stellte fest: “2.7 million GEL (ca. 1 Mio. €, d. Verf.) [...] are moving around in the accounts of commercial banks with ignorance of the treasury service“ (AYEG, GYLA and TI 2002: 4). Die Korruptionsfelder waren vielfältig:

- Es wurden permanent mehr Studierende an den Universitäten zugelassen, als von staatlicher Seite vorgegeben war. Diese Studierenden tauchten in den Statistiken nicht auf, entrichteten aber Studiengebühren.
- Einjährige studienvorbereitende Tutorien wurden nicht zur Wissenserweiterung besucht, sondern um Kontakte zu Professoren oder Dozenten in der Aufnahmekommission aufzubauen. Rostiashvili, ehemalige Leiterin des Transnational Crime and Corruption Center (TraCCC), fand heraus: “Preparation for entrance exams is one of the most profitable businesses in Georgia” und gleichzeitig “a basic source of corruption” (Rostiashvili 2004: 27). Sie schätzt, dass jedes Jahr etwa 65 Mio. US\$ aus den Tutorien extrahiert wurden. Der Preis für eine Hochschulzulassung lag je nach Prestige eines Fachs und den Fähigkeiten des Studieninteressenten zwischen 200 und 10.000 US\$ (Janashia 2004). Durch die Manipulation mündlicher Prüfungen konnten auch gering qualifizierte Bewerber einen Studienplatz erhalten. Die finanzielle Abhängigkeit der Studierenden von ihren Tutoren blieb oft während des ganzen Studiums über die Zwischenbis zu den Abschlussprüfungen bestehen. Teilweise bestand sogar die Möglichkeit, einen Abschluss zu kaufen ohne ein Studium zu absolvieren (Janashia 2004).
- Auch die Zulassung privater Hochschulen und die Einführung neuer Studiengänge funktionierten oftmals nur mit Hilfe von Schmiergeldzahlungen.

Diese Situation ist einer der Hauptgründe dafür, dass der georgische Hochschulsektor seit 2005 auf der Grundlage eines neuen Hochschulgesetzes (Georgisches Hochschulgesetz, GHG) grundlegend *reformiert* wird. Im Jahr 2005 ist Georgien zudem dem Bologna-Prozess beigetreten. Das neue Hochschulgesetz reorganisiert zum einen die Hochschulzugangsprüfung so, dass Korruption und Vetternwirtschaft weit möglichst ausgeschaltet werden. Zukünftig soll beim Hochschulzugang soweit wie möglich Chancengleichheit umgesetzt werden. Zum anderen sieht das Gesetz die Einführung einer dreistufigen Studienstruktur vor, und es soll ein vom Staat unabhängiges Akkreditierungswesen für Institutionen und Studiengänge aufgebaut werden.

Insgesamt gibt es 2006 der offiziellen Statistik zufolge 18 staatliche und 148 private Hochschulen (vgl. Tab. 1).

**Tabelle 1: Hochschulen und Studierende 2004/05 bis 2006/07**

Jahr	Anzahl Hochschulen	Gesamt	Studierende Präsenzstudium (%)	Frauenanteil (%)
<i>Staatliche Hochschulen</i>				
2004/05	26	137.021	80	49
2005/06	25	113.801	86	51
2006/07	18	110.846	k.A.	50
<i>Private Hochschulen (mit oder ohne Akkreditierung)</i>				
2004/05	172	35.440	94	57
2005/06	146	30.512	90	57
2006/07	148	29.961	99	58

k.A. = keine sinnvolle Angabe.

Quelle: Statistics Georgia, <http://www.statistics.ge> (Stand Oktober 2007).

Als Ergebnis von Strukturreformen (Verschmelzung von Hochschulen) und der Durchführung einer dritten Phase *institutioneller Akkreditierung* mit neuen Auflagen ist die Zahl akkreditierter (Privat-)Hochschulen heute überschaubar. 2006 verfügten nur noch 43 Hochschulen über eine Akkreditierung (darunter sieben Neuzulassungen und vier nur mit Auflagen akkreditierte Hochschulen). Voraussetzung für die Akkreditierung ist unter den jüngsten Vorgaben beispielsweise, dass eine Hochschule ihre Studienangebote vollständig auf die Bologna- Struktur umgestellt und die Vergabe von ECTS-Kreditpunkten eingeführt hat. Bislang haben auch noch nicht alle staatlichen Hochschulen eine Re-Akkreditierung erlangen können. Selbst die Georgian Technical University (GTU) in Tbilissi konnte erst 2007 wieder akkreditiert werden.

Ungefähr drei Viertel der georgischen Studierenden sind an den *staatlichen Hochschulen* eingeschrieben, die vor allem in der Hauptstadt angesiedelt sind. Die fünf bedeutendsten staatlichen Hochschulen sind die folgenden:

- Die Staatliche Iwane Dschawaschwili Universität (*Ivane Javakishvili Tbilisi State University (TSU)*) ist die älteste und mit über 35.000 Studierenden auch die größte Universität Georgiens. Sie hat fünf Fakultäten und acht über das Land verteilte Außenstellen, deren Status Ende 2007 neu definiert wird. Es werden Medizin und Naturwissenschaften angeboten, aber keine ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge. Forschungszentren gibt es unter anderem für Mathematik und Physik, aber die Universität ist auch für die sozial- und geisteswissenschaftliche Forschung bekannt.

- Die *Ilia Chavchavadze State University* (ehemals Pädagogische und Fremdsprachliche Hochschule) ist ebenso bekannt und populär wie die TSU und entwickelt sich zu einer ernst zu nehmenden Konkurrentin der TSU in der Hauptstadt. Sie zahlt ihren Professoren doppelt so hohe Gehälter wie die TSU und hat auf diese Weise einige hoch qualifizierte Lehrende abwerben können. Anfang 2006 war die State Pedagogical University und im Jahr 2007 die Sportakademie in der Ilia Chavchavadze University aufgegangen. Heute hat die Hochschule sieben Fakultäten, die Bachelor- und Masterstudiengänge sowie Promotionsprogramme anbieten. Neben geistes- und sozialwissenschaftlichen Studienfächern sowie Fremdsprachen werden inzwischen auch Mathematik, Physik und Biologie angeboten. Eine medizinische Fakultät ist in Planung.
- Die *Georgian Technical University (GTU)* ist 1990 aus einem Polytechnischen Institut hervorgegangen, das wiederum ehemals eine Fakultät der TSU war. Die GTU bildet den überwiegenden Teil der georgischen Ingenieure aus (unter anderem in Bauingenieurwesen, Energietechnik, Telekommunikation, Geologie, Chemie, Metallurgie, Transport, Kraftfahrzeugtechnik, Architektur, Flugzeugingenieurwesen, Informatik und Naturwissenschaften). Zusätzlich verfügt die GTU über eine gesellschaftswissenschaftliche Fakultät, an der unter anderem ein teilweise deutschsprachiger Studiengang für Wirtschaft und Recht angeboten wird. Die GTU hat heute über 12.000 Studierende.
- Die *Georgian Agricultural University (GAU)* und die *Tbilisi State Medical University (TSMU)* (ca. 5.000 Studierende) bieten ein enges Fächerspektrum an.

*Private Hochschulen* befinden sich teilweise in internationaler, aber nicht in rein ausländischer Trägerschaft. Einige von ihnen werden in ihrer akademischen Aufbauarbeit von Partnerhochschulen aus dem Ausland unterstützt. Die Qualität der Privathochschulen variiert stark zwischen leistungsstarken Institutionen und solchen “doing little more than selling diplomas” (Sharvashidze 2002, S. 16). Vor allem die Privathochschulen in internationaler Trägerschaft, aber auch einige weitere privat geführte Hochschulen genießen eine hohe Reputation. Eine wichtige Privathochschule mit nationaler Trägerschaft und Ausrichtung ist die *Grigol Robakidze University* mit rund 800 Studierenden und einem Schwerpunkt in der Zahnmedizin. Darüber hinaus werden vor allem angewandte sozialwissenschaftliche Studiengänge, Anglistik und Germanistik angeboten.

Die Privathochschulen in internationaler Trägerschaft bieten vor allem betriebswirtschaftliche und juristische Studiengänge an und lehren teilweise in englischer Sprache. Ihre Studiengänge sind oftmals besser auf aktuelle Anforderungen des Arbeitsmarkts zugeschnitten als die der staatlichen Hochschulen, so dass ihre Absolventen tendenziell leichter eine Stelle finden als Absolventen staatlicher Hochschulen. Doktoranden privater Universitäten müssen ihre Prüfung an einer staatlichen Hochschule ablegen, da nur die staatlichen Universitäten berechtigt sind, Doktorgrade zu verleihen. Die folgenden Privathochschulen bzw. eine privat

organisierte Fakultät an einer staatlichen Hochschule weisen eine internationale Trägerschaft auf, haben aber keine Anbindung an ausländische Hochschulen:

- Die in der Landeshauptstadt ansässige *International Black Sea University* wurde 1995 als georgisch-türkisches Projekt gegründet. Sie befindet sich in Trägerschaft des georgischen Ministeriums für Bildung und Wissenschaft, der georgischen Kleinstadt Dusheti und zweier türkischer Firmen. Neben wirtschafts- und verwaltungswissenschaftlichen Studiengängen werden auch ingenieurwissenschaftliche Studienmöglichkeiten angeboten (jeweils Bachelor- bis Promotionsniveau). Die *International Black Sea University* versteht sowohl ungebundene als auch angewandte Forschung als Teil ihres Aufgabenspektrums. Sie finanziert sich ganz überwiegend aus Studiengebühren. In ihren Prüfungsausschüssen sitzen unter anderem Vertreter öffentlicher Hochschulen.
- Das *Zurab Shvania Georgian Institute of Public Affairs (GIPA)* in Tbilissi wurde 1994 durch ein internationales Konsortium als Nichtregierungsorganisation gegründet. Dem Gründungskonsortium gehören die georgische Regierung, die United States Information Agency (Washington), das Local Governance and Public Service Institute – Open Society Foundation entity (Budapest) und die Eurasia Foundation an. Die akademische Entwicklung des GIPA wird von der amerikanischen National Academy of Public Administration (NAPA) unterstützt. Finanzielle Hilfestellung erhält das GIPAvom USA State Department. „Good governance“ ist der inhaltliche Fokus des Instituts, und entsprechend bietet es die Fachrichtungen Government, Journalismus und Medien sowie Diplomatie und Recht an.
- Im Wintersemester 2006 hat an der TSU die international finanzierte *International School of Economics at TSU (ISET)* ihre ersten über 50 Studierenden in einen englischsprachigen Masterstudiengang für Studierende aus allen drei südkaukasischen Staaten aufgenommen. Am Aufbau der ISET sind unter anderem die Weltbank, die schwedische und britische Entwicklungszusammenarbeit, der Ölkonzern British Petroleum, das Open Society Institute, das norwegische Außenministerium, die Zentralbank der Republik Armenien und der staatliche Ölfonds der Republik Azerbaidschan finanziell beteiligt.
- Im Jahr 2007 hat die European School of Management (ESM, s. auch unten) zusammen mit dem privaten georgischen Institut für Asien und Afrika die Gründung der *Free University Tbilisi* beschlossen. Hauptinvestor ist der heutige Chef der georgischen Staatskanzlei und frühere Minister für Reformkoordination im Bereich Wirtschaft. Die US-amerikanische Consulting-Firma Chartwell Education Group ist über einen Zeitraum von fünf Jahren hinweg mit dem Aufbau der neuen Hochschule beauftragt worden, an der Studiengänge in Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre und Jura in Verbindung mit dem Studium orientalischer Sprachen angeboten werden sollen. Für die Free University Tbilisi wird ein Campus am Stadtrand gebaut.

Die im Weiteren aufgeführten internationalen Privathochschulen werden von ausländischen Partnerhochschulen unterstützt und in Kapitel acht ausführlich vorgestellt:

- die 1988 an der TSU eingerichtete *Caucasus Business School (CBS)* ist mittlerweile zur *Caucasus University* weiterentwickelt worden. Sie wird von der amerikanischen Georgia State University, Atlanta, unterstützt.
- Die *European School of Management (ESM)* in Tbilissi, 1992 als Partnerschaft mit der ESM Avignon (Frankreich) gegründet, konzentriert sich darauf, eine neue georgische Management-Elite aufzubauen. Sie hat rund 360 Studierende. Neben den Grundlagenfächern Management, Marketing und Rechnungswesen werden Organisations- und Führungsfähigkeiten vermittelt.
- Die *American-Georgian University* in Tbilissi bietet seit 2005 juristische und betriebswirtschaftliche Studiengänge an. Ihre juristische Fakultät arbeitet mit der American University in Washington zusammen, und ihre betriebswirtschaftliche Fakultät mit Saint Mary's University in Halifax, Nova Scotia (Kanada).

Die Gesamtzahl der *Studierenden* in Georgien erreichte 2003 mit 153 300 einen Höchststand und ist 2006 auf 140 800 gefallen (vgl. auch Tab. 1). Im Zuge der Einführung einer neuen Hochschulzulassungsprüfung (s. unten) sind die Neueinschreibungen in den letzten Jahren drastisch zurückgegangen. Von den jährlich 35.000 bis 37.000 georgischen Abiturienten haben sich bis 2004/05 jeweils über 30.000 zum Studium eingeschrieben (Ministry of Economic Development of Georgia, Department of Statistics 2006, Rostiasvili 2004, S. 27). In 2005, als erstmals die reformierte Zulassungsprüfung durchgeführt wurde, konnten sich dann aber nur noch knapp über 16.000 Studierende immatrikulieren. In 2006 stieg die Zahl der Einschreibungen zwar wieder auf knapp 19 500. Dennoch hat nur über die Hälfte der Teilnehmer an der reformierten, landesweit einheitlichen Hochschulzugangsprüfung einen Studienplatz erhalten.

Das Fächerspektrum der georgischen Hochschulen ist breit und ausdifferenziert. Rund die Hälfte der zuletzt rund 141.000 Studierenden ist in die *Fächergruppe* „Education“ eingeschrieben (v.a. Lehramtsstudiengänge), knapp 20 Prozent davon an Privathochschulen (Ministry of Economic Development of Georgia, Department of Statistics 2006). Zweitwichtigste Fächergruppe ist „Industry and Construction“ mit rund 20 Prozent aller Studierenden. An dritter Stelle der Fächergruppen steht „Agriculture“ mit ca. 6 Prozent der georgischen Studierenden. Beide letztgenannten Fächergruppen spielen an den Privathochschulen praktisch keine Rolle. An den Privathochschulen nehmen Studiengänge aus der Fächergruppe „Education“, rund die Hälfte aller Studierenden auf. An zweiter Stelle folgt mit großem Abstand die Fächergruppe „Economics and Law“ (ca. 20 % der Studierenden an Privathochschulen). An dritter Stelle steht „Public Health“ mit ca. 10 Prozent der Studierenden an Privathochschulen. Betriebswirtschaft und Jura gelten

als besonders viel versprechend für eine spätere Karriere. Das Interesse an einem immer noch stark nachgefragten Medizinstudium geht leicht zurück. Sehr beliebt sind des Weiteren Politik und Sprachen (vor allem Englisch und Deutsch, aber auch Russisch und Französisch). Technische Hochschulen bieten daneben Studiengänge in Metallurgie, Seilbahn- und Eisenbahntransport, Weinherstellung, Seidenraupenzucht oder im Anbau von Tee und Zitrusfrüchten an.

Für die Zulassung zu einem Universitätsstudium ist nach dem neuen Hochschulgesetz sowohl auf Bachelor- als auch auf Masterniveau die Teilnahme an landesweit einheitlich organisierten *Aufnahmeprüfungen* notwendig. Seit Sommer 2005 werden die Aufnahmeprüfungen für grundständige Studiengänge einmal im Jahr in 14 über das Land verteilten Zentren parallel abgehalten. Für das Masterniveau sollen die Prüfungen erstmals 2009 durchgeführt werden (NAEC 2006). Die Aufnahmeprüfungen für das grundständige Studienniveau beinhalten einen Studierfähigkeitstest (mit mathematischen und sprachlichen Bestandteilen), hinzu kommen Prüfungen in Georgisch und einer Fremdsprache. In Abhängigkeit vom Studienfach kann es zusätzlich eine vierte Prüfung in Natur- oder Sozialwissenschaft, Mathematik oder Literatur geben. Alle Prüfungen sind schriftlich. Um Korruption zu erschweren, werden die Prüfungsunterlagen anonymisiert und von zwei unterschiedlichen Personen geprüft.

Das akademische Jahr beginnt hochschulabhängig im September oder Oktober und endet ungefähr im Juni. Offizielle *Lehrsprache* ist laut Artikel 4 des georgischen Hochschulgesetzes Georgisch und in Abchasien auch Abchasisch. Unterricht in anderen Sprachen ist ebenfalls erlaubt, wenn in internationalen Vereinbarungen vorgesehen oder vom Ministerium für Bildung und Wissenschaft genehmigt.

Unter der aktuellen Hochschulgesetzgebung sind drei *Studienstufen* vorgesehen (Bachelor, Master und Promotion), von denen vor allem die Promotionsstufe noch umgesetzt werden muss. Bachelor- und Masterstudiengänge werden bereits seit Mitte der neunziger Jahre zunehmend angeboten. Im Studienjahr 2006/07 waren bereits über drei Viertel aller Studierenden unterhalb der Promotionsstufe in Bachelor- oder Masterstudiengänge eingeschrieben. Überwiegend wurden auch schon ECTS-Kreditpunkte vergeben. Die Bewertung von Studienleistungen in der Form von ECTS-Kreditpunkten soll im Studienjahr 2009/10 landesweit umgesetzt sein. Die höchste *Note* ist eine 5, die niedrigste eine 1. Ab Note 3 zählt eine Prüfung als bestanden.

Das *Bachelorstudium* umfasst drei bis vier Jahre und beinhaltet den Erwerb von mindestens 240 ECTS-Kreditpunkten. Der Abschluss *Bakalavris Khariskhi* soll nicht nur auf den Übergang in ein weiterführendes Studium vorbereiten, sondern auch berufsqualifizierenden Charakter aufweisen. Studierenden mit ausgezeichneten Leistungen wird ein „Diplom mit Auszeichnung“ (Diplomi Tsarchinebit) verliehen. Daneben existieren drei- bis fünfjährige (Medizin: sechsjährige)

berufsbezogene Studiengänge (certified specialist programmes). Der Abschluss eines sechsjährigen Medizinstudiums ist einem Masterabschluss gleichwertig.

Das *Masterstudium* führt nach zwei Studienjahren und dem Erwerb von mindestens 120 ECTS-Kreditpunkten zum Abschluss Magistris Khariskhi. Diese Studienstufe soll mit einem Forschungsprojekt abgeschlossen werden. Studierenden mit ausgezeichneten Leistungen wird ein „Diplom mit Auszeichnung“ (Diplomi Tsarchinebit) verliehen. Universitätsmitarbeiter kritisieren, dass im Zuge der Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge ursprünglich fünfjährige Studiengänge in zwei Stufen aufgeteilt wurden, ohne die Inhalte entsprechend anzupassen (Eurasia Foundation 2003, S. 5).

Studierende mit einem Masterabschluss können zum *Promotionsstudium* zugelassen werden. Nach drei Studienjahren, dem Erwerb von mindestens 180 ECTS-Kreditpunkten und der Verteidigung der Dissertation erhalten sie den Abschluss Doctoris Diplomi. Promotionsprogramme werden vom Studienjahr 2007/08 an eingeführt. In Erwartung dieser Neuerung ist die Zahl der Doktoranden in den vergangenen Jahren deutlich gefallen (auf ca. 1.000 in 2006).

Privathochschulen erheben grundsätzlich *Studiengebühren*, und seit 1993 können auch die öffentlichen Universitäten für einen Teil ihrer Studienplätze Gebühren erheben. Ungefähr die Hälfte der Studierenden an öffentlichen Universitäten ist in gebührenpflichtigen Studiengängen immatrikuliert. Für georgische Studierende betragen die Studiengebühren ungefähr zwischen 100 und 2.000 US\$ pro Jahr, ausländische Studierende hingegen zahlen zwischen 750 und 2.500 US\$. Studierende mit georgischer Staatsbürgerschaft sind berechtigt, staatliche Studienstipendien in Anspruch zu nehmen (Artikel 80, Absatz 1 Georgisches Hochschulgesetz (GHG)). In Abhängigkeit von ihren Leistungen bei der Aufnahmeprüfung erhalten sie Zuschüsse zu den Studiengebühren in Höhe von 100, 70, 50 oder 30 Prozent. Im Jahr 2006 bezogen über 40 Prozent der Studierenden ein derartiges Teil- oder Vollstipendium. Bis zu zwei Prozent des staatlichen Stipendienbudgets können an ausländische Studierende vergeben werden, die an politisch definierten Studiengängen teilnehmen (Artikel 80, Absatz 2 GHG). Studienkredite, die von einer rasch zunehmenden Zahl von Banken angeboten werden, erfreuen sich einer hohen Nachfrage.

Bereits seit der Unabhängigkeit Georgiens verfügen die Universitäten über eine weit reichende Autonomie in Personal- und Haushaltsangelegenheiten. Im Zuge der Reformen der letzten Jahre ist daneben die *Verwaltung* der staatlichen Universitäten dezentralisiert und demokratisiert worden. An allen Hochschulen wurden die Rektoren und Gremien der akademischen Selbstverwaltung neu gewählt. Bis 2004 war die akademische Selbstverwaltung kaum entwickelt, und die Rektoren der staatlichen Universitäten hatten eine weit reichende Macht. Sie wurden von den mit hochschulischen Leitungspersonen besetzten akademischen Räten (Academic Council) gewählt und anschließend vom Präsidenten des Landes bestätigt. Die Rektoren der wichtigsten staatlichen Hochschulen bildeten den Rektorenrat,

der den Präsidenten und die relevanten Ministerien in Bildungsfragen beriet. Die Vorschläge des Rektorenrates hatten starkes Gewicht, und seine Mitglieder genossen hohes öffentliches Ansehen. Der traditionelle unmittelbare Einfluss des georgischen Präsidenten auf die Hochschulen ist inzwischen auf die Übergangsperiode bis zur vollständigen Umsetzung der Hochschulreform begrenzt worden (Kapitel XV GHG).

Das *Ausbildungsniveau* der Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeiter ist unterschiedlich. Mitunter unterrichten ehemalige sowjetische Bildungskader, die sich seit Beginn der 1990er Jahre nicht weitergebildet haben. Andererseits gibt es eine Vielzahl von Dozenten, die umfangreiche Forschungs- und Lehraufenthalte im Ausland unternommen haben. Methodisch dominiert an den staatlichen Universitäten weiterhin Frontalunterricht, der auf die Wiedergabe von Fakten ausgerichtet ist.

An den staatlichen Universitäten ist ungefähr die Hälfte der Professoren in Vollzeit beschäftigt, an privaten Hochschulen zirka ein Drittel. Mit der Hochschulreform wurde das Gehalt der *Dozenten* erhöht. Bis 2004 verdienten wissenschaftliche Mitarbeiter an der Staatlichen Universität Tbilissi zwischen 73 und 120 GEL (ca. zwischen 28 und 46 €) im Monat. Ein Professor ohne leitende Position verdiente etwa 276 GEL (ca. 100 €) (Rostiashvili 2004, S. 25). Seit 2005 verdienen Professoren monatlich etwa 400 €, Dozenten 300 € und wissenschaftliche Assistenten 200 €. Trotz der Erhöhung des Einkommensniveaus besteht für die meisten Lehrkräfte aber weiterhin die Notwendigkeit, zusätzlich an privaten Hochschulen, in internationalen (Nichtregierungs-)Organisationen oder in ausländisch geförderten Think Tanks zu arbeiten. Problematisch ist zudem, dass die Gehälter in der Wissenschaft weiterhin nicht hoch genug sind, um Nachwuchs für eine Hochschulkarriere zu gewinnen. Doktoranden können zwar z.B. als Assistenz-Professoren beschäftigt werden, gehen aber nach Abschluss ihrer Promotion bislang vorwiegend in die Wirtschaft oder an eine ausländische Universität. Vor diesem Hintergrund sollen Wissenschaftler, die an staatlich geförderten Forschungsprojekten beteiligt sind, zukünftig zusätzlich zu ihren regulären Gehältern aus den Projekten vergütet werden. Außerdem wird eine Stiftung eingerichtet, die es für georgische Promovierte im Ausland attraktiv machen soll, in ihr Heimatland zurückzukehren.

Die Umsetzung des georgischen Hochschulgesetzes von 2004 ging mit drastischen *Stellenkürzungen an den staatlichen Universitäten* einher; an der TSU beispielsweise wurde das Personal von 5.000 auf 700 Mitarbeiter reduziert. Im Rahmen ihrer Autonomie in Personalfragen und der internen Ressourcenverteilung waren die Universitäten bis 2004 unwillig, Personal zu pensionieren oder zu entlassen, was zu einem enormen Überhang an älteren Lehrkräften geführt hatte. Das Durchschnittsalter von Professoren an der TSU lag 2004 bei ungefähr 64 Jahren (Höltge 2008). Die jüngste Entlassungswelle nach der Hochschulreform betraf allerdings vor allem junge Mitarbeiter. Die Entscheidungen fielen aufgrund von

Kriterien wie zum Beispiel Anzahl von Publikationen in der Lebenszeit. Die Entscheidungsgrundlage sowie der Prozess wurden von Universitätsangehörigen als unfair bezeichnet, u.a. weil Professoren einer Universität in der Auswahlkommission anderer Universitäten saßen und es somit Möglichkeiten für klientelistisches Verhalten gab. Kapitel V des georgischen Hochschulgesetzes führt 65 Jahre als Höchstalter für das Lehrpersonal ein. Diese Änderung soll 2009 in Kraft treten. Danach dürfen Ältere nur noch auf Einladung lehren.

Universitäten haben derzeit einen Anteil von lediglich einem knappen Viertel an der wissenschaftlichen Forschung in Georgien; sie findet bislang vor allem an außeruniversitären Institutionen statt. Zukünftig soll die Forschung an Hochschulen aber ausgebaut werden. Im Rahmen eines Evaluationsprozesses ist die Zahl der außeruniversitären Forschungsinstitutionen von 97 (2003) auf 68 (2006) reduziert worden, und 2007 sollen ungefähr 20 der verbleibenden außeruniversitären Forschungseinrichtungen an Universitäten angebunden werden. Daneben soll ein erstes inter-universitäres Forschungszentrum aufgebaut werden. Zu diesem Zweck wird die Regierung eine Ausschreibung im Wert von rund 300.000 US\$ durchführen. Seit August 2006 unterstützt ein EU-TACIS Projekt die georgische Hochschulpolitik bei der Modernisierung des Forschungssektors und der Anpassung rechtlicher Strukturen an EU Standards. Besonderes Forschungspotential besteht in Georgien unter anderem in der Mathematik, Medizin und Linguistik (Global SSH Project 2007) und daneben auch in der Biologie und Archäologie.

### 3.5 Hochschulpolitik und Hochschulfinanzierung

Die Hochschul- und Forschungspolitik fallen in die Zuständigkeit des nationalen Ministeriums für Bildung und Wissenschaft. Das ehemals für die Forschungspolitik zuständige Ministerium für Wissenschaft und Technologie war 2005 in das Bildungsministerium integriert worden. Die Akademie der Wissenschaften – ein Gremium renommierter Wissenschaftler und Erbe der sowjetischen Vergangenheit –, die zurzeit noch den Sektor außeruniversitärer Forschungsinstitute verwaltet, wird sich bis 2010 auflösen. Die Aufgaben des Bildungsministeriums umfassen laut Artikel 3 des Georgischen Hochschulgesetzes nun:

- die Förderung georgischer kultureller Werte unter besonderer Berücksichtigung von Demokratie und Humanismus;
- den Aufbau eines Bildungs- und Wissenschaftssystems, das jedem Bürger die Möglichkeit eröffnet, seine Interessen und Kapazitäten zu erkennen und zu entwickeln;
- die Qualifizierung von Fachkräften für den einheimischen und internationalen Arbeitsmarkt;
- die Schaffung günstiger Bedingungen für Forschung, um eine nachhaltige Entwicklung des Hochschulsystems zu gewährleisten;

- die Förderung der internationalen Mobilität von Studierenden und Dozenten.

Folgende übergeordnete *Entwicklungsziele* genießen hochschulpolitische Priorität:

- *Nachhaltigkeit*: Das georgische Bildungssystem soll auf Transparenz und Verantwortungsbewusstsein basieren. Es soll langfristig qualitativ hochwertige Bildungsmöglichkeiten garantieren und ein wissensbasiertes Lernumfeld schaffen.
- *Soziale Inklusion*: Das Bildungssystem soll allen Georgiern entsprechend ihrer Fähigkeiten Zugang zu Bildungsangeboten eröffnen.
- *Internationale Wettbewerbsfähigkeit*. Das Bildungssystem soll sich entsprechend europäischer und internationaler Standards entwickeln und sich in den europäischen und in den NATO-Raum integrieren.

Die Hochschulpolitik wird im Wesentlichen in Form von *Förderprogrammen* umgesetzt, unter denen sich sowohl staatliche als auch private Hochschulen bewerben können. Die Einführung neuer Programme erfordert das Einverständnis des Landespräsidenten (Sharvashidze 2005).

Konkrete Planungen zielen darauf ab, die Zahl der Hochschulen durch Zusammenschlüsse mehrerer Institutionen zu reduzieren. Bis 2010 soll es landesweit nur noch sieben große Universitäten mit Bachelor-, Master- und PhD-Angeboten geben. Voraussichtlich werden diese Universitäten in Tbilissi, Batumi und Kutaisi angesiedelt sein. Forschung soll vor allem an diesen Institutionen zukünftig wesentlich stärker als bisher das Gegenstück zu Lehre bilden. Weitere zehn Hochschulen sollen lediglich Bachelor- und Masterstudiengänge anbieten. Im Hinblick auf die flächendeckende Einführung der dreistufigen Studienstruktur hat das Nationale Team der Bologna Promotoren (NTBP) für den Zeitraum 2006-2010 einen Aktionsplan ausgearbeitet (vgl. Maisuradze 2006). Darüber hinaus soll der Bereich der Berufsausbildung mehr Bedeutung erlangen, indem nach Inkrafttreten einer entsprechenden Änderung des Hochschulgesetzes in 2007 Kollegs und Berufsschulen eingerichtet werden.

Ende 2006 ist die zweite vierjährige Phase des Weltbank-finanzierten Bildungsprojekts in Georgien (Education System Realignment and Strengthening Program, in Georgien als „Ilia Chavchavadze Bildungsprojekt“ bekannt) angelaufen. Das Bildungsministerium adressiert im Rahmen des Projekts vor allem folgende Bereiche der Hochschulbildung:

- Effizienz in Bezug auf finanzielle, physische und personelle Ressourcen,
- Chancengleichheit,
- den Aufbau von Managementkapazitäten.

Als Teil des Projekts wurde eine Bedarfsanalyse durchgeführt, die für den Hochschulsektor unter anderem folgende zentrale *Handlungsbedarfe* identifizierte:

- *Curricula*: Neue Hochschulcurricula berücksichtigen bereits die gestiegene Bedeutung von Fremdsprachen und Sozialwissenschaften. Sie basieren auf dem Bewusstsein, dass Faktenwissen allein unzureichend ist, sind aber dennoch oft weiterhin überladen und thematisch fragmentiert, so dass den Lehrenden wenig Raum bleibt, die Studierenden zu kreativem Denken und Problemlösen anzuhalten. Der Schwerpunkt der Studiengangsentwicklung soll zukünftig von Fragen des Inputs auf die angestrebten Lernergebnisse verschoben werden.
- *Lehrmethoden*: Oft gelten noch immer die Studierenden als vorbildlich, die den Lehrstoff auswendig gelernt fehlerfrei wiederholen können. Weder deren Input noch Feedback wird gefordert. Es mangelt an Diskussion und Reflektion. Das Lehrpersonal wendet selten Methoden an, die die individuelle Entwicklung der einzelnen Studierenden anregen könnten.
- *Lehrmaterial und Ausstattung*: Bibliotheken und Labore sind oft in mangelhaftem Zustand. Es ist ein starkes Gefälle zwischen der Hauptstadt und anderen Städten zu verzeichnen.
- *Leistungsbewertung*: Leistungen werden nicht immer objektiv bewertet. Berichte zeigen, dass Begünstigung und Bestechung alltägliche Praxis sind.
- *Transparenz und Management*: Um Transparenz in Bezug auf Effizienz und Qualität universitärer Aktivitäten herzustellen, wird die Einführung eines Finanzcontrollings und von regelmäßigen Lehrevaluationen befürwortet.

Die positive Entwicklung des nationalen Bildungsbudgets in den letzten Jahren wird dem Reformprozess zugute kommen. Mit der Auflösung der Sowjetunion war das georgische *Budget für Bildung* zunächst wie weltweit kein anderes eingebrochen. Erst im Zuge des kontinuierlichen Anstiegs des Bruttosozialprodukts seit dem Regierungswechsel in 2004 erhöhen sich auch die Ausgaben für Bildung nachhaltig. Ihr Anteil stieg sprunghaft von 0,7 Prozent des Staatshaushaltes in 2005 auf 2,5 Prozent in 2006. Für 2007 sind Ausgaben für Hochschulbildung in Höhe von 38,5 Mio. GEL (ca. 14 Mio. €) vorgesehen (vgl. Tab. 2). Diese Summe entspricht knapp einem Zehntel des Budgets des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft. Für die Jahre 2008 bis 2010 ist ein jährlicher Anstieg des nationalen Hochschulbudgets um acht Mio. GEL (ca. 3 Mio. €) geplant. Im Jahr 2005 startete die Regierung außerdem das Programm „Rehabilitierung der Bildungseinrichtungen“. Hierfür stehen seit 2005 beträchtliche zusätzliche Mittel zur Verfügung mit steigender Tendenz bis 2010.

**Tabelle 2: Der Haushalt des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft**

	2004	2005	2006 be- stätigt	2007 ge- plant	2008 ge- plant	2009 ge- plant	2010 ge- plant
Ministerium für Bildung und Forschung (in Mio. GEL)	91,5	80,9	329,6	394,6	452,9	498,2	589,9
Prozent des Bruttosozial- produkts, davon (in Mio. GEL)	0,9	0,7	2,5	2,7	2,8	2,8	3,0
- Investitionen	12,3	15,5	80,5	90,8	108,3	118,8	124,1
- Hochschulen Institutionen	29,4	21,7	30,4	38,5	46,6	54,7	62,8
- Nationales Programm des Präsidenten “Rehabilitation of Education Institutions”		3,5	71,0	79,6	91,0	101,7	119,1
- Forschungsprogramm	26,1	20,1	19,1	21,0	29,0	39,2	45,2

Quelle: Ministerium der Finanzen: Basic Data and Directions 2007 – 2010.

Staatliche Hochschulmittel werden einer Hochschule heute zum einen in Abhängigkeit zu ihrer Studierendenzahl („Education Grant“) und zum anderen zweckgebunden für bauliche und infrastrukturelle Entwicklungsmaßnahmen zugewiesen. Die Finanzierung von Masterstudiengängen und Promotionsprogrammen erfolgt im Rahmen staatlicher Zuweisungen für Forschung („Research Grant“), die auf Wettbewerbsbasis unter den Universitäten verteilt werden. Die Einnahmen aus Studiengebühren können allerdings an den führenden staatlichen Universitäten die staatlichen Finanzzuweisungen deutlich übersteigen (Pachuašvili 2005). Weitere Finanzierungsquellen georgischer Hochschulen sind nach Artikel 79, Absatz 2 Georgisches Hochschulgesetz:

- Einnahmen aus unternehmerischer Tätigkeit, soweit konform mit der georgischen Gesetzgebung, und private Spenden,
- spezielle Regierungsprogramme, die die Beteiligung an Studiengängen fördern sollen, denen staatlicherseits Priorität zugewiesen wurde,
- Gelder aus anderen Ministerien als dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft,
- Spenden.

Eine Studie von Sharvashidze (2005) enthält für das Jahr 2001 differenzierte Informationen über *Einnahmen und Ausgaben* der wichtigsten georgischen Privathochschulen. Dieser Studie zufolge sind die von erfolgreichen Privathochschulen erwirtschafteten Überschüsse bislang gering (es wird eine Größenordnung von z.B. 30.000 US\$ im Jahr angegeben).

Momentan gibt es erst sehr wenige Drittmittelprojekte an den staatlichen Universitäten. Die *Georgian National Science Foundation (GNSF)*, 2005 auf der Grundlage eines Präsidentenerlasses gegründet, hat jedoch die Aufgabe, sowohl Fördermittel zu organisieren als auch internationale Kooperationsvereinbarungen anzubahnen. Sie fördert sowohl Grundlagenforschung als auch angewandte Forschung in den Natur- und Ingenieurwissenschaften und der Mathematik. Daneben soll sie Vorschläge für die Entwicklung einer nationalen Forschungspolitik ausarbeiten. Für Forschungsförderung im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften ist die Rustaveli-Foundation zuständig.

Für die Finanzierung von Forschungsprojekten hat des Weiteren das *International Science and Technology Centre (ISTC)* mit Sitz in Moskau eine wichtige Bedeutung. Es war Anfang der 1990er Jahre mit dem Ziel gegründet worden, Wissenschaftlern aus den GUS-Staaten, die im militärischen Bereich geforscht hatten, einen Neuanfang im zivilen Bereich zu ermöglichen. Es unterstützt Projekte, die in Zusammenarbeit mit Einrichtungen aus Ländern mit gut entwickelten Forschungssystemen durchgeführt werden. Die geförderten Projekte waren in den letzten Jahren vor allem den Lebenswissenschaften, der Materialkunde, den Umweltwissenschaften und der Physik zuzurechnen.

### 3.6 Hochschulrelevante Gesetzgebung

Das *Georgische Hochschulgesetz (GHG)* bildet das Kernelement der Hochschulgesetzgebung. Es trat 2004 in Kraft und enthält Vorgaben über die allgemeine Struktur und Ausrichtung des Hochschulsektors, hochschulpolitische Zuständigkeiten, die interne Organisation der Hochschulen, ihre Personalverwaltung und studentische Belange. Darüber hinaus legt es die Grundlage für eine umfassende Reform des Hochschulsystems in Bezug auf die Studienzulassung, die Studienstruktur und die Qualitätssicherung. Die Umsetzung dieser Maßnahmen wird teilweise von der Weltbank finanziert. Das GHG gilt prinzipiell für die staatlichen und privaten Hochschulen. Für private Hochschulen sind allerdings die Kapitel IV (Hochschulstruktur), V (Personal) und XIV (Grundstücke) nicht maßgeblich.

*Private Hochschulen* können gemeinnützig oder gewinnorientiert organisiert sein und benötigen eine Lizenz des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft, um ihre Tätigkeit aufzunehmen. Sie müssen – wie andere privatwirtschaftliche Einheiten auch – unter dem Gesetz „Law on Principles of Licensing and Issuing Permission for Entrepreneurial Activity“ gegründet werden, das zuletzt 2005 aktualisiert wurde. Staatliche oder lokale Selbstverwaltungsorgane können keine Gründer, Anteilseigner oder Mitglieder privater Hochschulen sein (Artikel 12 GHG). Die *Lizenzvergabe* durch das Ministerium ist in Artikel 57 ff. GHG geregelt. Einem Antrag sind folgende Dokumente beizufügen: die Satzung der zu gründenden Hochschule, die Curricula geplanter Studiengänge, Informationen über Anzahl und Qualifikationen des akademischen Personals, geschätzte Kosten

für den Studienbetrieb, Informationen über technische Ressourcen, Arbeitsplatzsicherung und sanitäre/hygienische Konditionen sowie eine Bankbescheinigung über das verfügbare Eigenkapital. Eine Entscheidung über die Lizenzvergabe soll innerhalb von drei Monaten nach Antragstellung fallen. Die Zahl der vom Ministerium zu vergebenden Lizenzen darf laut GHG nicht begrenzt werden.

Dem langjährigen Wildwuchs im privaten Hochschulsektor soll durch neue Maßnahmen der Qualitätssicherung nun ein Ende gesetzt werden. Die *institutionelle Akkreditierung* ist zwar nur für staatliche Hochschulen obligatorisch, entscheidet aber über das Recht, staatlich anerkannte Abschlüsse zu verleihen und staatliche Hochschulmittel für die Lehre zugewiesen zu bekommen. Zudem können lediglich Studierende akkreditierter Hochschulen staatliche Studien- und Forschungsstipendien in Anspruch nehmen. Die institutionelle Akkreditierung hat eine Laufzeit von fünf Jahren. Das Verfahren ist in Artikel 63 ff. GHG geregelt und umfasst einen Selbstbericht unter Mitwirkung der Studierenden, die externe Begutachtung und die Publikation der Ergebnisse. Es wird geprüft, ob eine Hochschule materielle (Bücher, Computer etc.), finanzielle und personelle Mindeststandards erfüllt. Sofern eine staatliche Hochschule zwei Mal hintereinander nicht akkreditiert werden kann, muss ihr Leitungsteam ausgewechselt und die Institution reorganisiert oder abgewickelt werden (Artikel 74.3 GHG).

Ab 2008 wird auch eine *Studiengangsakkreditierung* eingeführt (Artikel 71 GHG). Sie wird untersuchen, inwieweit in einem neuen Studiengang Studieninhalte, Lehr- und Lernmethoden, zu erbringende studentische Leistungen, die Verfügbarkeit von Lehrmaterialien und das Potential für eine Optimierung der Lehrqualität im Einklang stehen mit den verfolgten Lernzielen.

Die Erarbeitung spezieller *Regelungen für grenzüberschreitende Studienangebote* ausländischer Hochschulen ist vorgesehen. Über den Erlass von Regelungen für Doppeldiplom-Studiengänge soll erst nach Abschluss der strukturellen Reform des Hochschulsektors entschieden werden. Derzeit unterliegt die Einrichtung von Doppeldiplom-Studiengängen keinen besonderen Bestimmungen; die Hochschulen können selbständig mit ausländischen Partnern Vereinbarungen über die zusätzliche Vergabe ausländischer Studienabschlüsse treffen.

Georgien hat 1999 die multilaterale Lissabon-Konvention über die Anerkennung von Qualifikationen in der Hochschulbildung in Europa unterzeichnet. Auf dieser Grundlage kann die *Anerkennung von im Ausland erworbenen Studienleistungen* bei Kompatibilität ausländischer Studiengänge mit georgischen erfolgen. Für eine Zulassung von Bewerbern mit ausländischem Studienabschluss zu einem weiterführenden Studium sind die Hochschulen zuständig.

### 3.7 Bedarf an zusätzlichen (ausländischen) Studienangeboten

Der georgische Hochschulmarkt ist primär von qualitativen *Entwicklungsbedarfen* gekennzeichnet. Trotz einer hohen Studierneigung der Schulabgänger reichen die

von den staatlichen und privaten Hochschulen angebotenen Studienplätze aus, um praktisch allen Studierwilligen – wenn auch gegen teilweise hohe Gebühren – Zugang zum Hochschulsystem zu ermöglichen. Die Tatsache, dass es für die meisten Absolventen nicht einfach ist, eine Stelle zu finden, hat die hohe Studierneigung bisher aus Mangel an Alternativen zur Hochschulausbildung kaum beeinträchtigt.

Bevor vor kurzem die Hochschulzugangsprüfung reformiert wurde, konnten fast alle Abiturienten ein Studium aufnehmen. Einer Studie von Sharvashidze (2005) zufolge überstiegen die Bewerberzahlen an den privaten Hochschulen die Zahl der verfügbaren Studienplätze im Jahr 2001 nur leicht. In 2005 und 2006, als erstmals ein rein leistungsorientierter Zulassungstest für grundständige Studiengänge durchgeführt wurde, kam es dann aber zu einem politisch gewollten Rückgang der *Zulassungszahlen*: Im Vergleich zu den Vorjahren ging die Zahl der zugelassenen Studienbewerber um zunächst 15.000 und dann in 2006 um nochmals 10.000 zurück. Es ist davon auszugehen, dass diese Entwicklung noch einige Jahre anhalten wird, zumal ab 2009 ein neuer Zulassungstest auch für weiterführende Studiengänge eingeführt werden soll.

Vor diesem Hintergrund ist ein Bedarf an zusätzlichen (ausländischen) Studienangeboten mittelfristig bestenfalls in speziellen, besonders arbeitsmarkt- bzw. karriererelevanten *Nischen* auszumachen. Exemplarisch seien hier die Bereiche Informatik, Ingenieurwissenschaften oder Tourismus genannt. Die Ingenieurwissenschaften sind an den staatlichen georgischen Universitäten grundsätzlich noch nicht gut entwickelt. Im Bereich der für den Transformationsprozess besonders relevanten Wirtschaftswissenschaften sind bereits eine Reihe internationaler Studienangebote aufgebaut worden (in Kooperation vor allem mit amerikanischen Hochschulen, vgl. Abschnitt 3.8). Zusätzliche hochwertige und gebührenpflichtige Studienangebote wären in erster Linie für sehr gute Absolventen des Zulassungstests – die ein staatliches Stipendium erhalten – bzw. zahlungskräftige Familien interessant.

Finanzstarke Familien haben allerdings auch die Option, ihre Kinder zum *Studium ins Ausland* zu senden. Derzeit betrifft dies allerdings nur wenige Prozent der insgesamt über 140.000 georgischen Studierenden. Im Weiteren soll aufgezeigt werden, welche Studienländer und -fächer Auslandsstudierende wählen, um Anhaltspunkte über Präferenzen georgischer Studierender in Bezug auf ausländische Studienangebote zu erhalten.

Deutschland ist mit Abstand das wichtigste *Zielland* mobiler georgischer Studierender (vgl. Tabelle 3). In 2005/06 waren rund 3.200 mobile georgische Studierende an deutschen Hochschulen immatrikuliert, was etwa der Hälfte aller georgischen Studierenden entspricht, die im Ausland einen Abschluss erwerben möchten. Seit einigen Jahren gibt es ein staatliches Stipendienprogramm, das die Teilnahme an Masterstudiengängen und wissenschaftlicher Weiterbildung im Ausland fördert. Im Studienjahr 2005/2006 beispielsweise gingen 12 der insgesamt 33 Studierenden mit einem solchen „Präsidentenstipendium“ an eine Hochschule

bzw. eine Forschungseinrichtung in Deutschland. Wie Tabelle drei zeigt, hat Deutschland in den letzten Jahren seinen Vorsprung gegenüber Russland als zweitwichtigstem Zielland mobiler Studierender deutlich ausgebaut. Während die Zahl der Georgier, die zum Studium nach Russland gehen, stagniert, hat sich die Zahl derjenigen, die nach Deutschland kommen, in den vergangenen fünf Jahren mehr als verdoppelt.

**Tabelle 3: Die zehn wichtigsten Zielländer mobiler georgischer Studierender (Ranking nach den Werten für 2004)**

Zielländer	Studierende			
	2001	2002	2003	2004
1. Deutschland	1.477	2.033	2.551	3.000
2. Russische Föderation	1.397	1.280	1.409	1.357
3. Armenien	n.v.	n.v.	718	932
4. USA	285	345	377	373
5. Frankreich	98	146	205	275
6. Türkei	133	134	139	143
7. Aserbeidschan	226	403	120	90
8. Großbritannien	64	64	61	80
9. Kasachstan	11	n.v.	4	79
10. Griechenland	n.v.	37	54	55

n.v.= Daten nicht verfügbar.

Quelle: UNESCO Institute for Statistics 2007.

Es bleibt allerdings abzuwarten, ob und inwieweit die Attraktivität deutscher Hochschulen durch die zunehmende Einführung von *Studiengebühren* beeinflusst werden wird. Im Fall der USA und Großbritanniens sind hohe Studiengebühren dafür ausschlaggebend, dass diesen Ländern nur eine geringe Bedeutung für die Mobilität georgischer Studierender zukommt. Die Einführung von Studiengebühren in Deutschland kann einerseits dazu führen, dass die Mobilität aus Georgien zurückgeht, parallel hierzu aber auch zur Folge haben, dass – als Alternative zum Auslandsstudium in Deutschland – gebührenpflichtige deutsche Studienangebote in Georgien an Attraktivität gewinnen.

Die relativ hohe Zahl von Studierenden aus Georgien an armenischen Hochschulen ist dadurch zu erklären, dass junge Menschen aus dem südgeorgischen Landesteil Javakheti, der fast ausschließlich von Armeniern bewohnt wird, wegen mangelnder georgischer Sprachkenntnisse kaum Chancen haben, in Georgien selber einen Studienplatz zu bekommen.

Die ganz überwiegende Mehrheit der georgischen Studierenden in *Deutschland* (80 %) absolviert ein grundständiges Studium (vgl. Tabelle 4).



**Tabelle 4: Bildungsausländer-Studierende aus Georgien in Deutschland 2003/04 und 2005/06**

Fächergruppen / Studienbereiche	Erststudium		Weiterführendes Studium		Promotions- studium		o. angestrebten Abschluss		Studium insgesamt	
	WS 2005/06	WS 2003/04	WS 2005/06	WS 2003/04	WS 2005/06	WS 2003/04	WS 2005/06	WS 2003/04	WS 2005/06	WS 2003/04
Sprach- und Kulturwiss.	1.306	1.150	220	161	27	18	21	51	1.574	1.380
Rechts-, Wirtsch.- u. Sozialwiss.	582	533	137	95	25	19	12	10	756	657
Mathematik, Naturwiss.	307	336	51	49	18	15	4	5	380	405
Kunst, Kunstwiss.	123	101	34	40	1	1	8	8	166	150
Ingenieurwiss.	120	149	18	15	4	3	7	3	149	170
Humanmedizin/ Gesundheitswiss.	88	82	23	12	10	5	2	2	123	101
Agrar-, Forst- u. Ernährungswiss.	24	19	19	8	-	-	-	-	43	27
Veterinärmedizin	1	1	-	-	-	-	-	-	1	1
Sport	9	4	1	-	-	-	4	-	14	4
Außerhalb der Studienbereichs- gliederung	4	2	-	3	-	-	-	2	4	7
Fächergruppen insgesamt	2.564	2.377	503	383	85	61	58	81	3.210	2.902

Quelle: Statistisches Bundesamt, HIS-Berechnungen.

Die Zahl der Masterstudierenden und Doktoranden in Deutschland verzeichnet allerdings hohe Wachstumsraten (bis zu 30 % im Jahr). Das mit Abstand beliebteste Studienfach ist Germanistik; es wird von rund einem Viertel der georgischen Studierenden in Deutschland belegt. An zweiter Stelle folgen die Wirtschaftswissenschaften. Ihre Studierendenzahl liegt allerdings um zwei Drittel unter der Zahl der Studierenden in der Germanistik.

Anders als in Deutschland belegt über die Hälfte der georgischen Studierenden in den USA einen weiterführenden Studiengang (inkl. Promotion, vgl. Tab. 5). Lediglich rund ein Drittel absolviert ein Erststudium. Die Nachfrage auf diesem Niveau ist zudem rückläufig, wohingegen die Nachfrage nach weiterführenden Studiengängen wächst. Eine Aufschlüsselung der von georgischen Studierenden in den USA belegten Fächer ist leider nicht erhältlich.

**Tabelle 5: Studierende aus Georgien in den USA**

	2004/05		2005/06		Veränderung 2004/05-2005/06 in Prozent
	Absolut	In %	Absolut	In %	
Erststudierende	128	37,6	120	35,0	-6,3
Graduierte	188	55,3	193	56,3	+2,7
Andere	24	7,1	30	8,7	+25,0
Gesamt	340	100,0	343	100,0	+0,9

Quelle: Chin, Hey-Kyung Koh 2006 und 2007.

Für die Nachfrage nach zusätzlichen (ausländischen) Studienangeboten ist auch die Präsenz *ausländischer Studierender* in Georgien von Bedeutung. Das Land vergibt maximal zehn Prozent der vorhandenen Studienplätze an ausländische Bewerber. Bislang machen hiervon vor allem Studierende aus der Türkei, Russland, Aserbaidshjan und Turkmenistan Gebrauch (vgl. Tabelle 6). Zulassungsvoraussetzung ist ein erfolgreiches Interview an der Hochschule und der Nachweis, dass ein Studium im Heimatland möglich wäre; eine Teilnahme an der nationalen Hochschulzugangsprüfung ist nicht erforderlich. Es gibt inzwischen einige Studienangebote, die vollständig in englischer Sprache durchgeführt werden (z.B. Black Sea University, Caucasus Business School, State Medical University, TSU/International School of Economics, TSU/Center for Social Science).

**Tabelle 6: Die zehn wichtigsten Herkunftsländer internationaler Studierender in Georgien (Ranking nach Zahl der Studierenden 2005)**

Herkunftsländer	Studierende			
	2002	2003	2004	2005
1. Türkei	n.v.	57	87	83
2. Russische Föderation	n.v.	n.v.	3	16
3. Indien	29	1	6	15
4. USA	n.v.	n.v.	3	14
5. Pakistan	81	4	n.v.	4
6. Turkmenistan	267	n.v.	1	3
7. Deutschland	2	1	43	2
8. Iran	1	2	n.v.	2
9. Aserbeidschan	n.v.	352	293	n.v.
10. China	1	n.v.	2	n.v.

n.v.= Daten nicht verfügbar.

Quelle: UNESCO Institute for Statistics 2007.

### 3.8 Präsenz und Profil ausländischer Studienanbieter

Aus praktisch allen großen westlichen *Ländern*, die im Studienexport aktiv sind, sind Hochschulen am Ausbau des georgischen Studienangebots beteiligt. Amerikanische und französische Hochschulen sind besonders stark vertreten, aber auch deutsche Hochschulen sind zunehmend präsent. Daneben spielen britische Hochschulen eine gewisse Rolle. Von deutscher Seite sind namhafte Hochschulen vertreten. Aus anderen Ländern engagieren sich oftmals Hochschulen, die in ihrer Heimat als Institutionen „der zweiten Reihe“ einzustufen sind. Die ausländischen Hochschulen arbeiten sowohl mit staatlichen als auch mit privaten georgischen Universitäten bei der Organisation von Doppeldiplom-Studiengängen zusammen oder unterstützen junge, international ausgerichtete georgische Privathochschulen in ihrer akademischen Entwicklung. Im Bereich der Aufbauhilfe für Privathochschulen, die Betriebswirte und Juristen ausbilden, dominieren amerikanische Hochschulen.

Studiengänge, deren Absolventen ausschließlich ausländische Studienabschlüsse erhalten und die vor Ort eigenständig von ausländischen Hochschulen durchgeführt werden, sind unüblich, und es gibt auch keine Außenstellen ausländischer Hochschulen (also Hochschulen in Georgien, die sich vollständig im Eigentum einer ausländischen „Mutterhochschule“ befinden würden). Die ausländischen Hochschulen sind nicht am Grundkapital der von ihnen unterstützten Privathochschulen beteiligt. Sie bringen mit finanzieller Hilfe internationaler Geber lediglich

akademische Expertise in den Aufbau neuartiger Studienangebote ein. Es existieren somit keine rein ausländischen, aber eine Reihe international-kooperativer Studienangebote. Für diese Studienangebote werden in der Regel kostendeckende Studiengebühren erhoben.

Die Einrichtung von *Doppeldiplomstudiengängen* nimmt in letzter Zeit zu. Die Iwane Dschawachischwili Universität (TSU) wie auch die Ilia Chavchavadze State University bereiten zusammen mit verschiedenen internationalen Partnern Studiengänge mit Doppelabschlüssen vor (überwiegend Masterstudiengänge). Unter den privaten georgischen Hochschulen bietet die Caucasus University Doppeldiplomstudiengänge in Zusammenarbeit mit ihrer amerikanischen Partnerhochschule und einer französischen Hochschule an (s. auch unten). Als der georgische Bildungsminister im November 2006 Deutschland besuchte, wurden mit verschiedenen deutschen Hochschulen Möglichkeiten zur Einrichtung von Doppeldiplomstudiengängen erörtert.

Einer der ersten Studiengänge, die zu einem *internationalen Abschluss* führen, ist seit dem Wintersemester 2007/08 ein vom DAAD geförderter deutschsprachiger Studiengang in Deutschem Recht, Völker- und Europarecht des Instituts für Ostrecht der Universität Köln, der an der Staatlichen Iwane Dschawachischwili Universität (TSU) durchgeführt wird. Seit Sommer 2007 unterstützt daneben die VolkswagenStiftung den Fachbereich Elektrotechnik und Informationstechnik der Technischen Universität Kaiserslautern darin, an der Faculty of Power Engineering and Telecommunication der Georgian Technical University Laboratorien und Lehrpläne für Studieneinheiten aus dem Themenfeld eingebettete Systeme (Elektrotechnik) einzurichten.

Unter den international ausgerichteten Privathochschulen in Georgien befinden sich einige, die nicht von ausländischen Partnerhochschulen unterstützt, sondern lediglich von ausländischen Gebern finanziert werden. Im Rahmen der vorliegenden Studie konnten vier georgische Privathochschulen identifiziert werden, die in ihrer Entwicklung von ausländischen Hochschulen unterstützt werden. In einem dieser Fälle sitzt die Partnerhochschule in Deutschland. Die älteste der vier *von ausländischen Partnerhochschulen unterstützten georgischen Privathochschulen* ist die European School of Management (ESM). Die weiteren drei aus dem Ausland unterstützten Hochschulen sind deutlich jünger: Die von deutscher Seite unterstützte IB Euro-Caucasian University of Tbilisi war 2003 als Euro Caucasian University for Interdisciplinary Studies gegründet worden. Im Weiteren kamen die Caucasian University und die Georgian American University hinzu. Mit Ausnahme der heute teilweise im Eigentum der IB-Hochschule Berlin befindliche IB Euro-Caucasian University of Tbilisi sind diese Hochschulen 2006 akkreditiert worden. Die Nicht-Erfüllung der Anforderungen für eine Akkreditierung durch die IB Euro-Caucasian University ist nicht als Indiz für qualitative Mängel ihrer Studienangebote anzusehen. Die Lehrsprache an den vier Hochschulen ist Georgisch, einzelne Fächer werden zudem auf Englisch bzw. auf Deutsch (ESM und IB Euro-

Caucasian University of Tbilisi) unterrichtet, und es gibt unterschiedliche Anteile internationaler Studierender. Die Zulassung von Erststudierenden erfolgt über den landesweiten Hochschulzugangstest. Im Weiteren werden die vier genannten Privathochschulen näher vorgestellt.

Die *European School of Management (ESM)* wurde als eine der ersten georgischen Privathochschulen 1992 gegründet. ESM International – ein Zusammenschluss europäischer Management-Hochschulen mit Sitz in Sevilla – hält 20 Prozent des Gründungskapitals. 60 Prozent des Gründungskapitals wurden von der Tbilisi Business School zur Verfügung gestellt und 20 Prozent von einem Zusammenschluss georgischer Verbraucherverbände (Sharvashidze 2005). Ihre Entwicklung wurde von der amerikanischen Entwicklungszusammenarbeit (USAID), der Soros Foundation und der Eurasia Foundation finanziell gefördert. Heute sind Studiengebühren ihre wesentliche Finanzierungsquelle. Der akademische Aufbau wird von der *ESMAvignon*, den *Berufsakademien Mosbach und Karlsruhe*, der amerikanischen *Preston University* (ESM ist ein an die Preston University angebundener Campus) und der *London Business School* unterstützt. Es werden betriebswirtschaftliche Bachelor- und Masterstudiengänge angeboten, die zu europaweit anerkannten ESM-Abschlüssen oder amerikanischen Abschlüssen führen. Die Hochschule hat heute knapp 300 Studierende in grundständigen und 65 Studierende in weiterführenden Studiengängen. Sie beschäftigt 30 vollzeitliche und 52 teilzeitliche Lehrkräfte. Die Studiengebühren belaufen sich auf über 1.000 € pro Semester für einen Bachelorstudiengang und auf rund 6.000 € für einen kompletten Masterstudiengang. Es werden umfangreiche Deutsch-Sprachkurse (u.a. Business Deutsch) angeboten. Für deutschsprachige Studierende gibt es auf Bachelorniveau die Möglichkeit, in den letzten beiden Studienjahren nach Vorbild der Berufsakademien dual zu studieren. Die Entwicklung dieses dualen Studienangebots wurde bis 2003 von der GTZ gefördert.

Im Jahr 2007 ist der in Frankfurt am Main ansässige Internationale Bund – ein freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit – Mitgesellschafter der bereits 2003 unter deutscher Beteiligung gegründeten privaten Euro Caucasian University for Interdisciplinary Studies geworden. Daraufhin wurde diese Hochschule in *IB Euro-Caucasian University of Tbilisi* umbenannt. Die IB Euro-Caucasian University befindet sich zu 50 Prozent in deutscher Trägerschaft. Der Rektor der IB Euro-Caucasian University ist gleichzeitig Rektor der IB-Hochschule in Berlin, einer staatlich anerkannten privaten Fachhochschule, die ebenfalls 2007 ihre Arbeit aufgenommen hat. Die IB-Hochschule in Tbilissi, an der ca. 300 Studierende eingeschrieben sind, hat vier Fakultäten: Kunst und Architektur, Betriebswirtschaft, Human- und Sozialwissenschaften sowie Gesundheitswissenschaften. Ihre Studierenden sollen die Möglichkeit erhalten, Praktika in Deutschland durchzuführen. Entsprechend dem Profil des Internationalen Bundes wird die Hochschule aller Voraussicht nach den Schwerpunkt auf die Entwicklung der gesundheitswissenschaftlichen Fakultät legen. Dort werden praxisbezogene dreijährige Bache-

lorstudiengänge in Physiotherapie, Logopädie, Ergotherapie und Krankenpflege sowie Weiterbildungen für Berufstätige im Gesundheitswesen angeboten. Die IB-Euro Caucasian University hat bislang keine Akkreditierung erhalten. Die Hochschulleitung klagt gegen den georgischen Akkreditierungsrat wegen Verfahrensfehlern und rechnet mit einer baldigen Revision der Entscheidung.

Im Jahr 2004 entstand die *Caucasus University* als Weiterentwicklung der *Caucasus School of Business (CSB)*. Die *Caucasus School of Business* war 1998 in gemeinsamer Trägerschaft dreier staatlicher georgischer Einrichtungen (Staatliche Iwane Dschawaschwili Universität, Georgian Technical University, Tbilisi State Institute of Economic Relations) an der Staatlichen Iwane Dschawaschwili Universität eingerichtet worden. Ihr Aufbau erfolgte in enger Zusammenarbeit mit dem Business College der *Georgia State University* (Atlanta, USA). Diese Kooperation erhielt finanzielle Unterstützung von der Eurasia Foundation und der United States Information Agency (USIA). Die CSB entwickelte betriebswirtschaftliche Bachelor- und Masterstudiengänge mit einer Reihe unterschiedlicher Spezialisierungen und je einem Doppeldiplom (Bachelor mit der amerikanischen Partneruniversität bzw. Master mit der *Grenoble Graduate School of Business*) sowie ein Promotionsprogramm. Die regulären Studiengebühren belaufen sich an der CSB auf fast 1.000 € pro Semester für Bachelorstudiengänge bzw. 400 US\$ pro Kurs innerhalb eines Masterstudiengangs. Für den Doppeldiplom-Bachelor fallen nahezu 2.500 € pro Semester an, und für den kompletten Doppeldiplom-Masterstudiengang müssen in Georgien eingeschriebene Studierende über 10.000 € Studiengebühren entrichten. Mit der Entwicklung der CSB zur *Caucasus University* wurde das ursprüngliche Studienangebot um Bachelor- und Masterstudiengänge in Jura erweitert, die ebenfalls von der amerikanischen *Georgia State University* unterstützt werden. In 2007 sind zudem Bachelor- und Masterstudiengänge in Medienwissenschaften neu eingerichtet worden. Die Studiengebühren liegen jeweils bei fast 1.000 € pro Bachelorsemester bzw. 6.000 US\$ für einen kompletten Masterstudiengang. Ungefähr 100 Dozenten sind 2007 an der *Caucasus University* beschäftigt.

Die *Georgian American University (GAU)* in Tbilissi ist wie die *Caucasus University* auf juristische und betriebswirtschaftliche Studiengänge spezialisiert und ist ebenfalls aus einer kleineren Einrichtung hervorgegangen. Ihre Vorläuferinstitution gehörte allerdings nicht dem betriebswirtschaftlichen, sondern dem juristischen Sektor an. Sie war eine Law School, die auf Initiative einer georgischen MBA-Auslandsstudierenden in den USA hin in Georgien eingerichtet worden war. Ein bekannter amerikanischer Anwalt unterstützte die georgische MBA-Studentin dann darin, eine amerikanische Partnerhochschule für den Aufbau einer eigenständigen Universität zu finden. Die Finanzierung für die Gründung der aus dieser Zusammenarbeit entstandenen GAU wurde von einem Konsortium aus amerikanischen und georgischen Investoren sichergestellt. Die GAU hat im Wintersemester 2005 erstmals Studierende in reguläre Studienangebote aufgenommen.

Der Aufbau ihrer zwei Fakultäten wird von einer amerikanischen und einer kanadischen Hochschule unterstützt: Die juristische Fakultät ist an die *American University in Washington* angebunden und die betriebswirtschaftliche Fakultät an die *St. Mary's Sobey Business School in Halifax*, Nova Scotia, Kanada. Die GAU sucht den Informationen auf ihrer Homepage zufolge zusätzlich Partnerhochschulen aus Europa, die ihre Erfahrung in den Hochschulaufbau einbringen möchten. Neben Bachelor- und Masterstudiengängen in Recht und Betriebswirtschaft wird derzeit nur in Jura auch eine Promotionsmöglichkeit angeboten. Für die Betriebswirtschaft ist ein Promotionsangebot geplant. Die Studiengebühren betragen zwischen 900 und 1.500 € pro Semester.

### 3.9 Zuständigkeiten

Staatliche Vorgaben für ausländische Hochschulaktivitäten in Georgien bestehen zurzeit nicht, sollen aber im weiteren Verlauf der Reform des Hochschulsektors entwickelt werden. Das Verhältnis zwischen der Regierung und den Hochschulen wurde in den vergangenen 15 Jahren weitgehend dereguliert. Seit der Unabhängigkeit Georgiens genießen die georgischen Universitäten formal institutionelle Autonomie. Sie erwirtschaften eigene Einnahmen, und die bürokratische Kontrolle durch das nationale Bildungsministerium ist weitgehend zurückgenommen worden. Die landesweiten gesetzlichen Rahmenvorgaben für das Angebot von Studiengängen sind relativ offen gehalten. Da sie teilweise bislang noch wenig erprobt sind, besteht allerdings eine Unsicherheit in Bezug auf ihre Umsetzung in die Praxis.

Die Einrichtung von Doppeldiplom-Studiengängen kann derzeit unabhängig von speziellen staatlichen Regelungen mit georgischen Partnern vereinbart werden. Für die Zulassung von Studierenden zu solchen Studienangeboten ist allerdings der landesweite Hochschulzugangstest relevant, und es müssen in Zukunft Vorgaben für die Studiengangsakkreditierung berücksichtigt werden. Daneben muss davon ausgegangen werden, dass Bestechungsgelder im Studienalltag immer noch eine Rolle spielen können. Ein allgemeines Problem im Hinblick auf deutsche Hochschulaktivitäten in Georgien stellt die Tatsache dar, dass viele Informationen der Hochschulen und des Bildungsministeriums nur in georgischer Sprache verfügbar sind und der Zugang zu georgischen Internetseiten zeitweilig unterbrochen sein kann.

Auch die akademische Unterstützung einer georgischen Privathochschule bei der Studiengangsentwicklung kann individuell zwischen den Partnern bzw. in Abstimmung mit internationalen Gebern gestaltet werden. Die Einrichtung einer deutschen Privathochschule würde im Prinzip den gleichen Bestimmungen unterliegen wie die Einrichtung nationaler Privathochschulen. Das heißt, dass eine Gründung unter dem Unternehmensgesetz, eine Zulassung (Lizenzvergabe) durch das Bildungsministerium sowie eine Akkreditierung erfolgen müssten.

Das Akkreditierungswesen für bestehende Hochschulen ist noch jung. Die Zuständigkeit für die institutionelle Akkreditierung und die zukünftig geplante Studiengangskkreditierung ist im März 2006 dem neu gegründeten, nicht staatlichen National Centre of Education Accreditation (NCEA) übertragen worden. Bis dahin war die nationale Akkreditierungsinstanz innerhalb des Bildungsministeriums angesiedelt. Die Website des NCEA steht bislang ausschließlich auf Georgisch zur Verfügung. Er soll zukünftig mit dem Centre for Academic Recognition and Mobility (Georgian ENIC) zu einem Georgian Center for Educational Accreditation and Academic Recognition zusammengelegt werden (Georgia – National Action Plan for Recognition 2007) und ist für alle Bildungsbereiche zuständig. Seine Aufgaben umfassen im Einzelnen:

- die Anpassung von Institutionen und ihren Studiengängen an internationale Standards und Regeln,
- die Durchführung von Akkreditierungsverfahren,
- die Registrierung von akademischem Personal und Studierenden,
- die Organisation von Weiterbildungen, Workshops und Konferenzen zum Thema Qualitätssicherung und Akkreditierung,
- die Verbreitung aktueller Informationen und die Veröffentlichung relevanter Materialien.

Die Aufnahmeprüfungen für grundständige und weiterführende Studiengänge werden durch ein nationales Prüfungszentrum – das 2002 gegründete National Assessment and Examination Centre (NAEC) – koordiniert. Die Teilnahme an den Aufnahmeprüfungen ist für alle akkreditierten Hochschuleinrichtungen verpflichtend und stellt die Entscheidungsgrundlage für die Vergabe staatlicher Stipendien dar (GHG, Artikel 53, 7).

Für die kontinuierliche Qualitätssicherung in der Lehre ist die Einrichtung eines *State Quality Assurance Board* geplant. Daneben richten die einzelnen Hochschulen Servicestellen für die Qualitätssicherung ein.

Die Georgia National Science Foundation (GNSF) und die Rustaveli-Foundation sind die nationalen Forschungsförderungsorganisationen. Sie führen seit 2005 Ausschreibungen für Forschungsprojekte, Nachwuchsförderung, Reisestipendien, Ausstattungsbeihilfen und Bibliotheksmittel durch, teilweise in Kooperation mit anderen (internationalen) Organisationen.

### **3.10 Gesamteinschätzung**

Georgien ist ein junger Staat, dessen politisches und wirtschaftliches System sich nach einer schwierigen Transformationsphase in den 1990er Jahren immer noch im Konsolidierungsprozess befinden. Eine zentrale Rolle für die erfolgreiche weitere Entwicklung des Landes kommt dem Hochschulsektor zu, da seine Absolventen maßgeblich zur Konsolidierung von Demokratie und Marktwirtschaft bei-

tragen können. Vor dem Hintergrund der finanziellen Notlage des Staats nach der Unabhängigkeit wurde Anfang der 1990er Jahre die Einrichtung von Privathochschulen zugelassen. Auf diese Weise konnte der Aufbau neuer Studiengänge vor allem in Betriebswirtschaft und Jura eingeleitet und fast allen erfolgreichen Sekundarschulabgängern ein Studienplatz verfügbar gemacht werden. Parallel kam es zur Einführung von Studiengebühren, die sich rasch auch an den staatlichen Universitäten ausbreiteten. Infolge mangelnder staatlicher Regelungskompetenz und verbreiteter Korruption verlief die weitere Entwicklung des Hochschulsektors bis vor wenigen Jahren weitgehend chaotisch.

Erst 2004 wurde ein modernes Hochschulgesetz verabschiedet, und 2005 trat Georgien dem Bologna-Prozess bei. Vor allem seit der Staat nach dem letzten Regierungswechsel 2004 deutlich an finanzieller Handlungsfähigkeit gewonnen hat, wird die systematische Reform des Hochschulsektors nun mit Hilfe von Mitteln der Weltbank und einer Vielzahl weiterer internationaler Geber intensiv vorangetrieben. Man möchte die Studienzulassung und Studienverläufe unabhängig von Bestechungsgeldern machen, landesweite Mindeststandards im Hinblick auf die Qualität privater und staatlicher Studienangebote durchsetzen und die Lehre verstärkt darauf ausrichten, dass die Studierenden zum Treffen selbständiger und reflektierter Entscheidungen befähigt werden. Überdies soll die Forschung an den Hochschulen ausgebaut werden, und es werden neue Verfahren der staatlichen Hochschulfinanzierung eingeführt.

Aufgrund der Existenz eines gut ausgebauten Privathochschulsektors gibt es keinen Mangel an Studienplätzen. Ein Bedarf an Aktivitäten ausländischer Hochschulen vor Ort besteht im Wesentlichen in Bezug auf den Aufbau bisher im Land nicht existenter Studienfächer aus modernen Fachgebieten und die Weiterentwicklung bestehender Studiengänge. Die besten Aussichten darauf, sich aus Studiengebühren selber tragen zu können, haben Studiengänge, die gute Karriere- und Verdienstmöglichkeiten versprechen. Die Studiennachfrage sehr guter Absolventen des Hochschulzulassungstests – die ein staatliches Studienstipendium erhalten – oder zahlungskräftiger Familien konzentriert sich weitgehend auf betriebswirtschaftliche, juristische und sozialwissenschaftliche Studienangebote.

Der Aufbau wirtschafts- bzw. betriebswissenschaftlicher Studiengänge wird bereits von vielfältigen nationalen und internationalen Trägern vorangetrieben. Deutsche Studienangebote wären aber beispielsweise im Bereich der Juristenausbildung sinnvoll. Trotz bereits bestehender Kooperationen könnte ein starkes deutsches Studienangebot vor Ort für georgische Studierende attraktiv sein. Aufgrund ausgezeichneter Karriere- und Verdienstmöglichkeiten drängen viele der besten Schulabsolventen in diese Fachrichtung. Ferner ist zu berücksichtigen, dass die Reform des georgischen Rechtssystems bis heute maßgeblich von Deutschland unterstützt wird. Durch die intensive deutsch-georgische Kooperation im Rechtsbereich gibt es ein beachtliches Potenzial an gut qualifizierten georgischen Lehrenden mit hervorragenden Sprachkenntnissen. Für die Entwicklung des Landes

von Bedeutung sind des Weiteren die Fächer Architektur/Raumplanung, Bauingenieurwesen, Verkehrstechnik, Lebensmitteltechnologie und Tourismus.

In Bezug auf die Modernisierung bzw. Qualitätssicherung bestehender Studienangebote ist die Weiterqualifikation der Dozenten bzw. die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses von besonderer Bedeutung. Die zur Zeit noch geringe Präsenz deutscher Hochschulen vor Ort steht im Gegensatz zu der wichtigen Rolle, die Deutschland als zweitwichtigstes Geberland der Entwicklungszusammenarbeit für die Unterstützung der allgemeinen Entwicklung des Landes spielt. Sollte die Vorrangstellung amerikanisch und französisch orientierter Studienangebote vor Ort weiter ausgebaut werden, könnte dies auf mittlere Sicht dazu führen, dass für Deutschland als akademisches Partnerland nur noch eine Nischenfunktion verbleibt.

Ausländische – vor allem amerikanische und französische – Hochschulen sind in Georgien in Form einer Zusammenarbeit mit einheimischen Hochschulen oder Hochschulträgern präsent; der Import ausländischer Studiengänge oder Außenstellen ausländischer Hochschulen spielen derzeit keine Rolle. Die zur Zeit noch geringe Präsenz deutscher Hochschulen vor Ort steht im Gegensatz zu der wichtigen Rolle, die Deutschland als zweitwichtigstes Geberland der Entwicklungszusammenarbeit für die Unterstützung der allgemeinen Entwicklung des Landes spielt. Es gibt aber gute Ausgangsvoraussetzungen dafür, um zum Beispiel die Beteiligung an gebührenpflichtigen (Doppeldiplom-)Studiengängen vor Ort auszubauen. Die deutsch-georgischen Beziehungen im kulturellen Bereich sind traditionell eng. Deutsch ist als Fremdsprache verbreitet, und es bestehen bereits umfangreiche Hochschulpartnerschaften. Die Nähe Georgiens zu Deutschland kommt darüber hinaus vor allem auch dadurch zum Ausdruck, dass Deutschland weit vor Russland das wichtigste Zielland georgischer Studierender im Ausland ist. Infolge der Einführung von Studiengebühren an deutschen Hochschulen gewinnen deutsche gebührenpflichtige Studiengänge vor Ort für georgische Studieninteressenten gegenüber einem Auslandsstudium an Attraktivität. Ein weiterer Aspekt, der für einen Ausbau der Präsenz deutscher Hochschulen spricht, ist das gute akademische Niveau vor allem der staatlichen georgischen Universitäten bzw. die teilweise sehr gute wissenschaftliche Kompetenz an außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Akademie der Wissenschaften. Hochwertige internationale Studienangebote können zudem auch einer Studiennachfrage aus den Nachbarländern Georgiens entgegenkommen. Aus Sicht der georgischen Politik können ausländische Studienangebote vor Ort dazu beitragen, den durch Auslandsstudium verursachten Brain Drain zu verringern. Last but not least könnten unter Beteiligung deutscher Hochschulen in Georgien organisierte Studiengänge einigen Georgiern, die ihr Studium in Deutschland absolviert haben, attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten in ihrem Heimatland eröffnen.

Den umfangreichen Argumenten, die für eine Ausweitung des Engagements deutscher Hochschulen in Georgien sprechen, stehen nur wenige Rahmenbedin-

gungen gegenüber, die als hinderlich einzustufen sind, insbesondere sprachliche Hürden und die Tradition der Korruption. Die Proteste gegen die Regierung Saakaschwili im November 2007 haben zudem gezeigt, dass die positive politische und wirtschaftliche Entwicklung Georgiens der letzten Jahre kurzfristige Rückschläge erleiden kann.

Insgesamt stellt Georgien mit seiner vergleichsweise geringen Einwohnerzahl einen sehr kleinen Hochschulmarkt mit einer begrenzten Finanzkraft dar. Sofern sich die finanzielle Situation des Staates und der privaten Haushalte weiterhin verbessert, wird aber auch die zahlungskräftige Nachfrage nach ausländischen Studienangeboten weiter zunehmen. Bildung genießt in der georgischen Gesellschaft einen außerordentlich hohen Stellenwert, und es gibt eine hohe Bereitschaft, in gute (d.h. aus georgischer Sicht ausländische) Bildungsangebote zu investieren.

## Literatur

- AYEG (Association of Young Economists of Georgia), GYLA (Georgian Young Lawyers' Association) and TI (Transparency International – Georgia) (2001): Results of the Civil Monitoring of Expenditures Spent in 2001 by Ministry of Education, State Department of Youth Affairs and Georgia's Road Fund. (Unveröffentlichter Projektbericht).
- Bundesagentur für Außenwirtschaft (Bfai) (2007): Gutes Investitions- und Gründungsklima in Georgien. Datenbank „Länder und Märkte“, Artikel vom 03.04.2007. Internet: URL: <http://www.bfai.de> 2007.
- Blumbach, Wolfgang (2005): „Wissenschaftstransfer zwischen Georgien und Deutschland am Beispiel der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes“. In: Schröder, Bernd (Hg.): Georgien – Gesellschaft und Religion an der Schwelle Europas. (Annales Universitatis Saraviensis, Philosophische Fakultäten, Bd. 24). St. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag, S. 213-216.
- Chin, Hey-Kyung Koh (Hg.) (2006) (2007): Open Doors. Report on International Educational Exchange. New York: Institute of International Education.
- Christophe, Barbara (2005): „Kultur der Korruption? Anmerkungen zur politischen Ordnung in Georgien“. In: Schröder, Bernd (Hg.): Georgien – Gesellschaft und Religion an der Schwelle Europas. (Annales Universitatis Saraviensis, Philosophische Fakultäten, Bd. 24). St. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag, S. 33-46.
- CIA (2005): CIA World Factbook. Internet: URL: <http://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/gg.html>.
- Dolidze, Ana (2007): „A Closer Look at the Progress of Reform in Georgia“. In: Economic Reform Feature Service (Center for International Private Enterprise) March 31.
- Eberhardt, Jürgen (2006): Mobilität und Anerkennung – Zur Anerkennung georgischer Bildungsnachweise in Deutschland. In: Alexander von Humboldt Stiftung (AvH) (Hg.): Georgien – Postsowjetische Umbrüche und Hoffnungen auf Europa. (Arbeits- und Diskussionspapier 6/2006). Bonn: AvH, S. 15-17.

- Erdmann, Karl-Heinz und Bernhagen, Daniel (2001): „Georgien“. In: Geographische Rundschau, 53. Jg., H. 11, S. 62-65.
- Eurasia Foundation (2003): Situational Analysis of the Higher Education System of Georgia. Unveröffentlichter Projektbericht). Internet: URL: <http://www.eppm.org.ge>.
- Georgia – National Action Plan for Recognition (Draft). Academic Information Centre, Riga, Lettland, 2007. Internet: URL: [http://www.aic.lv/ace/ace\\_disk/2005\\_07/Nat\\_actpl/GEORGIANAP.pdf](http://www.aic.lv/ace/ace_disk/2005_07/Nat_actpl/GEORGIANAP.pdf) [Stand: Oktober 2007].
- Global SSH Project (2007): Study Regions/Georgia. URL: <http://www.globalsocialscience.org> [Stand: November 2007].
- Glonti, Lika (2006): Probleme und Perspektiven der Hochschulreform in Georgien. In: Alexander von Humboldt Stiftung (AvH) (Hg.): Georgien – Postsowjetische Umbrüche und Hoffnungen auf Europa.. Bonn: AvH (Arbeits- und Diskussionspapier 6/2006), S. 18-21.
- Glonti, Lika und Chitashvili, Marine (2006): „The Challenge of Bologna – The Nuts and Bolts of Higher Education Reform in Georgia“. In: Tomusk, Voldemar (Hg.): Creating the European Area of Higher Education: Voices from the Periphery. Dordrecht: Springer, S. 209-226.
- Halbach, Uwe (2005): „Ethnische Vielfalt in Georgien“. In: Schröder, Bernd (Hg.): Georgien – Gesellschaft und Religion an der Schwelle Europas. (Annales Universitatis Saraviensis, Philosophische Fakultäten, Bd. 24). St. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag, S. 19-32.
- Halbach, Uwe (2006): „Georgien: Staatsversagen als Folge von Korruption und territorialer Desintegration“. In: Schneckener, Ulrich (Hg.): Fragile Staatlichkeit: „states at risk“ zwischen Stabilität und Scheitern. Baden-Baden: Nomos, S. 229-252.
- Höltge, Kristin (2008): „Governance in Transition. What Makes Georgia’s Higher Education System so Corrupt?“ In: Lanzendorf, Ute (2008): Georgiens Hochschulsektor – Zwischen sowjetischer Tradition und globalisierter Moderne. Kassel: Kassel University Press, S. 61-128.
- Janashia, Natia (2004): „Corruption and Higher Education in Georgia“. In: International Higher Education, 23. Jg., H. 3.
- Klotz, Ludmilla (2004): „Erneut vor einem Neuanfang – diesmal nach der Rosenrevolution. Vom Leben und Arbeiten in Georgien“. In: Dis.kurs, H. 2, S. 18-20.
- Kunze, Thomas und Bohnet, Henri (2007): Zwischen Europa und Russland – Zur Lage der abtrünnigen Republiken Transnistrien, Abchasien und Südossetien. In: KASAAuslandsinformationen 1/2007, S. 6-30.
- Macioszek, Leon und Babo, Tina M. (2005): Deutsch-georgische Wirtschaftsbeziehungen – Perspektiven. In: Schröder, Bernd (Hg.): Georgien – Gesellschaft und Religion an der Schwelle Europas. (Annales Universitatis Saraviensis, Philosophische Fakultäten, Bd. 24). St. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag, S. 217-226.
- Maisuradze, Lela (2007): Bologna Process National Report: 2005-2007. Internet: URL: [http://www.ond.vlaanderen.be/hogeronderwijs/bologna/links/National-reports2007/National\\_Report\\_Georgia2007.pdf](http://www.ond.vlaanderen.be/hogeronderwijs/bologna/links/National-reports2007/National_Report_Georgia2007.pdf).

- Ministry of Finance of Georgia (2007): Basic Data and Directions for 2007–2010. Internet: URL: <http://www.mof.ge/DinamicPage.aspx?cmd=page&rootid=298&pageid=203>.
- Ministry of Economic Development of Georgia, Department of Statistics (2006): Education, Science and Culture in Georgia. Tbilisi: Ministry of Economic Development of Georgia.
- Ministry of Economic Development of Georgia, Department of Statistics (2007): Quarterly Bulletin 2007 -1. Tbilisi: Ministry of Economic Development of Georgia.
- Pachuashvili, Marie (2005): „Dual Privatization in Georgian Higher Education“. In: International Higher Education, H. 41.
- Pandshikidse, Maja (2005): „Georgien – Partnerland der Bundesrepublik Deutschland und des Saarlandes, Tbilissi – Partnerstadt der Landeshauptstadt Saarbrücken“. In: Schröder, Bernd (Hg.): Georgien – Gesellschaft und Religion an der Schwelle Europas. (Annales Universitatis Saraviensis, Philosophische Fakultäten, Bd. 24). St. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag, S. 195-200.
- Radvanyi, Jean (2006): „Die geopolitische Situation Kaukasiens – ein Überblick“. In: Geographische Rundschau 58. Jg., H. 3, S. 8-16.
- Röhrig, Anne (2006): Karriereverläufe georgischer Wissenschaftler – Kontinuität der Brüche. In: Alexander von Humboldt Stiftung (AvH) (Hg.): Georgien – Postsowjetische Umbrüche und Hoffnungen auf Europa. Bonn: AvH (Arbeits- und Diskussionspapier 6/2006), S. 8-10.
- Rostiashvili, Ketevan (2004): Problems of Corruption in Higher Education System of Georgia. Tbilisi: TraCCC.
- Saldastanischwili, Konstantin (2005): „Georgien auf dem Weg in die Europäische Union“. In: Schröder, Bernd (Hg.): Georgien – Gesellschaft und Religion an der Schwelle Europas. (Annales Universitatis Saraviensis, Philosophische Fakultäten, Bd. 24). St. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag, S. 47-52.
- Schmidt-Braul, Ingo-Eric M. und Kopp, Botho von (2007): „Georgia“. In: Döbert, Hans u.a. (Hg.): Education Systems of Europe. Dordrecht: Springer, S. 284-298.
- Schneider, Johann F. (2005): „Wissenschaftstransfer am Beispiel der Kooperation zwischen den Universitäten Saarbrücken und Tiflis“. In: Schröder, Bernd (Hg.): Georgien – Gesellschaft und Religion an der Schwelle Europas. (Annales Universitatis Saraviensis, Philosophische Fakultäten, Bd. 24). St. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag, S. 201-212.
- Schulze, Gerit (2007): Georgien wirbt um deutsche Investoren – Hohe Wachstumsraten, niedrige Steuern, einfache Zollverfahren, kleiner Binnenmarkt und schlechte Infrastruktur. Datenbank „Zoll“ der Bundesagentur für Außenwirtschaft, Artikel vom 08.10.2007. Internet: URL: <http://www.bfai.de>.
- StADaF (Ständige Arbeitsgruppe Deutsch als Fremdsprache) (2006): Deutsch als Fremdsprache weltweit – Datenerhebung 2005. Ohne Ort: StADaF.
- The Science, Technology and Innovation System in Georgia (2005): Country Report No. 5. Unveröffentlichter Projektbericht, o. O.
- UNESCO Institute for Statistics (2007): Internet: URL: <http://stats.uis.unesco.org/TableViewer/tableView.aspx>.

- Wassmund, Hans (2005): „Georgien in der Ära der Sowjetunion – ein Kapitel politischer Geschichte“. In: Schröder, Bernd (Hg.): Georgien – Gesellschaft und Religion an der Schwelle Europas. (Annales Universitatis Saraviensis, Philosophische Fakultäten, Bd. 24). St. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag, S. 9-18.
- Wattendorf, Barbara (2006): „Nichts wie weg – Zur Mobilität von Studierenden und Nachwuchswissenschaftlern aus Georgien“. In: Alexander von Humboldt Stiftung (AvH) (Hg.): Georgien – Postsowjetische Umbrüche und Hoffnungen auf Europa. Bonn: AvH (Arbeits- und Diskussionspapier 6/2006), S. 11-14.
- World Bank (2005): Progress Report – Economic Development and Poverty Reduction Program. Internet: URL: <http://siteresources.worldbank.org/INTPRS1/Resources/cr05113-Georgia.PDF> [Stand: August 2007].
- World Bank (2007): Doing Business. Internet: URL: <http://www.doingbusiness.org>.

Das Georgische Hochschulgesetz (Fassung von 2004) ist im Volltext auf Englisch verfügbar unter [http://www.mes.gov.ge/index.php?module=text&link\\_id=48](http://www.mes.gov.ge/index.php?module=text&link_id=48).

### **Interviews (durchgeführt von Kristin Höltge)**

- mit Dr. Lika Glonti (Tbilissi) am 21. September 2007 in Tbilissi
- mit Oliver Reisner (Projektmanager, Delegation der Europäischen Union in Tbilissi) am 26. September 2007 in Brüssel



---

## Indien

Karola Hahn

### 4.1 Kulturelle und naturräumliche Rahmenbedingungen

Indien ist flächenmäßig der siebtgrößte Staat der Erde und mit über einer Milliarde Einwohnern nach China das zweitbevölkerungsreichste Land der Welt. Das Land ist ein Subkontinent, der von *Heterogenität und Ambivalenzen* gezeichnet ist. Moderne und Tradition, Reichtum und wirtschaftliches Wachstum einerseits und steigende Armut andererseits stehen scheinbar widerspruchlos nebeneinander. Das starke Wirtschaftswachstum der vergangenen 15 Jahre wird sich voraussichtlich auch in Zukunft fortsetzen. Dennoch weist Indien die weltweit höchste Armutsquote auf. Es wird geschätzt, dass etwa ein Viertel des Milliardenvolks von Hunger betroffen ist und unter der Armutsgrenze lebt. Weitere 50 Prozent müssen ihren Lebensunterhalt mit weniger als zwei US\$ täglich bestreiten. Der Konflikt um die Region Kaschmir bleibt bis in die Gegenwart akut. Daneben sind es Fragen der Überbevölkerung, der Umweltverschmutzung, Armut sowie ethnische und religiöse Konflikte, die in Indien mit raschem wirtschaftlich-technologischem Fortschritt koexistieren. Von einem Erreichen der Millennium Development Goals ist Indien daher trotz umfassender Reform- und Modernisierungsbemühungen noch immer weit entfernt.

Indien hat politische Grenzen zu Pakistan, China, Bhutan, Myanmar, Nepal und Bangladesch. *Geographisch* wird es vom Rest Asiens im Norden durch das Himalaya-Massiv abgegrenzt. Südlich des Himalaya-Gebirges erstreckt sich die vom Fluss Ganges dominierte Große Ebene. Sie zählt die zu den fruchtbarsten Anbaugebieten Indiens. Nach Süden hin erstreckt sich dann über ungefähr die Hälfte der Staatsfläche das Dekanhochland, das die gesamte vom Indischen Ozean umgebene Südspitze Indiens umfasst.

Die unterschiedlichen Naturräume sind durch jeweils eigene *Klimate* gekennzeichnet. Vorherrschend ist das subtropische, von Monsunregen geprägte Klima. Die Hauptniederschläge fallen von Mai/Juni bis September. Die reichsten Niederschläge fallen an den Gebirgshängen der Westghats und des Himalaya sowie in Assam und im östlichen Dekanhochland. Der Nordosten Indiens ist wüstenähnlich trocken (Rajasthan, Wüste Thar). Der indische Subkontinent wird vergleichsweise

häufig von starken Monsunregen, Überflutungen, Wirbelstürmen und Erdbeben heimgesucht. Das Land wurde Ende Dezember 2004 wie viele andere Staaten in der Region von dem Seebeben „Tsunami“ schwer geschädigt.

Die *Bevölkerung* Indiens besteht fast ausschließlich aus Indern. Es gibt lediglich kleine Minderheiten von Tibetanern, Chinesen und Europäern. Die Zahl der in Indien lebenden Ausländer ist im Vergleich zur indischen Gesamtbevölkerung relativ gering. Die Wachstumsrate der Bevölkerung wird auf 1,44 Prozent geschätzt (CIA Factbook 2005). Kinder und Jugendliche unter 14 Jahren machen fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus. Auch wenn die Urbanisierung rasant zunimmt (u.a. in den Bundesstaaten Uttar Pradesh und Bihar), so wohnt die Mehrheit der indischen Bevölkerung bislang noch in ländlichen Gebieten. Größte Stadt des Landes ist mit rund zwölf Mio. Einwohnern Mumbai (Bombay) an der Westküste Indiens, dicht gefolgt von der Hauptstadt Delhi mit knapp zehn Mio. Einwohnern im nördlichen Landesteil. Kalkutta, Bangalore, und Chennai (Madras) haben jeweils über 400.000 Einwohner.

### Karte 1: Wichtige Städte in Indien



Quelle: CIA 2005.

Die vorherrschende *Religion* ist der Hinduismus, dem rund 80 Prozent der Bevölkerung angehören. Daneben sind elf Prozent der Bevölkerung Muslime (ca. 130 Mio., 8 % Sunniten und 3 % Schiiten), 2,4 Prozent Christen (in der Mehrzahl Katholiken), 1,1 Prozent Sikhs (vor allem in der Region Pandschab) sowie 0,5 Prozent Dschainas und 0,7 Prozent Buddhisten (Fischer Weltatlas 2005, S. 194). Amtssprachen sind Hindi und Englisch sowie 17 gleichberechtigte Regionalsprachen.

Noch heute ist die indische Gesellschaft vom starren *Kastenwesen* geprägt, das aus dem Hinduismus abgeleitet ist und die soziale Stellung des Einzelnen von seiner Geburt an weitgehend festlegt. Es kann als eine Art religiös legitimierte „Apartheid“ angesehen werden (vgl. Stang 2002). Es gibt vier Hauptkasten (*Varna*) mit mehreren Tausend Untergruppen (*Jati*). Die beiden obersten Kasten (Brahmanen und Kshatriyas) machen ungefähr zehn Prozent der Bevölkerung aus. Sie stellen traditionell die intellektuelle Elite, höhere Beamte und Personen, die heilige Schriften auslegen (*Veda*). Wichtigstes Gebot innerhalb des Kastenwesens ist die „Reinheit“ von Personen und Gegenständen. Unterhalb der vier Kasten stehen die „Unberühmbaren“, die Arbeiten verrichten, die „verunreinigen“. Erst in jüngerer Zeit tragen – insbesondere im Bereich der „new economy“ – Faktoren wie etwa die Bildung dazu bei, dass eine moderate vertikale soziale Mobilität jenseits der Kasten entstehen kann.

*Bildung* genießt einen zentralen Stellenwert in der indischen Gesellschaft, vor allem in den höheren Kasten. Insbesondere Frauen haben aber oftmals nur beschränkten Zugang zu Bildung, besonders zu qualitativ hochwertiger Bildung. Fast die Hälfte der Frauen über 15 Jahren sind Analphabetinnen, während der landesweite Durchschnitt für beide Geschlechter bei lediglich 35 Prozent liegt. Vor allem in bestimmten Regionen und in ärmeren sozialen Schichten können Frauen als Benachteiligte angesehen werden. Starre Familienstrukturen und fixe soziale Rollen beschränken vielerorts die soziale Mobilität von Frauen (Besley u.a. 2004, S. 29). Studien belegen, dass die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in Indien zu den höchsten in den Schwellenländern zählt (u.a. Besley u.a. 2004). An den Hochschulen stellen Frauen allerdings mittlerweile 40 Prozent der Studierenden. Die Frauen, die Zugang zu höherer Bildung erhalten haben, machen oft beachtliche Karrieren. Die Zahl der Professorinnen an Hochschulen, auch in den Natur- und Ingenieurwissenschaften ist verhältnismäßig hoch.

## 4.2 Politische und ökonomische Rahmenbedingungen

1857 wurde Indien unter die direkte Verwaltung der britischen Krone gestellt. Beendet wurde die Kolonialzeit 1947 durch friedlichen Widerstand, angeführt von Mahatma Gandhi. Die Unabhängigkeit Indiens hatte eine Teilung des indischen Subkontinents in den säkularen Staat Indien und den muslimischen Staat Pakistan zur Folge. 1971 folgte aufgrund eines indisch-pakistanischen Krieges die Abspal-

tung und Unabhängigkeit Ostpakistans unter dem Namen Bangladesch. Als größter demokratischer Staat der Welt ist Indien seit 1949 eine Bundesrepublik aus Bundesstaaten und Bundesterritorien. Nachdem im Jahr 2000 drei neue Bundesstaaten gegründet wurden, gibt es nun 28 Bundesstaaten und sieben Bundesterritorien (neben der Hauptstadt Neu-Delhi sind dies die gemeinsame Hauptstadt des Punjab und Haryanas [Chandigarh], zwei ehemalige portugiesische Enklaven in Gujarat, das ehemals französische Pondicherry und zwei Inselgruppen).

### Karte 2: Die indischen Bundesstaaten



Quelle: Maharaja Voyages 2007.

Auf Bundesebene existiert ein Zweikammersystem aus Oberhaus (Rajya Sabha) und Unterhaus (Lok Sabha). Das Rajya Sabha setzt sich aus 250 Mitgliedern zusammen, wovon 238 von den Bundesstaaten gewählt und zwölf vom Staatspräsidenten ernannt werden. Im Lok Sabha arbeiten 543 Abgeordnete sowie zwei vom Staatspräsidenten ernannte Vertreter.

Der Staatspräsident wird alle fünf Jahre von den Mitgliedern der beiden Kammern gewählt. Er ernennt sowohl die Gouverneure der einzelnen Bundesstaaten

(Unionsstaaten) für eine fünfjährige Amtszeit als auch den Premierminister der Republik sowie sein Kabinett. Die Landesparlamente, die zumeist nur aus einer Kammer bestehen, werden direkt für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Laut Verfassung fallen Fragen der auswärtigen Beziehungen, der Verteidigung, des Außenhandels, der Staatsbürgerschaft, des Verkehrs und der Atomenergie in die Kompetenz des Bundesparlaments, während die Bereiche Polizei, Gesundheitswesen, Erziehung, Energiesektor und weitere den Landesparlamenten vorbehalten sind.

Die letzten Wahlen fanden im Mai 2004 statt, aus denen die Kongresspartei nach ihrer Wahlniederlage im Jahr 1999 völlig überraschend wieder als stärkste Partei hervorging (F.A.Z.-Institut 2004). Die *Bhaatiya Janata Party* musste somit ihre seit März 1998 ausgeübte Macht wieder abgeben. Seit dem 22.5.2004 ist Dr. Manmohan Singh von der Kongresspartei Premierminister. Singh ist ein in Oxford und Cambridge ausgebildeter Wirtschaftswissenschaftler und bringt als ehemaliger Finanzminister und Verwaltungsfachmann, dem man die Einleitung des wirtschaftlichen Aufschwungs Indiens Anfang der 90er Jahre zuschreibt, langjährige Erfahrung mit ins Amt. Er kam zum Zug, nachdem die Symbolfigur und designierte Premierministerin Sonia Ghandi wegen anhaltender Widerstände und Kritik an ihrer italienischen Herkunft auf das Amt verzichtete. Mit Singh wurde zum ersten Mal ein Vertreter der religiösen Minderheit der Sikh zum Premierminister ernannt.

Wirtschaftlich gilt Indien als einer der interessantesten Wachstumsmärkte in Asien und somit auch als einer der interessantesten Wachstumsmärkte weltweit. Es wird prognostiziert, dass die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung (Wirtschaftswachstum von durchschnittlich etwa sechs Prozent in den letzten 15 Jahren) weiter anhalten und die indische Kaufkraft steigen wird. Die Deutsche Bank prognostiziert, dass die indische Wirtschaft bis 2020 diejenige sein wird, die weltweit am stärksten wächst. Es wird erwartet, dass das Wirtschaftswachstum in Indien noch rasanter sein wird als in China (Schaaf 2005). Das Haushaltsdefizit ist mittlerweile auf fünf Prozent des BIP gesunken, jedoch besteht weiterer Konsolidierungsbedarf (F.A.Z.-Institut 2004). Die Auslandsverschuldung wächst. Mit seinen mehr als eine Milliarde Einwohnern hat Indien bisher noch eine stark binnenorientierte Volkswirtschaft. Die Regierung fördert allerdings eine Ausweitung des Außenhandels mit Hilfe von Förderprogrammen zur Verbesserung der Infrastruktur für die Exportwirtschaft. Zudem gibt es steuerliche Vergünstigungen für Sonderwirtschafts- und Freihandelszonen. Auch wurden spezielle Freihandelszonen eingerichtet, in denen es ausländischen Unternehmen erlaubt ist, Niederlassungen ohne indischen Partner aufzubauen (F.A.Z.-Institut 2004, S. 20).

Im produzierenden Gewerbe sind kleine und mittelständische Unternehmen von besonderer Bedeutung. Mit der Liberalisierungspolitik und dem Wettbewerbsdruck durch die Globalisierung gerieten jedoch etwa ein Fünftel der kleinen Unternehmen in existenzielle Schwierigkeiten. Der Dienstleistungssektor weist

höhere Wachstumsraten auf als die Industrie. Im Industriesektor expandieren die Software-Branche, die Unterhaltungselektronik, Elektrohaushaltsgeräte, Chemie, Biotechnologie und Bioinformatik. In der chemischen Industrie weisen die Bereiche Pharmazeutika, Kunststoffherzeugnisse und Kunstfasern die größten Zuwächse auf. Weitere Wachstumsbranchen sind die Konsumgüterindustrie, die Papierindustrie sowie die Automobil-Branche inklusive der Zulieferer. In der Arzneimittelbranche gelang es Indien, eine führende Position als Hersteller von Generika zu entwickeln, vor allem im Bereich der HIV-Präparate.

Die bisherige Liberalisierungspolitik und außenwirtschaftliche Öffnung wird im Großen und Ganzen unter der neuen Regierung fortgesetzt. Allerdings wurde das Reformtempo in einigen Bereichen gedrosselt (so etwa bei den Privatisierungen), und das für Privatisierung zuständige Ministerium wird in das Finanzministerium eingegliedert. Da Indien sich zum Ziel gesetzt hat, seinen Anteil am Weltmarkt bis zum Jahr 2009 zu verdoppeln und neue Beschäftigungsmöglichkeiten für die Bevölkerung außerhalb der urbanen Zentren zu schaffen, wurde die Außenhandelspolitik neu formuliert. Ausländische Investitionen werden von der neuen Regierung als zentraler Punkt der Modernisierungspolitik gesehen. Trotz ihrer kontinuierlichen Ausweitung seit den letzten Jahren sind sie derzeit noch vergleichsweise unbedeutend. Ausländische Direktinvestitionen machen im Jahr netto nur etwa 0,6 Prozent des BIP aus (F.A.Z.-Institut 2004, S. 2-4).

Der Landwirtschaft kommt aus gesamtwirtschaftlicher Sicht weiterhin eine wichtige Rolle zu. Die neue Regierung erklärte die Förderung der Landwirtschaft wieder zu einem wichtigen Anliegen, was als vorausschauende Konjunkturstabilisierung interpretiert wird. Weitere traditionelle Branchen, die von der neuen indischen Außenhandelspolitik u.a. mit Zollbefreiungen von Kapitalgütern und Vorprodukten unterstützt werden, sind neben der bereits erwähnten Landwirtschaft, die Handweberei, das Handwerk sowie die Schmuck- und Lederproduktion.

Indien zählt zu den größten Kreditnehmern der World Bank Group. In der aktuellen Länderstrategie der Weltbank (2005-2008) haben Indien und die Weltbank im Rahmen der Strukturanpassung Übereinkünfte getroffen, die auf die Verringerung der Armut und auf nachhaltiges Wachstum abzielen. Auch die Asian Development Bank ist ein wichtiger Kreditgeber.

Nachdem es in der Phase des Kalten Krieges eine Kernnation der Bewegung der „Blockfreien“ war, hat Indien die vergangenen 15 Jahre genutzt, um seine internationalen Beziehungen zu diversifizieren und auszubauen. Es ist genauso zu den ASEAN Staaten orientiert, wie es sich in Richtung EU orientiert. „Indien richtet den Blick nach Osten und versucht, sich den Rücken im Westen freizuhalten.“ (F.A.Z.-Institut 2004, S. 5). Seit Januar 2005 ist Indien Vollmitglied der WTO.

Indien gehört zu dem Kreis der Länder, die sich für die Reform der Vereinten Nationen und für eine Erweiterung des Sicherheitsrates stark machen. Es

strebt eine ständige Repräsentanz im Weltsicherheitsrat an, was ebenfalls als Zeichen der aufstrebenden Rolle Indiens in der Weltpolitik gedeutet werden kann.

Indien kann als aktiver, einflussreicher Mitgestalter eines „Global Governance Regimes“ bezeichnet werden. Die USA können auf Indien als Bündnispartner zählen, auch wenn Indien die amerikanische Außenpolitik öffentlich kritisiert. Indien versteht sich einerseits als Ausgleichsmacht gegenüber dem in Asien übermächtig werdenden China, sieht aber trotz aller politischen Rivalitäten in China auch einen wichtigen Wirtschaftspartner.

Die bilaterale Zusammenarbeit in Südasiens kommt kaum voran. Demgegenüber steht der Abschluss eines Partnerschaftsabkommens mit der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN unmittelbar bevor, das Indien den unbeschränkten Zugang zu dem wachstumsstärksten Wirtschaftsraum der Welt eröffnet. Ende November 2004 wurde zudem auf einem Gipfeltreffen der ASEAN-Staaten der Aufbau einer regionalen Handels- und Investitionszone (RTIA) beschlossen. Das langfristige Ziel liegt in einer riesigen Freihandelszone im australpazifisch-südasiatischen Raum, inklusive Indien und China.

Regional sieht Indien seine Rolle als Friedensstifter. Um seine eigene wirtschaftliche Entwicklung nicht zu gefährden, engagiert sich Indien in vielen lokalen Konflikten als Vermittler (etwa in Nepal, Buthan, Myanmar, Bangladesh und Sri Lanka). Die Entspannung mit Pakistan hat höchste außenpolitische Priorität.

Die Europäische Union ist zu einem wichtigen Kooperationspartner geworden. Seit 2004 wird der Ausbau einer strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Indien massiv vorangetrieben. Es gibt eine Reihe europäischer Förderprogramme zur Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie. So nimmt Indien etwa am 6. Forschungsrahmenprogramm und am ASIA-Link-Programm der EU teil. Es ist zudem vereinbart, die Zusammenarbeit am europäischen Satellitennavigationssystem GALILEO zu formalisieren. Daneben konzentriert sich die Kooperation auf Fragen der Informationsgesellschaft, Transportwesen, Energie, Biotechnologie und Raumfahrt (vgl. Commission of the European Communities 2004).

Ein besonderes Gewicht kommt der Zusammenarbeit zwischen der EU und Indien auch im Bereich der Ausbildung von Masterstudierenden zu. Beide Partner haben ein Abkommen unterzeichnet, in dem die EU 33 Mio. € an Stipendienmitteln zusagt, die zur Finanzierung von etwa 1.000 Stipendien für indische Studierende eines European Masters im Rahmen des ERASMUS Mundus-Programms zur Verfügung stehen (Commission of the European Communities 2007).

### **4.3 Beziehungen zu Deutschland**

Es bestehen vielschichtige und langjährige politische Beziehungen zwischen Deutschland und Indien. Indien sieht in Deutschland einen wichtigen Verbündeten, insbesondere im Hinblick auf die neue Rolle, die Indien regional und in der

Weltpolitik anstrebt. So bemühen sich Deutschland und Indien etwa gemeinsam um die Reform der Vereinten Nationen und eine Repräsentanz im Weltsicherheitsrat. Deutschland spielt zudem eine Schlüsselrolle hinsichtlich der Vermittlung des Zugangs Indiens zur EU. Darüber hinaus gilt Deutschland in Indien als Partner auf dem Weg Indiens zu dessen aufgewerteter Rolle in der asiatischen Regionalpolitik.

Seit 1992 gibt es eine deutsch-indische Beratungsgruppe, deren Aufgabe es ist, Empfehlungen für die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen auszuarbeiten. Die im Mai 2000 von beiden Außenministerien unterschriebene „Agenda für die Indisch-Deutsche Partnerschaft im 21. Jahrhundert“ stellt das zentrale Policy Paper für den Ausbau der bilateralen Beziehungen dar (Auswärtiges Amt 2005). Ein Großteil der indischen Führungselite in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ist von einer Bildungssozialisation im Ausland, vornehmlich den USA, geprägt. Dennoch scheint ein ausgesprochenes Interesse an Kooperationen mit Deutschland zu bestehen, insbesondere im Bereich der Natur- und Ingenieurwissenschaften.<sup>1</sup>

Schwerpunkte der deutsch-indischen Zusammenarbeit liegen in der Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit wird von verschiedenen Abkommen flankiert:

- Doppelbesteuerungsabkommen (1996),
- Investitionsschutzabkommen (1998),
- Handelsabkommen (1955).

Nach offiziellen indischen Angaben liegt Deutschland an siebter Stelle der ausländischen Investoren. Die wichtigsten Wirtschaftsbereiche deutscher Unternehmen in Indien sind Chemie, Pharmazie, Maschinen- und Anlagenbau, Elektrotechnik und Software (Auswärtiges Amt 2007).

Die Zahl der in Indien aktiven deutschen Unternehmen ist nach Angaben der Deutschen Bundesbank deutlich rückläufig (Deutsche Bundesbank 2004). Sie sank von 236 im Jahr 1999 mit 111.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von 4,6 Mrd. € auf 163 im Jahr 2002 mit 63.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von 3,6 Mrd. €. Es gibt derzeit aber etwa 2.650 deutsch-indische Joint-Ventures. Allein im Jahr 2003 erfolgten 144 Neugründungen. Details hierzu finden sich auf den Internet-Seiten der Außenhandelskammer (Deutsch-Indische Handelskammer 2004).

Die bildungs- und wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit (WTZ) zwischen Deutschland und Indien hat in den vergangenen Jahren eine deutliche Aufwertung erfahren. Ihren rechtlichen Rahmen bilden das Kulturabkommen vom 19. August 1969, das Abkommen über die friedliche Nutzung der Kernenergie

---

<sup>1</sup> Aktuelle Kooperationen deutscher Hochschulen mit Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen in Indien listet der Hochschulkompass der Hochschulrektorenkonferenz auf. Suchanfrage unter <http://www.hochschulkompass.de/>.

und Weltraum von 1971 sowie die Vereinbarung über die Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung von 1974. Letztere Vereinbarung wurde mittlerweile von zahlreichen weiteren Abkommen und Einzelvereinbarungen ergänzt.

Prioritäten der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit werden seit 1996 von einem Deutsch-indischen Komitee für Wissenschaft und Technologie festgelegt. Zuletzt wurden folgende inhaltliche Schwerpunkte vereinbart:

- Biotechnologie,
- Gesundheitsforschung,
- Weltraumforschung, -technik und -anwendungen,
- Informationstechnologie,
- Umweltforschung,
- Materialforschung.

In den vergangenen drei Jahren wurde die Zusammenarbeit im Bereich der Biotechnologie besonders verstärkt. Es gab mehrere gegenseitige Informationsbesuche mit entsprechendem thematischem Fokus. Ferner existiert ein regierungsunabhängiges Beratergremium, die Deutsch-Indische Beratergruppe (DIBG), die im Herbst 2004 unter anderem angeregt hat, ein Indo-German Center of Nanotechnology einzurichten und die Kooperationen im Bereich der Landwirtschaftsforschung und im Ingenieurwesen zu vertiefen.

1998 wurde ein „Memorandum of Understanding“ zwischen dem DAAD und dem indischen Department of Science and Technology (DST) unterzeichnet. Die DFG hat zudem Abkommen mit der Indian National Science Academy (INSA) und auch mit dem DST geschlossen. Im Rahmen ihrer Kooperation mit der INSA liegt der Schwerpunkt auf kurzen Forschungs- und Konsultationsbesuchen. In den Förderprogrammen der DFG ist die Förderung gemeinsamer Projekte mit Indien möglich. Das Kooperationsabkommen mit dem Department of Science and Technology ermöglicht heute die Einrichtung deutsch-indischer Graduiertenkollegs. Auch gibt es Überlegungen der DFG, in Indien ein Kontaktbüro zu eröffnen. Die Nachfrage indischer Wissenschaftler und Nachwuchswissenschaftler nach Forschungsk Kooperationen und Doktorandenstudien in Deutschland ist nach Aussagen der DFG sehr hoch. Im Oktober 2004 wurde ein Deutsch-Indischer Science Circle eröffnet (<http://www.science-circle.org>).

In der Regel finden darüber hinaus im Zwei-Jahres-Turnus deutsch-indische Kulturkonsultationen statt, in denen die Arbeitsgrundlagen für die kulturelle Zusammenarbeit erörtert werden. Die sechs Goethe-Institute stellen ihre tragenden Säulen dar. Die Standorte sind Delhi (Regionalinstitut für Südasien), Kalkutta, Chennai, Bangalore, Mumbai und Pune. Die Sprachkurse werden jährlich von etwa 9000 Teilnehmern besucht. Wegen der massiv gestiegenen Nachfrage wurden im Juli 2004 im MMB Delhi Online-Kurse bzw. Fernlehrcurse in Deutsch als Fremdsprache angeboten ([www.goethe.de/newdelhi](http://www.goethe.de/newdelhi)). Die Arbeit der Goethe-

Institute wird durch eine Reihe von DAAD-geförderten DaF-Lektoren (DaF = Deutsch als Fremdsprache) und DaF-Praktikanten an den Hochschulen unterstützt.

Auf schulischer Ebene wird nur in sehr begrenztem Umfang Deutschunterricht angeboten. Es gibt nur zwei kleine deutsche Schulen (Neu Delhi und Mumbai (Bombay) mit zusammen etwas über 100 Schülern. Die deutsche Schule in Neu Delhi führt bis zur zehnten Klasse, die Deutsche Schule in Mumbai (DBS International School) hat lediglich einen deutschsprachigen Ausbildungszweig, der aber bis zum Abitur führt. Vor drei Jahren wurde an der Delhi University ein Bachelorstudiengang „German Studies“, eingerichtet, für den von deutscher Seite eine Sprachassistentenstelle finanziert wird (Podewils 2005). 2005 lehrten vier DAAD Lektoren Germanistik, Deutsch als Fremdsprache oder Deutsche Literaturwissenschaft an den indischen Hochschulen. Um den Bereich Deutsch als Fremdsprache mit Muttersprachlern zu stärken, ist zudem vorgesehen, deutsche DaF-Praktikanten für die German Departments indischer Hochschulen zu gewinnen.

Seit Ende der 1990er Jahre existiert eine deutsch-indische Vereinbarung über Hochschulzusammenarbeit (Hochschulrektorenkonferenz 1998). Die Datenbank der Hochschulrektorenkonferenz weist rund 100 Hochschulpartnerschaften mit indischen Hochschulen aus, die meisten basierend auf Abkommen aus den letzten zehn Jahren.

Der DAAD zählt mittlerweile etwa 4.000 Alumni. 2005 hat sich der achte DAAD-Club ehemaliger indischer DAAD-Stipendiaten gegründet mit Mitgliedern aus Kanpur und Lucknow. Im Jahr 2004/05 wird im Rahmen des DAAD Förderprogramms zur Hochschulzusammenarbeit mit Entwicklungsländern eine Partnerschaft zwischen der Goa University und der Fachhochschule Ingolstadt gefördert (in Betriebswirtschaftslehre und Ingenieurwissenschaften).

Indien ist seit mehr als vier Jahrzehnten Schwerpunktland der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Lediglich zwischen 1998 und 2000 gab es eine Unterbrechung der Zusammenarbeit, die in der Durchführung indischer Atomtests begründet lag. Schwerpunkte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sind folgende:

- Wirtschaftsförderung und Ausbau der Marktwirtschaft (Wirtschaftsreformen auf dem Finanz- und Privatsektor),
- Gesundheit,
- Energie,
- Umweltpolitik,
- Schutz und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen.

Die GTZ unterhält in Neu Delhi eine Bürogemeinschaft mit der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) und mit der KfW Entwicklungsbank.

#### 4.4 Hochschul- und Studiensystem

Die Wurzeln des modernen indischen Hochschulsystems reichen knapp 150 Jahre zurück, als unter britischer Herrschaft 1857 die ersten drei Hochschulen eingerichtet wurden. Heute verfügt Indien über eines der größten Hochschulsysteme der Welt. Derzeit gibt es über 300 Universitäten und weit über 16.000 Colleges, die insgesamt von acht Millionen Studierenden besucht werden – darunter rund 40 Prozent Frauen: Dennoch sind nur ca. sieben Prozent der relevanten Altersgruppe an tertiären Bildungseinrichtungen eingeschrieben (Stella 2002, S. 36). 400.000 Hochschullehrer unterrichten an Universitäten und Colleges.

Bildung fällt fast ausschließlich in die Zuständigkeit der einzelnen Bundesstaaten. Die überwiegende Mehrheit der Universitäten sind „State Universities“, die durch Bundesstaatengesetze eingerichtet wurden. Nur die 20 so genannten „Central Universities“ wurden durch Bundesgesetz gegründet. Daneben finanziert die Bundesregierung einige wenige so genannte Institutions of National Importance, die über Universitätsstatus verfügen. Zudem trägt sie ca. 20 regionale, auf Ingenieurwissenschaften spezialisierte Colleges, die zu National Institutes of Technology aufgewertet wurden (Singh 2004, S. 84).

Es gibt drei Kategorien von Universitäten (die Angaben zur Anzahl der Einrichtungen bezieht sich auf das Jahr 2006):

- 216 bundesstaatliche und 20 zentralstaatliche „reguläre“ Universitäten sowie erste private Universitäten auf Ebene einzelner Bundesstaaten.
- 101 „Deemed to be Universities“ mit einem spezialisierten Studienangebot (teilweise nur auf weiterführendem Niveau). Sie konzentrieren ihre Lehr- und begrenzte Forschungstätigkeit auf ein kleines Fächer- oder Themenspektrum, vornehmlich in den Bereichen Medizin, Landwirtschaft, Technik oder beispielsweise der alten indischen Sprache Sanskrit. Sie befinden sich zu ungefähr einem Drittel in bundesstaatlicher und zu zwei Dritteln in privater Trägerschaft.
- 13 „Institutions of National Importance“, zu denen die sieben Indian Institutes of Technology (IIT) (in Kharagpur, Mumbai, Chennai, Kanpur, Delhi, Guwahati und Roorkee) und sechs Institutes of Management zählen. An den sieben IIT studieren lediglich rund 30.000 Studierende.

Daneben gibt es landesweit über 10.000 Colleges, die überwiegend an die regulären Universitäten angeschlossen sind. Als „Deemed to be Universities“ oder „Deemed Universities“ werden ehemalige Colleges bezeichnet, die einen guten Entwicklungsstatus erreicht haben und durch die Zentralregierung in den Status einer Universität erhoben wurden. Ursprünglich waren lediglich im College-Sektor private Hochschulträger zugelassen. Durch die Aufwertung privater Colleges zu „Deemed Universities“ sind auch private Universitäten entstanden. Den „Deemed Universities“ wird aufgrund ihrer langjährigen Tradition in Lehre und Forschung und aufgrund ihrer wissenschaftlichen Exzellenz ein Universitätsstatus zuerkannt.

Die hierfür angewandten Kriterien sind allerdings wenig transparent. Der private „Deemed University“-Sektor wächst rascher als der öffentliche. Insbesondere private Colleges schließen sich strategisch zusammen, um Universitätsstatus erhalten zu können. Sie werden vielfach von mächtigen Familienklans betrieben, die entweder selber in der Politik aktiv sind oder den Anhängern einer bestimmten politischen Richtung besondere Zugangsmöglichkeiten zum Studium bieten (A-garwal 2007).

Einige „Institutions Deemed to be Universities“ und die „Institutions of National Importance“ können auf nationaler Ebene als Zentren der Exzellenz und Qualitäts- bzw. Eliteausbildungsstätten angesehen werden. Im internationalen Vergleich erreichen sie aber keine Spitzenpositionen. Das Indian Institute of Science (IISc) beispielsweise ist eine „Deemed University“, die als noch „ranghöher“ als die Indian Institutes of Technology eingestuft wird. Das IISc ist ein Forschungsinstitut, das auch eine Reihe von forschungsbasierten Master- und Promotionsstudiengängen anbietet.

Darüber hinaus gibt es allein zehn Fernuniversitäten. Die wichtigste Fernuniversität ist die Indira Ghandi National Open University ([www.ignou.edu](http://www.ignou.edu)), die etwa 350 Studienzentren unterhält und an der 2002 über 300.000 Studierende eingeschrieben waren (UGC 2004, S. 154). Sie gehört damit zu den größten Fernuniversitäten der Welt. Mittlerweile bietet die IGNOU einige ihrer Programme in Kooperation mit dem kanadischen Commonwealth of Learning (COL) an. Sie ist in über 21 Ländern aktiv (u.a. in den Vereinigten Arabischen Emiraten, Qatar, Oman, Kuwait, Mauritius, Malediven und Seychellen).

Ungefähr 90 Prozent aller Studierenden in grundständigen Studiengängen und rund zwei Drittel aller Studierenden in weiterführenden Studiengängen sind an einem „Affiliated College“ eingeschrieben (UGC 2003). Dies sind Einrichtungen, die außerhalb der stark verstädterten Gebiete Lehre anbieten. Sie befinden sich in staatlicher oder in privater Trägerschaft und sind jeweils an eine (in einem Ballungszentrum ansässige) Universität angegliedert. Dieses Modell der an Universitäten angegliederten Colleges wird auf das Vorbild der University of London zurückgeführt. Die Universitäten (nicht die „Deemed Universities“) verfügen an ihrem Hauptsitz über unterschiedliche Fakultäten und Institute, deren Schwerpunkt auf der Postgraduierten-Ausbildung und der Forschung liegt. Die grundständige Lehre hingegen ist weitgehend in die „Affiliated Colleges“ ausgelagert. In einigen Bundesstaaten gibt es auch „Affiliated Colleges“, die weiterführende Studiengänge anbieten und Forschung durchführen. Die Universitäten schreiben den „Affiliated Colleges“ die Curricula vor, führen Abschlussprüfungen durch und verleihen die akademischen Grade. Den größeren Universitäten sind in der Regel bis zu 200 Colleges, in einigen Fällen sogar bis zu 400 Colleges angegliedert.

Neben den „Affiliated Colleges“ gibt es auch einige spezialisierte Colleges oder Institute, die zwar einer Universität zugeordnet sind, aber einen eigenständigen Status besitzen. Eigenständige Colleges können über ihr Studienangebot, den

Inhalt und die Qualität der Lehre sowie auch die Zulassung und Bewertung der Studierenden selbst entscheiden. Die Universitätsverwaltung gibt lediglich allgemeine Rahmenbedingungen vor und ist für die Verleihung der akademischen Abschlüsse verantwortlich. So genannte „Constituent Colleges“ sind auf dem Universitätsgelände oder in der unmittelbaren Nähe zu einer Universität zu finden und haben eine enge Bindung an die Hochschule. Von den „Constituent Colleges“ wird erwartet, dass sie einen einheitlicheren Ausbildungsstandard anbieten als die „Affiliated Colleges“.

Inhaltlich werden „General Colleges“, die das geistes- und naturwissenschaftliche Fächerspektrum abdecken, von „Professional Colleges“, die die Fächer Medizin, Ingenieurwissenschaften, Management und Pädagogik anbieten, unterschieden. Knapp 13 Prozent der Colleges sind reine Frauencolleges.

86 Prozent aller ingenieurwissenschaftlichen Colleges befinden sich in privater Trägerschaft. Auch im medizinischen Bereich und in den Wirtschaftswissenschaften überwiegen die privaten Anbieter. In den Wirtschaftswissenschaften werden an den ca. 1.000 bestehenden privaten „Business Schools“ 90 Prozent aller indischen Studierenden dieser Fachrichtung ausgebildet. Unter den Colleges in privater Trägerschaft unterscheidet man „Grant-in-aid Colleges“, deren Haushalt zu mehr als 95 Prozent von der betreffenden Staatsregierung finanziert und „Self-financing Colleges“, die keine substantielle Zuwendung von staatlicher Seite erhalten. Die „Self-financing Colleges“ finanzieren sich über Studiengebühren und Spenden. Seit den 1980er Jahren und der zunehmenden Geldnot auf staatlicher Seite ist der selbstfinanzierende Typus von Colleges auf dem Vormarsch. Die Mehrzahl der sich selbst finanzierenden Colleges bietet primär arbeitsmarktrelevante Programme wie Ingenieurwissenschaften und Management an und ist demnach den „Professional Colleges“ zuzuordnen.

Nach britischem Vorbild verfügt das indische Hochschulsystem über ein mehrstufiges Studiensystem. Das akademische Jahr beginnt Mitte Juli und endet mit einer längeren Ferienzeit ab 15. Mai. Lehrsprache ist ganz überwiegend Englisch. Neben Bachelor-, Master- und PhD-Abschlüssen gibt es auf grundständigem bzw. weiterführendem Niveau auch Diplom-Studiengänge, die drei bzw. ein Jahr dauern. Ein Bachelor Honours-Abschlussgrad impliziert nicht zwangsläufig eine längere Studiendauer, sondern weist auf eine größere Spezialisierung hin. In den Geistes- und Naturwissenschaften sowie den Wirtschaftswissenschaften wird der Bachelorgrad nach dreijährigem Studium erworben, in den Agrar- und Ingenieurwissenschaften, der Zahn- und Veterinärmedizin, der Pharmazie und der Technologie erst nach einem vierjährigen Studium, und in den Fächern Architektur und Humanmedizin ist sogar ein fünf bzw. fünfeneinhalbjähriges Studium erforderlich. In Fächern wie Erziehungswissenschaften, Journalismus und Bibliothekswesen kann ein Second-Degree-Bachelor erworben werden. Spezielle Richtlinien gibt es beim Jurastudium. So kann der Bachelor of Laws (LLB) entweder als integriertes

fünfjähriges grundständiges Studium absolviert werden oder als zwei bis dreijähriger Aufbaustudiengang.

Ein Masterstudiengang dauert in der Regel zwei Jahre und ist entweder kurs- oder forschungsbasiert. Die meisten Studiengänge sind „course work based“ und verlangen keine Abschlussarbeit. Der Master of Technology wird nach einem dreisemestrigen Studium verliehen. Hier wird die Durchführung eines Forschungsprojekts verlangt, das normalerweise ein Semester dauert. Die Indian Institutes of Technology bieten dreisemestrige Studiengänge, die zu einem ME, MSc (Eng) oder einem MTech Abschlussgrad führen. Für die Zulassung zu einem Masterstudiengang im Bereich der Ingenieurwissenschaften wird in der Regel eine zweijährige Berufspraxis nach Erlangung des ersten akademischen Grades vorausgesetzt. Zudem müssen die Bewerber an ingenieurwissenschaftlichen Colleges einen „Graduate Aptitude Test“ vorlegen. Der Master of Computer Applications (MCA) wird nach einem dreijährigen Studium im Anschluss an das Bachelorstudium verliehen. Darüber hinaus gibt es ein- bis eineinhalbjährige M.Phil-Programme (Master of Philosophy) die nach Abschluss des Mastergrads als Pre-Doktoratsabschluss anerkannt werden können.

Ein PhD-Programm beinhaltet normalerweise ein zweijähriges Studium nach Erlangung des M.Phil-Abschlusses und eine Doktorarbeit sowie eine mündliche Prüfung. Zulassungsvoraussetzung ist entweder der Master of Philosophy oder ein MBBS/BE (Bachelor's of Medicine and Surgery/Bachelor's of Engineering) (Letzteres gilt nur für manche Universitäten). Die Zeit bis zur Erlangung des Doktorgrades kann vier bis fünf Jahre betragen (Stella 2002, S. 27f.). Frühestens kann der Doktorgrad zwei Jahre nach Erwerb des M.Phil und drei Jahre nach Erwerb des Mastergrads verliehen werden. Über dem PhD gibt es noch die Abschlussgrade Doctor of Science (DSc) und Doctor of Literatur (Dlitt). Sie werden von einigen Universitäten zwei bis drei Jahre nach Erlangung des PhD verliehen.

Derzeit absolvieren nur rund acht Prozent der indischen Studierenden einen Masterstudiengang und lediglich 0,7 Prozent forschungsbasierte Studienangebote wie Master of Philosophy oder Ph.D. Die Mehrheit der Forschungsabschlüsse wird in den Natur- und Geisteswissenschaften vergeben. Nur 15 Prozent aller Studierenden sind in „berufsorientierte“ Fächer wie Jura, Ingenieurwesen, Medizin, Agrarwissenschaften oder Veterinärmedizin eingeschrieben (Stella 2002, S. 28).

Aufgrund der geographischen Distanzen auf dem indischen Subkontinent und der britischen Tradition, kommt der Fernlehre in Indien eine verhältnismäßig große Bedeutung zu. Bereits 1962 wurde an der University of Delhi ein Zweig für Fernlehre aufgebaut. Inzwischen gibt es über 60 Fernlehreinrichtungen, von denen die meisten an eine konventionelle Universität angegliedert sind. Zahlreiche Universitäten bieten kombinierte Studienprogramme an, die aus Präsenzstudien und Fernlehre („blended learning“) bestehen. Insgesamt werden mehr als 100 unterschiedliche Studiengänge per Fernlehre angeboten.

Die Studiengebühren und die Zahl der zur Verfügung stehenden Studienplätze sind in hohem Maße staatlich reguliert, auch an den „self-financing colleges“. Nur für die „Indian Institutes of Technology“ und einige weitere von der Bundesregierung getragene Universitäten gibt es eine einheitliche Zulassungsprüfung. Ansonsten führen die Hochschulen für die so genannten „professional programmes“ oder auch für Masterstudiengänge eigene Zulassungsprüfungen durch. Es gibt im Wesentlichen vier unterschiedliche Wege, eine Hochschulzulassung zu erhalten:

1. „merit list“ (die Besten werden nach Aufnahmeprüfung aufgenommen),
2. Quoten für Kasten,
3. „capitation fees“ (Kauf eines Studienplatzes),
4. andere Quoten.

Nicht alle Zulassungsverfahren werden an allen Hochschulen angeboten. Fünf Prozent der Studienplätze an indischen Hochschulen sind für ausländische Studierende reserviert. In einer Entscheidung des Supreme Courts vom 12. August 2005 wurde die bisherige Regelung aufgehoben, nach der die von den Landesregierungen festgelegten Kastenquoten auch für die privaten Colleges Gültigkeit hatten. Diese Entscheidung sorgte für Grundsatzdiskussionen.

Die Höhe der Studiengebühren variiert zwischen den Bundesstaaten, zwischen den einzelnen Hochschulen, aber auch innerhalb der Hochschulen je nach Studiengang und angestrebtem Studienabschluss erheblich. Das Grundstudium in den Ingenieurwissenschaften kostet beispielsweise im Bundesstaat Chhattisgarh jährlich 20.000 Rupien (zirka 492 US\$), während das gleiche Studium im Bundesstaat Chandigarh mehr als das Dreifache kostet. Die Studiengebühren für Management und Medizin können besonders hoch sein, zwischen 200.000 und 800.000 Rupien für Management (bis zu fast 20.000 US\$) oder 4 Mio. Rupien für ein Medizinstudium (fast 100.000 US\$) (Agarwal 2007).

Der Rückgang der öffentlichen Gelder für den Hochschulsektor geht nach Meinung zahlreicher Experten einher mit einem Rückgang in der Qualität der Lehre. Die Kritik an der Leistungsfähigkeit der Hochschulen und des gesamten Hochschulsektors ist teils niederschmetternd:

„...many of the 250 odd universities to which the bulk of the student population is affiliated have stopped performing the essential functions of a university. The primary purpose of a university is to provide a minimal signalling effect to the job market. A degree from any of these universities could mean anything in terms of quality. Anyone familiar with the Indian education scenario knows that competitive exams have virtually replaced performance at the university level as a passport to further education or jobs. University degrees serve as formal minimal requirement but little else...“

„For instance, in order to be eligible to teach at a public university, candidates with even a PhD have to take another qualifying test; this test was introduced to remedy the fact that the candidate's PhD in and of itself did not indicate anything about her/his abilities” (Kapu und Mehta 2004, S. 12).

Vielfach wurde im Rahmen der in Indien durchgeführten Interviews bemängelt, dass sich aufgrund der starken staatlichen Regulierung und der Ideologie der „Gleichheit“ die Curricula inhaltlich nicht modernisieren ließen. Die Ausbildung erfolgte daher an den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts vorbei. Einheimische Hochschulexperten diagnostizieren folgende Situation:

„India is facing a deep crisis in higher education, which is being masked by the success of narrow professional schools. The veneer of the few institutions of excellence masks the reality that the median higher education institutions in India have become incapable of producing students who have skills and knowledge. The process neither serves as a screening or signalling function nor prepares students to be productive and responsible citizens. Consequently, students are forced to spend more years (and, increasingly, large resources) in acquiring some sort of postgraduate professional qualification as they desperately seek always to signal their qualities to potential employers. It would not be an exaggeration to say that India's current system of higher education is centralized, politicized and militates against producing general intellectual virtues. The fact that the system nonetheless produces a noticeable number of high quality students has to do with the sheer number of students and the Darwinian struggle at the high school to get admission into the few good institutions.” (Kapu und Bhanu Metha 2004, S. 27).

Aufgrund der starken Abwanderung seiner akademischen Eliten (sei es an ausländische Hochschulen, sei es in die Wirtschaft) haben Indiens Universitäten ein enormes Problem im Bereich des wissenschaftlichen Nachwuchses. Insbesondere die technischen und ingenieurwissenschaftlichen Fächer leiden an einem Mangel an qualifiziertem wissenschaftlichen Nachwuchs. Die Arbeitsbedingungen an den staatlichen Hochschulen werden in der Regel als außerordentlich unattraktiv empfunden (Jayaram 2002).

Das Ansehen und die Qualität des Lehrkörpers werden als rückläufig beschrieben (Jayaram 2002). Eine wesentliche Ursache liegt in der mangelnden Vorbereitung der Dozenten auf ihre Lehrtätigkeit. Es gibt aber auch rühmliche Ausnahmen in der Qualität der Lehre und des Ansehens des Berufs des Hochschullehrers, so etwa in den Centers of Excellence und den „Deemed Universities“, sowie einigen wenigen Colleges und Departments „normaler“ Universitäten. Die meisten Hochschullehrer sind nach Gehaltserhöhungen und unter Berücksichtigung der Zulagen, die ihnen gewährt werden, zufrieden, allerdings hat sich trotzdem eine Art versteckter Privatisierung in der Lehre entwickelt. So sind zahlreiche Colleges dazu übergegangen, von den Studierenden privat zu zahlende Tutorien anzubieten.

**Tabelle 1: Gehaltsstruktur des Lehrkörpers an indischen Universitäten und Colleges 2001 (US\$ im Monat)**

Category	Gross salary (start)	Gross salary (end)	Service Span
Lecturer	271	455	20 years
Lecturer (senior scale)	338	513	16 years
Lecturer (selection grade) or reader	405	616	15 years
Professor	553	754	13 years

Quelle: Jayaram 2002, S. 222.

Indien hat nicht nur eines der größten Hochschulsysteme der Welt, es hat auch ein großes und punktuell sehr leistungsfähiges Forschungssystem. Der Forschungssektor ist aber insgesamt stark parzelliert und intransparent. Vieles ist historisch gewachsen. Redundanzen und Koordinationsprobleme kennzeichnen den Sektor (u.a. Singh 2004). Es gibt eine Reihe von Exzellenz-„Inseln“, in denen technologische und wissenschaftliche Spitzenleistungen erbracht werden. Viele dieser Forschungsinseln können sich problemlos mit Forschungseinrichtungen westlicher Industrienationen messen, teilweise überholen sie bereits westliche Spitzenleistungen. Von zahlreichen Experten und in offiziellen Berichten wird aber bemängelt, dass die Forschungsqualität der Universitäten vielfach nachlässt.

Das Gros der Forschung erfolgt in staatlichen Forschungseinrichtungen. Es gibt etwa 400 Forschungsinstitute, die der Bundesregierung unterstehen. Hinzu kommen etwa 170 Forschungseinrichtungen der Bundesstaaten. Zudem betätigen sich etwa 240 der über 300 Universitäten im Bereich der Forschung. Zu den etwa 30 „Centers of Excellence“, an denen Spitzenforschung betrieben wird, zählen neben den „Indian Institutes of Technology“ und dem „Indian Institute of Science“ folgende Einrichtungen:

- das „Center for Development of Telematics“ (C-DOT),
- das „Nuclear Science Center“,
- das „National Institute of Immunology“,
- das „International Center for Genetic Engineering and Biotechnology“.

Spitzenleistungen auf dem indischen Forschungssektor werden in folgenden Bereichen erzielt: Weltraumforschung und Weltraumtechnik, Kernenergie, Verteidigungsforschung, chemische Forschung und Informationstechnologien.

„Der Ehrgeiz, auf fast allen Forschungsgebieten Eigenständigkeit erlangen zu wollen, führt (allerdings) zu einer starken Aufsplitterung der finanziellen und personellen Mittel mit dem Ergebnis, dass Indien in vielen Bereichen moderner Hochtechnologie die erstrebte Unabhängigkeit nicht erreicht hat.“ (BMBF Internationales Büro 2005).

#### 4.5 Hochschulpolitik und Bildungsplanung

Das indische Hochschulsystem ist ein *föderales System*. Die Zuständigkeit für Bildungspolitik liegt prinzipiell bei den Bundesländern. Da aber der Grundsatz gilt, dass Bundesrecht Landesrecht bricht, erfolgt de facto eine „Überregulierung“ durch die Bundesregierung und deren nachgeordnete Behörden.

Die Entwicklung des Hochschulwesens fällt prinzipiell in die Zuständigkeit des *Ministry of Human Resources Development*. Für die landesweite Koordination der Hochschulbildung, die Festsetzung und Überprüfung von Standards für die Lehre, für Prüfungen und für die Forschung an Universitäten sowie für die Zuweisung der öffentlichen Hochschulmittel an die Universitäten und Colleges wurde in den 1950er Jahren die *University Grants Commission (UGC)* eingesetzt. Sie wurde nach dem Vorbild der gleichnamigen britischen Institution gegründet und stellt ein Bindeglied zwischen der Bundesregierung, den einzelnen Staaten der Föderation und den Hochschulen dar. Sie berät die Hochschulpolitik auf allen Ebenen in Bezug auf die Entwicklung des Hochschulsektors. Der Hauptsitz der UGC ist in New Delhi, daneben gibt es sechs Außenstellen in Pune, Hyderabad, Kolkata, Bhopal, Guwahati und Bangalore.

Der UGC sind so genannte *Professional Councils* zugeordnet. Diese sind für die Anerkennung von Studiengängen und die Vergabe von Stipendien im grundständigen Studium zuständig. Die folgenden „Fachbehörden“ (statutory professional councils) sind gesetzlich verankert:

- „All India Council for Technical Education“ (AICTE). Er koordiniert und überwacht Bildungsangebote von der Lehre bis zur Promotion in den Bereichen Ingenieurwissenschaften, Technologie, Architektur, Stadtplanung, Management, Pharmazie und weiteren,
- „Distance Education Council“ (DEC),
- „Indian Council for Agriculture Research“ (ICAR),
- „Bar Council of India“ (BCI),
- „National Council for Teacher Education“ (NCTE),
- „Rehabilitation Council of India“ (RCI),
- „Medical Council of India“ (MCI),
- „Pharmacy Council of India“ (PCI),
- „Indian Nursing Council“ (INC),
- „Dentist Council of India“ (DCI),
- „Central Council of Homeopathy“ (CCH),
- „Central Council of Indian Medicine“ (CCIM).

Wie wichtig Bildung für die wirtschaftliche Entwicklung ist, hat Indien erkannt. Allerdings ist das Bildungsressort in der nationalen politischen Hierarchie nicht hoch angesehen, so dass es häufig von politischen Außenseitern besetzt wird. Des Weiteren ist das Bildungsministerium durch eine hohe Fluktuation im Personalbe-

reich gekennzeichnet (Singh 2004, S. 179f.). Obwohl sich das indische Hochschulsystem seit der Kolonialzeit um das 20- bis 30fache, in manchen Staaten gar um das 40- bis 50fache vergrößert hat, ist die Zahl der Personalstellen in den dafür zuständigen Ministerien und Behörden nicht entsprechend angeglichen worden (Singh 2004, S. 88). Zudem setzt die neue Regierung ihren Schwerpunkt eher auf die Primar- und Sekundarbildung als auf die Hochschulen.

Der Teil des Bruttoinlandsprodukts, der in *Hochschulbildung investiert* wird, ist in Indien in den vergangenen Jahrzehnten real deutlich gesunken. Nach Angaben einer Studie indischer Wissenschaftler an der Harvard University sank der Anteil der Ausgaben für die Hochschulen am Bruttoinlandsprodukt von 1 Prozent in den 70er Jahren, auf 0,35 Prozent in der Mitte der 90er Jahre, bis er sich gegen Ende der 90er Jahre bei 0,6 Prozent des BIP einpendelte (Kapu und Bhanu Mehta 2004, S. 5).

Die wichtigsten aktuellen hochschulpolitischen Leitlinien schreibt der „Zehnte Plan“, der so genannte *X-Plan*, der University Grants Commission fest (Laufzeit 2002 bis 2007). Der Zehnte Plan analysiert zukünftige Anforderungen an den Hochschulsektor und definiert Entwicklungsziele. Dabei wird differenziert zwischen globalen und nationalen Herausforderungen. Eine der wesentlichen nationalen Herausforderungen liegt nach Ansicht der UGC darin, auf dem Hochschulsektor eine Balance zwischen Qualität und Quantität herzustellen. Die Ziele des so genannten X-Plans beziehen sich im Einzelnen auf (UGC 2003, S. 125):

- die Relevanz der Hochschulbildung,
- Qualität, Evaluation und Akkreditierung,
- Forschung und Entwicklung,
- Kooperationsaktivitäten zwischen Wirtschaft und Gesellschaft (einschließlich lebensbegleitendem Lernen),
- Wissen und die Anwendung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien,
- Management und Finanzierung,
- Export von Hochschulbildung und Reorientierung in der internationalen Kooperation.

Der Zehnte Plan zielt zudem auf eine substanzielle Erhöhung des Anteils der Studierenden von derzeit etwa sieben Prozent auf zehn Prozent eines Altersjahrgangs. Neben der Frauenförderung wurde ein besonderes Augenmerk auf den Master- und Doktorandenbereich in den Ingenieurwissenschaften und technischen Studiengängen gelegt. Die Zahl der Studienangebote auf Master- und Doktorandenniveau in diesen Studienrichtungen soll bis 2009 verdoppelt werden (UGC 2004, S. 144). Außerdem wurden die staatlichen Stipendien für Masterstudierende und Doktoranden erhöht und ausgeweitet. Darüber hinaus wurde die Studiendauer der Master of Technology Studiengänge von 18 auf 24 Monate verlängert, es wurden

20 neue Forschungsgruppen eingerichtet und 15 nationale gut dotierte Professuren ausgeschrieben.

2003 wurden die ersten Maßnahmen zur *Umsetzung des „X-Plans“* eingeleitet. Im Großen und Ganzen blieb es bisher jedoch nur ein Plan. Die 2004 neu ins Amt gekommene Regierung hat die Umsetzung des „X-Plans“ zurückgestellt, weil sie eine Überforderung des Hochschulsystems und der einzelnen Hochschulen befürchtet. Dies wurde von der indischen Rektorenkonferenz mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen. Sie lehnt die Hochschulreform ab und beschäftigt sich vor allem mit dem Engagement der Universitäten für benachteiligte Bevölkerungsgruppen, etwa durch das Engagement von Hochschullehrern und Studierenden in der Gemeindefarbeit, der freiwilligen Erwachsenenbildung oder im Pflegedienst (Podewils 2005, S. 187).

Die *Haltung der Regierung gegenüber ausländischen Bildungsanbietern* kann als eher defensiv und protektionistisch gelten, insbesondere dann, wenn der Anschein eines kommerziellen Interesses besteht, der sich nicht mit den nationalen Entwicklungszielen vereinbaren lässt. Die Bereitschaft zu Bildungsk Kooperationen ist aber durchaus gegeben, wie das jüngste Abkommen zwischen dem indischen Department of Science and Technology (DST) und der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Bereich der Graduiertenkollegs belegt.

Die mangelnde hochschulpolitische Stringenz der Bundesregierung, die bürokratische Überregulierung und insbesondere auch der Rückgang der Haushaltsmittel für die Hochschulen werden von vielen Seiten kritisiert. Es wird darauf hingewiesen, dass die (zentral)staatliche Ernennung der Professoren dazu führe, dass freie Stellen vor allem mit Anhängern der politischen Richtung der Regierung besetzt würden.<sup>2</sup> Zudem führten die staatlichen Rahmenrichtlinien für Curricula zu irrelevanten und überholten Bildungsinhalten. Daneben herrschten an den Hochschulen Korruption und mangelnde Disziplin (vgl. u.a. Kapu und Bhanu Mehta 2004, Pai 2004). Auch wird bemängelt, dass das „Affiliate College System“ sich über die Maßen ausgeweitet habe und Mega-Institutionen hervorgebracht habe, die nicht mehr vernünftig zu administrieren seien. Dies führe zudem zu enormen logistischen Problemen bei den (zentralisierten) Examensprüfungen.

Seit 1990 wird im Rahmen von „structural adjustment reforms“ im College-Sektor die Privatisierung vorangetrieben. Durch die Privatisierung und eine stärkere Wettbewerbsorientierung erhofft man sich, die Effizienz des Systems zu steigern. Gegenüber einer möglichen Privatisierung auch der Universitäten bestehen allerdings umfassende Bedenken (Stella 2002, S. 40). Der Aufbau privater Studienangebote gelang vornehmlich im Bereich der berufsorientierten Studiengänge,

---

2 Im Bereich der Medizin wurde nach starken Protesten nun allerdings durchgesetzt, dass die Universitäten Autonomie bei der Ernennung von Professoren erhalten.

da das staatliche Angebot in arbeitsmarktrelevanten Disziplinen wie der Informations- und Biotechnologie und Management nicht ausreichend war.

Die Privatisierung der Colleges schreitet in den südlichen Bundesstaaten besonders rasch voran. Daraus ergeben sich aber zum Teil erheblich Qualitätsprobleme. Es ist vermehrt zu beobachten, dass privat geführte „General Education Colleges“ insbesondere in den ländlichen Gegenden nicht über die nötigen akademischen Standards verfügen (Stella 2002, S. 40f.). Die hohe studentische Nachfrage führt dazu, dass Investoren vermeintlich gewinnträchtige Studiengänge aufbauen. Allerdings gibt es keine gesicherten Berichte, ob tatsächlich mit den Studiengebühren auch Gewinne erwirtschaftet werden. Auch ist nicht immer klar, welches Konzept hinter den Neugründungen steht. Nach Expertenmeinung (u.a. Bhanu Mehta 2005) wäre die Expansion des Hochschulsektors sogar noch größer, wenn es nicht das „Korsett“ der vielschichtigen Hochschulgesetzgebung gäbe.

Die Zuständigkeit für *angewandte Forschung* liegt auf nationaler Ebene beim *Ministry of Science and Technology*. Das Ministerium verfügt über drei Fachdepartments:

- *Department of Science and Technology (DST)*, dieses ist zuständig für die allgemeine Forschungspolitik des Landes, die Koordinierung der staatlichen Forschung sowie für die finanzielle Förderung von etwa 20 über das gesamte Land verteilten kleineren Forschungsinstituten und bestimmten Forschungsprogrammen. Darüber hinaus ist das DST zuständig für das „Technology Development Board“, das wiederum zuständig für die Finanzierung gemeinsamer Forschungsprojekte von Forschungseinrichtungen und der Industrie ist. Zudem fällt die internationale Zusammenarbeit in Forschung und Technologie mit anderen Ländern und internationalen Organisationen in den Aufgabenbereich des DST. Das DST ist einer der Hauptansprechpartner für die deutschen Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen (etwa DAAD, BMBF und MPG). Dem DST ist auch der „Technology Information, Forecasting and Assessment Council“ (TIFAC) unterstellt, der für die Technologiefolgenabschätzung zuständig ist.
- *Department of Scientific and Industrial Research (DSIR)*, das DSIR hat mehr als 22.000 Mitarbeiter. Ihm unterstehen 40 Forschungszentren (CSIR) in ganz Indien. Es ist die wichtigste Einrichtung der staatlich geförderten Forschung außerhalb der Themenfelder Kern-, Weltraum-, Verteidigungs- und Agrarforschung.
- *Department of Biotechnology (DBT)*, dem DBT unterstehen eine Reihe international renommierter Forschungseinrichtungen wie das „National Institute of Immunology“ (Neu Delhi), das „National Center for Cell Science“ (Pune), das „National Center for Plant Genome Research“ (Neu Delhi) und das „International Center for Genetic Engineering and Biotechnology“ (Neu Delhi und Triest).

Das übergeordnete Ziel der indischen Forschungspolitik ist, Indien innerhalb der nächsten Dekade zu einer „Supermacht des Wissens“ zu machen. Die Forschungsschwerpunkte werden von einer Planungskommission in Fünf-Jahresplänen festgelegt. Diese Forschungsschwerpunkte spiegeln nationale Interessen wider wie etwa die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung, die verbesserte Gesundheitsvorsorge, die Erhöhung des Lebensstandards und die Bekämpfung der Armut. Der zehnte Fünf-Jahresplan (2003-2007) legt folgende Forschungsschwerpunkte fest:

- Informationstechnologie,
- Biotechnologie,
- Raumfahrt,
- Wettervorhersage,
- Katastrophenmanagement,
- Telemedizin und Tele-Bildung,
- Förderung und Nutzbarmachung der Potenziale der traditionellen Medizin,
- Nanotechnologie.

Ob Indien allerdings derzeit die geeignete Forschungsinfrastruktur hat, diese ehrgeizigen Ziele im vorgegebenen Zeitraum auch tatsächlich zu erreichen, mag bezweifelt werden. Unter anderem soll analog zu dem amerikanischen Silicon Valley in Indien ein so genanntes „Genom Valley“ im Bereich der Biotechnologie aufgebaut werden.

#### 4.6 Hochschulrelevante Gesetzgebung

Durch die Zuständigkeit sowohl des Bundes als auch der Länder ist die indische Hochschulgesetzgebung komplex ausgestaltet. Zudem steckt sie voller Widersprüche und ist geprägt von Diskontinuitäten durch häufige Neuerungen. Die koordinierenden Behörden (u.a. der University Grants Commission) sind mit den *Fehlentwicklungen* überfordert, was mittlerweile zu einer breiten Unzufriedenheit zahlreicher Interessensgruppen des Hochschulsektors (Arbeitgeber, Studierende, Lehrende etc.) geführt hat.

Für die Fragestellung der vorliegenden Studie besonders interessant ist die *Gesetzgebung für private Hochschulen*. Indiens Verfassung billigt verschiedenen religiösen und sprachlichen Minderheiten das Recht zu, eigene gemeinnützige Hochschulen zu unterhalten. Auf dieser Grundlage verfügen gemeinnützige Hochschulen in privater Trägerschaft, die teilweise durch vom Staat finanziert werden, über eine gewisse Tradition. Wie bereits dargestellt, wächst aber insbesondere im College-Sektor die Zahl der sich über Studiengebühren selbst finanzierenden Einrichtungen. Dieser Typ privater Hochschulen wird zum Teil in Form von indisch-ausländischen Kooperationen getragen und ist seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre stark gewachsen. Er setzt dort an, wo staatliche Hochschulen Defizite aufzeigen: Private Colleges bieten eine Qualitätsausbildung mit modernen Inhalten

an, insbesondere in den berufsorientierten Fachrichtungen. Einige *private Colleges* sind jedoch auch rein kommerzielle Unternehmen („degree mills“), die oft auf die Initiative eines Politikers oder Unternehmers zurückgehen. In Bezug auf gewinnorientierte Hochschulen kann heute von einer Asymmetrie zwischen Hochschulpolitik und -praxis gesprochen werden „The present situation is one of de jure non-acceptability but de facto acceptability of ‚for profit‘ and private institutions in India“ (Kapu und Bhanu Mehta 2004, S. 5f.). In der politischen Praxis sieht es so aus, dass „de jure“ gegen die Privatisierung agiert wird, sie de facto jedoch ungeachtet aller politischen Deklamationen fortgeführt wird.

1995 wurde ein nationales Gesetz für *private Universitäten* im Oberhaus des Parlaments diskutiert. Der Gesetzentwurf stieß sowohl bei den etablierten als auch bei potentiellen Gründern privater Universitäten auf Widerstand. Den potentiellen Gründern gingen die vorgeschlagenen staatlichen Rahmenvorgaben zu weit (u.a. Bildung eines Sicherungsfonds in Höhe von etwa 2 Mio. US \$, Vollstipendien für 30 Prozent der Studierenden sowie staatliches Monitoring und Rechtsaufsicht), während die etablierten Universitäten sie als unzureichend ansahen, um Lehrqualität zu sichern bzw. Kommerzialisierung zu vermeiden.

Nachdem in den 1990er Jahren auch weitere Versuche der Zentralregierung, den gewinnorientierten Privatsektor zu regulieren, fehlschlagen, ist man dazu übergegangen, denjenigen privaten Colleges den Status von „*Deemed Universities*“ zu gewähren, die in Übereinstimmung mit den nationalen Entwicklungszielen stehen und Kriterien entsprechen, die von der University Grants Commission und anderen maßgeblichen Einrichtungen festgelegt worden sind. In dem University Grants Commission Act (2000) wird u.a. festgelegt, dass „*Deemed Universities*“ in Bezug auf fachliche Kompetenz und Management der Idee der Universität und ihrer Traditionen entsprechen müssen.

Einige Bundesstaaten sind in den letzten Jahren dazu übergegangen, eine eigene Gesetzgebung für private, sich selbst tragende Hochschulen zu erlassen. Als erster hat der im Jahr 2000 neu gegründete *Bundesstaat Chhattisgarh* im östlichen Landeszentrum im Jahr 2002 ein Landesgesetz für private Hochschulen verabschiedet (Gupta 2004 u. 2005). Der neu gegründete Bundesstaat Uttaranchal folgte unmittelbar, mit dem Resultat, dass dort innerhalb weniger Monate vier neue private Hochschulen gegründet wurden. 2003 kam es, ausgelöst durch massive Kommerzialisierungstendenzen in verschiedenen Bundesstaaten, erneut zu einem Rechtsstreit über die privaten Hochschulen mit hohen Studiengebühren, mit der Folge, dass das Oberste Gericht androhte, den privaten Hochschulen, die „capitation fees“ zum Kauf eines Studienplatzes verlangten, die Zulassung zu entziehen. Eine weitere Klage des ehemaligen Vorsitzenden der UGC folgte 2004, in der das Oberste Gericht aufgefordert wurde, die Verfassungsmäßigkeit der Landesgesetzgebung für private Hochschulen in Chhattisgarh zu prüfen.

Es entbrannte eine heiße öffentliche Diskussion, in der sich eine *Föderalismusdebatte* mit einer Debatte um private Hochschulbildung vermischte. Die Einmischung des Supreme Court in Bundesstaatsangelegenheiten und die quasi Dopplung der Gesetzesgrundlagen – Statuten der UGC und der anderen zuständigen Fachbehörden sowie Gesetzgebung der einzelnen Bundesstaaten – wurden kritisiert. Viele Stimmen forderten eine Deregulierung, um dem Hochschulsektor im Umgang mit der gestiegenen Studiennachfrage mehr Flexibilität zu verleihen. Die Gegner einer Deregulierung warnten aber vor Intransparenz und einer Kostenexplosion durch unterschiedliche Anerkennungsprozeduren (u.a. Bhanu Mehta 2005).

Im Februar 2005 fällte der *Oberste Gerichtshof* dann ein erneutes Urteil, in dem er fast alle privaten Universitäten, die unter dem „Chhattisgarh Act“ gegründet wurden, für illegal erklärte. Der Bundesstaat Chhattisgarh wurde angehalten, im Sinne seiner Verantwortung für die Studierenden der betroffenen Hochschulen dafür zu sorgen, dass eine Anbindung der privaten Colleges an die staatlichen Universitäten erfolgt. Dieses Urteil stellt kein allgemeines Verbot für private Hochschulen dar. Es richtet sich lediglich gegen die Landesgesetze von Chhattisgarh, die nach Meinung des Obersten Gerichts nicht ausreichend ausgearbeitet und mit anderen Statuten und Gesetzen auf Bundesebene nicht konform waren. Insbesondere wurde bemängelt, dass in den Regularien keine ausreichenden qualitätssichernden Maßnahmen definiert wurden.

Ein weiteres Urteil des Obersten Gerichtshofs, das 2005 für Furore sorgte, erklärte die bisherige bundesstaatliche Festlegung der *Kastenquoten für die privaten Hochschulen* als nicht rechtmäßig.

Für die Zulassung neuer Hochschulen und Studiengänge hat die University Grant's Commission 1994 den landesweit tätigen, unabhängigen *National Assessment and Accreditation Council (NAAC)* mit Sitz in Bangalore eingesetzt. Diese qualitätssichernde Behörde hat eine Reihe von Richtlinien und Handbüchern für die Qualitätsprüfung und die institutionelle Akkreditierung herausgegeben. Auf der Homepage finden sich auch Berichte über Akkreditierungen von Hochschulen. Das im April 2007 neu in Kraft getretene Verfahren für die institutionelle Akkreditierung kann ausdrücklich auch auf ausländische Institutionen angewandt werden, die in Indien aktiv werden möchten. Es sollen für akkreditierte Hochschulen nur noch die drei Qualitätsstufen A, B und C unterschieden werden statt einer zuvor neunstufigen Bewertungsskala.

Lange machte die Hochschulpolitik keinen Unterschied zwischen inländischen privaten und *ausländischen Hochschulen*. Da aber der Druck auf den indischen Hochschulmarkt durch Angebot und Nachfrage größer wurde und im Rahmen der GATS-Verhandlungen auch eine neue Dimension bekam, wurden erstmals 2003 und dann nochmals Mitte 2005 zunächst für den vom „All India Council for Technical Education“ betreuten Bereich der so genannten professionellen Studiengänge (vor allem Ingenieurwissenschaften, Betriebswirtschaft und Informationstechnologie) Regelungen für die Zulassung bzw. Registrierung ausländischer

Studienanbieter erlassen (Regulations for entry and operation of Foreign Universities in India imparting Technical Education, AICTE 2005). Der Text der Regelungen kann auf der Homepage des AICTE abgerufen werden. Sie beziehen sich auf alle ausländischen Hochschulen, die eigenständig oder in Zusammenarbeit mit einheimischen Hochschulen in Indien aktiv werden möchten bzw. bereits sind. Im Einzelnen verfolgen sie folgende Zielsetzungen:

- 1) Vereinfachung der Zusammenarbeit und der Partnerschaft zwischen indischen und ausländischen Hochschulen im Bereich der technischen Ausbildung und Forschung,
- 2) Vereinheitlichung der Handlungsgrundlage bereits in Indien operierender ausländischer Hochschulen,
- 3) Bewahrung der studentischen Interessen und Gewährleistung einheitlicher Standards und Normen,
- 4) Rechenschaftslegung aller Anbieter in Indien,
- 5) Sicherheit gewähren vor Universitäten und Institutionen, die in ihrem Heimatland nicht akkreditiert sind,
- 6) Bewahrung der nationalen Interessen und die Möglichkeit der Strafverfolgung bei Nichtbeachtung der Gesetze auf Fall zu Fall-Basis.

Es gibt nun eine Ex-ante- und eine Ex-post-Überprüfung aller ausländischen Anbieter. Seit Verabschiedung der Regularien – also ab Mai 2005 – ist es keiner ausländischen Institution mehr erlaubt, ohne ausdrückliche Zustimmung des AICTE in seinem Zuständigkeitsbereich alleine oder in Zusammenarbeit mit indischen Hochschulen Studienangebote und Bildungsdienstleistungen anzubieten. Das *Franchising* ausländischer Studienangebote an indische Hochschulen wird verboten.

Zunächst wird ein ausländischer Anbieter registriert. Sobald die zweite Studienkohorte einen Studiengang durchlaufen hat, erfolgt eine Akkreditierung über den „National Accreditation and Assessment Council“ (NAAC). Für die Registrierung wird ein Expertenkomitee eingesetzt, das die antragstellende Institution besucht und feststellt, ob die vorgegebenen Standards und Normen bezüglich Ausstattung und Infrastruktur eingehalten werden. Es folgt eine eingehende Prüfung der Qualität des Bildungsangebots, der Güte des Projektantrags und der Glaubwürdigkeit der ausländischen Hochschule und ihrer indischen Partner. Entsprechend der Empfehlungen des Expertenkomitees wird dann ein „Certificate of Registration“ ausgestellt. Diese Registrierung wird für eine zeitlich befristete Periode ausgesprochen, wobei die Dauer der Befristung in den Regularien nicht spezifiziert wird. Sie ist Voraussetzung für eine spätere Akkreditierung und kann jederzeit rückgängig gemacht werden, wenn es zu Verstößen des Anbieters kommt. Nach ihrer Registrierung ist die ausländische Hochschule den indischen Hochschulen gleichgestellt.

Als Bedingungen für die *Registrierung einer ausländischen Hochschule* werden folgende Punkte aufgeführt:

- a) Ausländische Hochschulen müssen sich entweder selbst in Indien niederlassen oder mit einer indischen Institution zusammenarbeiten, die selbst nach dem Society/Trust Act oder einem entsprechendem Gesetz etabliert wurde. Indische Hochschulen dürfen nur mit solchen ausländischen Partnern zusammenarbeiten (collaboration/partnership/twinning), die bereits existieren und rechtmäßig beim AICTE registriert wurden;
- b) Anerkennung der in Indien verliehenen Abschlüsse und erworbenen Studienleistungen im Heimatland der ausländischen Hochschule;
- c) Äquivalenz zu indischen Abschlüssen;
- d) bei kooperativen Studienangeboten wird die Äquivalenz durch das „Standing Committee“ des AICTE (mit Repräsentanten von UGC sowie der „Association of Indian Universities“) geprüft;
- e) die Ausstattung muss fertig gestellt sein und die Studienanforderungen müssen vor Aufnahme des Lehrbetriebs öffentlich gemacht werden;
- f) Studienangebote, die die nationalen Interessen Indiens verletzen, sind verboten;
- g) die Höhe der Studiengebühren und die Zahl der aufzunehmenden Studierenden (Kapazität) werden nach Anhörung der ausländischen Hochschule durch den AICTE festgelegt.<sup>3</sup> Der AICTE kontrolliert bzw. standardisiert auch Verfahren der Zulassung der Studierenden und der benötigten Eingangsqualifikationen;
- h) innovative Ansätze werden nur zugelassen, wenn sie sich entweder im Herkunftsland oder in Indien bereits bewährt haben;
- i) die Zulassungskriterien, Eingangsvoraussetzungen, Gebühren, Prüfungen und Evaluationsmechanismen müssen im Vorhinein festgelegt werden und dürfen sich nicht wesentlich von denen im Herkunftsland unterscheiden;
- j) es liegt in der Verantwortung der ausländischen Hochschulen, beim NAAC die Akkreditierung zu beantragen, sobald die ersten beiden Jahrgänge das Studium abgeschlossen haben;
- k) die Studienzentren der ausländischen Hochschulen werden auch dann als ausländische Studienzentren behandelt, wenn sie von einer indischen Hochschule verwaltet werden;
- l) die ausländische Hochschule ist gehalten, sich nach den Empfehlungen des AICTE in Bezug auf Zulassung, Eingangsqualifikation, Durchführung der Studienangebote etc. zu richten;
- m) in Streit- oder Zweifelsfällen hat der Sekretär des Bildungsministeriums der indischen Zentralregierung Entscheidungsbefugnis.

---

3 Dies wurde mit Beschluss des Supreme Court am 12.8.2005 allerdings für ungültig erklärt.

Eine Reihe von Einzelpunkten in diesen Regelungen können sehr weit *ausgelegt* werden. Vor allem werden die „nationalen Interessen Indiens“, mit denen die Lehrangebote der ausländischen Anbieter im Einklang stehen müssen, nicht präzisiert. Das „Observatory on Borderless Higher Education“ berichtet, dass bis 2005 lediglich zwei ausländische Anbieter vom AICTE registriert wurden (vgl. Agarwal 2007).

#### 4.7 Bedarfsprofil

Wie oben bereits erwähnt, kann der indische Hochschulsektor trotz seiner rasanten Expansion in den vergangenen Jahrzehnten der Nachfrage nach Hochschulbildung weder in quantitativer noch in qualitativer Hinsicht wirklich entsprechen. Die Studierendenzahlen hatten in den letzten 20 Jahren jährliche Zuwachsraten von rund fünf Prozent. Diese *Wachstumsrate* ist etwa zweieinhalb Mal größer als die Wachstumsrate der Bevölkerung. Dennoch besuchen nur etwa sieben Prozent eines Altersjahrgangs die Hochschulen, was für ein Schwellenland wie Indien wenig ist, wenn man es dem asiatischen Durchschnitt von elf Prozent pro Kohorte gegenüberstellt. Die Teilnahme variiert jedoch regional sehr stark.

Das unzureichende Studienangebot im Land erklärt das hohe Abwandern von (zahlungskräftigen) indischen Eliten zum *Studium ins Ausland*. In Indien entscheidet sich jedes Jahr die nach China weltweit zweithöchste Anzahl von Studierenden für ein Auslandsstudium (über 120.000, was allerdings lediglich rund 3 Prozent aller indischen Studierenden entspricht). Die indischen Studierenden gehen ganz überwiegend erst nach Abschluss eines grundständigen Studiums ins Ausland. Unter ihnen sind ca. ein Drittel Absolventen herausragender indischer Hochschulen (IITs), die ihr Studium in den USA fortsetzen und meistens nicht in ihr Heimatland zurückkehren (Altbach 2005).

Eine gute Hochschulausbildung gilt als Garant für eine sichere Beschäftigung. Hochschulexperten berichten, dass bei den *Gründen für ein Hochschulstudium* das Streben nach einer guten Beschäftigungsmöglichkeit gegenüber dem eigentlichen Fachinteresse oder Forschungsinteresse oftmals überwiegt. Diese Haltung wird teilweise damit erklärt, dass es für Tätigkeiten im Bereich der Forschung bis vor wenigen Jahren keinen „Markt“ außerhalb des Schul- und Hochschulsektors gab. Firmen stellten bevorzugt Akademiker aus dem Ausland ein („Einkaufen“ von Know-how). Es wird aber auch berichtet, dass sich diese Entwicklung langsam umkehrt und zwar in dem Sinne, dass gezielt indische Absolventen aus den USA wieder „zurückgeworben“ werden.

Bislang *ungeddeckte Studiennachfrage* wird vor allem in folgenden Segmenten gesehen:

- grundständige Studiengänge mit kompakten Studieninhalten und Praxisanteilen (Bachelor),
- moderne Curricula mit explizitem Arbeitsmarkt- bzw. Praxisbezug,

- interdisziplinär ausgerichtete Curricula, die neue Wissenschaftsfelder und Arbeitsmarktnischen berücksichtigen,
- postgraduierte, forschungsorientierte Studiengänge, insbesondere Doktorandenstudiengänge mit konkretem Berufsfeldbezug.

Auch wenn die Gesamtzahl der *Frauen* an den Hochschulen gestiegen ist, so besteht hier doch immer noch eine besondere Nachfrage. Nach Aussage von Experten wählen zahlreiche gut ausgebildete Frauen in Indien natur- und oder ingenieurwissenschaftliche Studiengänge. Bei den Frauen, die ihren Weg in das Hochschulsystem gefunden haben, gibt es nicht die „typischen“ Frauenstudiengänge, die man in zahlreichen anderen Ländern antrifft; der Anteil der Frauen in den Natur- und Ingenieurwissenschaften ist relativ hoch.

Nach Aussagen des Hochschulexperten Bhushan (Bhushan 2005) ist der Bedarf an ausländischen Abschlussgraden bei den Kindern der „new middle class“ enorm hoch, jedoch verfügen nicht alle über die notwendigen finanziellen Mittel für ein Auslandsstudium. Es besteht daher eine große Nachfrage nach ausländischen Bildungsangeboten und Abschlüssen im Land. Diese Einschätzung wird von zahlreichen Bildungsexperten geteilt (u.a. Kapu und Bhanu Mehta 2004).

Im Weiteren soll die internationale *Mobilität* indischer Studierender als Indikator für die Nachfrage nach ausländischen Studienangeboten näher betrachtet werden. Die mit Abstand größte Gruppe der indischen Auslandsstudierenden studiert bislang in den USA (76,0 %). Ein weitaus geringerer Anteil in Australien (11 %) und in Großbritannien (7%). Obwohl lediglich 2,5 Prozent der indischen Auslandsstudierenden an deutschen Hochschulen studieren (OECD 2004, S. 310-311), steht Deutschland an vierter Stelle der Zielländer mobiler indischer Studierender.

**Tabelle 2: Die 10 wichtigsten Zielländer mobiler indischer Studierender**  
(Ranking nach Durchschnittswerten)

Zielländer	Durchschnitt	Studierende			
		1998/1999	1999/2000	2000/2001	2001/2002
1. USA	49.584	34.504	...	47.411	66.836
2. Australien	4.138	...	3.697	4.578	...
3. Großbritannien	4.062	3.922	3.962	4.302	...
4. Deutschland	1.474	1.004	1.282	1.412	2.196
5. Kanada	806	745	867	...	...
6. Kasachstan	599	601	619	577	...
7. Vatikanstaat	373	373	...	...	...
8. Malaysia	259	97	91	714	133
9. Saudi Arabien	246	230	262	...	...
10. Neuseeland	210	...	73	201	355

Quelle: UNESCO Institute for Statistics 2004.

Der US-amerikanischen „Open Doors“-Statistik zufolge waren im akademischen Jahr 2002/2003 fast 80.000 indische Studierende in den USA eingeschrieben, ganz überwiegend in weiterführenden Studiengängen. Nachdem die Zahl indischer Studierender in den USA 2002/03 gegenüber dem Vorjahr bereits um zwölf Prozent gestiegen war, konnte sie von 2002/03 auf 2003/04 um weitere sieben Prozent steigen.

**Tabelle 3: Studierende aus Indien in den USA**

	2002/03	2003/04		Veränderung
		Absolut	in Prozent	02/03 – 03/04 in Prozent
Erststudierende	13.813	13.531	17,0	-2,0
Graduierte	58.322	63.013	79,0	+8,0
Andere	2.467	3.192	4,0	+29,4
Gesamt	74.603	79.736	100,0	+6,9

Quelle: Chin 2004, 2005.

Auch in *Australien* ist die überwiegende Mehrheit der indischen Studierenden in weiterführende Studiengänge eingeschrieben (rund drei Viertel). Nahezu die Hälfte der indischen Gaststudierenden studiert ein Fach aus dem Bereich Informationstechnologie. Des Weiteren ist rund ein Drittel der Studierenden der Betriebswirtschaft und mehr als ein Fünftel den Ingenieurwissenschaften zuzurechnen. Die australische Regierung ist bestrebt, ihre Zusammenarbeit mit Indien auszubauen. Anfang 2006 wurden die mit umgerechnet 2,1 Mio. € dotierten „Endeavour India Research Fellowships“ eingerichtet. Sie finanzieren Kurzaufenthalte im jeweils anderen Land für Hochschulabsolventen und Postdocs.

An *britischen Hochschulen* studierten der landeseigenen Statistik zufolge im Jahr 2002/03 zirka 10.500 indische Studierende, hier sogar 80 Prozent in weiterführenden Studiengängen (HESA Student Record 2002/2003). Die Wirtschaftswissenschaften sind am stärksten nachgefragt, hier findet sich ungefähr ein Drittel der indischen Studierenden (3.455). Die Fächergruppe der Ingenieurwissenschaften ist mit insgesamt 2.135 Studierenden ebenfalls stark nachgefragt. Unter allen ingenieurwissenschaftlichen Studierenden sind drei Viertel (750) in der Fachrichtung Elektronik und Elektrotechnik eingeschrieben.

Die Zahl der indischen Studierenden in *Deutschland* ist mit über 4.249 in 2004/05 zwar weniger als halb so groß wie die Zahl indischer Studierender in Großbritannien, ist aber in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Die Zahl der indischen Bildungsausländer in grundständigen Studiengängen an deutschen Hochschulen hat sich zwischen dem Wintersemester 2001/02 und dem Wintersemester 2003/04 fast verdoppelt (+ 87 %). In weiterführenden Studiengängen ist die Zahl indischer Studierender noch stärker gewachsen (um 134 % auf 1.534).

Die Zahl der Doktoranden stieg von 265 auf 689. Der Fächerschwerpunkt liegt im *grundständigen Bereich* auf den Ingenieurwissenschaften. Von den 663 indischen Studierenden in den Ingenieurwissenschaften studierten 2003/04 289 Elektrotechnik, 286 Maschinenbau und Verfahrenstechnik. Die Fächergruppe „Mathematik und Naturwissenschaften“ wurde von 370 Studierenden belegt, von denen 322 Informatik studierten.

**Tabelle 4: Indische Vollzeitstudierende in Großbritannien 2002/03**

Subject Group	Undergraduate	Postgraduate	Total
Medicine & dentistry	5	82	87
Subjects allied to medicine	125	197	322
Biological sciences	70	330	400
Veterinary & Agriculture & related subjects	5	60	65
Physical sciences	20	160	180
Mathematical sciences	385	1.650	2.035
Engineering & technology	450	1.685	2.135
Architecture, building & planning	25	120	145
Social, economic & political studies	125	360	485
Law	95	250	345
Business & administrative studies	835	2.620	3.455
Librarianship & information science	25	100	125
Languages	85	55	140
Humanities	15	95	110
Creative arts & design	135	120	255
Education	5	160	165
Combined/Invalid code supplied	-	5	5
<b>Total</b>	<b>2.405</b>	<b>8.044</b>	<b>10.449</b>

Quelle: Higher Education Statistics Agency (HESA) Student Record 2002/2003.  
Werte auf das nächste Vielfache von 5 gerundet.



**Tabelle 5: Bildungsausländer-Studierende aus Indien in Deutschland 2003/04**

Fächergruppen	Erststudium			Weiterführendes Studium			Promotionsstudium			Ohne angestrebten Abschluss
	WS 03/04	WS 01/02	%-Veränderung	WS 03/04	WS 01/02	%-Veränderung	WS 03/04	WS 01/02	%-Veränderung	
Sprach- und Kulturwissenschaften	83	72	15	40	27	48	46	39	18	1
Sport	-	-	-	1	-	-	-	1	-	-
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	98	92	7	112	92	22	11	3	267	5
Mathematik, Naturwissenschaften	370	198	87	359	131	174	509	178	186	60
Humanmedizin	44	30	33	8	6	33	25	9	178	3
Veterinärmedizin	-	-	-	1	-	-	2	1	100	
Agrar-, Forst- und Ernährungswiss.	25	14	79	26	5	420	17	4	325	5
Ingenieurwiss.	663	278	138	987	391	152	78	29	169	117
Kunst, Kunstwiss.	4	1	300		1	-100	1	1	-	-
Sonstige	-	1	-100	-	2	-100	-	-	-	-
<b>Fächergruppen insgesamt</b>	<b>1283</b>	<b>686</b>	<b>87</b>	<b>1534</b>	<b>655</b>	<b>134</b>	<b>689</b>	<b>265</b>	<b>160</b>	<b>191</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt; HIS-Berechnungen.

Die am häufigsten studierten Fächer auf *weiterführendem Studienniveau* gehören ebenfalls zu den Ingenieurwissenschaften. 2003/04 waren Elektrotechnik (447), Mathematik und Naturwissenschaften (359 Studierende, davon 190 in Informatik), Maschinenbau (133), Bauingenieurwesen (106) und Wirtschaftswissenschaften (94) am stärksten nachgefragt. Bei den Promotionen lagen die Mathematik und die Naturwissenschaften mit 509 Doktoranden mit Abstand vorne. Die Doktoranden in der Chemie (192) und in der Biologie (190) bildeten dabei die größten Fächergruppen. In den Ingenieurwissenschaften gab es 78 Doktoranden, in den Sprach- und Kulturwissenschaften 46 Doktoranden, der Medizin 25 Doktoranden und den Agrarwissenschaften 17 Doktoranden. Die DFG berichtet, dass die indischen Doktoranden (132) eine große Gruppe der ausländischen Doktoranden in den Graduiertenkollegs bilden. Diese Zahl wird mit der geplanten Einrichtung deutsch-indischer Graduiertenkollegs noch deutlich steigen.

Indien ist in vergleichsweise geringem Umfang *Zielland für ausländische Studierende*; internationale Statistiken weisen knapp 8.000 ausländische Studierende an indischen Hochschulen aus. Die Hälfte der statistisch erfassten ausländischen Studierenden in Indien kommt aus Asien, 38 Prozent kommen aus Afrika, 4 Prozent aus Nordamerika und 2 Prozent aus Europa (OECD 2004, S. 309). Überraschend erscheint der hohe Anteil aus Afrika, der sicherlich mit der von Indien über Jahre betriebenen Politik der Blockfreiheit und der Süd-Süd-Kooperation, vornehmlich mit den ehemals britischen Kolonien in Afrika, zu erklären ist. Insbesondere die Länder des südlichen Afrika fühlen sich mit Indien verbunden und pflegen eine Vielzahl von Hochschulkooperationen.

**Tabelle 6: Internationale Studierende in Indien nach Herkunftsregionen**

	World Total	Africa	North America	South America	Asia	Europe	Oceania
1999/2000	6988	2558	275	...	4004	120	31
2000/2001	7791	2969	323	4	3866	180	44

Quelle: UNESCO Institute for Statistics 2004.

Unter den einzelnen Herkunftsländern ausländischer Studierender hat Malaysia in den letzten Jahren neben dem Nachbarland Nepal an Bedeutung gewonnen. Auch die ehemaligen britischen Kolonien Kenia und Mauritius entsenden relativ große Studierendengruppen nach Indien. Es steht zu vermuten, dass es sich hierbei um Nachkommen aus der indischen Bevölkerungsgruppe dieser Länder handelt. Indien ist daneben auch Anziehungspunkt für Studierende aus dem Iran.

**Tabelle 7: Die 10 wichtigsten Herkunftsländer internationaler Studierender in Indien** (Ranking nach den Werten für 2004)

Herkunftsländer	Studierende			
	2001	2002	2003	2004
1. Malaysia	168	148	788	806
2. Nepal	772	821	801	681
3. Iran	151	217	336	472
4. Kenia	868	968	521	442
5. Mauritius	309	546	366	370
6. USA	223	246	244	354
7. Sri Lanka	485	383	391	351
8. Äthiopien	369	301	225	351
9. Thailand	179	259	293	244
10. Bangladesh	-	576	372	174

Quelle: UNESCO Institute for Statistics 2004.

#### 4.8 Präsenz, Profil und Kooperationen privater und ausländischer Studienanbieter

Nach einer Studie des indischen „National Institute of Educational Planning and Administration“ (NIEPA) (Bhushan 2005) gibt es zwar einige ausländische Anbieter von „Hochschulbildung“, die in Indien agieren, aber das Franchising von Studiengängen und der Aufbau eigener Niederlassungen oder Zweigstellen („Branch Campuses“) durch ausländische Universitäten sind unüblich. Da es bis Mitte 2005 noch keine staatlichen Rahmenvorgaben für vor Ort-Aktivitäten ausländischer Anbieter von Hochschulbildung gab und die Anerkennung ausländischer, in Indien erworbener Abschlüsse weitgehend ungeklärt bzw. nicht gegeben war, tummeln sich momentan eher nicht dem Hochschulsektor zuzurechnende Bildungsanbieter auf dem *indischen Bildungsmarkt* (Bhushan o. J.).

Dass im Ausland generell breites Interesse an einem Engagement auf dem indischen Hochschulmarkt besteht, lässt sich unter anderem an den Marktöffnungsforderungen im Rahmen der letzten Verhandlungsrunde zum General Agreement in Trade in Services (GATS) erkennen. Hier forderten Australien, Brasilien, Japan, Neuseeland, Norwegen, Singapur und die USA Indien auf, den indischen Markt für „Dienstleistungen“ in den Bereichen Hochschulbildung, Erwachsenenbildung und andere Bildungsdienstleistungen zu öffnen. Indien erkennt in Bezug auf GATS wohl seine Chancen als Bildungsexporteur, allerdings soll die Hochschulbildung ein öffentliches Gut bleiben und keine private Dienstleistung werden.

Die häufigste Form der Präsenz ausländischer Hochschulen in Indien ist die Beteiligung an *Twining-Studiengängen*, in denen das Studium teilweise in Indien und teilweise im Ausland absolviert wird, um einen ausländischen Abschluss zu erzielen. Weniger häufig sind die „Joint courses“, in denen ein doppelter Abschluss verliehen wird. Es wird davon ausgegangen, dass an deutlich über 100 indischen Hochschulen und Institutionen ausländische Hochschulabschlüsse erworben werden können. Zurzeit scheinen allerdings lediglich die USA, Australien, Großbritannien und Singapur über indische Partner eigene Abschlüsse anzubieten. Es wird davon ausgegangen, dass sowohl in britischen als auch in australischen Studienangeboten vor Ort mehr als 1.000 indische Studierende eingeschrieben sind.

Im Bundesstaat Tamil Nadu gibt es 23 Hochschulen bzw. Institutionen, die ausländische Abschlüsse anbieten. Im Bundesstaat Maharashtra bieten 20 ausländische Hochschulen über indische Einrichtungen ihre eigenen Abschlüsse an, die meisten davon in Mumbai und in Puna. In Delhi gibt es 19 ausländische Anbieter. Ein Beispiel aus diesem Bereich ist etwa die Zusammenarbeit der *University of Warwick* mit dem „CII Nuroji Godrey Center of Excellence“ (M.Sc. of Engineering Business Management). Für den Erwerb eines ausländischen Abschlusses werden hohe Studiengebühren verlangt.

Momentan scheint es nur zwei Fälle von *Franchising* von Studienprogrammen zu geben, bei denen die Partner in der genannten Studie nicht näher spezifiziert werden. Es existieren allerdings zahlreiche *klassische Hochschulkooperationen* mit den besten Universitäten weltweit. Die indischen Zuständigen sind angesichts der vielen Interessensbekundungen auch entsprechend wählerisch und prüfen sehr genau, mit welchen Partnern sie kooperieren. Der Nutzen für die indische Seite gilt dabei zumeist als wesentliches Entscheidungskriterium.

Die Mehrheit der in Indien Studiengänge anbietenden ausländischen Hochschulen ist im Sektor der so genannten *Professional Programmes* aktiv. Von den 107 angebotenen „berufsorientierten“ Programmen sind etwa 80 Prozent Programme in „Business Management“ und „Hotelmanagement“. Darüber hinaus gibt es noch fünf allgemein bildende Studiengänge und 19 technische Studiengänge. Lediglich zwei ausländische Anbieter wurden bislang vom AICTE registriert: die britischen *Universitäten Huddersfield* und *Staffordshire*. Die University of Huddersfield bietet einen Bachelorstudiengang „Hotelmanagement“, die University of Staffordshire drei Bachelor Honors-Studiengänge im Bereich der Computerwissenschaften an. Beide haben so genannte Institute als Kooperationspartner, die nicht dem Hochschulsektor zuzurechnen sind.

*Singapur* gilt als erstes Land, das seine Aktivitäten in Indien weiter ausbauen möchte als andere Länder. Die renommierte National University of Singapore (NUS) hat vor einiger Zeit Planungen für einen „Offshore-Campus“ in Indien aufgenommen. Zunächst erfolgt die Lehre ihrer Studienangebote in Indien allerdings noch in Zusammenarbeit mit einer indischen Partnerhochschule.

Die britische Regierung hat in jüngerer Zeit für zwei Länder spezielle Marktstrategien entwickelt, und zwar für Indien und Russland. Die *UK India Education Research Initiative* (UKIERI) zielt unter anderem darauf ab, bis 2011 gemeinsam mit einheimischen Partnerhochschulen 40 neue britische Studiengänge in Indien aufzubauen, die bis zu 2.000 Studierende aufnehmen sollen.

Neben renommierten Universitäten wie etwa der London School of Economics, der University of Warwick, Manchester University oder der Edinburgh Business School der Harriot Watt University sind auch weniger bekannte Institutionen in Indien aktiv wie zum Beispiel:

- Wiganand Leigh College (UK);
- Kellog Wharton und London Business School in Zusammenarbeit mit der Indian School of Business;
- Western International University Arizona;
- Hertfordshire University (UK) in Zusammenarbeit mit Tata Infotech.

Die deutsche Wissenschaft ist durch das *Südasiens-Institut der Universität Heidelberg* in Indien vertreten, das seit 1962 eine Außenstelle in Neu Delhi unterhält. Unter dem DAAD-Programm zum Angebot deutscher Studiengänge im Ausland wurden bereits zwei deutsche Aktivitäten gefördert: Zum einen ein Twinning-Studiengang in Zusammenarbeit der *FH Ludwigshafen* und dem „Indian Institute for Social Welfare & Business Management“ in Kalkutta (berufsbegleitender zweijähriger Master of Business Administration). Der Studiengang führt zu einem deutschen MBA-Abschluss mit Spezialisierung „Internationale Unternehmensberatung“. Die ersten zwei Semester absolvieren die Studierenden an der indischen Hochschule, wo sie teilweise von deutschen Dozenten unterrichtet werden. Das dritte und vierte Semester finden dann in Deutschland statt. Es wird eine Registrierung durch den AICTE angestrebt. Zum anderen baut auch die *Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt* im Rahmen einer Fachbereichs übergreifenden Kooperation zusammen mit dem „Xavier Institute of Management & Entrepreneurship“ (XIME) in Bangalore einen berufsbegleitenden MBA auf.

Der DAAD hat neben der üblichen Programm- und Beratungsarbeit in den vergangenen Jahren mehrere *Bildungsmessen* in Indien durchgeführt, bzw. sich an Bildungsmessen beteiligt und das internationale Hochschulmarketing vorangetrieben (u.a. Promotion Tour India 2002: „High Potentials“ – International Careers Made in Germany). Der deutliche Anstieg der Zahlen indischer Studierender an deutschen Hochschulen wird unter anderem als Erfolg dieser strategischen Bildungsarbeit gesehen.

Es bleibt nun abzuwarten, wie die bereits in Indien agierenden Bildungsanbieter auf die neuesten Vorschriften des All India Council for Technical Education (AICTE) für die Präsenz ausländischer Anbieter und Studienprogramme reagieren und ob und wie der AICTE seinerseits die Registrierung und Ex-post-Akkreditierung umsetzen wird (vgl. auch Abschnitt 4.6). Aufgrund der unsicheren Rechtsla-

ge haben sich erste ausländische Anbieter bereits wieder vom indischen Hochschulmarkt *zurückgezogen*. So berichtet der „Observatory on Borderless Higher Education“ im Januar 2004, dass die weltweit operierende Sylvan International University, ein gewinnorientierter U.S.-amerikanischer Anbieter, ihre Niederlassung in Indien (South Asia International Institute) wieder geschlossen hat. Als Begründung gab Sylvan die ungünstigen gesetzlichen Rahmenbedingungen und die Akkreditierungspraxis der UGC an.

Indien kann nicht nur als potentielles Importland für ausländische Studienangebote gesehen werden. Indische Hochschulen haben vielmehr durchaus Potential dafür, *eigene Studiengänge* in andere Länder zu *exportieren*. Beispielsweise hat es erste Pläne indischer Management-Hochschulen – unter ihnen das Indian Institute of Management, Bangalore (IIM-B), eines der „Institutions of National Importance“ – gegeben, Studiengänge in Singapur anzubieten. Die Bundesregierung steht diesen Absichten allerdings kritisch gegenüber. In 2006 hat schließlich das „SP Jain Centre of Management“ (SPJCM) aus Mumbai einen einjährigen MBA-Studiengang in Singapur eingerichtet. Die Studierenden verbringen ein Semester auf dem zweiten Auslandscampus des SPJCM in Dubai. Es ist die erste indische Hochschule und eine der allerersten internationalen, die in Singapur Universitätsstatus erhalten haben (The Economic Times Online 2006). Jüngsten Presseberichten zufolge wird zudem ein Konsortium aus mehreren indischen Universitäten (dem u.a. die University of Hyderabad angehört) eine internationale Universität in Malaysia (in Gua Tempurong an der Westküste des westlichen Landesteils) aufbauen. Entsprechend der Tradition malaysisch-indischer Ausbildungskooperation soll sich die neue Hochschule auf medizinische Studienangebote konzentrieren (Malaysia lässt traditionell viele seiner Ärzte in Indien ausbilden).

Überdies ist in Zusammenarbeit Indiens mit weiteren sieben Regierungen (Bangladesch, Bhutan, den Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka) der Aufbau einer internationalen Universität mit Hauptsitz in Neu Delhi vorgesehen. Wie mit Meldung vom 20. April 2007 vom Observatory on Borderless Higher Education berichtet, haben die oben genannten Mitgliedsländer der South Asian Association for Regional Co-operation (SAARC) eine Arbeitsgruppe zur Entwicklung der „South Asia University“ eingesetzt. Die Initiative für dieses Projekt war vom indischen Premierminister ausgegangen. Studierende sollen die Möglichkeit erhalten, ihr Studium an Außenstellen der Universität in verschiedenen Ländern zu absolvieren.

#### 4.9 Zuständigkeiten und Ansprechpartner

Zuständigkeiten für die Qualitätssicherung von Studienangeboten sind nicht immer eindeutig zwischen der nationalen Regierung und den Bundesstaaten aufgeteilt und können sich kurzfristig verändern. Daneben unterscheiden sie sich nach großen Fächergruppen. Auf nationaler Ebene wird der Hochschulsektor von der *University Grants Commission* (UGC) koordiniert. Die UGC setzt Qualitätsstandards fest und überwacht ihre Einhaltung. Die Bundesstaaten sind im Wesentlichen für die Finanzierung der Hochschulen zuständig.

Wichtigster Ansprechpartner für ausländische Hochschulen, die eine Niederlassung oder ein Studienangebot in Indien planen, ist derzeit der *All India Council for Technical Education* (AICTE), der Richtlinien für eine Registrierung von Studienangeboten unter Beteiligung ausländischer Hochschulen in den technisch und auf bestimmte Professionen ausgerichteten Fächern entwickelt hat. Nach Studienabschluss der zweiten Kohorte muss dann auch der National Accreditation and Assessment Council (NAAC), der ebenfalls unter der Ägide der University Grant Commission (UGC) agiert, eingeschaltet werden. Hier erfolgt dann eine rechtmäßige Akkreditierung (vgl. Abschnitt 4.5).

Weiterer wichtiger Ansprechpartner ist die *Association of Indian Universities* (AIU), der die öffentlichen und auch private Hochschulen angehören. Sie ist Ansprechpartnerin für alle Fragen des Hochschulsektors (nicht aber für Fragen der Hochschulfinanzierung). Sie könnte deutschen Hochschulen den Zugang zu Informationen ermöglichen, hat aber keinerlei Entscheidungsbefugnisse bezüglich des Angebots deutscher Studiengänge in Indien. Das *National Institute of Educational Planning and Administration* (NIEPA) kann zudem Auskunft geben über Entwicklungen und Planungen, die in Vorbereitung sind oder sich abzeichnen.

Die *Außenstelle des DAAD in Neu Delhi* bildet eine weitere zentrale Säule in der Infrastruktur der indisch-deutschen Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftskooperation. Neben der Außenstelle gibt es zwei *DAAD Informationszentren in Mumbai und Chennai* sowie die *DAAD-Informationspunkte* in Bangalore, Hyderabad und Kolkata. Die Arbeit der DAAD-Vertretungen wird von vier Lektoren unterstützt.

#### 4.10 Stärken und Schwächen des indischen Bildungs- und Wissenschaftsmarkts für deutsche Studienangebote

Im Folgenden werden Stärken und Schwächen des indischen Bildungs- und Wissenschaftsmarkts aus der Perspektive eines erweiterten Engagements deutscher Hochschulen aufgeführt. Hierbei werden sowohl politische und sozioökonomische Aspekte berücksichtigt als auch direkt hochschulbezogene Faktoren.

- a) *Schwächen (nicht hochschulbezogene Aspekte)*
- bürokratische Hemmnisse/föderale Zuständigkeitsverteilung,
  - Korruption,
  - mangelhafte Infrastrukturen,
  - regionale Gefahr durch Kriminalität (Armutskriminalität) in östlichen und südöstlichen Bundesstaaten Kernindiens (Bihar bis Andra Pradesh),
  - eingeschränkte soziale Mobilität durch Struktur des Bildungswesens und Verfasstheit der Oberschicht,
  - latente soziale und religiöse Spannungen,
  - zunehmende soziale Kluft zwischen Arm und Reich,
  - Umweltverschmutzung,
  - verbreitete Benachteiligung von Frauen (abhängig von Region und sozialer Zugehörigkeit).
- b) *Stärken (nicht hochschulbezogene Aspekte)*
- stabile Demokratie,
  - Indien gilt – trotz der oben genannten regional beschränkten Gefahren – als vergleichsweise sicheres Land,
  - enge wirtschaftliche und politische Beziehungen zu Deutschland,
  - positives Deutschland-Bild, hohes Ansehen der deutschen Wirtschaft,
  - sehr gute Unterstützungsstrukturen für Kooperationsaktivitäten (DAAD Außenstelle, DAAD Lektoren, Goethe-Institute, GTZ, Wirtschaftsverbände, deutsche Unternehmen etc.),
  - Indien gilt als weltweit am stärksten wachsende Wirtschaftsnation (noch vor China),
  - überproportionales Wachstum von wissensintensiven Wirtschaftsbereichen wird erwartet (z.B. Informations- und Kommunikationstechnologien, pharmazeutische Industrie, Biotechnologie),
  - gute Verständigungsmöglichkeiten in Englisch,
  - Weltoffenheit, kulturelle und religiöse Toleranz,
  - EU-Konzepte und Förderprogramme für die wissenschaftliche und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Indien,
  - Marktzugang zu asiatischen Ländern der Region.
- c) *Schwächen (hochschulbezogene Aspekte)*
- Ambiguität und Diskontinuität der Gesetzesgrundlagen für private Hochschulen und ausländische Bildungsanbieter,
  - defensive bis protektionistische Grundhaltung gegenüber Bildungsimporten,
  - Ressourcenknappheit der Hochschulen und Forschungseinrichtungen,
  - Forschungsinteresse und Streben nach Wissen sind nicht Hauptmotoren für ein Hochschulstudium, sondern eher das Streben nach einem Job,

- schwache Basis von Deutsch als Fremdsprache an den Hochschulen, Goethe-Institut berichtet jedoch von deutlich steigender Nachfrage.
- d) *Stärken (hochschulbezogene Aspekte)*
- Steigerung der Studiennachfrage durch geburtenstarke Jahrgänge und durch regionale Integration,
  - Entwicklungskonzepte und -potenziale im postgradualen Bereich und hohe Nachfrage nach forschungsorientierten, postgradualen und Promotionsstudiengängen,
  - hohe Nachfrage nach praxisorientierter Ausbildung nach dem Modell der deutschen Fachhochschulen,
  - große Kooperationsbereitschaft mit deutschen Hochschulen,
  - große Zahl von Alumni (ehemalige DAAD-, AvH-, MPG-Stipendiaten, Regierungsstipendiaten und Selbstzahler eines Deutschlandstudiums oder Forschungsaufenthalts),
  - Akzeptanz von Studiengebühren für qualitativ hochwertige Ausbildungsangebote ist gegeben.

Indien hat einen expandierenden Hochschul- und Wissenschaftssektor mit einer Reihe exzellenter Bildungs- und Forschungseinrichtungen, die aber der hohen studentischen Nachfrage nicht gerecht werden können. Die Rahmenbedingungen für die Präsenz ausländischer Hochschulen und somit auch für ein Engagement deutscher Hochschulen im Sinne von kooperativen deutschen Studienangeboten in Indien sind in letzter Zeit konkretisiert und damit verbessert worden. Die jüngsten Vorgaben des All India Council of Technical Education (AICTE) für die Registrierung ausländischer Hochschulen und Bildungsanbieter umreißen die Handlungsmöglichkeiten ausländischer Hochschulen in den technisch-ingenieurwissenschaftlichen und professionsorientierten Fachrichtungen. Die Umsetzung dieser moderaten, qualitätsorientierten und bedarfsorientierten Öffnung in der Praxis bleibt abzuwarten. Die Politik Indiens gegenüber ausländischen Anbietern ist derzeit immer noch relativ protektionistisch, obwohl die Forderungen zur Marktöffnung deutlicher werden. Der Regierung wird vorgeworfen, sie nehme eher das Abwandern von Eliten (der „Mittelschicht“) in Kauf, als das Hochschulsystem adäquat zu reformieren und für die Privatisierung (auch für ausländische Hochschulen) zu öffnen. Eine echte „Open Door“-Politik gegenüber ausländischen Anbietern ist aber auch in den nächsten Jahren nicht zu erwarten.

Durch die divergierenden Interessen und die gemischten Zuständigkeiten des föderalen Bildungssystems Indiens können – wie die Vergangenheit mehrfach gezeigt hat – Diskontinuitäten in der Rechtssprechung nicht ausgeschlossen werden. Auf alle Fälle ist eine gute juristische Beratung notwendig, die sowohl die nationale Gesetzgebung als auch die Gesetzgebung der einzelnen Bundesstaaten prüft. Darüber hinaus können rechtliche Rahmenbedingungen in einzelnen Fachrichtungen durch Überschneidungen in den politischen Ressortzuständigkeiten

variieren (z.B. im Agrarbereich). Wesentliche Kriterien für die politische Akzeptanz ausländischer Studienangebote in Indien sind neben deren akademischer Qualität ihr nationaler Mehrwert bzw. die nationale Relevanz eines Studienangebots.

Deutschland genießt im indischen Wissenschaftssystem ein hohes Ansehen, insbesondere in den Bereichen Medizin, Technik, Naturwissenschaften und Umweltforschung. Die indischen „Elite“-Universitäten und „Centers of Excellence“ in Forschung und postgradualer Ausbildung werden von namhaften Einrichtungen aus aller Welt umworben. Es bestehen bereits zahlreiche „hochkarätige“ Zusammenarbeiten. Auch deutsche Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben bereits eine Vielzahl interessanter Kooperationen, die für den Ausbau eines gemeinsamen, sich finanziell selbst tragenden Studienangebots in Indien genutzt werden könnten. Auch gibt es eine gute Support-Struktur durch deutsche Wissenschafts- und Kultureinrichtungen (DAAD Außenstelle, 12 Goethe-Institute, künftig voraussichtlich auch eine DFG Vertretung) sowie ein großes Netzwerk an indischen Alumni, deutschen Unternehmen und Wirtschaftsvertretungen.

In verschiedenen für diese Studie geführten Gesprächen wurde die Ansicht geäußert, dass sich unternehmerisch orientierte, wettbewerbsfähige deutsche Studienangebote in Indien über Studiengebühren weitgehend selber finanzieren könnten. Die Studierenden und ihre Eltern sind bereit, für qualitativ hochwertige Studiengänge kostendeckende Studiengebühren zu entrichten. Die Kosten müssen allerdings unter den Studienkosten im Heimatland eines ausländischen Anbieters liegen.

Es kann als sicher gelten, dass von Seiten der Arbeitgeber und den Studierenden eine hohe Nachfrage nach Studienangeboten in den Ingenieurwissenschaften und den naturwissenschaftlich-technischen Fächern besteht. Durch die neue Prioritätensetzung der indischen Regierung im Bereich der Agrarwissenschaften könnten auch hier deutsche forschungs- und praxisorientierte Studienangebote von Interesse sein. Da Indien aus verschiedenen Gründen massive Probleme mit der Wasserverschmutzung hat, könnte im Bereich Wassertechnologie (Abwasser, Wasseraufbereitung, nachhaltiges Wassermanagement, Trinkwassergewinnung etc.) eine besondere Nische für deutsche Studienangebote vor Ort liegen. Aufgrund der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung dürften auch die Bereiche „Energie und natürliche Ressourcen“, Ernährungssicherung, Raum- und Umweltplanung sowie Public Management und Gesundheitsmanagement für Indien eine wichtige Rolle spielen.

Bei einem Besuch der damaligen Bundesbildungsministerin Bulmahn in Indien im Oktober 2004 wurde vereinbart, die Zusammenarbeit in den Bereichen der Gesundheitsforschung, Rote Biotechnologie und Umweltforschung zu stärken. Es bietet sich daher an, entsprechend dieser von beiden Seiten als prioritär eingestuft Schwerpunkte Studienangebote (vorzugsweise auf postgraduiertem Niveau) aufzubauen. Eine Industrieverzahnung der Angebote, die einen Technologie-

Transfer in beide Richtungen ermöglichen würde, wäre besonders viel versprechend.

Die einzigen bislang in Indien akkreditierten ausländischen (britischen) Studienangebote der University of Huddersfield und der University of Shaffordshire werden in Zusammenarbeit mit indischen Einrichtungen angeboten, die selbst nicht dem Hochschulsektor zuzurechnen sind. Obwohl Indien für ausländische Studienanbieter im Prinzip ein sehr interessantes Zielland darstellt, führen die schwer kalkulierbaren politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, die stark ausgeprägte Bürokratie und auch das geringe Interesse der öffentlichen Hochschulen an einem Wettbewerb mit anderen Einrichtungen dazu, dass namhafte internationale Universitäten für größere Auslandsinvestitionen bislang andere Länder vorziehen. Eine Präsenz deutscher Hochschulen in Indien ist auf jeden Fall anzuraten, um deutsche Hochschulen vor Ort zu etablieren und eine Alternative zu den im Land natürlich in erster Linie bekannten und nachgefragten englischsprachigen Hochschulen zu bieten. Bestehende Kooperationen deutscher und indischer Hochschulen sollten gut gepflegt und vorsichtig ausgebaut und neue, gemeinsame Studiengänge mit lokalen Partnern in kleinen Schritten entwickelt werden, um sowohl den Chancen als auch den Risiken des Ziellands Indien gleichermaßen gerecht zu werden.

#### Literatur<sup>4</sup>

- Agarwal, Pawan (2007): *Private Higher Education in India: Status and Prospects*. Report für das Observatory on Borderless Higher Education, Juli 2007. London: OBHE. Internet: URL: <http://www.obhe.ac.uk> [Stand: Juli 2007].
- All India Council for Technical Education (AICTE) (2003): *Notification for Consideration of Application form for Registration of Foreign Universities/Institutions Imparting/Intending to Impart Technical Education in India*. Internet: URL: <http://www.aicte.ernet.in> [Stand: Juli 2007].
- All India Council for Technical Education (AICTE) (2005): *Notification*. New Delhi, January 6, 2005 (Rechtliche Regelungen für die Akkreditierung technischer Hochschulen, Studienprogramme etc.). Internet: URL: <http://www.aicte.ernet.in> [Stand: Mai 2008].
- Altbach, Philip (2005): "Higher Education in India". In: *The Hindu*, 12 April 2005 Internet: URL: [www.thehindu.com/2005/04/12/stories/2005041204141000.htm](http://www.thehindu.com/2005/04/12/stories/2005041204141000.htm) [Stand: 2005].

---

4 Als weiterführende Literatur können die Indien-Jahrbücher des Asien-Instituts in Hamburg genannt werden und die Publikationen des Wirtschaftswissenschaftlers Michael von Hauff (eine Publikationsliste von Hauffs zu 15 Jahren Indienforschung 1988-2003 kann über [hauff@wiwi.uni-kl.de](mailto:hauff@wiwi.uni-kl.de) bezogen werden). Das F.A.Z. Institut gibt zweimal jährlich Länderanalysen zur wirtschaftlichen Entwicklung Indiens heraus. Einen knappen Überblick über die aktuelle Hochschulpolitik und die Bilddungs kooperationen liefern die Jahresberichte der DAAD-Außenstelle in Indien.

- Auswärtiges Amt (2005): Länderinformationen Indien. Internet: URL: <http://www.auswaertiges-amt.de> [Stand: 2005].
- Auswärtiges Amt (2007): Länderinformationen Indien. Internet: URL: <http://www.auswaertiges-amt.de> [Stand: April 2007].
- Besley, Timothy; Burgess, Robin und Esteve-Volart, Berta (2004): A Country Case Study of India. „Operationalising Pro-Poor Growth“. A joint initiative of AFD, BMZ (GTZ, KfW Development Bank) DFID, and the World Bank, October 2004. Internet: URL: <http://www.bmz.de> [Stand: April 2007].
- Bhanu Metha, Pratap (2005): „Regulating Higher Education“. In: The Indian Express, 14. Juli, 2005.
- Bhushan, Sudhanshu (2005): Bhushan, Sudhanshu. (2005). A two days conference of Ministers of State Governments of Higher and Technical Education organized by the Ministry of Human Resource Development, Government of India, New Delhi (10-11 January, 2005): Background paper. New Delhi: NIEPA.
- Bhushan, Sudhanshu (o. J.): Foreign Education Providers in India: Executive Summary. New Delhi: National Institute of Educational Planning and Administration. Internet: URL: <http://www.niepa.org/download/foreign%20edu%20india.pdf> [Stand: April 2007].
- Böhm, Anthony u.a. (2002): Global Student Mobility 2025. Sydney: IDP Australia.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung. Internationales Büro (2005): Kompilierter Länderbericht zu Indien. Internet: URL: [www.internationale-kooperation.de](http://www.internationale-kooperation.de) [Stand: April 2007].
- Chanda, Rupa (2004): GATS, Higher Education Services, and India. Bangalore: IMM. (unver. Präsentation).
- Chin, Hey-Kyung Koh (Hg.) (2004 und 2005): Open Doors. Report on International Educational Exchange. New York: Institute of International Education.
- CIA (2005): CIA World Factbook. Internet: URL: <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/in> [Stand: April 2005].
- Commission of the European Communities (2004): An EU-India strategic partnership: Communication from the Commission to the Council, the European Parliament and the European Economic and Social Committee - Brussels, 2004 (COM(2004)430 final) - SEC(2004) 768. S. 1-46.
- Commission of the European Communities (2007). Erasmus Mundus Programmes. Internet: URL: [http://europa.eu.int/comm/education/programmes/mundus/projects/index\\_en.html](http://europa.eu.int/comm/education/programmes/mundus/projects/index_en.html) [Stand: 2007].
- Deutsch-Indische Handelskammer (2004): Joint Ventures & Lizenverfahren in Indien. Internet: URL: <http://www.indo-german.com> [Stand: August 2004].
- Deutscher Akademischer Austauschdienst (2005): Berichte der Außenstellen 2004. Bonn: DAAD.
- Deutsche Bundesbank (2004): Kapitalverflechtung mit dem Ausland (Statistische Sonderveröffentlichung 10). Frankfurt: Deutsche Bundesbank.
- Draguhn, Werner (2004): Indien 2004. Hamburg: Institut für Asienkunde.
- F.A.Z. Institut (2004): Länderanalyse Indien. Juli 2004. Frankfurt: F.A.Z. Institut.

- Fischer Weltalmanach (2005): „Indien“. In: Fischer Weltalmanach 2005. Frankfurt: Fischer, S. 194-198.
- Gnanam, A. und Stella, Antony (2005): „Myth and Realities: Distance Education in India“. In: International Higher Education, H. 38, S. 18-19.
- Government of India, Department of Education (1995): The Private Universities (Establishment and Regulation) Bill 1995. Internet: URL: [http://www.education.Nic.in/htmlweb/pvt\\_uni-bill.htm](http://www.education.Nic.in/htmlweb/pvt_uni-bill.htm) [Stand: Juli 2005].
- GTZ (2005): Die GTZ in Indien. Internet: URL: [www.gtz.de/de/weltweit/asien-pazifik/607.htm](http://www.gtz.de/de/weltweit/asien-pazifik/607.htm) [Stand: April 2005].
- Gupta, Asha (2004): Private Universities' Explosion at Chhattisgarh in India. Internet: Homepage PROPHE, Program for Research on Private Higher Education. URL: [www.albany.edu/dept/eaps/prophe/publication/News/SummaryIndia4.html](http://www.albany.edu/dept/eaps/prophe/publication/News/SummaryIndia4.html) [Stand: April 2005].
- Gupta, Asha (2005): „Judicialization of Education in India“. In: International Higher Education, 2005, H. 38, S. 19-20.
- Hauff, Michael von (2002a): „Indien“. In: Ostasiatischer Verein e.V., German Asia-Pacific Business Association & F.A.Z. Institut (Hg.). Wirtschaftshandbuch Asien-Pazifik 2002/2003. Hamburg: Ostasiatischer Verein.
- Hauff, Michael von (2002b): „Indien vor dem Take-Off?“. In: Draguhn, Werner (Hg.): Indien 2002. Hamburg: Institut für Asienkunde, S. 265-286.
- Hochschulrektorenkonferenz (1998): „Deutsch-indische Vereinbarung über Hochschulzusammenarbeit. (Indo-German Academic Cooperation. Memorandum of Understanding)“. In: Äquivalenz und Anerkennung: Bilaterale Abkommen der HRK und Dokumente 1990-1998. Bd. 1. (Academic Equivalences and Recognition: Bilateral Agreements of the HrK and Documents 1990-1998. Vol. 1) Dokumente & Informationen, 1998, H. 2, S. 45-58.
- International Association of Universities (2005): World Higher Education Database (WHED), India - Education System. Internet: URL: [http://www.unesco.org/iau/onlinedatabases/systems\\_data/in.rtf](http://www.unesco.org/iau/onlinedatabases/systems_data/in.rtf) [Stand: Juli 2005].
- Jayaram, N. (2002): „The Fall of the Guru: The Decline of the Academic Profession in India“. In: Altbach, Philip (Hg.): The Decline of the Guru: The Academic Profession in Developing and Middle-Income Countries. Boston: Centre for International Higher Education.
- Kapu, Devesh und Bhanu Mehta, Pratap (2004): Indian Higher Education Reform: From Half-Baked Socialism to Half-Baked Capitalism. Cambridge: Center for International Development at Harvard University and New Delhi: Centre for Policy Research (CID Working Paper; 108).
- Maharaja Voyages (2007): Map of India. Internet: URL: <http://www.travelagent-india.com/gifs/map-india.gif> [Stand: Dezember 2007].
- OECD (2004): Education at a Glance. OECD Indicators 2004. Paris: OECD.
- Pai, Ramdas (2004): Private Higher Education in India. Manipal: Manipal Academy of Higher Education.

- Podewils, Ulrich (2005): Asian Quake (Bericht aus der DAAD-Außenstelle Neu Delhi). In: DAAD. Berichte der Außenstellen 2004. Bonn: DAAD, S. 183-194.
- Schaaf, Jürgen (2005): Outsourcing nach Indien: Der Tiger auf dem Sprung. Frankfurt am Main: Deutsche Bank Research. Internet: URL: [http://www.dbresearch.de/PROD/DBR\\_INTERNET\\_DEPROD/PROD000000000191727.pdf](http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DEPROD/PROD000000000191727.pdf) [Stand: Dezember 2005].
- Singh, Amrik (2004): Fifty Years of Higher Education in India: The Role of the University Grants Commission. New Delhi: Thousand Oaks/London: Sage.
- Stang, Friedrich (2002): Indien. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft (Reihe: Wissenschaftliche Länderkunden).
- Stella, Antony (2002): External Quality Assurance in Indian Higher Education. Case study of the National Assessment and Accreditation Council (NAAC). Paris: UNESCO International Institute for Educational Planning.
- The Economic Times Online (2006): „SPJCM to start Classes in Singapore“. The Economic Times Online, 21. März 2006. Internet: URL: <http://economictimes.indiatimes.com/> [Stand: Juli 2006].
- UNESCO Institute for Statistics (2004): Data Base, Data Set Student Mobility. URL <http://www.uis.unesco.org/TEMPLATE/html/Exceltables/education/FStudentsWorld.xls> [Stand: April 2005].
- University Grants Commission (UGC) (2003): Annual Report 2002-2003. New Delhi: UGC.
- University Grants Commission (UGC) (2004): Establishment & Maintenance of Standards in Private Universities. Regulations 2003. New Delhi: UGC.

## Indonesien

Ute Lanzendorf

### 5.1 Kulturelle und naturräumliche Rahmenbedingungen

Indonesien ist der weltgrößte Archipel mit ca. 17.000 Inseln, von denen nur ca. 1.000 besiedelt sind. Der Landesname entstand aus „indus“ für Indien und „nesos“ für Insel. Es gibt fünf Hauptinseln (Java, Sumatra, Kalimantan (Borneo), Sulawesi und Papua) und rund 30 kleine Inselgruppen. Die territoriale Dimension Indonesiens ist mit der Europas vergleichbar: Die Ost-West-Ausdehnung beträgt über 5.000 km und die Nord-Süd-Ausdehnung rund 1.700 km, wobei allerdings über 80 Prozent Meeresfläche sind. Der Archipel grenzt im Norden an Malaysia und die Philippinen, im Westen an Thailand und im Süden an Australien und bildet somit eine geographische Brücke zwischen Asien und Australien (vgl. Karte 1).

#### Karte 1: Wichtige Städte in Indonesien



Quelle: CIA 2005.

Indonesien liegt überwiegend unmittelbar südlich des Äquators und hat ein feucht-heißes Monsunklima mit einem Wechsel von Trocken- und Regenzeiten, die regional unterschiedlich ausgeprägt sind. Die natürliche Vegetation besteht aus Regenwäldern. Das Land ist gebirgig und hat rund 400 Vulkane, von denen etwa 100 aktiv sind. Es kann zu Erdbeben – auch unter See (Tsunamis) – kommen. Die Tsunami-Katastrophe Ende 2004 forderte in Aceh an der nordwestlichen Spitze von Sumatra zuletzt 200.000 Todesopfer.

Amtssprache in Indonesien ist Malaiisch (Bahasa Indonesia), das ähnlich auch in Malaysia (Bahasa Melayu) gesprochen wird. Als Fremdsprache ist Englisch am weitesten verbreitet. Daneben werden auch chinesische Dialekte gesprochen. Ungefähr fünf Millionen Indonesier sind chinesischer Herkunft; diese sind vor allem im Handel aktiv. Des Weiteren gibt es Hunderte kleiner Ethnien und über 300 regionale Sprachen (vor allem auf Kalimantan und Papua).

Indonesien ist das bevölkerungsstärkste islamische Land der Erde. 87 Prozent der Indonesier sind sunnitische Moslems, neun Prozent Christen, zwei Prozent Hindus und ein Prozent Buddhisten. Der Islam ist im internationalen Vergleich liberal ausgerichtet. Die islamischen Parteien vertreten überwiegend gemäßigte Positionen; die Bildung eines islamischen Staates wurde nie ernsthaft verfolgt. Obwohl ein Drittel der Bevölkerung zuletzt islamische Parteien wählte, hatten radikale islamische Positionen nie eine Chance auf eine Mehrheit. Die Religion hat zwar Einfluss auf das öffentliche Leben, ist jedoch weniger präsent als in anderen muslimisch dominierten Ländern. Die Gesetzgebung ist z.B. im Erbschafts- und im Ehegesetz von islamischen Grundsätzen geprägt. In den entlegenen Landesteilen gibt es aber teilweise Konflikte zwischen Christen und Muslimen.

Die indonesische Gesellschaft weist eine streng hierarchische Gliederung auf. Innerhalb dieser Hierarchie gibt es ein großes Harmoniebedürfnis; Kritik wird bestenfalls sehr vorsichtig artikuliert. Vor diesem Hintergrund ist die malaiische Herkunft des Begriffs „Amok“ zu verstehen; er steht für das Ausbrechen von über lange Zeit angestauten Frustrationen. In den großen Städten verlieren allerdings die im so genannten Adat – einem traditionellen Verhaltenskodex – festgehaltenen gesellschaftlichen und religiösen Werte zunehmend an Bedeutung. Beispielsweise hinterfragen Jugendliche heute Anweisungen ihrer Väter, und die Fastenregeln während des Ramadans werden von den städtischen Eliten nicht mehr strikt eingehalten.

*Frauen* weisen in Indonesien im Durchschnitt einen Bildungsrückstand gegenüber Männern auf – sie gehen im landesweiten Mittel ein Jahr kürzer zur Schule (Badan Pusat Statistik 2007) – und sie kommen z.B. vielfach nicht als Erben eines Familienvermögens in Frage. Es ist aber ein deutlicher Trend in Richtung auf eine Gleichstellung der Geschlechter zu beobachten. Beispielsweise hatte die verfassungsgebende Versammlung nach dem erzwungenen Rücktritt Suhartos, der von 1967 bis 1998 Präsident des Landes war, eine Frau (Megawati Sukarnoputri) zur neuen Vizepräsidentin des Landes gewählt. Als Präsident Wahid 2001 seines Amtes

enthoben wurde, rückte sie in das Präsidentenamt nach. An den Hochschulen stellen Frauen zumindest auf grundständigem Niveau die Hälfte der Studierenden.

Die *Hochschulbildung* bietet trotz zunehmender Arbeitslosigkeit von Bachelor-Absolventen einen attraktiven Einstieg in den Arbeitsmarkt. Es wird davon ausgegangen, dass die Gehaltsaussichten für Hochschulabsolventen ungefähr um das Vierfache höher liegen als für Primarschulabgänger.

## 5.2 Politische und ökonomische Rahmenbedingungen

Die *Präsidialrepublik* Indonesien ist 1945 aus einer niederländischen Kolonie hervorgegangen. Das Land ist der viertbevölkerungsreichste Staat der Erde (220 Mio. Einwohner), und bis zur Asienkrise gehörte es zu den boomenden Ökonomien Südasiens. Die Krise traf Indonesiens Volkswirtschaft dann deutlich stärker als andere Staaten in der Region und leitete zudem einen politischen Umbruch ein.

Die indonesische *Wirtschaft* hat bis heute nicht den Entwicklungsstand wiedererlangt, den sie vor der Krise erreicht hatte. Nach Klassifikation der Weltbank zählt Indonesien derzeit zur unteren Gruppe der Staaten mit mittlerem Einkommen. Das Land weist ein durchschnittliches pro Kopf-Einkommen von rund 1.245 US\$ im Jahr auf, was allerdings aufgrund des niedrigen Preisniveaus im Land nach Weltbank-Berechnungen der Kaufkraft von ungefähr 3.700 US\$ entspricht. Die Einkommen sind regional stark ungleich verteilt; während sie in den Agglomerationen deutlich über dem Durchschnitt liegen können, sind sie in den entlegenen Landesteilen in der Regel weit geringer. Ungefähr ein Viertel der Indonesier lebt in absoluter Armut.

Mittelfristig zeichnet sich allerdings ein positiver *Trend* ab; es wird vielfach davon ausgegangen, dass Indonesien in absehbarer Zeit an frühere wirtschaftliche Erfolge anknüpfen kann. Die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts liegen mittlerweile wieder stabil bei fünf bis sechs Prozent im Jahr, und die Inflationsrate ist zuletzt deutlich rückläufig (von 16 % in 2005 auf geschätzte 8,5 % in 2006). Die Folgen der Naturkatastrophen der letzten Jahre werden mit internationaler Hilfe immer weiter gemildert. Durch die Privatisierung öffentlicher Unternehmen wurde das Defizit im Staatshaushalt in den vergangenen Jahren stark verringert. Um Sparzwängen gerecht zu werden, wurde 2005 außerdem die Subventionierung des inländischen Ölpreises gekürzt. Diese Maßnahme war sehr umstritten, da die Bevölkerung z.B. auch zum Kochen auf Öl angewiesen ist. Die Staatsverschuldung entspricht heute ähnlich wie vor der Asienkrise rund 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, wird aber mit hohem Druck abgebaut, um das Vertrauen ausländischer Investoren zurück zu gewinnen. Beispielsweise wurden alle Verbindlichkeiten dem Internationalen Währungsfonds gegenüber Ende 2006 vorzeitig getilgt.

Zu den politischen Folgen der Asienkrise gehörte das abrupte Ende der 32jährigen autokratischen Herrschaft General Suhartos. Nach sozialen Unruhen

und Massenprotesten wurde er 1998 vorübergehend durch seinen Vize (Prof. Habibie) ersetzt. Unter Prof. Habibie, einem DAAD-Alumnus, wurde dann im größten islamischen Land der Welt ein *Demokratisierungsprozess* eingeleitet. Erstmals wurde eine freie Wahl eines nationalen Parlaments (550 Mitglieder) und von Provinzparlamenten durchgeführt. 1999 wählte die verfassungsgebende Versammlung dann einen neuen Präsidenten. 2002 führte man per Verfassungsänderung die Direktwahl von Staatsoberhaupt und Vizepräsident ein und schuf eine Regionalvertretung als zweite Kammer. Ihre Mitglieder werden direkt gewählt und dürfen insgesamt maximal ein Drittel der Zahl der Mitglieder des Parlaments erreichen. Die erste Direktwahl zum Staatspräsidenten gewann 2004 Susilo Bambang Yudhoyono (genannt SBY), der unter Suharto hochrangiger General gewesen war. Innerhalb und außerhalb des Landes traut man ihm zu, politische Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung herbeizuführen. Staatsoberhaupt und Vizepräsident werden wie auch die Mitglieder der Abgeordneten Häuser für fünf Jahre gewählt. Die Regierung ist nicht unmittelbar an das Vertrauen des Parlaments gebunden. Frauen sind zu acht Prozent im Parlament vertreten. Problematisch bleibt, dass das Militär nicht unter ziviler Kontrolle und die Justiz abhängig ist (Kleine-Brockhoff 2004).

Da Indonesien eine Vielzahl von Ethnien beheimatet, ist „Einheit in Vielfalt“ oberstes Entwicklungsziel. Im Rahmen der Demokratisierung wurde eine umfassende *Dezentralisierung* eingeleitet, die separatistische Tendenzen einzelner Regionen im Wesentlichen beruhigen konnte. Die 33 Provinzen, die beiden 2002 eingeführten Sonderautonomien Aceh und Papua und der Hauptstadt distrikt Jakarta können heute ihre finanziellen Einnahmen weitgehend selber verwenden und verfügen über beschränkte Regierungsbefugnisse. Dies hat Kleine-Brockhoff (2004) zufolge dazu geführt, dass die wirtschaftliche Aktivität in dezentralen Provinzen stark gewachsen ist.

Ein wichtiges *Hindernis für die weitere Landesentwicklung* ist das Fehlen funktionstüchtiger, wohlstandsfördernder staatlicher Institutionen. Abhilfe kann hier nur ein erfolgreicher Kampf gegen die Korruption bringen. Indonesien ist derzeit weltweit eines der Länder mit den am wenigsten transparenten Verwaltungsprozessen; der Missbrauch öffentlicher Ämter zur privaten Bereicherung ist weit verbreitet. Als Folge der Dezentralisierung konnte sich der Amtsmissbrauch in den letzten Jahren auch in einigen Provinzen verbreiten. Ausländische Investoren, die den Boom vor der Asienkrise trugen, kommen nur zögerlich zurück, da der legale Rahmen für ausländische Unternehmen als unsicher gilt. Zudem wird natürliches Potential aufgrund ineffizienter Produktions- und Verwaltungsprozesse und unzureichender Infrastrukturen nicht ausgeschöpft. Es gibt kaum Schienenverkehr und außerhalb der chronisch überlasteten Straßen der Hauptstadt nur einige Kilometer Autobahn. Neben Straßen und Kraftwerken sind aber z.B. eine U-Bahn und ein oberirdischer Schnellzug für Jakarta sowie ein Unterseetunnel zwi-

schen den zwei wichtigen Inseln Java und Sumatra (vgl. Karte 1 in Abschnitt 5.2) in Planung.

Rund 60 Prozent der *Bevölkerung* lebt auf der weitgehend verstädterten Hauptinsel Java (7 % der Landesfläche), wo auch der ganz überwiegende Teil des Volkseinkommens erwirtschaftet wird. Alleine in der an der Nordwestküste Javas gelegenen Hauptstadt Jakarta leben 11,5 Mio. Menschen. Jakarta wurde nach dem Vorbild niederländischer Städte angelegt und ist ein bedeutendes Handelszentrum. Die Hauptstadtregion, die nach den ersten Silben der ihr zugehörigen Städte – Jakarta, Bogor, Tangerang und Bekasi – „Jabotabek“ genannt wird, ist mit rund 25 Mio. Menschen eines der größten Ballungsgebiete der Welt. Die nächst größeren Städte des Landes beherbergen jeweils um die zwei Millionen Menschen: Bandung, 100 km südöstlich von Jakarta, Surabaya im Nordosten Javas und Medan auf Sumatra (vgl. Karte 1 in Abschnitt 5.2). Das Bevölkerungswachstum ist moderat, es liegt bei lediglich 1,5 Prozent im Jahr und ist tendenziell rückläufig. Die Geburtenrate wurde 2005 auf 2,44 Kinder pro Frau geschätzt. Der Anteil der unter 15-jährigen Indonesier an der Bevölkerung beträgt aber fast 30 Prozent.

Es wird allgemein davon ausgegangen, dass zwei Drittel des indonesischen Volkseinkommens im informellen Sektor erwirtschaftet werden. Im Bereich der formellen Beschäftigung sind die Dienstleistungen wichtigster *Wirtschaftssektor*, insbesondere Handel, Tourismus, Transport und Kommunikation. Der Dienstleistungssektor erwirtschaftet rund 40 Prozent des Volkseinkommens und beschäftigt einen ähnlich hohen Anteil der Erwerbstätigen. Die Industrie erwirtschaftete 2004 ebenfalls um die 40 Prozent des Volkseinkommens, beschäftigte allerdings nur 13 Prozent der Erwerbstätigen. Einen besonderen Stellenwert hat die Erdöl und Erdgas verarbeitende Industrie. Weitere wichtige Branchen sind die Holzverarbeitung, die Zement- und Stahlproduktion sowie die Chemie. Besonders expansiv entwickeln sich die Telekommunikation (insbesondere der Mobilfunk) und der Automobilbau. In der Textilverarbeitung hingegen nimmt die Konkurrenz der in der Produktivität stärkeren Länder China und Vietnam deutlich zu. Zu den wichtigen indonesischen Unternehmen gehören der Ölkonzern Pertamina, der Elektrizitätskonzern PLN, die TELEKOM und die staatliche Fluglinie GA-RUDA. Die Wirtschaftspolitik bemüht sich um eine Diversifizierung der im Land vertretenen Wirtschaftssektoren und die Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas, um den Anteil der Industrie am Bruttoinlandprodukt zu erhöhen. Die Landwirtschaft beschäftigt rund 40 Prozent der Erwerbstätigen, erwirtschaftet aber nur ungefähr 15 Prozent des Volkseinkommens. Wichtige (Export-)Produkte sind Kokosnüsse, Kautschuk, Kaffee, Tabak, Palmöl, Kakao, Zuckerrohr u.a. sowie (Edel-)Hölzer. Des Weiteren spielen die Öl- und Gasförderung sowie der Bergbau eine gewisse Rolle; Indonesien ist beispielsweise weltgrößter Exporteur von Flüssigerdgas.

Die offizielle *Arbeitslosigkeit* ist seit der Asienkrise 1997/98 relativ hoch; 2006 lag sie bei elf Prozent. Jedes Jahr strömen zwei Mio. neue Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt. Unter den Arbeitslosen sind auch viele gut ausgebildete Menschen

bzw. Hochschulabsolventen. Nichtsdestotrotz gibt es in Indonesien einen ausgeprägten Facharbeitermangel.

*Außenpolitisch* wird der regionalen Integration innerhalb der ASEAN-Gruppe hohe Priorität beigemessen. Daneben ist Indonesien Mitglied in der Organisation der Islamischen Konferenz, in der WTO, APEC und der OPEC. In der Vereinigung der Blockfreien Staaten spielt das Land traditionell eine Führungsrolle. Auf der bilateralen Ebene bemüht sich die Regierung um einen Ausbau der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu China, Japan und Indien. Das Verhältnis des Landes zu den USA und Australien ist heute unter anderem vor dem Hintergrund der Zusammenarbeit bei der Tsunami-Hilfe gut.

Die Bedeutung internationaler finanzieller Unterstützung geht langsam zurück. Das Kreditvolumen der *Weltbank* wurde im Jahr 2000 um ungefähr die Hälfte zurückgefahren. Derzeit nimmt Indonesien 448 Mio. US\$ jährlich in Anspruch. Im Zeitraum 2004 bis 2006 wurden mit finanzieller Hilfe der Weltbank 150 Projekte auf den Weg gebracht. 90 Prozent der Weltbankkredite fließen in die Sektoren Gesundheit, Bildung, Infrastruktur und Landwirtschaft. Im Hochschulbereich wurde 2005 ein Kredit in Höhe von 50 Mio. US\$ für das Projekt „Higher Education for Relevance and Efficiency“ zur Verfügung gestellt, das eine sechsjährige Laufzeit hat (s. auch Abschnitt 5.5).

### 5.3 Beziehungen zu Deutschland

Die Kontakte zwischen Deutschland und Indonesien sind auf allen denkbaren Ebenen gut entwickelt. Beide Länder sind einander freundschaftlich verbunden, und Indonesien ist Deutschland gegenüber politisch, kulturell, wissenschaftlich und wirtschaftlich interessiert. Deutschland unterstützt die Entwicklung Indonesiens traditionell in vielfältiger Weise. Im Jahr 2005 besuchte der damalige Außenminister Fischer das Land vor dem Hintergrund des Tsunami-Unglücks zwei Mal. Auch Bundesbildungsministerin Bulmahn besuchte Indonesien in 2005, und zuletzt war die Bundesministerin für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Wieczorek-Zeul 2007 in Indonesien zu Gast.

Die *deutsche Sprache* verfügt über eine gute Basis. Die Deutsche Internationale Schule Jakarta (DIS) wurde bereits 1966 gegründet und hat heute insgesamt 302 Schüler (2007). Die Schule umfasst die Jahrgangsstufen 1-13 sowie Kindergarten. Die Unterrichtssprache ist Deutsch. Daneben wird Deutsch in 600 regulären Oberschulen als zweite Fremdsprache nach Englisch unterrichtet und von rund 60.000 Schülern landesweit belegt (vgl. auch StADaF 2006). Insbesondere dort, wo deutsche Touristen einen wichtigen Wirtschaftsfaktor darstellen oder zu einem solchen werden sollen, besteht hohes Interesse am schulischen Deutschunterricht. Daneben gibt es 2006/07 an elf öffentlichen Universitäten 16 Bachelor-Studiengänge Deutsch bzw. deutsche Literatur mit zuletzt über 2.000 Studierenden bei über 600 neuen Zulassungen. Des Weiteren kann die deutsche Sprache natürlich in Kursen

des Goethe-Instituts erlernt werden. Über 25.000 Indonesier haben mittlerweile ein Studium in Deutschland absolviert. Seit 2003 gibt es in Indonesien eines der wenigen Studienkollegs weltweit, die Studieninteressenten in ihrem Heimatland auf ein Studium in Deutschland vorbereiten. Das *Studienkolleg Indonesia* hat seinen Sitz in Jakarta und arbeitet in Deutschland mit dem Niedersächsischen Studienkolleg der Universität Hannover zusammen.

Die umfangreiche *wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit (WTZ)* mit Indonesien beruht auf einem Abkommen von 1979. Aktuelle Themen sind die Evaluierung der industriellen Forschungslandschaft in Indonesien, die Entwicklung von Kleinsatelliten für die Landwirtschaft, die Meeresforschung inklusive eines Tsunami-Frühwarnsystems, Geologie, Vulkanologie, Energietechnik (Nutzung unterirdischer Wasserläufe) und Umweltforschung (Tropenwald, Wasserqualität, Abwasserbehandlung). Generelles Ziel ist es, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in die Zusammenarbeit einzubeziehen. Hierzu dient vor allem der Aufbau von Business Technology Centers (<http://www.auswaertiges-amt.de>). Die neue indonesische Regierung ist bemüht, Forschungs- und Technologieprojekte auf die Wiederbelebung der Wirtschaft zu konzentrieren.

Bereits seit den 1980er Jahren gibt es eine deutsch-indonesische Forschungskooperation in der *Biotechnologie*. 1999 wurde das Programm „Indonesia-Germany Biotechnology“ beschlossen. Schwerpunkte der Kooperation sind bislang Pflanzenbiotechnologie und Pflanzenzüchtung, die biotechnologische Aufarbeitung industrieller Abwässer und Abfälle sowie Lebensmittelfermentation gewesen. Gefördert werden vor allem Projekte, die sowohl Forschungseinrichtungen als auch Unternehmen beider Länder zusammenbringen. Der zunehmenden Kooperation auf dem Gebiet der *Umwelttechnologie* liegt ein Abkommen von 1993 zugrunde, dessen Umsetzung von mehreren deutschen Ministerien gemeinsam finanziert wird.

Seit 2002 gibt es einen Kooperationsausschuss zwischen dem BMBF und dem indonesischen Ministerium für Forschung und Technologie (RISTEK). Speziell für Projekte im Rahmen der internationalen *bilateralen Kooperation* hat das RISTEK im Jahr 2000 das so genannte RU-TI-Programm (International Joint Research Program) aufgelegt. Es fördert Projekte zu Themen, die den nationalen Forschungsprioritäten entsprechen. 2003 wurden zehn und 2004 sechs Projekte mit bis zu 30.000 US\$ pro Jahr gefördert, an denen unter anderem auch deutsche Universitäten und Forschungseinrichtungen beteiligt waren. Zum Beispiel wurde 2004 ein Vorhaben im Bereich Multimedia/E-learning zur Förderung ausgewählt, an dem die Universität Duisburg-Essen mitwirkt.

Im Jahr 2000 hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) den *Sonderforschungsbereich* „STORMA – Stability of Rainforest Margins in Indonesia“ (SFB 552) zur Entwicklung nachhaltiger Bewirtschaftungskonzepte für Regenwaldgebiete am Beispiel Zentral-Sulawesi eingerichtet. Die zweite Projektphase war bis

2006 befristet. Inzwischen gibt es zwei Nachfolgeprojekte mit Abwasser-bezogenen Themen.

Der DAAD betreut ein vom BMBF bis 2007 finanziertes Stipendienprogramm für indonesische Nachwuchswissenschaftler in der *Meeresforschung*, das einen im Rahmen der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit erstellten Aktionsplan flankiert. Gemeinsam mit der Fraunhofer-Gesellschaft hat der DAAD darüber hinaus im Sommer 2003 erstmals an zwei indonesische Wissenschaftler den „Technopreneur Award for Life Science“ vergeben. Die Preisträger können ihre Forschung an Fraunhofer-Instituten in Deutschland weiterentwickeln.

Im Hochschulsektor gibt es dem Hochschulkompass der Hochschulrektorenkonferenz zufolge fast 40 *Kooperationen deutscher und indonesischer Hochschulen* (vgl. HRK 2006). Ungefähr die Hälfte dieser Kooperationen wird auf deutscher Seite von Fachhochschulen getragen. Wichtigste Partner auf indonesischer Seite sind die Technische Hochschule Bandung und die Swiss German University (siehe auch Abschnitt 5.8). Deutsche Hochschulen kooperieren ganz überwiegend mit den öffentlichen indonesischen Universitäten. Unter den privaten indonesischen Universitäten in Indonesien sind die Trisakti University, die University of Pasundan, Universitas Kristen Indonesia, Bung Hatta University und die University of Surabaya im Rahmen der deutsch-indonesischen Hochschulkooperation vertreten. Mindestens die Hälfte der Kooperationen besteht bereits seit den 1980er oder 1990er Jahren, so dass teilweise langjährige Erfahrungen in der Zusammenarbeit vorhanden sind. Überwiegend betreffen die Kooperationen die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen. Nachdem das deutsche Diplom in Indonesien nur schwierig als weiterführender Studienabschluss anerkannt werden konnte – in Indonesien sind Diplomstudiengänge Kurzstudienangebote unterhalb des Bachelor-Niveaus – erleichtert die Einführung zweistufiger Bachelor- und Masterstrukturen heute die Anerkennung von in Deutschland absolvierten Studienleistungen. Einen besonderen Stellenwert in der deutsch-indonesischen Hochschulzusammenarbeit nehmen gemeinsame (Doppeldiplom-)Studiengänge ein. Die wichtigsten sind (vgl. auch Evers und Gerke 2001):

- Der Masterstudiengang „Electrical Engineering“ der Fachhochschule Darmstadt. Er nimmt Master-Studierende der Technischen Hochschule Bandung für ein Jahr auf, und Absolventen erhalten Abschlüsse beider beteiligten Hochschulen.
- Der „Joint Master in Chemical Engineering“ der Universität Magdeburg mit der TH Bandung (ITB). Studierende verbringen ein Jahr an jeder der beiden Partnerhochschulen und erwerben einen Abschluss der Uni Magdeburg.
- Der Masterstudiengang „Computer Science and Communications Engineering“ der Universität Duisburg-Essen, Institut für Software Engineering & Multimedia, der gemeinsam mit der Universitas Indonesia und der malaysischen National University of Malaysia (UKM) durchgeführt wird. Die drei Partner bieten

auch ein gemeinsames vierjähriges Bachelor-Angebot in Computer Engineering, Computer Science und Communication Engineering an. Studierende in diesem grundständigen Studiengang absolvieren das letzte Studienjahr an einer ausländischen Partneruniversität.

- Die von der Swiss-German University in Indonesien in Zusammenarbeit mit den Fachhochschulen Konstanz, Südwestfalen, Erfurt, Albstadt-Sigmaringen, Offenburg, Mittweida, Brandenburg und Osnabrück angebotenen Bachelor-Studiengänge (vgl. Abschnitt 5.8).

Die ingenieurwissenschaftliche Fakultät der *Universität Duisburg-Essen* hat eine Reihe international ausgerichteter Bachelor- und Master-Studiengänge entwickelt und bemüht sich mit finanzieller Unterstützung des DAAD um eine enge Zusammenarbeit mit asiatischen Universitäten. Studierende sollen die Möglichkeit erhalten, Studienabschnitte an den unterschiedlichen Partneruniversitäten zu kombinieren und Doppeldiplome zu erwerben. In diesem Kontext wurden unter anderem an der ingenieurwissenschaftlichen Fakultät der Universitas Indonesia ein Kontaktbüro und Computer-Arbeitsplätzen mit Multimedia-Infrastrukturen eingerichtet.

Derzeit werden eine Reihe weiterer Doppeldiplom-Studiengänge aufgebaut, beispielsweise in Küstengeologie – Küsteningenieurwissenschaften (Master in Zusammenarbeit der Universität Kiel und des Institut Teknologi Bandung) oder in Wirtschaftsdeutsch und Tourismusmanagement (Bachelor, Fachhochschule Konstanz und Universitas Negeri Malang).

In der *Entwicklungszusammenarbeit* gehört Indonesien nach dem Gesamtvolumen der bisherigen finanziellen Unterstützung zu den wichtigsten Partnerländern Deutschlands; es ist ein so genanntes Schwerpunktpartnerland. Aus indonesischer Sicht ist Deutschland nach Japan zweitwichtigster bilateraler Partner. Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind Gesundheit, Wirtschaftsreform, Transport und Dezentralisierung. Für 2005 und 2006 wurden von deutscher Seite insgesamt 66 Mio. € zugesagt, davon 39 Mio. € im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit und 27 Mio. € für technische Zusammenarbeit. Zurzeit existieren 32 Projekte, in denen rund 36 Langzeitexperten und 160 Kurzzeitexperten tätig sind sowie 24 über das CEVI vermittelte Fachkräfte. InWent bietet daneben Programme zur praxisorientierten beruflichen Weiterbildung an, die von ca. 700 Indonesiern im Jahr wahrgenommen werden. Aktuelle Projekte der technischen Entwicklungszusammenarbeit zwischen Deutschland und Indonesien betreffen

- die Wettbewerbsfähigkeit von Klein- und Mittelunternehmen,
- die Qualifizierung von Schulabgängern und Arbeitskräften,
- die Reform der Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik,
- die Entwicklung von Finanzierungsinstrumenten für Klein- und Mittelunternehmen,
- saubere Produktionsverfahren und Öko-Effizienz der Industrie sowie
- die Umsetzung internationaler Umweltkonventionen.

Auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Indonesien ist intensiv. Zurzeit sind rund 250 *deutsche Unternehmen* in Indonesien tätig; ihre Zahl war während der Asienkrise kaum zurückgegangen. Bayer, Beiersdorf, DaimlerChrysler, Heidelberger Zement, Osram und Fuchs Oil haben ihre Präsenz sogar noch erhöht. Laut aktuellen Bundesbankangaben belaufen sich die mittelbaren und unmittelbaren deutschen Direktinvestitionen in Indonesien 2004 auf 991 Mio. € Das ist halb so viel wie in Malaysia und auch deutlich weniger als in Thailand investiert wird, entspricht aber ungefähr einer Verdopplung gegenüber dem Stand im Jahr 2000. Seit 1995 existiert auf Regierungsebene ein *Deutsch-Indonesisches Forum für Wirtschaft und Technologie*, und 1999 wurde das Deutsche Industrie- und Handelszentrum (German Centre Indonesia) eröffnet, das kleine und mittlere Unternehmen aus Deutschland dabei unterstützt, in Indonesien als einem der größten Märkte der Welt Fuß zu fassen.

#### 5.4 Hochschul- und Studiensystem

Frühe Hochschulen wurden in Indonesien von der niederländischen Kolonialmacht gegründet. Eine erste entstand Mitte des 19. Jahrhunderts, und weitere folgten Anfang des 20. Jahrhunderts. An diesen Hochschulen wurde teilweise in Niederländisch gelehrt, und einheimische Studierende waren in der Regel in der Minderheit (Tadjudin 2006, S. 771). Nach der Unabhängigkeit Indonesiens hat sich dann ein Hochschulsystem mit angelsächsischer Prägung entwickelt.

Die derzeit wichtigsten Universitäten des Landes entstanden unmittelbar nach der Unabhängigkeit 1945. Zunächst gründete die indonesische Regierung in Jakarta den so genannten Center for Higher Learning of the Republic of Indonesia. Die Niederländer versuchten allerdings bis 1950, ihre ehemalige Kolonie zurück zu gewinnen und konnten Jakarta besetzen. Daraufhin wurde der Center in die Übergangshauptstadt Yogyakarta im Zentrum der Südküste Javas verlegt und dort 1949 *Gajah Mada State University (UGM)* getauft. Auch die ersten privaten Universitäten wurden bereits 1947 (Indonesian Islamic University in Yogyakarta) und 1949 (National University in Jakarta) gegründet (vgl. Buchori und Malik 2004, Cummings und Kasenda 1989).

Außerdem eröffneten die Niederländer einige ihrer früheren Hochschulen wieder und führten sie zu der 1950 – zunächst unter niederländischem Namen – in Jakarta gegründeten *Universitas Indonesia (UI)* zusammen. Der Lehrkörper war überwiegend niederländisch, und die Lehre wurde auf Niederländisch durchgeführt. Die Universitas Indonesia hatte Einrichtungen in fünf Städten. Nachdem sich die Niederländer endgültig aus Indonesien zurückgezogen hatten, wurden diese Standorte ab Mitte der 1950er Jahre zu eigenständigen Universitäten aufgewertet. Unter anderem entstand die bekannteste technische Hochschule des Landes, das *Institut Teknologi Bandung (ITB)*, auf diese Weise. Zusätzlich wurde in jeder Provinz mindestens eine universitäre Einrichtung neu gegründet, und es

wurden erste Pädagogische Hochschulen (Lehrerausbildungs-Institute) aufgebaut. Die USA unterstützten die Modernisierung der Hochschulbildung in Indonesien, indem sie beispielsweise einheimische Lehrkräfte fortbildeten oder Lehrmaterialien und Ausstattung zur Verfügung stellten (Buchori und Malik 2004, S. 256 und 258). Diese Unterstützung leitete eine Orientierung des indonesischen Hochschulsektors an angelsächsischen Modellen der Hochschulbildung ein.

Das indonesische Bildungsgesetz weist heute drei Hochschultypen einen *Universitätsstatus* zu. Jeder Typ kann in öffentlicher (weltlicher oder islamischer) oder privater (u.a. auch religiöser) Trägerschaft gegründet werden. Private Hochschulen werden in der Regel von Stiftungen getragen, die die Einnahmen aus Studiengebühren managen, selber aber kein Kapital zur Verfügung stellen. Islamische Hochschulen werden in eigenen Statistiken erfasst, da sie nicht dem Bildungs-, sondern dem Religionsministerium unterstellt sind. Die Hochschultypen mit Universitätsstatus bieten neben Bachelor-, Master- und teilweise Promotionsstudiengängen auch Kurzstudiengänge unter Bachelor-Niveau an:

- *Universitäten*: Sie müssen über mindestens vier Fakultäten verfügen, die jeweils in unterschiedlichen Fächern Forschung und Lehre betreiben.
- *Institute*: Dieser Typ von Einrichtungen weist wenige Fakultäten auf, die in inhaltlich verbundenen Fächern Forschung und Lehre betreiben. Vor einigen Jahren wurden die ehemals dieser Kategorie zugehörigen Pädagogischen Hochschulen (Lehrerbildungs-Institute, Institut Keguruan dan ilmu penin didikan, IKIPs) bis auf das IKIP Bali zu Universitäten (Universitas Negeri) aufgewertet. Diesem Typ von Hochschule sind beispielsweise die Universitas Negeri Jakarta und Universitas Negeri Malang – in der Stadt Malang im Ostteil Javas – zuzurechnen, an der Sprachlektoren des DAAD tätig sind.
- *Schools*: Schools sind spezialisierte Hochschulen und führen lediglich in einem Fachgebiet akademisch oder beruflich ausgerichtete Studiengänge durch (z.B. Wirtschaft oder Theologie). Nicht alle von ihnen bilden bis zur Promotion aus. Die Schools weisen eine starke Konzentration auf kostengünstige Studiengänge aus den Sozial- und Geisteswissenschaften auf und lehren auf einem relativ niedrigen Niveau.

Ergänzend definiert das Hochschulgesetz zwei Hochschultypen, die lediglich zwei- bis vierjährige Ausbildungsgänge auf Diplom- oder Zertifikatsniveau unterhalb des Bachelor-Niveaus (*Kurzstudiengänge*) anbieten:

- *Akademien*: Sie bilden in einem Fachgebiet wie z.B. Gesundheit oder Sekretariat aus. Im öffentlichen Hochschulsektor gibt es seit einigen Jahren keine Akademien mehr.
- *Polytechnische Einrichtungen*: Dieser Hochschultyp existiert im öffentlichen und privaten Hochschulsektor und bietet technische Kurzstudiengänge an.

**Tabelle 1: Institutionen des tertiären Bildungssektors und Studierende in Indonesien**

Institutionstyp	2000/01	2005/06	Studierende 2003/04	
			absolut	%
<i>Staatlicher Sektor</i>			879.605	23,2
<i>Mit Universitätsstatus</i>				
Universitäten (mind. 4 Fakultäten)	31	46 + 6 islam.	787.134	20,7
Institute (wenige, thematisch verwandte Fakultäten)	14	6 + 12 islam.	47.799	1,3
Spezialhochschulen (Schools)	4	4 + 32 islam.	2.581	0,1
<i>Einrichtungen, die nur Kurzstudiengänge anbieten</i>				
Akademien	2	-	-	
Polytechnische Einrichtungen	25	26	42.091	1,1
<i>Privater Sektor</i>			2.917.112	76,8
<i>Mit Universitätsstatus</i>				
Universitäten	293	375 + 83 islam.	1.718.238	45,3
Institute	45	43 + 24 islam.	183.099	4,8
Spezialhochschulen (Schools)	789	1.248 + 367 islam.	739.657	19,5
<i>Einrichtungen, die nur Kurzstudiengänge anbieten</i>				
Akademien	526	964 + 2 islam.	245.213	6,5
Polytechnische Einrichtungen	28	126	30.905	0,8

Quelle: Education Statistic Centre, Department of National Education 2006.

Die Zahl der privaten *Hochschulen* mit Universitätsstatus und insbesondere auch die Zahl der privaten Hochschulen, die Kurzstudiengänge anbieten, übersteigt die Zahl der entsprechenden Einrichtungen im öffentlichen Sektor um ein Vielfaches (vgl. Tab. 1). In den letzten Jahren sind sowohl im öffentlichen als auch im privaten Hochschulsektor neue Universitäten entstanden. Im öffentlichen Sektor gab es 2005/06 52 Universitäten (darunter sechs islamische), und im privaten Sektor belief sich ihre Zahl auf 458 (darunter 83 islamische Universitäten). Infolge einer Aufwertung der Pädagogischen Hochschulen zu Universitäten ist die Zahl der Institute im öffentlichen Sektor auf nur noch sechs zurückgegangen. Im privaten Sektor stagniert die Zahl der Institute bei knapp 70 (einschließlich islamische

Institute). Die Zahl der Spezialhochschulen (Schools) ist im privaten Sektor in den letzten Jahren stark expandiert, wohingegen der Staat schon seit Jahren nur vier so genannte Schools unterhält.

Im Jahr 2004 gab es an den landesweiten Hochschulen mit Universitätsstatus (öffentlicher und privater Sektor) insgesamt rund 3,8 Mio. *Studierende* (darunter eine geringe Zahl Studierender in Kurzstudiengängen). Ungefähr 15 Prozent der Studierenden in Indonesien besuchen eine islamische Hochschule in öffentlicher oder privater Trägerschaft. Lediglich ein Viertel aller Universitätsstudierenden (knapp 850.000) verfügte über einen Studienplatz im öffentlichen Sektor. Fast ein Drittel der Universitäts-Studierenden im öffentlichen und auch im privaten Sektor waren im Jahr 2004 Lehramts-Studierende (270.000).

*Die Studienstruktur* unterscheidet eine erste vierjährige (Sarjana bzw. Strata Satu, S1) und eine zweite zweijährige Studienstufe (Magister bzw. Strata Dua, S2). Um die erste Studienstufe abzuschließen, müssen 144 Kreditpunkte erreicht werden, die entsprechend des zeitlichen Umfangs der besuchten Lehrveranstaltungen vergeben werden. In den Fächern (Zahn-)Medizin, Tiermedizin, Pharmazie und Ingenieurwissenschaften umfasst die erste Studienstufe ein bis drei zusätzliche Studienjahre. Die zweite Studienstufe beinhaltet den Erwerb von 35-50 zusätzlichen Kreditpunkten, und es muss eine Forschungsarbeit angefertigt werden. Auf beiden Studienstufen sind rund 60 Prozent der Studieninhalte im Rahmen eines nationalen Curriculums landesweit einheitlich vorgegeben. Höchster Studienabschluss ist der Doktor (Strata Tiga, S3). Er erfordert die zweijährige Teilnahme an einer strukturierten Ausbildung und wird nach ungefähr vier Jahren mit einer Forschungsarbeit abgeschlossen. Gegebenenfalls können bereits Absolventen der ersten Studienstufe (S1) für ein Promotionsstudium zugelassen werden. Unter allen Studiengängen auf grundständigem und weiterführendem Niveau sind in Indonesien nur zirka fünf Prozent dem Master-Niveau und drei Prozent der Promotionsstufe zuzurechnen (Tadjudin 2001). Master- und Promotionsstudiengänge werden ganz überwiegend an öffentlichen Universitäten durchgeführt.

*Die führenden öffentlichen Universitäten* des Landes sind die beiden ältesten Universitäten und einige aus ehemaligen dezentralen Standorten der Universitas Indonesia hervorgegangene Einrichtungen:

- *Universitas Gadjah Mada (UGM)* in Yogyakarta : Die von der jungen indonesischen Regierung nach der Unabhängigkeit des Landes gegründete UGM ist die mit Abstand größte öffentliche Universität. Sie weist heute 18 Fakultäten auf und hat mehr als doppelt so viele Studierende (55.000) wie die Universitas Indonesia. Es werden 73 Bachelor-Studiengänge, 62 weiterführende Studiengänge und 47 Promotionsprogramme angeboten. Die UGM ist die forschungsstärkste indonesische Universität: sie unterhält 28 Forschungszentren, unter anderem für Economic & Public Policy, Clinical Pharmacology, German Studies, Population and Policy Study und Food & Nutrition.

- *Universitas Indonesia (UI)* in Jakarta: Die ursprünglich von den Niederländern gegründete Universität hatte 2003 13 Fakultäten, die rund 100 Studiengänge auf Bachelor-Niveau und darüber anboten. In diesen Studiengängen waren ca. 22.000 Studierende eingeschrieben, darunter knapp 600 Doktoranden. Die Universitas Indonesia unterhält Forschungszentren für Regional Studies (Amerika, Australien, Japan, Europa, Mittlerer Osten, APEC), Demographie und Management.
- Das *Institut Teknologi Bandung (ITB)* in Bandung: Das ITB verfügt heute über 10 Fakultäten. Im Jahr 2004 waren knapp 15.000 Studierende eingeschrieben, darunter ein Fünftel auf Master-Niveau und rund 450 Doktoranden. Es gibt 16 Forschungszentren, deren Schwerpunkte unter anderem bei Architecture & Planning, Technic and Industry, Biotechnology, Natural Resources Management und Information and Technology liegen.
- Die Agraruniversität *Institut Pertanian Bogor (IPB)* in Bogor (Großraum Jakarta): Die IPB hat heute neun Fakultäten und rund 17.000 Studierende auf Bachelor-Niveau oder darüber, darunter knapp 1.400 Doktoranden. Es werden 34 Bachelor-Studiengänge, 37 weiterführende Studiengänge und 27 Promotionsprogramme angeboten. Das Studienangebot umfasst neben den Agrarwissenschaften auch sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Fächer, Natur- und Umweltwissenschaften, Meereswissenschaften, Mathematik und Informatik. 82 Prozent der Lehrkräfte verfügen mindestens über einen Masterabschluss. Forschungsschwerpunkte sind Landwirtschaft und Biotechnologie.
- Institut Agama Islam (IAIN): Das Institut für islamische Hochschulbildung verfügt über eine Reihe von Campus in allen Provinzen und bietet ein breites Fächerspektrum an. Die zuletzt 12 IAIN-Institute bauen ihre Forschungstätigkeit strategisch aus und kooperieren mit renommierten, vor allem angelsächsischen, aber auch holländischen Universitäten. Daneben gibt es sechs staatliche islamische Universitäten UIN (Universitas Islam Negeri), unter denen die in der Nähe von Jakarta (Provinz Banten) gelegene Universitas Islam Negeri Syarif eine der bedeutendsten ist. Von den islamischen Hochschulen werden vergleichsweise geringe Studiengebühren erhoben. Ihre Absolventen werden als gleichwertig qualifiziert eingeschätzt wie die Absolventen säkularer Hochschulen (Buchori und Malik 2004, S. 267f).

Auch die vier nicht-islamischen Universitäten bemühen sich um die kontinuierliche Entwicklung ihrer akademischen Kompetenz und wollen vor allem ihre Forschungstätigkeit verstärken. Sie bilden ihre Dozenten fort und versuchen, die Zahl der Publikationen und Patente auszuweiten. Das Forschungsbudget des ITB beispielsweise soll bis 2010 verdreifacht werden (Krüger-Rechmann 2007, S. 262). Im letzten Universitätsranking des Times Higher Education Supplement wurden vier indonesische Universitäten unter den besten 500 Universitäten der Welt gelistet: die Universitas Indonesia, das Institut Teknologi Bandung und die Universi-

tas Gadjah Mada erreichten mittlere Plätze. Einzelne Fakultäten der UGM erreichten sogar Plätze unter den ersten 100, so etwa Recht, Sozialwissenschaften, Psychologie, Politik, Philosophie/Literaturwissenschaften und Biomedizin. Darüber hinaus wurde die Universitas Diponegoro (Zentral-Java) als Nummer 495 platziert.

Eine zweite Gruppe öffentlicher Universitäten mit einem niedrigeren akademischen Niveau aber einer viel *versprechenden Entwicklungsdynamik* bilden unter anderem die

- Universitas Airlangga of Surabaya (UNAIR) in Ost-Java,
- Universitas Hasunuddin (UNHAS) auf Sulawesi,
- Universitas Sumatera Utara (USU) auf Sumatra,
- Universitas Pendidikan Indonesia (UPI) in West-Java.

Die vier wichtigsten öffentlichen sowie zwei weitere öffentliche Universitäten mit einer viel versprechenden Entwicklungsdynamik (die Universitas Sumatera Utara (USU) und die Universitas Pendidikan Indonesia (UPI) haben im Jahr 2000 bzw. 2003 und 2004 den *Status rechtlich eigenständiger Institutionen* – den so genannten BHMN-Status – angenommen. Mit diesem Schritt hat sich ihnen die Möglichkeit eröffnet, ihre Haushaltsmittel flexibel zu bewirtschaften und auch über die Höhe von Studiengebühren selbständig zu entscheiden. Ihre Rektoren werden nicht mehr vom Bildungsminister ernannt, sondern frei gewählt. Weitere staatliche Universitäten haben den Autonomie-Status beantragt (Universitas Airlangga, Institut Teknologi Sepuluh November, Universitas Sam Ratulangi, Universitas Udayana, Universitas Hassanudin). Die institutionell autonomen Universitäten haben einen Hochschulrat eingerichtet, ihre interne Organisation reformiert und Management-Strukturen aufgebaut. Zu den wichtigen öffentlichen Universitäten, die keine Autonomie beantragt haben, zählt beispielsweise die Universitas Padjadjaran (UNPAD) in Bandung. Mitte 2007 liegt ein kontrovers diskutierter Gesetzesentwurf vor, nach dem alle öffentlichen und privaten Hochschulen einen einheitlichen Autonomiestatus (BHP) annehmen sollen.

*Die privaten Universitäten* sind überwiegend deutlich kleiner als die öffentlichen, und nur sehr wenige unter ihnen bieten Promotions-Studiengänge an. Es gibt aber auch die folgenden großen, akademisch gut entwickelten privaten Universitäten:

- *Universitas Islam Indonesia (UII)* in Yogyakarta : Die islamische UII verfügt über acht Fakultäten (Bauingenieurwesen, Islamische Studien, Jura, Economy, industrielle Technologie, Medizin, Psychologie und sozio-kulturelle Studien) und hat ungefähr 21.000 Studierende. Es werden 21 Bachelor- und sieben Master-Studiengänge sowie zwei Promotionsprogramme und fünf internationale Bachelor-Studiengänge angeboten.
- *Bina Nusantara (BINUS) University* in Jakarta: Diese Universität ist 1996 aus einem Computer-College hervorgegangen. Sie hat fünf Fakultäten: Computer

Sciences, Economics, Engineering, Literature und Mathematics & Statistics. Für die über 24.000 Studierenden besteht keine Promotionsmöglichkeit.

- *Universitas Atma Jaya* in Jakarta und Yogyakarta: Diese katholische Universität hat acht Fakultäten (Economy, Business Administration, Teacher Training and Education, Psychology, Engineering, Medicine, Law, and Biotechnology) und über 20.000 Studierende. Es werden 15 Bachelor-Studiengänge, zwei Master-Studiengänge und ein Promotionsprogramm angeboten. Die Studierenden konzentrieren sich auf wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge.
- *Parahyangan University* in Bandung: Diese katholische Universität hat sieben Fakultäten (Economy, Law, Political & Social Science, Industrial Technology, Engineering, Philosophy, Mathematics & Natural Science) und über 12.000 Studierende. Es werden 17 Bachelor-, sechs Master- und vier Promotionsstudiengänge angeboten.
- *Universitas Trisakti* in Jakarta: Es gibt neun Fakultäten (Law, Economy, Medicine, Dentistry, Civil and Planning Engineering, Industrial Technology, Earth and Energy Technology, Landscape & Environment, Art & Design) und knapp 28.000 Studierende in 23 Bachelor-, acht Master-Studiengängen und drei Promotionsprogrammen.

Sowohl zwischen den Hochschulen in den verschiedenen Regionen des Landes als auch zwischen dem öffentlichen und dem privaten Hochschulsektor bestehen große *Entwicklungsdisparitäten*. Die Ergebnisse der Mitte der 1990er Jahre eingeführten Studiengangsakkreditierung geben Anhaltspunkte in Bezug auf die Qualitätsunterschiede zwischen öffentlichen und privaten Hochschulen. Es wird eine vierstufige Bewertung vorgenommen. Bis 2004 schnitten an öffentlichen Universitäten fast 20 Prozent der Bachelor-Studiengänge auf der höchsten Stufe A (internationaler Standard), fast die Hälfte auf Stufe B (nationaler Standard) und knapp ein Drittel auf Stufe C (Entwicklungsbedarf) ab. An den privaten Universitäten wurden hingegen nur sieben Prozent der Bachelor-Studiengänge der höchsten Stufe zugewiesen, und 46 Prozent wurden auf der niedrigsten Akkreditierungsstufe C eingruppiert (Tadjudin 2006, S. 777). Im Ergebnis der Akkreditierung von elf Prozent der Master an öffentlichen und 25 Prozent der Master an privaten Universitäten war das Ergebnis bis 2004 ähnlich: Während die von öffentlichen Universitäten angebotenen Master-Studiengänge zu einem Viertel in die höchste Stufe A und zu über der Hälfte auf der zweithöchsten Stufe B eingeordnet wurden, erhielten an privaten Universitäten nur sechs Prozent der Master-Studiengänge die Bewertung „A“, 35 Prozent „B“ und 44 Prozent „C“. Rund 15 Prozent der Master-Studiengänge an privaten Universitäten fielen bei der Akkreditierung durch (Tadjudin 2006, S. 777).

Über 40 Prozent der *Dozenten* an öffentlichen und über die Hälfte der Dozenten an privaten Universitäten hat lediglich ein grundständiges Studium absolviert. Über alle Hochschulen mit Universitätsstatus hinweg verfügen 40 Prozent der

Dozenten über einen Masterabschluss, und zwölf (öffentlicher Sektor) bzw. sieben Prozent (privater Sektor) sind promoviert. Eine verbreitete Praxis der Lehrkräfte der öffentlichen Hochschulen ist, Nebenjobs an privaten Hochschulen wahrzunehmen.

Studienbewerber müssen zwölf allgemeinbildende Schuljahre mit dem Abschluss Sekolah Menengah Atas beendet haben. Sie haben sich im zwölften Schuljahr auf Naturwissenschaften, Sozialwissenschaften oder Sprachen spezialisiert. Das *Aufnahmeverfahren* ist an den öffentlichen und privaten Hochschulen unterschiedlich geregelt. Für den erstmaligen Zugang zu den öffentlichen Hochschulen (Bachelor-Studiengänge bzw. SI) wird traditionell einmal jährlich die nationale Aufnahmeprüfung SPMB durchgeführt. Die Tests erfolgen für die Sozial- und Naturwissenschaften getrennt. Daneben können Studierende unter dem so genannten Special Achievement Scheme zugelassen werden, das auch nicht-akademische Leistungen berücksichtigt. Seit wenigen Jahren wählen die öffentlichen Hochschulen darüber hinaus mit eigenen Tests eine ungefähr gleiche Anzahl Studierender aus, wie über die beiden anderen Verfahren zugelassen wird. Diese Studierenden müssen doppelt bis dreimal so hohe Studiengebühren entrichten wie „reguläre“ Studierende (vgl. z.B. Wahyuni in The Jakarta Post, 11. April 2006 zur Zulassungspraxis der UGM). Private Hochschulen schreiben ihre Bachelor-Studierenden auf der Grundlage eigener Zulassungstests ein. Im Jahr 2003 wurde im öffentlichen Universitätssektor knapp jeder vierte der fast eine Mio. Bewerber für Bachelor-Studiengänge zugelassen. Im privaten Universitätssektor kamen auf jeden Studienplatz nur rund 1,5 Bewerbungen (z.T. Mehrfachbewerbungen, vgl. Tab. 3).

Im öffentlichen Universitätssektor sind 2003/04 außerhalb der Lehramts-Studiengänge auf grundständigem Niveau die Wirtschaftswissenschaften die mit Abstand am stärksten nachgefragte Fachgruppe, gefolgt von der Fachgruppe „Ingenieurwissenschaften und Technologie“. Der Anteil Studierender in den Natur- und Ingenieurwissenschaften liegt bei ca. 25 Prozent (vgl. auch Tab. 3). Im privaten Universitätssektor sind nach den Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften die Fachgruppen Recht und Informatik auf grundständigem Niveau besonders stark nachgefragt.

Auf Master- und Promotionsniveau wählen sowohl öffentliche als auch private Universitäten ihre Studierenden grundsätzlich selber aus. Die Zahl der *Master-Studierenden* lag im öffentlichen Sektor 2005/06 bei rund 35.000 und im privaten Sektor rund halb so hoch (vgl. Tab. 2). Damit sind nur rund 1,5 Prozent der indonesischen Studierenden in Master-Studiengänge eingeschrieben. Die Teilnahme am Promotionsstudium ist mit landesweit 5.000 bis 6.000 Doktoranden im Verhältnis zur Gesamtzahl der Studierenden sehr gering (knapp zwei Promille).

Die Struktur der *Studiengebühren* ist in Indonesien ausgesprochen unübersichtlich. Die Gebühren setzen sich hochschulspezifisch aus verschiedenen Komponenten zusammen (mindestens aus einer Aufnahmegebühr und Semestergebühren)

und variieren nach Studienfächern. Seitdem sie für die öffentlichen Universitäten nicht mehr zentral von der Regierung festgesetzt werden, sind sie insbesondere an den sechs öffentlichen Universitäten mit Autonomie-Status und vor allem für Studierende, die über hochschuleigene Zulassungsverfahren zugelassen werden, deutlich gestiegen. Alle Hochschulen müssen aber Förderprogramme für Studierende aus sozial benachteiligten Familien anbieten. Die Gadjah Mada University vergibt heute fast 18 Prozent ihrer Studienplätze an sozial benachteiligte Studierende (2002 waren es noch lediglich 4 %). Diese Studierenden müssen keine Gebühren entrichten.

**Tabelle 2: Studierende an öffentlichen und privaten Hochschulen nach angestrebtem Abschluss 2004/05 und 2005/06 (ohne islamische Hochschulen)**

Abschluss	2004/05			2005/06		
	Öffentlicher Sektor	Privater Sektor	Gesamt	Öffentlicher Sektor	Privater Sektor	Gesamt
Ph.D	6.322	44	6.366	5.019	41	5.060
Specialist	5.892	k.A.	5.892	3.237	k.A.	3.237
Masters Degree	40.127	19.818	59.945	32.054	17.895	49.949
Bachelor Degree	653.948	1.741.485	2.395.433	645.947	1.760.337	2.406.284
Gesamt	706.289	1.761.347	2.467.636	686.257	1.778.273	2.464.530

k.A. = keine Angabe.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der Einschreibedaten des nationalen Bildungsministeriums.

An der Universitas Indonesia betragen die *Semester-Gebühren* für reguläre Studierende in Bachelor-Studiengängen in Abhängigkeit des Studienfachs beispielsweise bis zu 1,5 Mio. Rupien (ca. 120 €). Bei der erstmaligen Einschreibung müssen zusätzlich bis zu 25 Mio. Rupien (ca. 2.100 €) Aufnahmegebühren entrichtet werden. Studierende, die über das hochschuleigene Zulassungsverfahren aufgenommen werden, müssen an der Gadjah Mada University sogar bis zu 80 Mio. Rupien Aufnahmegebühren bezahlen. Am Institut Teknologi Bandung beträgt die Aufnahmegebühr nur bis zu fünf Mio. Rupien, aber die Semestergebühren liegen ungefähr doppelt so hoch wie an der Universitas Indonesia (200 bis 300 €).

Auf der Ebene der Master-Studiengänge sind die Aufnahmegebühren an der Universitas Indonesia deutlich geringer als auf Bachelor-Niveau (2,5 – 3,5 Mio. Rupien bzw. bis zu 300 €). Dafür liegen die Semestergebühren bei 3,5 bis 15 Mio. Rupien (bis zu ca. 1.260 €). Ingenieurwissenschaftliche Studiengänge sind nicht notwendigerweise wesentlich teurer als sozial-wissenschaftliche Studienangebote. Auf Bachelor-Niveau ist an der Universitas Indonesia ein Medizinstudium am teuersten, und auf Master-Niveau ein wirtschaftswissenschaftliches Studium. Das

Institut Teknologi Bandung erhebt für Master-Studiengänge nicht nur Semestergebühren (bis zu ca. 4,5 Mio. Rupien), sondern zusätzlich für jeden der bis zu 50 erforderlichen akademischen Kreditpunkte 350.000 Rupien (knapp 40 €).

Für ein Promotionsstudium werden an der Universitas Indonesia bis zu 3.350 € per Semester erhoben. Für die Teilnahme an internationalen Doppeldiplom-Studiengängen fallen dort ähnlich hohe Gebühren wie für ein Promotionsstudium (zwischen 2.000 und 3.500 US\$ pro Semester) an. Am Institut Teknologi Bandung liegen die Gebühren insgesamt in einer ähnlichen Größenordnung.

Die beschriebene Gebührenstruktur der wichtigsten öffentlichen Universitäten dürfte unter den an guten privaten Hochschulen erhobenen Gebühren liegen bzw. teilweise ihrem unteren Bereich entsprechen. An durchschnittlichen öffentlichen Hochschulen können die Gebühren weniger als halb so hoch liegen wie an den herausragenden öffentlichen Institutionen.

In Ergänzung zu den hochschulischen Stipendien hat das nationale Bildungsministerium nach der Asienkrise auch eigene *Stipendienprogramme* aufgelegt, über die sehr geringe Summen an ungefähr 200.000 Studierende jährlich vergeben werden. Es wird davon ausgegangen, dass insgesamt ungefähr elf Prozent der Studierenden ein Stipendium erhalten (Tadjudin 2006, S. 774). Grundsätzlich wird angestrebt, dass Stipendien die Grundbedürfnisse der Studierenden decken (Gebühren und Lebenshaltungskosten, Ministry of National Education (Indonesia), Director General of Higher Education 2003, S. 17).

*Die Forschungstätigkeit* der Hochschulen im öffentlichen und privaten Sektor orientiert sich vor allem an staatlichen Ausschreibungen. Im Zuge der Ausweitung ihrer Autonomie können die öffentlichen Hochschulen heute relativ unbürokratisch mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen oder Unternehmen Forschungspartnerschaften eingehen. Neben den Universitäten bestehen 48 außeruniversitäre Forschungszentren, die alle Wissenschaftsbereiche abdecken und über das von Wissenschaftlern organisierte Wissenschaftsinstitut LIPI koordiniert werden. Außerdem existieren an das Forschungsministerium RISTEK angebundene Ressort-Forschungseinrichtungen für Kernkraft, Landesvermessung, Raumfahrt, Standardisierung und Molekular-Biologie (Tropenkrankheiten). Fachministerien unterhalten daneben Forschungseinrichtungen für Landwirtschaft, Kommunikation, Energie und mineralische Ressourcen, Forstwirtschaft, Gesundheit, Handel, Fischerei und Bildung.

## 5.5 Hochschulpolitik und Hochschulfinanzierung

Die Hochschulpolitik fällt in die Zuständigkeit der *Generaldirektion für Hochschulbildung (DIKTI)* innerhalb des nationalen Bildungsministeriums (Departemen Pendidikan Nasional, DEPDIKNAS). Daneben ist das Ministerium für religiöse Angelegenheiten (Departemen Agama, DEPAG) für die islamischen Hoch-

schulen zuständig. Im Zuge der Dezentralisierung haben auch die Provinzen Zuständigkeiten in praktischen Fragen der Hochschulbildung übernommen.

Mit Unterstützung der Weltbank wurde 1996 ein *nationaler Rat für die Hochschulbildung* eingesetzt (Board of Higher Education, BHE), der die Abteilung für Hochschulbildung des Ministeriums berät. Der BHE begleitet und unterstützt die Umsetzung gesetzgeberischer Initiativen und international ko-finanzierter Entwicklungsprojekte. Seit 2002 repräsentieren seine Mitglieder insgesamt 17 überwiegend staatliche Organisationen mit Interesse an der Hochschulbildung wie beispielsweise den nationalen Bildungsrat, das Planungs-, Arbeits- und Wirtschaftsministerium, eine parlamentarische Kommission, das nationale Institut für die Wissenschaften, die nationale Akademie der Wissenschaften, den nationalen Forschungsrat, die Rektorenkonferenz der öffentlichen Hochschulen, die Vereinigung der privaten Hochschulen, die Handelskammer und die Agentur für die Bewertung und Anwendung von Technologien.

Der Anteil der *Bildungsausgaben* an allen öffentlichen Ausgaben liegt in Indonesien deutlich unter dem, der beispielsweise in Indien, Malaysia oder Thailand realisiert wird. Mittels einer Verfassungsänderung wurde 2002 zwar festgeschrieben, dass die indonesische Regierung 20 Prozent des Staatshaushalts für Bildung aufwenden muss. Dieses Ziel wird allerdings nicht erreicht; gegenwärtig macht das Bildungsbudget lediglich zehn Prozent des Staatshaushalts aus (vgl. z.B. Krüger-Rechmann 2007). Im Zuge der nur langsam fortschreitenden ökonomischen Erholung nach der Asienkrise bleiben die für den Bildungssektor verfügbaren staatlichen Ressourcen in Indonesien nicht nur als Anteil an allen öffentlichen Ausgaben, sondern auch absolut sehr begrenzt. Aufgrund des vergleichsweise geringen Entwicklungsstands des Landes sind zudem Investitionen in die schulische Sekundarbildung, Armutslinderung und Gesundheit derzeit dringlicher als Aufwendungen für die Entwicklung des Hochschulsektors.

Vor diesem Hintergrund spielt die finanzielle Unterstützung der *Weltbank* bei der Umsetzung hochschulpolitischer Reformen eine große Rolle. Seit den neunziger Jahren hat die Weltbank vier Reformprojekte unterstützt, von denen die zwei ersten die Entwicklung grundständiger Studiengänge förderten (vgl. z.B. Weltbank 2003). Ein weiteres Projekt unterstützte dann den Ausbau universitärer Forschung, um auf diese Weise eine Grundlage für die Entwicklung weiterführender Studienangebote zu schaffen. Ein aktuelles Weltbank-Projekt zielt nun auf die Einführung eines neuen staatlichen Steuerungsmodells für die Hochschulen, um auf diese Weise die Relevanz und Effizienz des Hochschulsektors zu verbessern (vgl. Weltbank 2005). Für letzteres Projekt werden von Seiten der Weltbank im Zeitraum 2005 bis 2011 insgesamt 80 Mio. US\$ zur Verfügung gestellt. Diese Mittel werden unter Berücksichtigung des aktuellen nationalen Entwicklungsplans

2003-2010 für den Hochschulsektor (Englisch: HELTS, indonesisch KPPTJP, s. auch unten) für folgende Aktivitäten verwendet (vgl. Weltbank 2005):

- die Verbesserung der Hochschulgesetzgebung,
- die Stärkung der Management- und Verwaltungskompetenz der Generaldirektion für Hochschulbildung im nationalen Bildungsministerium,
- die Unterstützung des nationalen Akkreditierungsrats bei der Entwicklung eines Verfahrens zur institutionellen Akkreditierung,
- die Stärkung hochschulischer Management- und Verwaltungskompetenz durch die zu nehmende Vergabe öffentlicher Mittel unter Wettbewerbsbedingungen,
- die Einführung spezieller Management Grants für die Hochschulen und von leistungsorientierten Verträgen zwischen der Regierung und den in die Autonomie entlassenen Hochschulen,
- die Entwicklung einer Strategie zur Revitalisierung der indonesischen Open University und
- gezielte Investitionen.

Die Umsetzung gegenwärtiger Hochschulreformen erfolgt größtenteils über wettbewerbliche Ausschreibungen zu den relevanten Themenfeldern, auf deren Grundlage dann Projektmittel auf weitgehend transparente Weise unter den öffentlichen und privaten Hochschulen verteilt werden. Zur Durchführung dieser Ausschreibungen werden die Hochschulen nach ihrem Entwicklungsstand in Gruppen eingeteilt, so dass die schwachen Provinzhochschulen nicht mit den großen Hochschulen im Zentrum des Landes konkurrieren müssen.

In Anbetracht der sehr begrenzten verfügbaren öffentlichen Mittel sieht sich die Hochschulpolitik einem Dilemma in Bezug auf die Förderung von Quantität bzw. Qualität gegenüber. Was die politische Zielsetzung angeht, einem größeren Anteil von Schulabgängern als bisher *Studienplätze* zur Verfügung zu stellen, gibt es in den letzten Jahrzehnten trotz eines deutlichen Ausbaus des öffentlichen und privaten Universitätssektors und auch des Sektors der postsekundären Hochschulen nur sehr geringe Fortschritte. Das Angebot grundständiger Studienplätze hinkt weiterhin weit hinter der Nachfrage hinterher, und auf Niveau weiterführender Studiengänge existiert landesweit ein extrem geringes Angebot. Die Beteiligung der relevanten Altersgruppe an Hochschulbildung ist die geringste in Südost-Asien. Private Hochschulen gelten als wichtige Teilhaber bei der Erweiterung des Studienangebots, sind aber nur für wohlhabende Bevölkerungsgruppen erschwinglich.

Der aktuelle *Entwicklungsplan für den Hochschulsektor* (Higher Education Long-Term Strategy HELTS bzw. KPPTJP IV 2003-2010, Ministry of National Education, Director General of Higher Education 2003), dessen Umsetzung gegenwärtig durch die Weltbank gefördert wird, sieht eine strukturelle Anpassung des Hochschulsektors an die Erfordernisse eines internationalen Wettbewerbs vor. Er stellt die drei Themen nationale Wettbewerbsfähigkeit, hochschulische Auto-

nomie und Organisationsentwicklung („Organizational health“) auf Ebene sowohl der Hochschulen als auch des gesamten Hochschulsystems in den Mittelpunkt zukünftiger Aktivitäten. Der Verbesserung von Qualität und Relevanz der Hochschulbildung und -forschung Vorrang gegenüber dem Ausbau von Studienkapazitäten eingeräumt. Die Schaffung zusätzlicher Studienplätze soll nur noch vor dem Hintergrund einer eindeutigen Arbeitsmarktnachfrage nach entsprechenden Absolventen möglich sein. Die Einbindung von Lehre und Forschung in die regionale und nationale Entwicklung soll verbessert werden, und die flexible Anpassung der Hochschulen an sich ständig verändernde internationale/globale Rahmenbedingungen soll einen höheren Stellenwert als bisher erhalten. Um die finanzielle Basis des Hochschulsektors zu verbessern, soll laut Entwicklungsplan zum einen das nationale Bildungsministerium aggressiv auf die Zuweisung zusätzlicher öffentlicher Ressourcen hinwirken, und zum anderen sollen die Hochschulen sich bemühen, effektiver und effizienter zu wirtschaften (s. auch Djanali 2005). Die privaten Hochschulen müssen sich prinzipiell über Studiengebühren finanzieren, können aber an Ausschreibungen für öffentliche Fördergelder teilnehmen.

Im öffentlichen Hochschulsektor geht der Trend zu einem breiteren Einbezug gesellschaftlicher Gruppen in die *Studienfinanzierung* in Form von z.B. Studiengebühren, privaten Spenden, Industrie-Kooperationen oder der Beteiligung der Kommunen. Der Staat stellt heute nur noch ungefähr 60 Prozent der Haushalte der öffentlichen Hochschulen zur Verfügung, und 40 Prozent der Hochschulmittel werden über Studiengebühren erwirtschaftet (Tadjudin 2006). Für die Aufnahme von Studierenden außerhalb des landesweiten Zulassungsverfahrens haben die öffentlichen Hochschulen umfangreiche zusätzliche Lehrkapazitäten aufgebaut, da in diesem Segment hohe Gebühren verlangen können (vgl. Abschnitt 5.4), obwohl die unter diesem Verfahren zugelassenen Studierenden die gleichen Lehrveranstaltungen besuchen wie regulär zugelassene. Diese Kapazitätserweiterung der öffentlichen Universitäten ermöglicht in der Praxis nur wenigen zusätzlichen jungen Erwachsenen, einen Studienplatz zu bekommen. Vielmehr werben die öffentlichen Universitäten zunehmend Studierende an, die früher an privaten Hochschulen studiert hätten.

Die Ausweitung der *institutionellen Autonomie* der Hochschulen ist ein weiteres Element aktueller Reformbemühungen (vgl. z.B. Beerens 2002). Es wird angestrebt, dass das Bildungsministerium von seiner bisher ausgesprochen bürokratischen Kontrolle der Hochschulen abrückt und sich stattdessen darauf konzentriert, sie organisatorisch zu stärken und günstige Rahmenbedingungen für ihre Tätigkeit zu schaffen. Es sollen gesetzgeberische und institutionelle Veränderungen vorgenommen werden, um dieses an Prinzipien des New Public Management angelehnte und für das indonesische Hochschulsystem ausgesprochen neue Konzept umzusetzen. Die stärksten öffentlichen Universitäten des Landes müssen sich zu einem beträchtlichen Anteil selber finanzieren und erheben mittlerweile von allen ihren Studierenden Gebühren. Hochschulen mit ähnlichen Ausgangsvoraus-

setzungen sollen zunehmend untereinander konkurrieren. Allerdings wird davon ausgegangen, dass nicht alle Hochschulen in der Lage sein werden, ihre Entwicklung vollständig in eigener Verantwortung zu managen.

*Das Studium weiterführender Studiengänge im Ausland* soll nur noch selektiv von der Regierung gefördert werden. Es soll sich auf Studienrichtungen beschränken, in denen die einheimische Ausbildungskapazität nicht ausreicht, und sich auf herausragende Universitäten im Ausland konzentrieren. Eine Studie habe gezeigt, dass Absolventen nationaler weiterführender Studiengänge mit denen weiterführender Studiengänge im Ausland konkurrieren könnten. Die Hochschulen sollen aber staatlicherseits finanzielle Anreize erhalten, um mit herausragenden ausländischen Hochschulen zusammen Austauschprogramme für Lehrende und Studierende aufzubauen und so die interkulturelle Verständigung zu fördern.

Bereits seit den späten 1980er Jahren werden öffentliche *Forschungsmittel* über wettbewerbliche Ausschreibungen vergeben. Das wichtigste Programm der akademischen Forschungsförderung „Hibah Bersaing (Fffi)“ wird vom Bildungsministerium organisiert und unterstützt Wissenschaftler über drei bis fünf Jahre mit ungefähr 5.000 US\$ im Jahr (Koswara und Tadjudin 2006, S. 141). Der nationale Entwicklungsplan für den Hochschulsektor 2003-2010 nennt in Bezug auf die universitäre Forschung folgende Prioritäten (S. 8):

- die Abhängigkeit von ausländischen Experten verringern,
- Kapazitäten zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen entwickeln,
- die von der lokalen und nationalen Industrie benötigte Technologie entwickeln,
- Import-Substitution und den Mehrwert von Exportprodukten fördern,
- Wohlstand und Gesundheit verbessern,
- Nachwuchsförderung.

Problematisch für die Entwicklung der Forschung ist die geringe Verfügbarkeit geeigneter Ausstattungen (z.B. Labore). Eine Reihe von Hochschulen verfügt zwar als Ergebnis früherer staatlicher Verfahren der Hochschulfinanzierung über großzügig bemessene Gebäudeflächen und eine relativ hohe Anzahl von Lehrpersonen (Koswara und Tadjudin 2006). Die Verpflichtung zum Unterhalt dieser Strukturen führt aber dazu, dass für die Investition in qualitative Verbesserungen von Gebäuden und die Weiterbildung des Personals kaum Mittel übrig bleiben.

Für die Förderung speziell der *angewandten und gewerblichen Forschung* ist das Ministerium für Forschung und Technologie (RISTEK) zuständig, das von einem Nationalen Forschungsrat (DRN) unterstützt wird. Das RISTEK unterhält unter anderem ein Programm zur Förderung der Arbeit von Forschungseinrichtungen in prioritären Feldern der Landesentwicklung (RUT), ein Programm zur Förderung der Forschung in den Sozial- und Geisteswissenschaften (RUKK) sowie ein Programm zur Unterstützung indonesischer Aktivitäten im Rahmen bilateraler Projekte (RUTI) (vgl. auch Abschnitt 5.3).

Das dem RISTEK zugeordnete, von Wissenschaftlern organisierte Wissenschaftsinstitut LIPI ist für die stärker grundlagenorientierte Forschung in 48 außeruniversitären Forschungseinrichtungen zuständig. Es deckt alle Wissenschaftsbereiche ab, die sich auch in seiner Organisationsstruktur widerspiegeln, fördert aber keine Forschungsprojekte. Neben der Koordination und Verwaltung der Aktivitäten der außeruniversitären Forschungseinrichtungen übernimmt das LIPI Serviceaufgaben für die Wissenschaft wie vor allem Politikberatung, Standardisierung und Qualitätssicherung.

Im Jahr 2002 wurde das Gesetz No. 18 für „Nationale Forschung und Entwicklung sowie die Anwendung von Wissenschaft und Technik“ verabschiedet, das als Leitlinie für eine zielgerichtete F&E-Politik Indonesiens dient. Die Regierung misst der Nutzbarkeit von Forschungsergebnissen durch die einheimische Industrie besondere Bedeutung zu. Es wird zudem eine Ausweitung internationaler Kooperationen angestrebt.

## 5.6 Hochschulrelevante Gesetzgebung

Die *indonesische Gesetzgebung* ist weitgehend am niederländischen Rechtskreis orientiert und befindet sich in einem grundsätzlichen Reformprozess, der nur sehr behäbig voranschreitet. Es wird von einem immensen Gesetzgebungsstau gesprochen, da das Parlament mit der Bearbeitung von Gesetzesvorlagen nicht nachkommt (Garbrecht 2005). Die in Indonesien bestehenden rechtlichen Regelungen sind hierarchisch fragmentiert – es gibt viele Regelungen auf untergesetzlicher Ebene – und werden insgesamt als rudimentär bezeichnet.

Das *allgemeine Bildungsgesetz* „National Education System Law No. 20“ aus dem Jahr 2003 gibt den Auftrag und die Struktur der indonesischen Hochschulen vor. Detailregelungen für die Zulassung neuer Hochschulen und die Verleihung akademischer Abschlüsse sind in speziellen Verordnungen zu treffen. Dies ist noch nicht geschehen (Basic Framework for Higher Education Development KPPTJPIV2003-2010, S. 16).

Im Rahmen des GATS hat Indonesien im Bildungssektor noch keine Zugeständnisse gemacht. Die Frage einer möglichen *Zulassung ausländischer Universitäten* zum Angebot eigener Studiengänge in Indonesien wird kontrovers diskutiert. Vorbehalte bestehen zum einen, weil der Hochschulbildung eine zentrale Rolle bei der Entwicklung der Einstellung junger Erwachsener in Bezug auf nationale Integration zugeschrieben wird und somit für das Nation-Building in dem geographisch segmentierten Land von hoher Bedeutung ist. Studierende und Dozenten gelten als moralische Instanz, die der Entwicklung und Einheit der Nation die Richtung weisen soll (Basic Framework for Higher Education Development KPPTJP IV 2003-2010, S. 7). Die Präsenz renommierter ausländischer Universitäten könnte dazu führen, so die Befürchtung, dass Studierende aus wohlhabenden Familien sich gegebenenfalls von der einheimischen Kultur und Herausforderungen an die Landesentwicklung entfremden würden.

Zum anderen besteht eine profunde Skepsis gegenüber der möglichen *Kommerzialisierung* des Hochschulsystems. Man befürchtet, dass gewinnorientierte ausländische Anbieter das Problem der „Degree Mills“ verschärfen könnten. Bereits heute ist es bei einigen privaten indonesischen Anbietern möglich, für moderate Studiengebühren ausländische Hochschulabschlüsse zu erwerben ohne eine aufwendige akademische Ausbildung zu durchlaufen. Es besteht eine hohe Nachfrage nach dem kostengünstigen und unaufwendigen Erwerb weiterführender Hochschulabschlüsse aus dem Ausland, da alleine der akademische Abschluss die Chance auf eine herausgehobene Position in der öffentlichen Verwaltung eröffnet (Tadjudin 2001). Zudem müssen private Hochschulen trotz ihrer Trägerschaft durch Stiftungen Einnahmen aus Studiengebühren nicht notwendigerweise reinvestieren (Auskunft des Rektors der Swiss-German University, E-Mail vom 02.07.2007).

Um die Kompetenz ausländischer Universitäten dennoch in die Entwicklung des nationalen Studienangebots einzubinden, setzt die Hochschulpolitik auf formalisierte Kooperationen. Im Jahr 2000 wurden *Richtlinien für die akademische Kooperation einheimischer und ausländischer Hochschulen* erlassen (ausführlich siehe Evers und Gerke 2001). Diese Vorgaben basieren auf der Grundidee, dass die Präsenz ausländischer Hochschulen ohne kommerziellen Hintergrund erfolgen und der Entwicklung des Lehrkörpers und der Infrastruktur der indonesischen Partnerhochschulen zugute kommen soll. Als mögliche Kooperationsmodelle werden im Bereich der Lehre Doppeldiplom-Studiengänge mit mindestens einem Semester Studium an der ausländischen Partnerhochschule, Dozentenmobilität, die gemeinsame Nutzung von Ressourcen und die Erleichterung studentischer Mobilität durch die Übertragung von Kreditpunkten zwischen den Partnerhochschulen im In- und Ausland beschrieben. Das Bildungsministerium muss derartige Kooperationen genehmigen, und sie sollen über Memoranden of Understanding formalisiert werden. Von Seiten der indonesischen Hochschulen müssen die Rektoren den Kooperationen zustimmen. In kooperativen Studiengängen dürfen maximal die Hälfte der Veranstaltungen auf Englisch gelehrt werden, und im Rahmen eines englischsprachigen Grundstudiums sind mindestens vier Kreditpunkte für indonesische Sprachkurse anzubieten (Evers und Gerke 2001, S. 24). Sofern eine Hochschulkooperation den Einsatz von Regierungsmitteln erfordert, wird der Antrag im Ministerium überprüft. Die indonesischen Hochschulen sollen dem Ministerium halbjährlich über die Entwicklung der Zusammenarbeiten mit ausländischen Hochschulen berichten. Die Verordnung über die Kooperation indonesischer Hochschulen mit ausländischen Partnern gestattet in Artikel 4 (1a) auch, dass indonesische Hochschulen gemeinsam mit ausländischen Partnerhochschulen Stiftungen zur Gründung neuer Hochschulen ins Leben rufen. Eine Privathochschule muss mindestens zehn Studiengänge anbieten. Unter dem 2005 bis 2011 laufenden, von der Weltbank ko-finanzierten Reformprojekt für den Hochschulsektor ist die Ausarbeitung spezieller gesetzlicher Bestimmungen für die Präsenz ausländischer Anbieter von Hochschulbildung vorgesehen.

In Zukunft soll die *Rechtsform privater Hochschulen* nicht mehr die der Stiftung sein. Mitte 2007 wird eine Gesetzesvorlage zur Hochschulautonomie (Badan Hukum Pendidikan, BHP) diskutiert, nach der alle Bildungsträger, also auch öffentliche und private Hochschulen, eine neue, einheitliche organisatorische Rechtsform erhalten sollen. Diese soll nicht gewinnorientiert sein, und ausländische Hochschulen dürften maximal einen Anteil von 49 Prozent halten. Die Einführung der neuen Rechtsform würde in erster Linie für die staatlichen Hochschulen weit reichende Veränderungen mit sich bringen.

Die indonesische *Akkreditierungsagentur* für den Hochschulsektor (National Accreditation Board for Higher Education Institutions, BAN-PT) besteht seit 1994 und hat seitdem Studiengangs-Akkreditierungen durchgeführt, die für die Hochschulen nicht zwingend sind. Die Akkreditierungsagentur für den Hochschulsektor fungiert als unabhängige Organisation unter dem nationalen Bildungsministerium. Der ihr Vorsitzende Akkreditierungsrat hat neun Mitglieder, die vom Bildungsminister für vier Jahre ernannt werden. Neben der Bewertung verfügbarer Infrastrukturen soll zunehmend auch das Ausbildungsniveau der Absolventen in die Beurteilung einfließen. Die Begutachtung erfolgt durch Peers, und so weit wie dies in Anbetracht der beträchtlichen geographischen Dimensionen des Landes praktisch möglich ist, werden Begehungen organisiert. Die Bachelor- und Master-Studiengänge im öffentlichen und privaten Sektor sind heute zu einem großen Teil begutachtet worden. Bei der Akkreditierung von Master-Studiengängen wurde erstmals so verfahren, dass die Hochschulen ihre Berichte selber gestalten konnten anstatt Formulare auszufüllen und vorgegebene Unterlagen einzureichen. Bei einem vor-Ort Termin wurden die Angaben der Hochschulen dann überprüft (Tadjudin 2001). Es ist davon auszugehen, dass die allgegenwärtige Korruption auch bei der Akkreditierung eine Rolle spielt.

Um der weit reichenden Heterogenität der indonesischen Hochschulen gerecht zu werden, werden für *akkreditierte Studiengänge* drei *Niveaustufen* unterschieden. Neben dem Erfüllen von nationalen Mindeststandards (Stufe C) gibt es die Kategorien „über nationalen, aber unter internationalen Standards“ (Stufe B) bzw. „entsprechend internationalen Standards“ (Stufe A). Während eine Akkreditierung mit der Einstufung A oder B für fünf Jahre gültig ist, ist eine Akkreditierung auf Stufe C auf drei Jahre befristet. Gut etablierte Hochschulen sollen in Zukunft die Möglichkeit einer institutionellen Akkreditierung erhalten.

*Das Ergebnis von Akkreditierungsverfahren* hat darauf Einfluss, zu welchen öffentlichen Mitteln eine Hochschule Zugang hat und ob sie neue Studiengänge einrichten darf (vgl. z.B. Suhaenah und Rahardjo 2006, S. 6). Für die Studierenden besteht beim Wechsel zwischen akkreditierten Studiengängen die Möglichkeit der Anrechnung bereits erbrachter Studienleistungen. Überdies sollen für den Zugang zu Stellen im öffentlichen Dienst nur noch Abschlüsse aus akkreditierten Studiengängen anerkannt werden.

Der Staat strebt eine enge Kontrolle nicht nur über die Lehre durch ausländische Hochschulen, sondern auch über ausländische Forschungsaktivitäten an. Gemäß der Verordnung No. 41 aus dem Jahr 2006 über *Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten ausländischer Hochschulen, Forschungs- und Entwicklungsinstituten, Unternehmen und Einzelpersonen* in Indonesien erfordert jede der genannten Aktivitäten prinzipiell eine schriftliche Genehmigung von der fachlich zuständigen Regierungsstelle. Für ausländische Forscher ist das das Indonesian Institute of Sciences (LIPI). Eine Genehmigung soll innerhalb von 90 Tagen nach Eingang eines entsprechenden Antrags ausgesprochen werden und ist gebührenpflichtig. Die Prüfung berücksichtigt alle Arten nationaler Interessen. Die Laufzeit einer Genehmigung beträgt maximal ein Jahr. Eine Verlängerung ist höchstens zweimal hintereinander für jeweils maximal ein weiteres Jahr möglich. Es dürfen keine Proben oder Forschungsobjekte aus dem Land ausgeführt werden.

Nach indonesischem *Ausländerrecht* dürfen nur solche Stellen mit Ausländern besetzt werden, für die es keine geeigneten einheimischen Bewerber gibt. Die Einstellung von Ausländern kann nur im Rahmen von jeweils einjährig gültigen Sonder-Erlaubnissen erfolgen und setzt voraus, dass dargestellt wird, wie mittelfristig ein Indonesier die entsprechende Tätigkeit übernehmen kann. Anträge müssen beim regionalen Investment Coordinating Board und dem zuständigen Fachministerium gestellt werden. Das Verfahren ist zeitaufwendig, und Ausländer müssen eine gültige Einreiseerlaubnis und eine polizeiliche Registrierung vorweisen (Garbrecht 2005).

### 5.7 Bedarf an zusätzlichen (ausländischen) Studienangeboten

Das Bildungswesen in Indonesien weist einen vergleichsweise geringen Ausbau- und Entwicklungsstand auf; es besteht sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht ein Bedarf an zusätzlichen (ausländischen) Studienangeboten. Die *Beteiligung an Hochschulbildung* ist mit rund 15 Prozent der relevanten Altersgruppe auch im südostasiatischen Vergleich ausgesprochen gering. Das Angebot an weiterführenden Studiengängen ist extrem begrenzt. Da die Bevölkerung deutlich wächst, erfordert alleine der Erhalt der gegenwärtigen Beteiligungsrate einen kontinuierlichen Ausbau des Hochschulsektors. Ein zusätzlicher qualitativer Entwicklungsbedarf ergibt sich aus dem Tatbestand, dass der ganz überwiegende Teil der Studienplätze im Land von privaten Hochschulen angeboten wird, die oftmals nur akademischen Minimalansprüchen genügen. Das untere Segment des privaten Hochschulsektors wendet sich an solche Studieninteressenten, die mit möglichst wenig Aufwand einen akademischen Titel erwerben möchten, um Zugang zu guten Posten in den staatlichen Behörden zu erhalten. Allerdings ist auch im öffentlichen Sektor die *Qualität* grundständiger Studiengänge regional sehr unterschiedlich (vgl. Abschnitt 5.4), und selbst die hochwertigsten Studienangebote im Land sind auf internationalem Niveau kaum wettbewerbsfähig.

Aufgrund der traditionell hohen Bedeutung privater, sich voll aus Studiengebühren finanzierender Hochschulen und dem Trend, dass auch die öffentlichen Hochschulen zunehmend kostendeckende Gebühren erheben, kann heute von einem indonesischen *Markt für Hochschulbildung* gesprochen werden. Allerdings sind nur die vergleichsweise wohlhabenden Familien in der Lage, kostendeckende Studiengebühren zu bezahlen, und das gegenwärtige Studienangebot im privaten Sektor schöpft die Kaufkraft für kostenpflichtige Hochschulbildung weitgehend ab. Auf den Monat umgerechnet können die von privaten Hochschulen erhobenen Studiengebühren selbst in Ballungsräumen ohne weiteres um mindestens das Doppelte höher liegen als die Lebenshaltungskosten. Die Teilnahme an Bachelor-Studiengängen kostet an den renommierten staatlichen Universitäten ab ca. 200 € im Semester (reguläre Zulassung, inkl. Einschreibengebühren). Die Kosten für von guten privaten Universitäten angebotene grundständige Studiengänge und für Studienplätze, die von den staatlichen Universitäten im Rahmen eigener Zulassungsverfahren vergeben werden, können deutlich darüber liegen. Für Master-Studiengänge mit einem hohen Nachfrageüberhang fallen im staatlichen und privaten Hochschulsektor über 1.000 € Studiengebühren pro Semester an, und für internationale Doppeldiplom-Master-Studiengänge an staatlichen Universitäten müssen ca. 2.000 bis 3.000 € Studiengebühren pro Semester entrichtet werden (vgl. Abschnitt 5.4). Noch teurer sind Studienplätze in Medizin. Die Entlassung staatlicher Universitäten in die Autonomie führt dazu, dass die Studiengebühren im staatlichen Sektor derzeit rasch steigen. Die Studiengebühren inklusive Lebenshaltungskosten liegen allerdings mit Ausnahme der Medizin immer noch deutlich unter denen eines Auslandsstudiums in Deutschland.

Vor dem Hintergrund eines durchschnittlichen pro Kopf-Einkommens von 1.245 US\$ im Jahr ist nachvollziehbar, dass ungefähr die Hälfte der Studienberechtigten derzeit aus ökonomischen Gründen keine Hochschule besucht (Tadjudin 2005). Gegenwärtig expandiert der Hochschulsektor durch die Einrichtung neuer Studienplätze an den staatlichen Hochschulen, für die allerdings ähnlich wie an den Privathochschulen kostendeckende Gebühren erhoben werden. Diese Studienplätze werden von Studierenden belegt, die sich sonst an einer guten privaten Universität eingeschrieben hätten. Somit findet eine Verschiebung der zahlungskräftigen Studiennachfrage von den privaten an die prinzipiell als höherwertig geltenden staatlichen Universitäten statt. Die Hochschulpolitik hat auf längere Sicht kaum eine andere Wahl als den Ausbau von Studienplätzen zuzulassen, für die kostendeckende Gebühren erhoben werden, und parallel im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten das Stipendienangebot für bedürftige Studierende auszuweiten.

Tabelle 3 gibt einen Überblick über fächerspezifische Studierendenzahlen und *Zulassungsquoten* in Studienangeboten auf grundständigem Niveau und darunter (im öffentlichen Sektor sind rund fünf Prozent der Studierenden in Kurz Studiengänge unter Bachelor-Niveau immatrikuliert, und im privaten Sektor beläuft sich der Anteil dieser Studierenden auf rund 10%).

**Tabelle 3: Fächerspezifische Zulassungsquoten und Studierendenzahlen für Bachelor- und Kurzstudiengänge im öffentlichen und privaten Hochschulsektor 2003/04** (Reihenfolge entsprechend der Erstsemester-Zahlen im öffentlichen Sektor)

Bachelor- und Kurzstudiengänge	Öffentlicher Hochschulsektor			Privater Hochschulsektor		
	Erstsemester	Zulassungsquote <sup>1</sup> %	Studierende gesamt	Erstsemester	Zulassungsquote %	Studierende gesamt
Economics	30.949	18,6	126.728	306.194	67,1	1.010.251
Engineering, Technology	28.340	18,7	95.285	121.165	69,0	471.162
Agriculture	12.746	31,5	58.341	14.552	94,6	55.281
Health and Medical Science	12.404	10,2	44.635	12.393	25,6	52.879
Law	11.341	16,8	41.848	59.315	78,6	232.322
Natural Sciences	7.651	19,1	30.565	22.359	68,9	60.311
Communication and Documentation	6.066	14,9	22.619	656	100,8	849
Language and Literature	6.016	15,2	21.806	27.428	77,1	82.098
Mathematics and Computer	5.278	13,5	17.196	77.119	70,9	204.842
Social and Political Science Administration/	5.274	18,8	20.207	30.560	47,8	82.034
Business Management	4.962	26,1	17.731	8.858	63,1	35.070
Farming	4.957	41,7	19.159	1.341	85,4	6.183
Government Administration	4.412	16,1	30.203	19.681	99,5	63.700
Fishery	3.859	42,1	14.574	2.099	115,1	6.509
Forestry	2.846	40,7	10.906	1.845	109,6	5.244
Administration/						
Financial Management	2.109	29,1	6.349	3.312	93,4	9.715
Services	1.958	69,9	4.774	20.540	90,5	44.544
Administration/						
Office Management	1.720	36,5	5.646	19.059	83,6	77.326
Psychology	1.696	8,6	7.313	18.617	42,6	64.646
Architecture and	1.659	8,8	7.577	6.169	63,9	22.958
City Planning	1.659	8,8	7.577	6.169	63,9	22.958
Art	820	83,6	3.240	87	122,5	414
Transportation/						
Communication	799	24,6	1.772	8.536	99,0	13.408
Carpentry, Handicraft,						
Industry	222	95,3	1.100	3.575	95,7	12.270
Humanism	135	7,5	412	3.267	77,5	14.334
Teacher Training	87.831	41,6	269.619	90.507	101,1	288.771
<b>Gesamt</b>	<b>246.050</b>	<b>22,8</b>	<b>879.605</b>	<b>879.234</b>	<b>69,8</b>	<b>2.917.112</b>

<sup>1</sup> Im Wesentlichen reguläres Zulassungsverfahren.

Quelle: Bildungsministerium (DEPDIKNAS), online-Statistik 2004.

Für das Jahr 2003/04 wird ersichtlich, dass an den öffentlichen Universitäten im Durchschnitt nur jeder vierte bis fünfte Bewerber zugelassen wird und die Nachfrage nach Studienplätzen in den Fächergruppen Gesundheitswissenschaften, Mathematik und Informatik, Psychologie sowie Architektur und Stadtplanung das Angebot besonders deutlich übersteigt (nur um die zehn Prozent der Bewerber werden zugelassen). Unter den fünf Fächergruppen mit den absolut höchsten Studienanfängerzahlen an den öffentlichen Universitäten liegt die *Zulassungsquote* in Jura am niedrigsten (knapp 17 %). In den Wirtschafts- und den Ingenieurwissenschaften liegt sie knapp darüber und in der Landwirtschaft bei über 30 Prozent. Der Nachfrageüberhang in diesen und auch den anderen Fächergruppen wird aber weitgehend vom privaten Hochschulsektor aufgefangen. Ungefähr ein Drittel der Studierenden auf grundständigem Niveau belegt Lehramts-Studiengänge.

Infolge der schwierigen ökonomischen Situation des Landes ist die *internationale Mobilität* indonesischer Studierender in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen; es gab zuletzt knapp 25.000 Auslandsstudierende. Die Zahl indonesischer Studierender in vor Ort angebotenen *ausländischen, vor allem australischen Studiengängen* (inklusive Kurzstudiengänge unter Bachelor-Niveau) ist gering; sie wird auf rund 5.000 geschätzt (Tadjudin 2005).

Sofern die Erholung der indonesischen Wirtschaft anhält, ist aber in Zukunft wieder mit einer Steigerung des Interesses am Auslandsstudium zu rechnen. Die 2002 vom australischen IDP erstellte Prognose über die weltweite Entwicklung der *Nachfrage nach internationaler Hochschulbildung* (Studium im Ausland oder an einer ausländischen Hochschule im Heimatland) geht für Indonesien von einem jährlichen Anstieg der Nachfrage nach internationaler Hochschulbildung um über sechs Prozent aus (Böhm u.a. 2002, S. 45). Unter dieser Annahme würde sich Indonesien bis zum Jahr 2025 zum weltweit zehntwichtigsten Nachfrageland für internationale Hochschulbildung entwickeln. Allein im Zehn-Jahreszeitraum 2005 bis 2015 wäre eine Verdopplung der Nachfrage nach internationaler Hochschulbildung zu erwarten.

Die mit Abstand wichtigsten *Zielländer* mobiler indonesischer Studierender sind Australien und die USA (vgl. Tab. 4). Mit deutlichem Abstand folgt dann zunächst Malaysia, dessen Landessprache dem Indonesischen nahe steht. An vierter Stelle folgt Deutschland mit deutlichem Abstand vor Japan und Großbritannien. Die ehemalige Kolonialmacht Niederlande spielt als Zielland mobiler Studierender nur eine geringe Rolle.

Der Rückgang der studentischen Mobilität macht sich für die beiden wichtigsten Zielländer besonders bemerkbar. Daten des IDP *Australia* zufolge waren im ersten Semester 2006 nur noch 7.500 Studierende aus Indonesien an australischen Hochschulen eingeschrieben. Dies entspricht einem Rückgang von 6,5 Prozent gegenüber den IDP-Daten des Vorjahres, und einem Minus von mindestens 25 Prozent gegenüber den Jahren bis 2004 laut UNESCO-Statistiken.

**Tabelle 4: Die 10 wichtigsten Zielländer indonesischer Studierender im Ausland**

Zielländer	Studierende			
	2001	2002	2003	2004
1. Australia	n. v.	13.658	13.260	10.184
2. United States	10.082	11.614	10.432	8.880
3. Malaysia	4.675	4.731	5.634	n. v.
4. Germany	2.128	2.252	2.443	2.572
5. Japan	1.235	1.293	1.382	1.474
6. United Kingdom	1.054	891	899	1.107
7. New Zealand	398	368	321	402
8. Netherlands	530	569	695	369
9. France	184	212	201	223
10. Saudi Arabia	n. v.	n. v.	202	207

n.v.: Daten nicht verfügbar.

Quelle: UNESCO Institute for Statistics, 2006.

<http://stats.uis.unesco.org/TableViewer/tableView.aspx>

Auch die Präsenz indonesischer Studierender in den USA ist in ähnlichem Umfang zurückgegangen. Nach einem Höchststand von über 13.000 indonesischen Studierenden in 1997/98 studieren heute nur noch knapp 7.600 – also rund 40 Prozent weniger – Indonesier in den USA. Diese Studierenden sind ganz überwiegend in grundständige Studiengänge eingeschrieben (vgl. Tabelle 5). Nur ein Viertel unter ihnen belegt Studiengänge auf Master- oder Promotionsniveau. Die Fächerverteilung dieser Studierenden ist leider nicht dokumentiert.

**Tabelle 5: Studierende aus Indonesien in den USA**

	2004/05		2005/06		Veränderung 2004/05 – 2005/06
	Absolut	In %	Absolut	In %	
Erststudierende	5 227	67,4	4 868	64,3	-6,8%
Graduierte	2.021	26,0	1 973	26,0	-2,3%
Andere	512	6,6	734	9,7	43,3%
Gesamt	7 760	100,0	7 575	100,0	-2,3%

Quelle: Chin, Hey-Kyung Koh 2005 und 2006.



**Tabelle 6: Bildungsausländer-Studierende aus Indonesien in Deutschland 2003/04 und 2005/06**

Fächergruppen / Studienbereiche	Erststudium		Weiterführendes Studium		Promotions- studium		o. angestrebten Abschluss		Studium insgesamt	
	WS 2005/06	WS 2003/04	WS 2005/06	WS 2003/04	WS 2005/06	WS 2003/04	WS 2005/06	WS 2003/04	WS 2005/06	WS 2003/04
Ingenieurwiss.	741	720	251	243	61	55	15	25	1.068	1.043
Mathematik, Naturwiss.	340	323	90	64	86	86	6	11	522	484
Rechts-, Wirtsch.- u. Sozialwiss.	237	237	82	87	11	12	1	-	331	336
Sprach- und Kulturwiss.	101	113	41	40	28	34	3	12	173	199
Agrar-, Forst- u. Ernährungswiss.	54	50	42	20	14	49	1	3	111	122
Humanmedizin/ Gesundheitswiss.	131	84	2	2	-	-6	-	-	133	92
Kunst, Kunstwiss.	28	22	4	-	-	-	-	1	32	30
Veterinärmedizin	-	-	1	-	1	1			2	1
Sport	1	1	-	-	-				1	1
Außerhalb d. Studienbereichs- gliederung										
Fächergruppen insgesamt	7.635	7.552	514	463	201	243	26	53	2.376	2.308

Quelle: Statistisches Bundesamt, HIS-Berechnungen.

Für das Zielland Deutschland ist im Gegensatz zu Australien und USA kein rückläufiges indonesisches Studieninteresse zu beobachten. Vielmehr wächst die Zahl der indonesischen Studierenden an deutschen Hochschulen – zwar in kleinen Schritten, aber stetig. Unter anderem erhöht offensichtlich die Einführung gestufter Studiengänge – deutsche Diplomabschlüsse wurden im öffentlichen Dienst in Indonesien nicht anerkannt – zusammen mit der bisherigen Gebührenfreiheit des Studiums die Attraktivität von Deutschland als Zielland für indonesische Studieninteressenten. Wie auch in anderen Zielländern studieren drei Viertel der Indonesier in Deutschland auf grundständigem Niveau (vgl. Tabelle 6). Die mit Abstand beliebteste Fächergruppe sind die Ingenieurwissenschaften und hier insbesondere Maschinenbau/Verfahrenstechnik und Elektrotechnik. Ingenieurwissenschaften werden von doppelt so vielen Studierenden gewählt wie „Naturwissenschaften und Mathematik“ als zweitwichtigster Fächergruppe, innerhalb derer die Informatik die herausragende Stellung einnimmt. Darüber hinaus spielen die Wirtschaftswissenschaften eine wichtige Rolle.

**Tabelle 7: Indonesische Vollzeitstudierende in Großbritannien 2004/05**

Subject group	Under-graduate	Post-graduate	Doctorate	Total
Business & administrative studies	118	16	245	379
Engineering & technology	50	86	82	218
Social studies	20	14	71	105
Computer science	39	6	37	82
Languages	31	4	10	45
Creative arts & design	25	1	18	44
Biological sciences	22	9	12	43
Education	2	7	33	42
Law	13	3	21	37
Physical sciences	7	8	18	33
Mass Communications & documentation	9	0	22	31
Architecture, building & planning	6	10	7	23
Medicine & dentistry	8	2	5	15
Subjects allied to medicine	6	5	4	15
Mathematical sciences	9	2	3	14
Historical & philosophical studies	5	3	3	11
Combined	4	1	0	5
Agriculture & related subjects	3	3	3	9
Veterinary science	1	0	0	1
<b>Grand total</b>	<b>378</b>	<b>780</b>	<b>594</b>	<b>1 152</b>

Quelle: Higher Education Statistics Agency (HESA), Student Record.

In Bezug auf die Mobilität nach *Großbritannien* fällt auf, dass rund die Hälfte der indonesischen Studierenden dort promoviert (vgl. Tabelle 7). Fast die Hälfte unter ihnen ist der Fächergruppe Betriebs- und Verwaltungswissenschaft zuzurechnen. Auch auf grundständigem Niveau, dem um ein Drittel weniger Studierende zuzurechnen sind als der Promotionsstufe, wird diese Fächergruppe mit deutlichem Abstand am häufigsten gewählt. Bei weiterführenden Studiengängen spielen aber die Ingenieurwissenschaften weit vor anderen Fächergruppen die wichtigste Rolle.

Indonesien ist kein relevantes Zielland für Studierende aus anderen südostasiatischen Ländern. Die Zahl der *ausländischen Studierenden in Indonesien* liegt bei lediglich rund 5.000 (inklusive Kurzstudiengänge unter Bachelor-Niveau), wobei ungefähr die Hälfte aus Malaysia kommt (Tadjudin 2005).

### 5.8 Präsenz und Profil ausländischer Studienanbieter

Innerhalb des derzeitigen rechtlichen Rahmens (vgl. Abschnitt 5.6) können ausländische Hochschulen in Indonesien lediglich in Kooperation mit indonesischen Partnern Studiengänge anbieten. Die übliche Form der Zusammenarbeit ausländischer und einheimischer Hochschulen ist das gemeinsame Angebot von *Doppeldiplom- oder Twinning-Studiengängen*. Die Durchführung dieser Studienangebote wird im Wesentlichen von den indonesischen Partnern übernommen. Die ausländischen Hochschulen bringen zwar akademische Elemente ein, übernehmen aber keine Verantwortung in organisatorischen oder finanziellen Belangen. Studierende müssen teilweise den letzten Teil ihres Studiums an der ausländischen Hochschule, deren Abschluss sie erwerben, absolvieren.

In Einzelfällen bieten private indonesische Hochschulen auch *Studiengänge an, die nur zu Abschlüssen ausländischer Hochschulen führen*. Diese Angebote werden teilweise als unseriös beschrieben; einige der entsprechenden indonesischen Anbieter haben keine Zulassung (Inter Press Service English News Wire 2000). Des Weiteren haben mehrere ausländische Hochschulen private Studienanbieter in Indonesien gegründet, die Kurzstudiengänge anbieten, um einheimische Studierende auf ein Studium im Herkunftsland der ausländischen Hochschule vorzubereiten.

Die Präsenz *deutscher Hochschulen* ist gut. Sie tragen zum einen die einzige internationale Hochschule mit Universitätsstatus. Zum anderen sind sie auch an Doppeldiplom-Studiengängen und dem lokalen Angebot von Kursen beteiligt, die auf ein Studium im Ausland vorbereiten (Studienkolleg Indonesia). Australische Hochschulen dominieren den Sektor der Doppeldiplom-Studiengänge, das seriöse Angebot rein ausländischer Abschlüsse und das Angebot studienvorbereitender Kurzstudiengänge. Daneben sind niederländische Hochschulen an Doppeldiplom-Studiengängen beteiligt, und es gibt einzelne malaysische Anbieter vor Ort. Britische Hochschulen bieten in Indonesien vor allem Fernstudiengänge mit sehr geringen Teilnehmerzahlen an (OBHE 2004).

Im Weiteren werden für die verschiedenen Varianten einer Präsenz ausländischer Hochschulen in Indonesien jeweils die wichtigsten zugehörigen Studienangebote beschrieben.

*Die Swiss-German University (SGU) als einzige internationale Hochschule*

Die einzige indonesische Hochschule mit Universitätsstatus, deren Trägerschaft überwiegend in ausländischen Händen liegt, ist die *Swiss-German University (SGU)* im Umland von Jakarta (in Nachbarschaft der deutschen Schule in Indonesien). Sie hatte ihren Lehrbetrieb im Jahr 2000 aufgenommen und profiliert sich mit akademisch hochwertigen und arbeitsmarkt-bezogenen Studiengängen sowie Doppeldiplomierungen (v.a. mit der Hochschule Konstanz und der FH Südwestfalen). Ihre Gründung gelang während des Übergangs zur Demokratie nach Suharto durch den persönlichen Einsatz ihres deutschen Gründers und jetzigen Rektors, der vorher bereits in Deutschland und in der Schweiz Hochschulrektor gewesen war.

An der *Stiftung*, die für die finanzielle Abwicklung der Hochschule gegründet werden musste, sind Deutschland, Österreich, die Schweiz und die indonesische Regierung beteiligt. Der deutsche Botschafter in Indonesien ist Vorsitzender des achtköpfigen Gründungsrats der SGU. Jeweils die Hälfte der Mitglieder des Gründungsrats kommt aus dem Hochschul- bzw. Unternehmenssektor. In Deutschland kooperiert die SGU mit der TU Ilmenau und verschiedenen Fachhochschulen. In der Schweiz ist die Fachhochschule Ostschweiz Partner der SGU, und in Österreich die Fachhochschule Vorarlberg. Die Ausstattung der Labore der SGU wurde von deutschen Unternehmen unterstützt.

Die SGU bietet Studiengänge auf Bachelor- und Master-Niveau sowie Promotionsprogramme an, deren *Abschlüsse* sowohl in Indonesien als auch in Europa anerkannt werden (Doppeldiplomierung mit deutschen FH-Abschlüssen). Die Bachelor-Studiengänge der SGU sollen ihren Absolventen die Möglichkeit eröffnen, ihr Studium in einem Masterstudiengang in Deutschland oder einem anderen europäischen Land fortzusetzen.

Im Unterschied zu anderen grundständigen Studienangeboten in Indonesien beinhalten die vierjährigen *Bachelor-Studiengänge* der SGU zwei jeweils sechsmonatige Praktika während des dritten Semesters (Inlandspraktikum) und des sechsten Semesters (Auslandspraktikum). Die Studierenden des Mechatronik-Bachelors beispielsweise absolvieren ihr inländisches Praktikum in einem indonesischen Siemens-Ausbildungszentrum. Die Lehre erfolgt überwiegend auf Englisch und findet normal erweise komplett im Inland statt. Während der ersten fünf Semester (Bachelor-Studiengänge) bzw. während der ersten drei Semester (Master-Studiengänge) können die Studierenden fakultativ Deutsch oder Mandarin lernen. Daneben besteht für Bachelor-Studierende die Möglichkeit, das sechste Semester an der TU Ilmenau zu absolvieren.

Das Studienangebot umfasst zurzeit 14 Bachelor- und drei Master-Studiengänge sowie zwei Promotionsprogramme. Die Promotionsprogramme sind Engineering/IT und Business Administration und werden in Zusammenarbeit mit der TU Ilmenau durchgeführt. Die drei *Master-Studiengänge* sind

- Business Administration,
- Industrial Engineering,
- Business Informatics.

Als *Bachelor-Studiengänge* werden angeboten:

- Mechatronic Engineering,
- Industrial Engineering,
- Material Sciences,
- Information and Communication Technology (IGT),
- Software Engineering,
- Business Administration (als separater Studiengang auch mit Fremdsprachen),
- Business Administration for Hotel and Tourism Management,
- Accounting,
- Pharmaceutical Engineering,
- Food Technology,
- Biomedical Engineering,
- Law,
- Communication and Public Relations.

Es gibt rund 500 *Studierende*, die ihre Hochschulzugangsberechtigung überwiegend an privaten Schulen in Indonesien erworben haben. Die Studierendenzahlen in den einzelnen Studiengängen sind damit gering. Nachdem die SGU zunächst als technische Hochschule entwickelt worden war, ist inzwischen über die Hälfte der Studierenden in die vier betriebswirtschaftlichen Studiengänge eingeschrieben.

Die *Studiengebühren* auf Bachelor-Niveau betragen 24 Mio. Rupien (ca. 2.000 €) pro Semester und werden für Semester mit Praktika um die Hälfte reduziert. Sie liegen damit deutlich unter den Gebühren anderer Privat(-hoch-)schulen. Auf Master-Niveau werden 2.200 US\$ pro Semester erhoben. Mitglieder der europäischen Handelskammer in Indonesien oder der deutsch-indonesischen Industrie- und Handelskammer EKONID erhalten bei Teilnahme an einem Masterstudiengang eine geringfügige Ermäßigung. Die Einschreibegebühren betragen immer 300.000 Rupien (24 €). Daneben fallen für die Wiederholung von Prüfungen oder die Verschiebung von Abschlussarbeiten zusätzliche Kosten an. Lehrmaterialien müssen von den Studierenden selber finanziert werden.

Ergänzend zu den Lehrangeboten werden angewandte Forschungsaktivitäten vor allem im naturwissenschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Bereich aufgebaut.

Entsprechend der arbeitsrechtlichen Einschränkungen in Bezug auf die Beschäftigung von Ausländern sind an der SGU neben dem Rektor lediglich noch drei Dekane nicht aus Indonesien. Unter den indonesischen *Dozenten* verfügen allerdings etwa 90 Prozent über einen ausländischen Studienabschluss. Rund die Hälfte der Dozenten hat eine Vollzeitbeschäftigung. Der DAAD unterstützt die Entsendung von Gastdozenten aus Deutschland, und auch mehrere Hochschullehrer aus der Schweiz halten regelmäßig Vorlesungen an der SGU.

#### *Doppeldiplom-Studiengänge mit indonesischen Universitäten*

Im Jahr 2003 identifizierte eine Umfrage unter australischen Hochschulen neun australische Bachelor- und zehn australische Master-Studiengänge, die über indonesische Partnerinstitutionen in Indonesien durchgeführt wurden. Diese Studienangebote waren mit einer Ausnahme (Informatik) der Betriebswirtschaft zuzurechnen. Daneben weisen die Homepages der großen öffentlichen Universitäten in Indonesien weitere Kooperationen mit australischen Universitäten bei der Durchführung von Doppeldiplom-Studiengängen aus. Diesen Quellen zufolge wirken folgende australische Hochschulen an in Indonesien angebotenen *grundständigen Doppeldiplom-Studiengängen mit*:

- Monash University (Civil, Chemical und Materials Engineering mit obligatorischem Absolvieren der beiden letzten Studienjahre in Australien),
- Edith Cowan University (E-Commerce),
- National University of Australia,
- The University of Melbourne (Medicine und Commerce mit obligatorischem Absolvieren der letzten Studienjahre in Australien),
- Queensland University of Technology (Engineering mit obligatorischem Absolvieren der beiden letzten Studienjahre in Australien),
- University of Queensland (Psychology und Computer Science mit obligatorischem Absolvieren der beiden letzten Studienjahre in Australien),
- University of Tasmania (Business, letztes Studienjahr in Australien optional),
- Royal Melbourne Institute of Technology (RMIT) (Computer Science).

Darüber hinaus gibt es mindestens drei *Masterdoppeldiplome* unter Beteiligung der folgenden australischen Hochschulen:

- Curtin University of Technology (Master Accounting),
- Griffith University (Master Human Resource Studies mit obligatorischem Absolvieren des zweiten Studienjahrs in Australien),
- University of Western Australia (Master Business Administration, vollständiges Absolvieren in Indonesien möglich).

Doppeldiplom-Studiengänge werden überwiegend auf Englisch gelehrt, und es werden Studiengebühren erhoben, die über das reguläre Niveau der indonesischen Partnerhochschulen hinausgehen. Doppeldiplom-Studiengänge mit deutscher Beteiligung wurden in Abschnitt 5.3 kurz beschrieben. Auf indonesischer Seite

sind sowohl öffentliche als auch private Hochschulen am Angebot von Doppeldiplom-Studiengängen mit ausländischen Hochschulen beteiligt. Unter den öffentlichen indonesischen Universitäten ist insbesondere die University of Indonesia beim Angebot von Doppeldiplom-Studiengängen aktiv. Daneben unterhalten die Gajah Mada University und die technische Hochschule Bandung einige wenige Studienangebote dieser Art. Private Hochschulen mit einer Beteiligung an Doppeldiplom-Angeboten in der Betriebswirtschaft und Informatik sind die Trisakti University, Taramanagara University, Bina Nusantara University (Binus) und STIE Supra.

Des Weiteren bietet die Gajah Mada University zwei Doppeldiplom-Master-Studiengänge (Stadt- und Regionalentwicklung bzw. Entwicklungsmanagement) in Zusammenarbeit mit der niederländischen IHS-Erasmus University an. Diese Angebote richten sich an Personen mit Berufserfahrung. Das zweite Studienjahr wird in den Niederlanden absolviert. In den Wirtschaftswissenschaften können an der Gajah Mada University auf Bachelor-Niveau Doppeldiplome unter Beteiligung der niederländischen Groningen University und Erasmus University, der Hochschule Pforzheim und der University of Melbourne erworben werden. Außerdem bietet die technische Hochschule Bandung ein Masterdoppeldiplom in Chemical Engineering in Zusammenarbeit mit der Riksuniversiteit Groningen an.

#### *Ausländische Studiengänge ohne Doppeldiplomierung*

Seit 2001 arbeitet *Inti College Indonesia*, ein Ableger des malaysischen Inti College, in Jakarta. Es bietet heute vier betriebswirtschaftliche Bachelor-Studiengänge und einen Informatik-Bachelor australischer Universitäten an. Diese Studienangebote führen zu australischen Abschlüssen und haben, anders als reguläre grundständige Studiengänge in Indonesien, lediglich eine dreijährige Dauer. Eine Teilnahme setzt allerdings das Absolvieren eines drei- bis viersemestrigen indonesischen Kurzstudiengangs voraus. Zum Teil können oder müssen die letzten Studienjahre in Australien absolviert werden. Als Lehrkräfte fungieren Masterabsolventen angelsächsischer Universitäten. Die Studiengebühren sind mit etwa ein bis drei Millionen Rupien (ca. 84 bis 250 €) im Semester für den privaten Sektor ausgesprochen günstig.

#### *Studienvorbereitende Kurzstudiengänge*

Die australische Monash University hat 2002 ein Memorandum of Understanding mit einem privaten indonesischen College (Jakarta International College) abgeschlossen, das seitdem unter der Bezeichnung *Monash College Indonesia* fünf englischsprachige Kurzstudiengänge und das so genannte Foundation Year zur Vorbereitung auf ein Bachelor-Studium in Australien oder auf dem Monash-Auslandscampus in Malaysia durchführt. Die curriculare Gestaltung der Studienangebote liegt in den Händen der Monash-Fakultäten, die auch die Prüfungsmodalitäten vorgeben. Das erste Jahr der Kurzstudiengänge entspricht dem letzten

Schuljahr in Australien, und das zweite Jahr eines Kurzstudiengangs wird auf das erste Jahr eines australischen Bachelor-Studiums angerechnet. Die Studiengebühren belaufen sich auf ungefähr acht Mio. Rupien pro Jahr (knapp 700 €). Die Studienangebote wenden sich unter anderem an indonesische und internationale Schulabgänger, deren Noten für einen direkten Zugang zu Monash-Bachelor-Studiengängen nicht ausreichen. Vor kurzem hat der indonesische Partner (Jakarta International College) 400 Mio. Rupien (33.500 €) gespendet, um zusammen mit der Monash University von Anfang 2006 an Aktivitäten in der Fortbildung indonesischer Lehrer aufzubauen.

Ähnliche studienvorbereitende Angebote hat das privatwirtschaftlich organisierte *Melbourne Institute of Business and Technology (MI&T)* bereits 1999 in Jakarta aufgebaut. Das MI&T bereitet seit 1997 an der australischen Deakin University internationale und einheimische Studierende auf ein Bachelor-Studium vor. Des Weiteren bietet auch der private indonesische Anbieter *Uniprep* einen Jahreskurs an, der auf ein Studium in Australien vorbereitet und in Zusammenarbeit mit der australischen University of New South Wales entwickelt wurde.

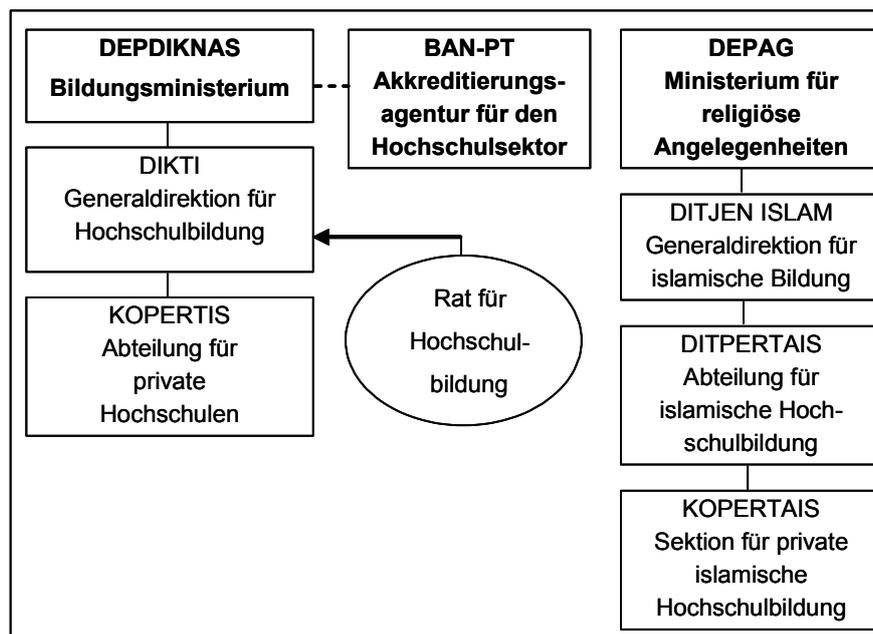
#### *Export indonesischer Studienangebote*

Die öffentliche indonesische Airlangga University arbeitet mit dem malaysischen Segi College zusammen, das indonesische Studiengänge in Malaysia anbieten möchte. Geplant sind die Fachrichtungen Medizin, Pflege und Pharmazie.

### **5.9 Zuständigkeiten und Ansprechpartner**

Eine Genehmigung von *Hochschulkooperationen* beim Angebot von Studiengängen erfolgt durch die Generaldirektion für Hochschulbildung (DIKTI) im nationalen Bildungsministerium (DEPDIKNAS). Diese Generaldirektion ist für Zusammenarbeiten sowohl mit öffentlichen als auch mit privaten Hochschulen zuständig. Speziell für die Koordination privater Universitäten ist die Abteilung KOPERTIS zuständig. Die islamischen Universitäten fallen in die Zuständigkeit des Ministeriums für Religiöse Angelegenheiten (DEPAG) (vgl. auch Abschnitt 5.5). Sobald konkrete Pläne für eine Zusammenarbeit zwischen einer indonesischen und einer deutschen Hochschule vorliegen, kann der Rektor der indonesischen Hochschule die Genehmigung eines Memorandum of Understanding beantragen.

Abbildung 1: Regierungsstellen mit Zuständigkeit für den Hochschulsektor



Die Gründung eines *privaten Hochschulträgers* erfordert die Genehmigung des Amtsgerichts und des Justizministeriums. Da eine solche Gründung nur in Kooperation mit einer indonesischen Organisation erfolgen kann, ist von dieser Seite Unterstützung zu erwarten. Allgemein bieten die Internetseiten der indonesischen Regierung nur wenige Informationen auf Englisch, und nur die wichtigsten Regelungen werden ins Englische übersetzt. Im Rahmen der von der Weltbank unterstützten Hochschulreform sollen in Zukunft spezielle gesetzliche Bestimmungen für die Präsenz ausländische Studienanbieter entwickelt werden.

Jeder *Studiengang* wird durch die Generaldirektion für Hochschulbildung genehmigt und erhält eine Durchführungslizenz. Anschließend kann die Studiengangs-Akkreditierung durch die Akkreditierungsagentur BAN-PT vorgenommen werden (vgl. auch Abschnitt 5.6).

Die *hochschulpolitische Interessenvertretung* sowohl für die staatlichen als auch für die privaten Hochschulen übernimmt die Rektorenkonferenz Forum Rector Indonesia. Die staatlichen Hochschulen sind darüber hinaus in den Associations of Western/Eastern Universities organisiert. Der Verband der privaten Hochschulen ist APTISI.

Das Ministerium für Forschung und Technologie (RISTEK) ist Ansprechpartner in Fragen der *wissenschaftlichen Zusammenarbeit*. Es administriert die nationalen Forschungsförderungs-Programme (vgl. auch Abschnitt 5.5). Die *Tätigkeit ausländischer Wissenschaftler* in Indonesien muss beim von Wissenschaftlern verwalteten Wissenschaftsinstitut LIPI beantragt werden; zu diesem Zweck existiert auf der LIPI-Homepage ein Formular in Englisch.

**Abbildung 2: Regierungsstellen mit Zuständigkeit für den Forschungssektor**



Daneben kann für *Hochschulaktivitäten* in Indonesien natürlich auch Unterstützung der unterschiedlichen Organisationen der deutsch-indonesischen Zusammenarbeit in Anspruch genommen werden.

### 5.10 Gesamteinschätzung

Indonesien kann als ein Hochschulmarkt der Zukunft gelten, auf dem deutsche Hochschulen durch den Ausbau von Kooperationen mit einheimischen Universitäten ihre Präsenz sukzessive erweitern sollten. Das Land hat sich in den letzten Jahren von den gravierenden wirtschaftlichen Einbrüchen während der Asienkrise erholt und einen Demokratisierungsprozess eingeleitet. Zudem konnten die Folgen einer noch nicht da gewesenen Serie an Naturkatastrophen mit internationaler Unterstützung weitgehend unter Kontrolle gebracht werden. Obwohl durchaus noch wichtige Entwicklungshemmnisse wie z.B. eine weit verbreitete Korruption, unzureichende Gesetzgebung und eine hohe Verschuldung zu überwinden sind, wird Indonesien heute wieder als interessanter und sich dauerhaft stabilisierender Investitionsstandort eingeschätzt.

Im Bildungssektor schreitet der dringend erforderliche Ausbau von Primär- und Sekundarbildung kontinuierlich voran. Vor diesem Hintergrund kann davon ausgegangen werden, dass der Hochschulbildung in Zukunft immer mehr politische Aufmerksamkeit gewidmet werden kann. In der dritt-bevölkerungsreichsten Demokratie der Erde gibt es bereits heute eine hohe ungedeckte Nachfrage nach Hochschulbildung. Bisher kann nur ein extrem geringer Anteil der relevanten Altersgruppe an Hochschulbildung teilnehmen, da staatliche und private Ressourcen nicht ausreichen, um die erforderliche Expansion des Hochschulsektors zu finanzieren. Unter den gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen müsste ein

Ausbau des Studienangebots unweigerlich zu Qualitätseinbußen führen. In Relation zum durchschnittlichen pro Kopf Einkommen in Indonesien müssten die pro Studierendem verfügbaren öffentlichen Mittel um ein Mehrfaches erhöht werden, um das Niveau öffentlicher Hochschulfinanzierung zu erreichen, von dem aus China, Malaysia oder Thailand die Expansion ihrer Hochschul Sektoren forcierten (Ministry of National Education, Director General of Higher Education 2003, S. 11).

Die wichtigsten öffentlichen Universitäten richten zwar zurzeit zusätzliche Studienplätze ein, für die Gebühren in einer Höhe zwischen den regulären Gebührenniveaus der öffentlichen und der guten privaten Hochschulen erhoben werden. Auf diese Weise werben sie aber vor allem Studierende aus dem privaten Hochschulsektor ab; der Zugang zusätzlicher junger Erwachsener zum Hochschulsektor scheitert am Mangel privater Ressourcen zur Studienfinanzierung. Da aber eine generelle Bereitschaft der Familien besteht, in die Ausbildung ihrer Kinder zu investieren, ist bei einer fortschreitenden Verbesserung des Einkommensniveaus durchaus von einer Ausweitung der Nachfrage auch für Studienplätze auszugehen, für die relativ hohe Gebühren erhoben werden.

Die Regierung möchte allerdings die Entstehung eines Markts für ausländische Hochschulabschlüsse verhindern, weil sie kulturelle Überformung und die Ausbreitung so genannter Degree Mills fürchtet. Ihr Ziel ist es, die Expertise ausländischer Hochschulen in die Entwicklung eines eigenständigen indonesischen Hochschulsektors einzubinden. Die Präsenz ausländischer Hochschulen wird als Nischenaktivität, nicht als eine breit auszubauende Entwicklung verstanden. Ausländische Hochschulen dürfen daher nur in Kooperation mit einheimischen Universitäten Studiengänge im Land anbieten (die Swiss-German University erhielt eine Sondererlaubnis). Es wird gerne gesehen, wenn ausländische Hochschulen mit staatlichen Universitäten beim Aufbau neuer Studiengänge zusammenarbeiten. Vor diesem Hintergrund konzentriert sich die bislang insgesamt relativ geringe Präsenz ausländischer Hochschulen auf das Angebot von Doppeldiplom- oder Twinning-Studiengängen (Studienabschnitte im In- und Ausland werden kombiniert) in Kooperation mit staatlichen indonesischen Universitäten. Die ausländischen Partner übernehmen vorrangig Aufgaben in der Entwicklung von Curricula und der Qualitätssicherung, sind aber kaum an der Lehre vor Ort oder der finanziellen Abwicklung der Studienangebote in Indonesien beteiligt (die Beschäftigung ausländischer Dozenten ist in Indonesien gesetzlich beschränkt, und es dürfen keine Einnahmen aus Studiengebühren außer Landes transferiert werden). Die ausländischen Partnerhochschulen laden vor allem indonesische Studierende ein, den letzten Teil ihres Studiums an ihrem Stammsitz zu absolvieren.

Für das vor allem von australischen Hochschulen praktizierte Franchising von Studiengängen oder die Gründung von „Branch Campuses“ bietet Indonesien keine geeigneten Rahmenbedingungen. Vor diesem Hintergrund ist der Wettbewerb ausländischer Anbieter wenig ausgeprägt. Die Swiss-German University ist

bisher die in punkto Unabhängigkeit am weitesten ausgebaute ausländische Aktivität; sie ist die einzige internationale Hochschule mit Universitätsstatus im Land. Sie wurde durch einen ehemaligen deutschen Rektor, der politische und finanzielle Unterstützung vor allem durch die deutsche Regierung erhielt, gegründet; geht also nicht auf die Initiative der an ihr beteiligten deutschen und schweizerischen Hochschulen zurück.

Obwohl sie in Indonesien deutlich zurückhaltender agieren müssen als in anderen südostasiatischen Ländern, bilden australische Hochschulen die bei weitem stärkste Gruppe unter den ausländischen Hochschulen vor Ort. Deutsche Hochschulen folgen mit klarem Abstand, aber ohne ernsthafte Konkurrenz. Die Rahmenbedingungen für das Angebot ausländischer Studiengänge in Indonesien favorisieren die typisch deutsche, auf Kooperation ausgerichtete Form der hochschulischen Auslandspräsenz. Darüber hinaus bieten auch die intensive deutsch-indonesische Entwicklungszusammenarbeit, eine traditionell enge wissenschaftliche Kooperation zwischen beiden Ländern, das generelle indonesische Interesse an der deutschen Sprache und eine wachsende Mobilität indonesischer Studierender nach Deutschland gute Startbedingungen für einen Ausbau deutscher Studienangebote in Indonesien.

Als indonesische Partner für das Angebot gemeinsamer Studiengänge sollten nicht nur die wichtigsten staatlichen Universitäten, sondern auch staatliche Hochschulen der „zweiten Reihe“ bzw. bedeutende private Universitäten in Erwägung gezogen werden. Die für internationale Doppeldiplom-Studiengänge auf Master-Niveau erhobenen Gebührensätze dürften eine solide Grundfinanzierung ermöglichen. In Bezug auf Fächergruppen hat Deutschland ein besonderes Renommee bei den Ingenieurwissenschaften. Indonesische Studierende in Deutschland beispielsweise schreiben sich insbesondere für Maschinenbau und Elektrotechnik sowie Informatik ein. Daneben gibt es eine Reihe von Hochschulkooperationen in der Architektur und der Chemie. Aus dem Bereich der Sozialwissenschaften wären beispielsweise Angebote im Bereich Bildungsmanagement oder insbesondere auch Hochschulentwicklung und -management sinnvoll.

Erschwert wird der Ausbau anspruchsvoller deutsch-indonesischer Studienangebote allerdings dadurch, dass die wichtigsten indonesischen Universitäten sehr viele Kooperationsangebote erhalten und nur noch sehr selektiv Partnerschaften eingehen. Außerdem ist unter Studierenden die Ansicht verbreitet, dass akademische Abschlüsse bis zu einem gewissen Punkt käuflich sind. Einschränkend ist schließlich des Weiteren anzumerken, dass die Beteiligung ausländischer Hochschulen an der Studiengangsentwicklung vor Ort bislang von Seiten der indonesischen Regierung kaum aktiv unterstützt wird. Auch vor dem Hintergrund der Entstaatlichung des öffentlichen Hochschulsektors – die Regierung zieht sich immer weiter aus der Detail Steuerung der öffentlichen Hochschulen zurück – sind daher tragfähige Beziehungen zwischen einzelnen deutschen und indonesischen Partner-

hochschulen als entscheidender Erfolgsfaktor in Bezug auf den Ausbau des deutschen Studienangebots vor Ort anzusehen.

### Literatur

- Badan Pusat Statistik (BPS) (2007): Selected Socio-Economic Indicators of Indonesia. March Edition. Jakarta: BPS.
- Beerkens, Eric (2002): „Moving Toward Autonomy in Indonesian Higher Education“. In: *International Higher Education* 29. Jg., H. 15. Internet: URL: [http://www.bc.edu/bc\\_org/avp/soe/cihe/newsletter/News29/text015.htm](http://www.bc.edu/bc_org/avp/soe/cihe/newsletter/News29/text015.htm).
- Bildungsministerium (DEPDIKNAS): Online-Statistik. Internet: URL: <http://www.depdiknas.go.id/statistik> [Stand 2007].
- Böhm, Anthony u.a. (2002): *Global Student Mobility 2025 – Forecasts of the Global Demand for International Higher Education*. (IDP Research Publication). Sydney: IDP Education Australia.
- Buchori, Mochtar und Malik, Abdul (2004): „The Evolution of Higher Education in Indonesia“. In: Altbach, Philip G. und Umakoshi, Turo (Hg.): *Asian Universities - Historical Perspectives and Contemporary Challenges*. Baltimore, Maryland: Johns Hopkins University Press, S. 249-277.
- Chin, Hey-Kyung Koh (Hg.) (2005 und 2006): *Open Doors. Report on International Educational Exchange*. New York: Institute of International Education.
- CIA (2005): *The World Factbook – Indonesien*. Internet: URL: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/id.html> [Stand: Januar 2005].
- Cummings, William K. und Kasenda, Salman (1989): „The Origin of Modern Indonesian Higher Education“. In: Altbach, Philip G. und Selvaratnam, Viswanathan (Hg.): *From Dependence to Autonomy*. Dordrecht: Kluwer, S. 143-166.
- Djanali, Supeno (2005): „Current Update of Higher Education in Indonesia“. In: SEAMEO RIHED (SEAMEO Regional Centre for Higher Education and Development) (Hg.): *Regional Seminar on Higher Education in Southeast Asian Countries: A Current Update*. Dokumentation eines Workshops am 29. Sept. 2005 in Bangkok, Thailand. Bangkok: SEAMEO RIHED, S. 25-36. Internet: URL: <http://www.rihed.seameo.org/NewsandEvents/current%20update/pindonesia.pdf>.
- Evers, Hans-Dieter und Gerke, Solvay (2001): *Möglichkeiten der Kooperation mit Hochschulen in Indonesien – Eine Marktanalyse als Planungshilfe für Off-Shore-Aktivitäten deutscher Hochschulen*. Bonn: DAAD.
- Garbrecht, Georg (2005): *Indonesien*. In: F.A.Z.-Institut, Rödl & Partner und DEG (Hg.): *Investitionsführer Südostasien*. Frankfurt: F.A.Z.-Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen 2005, S. 33-52.
- Hochschulrektorenkonferenz (HRK) (2006): *Hochschulkompass/Internationale Kooperationen/Kooperationen nach Staaten/Indonesien*. Internet: URL: <http://www.hochschulkompass.de/>.

- Kleine-Brockhoff, Moritz (2004): Indonesien: Durchbruch für die Demokratie. In: FES-Analyse, Dez. 2004. Internet: URL: <http://fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/POLITIKANALYSE/AnaIndonesien.pdf>.
- Koswara, Jajah und Tadjudin, Muhammad Kamil (2006): „Development and Impact of State Policies on Higher Education Research in Indonesia“. In: Meek, V. Lynn und Swanwela, Charas (Hg.): Higher Education, Research, and Knowledge in the Asia Pacific Region. (Issues in higher education). New York u.a.: Palgrave Macmillan, S. 135-151.
- Krüger-Rechmann, Ilona (2007): Jakarta. In: DAAD (Hg.): Berichte der Außenstellen 2006. Bonn: DAAD, S. 253-275.
- Ministry of National Education (Indonesia), Director General of Higher Education (2003): Basic Framework for Higher Education Development KPPTJP IV (2003-2010). Internet: URL: [http://www.somenamename.dikti.org/KPPTJP\\_2003\\_2010.pdf](http://www.somenamename.dikti.org/KPPTJP_2003_2010.pdf).
- OBHE (Observatory on Borderless Higher Education) (2004): „The Swiss-German University in Indonesia Graduates its First Bachelors Students – is Indonesia a Growth Market for Transnational Higher Education?“ Breaking News Article, 30<sup>th</sup> September 2004. Internet: URL: <http://obhe.ac.uk>.
- Ständige Arbeitsgruppe Deutsch als Fremdsprache (StADaF) (2006): Deutsch als Fremdsprache weltweit – Datenerhebung 2005. Ohne Ort: StADaF.
- Suhaenah, Ana und Rahardjo, Adam Pamudji (2006): BAN-PT, the National Accreditation Board for Higher Education with One Decade Experience in Indonesia. Internet: URL: [http://siteresources.worldbank.org/EDUCATION/Resources/indonesia\\_ban-pt.pdf](http://siteresources.worldbank.org/EDUCATION/Resources/indonesia_ban-pt.pdf).
- Tadjudin, Muhammad Kamil (2001): „Establishing a Quality Assurance System in Indonesia“. In: International Higher Education, 25. Jg., H. 9. Internet: URL: [http://www.be.edu/bc\\_org/avp/soe/cihe/newsletter/News25/text009.htm](http://www.be.edu/bc_org/avp/soe/cihe/newsletter/News25/text009.htm).
- Tadjudin, Muhammad Kamil (2005): „Higher Education in Indonesia and the Role of Cross-Border Higher Education Services“. Country report presented at the „UNESCO Regional Seminar on the Implications of WTO/GATS on Higher Education in Asia and the Pacific“, Seoul, 27-29 April 2005.
- Tadjudin, Muhammad Kamil (2006): „Indonesia“. In: Forest, James J.F. und Altbach, Philip G. (Hg.): International Handbook of Higher Education. Dordrecht: Springer, S. 769-780.
- Weltbank (2003): Implementation Completion Report (SCL-4043A; CPL-40430; SCPD-4043S; TF-29185) on a Loan in the Amount of US\$ 65 Million to the Government of Indonesia for a Higher Education Support Project: Development of Undergraduate Education. (Report No: 26039).
- Weltbank (2005): Projects Indonesia: Higher Education for Relevance and Efficiency. Internet: URL: <http://web.worldbank.org/external/projects/>.



## Malaysia

Ute Lanzendorf

### 6.1 Kulturelle und naturräumliche Rahmenbedingungen

West-Malaysia grenzt im Norden an Thailand und im Süden an den Stadtstaat Singapur. Vor seiner Westküste wird es durch die Straße von Malakka – eine strategisch bedeutsame Schiffroute – von Indonesien getrennt. Das flächenmäßig größere Ost-Malaysia hat gemeinsame Grenzen mit dem Sultanat Brunei und Indonesien. West- und Ost-Malaysia gliedern sich landschaftlich in Küstenebenen und gebirgiges Hinterland. Zwei Drittel der malaysischen *Landesfläche* sind gebirgig und überwiegend von dichtem Regenwald bewachsen. In Ost-Malaysia erreichen die Gebirgszüge bis über 4000 m Höhe.

#### Karte 1: Wichtige Städte in Malaysia



Quelle: CIA 2005.

Das *Klima* ist innertropisch. Die Jahreszeiten unterscheiden sich durch den Monsun, der jeweils für ein halbes Jahr aus unterschiedlichen Richtungen kommt und an den verschiedenen Küsten zu leicht unterschiedlichen Regenzeiten führt. Das

hohe Wirtschaftswachstum ist lange auf Kosten der Umwelt vorangetrieben worden. Mittlerweile fassen Umweltschutzgedanken aber sowohl bei der Regierung als auch in der Bevölkerung Fuß.

Rund 65 Prozent der Malaysier gelten als *ethnische Malaien*. Ethnische Malaien werden als Bumiputra – Söhne der Erde – bezeichnet. Chinesen stellen etwa ein Viertel der Bevölkerung und sind im wirtschaftlichen Leben des Landes besonders präsent. Wie auch eine kleine Gruppe Inder waren sie während der Kolonialzeit als Arbeitskräfte auf die malaiische Halbinsel gebracht worden. In Ost-Malaysia machen Ureinwohner, die keine ethnischen Malaien sind, über die Hälfte der Bevölkerung aus. Bumiputra genießen einen in der Verfassung und weiteren Gesetzen verankerten Sonderstatus, mit Hilfe dessen ihre historisch schwache wirtschaftliche Stellung verbessert werden soll. Beispielsweise müssen grundsätzlich 30 Prozent der Anteile an börsennotierten Unternehmen in den Händen von Bumiputra liegen, in Neubaugebieten müssen sie einen bestimmten Teil der Wohnungen erwerben und erhalten einen Preisnachlass, viele Ausschreibungen der Regierung stehen nur Unternehmen offen, die Bumiputra gehören, usw.

### Karte 2: Verwaltungseinheiten in West-Malaysia



Quelle: University of Texas (2005).

*Amtssprache* in Malaysia ist Bahasa Malaysia, das dem Indonesischen ähnelt. Daneben ist Englisch Geschäfts- und Verkehrssprache, und auch Chinesisch ist weit verbreitet. Offizielle Dokumente liegen vielfach auf Englisch vor.

Der *Islam* ist in der Verfassung als Staatsreligion verankert. Die Regierung vertritt traditionell eine gemäßigte Linie. Seit den 1970er Jahren hat sie im Zuge der Pro-Bumiputra-Politik die gesellschaftliche Islamisierung vorangetrieben. In jüngster Zeit ist auf der politischen Ebene sowohl eine Stärkung konservativ-orthodoxer Muslime als auch ein Bedeutungsgewinn multiethnischer Parteien zu beobachten (Ufen 2004).

In den Religionen des Landes ist die Stellung der *Frau* der des Mannes untergeordnet. Seit den frühen 1980er Jahren existiert eine Frauenbewegung, die auf der politischen Ebene mit Erfolg die Interessen der weiblichen Bevölkerung vertritt (hierzu ausführlich Ng, Maznah und Tan 2006). Die Beteiligung von Frauen im Bildungssystem bis in die Universitäten und auch auf dem Arbeitsmarkt ist ausgesprochen hoch. Dies lässt sich unter anderem mit einem hohen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften erklären. Im Jahr 2006 hat der Hochschulminister erstmalig eine Frau zur Universitätspräsidentin ernannt, und dies sogar an der traditionsreichsten öffentlichen Universität.

## 6.2 Politische und ökonomische Rahmenbedingungen

Das Königreich Malaysia gilt als eines der ökonomisch und politisch stabilsten Länder Südostasiens. Es ist ein föderativer Staat, der 1963 durch Zusammenschluss der ehemaligen *britischen Kronkolonie* Malaya mit dem heutigen Ost-Malaysia sowie zunächst auch mit Singapur entstand. Zentrales innenpolitisches Thema ist seit Jahrzehnten die Anpassung des ökonomischen Status der größten ethnischen Gruppe (Malaien) an den der kleineren Gruppen indischer und chinesischer Abstammung („ethnisch-ökonomischer Ausgleich“, vgl. Abschnitt 6.2).

Auf der *volkswirtschaftlichen* Ebene ist Malaysia als der so genannte „fünfte asiatische Tiger“ nach Korea, Taiwan, Hongkong und Singapur bekannt. Das phänomenale Wirtschaftswachstum der frühen 1990er Jahre wurde durch die Asienkrise 1997 zunächst beendet. Erst seit 2002 erreicht die malaysische Wirtschaft wieder hohe Wachstumsraten: Zuletzt wuchs das Bruttoinlandsprodukt um rund sieben Prozent in 2004 und über fünf Prozent in 2005. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt derzeit bei fast 5.000 US\$ im Jahr. Inflation (ca. 3 % im Jahr) und Verschuldung (ca. 4 % des Bruttoinlandsprodukts) sind moderat. Ein Wermutstropfen ist das hohe Niveau der Korruption, das im Land selber als Problem empfunden wird.

Die malaysische Volkswirtschaft ist stark außenorientiert; das Land gehört zu den 20 weltweit führenden *Exportnationen*. Wichtige Exportgüter sind Halbleiterprodukte – Malaysia ist weltweit führender Exporteur von Mikrochips – sowie Audio-, Video-, Klima- und andere Elektrogeräte. In diesen Bereichen ist Malaysia vorrangig Produktionsstandort ausländischer Unternehmen. Die Rohstoffe Kautschuk, Palmöl, Zinn und Erdöl bringen heute nur noch geringe Exporterlöse.

Die Landesfläche ist auf die Südspitze der Halbinsel Malacca (West-Malaysia) und den nördlichen Teil der Insel Borneo (Ost-Malaysia) verteilt. Zwischen beiden Landesteilen erstreckt sich das Südchinesische Meer. Das Land hat rund 26 Mio. *Einwohner*, von denen über drei Viertel in West-Malaysia leben, darunter rund 1,5 Mio. in der Hauptstadt Kuala Lumpur. Die nächst größeren Städte sind Ipoh im Nordteil West-Malaysias und das nur wenige Kilometer westlich der Hauptstadt liegende Kelang. Diese Städte haben jeweils über eine halben Millionen Einwohner. In Bezug auf geographische Namen ist zu beachten, dass es häufig englische und malaysische Bezeichnungen nebeneinander gibt und die Schreibweise malaysischer Namen unterschiedlich sein kann. Insgesamt leben nur ca. 60 Prozent der Einwohner Malaysias in Städten. Das Bevölkerungswachstum ist mit über zwei Prozent jährlich vergleichsweise hoch.

Malaysia hat in den 1970er Jahren einen Industrialisierungsprozess durchlaufen, der rasche Fortschritte in der sozialen Entwicklung mit sich brachte. Heute erwirtschaftet die Industrie rund die Hälfte des Volkseinkommens, beschäftigt aber nur zirka ein Fünftel der Erwerbstätigen. Zu den einheimischen Großunternehmen zählen der Ölkonzern Petronas und die Autoproduzenten Perodua und Proton. Den größten Anteil an der Beschäftigung hat der Dienstleistungssektor mit rund der Hälfte der *Erwerbstätigen*. Nur rund 14 Prozent der Erwerbstätigen arbeiten in der Landwirtschaft. Offiziell beträgt die Arbeitslosigkeit lediglich 3,5 Prozent. Unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen erreicht sie aber höhere Werte. Arbeitskräftemangel in einzelnen Branchen wird durch die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte gezielt ausgeglichen.

Die Armut kann als gering und die Einkommensverteilung – abgesehen von ethnischen Unterschieden – als vergleichsweise ausgeglichen gelten. Tendenziell steigen die in den Haushalten verfügbaren *Einkommen*, und der Konsum wächst kontinuierlich. Gebremst wird diese Entwicklung in jüngster Zeit nur durch das Steigen der Energiepreise und steigende Zinsen für Privatkredite, die die privaten Haushalte in größerem Umfang aufgenommen haben.

Das malaysische Königreich ist eine *Föderation* aus 13 Bundesstaaten und drei Territorien (der Hauptstadt, dem Regierungssitz und einer Insel). Neun Bundesstaaten in West-Malaysia sind Erbsultanate. Die Regierungschefs der verbleibenden vier Bundesstaaten werden vom Parlament ernannt. Die Bundesstaaten haben direkt gewählte Landtage. Malaysia gilt als die einzige Wahlmonarchie der Welt. Der König wird für eine fünfjährige Amtszeit von den Herrschern der Erbsultanate gewählt und hat eine primär repräsentative Funktion. Die letzte Wahl fand Ende 2006 statt. Das nationale Parlament setzt sich aus einem Unterhaus mit direkt gewählten Volksvertretern und einem Oberhaus zusammen, dessen Mitglieder zum Teil von den Landesparlamenten gewählt, überwiegend aber vom König bestimmt werden. Regierungssitz ist die südlich von Kuala Lumpur neu errichtete Verwaltungsstadt Putrajaya.

Regierungsoberhaupt (*Premierminister*) ist seit März 2004 Abdullah Ahmad Badawi, ein studierter Islamwissenschaftler. Sein Vorgänger Mohamad Mahathir hatte 1981 bis 2003 regiert und sein Amt aus Altersgründen aufgegeben. Er hatte die enge Anbindung Malaysias an Großbritannien beendet, die Beziehungen zu Japan und Korea sowie zu den Golf- und Pazifikstaaten intensiviert und im Rahmen der so genannten New Economic Policy (NEP) die Förderung der Volksgruppe der Malaien (Bumiputra bzw. auch Bumiputera) ausgebaut. Auch für den derzeitigen Premierminister ist mehrfache Wiederwahl nicht ausgeschlossen.

Das politische System Malaysias wird als *Semidemokratie* beschrieben, da Elemente einer demokratischen Staatsform auf spezifische Weise mit autoritären Elementen verwoben sind. Seit der Unabhängigkeit des Landes wird die Regierung von einer Partei gestellt (UMNO), die mit kleineren Parteien Koalitionen bildet. Einschränkungen der Presse-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit, eine willkürliche Einteilung der Wahlkreise und die finanzielle Übermacht der Regierungsparteien führen dazu, dass Oppositionsparteien bei Wahlen geringe Chancen haben (vgl. z.B. Ufen 2004). Die Regierung bemüht sich dirigistisch um eine Konvergenz von Tradition und Moderne sowie von Islam und Kapitalismus.

In *Regierungskoalitionen* sind üblicherweise alle ethnischen Gruppen des Landes vertreten. Zurzeit regiert die Koalition Barisan Nasional (Nationale Front). Der Premierminister will zukünftig weniger staatliche Mittel in große Infrastrukturprojekte lenken als sein Vorgänger und stattdessen den öffentlichen Dienst effizienter gestalten und die Ausbildung der Arbeitskräfte verbessern. Ein erster Vorstoß, die Sonderbedingungen für Malaien mittelfristig auslaufen zu lassen, war aber in der eigenen Partei nicht auf Zustimmung gestoßen.

Charakteristisch für die malaysische Politik ist eine detaillierte *staatliche Entwicklungsplanung*, im Rahmen derer bis Mitte der 1980er Jahre auch die Wirtschaft staatszentralistisch gelenkt wurde. Erst unter dem Eindruck einer Rezession wurden Maßnahmen zur Deregulierung und eine dezidierte Privatisierungspolitik eingeleitet. Diese Strategie wurde während der Asienkrise nur vorübergehend unterbrochen. Seit Anfang der 1990er Jahre orientiert sich die Wirtschaftspolitik an der „*Vision 2020*“, unter der angestrebt wird, bis zum Jahr 2020 den Status eines Industrielands zu erreichen. Mehrjahrespläne legen konkrete Schritte auf diesem Weg fest. Derzeit ist der neunte so genannte Malaysia-Plan mit einer Laufzeit von 2006 bis 2010 maßgeblich. Nachdem die neue Regierung das Ziel der strikten Haushaltskonsolidierung zugunsten der Wachstumsförderung etwas zurückgestellt hat, wurden für den neunten Malaysia-Plan fast 18 Prozent mehr Mittel zur Verfügung gestellt als für den vorherigen Plan.

Zukünftig will die Regierung durch eine Förderung des Dienstleistungssektors sowie der Landwirtschaft und Nahrungsmittelerzeugung Risiken mildern, die sich aus der hohen Exportabhängigkeit der produzierenden Industrie ergeben. Seit einiger Zeit werden vor allem IT-Technologien stark gefördert. Das wichtigste mittelfristige Projekt in diesem Bereich ist der *Multimedia-Superkorridor (MSC)*,

der die Hauptstadt Kuala Lumpur mit dem 100 km entfernten internationalen Flughafen verbindet. Es wurden Hochtechnologie-Parks eingerichtet, eine Multimedia-Universität entstand und der neue Regierungssitz Putrajaya wurde aufgebaut. Dort soll „Electronic Government“ verwirklicht werden. Daneben entstand am MSC der auf ökologisch und technologisch hoch entwickeltes Wohnen und Arbeiten ausgerichtete Modellort Cyberjaya. Der Entwicklungsstand des MSC wird weitgehend positiv beurteilt (vgl. z.B. Ramasamy, Chakrabarty und Cheah 2004).

In der *Außenpolitik* konzentriert sich die malaysische Politik auf die regionale Kooperation im Rahmen der ASEAN (Association of Southeast Asian Nations). Frühere Streitigkeiten mit Indonesien und Singapur weichen zunehmend einer Zusammenarbeit. Malaysia setzt sich für einen ostasiatischen Wirtschaftsraum mit dem Fernziel einer gemeinsamen Währung ein. Daneben bemüht sich die malaysische Regierung vor allem um gute Bedingungen für den internationalen Handel: Malaysia wirkt aktiv an der Realisierung des „ASEAN Free Trade Area Agreements“ (AFTA) mit und bemüht sich auch in der APEC (Asia Pacific Economic Cooperation) um den Abbau von Handelsbarrieren sowie die Transparenz bereits vorhandener und zukünftiger *Freihandelsabkommen*. Ein weiterer Schwerpunkt malaysischer Außenwirtschaftsaktivitäten ist die Kooperation mit der „Organisation of the Islamic Conference“ (OIC). Zwischen deren 57 Mitgliedsstaaten werden bevorzugte Handelsbedingungen und die Einführung eines Gold-basierten Zahlungssystems diskutiert. Ende 2005 schloss Malaysia mit Japan eine Vereinbarung über wirtschaftliche Partnerschaft und Handelserleichterungen, und mit den USA und Indien werden bilaterale Freihandelsabkommen angestrebt.

Malaysia ist Vollmitglied in der WTO (World Trade Organization). Während der Asienkrise akzeptierte das Land – anders als andere asiatische Staaten – nur geringfügige Unterstützung internationaler Organisationen und überwand die Krise weitgehend aus eigener Kraft. Zusammen mit der *Weltbank* finanzierte Malaysia bis vor einigen Jahren vier Projekte zur Abfederung der Auswirkungen der Asienkrise unter anderem auf den Schulsektor und auf Armut (vgl. Weltbank 2006). Derzeit läuft nur noch ein bereits 1995 aufgenommenes Projekt zur Verminderung des Ozon-Ausstoßes.

### 6.3 Beziehungen zu Deutschland

Die *deutsch-malaysischen Beziehungen* konzentrieren sich bislang auf den Wirtschaftssektor. Obwohl Ende der 1980er Jahre vorübergehend unter dem Slogan „Buy British last“ eine Abkehr von der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien propagiert worden war (vgl. Spannagel 2005, S. 8), bleibt Malaysia kulturell und politisch vorrangig an die angelsächsische – und daneben an die islamische – Welt angebunden. Ein deutscher Bundeskanzler besuchte das Land erstmalig 2003.

2005 wurde dieser Besuch von dem damals neuen malaysischen Premierminister erwidert.

Die *deutsche Sprache* hat in Malaysia nur einen begrenzten Stellenwert. Es gibt eine deutsche Schule in Kuala Lumpur. Dort wird bis zur 10. Klasse unterrichtet. Neue Richtlinien des Bildungsministeriums haben es kürzlich ermöglicht, dass auch Schüler aufgenommen werden, die keine deutsche Staatsbürgerschaft haben. Im Jahr 2006 werden ca. 135 Schüler unterrichtet, die fast alle deutschsprachig sind. Mit Unterstützung von DAAD-Lektoraten werden zudem an zwei öffentlichen Universitäten Bachelor-Studiengänge für Deutsch als Fremdsprache angeboten. Außerdem bieten einige öffentliche und private Universitäten Deutschkurse an, und rund 800 Sprachschüler lernen jährlich am Goethe-Institut Deutsch. Daneben pflegt die deutsch-malaysische Gesellschaft in Penang die deutsche Sprache und Kultur.

Fast 400 *deutsche Unternehmen* haben direkt in Malaysia investiert, und etwa 80 von ihnen betreiben dort Produktionsanlagen (vgl. auch Auswärtiges Amt 2006). Tabelle 1 zeigt, dass deutsche Unternehmen 2004 die beachtliche Summe von 1,8 Mrd. € in Malaysia investierten. Bei diesen Investitionen spielen die chemische Industrie, der Maschinenbau und das Bankenwesen eine herausragende Rolle.

**Tabelle 1: Unmittelbare und mittelbare deutsche Direktinvestitionen in Malaysia nach ausländischen Wirtschaftszweigen**

	2004 (Mio Euro)
Verarbeitendes Gewerbe gesamt	1.169
darunter: chemische Industrie	337
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	80
Maschinenbau	153
Kreditinstitute	136
Versicherungsgewerbe	120
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	94
Beteiligungsgesellschaften	24
<b>Gesamt (inkl. weiterer Wirtschaftszweige)</b>	<b>1.806</b>

Quelle: Deutsche Bundesbank 2006.

Die Aktivitäten deutscher Unternehmen in Malaysia nehmen in den letzten Jahren tendenziell zu. Der Trend geht dahin, Malaysia als Drehkreuz für Aktivitäten in Südostasien aufzubauen. Kürzlich hat BASF in Kuala Lumpur sein Asia Pacific Shared Service Centre eröffnet, und Firmen wie Robert Bosch, B. Braun oder Henkel haben „International Procurement Centres“ in Malaysia aufgebaut. Seit Ende 2004 gibt es einen bilateralen Wirtschaftsausschuss zwischen Deutschland und Malaysia. Zudem existiert ein Doppelbesteuerungsabkommen.

Die *Entwicklungshilfe* konzentriert sich heute aufgrund der guten wirtschaftlichen und sozialen Situation Malaysias auf Regierungsberatung und gezielte technische Hilfe zur Überwindung von Entwicklungsempfängen.

Prinzipiell wird von malaysischem Interesse berichtet, den Kontakt mit Deutschland über wirtschaftliche Aspekte hinaus auszubauen. Ende 2002 beispielsweise wurde zwischen dem malaysischen *Forschungsminister* und der deutschen Botschaft in Kuala Lumpur vereinbart, so genannte „Fact Finding Missions“ zu organisieren. Im Jahr 2005 besuchte eine malaysische Expertenkommission, die Empfehlungen zur exzellenzorientierten Entwicklung des Hochschulsektors erarbeiten sollte, auch deutsche Hochschulen. Mit der Einführung gestufter Studienstrukturen in Deutschland haben sich die Rahmenbedingungen für eine Ausweitung der Zusammenarbeit im Hochschulsektor verbessert.

In der *wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit (WTZ)* ist Malaysia zurzeit kein Schwerpunkt-, aber ein Partnerland. Wegen der umfangreichen und gezielten Bemühungen der malaysischen Regierung um den Ausbau der Informationstechnologien (Multimedia Supercorridor) und der Biotechnologie (Biovalley Malaysia, seit 2003) werden in diesen Bereichen Möglichkeiten zum Ausbau der Zusammenarbeit gesehen. Konkret interessierte sich Malaysia zuletzt für internationale Kooperationen in den Forschungsfeldern „Genomics and Molecular Biology“, „Nutraceuticals and Pharmaceuticals“ sowie „Agricultural Biotechnology“. Daneben fördert die malaysische Regierung auf der Basis einer etablierten Halbleiterindustrie im Land die Photonik (optische Technologien). Es werden sowohl eigene Forschungs- und Entwicklungskapazitäten aufgebaut als auch Steuervorteile für ausländische Investoren gewährt (vgl. Internationales Büro 2006). Ein erfolgreiches Projekt der wissenschaftlichen Zusammenarbeit war die Entwicklung eines umweltfreundlichen Recycling-Verfahren zur Herstellung von Spanplatten aus Holz- und Faserabfällen der Palmölproduktion in Malaysia durch das Fraunhofer-Institut für Holzforschung in Braunschweig.

Der Hochschulkompass der deutschen Hochschulrektorenkonferenz verzeichnete 2006 lediglich 21 *Hochschulkooperationen* mit Malaysia, darunter mit fünf Universitäten und 16 Fachhochschulen. Zusätzlich sind dem DAAD-Lektor vor Ort sieben weitere Zusammenarbeiten bekannt, vorwiegend unter Beteiligung deutscher Universitäten (vgl. HRK 2006). Beispielsweise wurde 2001/02 unter Federführung des Instituts für Medientechnik und Software Engineering der ingenieurwissenschaftlichen Fakultät der Universität Duisburg ein gemeinsamer Mas-

ter-Studiengang „Computer Science and Communications Engineering“ mit der National University of Malaysia und einer indonesischen Universität eingerichtet. Des Weiteren arbeiten die Fachhochschulen in Baden-Württemberg seit 1997 mit der größten, nur ethnische Malaien unterrichtenden öffentlichen Universität (MARA University of Technology) zusammen. Jedes Jahr nehmen sie 50 erfolgreiche Absolventen eines speziellen Vorbereitungskurses auf ein Ingenieurstudium in Deutschland auf. In allen Kooperationen wird überwiegend mit öffentlichen malaysischen Universitäten zusammengearbeitet. Unter den malaysischen Partnern sind aber auch private Colleges, eine private Universität und das mit GTZ-Unterstützung gegründete „German-Malaysian Institute“, das berufliche Aus- und Fortbildungsprogramme anbietet. Die Fachgebiete, auf denen kooperiert wird, sind breit gefächert. Besonders häufig sind die Betriebswirtschaft und die Ingenieurwissenschaften beteiligt.

Die in Malaysia ansässigen deutschen Wissenschaftsorganisationen werben auf der wichtigsten Bildungsmesse Malaysias, der *FACON-Education-Fair* Kuala Lumpur, für den Bildungsstandort Deutschland.

#### 6.4 Hochschul- und Studiensystem

Die Entwicklung des malaysischen Hochschulsektors begann mit der Unabhängigkeit des Landes von der britischen Kolonialmacht. Zunächst wurden ab 1961 öffentliche Universitäten aufgebaut. Ergänzend zu dem frühen Modell der Volluniversität wurden später auch spezialisierte Universitäten (University Colleges) gegründet. Um einer stark expandierenden Studiennachfrage zu entsprechen, entstanden außerdem öffentliche „Polytechnics“ sowie öffentliche und private „Colleges“ (hierzu v.a. von Kopp 2002, S. 83ff., Lee 2004c). Diese Institutionen verleihen Abschlüsse (Certificate, Diploma), deren Anspruchsniveau unter dem eines Bachelors liegt und werden daher auch als „non-degree granting institutions“ bezeichnet. Sie bieten beruflich-technische Studiengänge vor allem in BWL, Ingenieurwesen und Informatik an. Im weiteren Zeitverlauf entstanden im *öffentlichen Hochschulsektor* unter anderem mehrere regionale Universitäten, und später wurden ehemalige Colleges zu Universitäten aufgewertet. Die Studienstruktur in Malaysia ist nach britischem Vorbild gestuft.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Studiennachfrage die Studienkapazitäten weiterhin deutlich überstieg, erfolgte 1996 eine generelle Öffnung des Hochschulsektors für *private Studienanbieter*. Rasch entwickelte sich eine Vielzahl kostendeckend bzw. gewinnorientiert wirtschaftender Hochschulen. Die Zahl privater Colleges stieg sprunghaft an, und zusätzlich wurden private Universitäten und Ausgründungen ausländischer Universitäten aufgebaut. Während der staatliche Hochschulsektor in Bezug auf die Zulassung von Studienanfängern, die Unterrichtssprache und das Lehrpersonal umfassenden staatlichen Einschränkungen – vor allem zur Förderung der Bumiputra – unterworfen ist, sind die privaten Hoch-

schulen lediglich an die Einhaltung infrastruktureller und akademischer Mindeststandards gebunden. Die malaysischen Universitäten verfügen häufig über mehrere Campus und decken dadurch auch entlegene Landesteile relativ gut ab.

Heute bestehen 18 *öffentliche Universitäten*, von denen zwölf Volluniversitäten und sechs spezialisierte Universitäten (University Colleges) mit technologischer, ingenieurwissenschaftlicher oder naturwissenschaftlicher Ausrichtung sind (vgl. Tab. 2). Eine weitere öffentliche Universität in Kelantan ist in Planung. Damit hat sich die Zahl der öffentlichen Universitäten in den vergangenen zehn Jahren fast verdoppelt. Traditionell stehen die öffentlichen Universitäten ausschließlich einheimischen Studierenden offen. Vor allem auf post-graduiertem Niveau öffnen sie sich allerdings zunehmend auch für internationale Studierende.

**Tabelle 2: Institutionen des tertiären Bildungssektors in Malaysia 2006**

Institutionentyp	Anzahl
<i>Öffentliche Institutionen</i>	
Volluniversitäten	12
Spezialisierte Universitäten	6
Colleges	1
Polytechnics	20
Community Colleges (Weiterbildung)	34
<i>Private Institutionen</i>	
Universitäten	11
University Colleges	15
Ausgründungen ausländischer Universitäten	4
Colleges	533

Quelle: Department of Higher Education 2006.

Im *privaten Hochschulsektor* gibt es elf Universitäten und 15 spezialisierte Universitäten. Daneben existieren vier Campus ausländischer Hochschulen (vgl. Tab. 2). Private Hochschulen und die Campus ausländischer Hochschulen nehmen Studienbewerber unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft auf. Die privaten Universitäten sind vergleichsweise kleine und spezialisierte, teilweise aus Colleges entwickelte Institutionen. Die von ihnen erhobenen Studiengebühren sollen die Studienkosten vollständig decken.

Als *führende Universitäten* des Landes gelten die vier traditionsreichsten öffentlichen Institutionen. Sie sollen im Rahmen der Entwicklung von Exzellenz im öffentlichen Universitätssektor zu forschungsintensiven Universitäten ausgebaut werden. Im Einzelnen sind dies:

- die 1962 in Kuala Lumpur gegründete *University of Malaya* (Universiti Malaya, *UM*) mit elf Fakultäten und knapp 26.000 Studierenden;

- die 1969 gegründete *Science University of Malaysia* (Universiti Sains Malaysia, *USM*) mit 24 so genannten Schools of Study und rund 24.000 Studierenden. Sie hat ihren Hauptsitz im Norden des Landes, in Penang;
- die 1970 eingerichtete *National University of Malaysia* (Universiti Kebangsaan Malaysia, *UKM*) mit 17 Fakultäten und rund 31.000 Studierenden mit Hauptsitz südlich von Kuala Lumpur. Die UKM bildet 2005 die mit Abstand höchste Zahl an Doktoranden aus (über 4.000) und hat auch die meisten Master-Studierenden der malaysischen Universitäten (über 8.000);
- die 1971 gegründete *Putra University of Malaysia* (Universiti Putra Malaysia, *UPM*) mit knapp 27.000 Studierenden in 14 Fakultäten ist in der Nähe des Regierungssitzes Putrajaya im Bundesstaat Selangor angesiedelt.

Die University of Malaya (UM) und die Science University of Malaysia (USM) hatten im vorletzten Ranking des Times Higher Education Supplement respektable Plätze erreicht. Im Ranking von 2005 fiel die UM allerdings vom 89. auf den 169. Platz, und die USM war gar nicht mehr gelistet.

An der größten öffentlichen Universität, der *MARA University of Technology* (*UiTM*) mit über das ganze Land verteilten Standorten, studieren ausschließlich Bumiputra. Eine weitere Besonderheit stellt die *International Islamic University Malaysia* (*IIUM*) dar, die von einzelnen islamischen Ländern und der Organisation Islamischer Staaten (OIC) kofinanziert wird. Um die Aufnahme von Studierenden aus dem Ausland zu ermöglichen, wurde bei ihrer Gründung 1983 erstmals von der politischen Vorgabe abgewichen, dass die Lehre an öffentlichen Universitäten ausschließlich in Malaiisch durchzuführen ist. Die IIUM wurde unter Zuhilfenahme des Unternehmensgesetzes als erste private Universität des Landes gegründet, wird aber aufgrund ihrer staatlichen Finanzierung zu den öffentlichen Universitäten gezählt.

An den öffentlichen Universitäten werden unter den *Dozenten* „Lecturer“, „Associate Professors“ und „Professors“ unterschieden. Daneben gibt es Tutoren und Malaiisch-Dozenten. Mit einer Zahl von knapp 11.000 ist die Gruppe der Lecturer die mit Abstand stärkste. Nur knapp fünf Prozent der Dozenten sind Professoren. Knapp ein Viertel der Dozenten ist promoviert, und fast alle weiteren Dozenten verfügen über einen Master-Abschluss, der bei Neueinstellungen heute als Mindestqualifikation gefordert wird (Lee 2002, S. 153). Das Hochschulministerium strebt an, dass zukünftig drei Viertel der Dozenten im öffentlichen Sektor über einen Dokortitel verfügen sollen. Die Besetzung von Dozenturen an den öffentlichen Universitäten erfolgt Lee (2002) zufolge nach mehr oder weniger transparenten ethnischen Quoten, so dass die Mehrzahl der Dozenten Bumiputra sind. Außerdem wird die Auswahl und Beförderung von Dozenten als stark politisiert beschrieben. Ein ausgesprochen hohes Gewicht kommt verwaltungs- bzw. managementbezogenen Kriterien zu. Die Einstiegsgehälter für den Dozenten-Nach-

wuchs werden im Vergleich zu den Gehältern für Berufseinsteiger außerhalb der Universitäten als unattraktiv beschrieben (Lee 2002).

Die *privaten Universitäten* (vgl. Liste in Anhang 3) wurden vielfach auf Aufforderung der Regierung von staatlichen Unternehmen gegründet oder sind aus privaten Colleges entstanden. Sowohl bei den privaten „Universities“ als auch bei den „University Colleges“ handelt es sich um spezialisierte Einrichtungen, wobei letztere tendenziell noch nicht ganz so lange über Universitätsstatus verfügen wie erstere. Bei den „University Colleges“ handelt es sich in der Regel um ehemalige Colleges, die sich noch im Entwicklungsprozess zur Universität befinden. Einige werden von Stiftungen oder gemeinnützigen Organisationen getragen oder befinden sich in Trägerschaft einer politischen Partei (z.B. Kolej Universiti Terbuka Wawasan). Entsprechend ihrer unterschiedlichen Trägerschaften verfügen sie über vielfältige Profile, von denen einige kurz vorgestellt werden sollen:

- Die erste von der Regierung zugelassene Privatuniversität war die *Multimedia University (MMU)* in Trägerschaft der malaysischen Telekom. Sie ist Teil der Initiative zur Entwicklung des „Multimedia Supercorridors“ südlich von Kuala Lumpur und auf Multimedia-Fachgebiete spezialisiert. Sie bildet bis zum Promotionsniveau aus.
- Die *Universiti Kuala Lumpur (UNIKL)* wird von einer Regierungsagentur getragen, die dem Ministerium für Unternehmer und kooperative Entwicklung zugeordnet ist. Sie ist auf ingenieur- und naturwissenschaftliche Bachelor-Studiengänge spezialisiert und hat acht über das Land verteilte Außenstellen.
- Die *Universiti Teknologi Petronas (UTP)* gehört der nationalen Ölgesellschaft. Sie ist auf ingenieurwissenschaftliche Studiengänge spezialisiert, die auf grundständigem und Post-Graduierten-Niveau angeboten werden.
- Die *Universiti Tenaga Nasional (UNITEN)* gehört dem malaysischen Energieversorger Tenaga. Es gibt Studienangebote vom Bachelor bis zur Promotion in den Ingenieurwissenschaften, der Informatik sowie der Betriebswirtschaft.
- Die *Universiti Tunku Abdul Razak (UNITAR)* war die erste virtuelle Universität in Malaysia. Auch sie entstand im Zuge der Einrichtung des Multimedia Supercorridors. Ihre Studiengänge haben einen Schwerpunkt in Betriebswirtschaft und Informatik und führen bis zur Promotion.
- 2002 hat die von elf öffentlichen Universitäten gemeinsam getragene Fernuniversität (*Open University Malaysia, OUM*) ihre Tätigkeit aufgenommen. Ihr Angebot umfasst alle Fachrichtungen und richtet sich primär an Berufstätige. Im fünften Jahr ihrer Tätigkeit hatte die Fernuniversität bereits fast 40.000 Studierende in 41 Studiengängen.
- Die *Malaysia University of Science and Technology (MUST)* bietet in Zusammenarbeit mit dem US-amerikanischen Massachusetts Institute of Technology (MIT) Post-Graduierten-Studiengänge an (vgl. auch Abschnitt 6.8).

An den privaten Universitäten unterrichten insgesamt rund 3.000 *Dozenten*, von denen knapp die Hälfte über einen Master-Abschluss verfügt und ungefähr ein Sechstel promoviert ist. Es wird von einer intensiven Konkurrenz der privaten Hochschulen um qualifizierte Dozenten berichtet (vgl. Middlehurst und Woodfield 2003).

Die *privaten Colleges*, die keine eigenen Bachelor-Abschlüsse anbieten dürfen, haben bereits früh begonnen, ihr Renommée dadurch aufzuwerten, dass sie kommissarisch Bachelor-Studiengänge ausländischer Universitäten unterrichten. Auf diese Weise eröffnen sie einheimischen Studieninteressenten, die keinen Studienplatz an einer öffentlichen Universität bekommen haben, eine kostengünstige Möglichkeit, einen ausländischen Hochschulabschluss zu erwerben. Zudem können sie ihre eigene akademische Entwicklung vorantreiben (vgl. Lee 2005). Colleges mit umfangreicher Erfahrung im Angebot ausländischer Bachelor-Studiengänge können zu privaten Universitäten aufgewertet werden. Darüber hinaus „vermieten“ seit einigen Jahren auch die einheimischen öffentlichen Universitäten Bachelor-Studiengänge an Colleges vor Ort. Auf diese Weise tragen sie zum Ausbau von Studienkapazitäten bei und erschließen sich – wie von der Regierung gewünscht – zusätzliche Einnahmequellen. Nicht alle privaten Colleges sind gewinnorientiert; zum Teil handelt es sich auch um gemeinnützige Einrichtungen (vgl. auch Middlehurst und Woodfield 2003, S. 11).

Knapp ein Drittel der rund 350.000 *Studierenden* auf Bachelor-Niveau oder darüber lernt an privaten Universitäten (vgl. Tab. 3), insbesondere Studierende mit chinesischer oder indischer Abstammung. Auf dem Niveau weiterführender Studienangebote, insbesondere des Promotionsstudiums, bieten private Universitäten allerdings kaum Studienplätze an. Die Zahl der Studierenden insgesamt (Bachelor-Niveau und darüber) ist vom Studienjahr 2003/04 bis zum Studienjahr 2004/05 um elf Prozent gestiegen. Deutlich über dem Durchschnitt liegende Wachstumsraten werden bei weiterführenden Studienangeboten erreicht: Auf Master-Niveau stieg die Zahl der Studierenden um ein Viertel und auf Promotionsniveau sogar um 33 Prozent. Daten des Bildungsministeriums zufolge studieren auf Bachelor-Niveau um die Hälfte mehr Frauen als Männer. Auf der Ebene der Master-Studiengänge ist das Geschlechterverhältnis ausgeglichen. Auf dem Niveau des Promotionsstudiums übersteigt die Zahl der Männer die der Frauen um 50 Prozent.

Bachelor-Studiengänge haben normalerweise eine dreijährige und Master-Studiengänge eine zweijährige Dauer. Ein zentraler Unterschied zwischen dem Lehrangebot der öffentlichen und privaten Universitäten liegt in der *Lehrsprache*. Während an den privaten Universitäten generell in Englisch gelehrt wird, unterrichten die öffentlichen Universitäten in Malaiisch. Lediglich für Studiengänge in Mathematik und Naturwissenschaften wurden an den öffentlichen Universitäten Ausnahmen eingerichtet (hierzu auch Gill 2005).

**Tabelle 3: Studierende an öffentlichen und privaten Hochschulen nach angestrebtem Abschluss 2003/04 und 2004/05**

Studienniveau	2003/04			2004/05		
	Öffentl. Sektor	Privater Sektor	Gesamt	Öffentl. Sektor	Privater Sektor	Gesamt
Ph. D	5.068	86	5.154	6.733	108	6.841
Masters Degree	27.316	3.048	30.364	34.969	2.981	37.950
Bachelors Degree	192.288	90.631	282.919	205.314	105.325	310.639
Advanced Diploma	530	-	530	k.A.	-	k.A.
Total	225.202	93.765	318.967	247.016	108.414	355.430
Diploma, Certificate	69.157	220.579	289.736	k.A.	214.467	k.A.

k.A.: keine Angabe.

Quelle: Ministry of Higher Education: Statistics 2003/2004; 2004/2005.

Voraussetzung für die *Zulassung* zu einem Bachelor-Studium sind das reguläre Hochschulzugangs-Zeugnis STPM oder das so genannte Matriculation-Zertifikat, das von Schulabgängern nach einem einjährigen Kurs erworben werden kann. Die Prüfungsregeln für das Matriculation-Zertifikat sind weniger strikt als für das STPM, und es werden fast ausschließlich Bumiputra für die Matriculation-Kurse zugelassen. Die Schüler, die einen STPM-Abschluss erwerben, haben sich in den letzten zwei Jahren der Sekundarschule auf vier Fächer spezialisiert, die ihren Studieninteressen entsprechen (Lee 2004a).

Alle Studienplätze an öffentlichen Universitäten werden im Rahmen eines vom Hochschulministerium gesteuerten *Zulassungsverfahrens* vergeben (vgl. Lee 2004a). Zwischen Januar und März eines Jahres können sich Absolventinnen und Absolventen der allgemeinbildenden Schulen und in begrenztem Umfang auch solche postsekundärer Bildungsangebote außerhalb des Hochschulbereichs für bis zu acht alternative Studiengänge an öffentlichen Universitäten bewerben. In Abhängigkeit von den Noten aus den zentral organisierten Schulabschlussprüfungen nach elf bis 13 Schuljahren und auf der Basis von politisch definierten Kriterien wird dann über eine Zulassung entschieden. Traditionell sind 55 Prozent der Studienplätze an öffentlichen Universitäten für Bumiputra reserviert. Erst seit 2002 werden ethnische Zulassungsquoten zugunsten einer volksgruppenübergreifenden Orientierung an Schulabschlussnoten gelockert. Dennoch wurden beispielsweise 2004 über 100 Nicht-Bumiputra-Studienbewerber mit der bestmöglichen Schulabschlussnote nicht für ihr erstgewähltes Studium zugelassen.

Die von öffentlichen Universitäten erhobenen Studiengebühren liegen deutlich unter denen der privaten Universitäten. Generell variieren die Studiengebühren nach Fachgebieten. Private Universitäten erheben für ein Bachelor-Studium zwi-

schen 1.000 € (5.000 RM) pro Semester in Betriebswirtschaft und 1.700 € (8.000 RM) pro Semester für einen Studiengang der Ingenieurwissenschaften oder im Bereich Tourismus (vgl. Malaysian Education Guide online 2006). Ein Musikstudium ist um die Hälfte teurer als ein Bachelor in Tourismus und ein Medizinstudium um das Vierfache. Das Studium eines ausländischen Studiengangs an einem malaysischen College (ohne Studienphase im Ausland) ist etwas teurer bzw. in bestimmten Fächern deutlich teurer. Für eventuelle Auslandsstudienphasen müssen zusätzliche Gebühren entrichtet werden. An malaysischen Campus ausländischer Universitäten können die Studiengebühren schließlich bis doppelt so hoch ausfallen wie an einheimischen privaten Universitäten. Im Vergleich zu den von Korff (2001, S. 15) für ausländische Studienangebote in Malaysia dokumentierten Gebühren ist insgesamt nur ein leichter Anstieg zu verzeichnen.

Die Tatsache, dass Ingenieure in der Industrie 2005 durchschnittlich 1.000 US\$ im Monat verdienten, verdeutlicht, welche Anstrengung die Finanzierung eines Studiums einer Familie abverlangt. Zur Unterstützung von Familien mit geringem Einkommen hat der Staat daher ein spezielles Kreditsystem geschaffen (PTPTN). Für ein Bachelor-Studium werden in diesem Rahmen je nach Studiengang und Einkommen der Eltern umgerechnet zwischen 500 € (2.500 RM) und 4.300 € (20.000 RM) jährlich zur Verfügung gestellt. Die Rückzahlung beginnt spätestens ein halbes Jahr nach Studienabschluss. Daneben vergeben auch MARA (eine Bumiputra-Organisation) und eine Reihe von Banken verzinste Studienkredite, und es können Mittel aus Sozialfonds in Anspruch genommen werden, die Arbeitgeber für ihre Mitarbeiter anlegen (Employers' Provident Funds, EPF). Bei den Banken können bis zu 500.000 RM aufgenommen werden. In der Regel ist es erforderlich, dass die Studierenden einen Garanten für den Kredit benennen. Außerdem können Eltern für ihre noch kleinen Kinder an einem staatlich geförderten Sparprogramm zur Finanzierung von Studienkosten teilnehmen (National Education Savings Scheme, SSPN).

Für herausragende Studierende vergeben ethnische Vereinigungen, große Zeitungen, private Colleges, nationale oder internationale Universitäten und einige große Staatsunternehmen *Stipendien*. Die Zeitung „The Star“ vergibt maximal 5.500 RM im Jahr. Die Vereinigung privater Colleges und Universitäten MAPCU finanziert aus Mitteln ihrer Mitglieder zusammen mit der Zeitung „The New Straits Times“ (NST) die Studiengebühren ausgewählter bedürftiger Studierender. Im Jahr 2006 von 15 Hochschulen im Rahmen dieses Programms 113 Stipendien vergeben.

*Forschung* wird außer an den Universitäten vor allem an außeruniversitären Forschungseinrichtungen durchgeführt. Rund 40 Prozent der malaysischen Forscher (rund 7.000 Personen) sind dort tätig. Da an den Universitäten wenig systematisch geforscht wird hat die Regierung für drängende Entwicklungsprobleme des Landes spezielle Forschungseinrichtungen aufgebaut. Die überwiegende

Mehrzahl von Forschungsarbeiten in Malaysia wird von Regierungsstellen, Unternehmen oder öffentlichen Organisationen in Auftrag gegeben (Lee 2002, S. 162).

Die *akademische Freiheit* ist begrenzt: die Themenwahl einzelner Wissenschaftler wird kontrolliert und Professoren müssen die Genehmigung der Universitätsleitung einholen, bevor sie sich in der Öffentlichkeit äußern dürfen. Beispielsweise wurde Hochschuldozenten nahe gelegt, nicht öffentlich zu Themen wie der Asienkrise oder Virus-Epidemien zu sprechen. Ausländische Wissenschaftler müssen von der Einheit für Wirtschaftsplanung beim Premierminister eine Genehmigung einholen, bevor sie in Malaysia arbeiten dürfen. Studierenden und Hochschuldozenten ist es zudem per Gesetz untersagt, Mitglied in politischen Parteien oder Gewerkschaften zu sein oder an politischen Aktivitäten teilzunehmen (Lee 2002, S. 151).

Bereits Mitte der 1990er Jahre wurden an den öffentlichen Universitäten Management-Strukturen eingeführt. In der Absicht, die Universitäten stärker *unternehmerisch auszurichten*, wurde für jede Institution ein Direktorium eingeführt und der Senat von zirka 300 auf 40 Mitglieder verkleinert (Lee 2002, S. 151). Auch auf Ebene dezentraler Organisationseinheiten der Universitäten ist die akademische Selbstverwaltung zugunsten von hierarchisch ausgerichteten Steuerungsverfahren beschnitten worden. Hochschuldozenten müssen heute beispielsweise Zielvereinbarungen mit ihren Vorgesetzten abschließen. Die Universitäten sollen sich verstärkt bei Beratungsaufträgen engagieren, Forschungsmittel einwerben, sich um die Gewinnung ausländischer Studierender bemühen – diese Gruppe Studierender bezahlt höhere Gebühren als einheimische Studierende –, eigene Studiengänge im Franchising-Verfahren an Colleges „vermieten“ und Patente anmelden. Auch der Profilbildung einzelner Universitäten wird heute ein hoher Stellenwert beigemessen.

## 6.5 Hochschulpolitik und Hochschulfinanzierung

Die malaysische Hochschulpolitik verfolgt klar definierte Zielsetzungen, für deren Umsetzung sie substantielle öffentliche Mittel zur Verfügung hat. Nachdem lange der ethnische Ausgleich im Vordergrund hochschulpolitischer Maßnahmen stand, gewinnt heute die Förderung von *Leistung bzw. Exzellenz* an Bedeutung. Bumiputra sollen auch in Zukunft Privilegien genießen; bisherige Fördermodelle sollen aber im Interesse des Erreichens international wettbewerbsfähiger Leistungsniveaus abgeschwächt werden. Angestrebt wird beispielsweise, zwei nationale Universitäten unter den Top-200-Universitäten der Welt zu platzieren und eine unter den Top-50.

Seit Mitte 2004 gibt es neben dem lang etablierten malaysischen Bildungsministerium ein eigenes *Ministerium für die Hochschulbildung* (Ministry of Higher Education, MOHE).

Der *Strategische Entwicklungsplan für die Hochschulbildung 2001 bis 2010* enthält folgende große Zielsetzungen (Department of Higher Education 2006):

- Studienmöglichkeiten ausbauen,
- ethnische und soziale Chancengleichheit sichern,
- Naturwissenschaften und Technologie eine besondere Bedeutung zumessen,
- die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien ausbauen,
- weiterführende Studienmöglichkeiten (Master-Studiengänge und Promotionsmöglichkeiten) ausbauen,
- das Bewusstsein für die Bedürfnisse der Wissensgesellschaft ausbauen,
- Absolventen auf Weltklasse-Niveau ausbilden,
- in den Bereichen Forschung und Entwicklung internationale Standards erreichen,
- effektive Finanzierungsmechanismen für die Hochschulbildung einführen,
- eine Kultur der Exzellenz entwickeln.

In diesem Rahmen thematisiert die aktuelle Hochschulpolitik vor allem Fragen der Qualitätssicherung, der Internationalisierung, der Entwicklung von Forschungskapazitäten und des Ausbaus der Doktorandenausbildung. Generell wird eine stärkere Verzahnung von privatem und öffentlichem Hochschulsektor befürwortet. Daneben möchte die Regierung – ähnlich wie der erfolgreiche Nachbar Singapur – die Privatwirtschaft (z.B. die Banken) zukünftig vermehrt am Ausbau des Hochschulsektors beteiligen. Es wurde zudem vorgeschlagen, dass die großen nationalen Unternehmen, an denen die Regierung beteiligt ist, Forschungsprofessuren finanzieren.

Beim *Ausbau von Studienplätzen* in Master-Studiengängen und auf Promotionsniveau setzt das Ministerium vor allem auf die öffentlichen Universitäten. Für den Fünfjahres-Zeitraum 2006 bis 2010 sieht der neunte Malaysia-Plan für die öffentlichen Universitäten beispielsweise einen Zuwachs der Master- und Promotionsstudierenden um jeweils über ein Viertel vor. Der Aufbau neuer Fächer soll dazu beitragen, dass immer weniger malaysische junge Erwachsene ein Auslandsstudium aufnehmen. Das immer noch umfangreiche Auslandsstudium malaysischer junger Erwachsener wird nur in solchen Fächern gefördert, für die in Malaysia selber keine ausreichende Expertise vorhanden ist.

Gleichzeitig soll der Hochschulsektor internationalisiert werden, indem die *Anwerbung ausländischer Studierender* intensiviert wird: Für alle Stufen der Hochschulbildung wird ein Anteil von zehn Prozent internationaler Studierender angestrebt. An den öffentlichen Universitäten sollen in grundständigen Studiengängen maximal fünf Prozent, in weiterführenden Studiengängen aber bis zu einem Drittel ausländische Studierende zugelassen werden.

Daneben wird der Ausbau *strategischer Kooperationen* zwischen malaysischen und ausländischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen anvisiert. Ausländische Partner, die einen Beitrag zur Weiterentwicklung des Hochschul- oder Wis-

senschaftssektors leisten können, sind weiterhin hoch willkommen. Die Regierung ist nicht nur bereit, zur Verwirklichung ihrer ehrgeizigen Entwicklungspläne für den Hochschulsektor öffentliche Mittel verfügbar zu machen, sondern auch bemüht, gesetzliche und physische Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass es für renommierte ausländische Hochschulen – insbesondere aus Großbritannien und Australien – attraktiv wird, ihre Studiengänge in Malaysia anzubieten oder Forschungsk Kooperationen einzugehen. Auf Regierungsseite wird davon ausgegangen, dass Malaysia von der Präsenz ausländischer Studienangebote und Hochschulen bislang profitiert hat. Allgemeine Bedenken bestehen aber, inwieweit ausländische Anbieter sich nationalen Entwicklungsprioritäten gegenüber in der Pflicht sehen und die Qualität ihrer Angebote in Malaysia kontinuierlich im Auge behalten. Im Bereich von Forschungsk Kooperationen ist auch Zusammenarbeit bei Entwicklungs- und Vermarktungsaktivitäten gefragt.

Wie auch andere Fachpolitiken berücksichtigt die Hochschulpolitik übergeordnete Vorgaben der Einheit für Wirtschaftsförderung beim Premierminister. Da seit neuestem Arbeitslosigkeit unter Hochschulabsolventen insbesondere geistes- und sozialwissenschaftlicher Fächer ein Thema öffentlicher Debatten ist, wird in Zukunft von Regierungsseite noch stärker als bisher Wert darauf gelegt, dass die *Absolventen* über Qualifikationen verfügen, die den Bedarfen nationaler und internationaler Arbeitsmärkte entsprechen. Politische Vision ist, dass drei Viertel der Absolventen innerhalb von einem halben Jahr nach Studienabschluss eine Stelle finden. Daher sollen Arbeitgeber zukünftig bei der ihnen bisher strikt verwehrten Gestaltung von Studiencurricula beteiligt werden. Zusätzlich sollen Praktika für Studierende eingeführt werden.

Zur systematischen Entwicklung von *Planungsgrundlagen* und Entwicklungszielen für die Hochschulbildung hatte der erste Minister für Hochschulbildung Anfang 2005 eine hochrangige nationale *Kommission* eingesetzt. Ihr Mandat sah vor, den Entwicklungsstand des malaysischen Hochschulsektors im internationalen Vergleich zu beurteilen und Empfehlungen in Bezug auf von der Regierung vorgegebene Themen zu entwickeln, die unter den gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen praktisch umsetzbar wären. Im Rahmen ihrer Aufgabenstellung besuchte die Kommission Hochschulen in Nordamerika, Europa und anderen asiatischen Ländern.

Für ausgewählte *Empfehlungen* drängte die Kommission auf eine Umsetzung bis Mitte 2006 (Ministry of Higher Education 2006, S. xxxivff.). Nachdem es infolge einer Kabinettsumbildung Anfang 2006 zu einem ersten Wechsel auf dem Ministerposten gekommen war, dürfte sich die Umsetzung der im folgenden in einer Auswahl aufgelisteten besonders dringlichen Empfehlungen allerdings zumindest verzögern:

- keine weitere Zulassung privater Hochschulen, um zunächst die Qualität der bestehenden privaten Einrichtungen bewerten zu können,

- die Aufwertung geeigneter öffentlicher Universitäten zu Forschungs-, Postgraduierten- oder Postdoc-Universitäten,
- Einrichtung eines Forschungsausschusses (Malaysian Research Board), in dem die Regierung mit Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen zusammenarbeitet. Unter anderem soll dieser Forschungsausschuss auf einen Erfahrungsaustausch mit führenden ausländischen Wissenschaftlern hinwirken. Ausländische Wissenschaftler sollen eingeladen werden, um zusammen mit malaysischen Partnern in Malaysia zu forschen.
- Im Zuge eines „MyBrain 15“ genannten Projekts sollen in den kommenden 15 Jahren 100.000 Promotionen abgeschlossen werden. Unter anderem werden Dozenten der öffentlichen Universitäten dabei unterstützt, in Malaysia oder im Ausland zu promovieren.
- Es soll eine auf weiterführende Studienangebote mit Bezug zur Palmölindustrie spezialisierte Universität aufgebaut werden. Dies soll in Kooperation mit der Privatwirtschaft erfolgen.
- Die malaysische Meeres-Akademie (Malaysian Maritime Academy) soll zur Universität aufgewertet werden.
- Englisch soll auch weiterhin nur in den Naturwissenschaften, der Mathematik und „Professional Subjects“ an den öffentlichen Universitäten Unterrichtssprache sein.

In Bezug auf die *Finanzierung* der Hochschulen ist festzuhalten, dass den öffentlichen Universitäten schon Ende der 1990er Jahre nahe gelegt wurde, sich unternehmerisch zu engagieren, um auf diese Weise einen eigenen Beitrag zur Finanzierung ihrer laufenden Kosten zu erwirtschaften („corporatisation“). Bislang decken öffentliche Budgets noch 90 Prozent ihrer Kosten. Angestrebt wird, dass die Universitäten in Zukunft 30 Prozent ihrer Kosten aus Nicht-Regierungsmitteln finanzieren. Es wird allgemein davon ausgegangen, dass dieses Ziel nur mit Hilfe einer Erhöhung der Studiengebühren zu erreichen wäre.

1998 wurden im Zusammenhang der „corporatisation“ öffentlicher Universitäten fünf von ihnen in eine *selbständige Rechtsform* überführt (University of Malaya, Universiti Sains Malaysia, Universiti Putra Malaysia, Universiti Kebangsaan Malaysia und Universiti Teknologi Malaysia). Das Vermögen dieser Universitäten gehört weiterhin dem Staat, der auch nach wie vor finanzielle Mittel für neue Studienprogramme und teure Investitionen zur Verfügung stellt. Infolge der Asienkrise wurde eine ursprünglich geplante Kürzung der Haushalte öffentlicher Universitäten schließlich wieder verworfen. Die fünf Universitäten mit neuer Rechtsform können nun aber beispielsweise Kredite aufnehmen, Geschäfte tätigen, Unternehmen gründen oder Stiftungsvermögen aufbauen (Lee 2002, S. 147). Ursprünglich war vorgesehen, dass sie auch die Gehälter ihrer Mitarbeiter selber festlegen sollten. Dieser Aspekt der Reform wurde aber nicht umgesetzt. Mögliche *Einnahmequellen* für die rechtlich selbständigen öffentlichen Universitäten sind

ausländische Studierende – sie müssen generell höhere Gebühren entrichten als nationale Studierende –, Forschungsgelder, Einnahmen aus Consulting-Aktivitäten, das Franchising eigener Studiengänge, die Vermietung der eigenen Räumlichkeiten sowie Zinsen oder Dividenden aus Investitionen (Lee 2004b, S. 68). Eine Erhöhung der Studiengebühren für nationale Studierende müsste vom nationalen Hochschulrat genehmigt werden.

Die Universiti Sains Malaysia (USM) beispielsweise erhebt von ausländischen Studierenden bereits dreifach höhere Gebühren als von malaysischen Studierenden und möchte den Anteil ausländischer Studierender so weit wie erlaubt ausweiten. Um die *kommerziellen Aktivitäten* der öffentlichen Universitäten zu managen, wurden spezielle Trägergesellschaften etabliert. Die USM beispielsweise ist auf diese Weise in den Bereichen kostenpflichtiger Dienstleistungen, bei Investitionen mit geringem Risiko und beim Franchising eigener Studiengänge aktiv geworden.

Die *privaten Hochschulen und Colleges* erhalten keine finanzielle Unterstützung der Regierung, profitieren aber von steuerlichen Erleichterungen. Nicht alle arbeiten gewinnorientiert, aber einige Hochschulträger sind an der Börse notiert. Allgemein wird davon ausgegangen, dass nur in seltenen Ausnahmefällen nennenswerte Gewinne erwirtschaftet werden.

## 6.6 Hochschulrelevante Gesetzgebung

Die heute gültige Hochschulgesetzgebung war im Zuge einer grundsätzlichen *Neuaufrichtung des Hochschulsektors* Mitte der 1990er Jahre erlassen worden. Um der stark wachsenden Nachfrage nach Studienplätzen im eigenen Land trotz begrenzter öffentlicher Finanzmittel besser entsprechen zu können, hatte sich die Regierung Anfang der 1990er Jahre für eine weitgehende Deregulierung und Privatisierung des Hochschulsektors entschieden (vgl. Lee 2004d). Die öffentlichen Universitäten sollten ihre finanziellen Handlungsspielräume durch den Aufbau unternehmerischer Aktivitäten vergrößern, und der parallele Aufbau privater Hochschulen sollte in großem Umfang zusätzliche Studienkapazitäten verfügbar machen. Auf diese Weise wollte man vor allem die Zahl der – in der Regel auf Staatskosten – zum Studium ins Ausland abwandernden Studierenden verringern. Im Jahr 1995 kostete das Auslandsstudium eines Fünftels aller malaysischen Studierenden den Staat rund 800 Mio. US\$, was fast zwölf Prozent des staatlichen Haushaltsdefizits entsprach (Ziguras 2003, S. 103).

Im Einzelnen bestand das Reformpaket aus folgenden vier Gesetzen, die noch heute für den Hochschulsektor maßgeblich sind:

- Private Higher Education Institutions (PHEI) Act 1996,
- University and University Colleges (Amendment) Act 1996,
- The National Accreditation Board (Lembaga Akreditasi Negara) Act 1996,
- The National Higher Education Fund Board Act 1997.

Kernelement der Hochschulgesetzgebung war der Private Higher Education Institutions (PHEI) Act. Er schuf den formalen Rahmen für die Einrichtung *privater Universitäten*, die Eröffnung von „Branch Campuses“ ausländischer Hochschulen und für die Aufwertung bestehender privater Colleges zu Universitäten. Private Universitäten können im Unterschied zu privaten Colleges eigene Abschlüsse auf Bachelor-Niveau und darüber vergeben. Im Kontext des PHEI Act entstand auch die rechtliche Grundlage dafür, dass private Hochschulen englischsprachige Studienangebote einrichten dürfen.

Auch private Hochschulen sollen aber der kulturellen Vielfalt Malaysias Rechnung tragen. Vor diesem Hintergrund definiert das Gesetz Islamkunde (bzw. moralische Bildung für Angehörige anderer Religionen) und Landeskunde als *Pflichtfächer* für malaysische Studierende an privaten Hochschulen. In Studiengängen, die von ausländischen Hochschulen übernommen werden, müssen diese Fächer zusätzlich unterrichtet werden. Seit 2005 sind allerdings ausländische Studierende von der Teilnahme befreit, und Master-Studierende und Doktoranden können ebenfalls von den Pflichtfächern ausgenommen werden.

Weiteres Element der gesetzgeberischen Initiative Mitte der 1990er Jahre war eine Änderung des Gesetzes über die öffentlichen Universitäten (University and University Colleges (Amendment) Act). Die Deregulierung einzelner Bestimmungen schuf die Grundlage für eine weitgehende finanzielle und verwaltungstechnische *Autonomie der staatlichen Universitäten*.

Ein weiteres neues Gesetz schrieb die Einrichtung einer *Institution mit Zuständigkeit für die Qualitätssicherung* im Hochschulsektor vor (The National Accreditation Board (Lembaga Akreditasi Negara) Act). Ein viertes und letztes neues Gesetz verfügte die Einrichtung eines Fonds zur Vergabe von Studienstipendien (National Higher Education Fund Board Act). Es soll sicherstellen, dass auch die Kinder sozial schwacher Familien ein Studium aufnehmen können. Ein spezielles Sparschema ermöglicht es, für Kinder ab der ersten Schulklasse zu günstigen Konditionen Geld für ein eventuelles Studium anzusparen. Die Umsetzung des Gesetzes liegt in Zuständigkeit der National Higher Education Fund Corporation (Perbadanan Tabung Pendidikan Tinggi Nasional-PTPTN).

Malaysia hat für den Hochschulsektor keine Zugeständnisse im Rahmen des *GATS* gemacht (Ziguras 2003, S. 102). Die Einrichtung privater Hochschulen einschließlich der Einrichtung von „Branch Campuses“ ausländischer Hochschulen setzt eine Einladung des Ministeriums für Hochschulbildung voraus, die nur nach Vorlage eines ausführlichen Vorschlags und einer Projektpräsentation erteilt werden kann.

Ausländische Hochschulen, die in Malaysia eine Niederlassung eröffnen möchten, müssen dem Private Higher Education Institutions Act zufolge unter dem Unternehmensgesetz von 1965 (Companies Act) eine malaysische Firma gründen bzw. sich ein *einheimisches Partnerunternehmen* suchen, das den Campus betreibt. Dieses Unternehmen muss mehrheitlich in malaysischem Eigentum stehen.

Nur 25 bis 28 Prozent der Anteile an privaten Hochschulen mit internationalem Status dürfen sich in ausländischer Hand befinden. Bumiputras sollen von mindestens 30 Prozent der Ergebnisse des Unternehmens profitieren. Eine ausländische Hochschule, deren in Malaysia geplantes Projekt die Zustimmung des malaysischen Ministeriums findet, muss sich beim Ministerium für Hochschulbildung registrieren lassen (vgl. auch McBurnie und Ziguras 2001, S. 92f.). Nach ihrer Registrierung werden „Branch Campuses“ ausländischer Hochschulen genauso behandelt wie einheimische private Hochschulen.

Ausländische Hochschulanbieter können gegebenenfalls in den Genuss von *Steuervorteilen* in den Bereichen Investitionssteuern, Bau-Freibeträge, Einfuhrsteuern für Lehrausstattung oder Anschaffung und Nutzung von Computern und Informationstechnologie kommen. Sofern sich eine private Hochschule im Multimedia Supercorridor (MSC) oder in einer der Cybercities (Cyberjaya, Technology Park Malaysia, University Putra Malaysia–Malaysia Technology Development Corporation (UPM-MTDC), Kuala Lumpur City Centre (KLCC) und KL Tower) ansiedelt, erwirbt sie den *MSC-Status*, der zu einem vollständigen Steuererlass für fünf Jahre und einem besonderen Zugang zu Forschungsgeldern berechtigt.

Für die Beschäftigung *ausländischer Dozenten* in Malaysia ist eine Genehmigung des Hochschulministeriums notwendig, die für ein bis drei Jahre erteilt wird. Ausländische Dozenten, die eine Arbeitsberechtigung erhalten haben, müssen sich vom Hochschulministerium anschließend eine Lehrbefugnis ausstellen lassen, die ebenfalls für ein bis fünf Jahre gültig ist und anschließend für ein bis fünf Jahre verlängert werden kann.

Zu exportierende *Studiengänge* müssen im Herkunftsland des ausländischen Studienanbieters akkreditiert sein und – wie auch neu aufzubauende, kooperative Studiengänge – in Malaysia zugelassen werden. Für die Zulassung von Studiengängen an privaten Hochschulen ist seit 1997 die unabhängige malaysische *Akkreditierungsagentur* Lembaga Akreditasi Negara (LAN) zuständig. Sie bereitet die letztendlichen Entscheidungen des Hochschulministeriums vor. Für die Qualitätssicherung der Studiengänge an öffentlichen Universitäten wurde 2002 eine entsprechende Abteilung im zuständigen Ministerium geschaffen (Quality Assurance Division, QAD). Zukünftig sollen die LAN und die QAD zusammengeschlossen werden, um eine einzige Anlaufstelle für die Qualitätssicherung von Studienangeboten im Land zu schaffen. Bislang lassen sich auf der Homepage der QAD noch die begutachteten Studienangebote der öffentlichen Universitäten abrufen (vgl. Ministry of Higher Education 2006).

Vor diesem Hintergrund wurde 2005 die Gründung einer neuen Agentur für Qualitätssicherung, der Malaysia Qualification Agency (MQA) ins Auge gefasst. Sie soll für die Qualitätssicherung sowohl des privaten als auch des öffentlichen Hochschulsektors zuständig sein und zudem einen malaysischen Qualifikationsrahmen entwickeln. Der *Qualifikationsrahmen* soll nach britischem Vorbild für die schulische und hochschulische Bildung unabhängig von den bisherigen forma-

len Qualifikationsnachweisen Anspruchsniveaus definieren, die nicht nur den Umfang absolvierter Lerneinheiten, sondern auch das Vorhandensein bestimmter Kompetenzen berücksichtigen und somit einen Quereinstieg aus der Praxis erleichtern. Auf diese Weise soll der Qualifikationsrahmen die Durchlässigkeit des Bildungssystems im Sinne des lebenslangen Lernens verbessern. Der Erlass der notwendigen gesetzlichen Grundlage für die Einrichtung der Malaysia Qualification Agency und den Qualifikationsrahmen wird für Ende 2006 oder Anfang 2007 erwartet (Fahmi 2006, S. 6). In dem Gesetz sollen die ausländischen Bildungsangebote in Malaysia besonders berücksichtigt werden.

Der Qualitätssicherungsprozess sieht vor, dass neue private Studienangebote zunächst als Voraussetzung für eine erste Zulassung überprüft werden. In einem zweiten Schritt folgen dann nach mindestens sechs Monaten Laufzeit eines neuen Studiengangs die obligatorische Überprüfung der Einhaltung von Mindeststandards und die *Akkreditierung*. Letztere ist für Bachelor-Studiengänge, die im Franchise-Verfahren vollständig von malaysischen Colleges durchgeführt werden, und für alle Studiengänge an privaten Universitäten oder ausländischen „Branch Campuses“ obligatorisch. Die Akkreditierung muss nach fünf Jahren erneuert werden, wohingegen die Bescheinigung über die Einhaltung von Mindeststandards dauerhaft gilt. Bis Ende 2006 sind knapp 900 Studiengänge an über 180 privaten Universitäten und Colleges von der LAN akkreditiert worden.

Zu den *Mindeststandards* für Studiengänge privater Universitäten zählt, dass Dozenten in Bachelor- oder Master-Studiengängen über einen Master-Abschluss verfügen. Einzelne Dozenten dürfen in einem Studiengang maximal drei Fächer unterrichten, und für jeden Studiengang sollen mindestens zehn Dozenten zur Verfügung stehen. Mindestens 60 Prozent des Lehrpersonals einer privaten Hochschule muss zudem volle Stellen und Verträge mit mindestens einjähriger Laufzeit aufweisen.

Das *Akkreditierungsverfahren* ist weitgehend mit dem Verfahren zur Feststellung der Einhaltung von Mindeststandards identisch – Kernelement ist jeweils eine zwei- bis dreitägige Begehung. Der Anspruch an einen zu akkreditierenden Studiengang geht aber deutlich über die Einhaltung von Mindeststandards hinaus. Was genau erwartet wird, wird von der LAN definiert. Die Akkreditierung soll sich auf die Art des Studienangebots, seine Ziele und erwarteten Ergebnisse, Curriculum und Prüfungsverfahren, das Lehrpersonal, Infrastrukturen und Ressourcen sowie Qualitätssicherungsverfahren beziehen und sowohl quantitative als auch qualitative Parameter berücksichtigen. Studierende in akkreditierten Studiengängen privater Universitäten oder Colleges haben Zugang zu bestimmten Stipendien, können ihr Studium an einer öffentlichen Universität fortsetzen und sich nach Studienabschluss auf Stellen im öffentlichen Dienst bewerben. Akkreditierte Studiengänge können zudem anderen Hochschulen gegen Gebühren zur Durchführung überlassen werden (Franchising).

Beim *Franchising* von Studiengängen unterscheidet die LAN zwischen „Collaborative Courses of Study“ und „Supervised Courses of Study“. In ersterem Fall ist die Franchise-nehmende Hochschule nur für die (teilweise) Durchführung eines Studiengangs verantwortlich, während Studien- und Prüfungsordnungen sowie die Vergabe des Abschlusszeugnisses in der Verantwortung der Mutterhochschule verbleiben. In letzterem Fall leistet die Mutterhochschule neben der kontinuierlichen Überwachung höchstens einen Beitrag zur Entwicklung von Studien- und Prüfungsordnungen.

Für die erste Zulassung eines Bachelor- oder Master-Studiengangs durch die Abteilung für den privaten Hochchulsektor (IPTS Management Sector) im Hochchulministerium wird eine *Gebühr* in Höhe von umgerechnet rund 730 € erhoben (3.400 RM). Die Überprüfung von Mindeststandards ist rund doppelt so teuer, und eine Akkreditierung kostet fast die vierfache Summe (Beantragung 7.000 RM, Akkreditierungsgebühr 5.500 RM). Wird der Akkreditierungsantrag mindestens einen Monat vor der Bewertung der Mindeststandards gestellt, ermäßigt sich die Antragsgebühr um rund 1.000 € (von 7.000 RM auf 2.000 RM) (vgl. LAN 2006).

Ein Antrag auf allgemeine Zulassung eines Studiengangs soll normalerweise innerhalb von vier Monaten abschließend beantwortet werden. Für eine Bestätigung, dass Mindeststandards eingehalten werden, wird – wie auch für ein Akkreditierungsverfahren – ein *Zeitraum* von sieben Monaten angesetzt.

### 6.7 Bedarf an zusätzlichen (ausländischen) Studienangeboten

Der steigende Wohlstand der malaysischen Bevölkerung hat unter anderem ein kontinuierlich hohes *Wachstum der gesellschaftlichen Nachfrage* nach Hochschulbildung zur Folge. Das Hochschulstudium genießt hohes soziales Ansehen. Zudem gibt es wenig Ausbildungsalternativen; (berufliche) Qualifikationsmöglichkeiten außerhalb des Schul- und Hochchulsystems sind bislang kaum ausgebaut. Die Familien sind daher bereit, in das Studium ihrer Kinder vergleichsweise hohe Summen zu investieren.

Auch aus Sicht der Regierung ist der *Ausbau von Studienangeboten* von hoher Bedeutung, da anderenfalls keine ausreichende Zahl hoch ausgebildeter Arbeitskräfte für die weitere Entwicklung des Landes zur Verfügung stünde. Die Politik arbeitet darauf hin, die derzeitige Beteiligung an Studienangeboten des tertiären Bildungsbereichs in Höhe von 29 Prozent der relevanten Altersgruppe bis auf 40 Prozent auszuweiten. Bei der Einschätzung dieser Zahlen ist zu beachten, dass bislang rund die Hälfte der Studierenden im tertiären Bildungsbereich in Bildungsangebote eingeschrieben ist, deren Niveau unter dem eines Bachelors liegt. Beim Ausbau des Studienangebots wird Hochchulen in einheimischer Trägerschaft, insbesondere den öffentlichen Universitäten, die zentrale Rolle zugewiesen. Ausländische Studienangebote sind in solchen Fachgebieten erwünscht, für

die im Land selber (noch) keine qualitativ hochwertigen Ausbildungsmöglichkeiten bestehen.

Ein besonders starkes Wachstum der Studierendenzahlen ist bei weiterführenden Studienangeboten zu beobachten. Nachdem sich der Ausbau des tertiären Bildungssektors in den neunziger Jahren auf den College-Sektor und Abschlüsse bis zum Bachelor-Niveau konzentriert hatte, stehen heute Master- und Doktorandenprogramme sowie ergänzende Forschungs Kooperationen im Mittelpunkt der Regierungspolitik. Während die Zahl der Bachelor-Studierenden an *öffentlichen Universitäten* im Zweijahreszeitraum 2003/04 bis 2005/06 bereits um rund acht Prozent stieg, gab es auf Master-Niveau im selben Zeitraum einen Zuwachs von knapp 15 Prozent, und auf Ebene des Promotionsstudiums stieg die Teilnahme um fast 90 Prozent (vgl. Department of Higher Education 2006). Für den Fünfjahreszeitraum 2006 bis 2010 gibt der neunte Malaysia-Plan für die öffentlichen Universitäten einen Zuwachs der Master- und Promotionsstudierenden um jeweils über ein Viertel vor. Die Studienplätze auf Bachelor-Niveau sollen im öffentlichen Sektor um knapp sieben Prozent ausgeweitet werden.

Im *privaten Hochschulsektor* ist 2004/05 die Zahl der Studierenden auf Bachelor-Niveau und darüber insgesamt gegenüber dem Vorjahr um rund 15 Prozent gestiegen (von knapp 94.000 auf rund 108.000, vgl. Tabelle 3). Dieses Wachstum ist auf eine entsprechende Zunahme der Bachelor-Studierenden zurückzuführen. Der neunte Malaysia-Plan gibt für den privaten Sektor auf allen Studienstufen ab Bachelor-Niveau eine geringere Ausweitung der Studienkapazitäten vor als für die öffentlichen Universitäten: Die Zahl der Doktoranden soll um 14 Prozent steigen, und die Zahl der Studienplätze auf Bachelor- und Master-Niveau soll um vier bzw. 6,5 Prozent ausgeweitet werden.

Die Zuordnung von Studierenden zu *Studienfächern* erfolgt in der offiziellen Statistik anhand von drei großen Fächergruppen:

- Sozial-, Geistes- und Erziehungswissenschaften, Sprachen, Wirtschaft, Recht (Sastera),
- Naturwissenschaften, Mathematik, Informatik, Fischerei und Forstwesen, Medizin (Sains & Teknologi),
- und technische Fächer wie z.B. Ingenieurwissenschaften, Stadtplanung und Architektur (Teknikal & Vokasional).

Die offizielle Statistik zeigt für öffentliche Universitäten, dass in den vergangenen Jahren knapp die Hälfte der *Bachelor-Studierenden* im Bereich „Sastera“ eingeschrieben war (vgl. Department of Higher Education 2006). Den mit Abstand größten Anteil innerhalb dieses Bereichs haben die Wirtschaftswissenschaften, gefolgt von den Sozial- und Geisteswissenschaften. Die Ingenieurwissenschaften als Teil des Bereichs „Teknikal & Vokasional“ sind etwas weniger nachgefragt als die Wirtschaftswissenschaften. Auch an den privaten Universitäten ist über die Hälfte der Bachelor-Studierenden im Jahr 2003/04 in nicht-technische oder natur-

wissenschaftliche Fächer eingeschrieben (Sastera). Ein weiteres Drittel unter ihnen studiert „Sains & Teknologi“.

Auf dem *Master-Niveau* an öffentlichen Universitäten (vgl. ebd.) studiert mindestens die Hälfte der Studierenden im Bereich „Sastera“. Die Naturwissenschaften können rund ein Drittel der Studierenden auf sich vereinigen. Auf Promotionsniveau ist die Situation ähnlich (vgl. ebd.). An den privaten Universitäten sind auf Master-Niveau sogar zwei Drittel der Studierenden in nicht-technischen oder naturwissenschaftlichen Studienprogrammen eingeschrieben. „Sains & Teknologi“ wird von 25 Prozent der Master-Studierenden an privaten Universitäten belegt. Auf Ebene des *Promotionsstudiums* wird der Bereich „Sastera“ von knapp der Hälfte der Doktoranden belegt. Ein Drittel der Doktoranden promoviert in den Ingenieurwissenschaften, Stadtplanung oder Architektur.

Als prioritäre Fachgebiete für *Forschungskooperationen* benennt der neunte Malaysia-Plan Medizin, Krankenpflege, soziale Dienstleistungen, Gesundheitsdienstleistungen, Biotechnologie, Nanotechnologie, Photonik und Luftfahrttechnik.

Leider sind keine gesonderten Daten über die Zahl der Studierenden in ausländischen Studienangeboten verfügbar. Die 2002 vom australischen IDP erstellte Prognose über die weltweite Entwicklung der *Nachfrage nach internationaler Hochschulbildung* (Studium im Ausland oder an einer ausländischen Hochschule im Heimatland) erwartet für Malaysia zwischen 2005 und 2010 eine Ausweitung um knapp die Hälfte: Selbst bei einer konservativen Einschätzung des Nachfrageanstiegs soll die für 2005 erwartete Zahl von rund 66.000 Studierenden im Ausland bzw. in ausländischen Studiengängen vor Ort bis 2010 auf knapp 97.000 Studierende ansteigen (Böhm u.a. 2002, S. 45).

Ungefähr zehn Prozent aller auf Bachelor-Niveau oder darüber studierenden Malaysier war 2004 im Ausland eingeschrieben (rund 41.000 Personen). Teilweise erhalten die mobilen Studierenden Regierungsstipendien, um in Malaysia nicht angebotene Studienrichtungen zu absolvieren. Den größten Teil der mobilen Studierenden stellen aber traditionell junge Malaysier chinesischer und indischer Abstammung, die in ihrem Heimatland nur begrenzten Zugang zu den hochwertigen und kostengünstigen Studienangeboten der öffentlichen Universitäten haben (vgl. Abschnitt 6.3). Die mit Abstand wichtigsten Zielländer malaysischer Studierender sind Australien und Großbritannien (vgl. Tab. 4). Malaysische Studierende stellen dort jeweils eine der größten Gruppen ausländischer Studierender. Die USA sind das drittstärkste Zielland. Dort studieren aber lediglich halb so viele Malaysier wie im zweitwichtigsten Zielland Großbritannien.

**Tabelle 4: Die 15 wichtigsten Zielländer malaysischer Studierender im Ausland**

Zielland	2001	2002	2003	2004
1. Australien	n.v.	17.574	19.431	16.094
2. Großbritannien	9.193	9.011	9.715	11.806
3. USA	6.761	7.395	6.595	6.483
4. Japan	1.747	1.613	1.612	1.841
5. Neuseeland	1.060	893	831	996
6. Indien	148	92	788	806
7. Irland	603	519	663	775
8. Deutschland	197	216	245	423
9. Frankreich	118	212	220	318
10. Saudi Arabien	n.v.	n.v.	117	112
11. Rep. Korea	28	19	43	98
12. Hong Kong (China)	13	19	24	30
13. Rumänien	18	11	9	23
14. Dänemark	6	6	9	14
15. Switzerland	7	13	10	12

n.v.: Daten nicht verfügbar.

Quelle: UNESCO Institute for Statistics, 2006.

An *australischen Hochschulen* sind den letzten Daten des IDP Australia zufolge 2006 rund 12.000 malaysische Studierende im Land selber und zusätzlich etwas mehr junge Erwachsene in australischen Studienangeboten in Malaysia eingeschrieben. Leider sind keine Daten zur Verteilung dieser Studierenden nach Studienfächern verfügbar. Mittlerweile gibt es in Malaysia rund 280.000 Alumni australischer Hochschulen. In den letzten Jahren ist die Mobilität malaysischer Studieninteressenten nach Australien leicht rückläufig, wohingegen bei den Einschreibungen in australische Studiengänge in Malaysia ein leichtes Wachstum verzeichnet wird. Es ist davon auszugehen, dass dieser Trend unter anderem durch die Verteuerung der australischen Währung bedingt ist.

In *Großbritannien* waren 2004/05 8.400 malaysische Vollzeitstudierende immatrikuliert (vgl. Tab. 5). Ihre Verteilung auf Fächergruppen spiegelt die Qualifikationsprioritäten der malaysischen Regierung wider: Zwei Drittel der malaysischen Studierenden in Großbritannien lernt auf Bachelor-Niveau. Ungefähr ein Drittel der Bachelor-Studierenden ist in die Ingenieur- und Technikwissenschaften eingeschrieben. Mit knapp über 1 000 Studierenden ist die Betriebswirtschaft die zweitwichtigste Fachgruppe auf grundständigem Niveau, dicht gefolgt von (Zahn-)Medizin. Auch bei den Studierenden auf post-graduiertem Niveau (Master

und Promotion) werden die Ingenieur- und Technikwissenschaften am häufigsten und Betriebswirtschaft am zweit häufigsten gewählt. Auf Promotions-Niveau ist kürzlich das Malaysia Imperial Doctoral Programme (MIDP) vereinbart worden, unter dem malaysische Doktoranden der fünf traditionsreichsten malaysischen Universitäten von einem britischen und einem malaysischen Professor gemeinsam betreut werden und nach einer ersten Arbeitsphase in Malaysia die Endphase ihrer Dissertation am Imperial College of London absolvieren.

**Tabelle 5: Malaysische Vollzeitstudierende in Großbritannien 2004/05**

Subject Group	Under-graduate	Post-graduate	Doctorate	Total
Engineering and technology	2.518	1.147	610	3.665
Business & administrative studies	1 173	503	164	1 840
Medicine and dentistry	952	143	43	1.095
Computer science	508	333	50	842
Architecture, building and planning	473	210	120	683
Subjects allied to medicine	347	125	65	472
Languages	218	86	54	304
Creative arts and design	153	66	68	218
Biological sciences	146	166	63	312
Mathematical sciences	128	58	15	186
Physical sciences	74	116	107	190
Education	63	233	25	296
Mass communications & documentation	39	40	24	103
Historical and philosophical studies	21	44	91	65
Combined	18	2	24	20
Agriculture and related subjects	11	28	34	39
Veterinary science	4	9	85	13
<b>Grand total</b>	<b>5.634</b>	<b>2.766</b>	<b>1.692</b>	<b>8.400</b>

Quelle: Higher Education Statistics Agency (HESA), Student Record.

Auch in den USA sind malaysische Studierende ganz überwiegend auf grundständigem Niveau immatrikuliert (vgl. Tab. 6). Nur ein Viertel unter ihnen belegt Studiengänge auf Master- oder Promotionsniveau. Die Fächerverteilung dieser Studierenden ist leider nicht dokumentiert. In den letzten Jahren ist die Zahl malaysischer Studierender in den USA – insbesondere auf weiterführendem Niveau – rückläufig.

**Tabelle 6: Studierende aus Malaysia in den USA**

	2003/04		2004/05		Veränderung 2003/04-2004/05
	Absolut	in %	Absolut	in %	
Erststudierende	4.543	70,1	4.286	69,8	-5,6%
Graduierte	1.731	26,7	1.534	25,0	-11,3%
Andere	209	3,2	322	5,2	+54,1%
Gesamt	6.483	100,0	6.142	100,0	-5,3%

Quelle: Chin, Hey-Kyung Koh 2004, 2005.

Eine wichtige Rolle als Zielland mobiler Studierender aus Malaysia spielt auch *Japan*. Es hat beispielsweise Anfang 2006 ein Darlehen in Höhe von umgerechnet knapp 50.000 € zur Verfügung gestellt, um bis zum Jahr 2015 400 fortgeschrittene malaysische Studierende an japanischen Universitäten zu Ingenieuren auszubilden (drei Jahre Studium in Malaysia und zwei in Japan). Daneben sollen 66 Studierende Stipendien zum Absolvieren von Master-Studiengängen in Japan und 25 Studierende Stipendien zur Promotion in Japan erhalten (Higher Education Loan Fund Project HELP III).

*Deutschland* liegt an achter Stelle der beliebtesten Zielländer mobiler malaysischer Studierender und ist damit nach Großbritannien und Irland drittes europäisches Land auf der Beliebtheitsskala. Die absolute Zahl der malaysischen Studierenden in Deutschland ist gering, hat sich allerdings im Vergleich der Wintersemester 2002/03 und 2004/05 auf zuletzt 533 Studierende mehr als verdoppelt (vgl. Tab. 7). Dies ist auf eine deutliche Steigerung der größten Studierendengruppe, nämlich der Erststudierenden in den Ingenieurwissenschaften, zurückzuführen. Mit Abstand wichtigste Studienbereiche grundständiger Studierender sind Maschinenbau/Verfahrenstechnik und Elektrotechnik. Daneben werden auch Verkehrstechnik/Nautik, Informatik und Chemie noch relativ häufig nachgefragt. Weiterführende Studienangebote spielen für mobile malaysische Studierende nur eine geringe Rolle. 2004/2005 gab es lediglich 45 Studierende in weiterführenden Studiengängen und 23 Doktoranden, analog zum grundständigen Niveau vor allem in den Ingenieur- und Naturwissenschaften. Auch hier war allerdings jeweils mindestens eine Verdoppelung gegenüber zwei Jahren zuvor zu verzeichnen.



**Tabelle 7: Bildungsausländer-Studierende aus Malaysia in Deutschland 2004/05 im Vergleich zu 2002/2003**

Fächergruppen/ Studienbereiche	Erststudium		Weiterführendes Studium		Promotions- studium		Ohne angestrebten Abschluss		Studium insgesamt	
	WS	WS	WS	WS	WS	WS	WS	WS	WS	WS
	04/05	02/03	04/05	02/03	04/05	02/03	04/05	02/03	04/05	02/03
Sprach- und Kultur- wissenschaften	7	8	5	5	3	2	-	-	15	15
Sport	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	20	2	5	4	1	3	-	1	26	10
Mathematik, Naturwiss.	44	26	7	6	10	4	1	2	62	38
Humanmedizin	2	1	-	-	-	-	-	-	3	1
Veterinärmedizin	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	5	1	4	2	1	-	1	-	11	3
Ingenieurwissenschaften	380	128	21	19	8	3	1	-	418	150
Kunst, Kunstwiss.	4	4	2	-	-	-	-	-	6	4
Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Fächergr. insgesamt	462	170	45	36	23	12	3	3	533	221

Quelle: Statistisches Bundesamt; HIS-Berechnungen.

Mit dem Ausbau des malaysischen Hochschulsektors möchte die Regierung nicht nur der wachsenden einheimischen Studiennachfrage gerecht werden und Alternativen zum Auslandsstudium schaffen, sondern die eigenen Hochschulen auch als Gasthochschulen für ausländische Studieninteressenten aus der Region attraktiv machen. Sie bewirbt das *Ausländerstudium* in Malaysia als erschwinglich und hebt international wettbewerbsfähige Standards ihrer Hochschulen sowie die Nähe ihrer Studiengänge zum Arbeitsmarkt hervor. Außerdem wird der stabile sozio-ökonomische Rahmen betont, den das Land für ein Auslandsstudium bietet, wie auch die Offenheit der Einwohner gegenüber ausländischen Studierenden. Im neunten Malaysia-Plan ist die Einrichtung einer Agentur vorgesehen, die die einheimische Hochschulbildung international vermarkten und ein Markenzeichen entwickeln soll. Daneben sind in Jakarta, Ho Chi Minh City, Dubai und Peking Informationsbüros zur Anwerbung ausländischer Studierender eröffnet worden.

Die folgende Tabelle zeigt, welche Bedeutung bereits heute dem *Ausländerstudium* in Malaysia zukommt: Letzten Informationen zu Folge studieren mittlerweile annähernd so viele Ausländer in Malaysia wie malaysische Studierende an ausländischen Hochschulen eingeschrieben sind (knapp 40.000). Sie kommen ganz überwiegend aus anderen asiatischen Ländern. Daneben gibt es eine größere Gruppe aus Afrika (vor allem aus dem Sudan und Jemen). Gegenüber 1999 hat sich die Zahl ausländischer Studierender in Malaysia fast verdoppelt. Zwischen 2002 und 2004 war zuletzt ein Wachstum von sechs Prozent zu verzeichnen.

Ungefähr ein Drittel der ausländischen Studierenden in Malaysia kommt aus China als wichtigstem *Herkunftsland* (vgl. Tab. 8). Ihm folgt Malaysias Nachbarstaat Indonesien, von wo bis 2002 knapp gleich viele, und nach einer Verdopplung der Mobilität aus China 2003 nur noch ungefähr halb so viele Studierenden kommen wie aus China. Eine Reihe weiterer Länder haben in den letzten Jahren stark wachsende Studierendenzahlen entsandt: Bangladesch, Pakistan, Thailand, Sudan, Jemen, Vietnam, Oman und Sri Lanka.

Die ausländischen Studierenden konzentrieren sich auf die privaten Hochschulen. Die Bedeutung des *staatlichen Hochschulsektors* bei der Aufnahme ausländischer Studierender wächst erst langsam: Für das Jahr 2005 verzeichnete die Statistik 6.220 ausländische Studierende an den öffentlichen Universitäten, was weniger als einem Fünftel aller ausländischen Studierenden in Malaysia entspricht (Ministry of Higher Education 2006). Rund ein Drittel dieser Studierendengruppe lernt an der internationalen islamischen Universität. Bei den verbleibenden öffentlichen Universitäten sind die Putra University, die National University und die University of Malaya mit jeweils knapp unter 1.000 ausländischen Studierenden führend.

**Tabelle 8: Die 15 wichtigsten Herkunftsländer ausländischer Studierender in Malaysia** (Ranking nach den Werten für 2004)

Herkunftsland	2001	2002	2003	2004
1. China	5.976	4.837	10.849	10.447
2. Indonesien	5.296	4.675	4.731	5.634
3. Bangladesch	302	263	723	2.136
4. Pakistan	361	206	613	1.159
5. Indien	714	497	965	930
6. Thailand	457	180	761	884
7. Malediven	390	301	542	562
8. Sudan	248	24	323	507
9. Jemen	138	82	480	496
10. Singapur	306	278	486	469
11. Myanmar	301	104	348	458
12. Vietnam	64	23	303	420
13. Oman	187	121	401	412
14. Korea	209	353	321	384
15. Sri Lanka	157	48	234	381

Quelle: UNESCO Institute for Statistics, 2006.

Mehrere private malaysische Colleges oder Universitäten verfügen bereits über *Niederlassungen im Ausland* (z.B. das INTI College in China und Indonesien).

### 6.8 Präsenz, Profil und Kooperationen ausländischer Studienanbieter

Malaysia dürfte eines der Länder mit dem weltweit umfangreichsten Angebot ausländischer Studiengänge sein. Über private malaysische *Colleges* werden mehr als 500 Studiengänge ausländischer – ganz überwiegend britischer oder australischer Hochschulen – vor Ort durchgeführt (Korff 2001, S. 11). Für eine Teilnahme an diesen Studienangeboten müssen Gebühren entrichtet werden, die sich an den tatsächlichen Kosten eines Studienplatzes orientieren. Die privaten Colleges organisieren das *Angebot ausländischer Bachelor-Studiengänge* vor Ort im Twinning- oder im Franchise-Verfahren. Beim Twinning-Verfahren beschränkt sich die Lehrtätigkeit der malaysischen Colleges auf die ersten ein oder zwei Jahre eines ausländischen Bachelor-Studiengangs. Für den letzten Studienabschnitt wechseln die Studierenden dann an die ausländische Mutterhochschule. Im Franchise-Verfahren wird ein ausländischer Studiengang komplett an ein malaysisches College „vermietet“. In Anbetracht der schwierigen finanziellen Situation malaysi-

scher Familien wurde während der Asienkrise zunehmend dazu übergegangen, ausländische Bachelor-Studiengänge komplett an malaysischen Colleges unterrichten zu lassen. Die damals entstandene Situation hat sich dann stabilisiert: Ungefähr 35 private Colleges verfügen über eine Zulassung der Akkreditierungsagentur LAN, um komplette Bachelor-Studiengänge oder teilweise sogar auch Master-Studiengänge ausländischer Universitäten durchzuführen.

Unter den *ausländischen Hochschulen*, die ihre Studiengänge über Colleges in Malaysia anbieten lassen, auch Institutionen, die in ihrem Heimatland ein hohes Renommee genießen. Diese Institutionen lassen ihre Studiengänge aber in der Regel nicht vollständig in Malaysia durchführen. Neben australischen und britischen Hochschulen sind Hochschulen aus den USA und – in deutlich geringerem Ausmaß – auch neuseeländische und kanadische Hochschulen beteiligt. Die von den ausländischen Hochschulen exportierten Studiengänge sind ganz überwiegend den Wirtschaftswissenschaften, insbesondere Betriebswirtschaft, zuzurechnen. Daneben spielen praktisch nur noch die Fachgebiete Informatik und Ingenieurwissenschaften eine Rolle.

Neben dem Angebot eigener Studiengänge in Malaysia unterhalten eine Reihe ausländischer Universitäten *Informationsbüros* vor Ort. Kürzlich hat beispielsweise die britische University of Leeds ihr South East Asian Office in Kuala Lumpur eröffnet. Die Absolventen wichtiger britischer und australischer Ziel-Hochschulen für das Auslandsstudium unterhalten in Malaysia *Alumni Clubs*.

Zusätzlich zu den von Colleges angebotenen ausländischen Studiengängen führen drei australische Hochschulen und eine britische Hochschule eigene Studiengänge auf *Auslandscampus* vollständig selber in Malaysia durch. Ein früherer Campus des australischen RMIT musste nur drei Jahre nach seiner Einrichtung in Penang 1999 wieder geschlossen werden, weil der lokale Partner im Zuge der Asienkrise in Zahlungsschwierigkeiten geraten war. Alle vier Campus bieten neben Bachelor- und Master-Studiengängen sowie Promotionsmöglichkeiten auch studienvorbereitende Programme zur Verbesserung englischer Sprachkenntnisse oder zur fachlichen Einführung an. Obwohl es formal vorgesehen ist, dass an Auslandscampus durchgeführte Studiengänge von der LAN akkreditiert sein müssen, finden sich in den Listen akkreditierter Studiengänge auf der Homepage der LAN für die drei australischen Hochschulcampus nur wenige Einträge. Im Weiteren werden die vier Auslandscampus in der Reihenfolge ihrer Entstehung näher beschrieben.

#### *Monash University Sunway Campus*

Als erste ausländische Hochschule hat die australische Monash University 1998 einen Campus in Malaysia eröffnet. Sie folgte damit einer Einladung des damals noch für den Hochschulsektor zuständigen Bildungsministeriums, die auf mehrjährige gute Erfahrungen beim Angebot von Monash-Studiengängen durch malaysische Colleges aufbaute. Es war die erste Ausgründung einer Universität im Aus-

land weltweit. Mit baulicher Unterstützung der Sunway Group wurde in Sunway-City, einer Siedlung im Süden von *Kuala Lumpur*, ein erster Monash University Sunway Campus errichtet. Im Rahmen eines großen Immobilienprojekts, in das der Campus integriert ist, hatte der private Investor eine alte Zinnmine zu einer Wohnsiedlung mit modernstem Freizeitpark, Luxushotel und Shoppingmall umgestaltet. Die Sunway Group verfügt über langjährige Erfahrung im Bildungssektor, weil sie Sunway College unterhalten hatte, das Twinning-Programme mit australischen und britischen Universitäten anbot. Der Campus von Monash profitiert von der Investitionsförderung im Rahmen des „Multimedia Supercorridors“ (MSC-Status).

Es wurden zunächst grundständige Studiengänge in fünf *Fächergruppen* eingerichtet:

- Geisteswissenschaften (Arts) und Naturwissenschaften,
- Betriebswirtschaft,
- Ingenieurwissenschaften,
- Informatik und
- Medizin.

Das Fach Medizin hat infolge mangelnder Nachfrage seit 2004 keine neuen Studierenden mehr aufgenommen. In Medizin genießt die öffentliche University of Malaya das höchste Ansehen im Land (Arachi 2006, S. 15).

In den Naturwissenschaften werden Biotechnologie, medizinische Biowissenschaften und Umweltmanagement angeboten. In den Ingenieurwissenschaften können Studienbewerber zwischen Chemie (ab 2006), Elektrotechnik und Informatik, Mechanik sowie Mechatronik wählen. Daneben gibt es im Fachgebiet Informatik die beiden *Bachelor-Studiengänge* „Computer Science“ und „Information Technology & Systems“ und im Fachgebiet Geisteswissenschaften den Bachelor of Arts. Der Aufbau der Studiengänge ist auf der Homepage der Monash University im Einzelnen dokumentiert.

2004 wurden erstmals drei *Master-Studiengänge* eingerichtet, und zwar in Informationstechnologien, in Naturwissenschaften und in Ingenieurwissenschaften. Sie haben jeweils eine eineinhalb- bis zweijährige Dauer. Der Master in Informationstechnologien nimmt allerdings Mitte 2006 schon keine neuen Studierenden mehr auf. An seiner Stelle gibt es mittlerweile einen Master in Betriebswirtschaft und einen in Geisteswissenschaften (Arts). Die Anforderungen für Master-Abschlussarbeiten sind unterschiedlich hoch, teilweise haben Hausarbeiten ein großes Gewicht für den Master-Abschluss. Des Weiteren wurden in der Betriebswirtschaft und in den Ingenieurwissenschaften Promotionsmöglichkeiten geschaffen. Das *Lehrpersonal* vor Ort ist gut qualifiziert und wird durch Gastdozenten von der Mutteruniversität oder Lehrbeauftragte aus der Privatwirtschaft oder staatlichen Einrichtungen ergänzt.

Die *Studiengebühren* für ein Bachelor-Studium betragen pro Semester zwischen rund 2.300 € (11.000 RM) in den Geisteswissenschaften und der Betriebswirtschaft und knapp 3.000 € (14.000 RM) in den Ingenieurwissenschaften. Zusätzlich werden Gebühren für Materialien und Laborbenutzung erhoben, die zwischen 100 und 270 € (500 - 1.250 RM) pro Semester liegen. Für Master-Studiengänge sind über 3.000 € im Semester zu entrichten, und zusätzlich können Kosten in Höhe von mehreren Hundert Euro für die Nutzung technischer Ausstattungen oder der Bibliothek anfallen. In begrenztem Umfang vergibt die Monash University Stipendien in Höhe der Studiengebühren. Die Monash-Studierenden in Malaysia sind im Durchschnitt 20 Jahre alt. Ungefähr ein Viertel von ihnen studiert Teilzeit.

Studienbewerber müssen ihre Englischkenntnisse durch ihr Schulabgangszeugnis oder einen international anerkannten Test nachweisen. Sie können bis zu zwei Semester ihres Studiengangs am Monash-Hauptsitz absolvieren oder auch ein bis zwei Semester an einer von mehr als 80 *Partneruniversitäten* in Asien, Europa, dem Nahen Osten oder Nordamerika verbringen. Die Anerkennung von an einer Partneruniversität erbrachten Studienleistungen ist garantiert. Für das Absolvieren von Studienabschnitten im Ausland werden allerdings zusätzliche Studiengebühren erhoben.

Die *Studierendenzahl* konnte bis 2005 sukzessive auf knapp 2.800 gesteigert werden. Unter diesen Studierenden kommen rund 400 nicht aus Malaysia oder Australien. Das Wachstum des Campus geht vor allem auf Einschreibungen in Betriebswirtschaft (Business) und – zu einem deutlich geringeren Ausmaß – in den ingenieur- und naturwissenschaftlichen Fächern zurück. In der Betriebswirtschaft gab es 2005 über 1.000 und in letzteren beiden Fächergruppen jeweils knapp 600 Studierende.

Im Jahr 2007 soll der erste Campus durch einen in unmittelbarer Nähe errichteten neuen Campus mit Kapazitäten für bis zu 4.000 Studierende abgelöst werden. Eine Untersuchung des Auditor General aus dem australischen Bundesstaat Victoria ergab 2002, dass der Monash University Sunway Campus sich selbst finanzierte und für die Mutteruniversität ein jährliches *Einkommen* von umgerechnet über 761.000 € erwirtschaftete (Auditor General Victoria 2002).

#### *University of Nottingham Malaysia Campus*

Der Malaysia Campus der britischen University of Nottingham wurde ebenfalls 1998 eingerichtet und nahm im Jahr 2000 erste Studierende auf, und zwar zunächst in Kuala Lumpur. Die University of Nottingham wurde von der malaysischen Regierung für den Aufbau eines eigenen Campus vor Ort ausgewählt, da sie traditionell als Gasthochschule mobiler malaysischer Studierender hoch im Kurs steht - insbesondere für ein Jurastudium oder ein Studium der Ingenieurwissenschaften. Es wird geschätzt, dass bereits ungefähr 1.500 Malaysier an der Univer-

sity of Nottingham einen Studienabschluss erworben haben, unter ihnen auch der gegenwärtige Premierminister.

Der 2005 eröffnete neue Campus liegt zwischen dem Technologie-Modellort Cyberjaya und dem Regierungssitz Putrajaya in *Semenyih*, ungefähr 30 km südlich von Kuala Lumpur. Er stellt den ersten Campus-Neubau einer britischen Universität im Ausland dar und wurde von Boustead Holdings Limited und der YTL Corporation Berhard finanziell unterstützt. Wie auch der Campus der Monash University profitiert er von der Investitionsförderung innerhalb des Multimedia Supercorridors.

Das *Studienangebot* der University of Nottingham ist etwas breiter als das der Monash University. Es umfasst die folgenden sechs Fachgebiete:

- Ingenieurwissenschaften,
- Erziehungswissenschaften,
- Betriebswirtschaft,
- Informatik,
- Biotechnologie und
- Pharmazie.

In 2005/06 war die *Teilnahme* allerdings mit 1.107 Studierenden deutlich geringer als am Campus der Monash University. 263 Studierende waren auf Post-Graduierten-Niveau eingeschrieben.

Im *Bachelor-Studium* liegt das Schwergewicht des Studienangebots auf den Ingenieurwissenschaften (neun Studiengänge). Zusätzlich werden vier Studiengänge in der Betriebswirtschaft, drei in der Informatik und einer in grüner Biotechnologie unterrichtet. In den Ingenieurwissenschaften können Studieninteressenten zwischen zwei Angeboten aus den Bereichen Chemie, Bauingenieurwesen, vier Angeboten aus den Bereichen Elektrotechnik sowie Mechanik oder Mechatronik wählen. Allen Bachelor-Studierenden steht die Möglichkeit offen, bis zu zwei Semester ihres Studiengangs in Nottingham zu absolvieren, ohne dass hierfür gesonderte Studiengebühren erhoben würden. Die Studiengebühren entsprechen ungefähr denen der grundständigen Studienangebote der Monash University.

Auf *Master-Niveau* werden einjährige Studiengänge angeboten. Die Mehrzahl der Master-Studienangebote ist den Erziehungswissenschaften zuzuordnen (acht Master-Studiengänge). Daneben gibt es drei MBA-Studiengänge (einer mit Studienphase in Nottingham) und vier weitere Angebote aus dem Bereich Betriebswirtschaft (darunter Arbeitssicherheit und Management-Psychologie). Der einzige Master in den Ingenieurwissenschaften ist „Electronic Engineering“. Des Weiteren wird ein vierjähriger Sandwich-Master-Studiengang in Pharmazie angeboten, in dem die ersten zwei Studienjahre in Malaysia und weitere zwei Studienjahre in Nottingham absolviert werden. Master-Studiengänge sind deutlich teurer als Bachelor-Studiengänge. Für die einjährigen Master-Studiengänge werden Gebühren zwischen 7.000 € (33.000 RM) in Elektrotechnik oder 7.450 € (35.000 RM) in den

Erziehungswissenschaften und 9.800 € (46.000 RM) für einen MBA in Malaysia bzw. 12.300 € (58.000 RM) für einen MBA mit Studienabschnitt in Nottingham erhoben.

*Promotionsmöglichkeiten* bestehen in der Betriebswirtschaft, den Erziehungswissenschaften und den Ingenieurwissenschaften und Informatik. Die Studiengebühren in Ingenieurwissenschaften und Informatik betragen zwischen 5.400 € und 6.600 € (25.500 - 31.000 RM) im Jahr bei Vollzeitstudium bzw. die Hälfte bei Teilzeitstudium.

#### *Curtin University of Technology Sarawak Campus*

Der von der australischen Curtin University of Technology bereits 1999 aufgebaute „Curtin University of Technology Sarawak Campus“ kam auf Initiative der Regionalregierung von Sarawak als erster ausländischer Hochschulcampus in *Ost-Malaysia* zustande. Auch für diesen Campus wurde MSC-Status gewährt. Er ist in der Stadt *Miri* angesiedelt, und 2002 konnten eigens für ihn errichtete Gebäude eingeweiht werden. Mit rund 1.500 Studierenden ist der Campus relativ groß. Ausländische Studierende kommen aus mehr als 20 Ländern.

Es werden in drei Fachgebieten insgesamt sieben *Bachelor-Studienrichtungen* angeboten. Zwei Studienrichtungen sind dem Fachgebiet Betriebswirtschaft zuzurechnen (Business Administration und Commerce, jeweils mit einer Reihe von Spezialisierungsmöglichkeiten), drei den Ingenieur- und Naturwissenschaften und ein weiterer den Geisteswissenschaften (Mass Communication). In den Ingenieur- und Naturwissenschaften können Chemie, Bauingenieurwesen, Elektrotechnik und Mechanik sowie Informatik und Geowissenschaften studiert werden. Je ein *Master-Studiengang* wird im Fachgebiet Ingenieur- und Naturwissenschaften und in der Betriebswirtschaft angeboten. Promotionsmöglichkeit besteht lediglich in den Ingenieurwissenschaften.

Die *Studiengebühren* für Bachelor- und Master-Studiengänge sind mit 3.300 bis 4.500 € (15.400 bis 21.200 RM) im Jahr nur etwa halb so hoch wie an den beiden großen Auslandscampus in West-Malaysia. Nicht-malaysische Studierende zahlen 400 bis 650 € (2-3.000 RM) im Jahr mehr als einheimische Studierende. Die Teilnahme an einem Promotionsprogramm schlägt mit 4.300 € (20.300 RM) im Jahr zu Buche. Zusätzlich müssen jeweils noch Lehrmaterialien bezahlt werden.

#### *Swinburne University of Technology Campus Sarawak*

Nur ein Jahr nach der Curtin University of Technology eröffnete eine zweite australische Universität, die Swinburne University of Technology, ebenfalls einen Sarawak Campus, und zwar in *Kuching*, der Hauptstadt der ost-malaysischen Region. Der Campus wird zusammen mit der Sarawak Foundation und der Sarawak Higher Education Foundation betrieben. Als besonderes Merkmal dieses Auslandscampus wird die angewandte Forschung hervorgehoben, die für die an-

sässige Industrie von Nutzen sein soll. Auch die Studienangebote zeichnen sich durch Berufsbezogenheit und Praxisphasen in Unternehmen aus. In 2006 werden über 1.000 Studierende unterrichtet, die auch hier nicht nur aus Malaysia, sondern aus über 20 weiteren Ländern kommen. Ein Fünftel der *Dozenten* ist promoviert, und 57 Prozent der Dozenten verfügen über einen Master-Abschluss.

Auf *Bachelor-Niveau* werden Studiengänge in den Ingenieurwissenschaften (12 Studiengänge), der Betriebswirtschaft (vier Studiengänge), der Informatik (drei Studiengänge) und im Bereich Multimedia angeboten (zwei Studiengänge). Studierende können ihr Studium an der Mutterhochschule in Australien beenden, ohne dafür gesonderte Gebühren entrichten zu müssen. Die *Studiengebühren* liegen im Bachelor-Bereich geringfügig unter dem Niveau der Curtin University of Technology in Ost-Malaysia.

Daneben werden in Buchhaltung und Multimedia *Master-Studiengänge* angeboten, die keine Abschlussarbeit erfordern. Master-Studiengänge, die eine Abschlussarbeit erfordern, gibt es in Betriebswirtschaft, Ingenieurwissenschaften und Naturwissenschaft. Darüber hinaus kann der Doctor of Philosophy erworben werden. Studiengebühren auf Master- und Promotionsniveau sind identisch, auf Master-Niveau übersteigen sie die von der Curtin University of Technology in Malaysia verlangten Gebühren leicht.

Neben der Ausgründung gibt es eine weitere interessante Form des *ausländischen Engagements* in Malaysia, nämlich die Unterstützung einer auf das Angebot von Studiengängen auf Post-Graduierten-Niveau spezialisierten Hochschule.

#### *Malaysia University of Science and Technology (MUST)*

Die Malaysia University of Science and Technology (MUST) mit einem provisorischen Campus in Petaling Jaya (*Selangor*) wird von einer einheimischen Stiftung und dem US-amerikanischen Massachusetts Institute of Technology (MIT) gemeinsam als nicht gewinnorientierte Institution getragen. Die Kooperation wurde mit Hilfe des malaysischen Forschungsministeriums (MOSTI) organisiert. MUST ist auf Post-Graduierten Studienangebote und die Forschung spezialisiert. Im Rahmen eines industriellen Entwicklungsplans hatte die Regierung im Jahr 2000 20 Mio. € (100 Mio. RM) für die Gründung dieser Universität verfügbar gemacht, die seitdem Studiengänge in den Natur- und Ingenieurwissenschaften, den Informationstechnologien und Multimedia, Biotechnologie, Energie, Telekommunikation sowie Transport und Logistik aufbaut.

Das MIT soll insbesondere die Aufbauphase der Institution begleiten. Das *Ausbildungskonzept* der MUST soll die MIT-Philosophie nachahmen und sieht vor, dass sozio-ökonomisch kontextualisiertes Fachwissen vermittelt wird und besonderer Wert auf Arbeit in multidisziplinären Projektgruppen gelegt wird. Die Studienangebote basieren auf der Struktur von MIT-Studiengängen, und MIT-Lehrmaterialien sind für die MUST-Studierenden zugänglich. Die Studienabschlüsse werden aber vom MUST und nicht vom MIT vergeben.

MUST hat 2002 die ersten 46 Studierenden in drei dreisemestrigen *Master-Studiengänge* aufgenommen, die mit Master-Arbeiten abschließen: Informationstechnologie, Biotechnologie sowie Transport und Logistik. Bis 2006 sind vier weitere Master-Studiengänge entstanden: Materialwissenschaft und Ingenieurwesen, Bauingenieurwesen und Management, Energie und Umwelt, Systemingenieurwesen und Management. Daneben bestehen strukturierte Promotionsprogramme in Biotechnologie sowie Transport und Logistik. Für eine Promotion werden drei bis sechs Jahre Vollzeitstudium veranschlagt. Alle Studienangebote verfügen über eine Akkreditierung der LAN. Vier weitere Master-Studiengänge und zwei zusätzliche Promotionsprogramme sind geplant, so dass MUST insgesamt zwölf Studienangebote unterhalten wird. Es sollen eine „School of Science“, eine „School of Management“ und eine „Division of Social Sciences and Humanities“ entstehen. Ergänzend sollen Kurzurse und Seminare für Entscheidungsträger angeboten werden.

Die *Studiengebühren* sind mit 2.000 € (10.000 RM) für die ersten drei Semester zusammen und 500 € (2.500 RM) für jedes weitere Semester relativ günstig. Es werden keine gesonderten Gebührensätze für internationale Studierende angegeben. Für malaysische Studierende stellt MUST unter bestimmten Bedingungen zinsfreie Studienkredite zur Verfügung. Das Lehrpersonal setzt sich aus einheimischen und ausländischen Dozenten (vor allem USA, Großbritannien, Japan) zusammen, die teilweise über umfassende Praxiserfahrung verfügen und in einigen Fällen in Teilzeit angestellt sind.

Im *Forschungsbereich* baut die MUST Zentren für Energie und Umwelt, Biotechnologie, Informationstechnologie und Multimedia, Fahrzeuge sowie Transport und Logistik auf. In diesen Forschungsfeldern werden strategische Kooperationen mit in- und ausländischen Unternehmen angestrebt.

## 6.9 Zuständigkeiten und Ansprechpartner

Für die Zulassung *privater und ausländischer Hochschulen* ist im Hochschulministerium der so genannte IPTS Management Sector zuständig. Er hat ein besonderes Augenmerk darauf, Studienangebote privater Hochschulen für alle Bevölkerungsgruppen zugänglicher und erschwinglicher zu machen. Zudem sollen die Studienangebote internationalen Qualitätsstandards und der Qualifikationsnachfrage auf dem malaysischen Arbeitsmarkt entsprechen.

Die Zulassung und Qualitätssicherung von privaten Studienangeboten fällt in die Zuständigkeit der *Akkreditierungsagentur für den privaten Hochschulsektor (LAN)*. Ihr zehnköpfiges Leitungsgremium entwickelt entsprechende Strategien, Verfahren und Standards. Das Leitungsgremium ist mit Hochschulmitgliedern, berufsständischen Vertretern und Arbeitgebervertretern besetzt. Auf der Grundlage von Evaluationen spricht die LAN dem Ministerium für Hochschulbildung gegenüber Empfehlungen in Hinblick auf die Anerkennung von Studiengängen

bzw. -abschlüssen privater Hochschulen aus (vgl. ausführlich Abschnitt 6.6). Die Arbeit der LAN, die über 150 Mitarbeiter beschäftigt, wird aus Regierungsmitteln finanziert. Aus diesen Mitteln wird auch ein Teil der Kosten für einzelne Evaluierungsverfahren gedeckt.

Neue Studiengänge an den öffentlichen Hochschulen werden bislang noch von der *Quality Assurance Division (QAD)* im Hochschulministerium zugelassen. Zukünftig sollen die LAN und die QAD zur *Malaysia Qualification Agency (MQA)* zusammengefasst werden (vgl. auch Abschnitt 6.6).

In der *Malaysian Association of Private Colleges and Universities (MAPCU)* sind die renommiertesten privaten Hochschulen und auch die ausländischen Campusbetreiber organisiert. Die MAPCU vertritt die Interessen des privaten Hochschulsektors und hat gute Kontakte zu den relevanten Regierungsstellen.

Im *staatlichen Hochschulsektor* hat die Regierung volle Entscheidungsmacht über die Aufnahme von Studierenden, die Einstellung von Mitarbeitern bis hin zur Hochschulleitung, das Studienangebot und dessen Finanzierung. Das höchste Entscheidungsgremium im staatlichen Hochschulsektor ist der *Nationale Hochschulrat*, dem der zuständige Minister vorsitzt. Der Nationale Hochschulrat hat im Einzelnen folgende Aufgaben (vgl. Act 546, National Council on Higher Education Act 1996, Par. 12):

- Die Erarbeitung von Entwicklungsstrategien für die Hochschulbildung und von Vorgaben für das Studienangebot einzelner Einrichtungen. Vorgaben für das Studienangebot einzelner Universitäten sind auch für (international) kooperative Studienangebote mehrerer Hochschulen relevant.
- die Koordination der Entwicklung einzelner Hochschulen und die Förderung des geordneten Ausbaus der einzelnen Einrichtungen,
- die Erarbeitung von Strategien und Richtlinien für die Gehaltsstruktur und die Personalverwaltung an Hochschulen,
- die Erarbeitung von Verfahren und Kriterien für die Aufteilung des nationalen Hochschulbudgets unter den Institutionen,
- die Definition von Zulassungsverfahren für Studierende,
- die Entwicklung von Richtlinien für die Struktur von Studiengebühren,
- die Entwicklung von Richtlinien für unternehmerische Aktivitäten der Hochschulen.

Neben dem zuständigen Minister gehören dem Rat weitere Vertreter des Ministeriums für Hochschulbildung, je ein Vertreter des Finanzministeriums, der Einheit für Wirtschaftsplanung beim Premierminister (Economic Planning Unit of the Prime Ministers's Department) und des Justizministeriums an. Von Seiten der Hochschulen sind drei Leiter öffentlicher Hochschulen, maximal zwei Leiter privater Hochschulen und maximal drei weitere, vom Minister berufene Persönlichkeiten mit einer besonderen fachlichen Expertise vertreten.

Neue *Studiengänge* an den öffentlichen Universitäten müssen hochschulintern von einem Studienkomitee genehmigt werden, das vom Senat einzusetzen ist. Zudem müssen sie sich einer Überprüfung unterziehen, ob sie den Standards der Abteilung für Qualitätssicherung im Hochschulministerium entsprechen (s. auch Abschnitt 6.5).

Das *Ministerium für Wissenschaft, Technologie und Innovation (MOSTI)* ist Ansprechpartner in Fragen der wissenschaftlichen Zusammenarbeit. Es administriert die malaysischen Forschungsförderungs-Programme und fördert die Präsenz ausländischer Forscher. Ende 2006 standen folgende Forschungs-Cluster im Mittelpunkt des „Brain Gain“-Programms des Ministeriums:

- Landwirtschaft,
- Biotechnologie,
- Informations- und Kommunikationstechnologien,
- Produktionsverfahren (Advanced Material, Advanced Manufacturing, Nanotechnology and Alternative Energy),
- Meereskunde und Raumfahrt.

Die Aktivitäten der unterschiedlichen Organisationen der *deutsch-malaysischen Zusammenarbeit* wurden in Abschnitt 6.3 erläutert.

## 6.10 Gesamtschätzung

Es steht außer Zweifel, dass die Studienkapazitäten im malaysischen Hochschulsektor in Zukunft weiterhin deutlich ausgeweitet werden. Die Nachfrage nach Hochschulabsolventen auf dem einheimischen und regionalen Arbeitsmarkt ist kontinuierlich hoch, die fragliche Altersgruppe wächst und ihre Beteiligung an Hochschulbildung steigt. Zudem unterstützt die Regierung den *Ausbau des Hochschulsektors* dezidiert und strategisch. Sie stellt substantielle Mittel zur Verfügung und schafft günstige rechtliche, finanzielle und infrastrukturelle Rahmenbedingungen für von ihr als zukunftssträchtig betrachtete Investitionen. Überdies ist die allgemeine politische und ökonomische Entwicklung in Malaysia positiv. Die Kaufkraft ist in relevanten Teilen der Bevölkerung ausreichend, um kostendeckende Studiengebühren zu finanzieren. Unter diesen Rahmenbedingungen ist im privaten Hochschulsektor ein expandierender Markt vor allem für Bachelor-Studienplätze entstanden.

Auf deutscher und malaysischer *Regierungsebene* besteht Interesse, deutsche Hochschulen in die Entwicklung des malaysischen Studienangebots einzubinden. Mit der Einführung gestufter Studienstrukturen in Deutschland haben sich die Ausgangsbedingungen für eine Zusammenarbeit in den letzten Jahren zwar verbessert. Dennoch ist davon auszugehen, dass der Zugang zum malaysischen Markt für angelsächsische Hochschulen weiterhin deutlich leichter ist als für deutsche.

Dies ist sowohl durch unterschiedliche Präferenzen im Hinblick auf Geschäftsmodelle als auch durch historisch-kulturelle Aspekte bedingt.

Auf der historisch-kulturellen Ebene erschweren deutlich unterschiedliche akademische *Kulturen* in Deutschland und Malaysia einen Export deutscher Studiengänge bzw. die Einrichtung kooperativer gebührenpflichtiger Studiengänge durch deutsche und malaysische Hochschulen. Im öffentlichen Hochschulsektor ist die akademische Freiheit der Hochschullehrer stark eingeschränkt, die Bürokratie extrem ausgebaut und die Wertschätzung akademischer Leistung ungewohnt gering. Auch die Distanz zur deutschen Sprache erschwert die Annäherung. Unter malaysischen Studieninteressenten sind deutsche Hochschulen kaum bekannt; die studentische Mobilität zwischen beiden Ländern ist deutlich ausbaufähig. Infolge einer gewissen kulturellen Affinität zu britischen, australischen und amerikanischen Hochschulen und deren weltweit hoher Attraktivität konzentriert sich die studentische Mobilität auf diese Länder. Des Weiteren hat die in Malaysia stark vertretene deutsche Wirtschaft auf Nachfrage von Korff (2001) nur geringes Interesse an einem Aufbau deutscher Studienangebote in Malaysia geäußert.

Zusätzlich wird der Aufbau deutscher Studienangebote in Malaysia dadurch erschwert, dass die einzelnen *Segmente* des malaysischen Hochschulsektors jeweils nur ganz spezifische Ansatzpunkte bieten. In Malaysia hat der dirigistische Staat zwei ethnisch-kulturell und ökonomisch weitgehend getrennte Hochschulsektoren geschaffen, und auch innerhalb des privaten Hochschulsektors beschränkt sich der Markt für ausländische Studienangebote auf bestimmte Bereiche. Ein offener Markt (vor allem auf Bachelor-Niveau) besteht lediglich im Segment der privaten Colleges. Dort dominieren strikt kommerzielle Aktivitäten (Franchising), die von deutschen Hochschulen gemieden werden. Für private malaysische Universitäten gibt es grundsätzlich keinen Anreiz, die Einnahmen aus Studiengebühren für einen ausländischen oder kooperativ entwickelten Studiengang mit einer ausländischen Hochschule zu teilen. Sie sind berechtigt, selber Studiengänge auf Bachelor-Niveau oder darüber zu entwickeln, sofern sie einen Bedarf dafür ausmachen. Lediglich unter der Voraussetzung der Erwartung, dass eine internationale Kooperation der akademischen Entwicklung einer Einrichtung zu Gute käme, wäre gegebenenfalls ein Interesse vorstellbar. Der Aufbau einer neuen privaten Hochschule in Form eines Auslandscampus ist nur auf Einladung der Regierung möglich. Diese Einladung wird ausgesprochen, wenn das Studienangebot eine hohe Qualität verspricht und für die Landesentwicklung prioritäre Qualifikationen vermittelt. Der öffentliche Hochschulsektor schließlich ist auch aufgrund der Tatsache, dass nur in ganz wenigen Fächern in englischer Sprache gelehrt werden darf, bislang vom Angebot ausländisch-kooperativer Studienabschlüsse abgeschottet.

Im Einzelnen stellen sich die Vor- und Nachteile formaler Möglichkeiten deutscher Hochschulen für ein Engagement in Malaysia wie folgt dar:

- Die Lehre eines englischsprachigen Studiengangs könnte vollständig an ein privates malaysisches College delegiert werden. Bisher haben deutsche Hoch-

schulen allerdings aufgrund von Bedenken in Hinblick auf die Einhaltung eigener Leistungsstandards von einem Export eigener Studiengänge im *Franchising-Verfahren* abgesehen.

- Eine deutsche Hochschule könnte einen englischsprachigen Bachelor-Studiengang im *Twinning-Verfahren* zusammen mit einem privaten malaysischen College durchführen (erster Studienabschnitt in Malaysia, letzter Studienabschnitt in Deutschland). Es muss allerdings als problematisch angesehen werden, von den Teilnehmern das Erlernen der deutschen Sprache zu erwarten. Zu berücksichtigen ist außerdem, dass die malaysischen Pflichtfächer Religion und Landeskunde in den Studiengang zu integrieren wären. Darüber hinaus stellt die Auswahl eines geeigneten Partners wegen kaum verfügbarer Überblicksinformation im privaten College-Sektor eine besondere Herausforderung dar.
- Eine oder mehrere deutsche Hochschulen könnten mit finanzieller Unterstützung der malaysischen Regierung die Eröffnung eines *deutschen Campus in Malaysia* ins Auge fassen. In Anbetracht des geringen Bekanntheitsgrads deutscher grundständiger Studiengänge in Malaysia und der Fokussierung aktueller Hochschulpolitik auf den Master-, Promotions- und Forschungssektor könnte hier ein Modell nach Vorbild der „Postgraduierten-Universität“ MUST angedacht werden. Alternativ könnten die bereits bestehenden Auslandscampus in Malaysia gegebenenfalls Vorbild für ein gemeinsames Engagement deutscher Fachhochschulen sein, das den Praxisbezug von Studiengängen als Alleinstellungsmerkmal herausstellt.
- Für die Kooperation mit einer öffentlichen malaysischen Universität käme ein *Doppeldiplomstudiengang* in Frage. Aus sprachlichen Gründen müsste sich ein gemeinsames Studienangebot auf die Naturwissenschaften, Mathematik oder „Professional Subjects“ konzentrieren, da andere Fächer an öffentlichen malaysischen Universitäten nicht in englischer Sprache unterrichtet werden. Das Master-Niveau wäre insofern attraktiv, als in größerem Umfang als auf Bachelor-Niveau ausländische Studierende zugelassen werden können. Einheimische Studierende zahlen vergleichsweise geringe Gebühren, so dass die finanzielle Unabhängigkeit einer solchen Kooperation nur über eine Subvention der malaysischen Regierung oder eine Partnerschaft mit Unternehmen zu erreichen wäre. Zudem müsste der deutsche Partner die staatlich kontrollierte Auswahl von Studierenden akzeptieren. Positiv anzumerken ist, dass bei einer Zusammenarbeit mit einer öffentlichen Universität ein höherer akademischer Standard zu erwarten ist als bei einer Kooperation mit einer privaten Einrichtung.
- Grundsätzlich wäre der Aufbau von *Doppeldiplom-Studiengängen* auch in Zusammenarbeit mit *privaten Universitäten* denkbar. Die finanzielle Eigenständigkeit eines solchen Studienangebots wäre bei ausreichender studentischer Nachfrage möglich, und die Lehrsprache könnte über alle Fächer hinweg Englisch sein. Gegebenenfalls könnte eine solche Kooperation für eine private Uni-

versität attraktiv sein, um den Ausbau ihres Studienangebots auf Master-Niveau voranzutreiben.

Zusammenfassend stellt ein Engagement deutscher Hochschulen in Malaysia eine besondere *Herausforderung* dar. Dies ist weniger auf den intensiven Anbieterwettbewerb als auf komplexe formale, kulturelle und politische Rahmenbedingungen zurückzuführen. Die für deutsche Auslandsaktivitäten kennzeichnende Übergangsform zwischen traditioneller, auf gemeinschaftliche Lernprozesse fokussierter Hochschulkooperation und kommerziell ausgerichtetem Studienexport lässt sich in diesem Umfeld nur schwer verorten. Gegebenenfalls können sich aber aus dem jüngsten Trend zur Einbindung ausländischer Hochschulen nicht nur in den Ausbau von Studienplätzen im Bachelor-Bereich sondern auch in die Entwicklung höherwertiger Studienangebote neuartige und zukunftsweisende Ansatzpunkte ergeben.

### Literatur

- Arachi, Diana (2006): Foreign Branch Campuses in Malaysia: State Action and Consumer Choices Revisited. Masterarbeit an der Lund University, Center for East and South-East Asian Studies, Masters Program in Asian Studies, Winter 2005/06. Internet: URL: [http://theses.lub.lu.se/undergrad/search.tkl?field\\_query1=pubid&query1=1139826002-6314-404&recordformat=display](http://theses.lub.lu.se/undergrad/search.tkl?field_query1=pubid&query1=1139826002-6314-404&recordformat=display) [Stand: November 2006].
- Auditor General Victoria (2002): Report on Public Sector Agencies, June 2002. Melbourne: Auditor General Victoria. Internet: URL: [http://www.audit.vic.gov.au/reports\\_mp\\_psa/psao2dl.html](http://www.audit.vic.gov.au/reports_mp_psa/psao2dl.html).
- Auswärtiges Amt (2006): Malaysia: Beziehungen zwischen Malaysia und Deutschland/Wirtschaftliche Beziehungen. Internet: URL: <http://www.auswaertiges-amt.de> [Stand: Dezember 2006].
- Böhm, Anthony u.a. (2002): Global Student Mobility 2025 – Forecasts of the Global Demand for International Higher Education. Sydney: IDP Education Australia.
- Chin, Hey-Kyung Koh (Hg.) (2004) (2005): Open Doors. Report on International Educational Exchange. New York: Institute of International Education.
- Chio, Vanessa C.M. (2005): Malaysia and the Development Process – Globalization, Knowledge Transfers and Postcolonial Dilemmas. New York: Routledge.
- CIA (2005): The World Factbook – Malaysia. Internet: URL: <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/my.html> [Stand: Januar 2005].
- Department of Higher Education, Ministry of Higher Education (MOHE) (2006): Statistic 2005. Putrajaya: MOHE.
- Deutsche Bundesbank (2006): Kapitalverflechtung mit dem Ausland. Frankfurt: Deutsche Bundesbank (Sonderveröffentlichung, 10).
- Fahmi, Mohamad Zita (2006): Malaysia – Quality Assurance System in Higher Education. Kuala Lumpur: LAN.

- Hochschulrektorenkonferenz (HRK) (2006): Hochschulkooperationen mit Malaysia. Internet: URL: [www.hochschulkompass.de](http://www.hochschulkompass.de) [Stand: 2006].
- Gill, Saran K. (2005): Language Policy in Malaysia: Reversing Direction. In: *Language Policy*, 4. Jg., H. 3, S. 241-260.
- Internationales Büro (2006): Malaysia. Internet: URL: <http://www.internationales-buero.de/de/1282.php>.
- Kautz, Judith; Bier, Cristiane und Thomas, Alexander (2006): *Beruflich in Malaysia*. Trainingsprogramm für Manager, Fach- und Führungskräfte. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Kopp, Botho von (2002): *Das Bildungssystem Malaysias: Zwischen Gestern und Cyberjaya*. (Asien und Pazifik; Band 2). Münster u.a.: Waxmann.
- Korff, Rüdiger (2001): *Analyse der Möglichkeiten von Aktivitäten Deutscher Hochschulen in Malaysia – Eine Studie im Auftrag des Deutschen Akademischen Austauschdienstes*. Unveröffentlichtes Manuskript. Hohenheim: Universität Hohenheim.
- Lembaga Akreditasi Negara (LAN) (2006): <http://www.lan.gov.my/english/index2eng.htm>, [Stand: November 2006]
- Lee, Molly N.N. (2002): „The Academic Profession in Malaysia and Singapore: Between Bureaucratic and Corporate Cultures“. In: Altbach, Philip G. (Hg.): *The Decline of the Guru: The Academic Profession in Developing and Middle-Income Countries*. New York: Boston College Center for International Higher Education and Palgrave Publishers, S. 141-172.
- Lee, Molly N.N. (2004a): *University Admission in Malaysia: Quota or Meritocracy?* In: Lee, Molly N.N.: *Restructuring Higher Education in Malaysia*. Penang (Malaysia): Universiti Sains Malaysia, School of Educational Studies (Monograph Series No. 4/2004), S. 77-90.
- Lee, Molly N.N. (2004b): „The Corporatisation of a Public University“. In: Lee, Molly N.N.: *Restructuring Higher Education in Malaysia*. Penang (Malaysia): Universiti Sains Malaysia, School of Educational Studies (Monograph Series No. 4/2004), S. 63-76.
- Lee, Molly N.N. (2004c): „Private Higher Education in Malaysia: Expansion, Diversification and Consolidation“. In: Lee, Molly N.N.: *Restructuring Higher Education in Malaysia*. Penang (Malaysia): Universiti Sains Malaysia, School of Educational Studies (Monograph Series No. 4/2004), S. 19-36.
- Lee, Molly N.N. (2004d): „Global Trends, National Policies and Institutional Responses: Restructuring Higher Education in Malaysia“. In: *Educational Research for Policy and Practice*, 3. Jg., H. 1, S. 31-46.
- Lee, Molly N.N. (2005): *International Linkages in Malaysian Private Higher Education*. In: Altbach, Philip G. (Hg.): *Private Higher Education: A Global Revolution*. Boston: Sense, Boston College Center for International Higher Education, and PROPHE, S. 141-144.
- Loh, Francis (2005): *Crisis in Malaysia's Public Universities? Balancing the Pursuit of Academic Excellence and the Massification of Tertiary Education*. In: *Aliran Monthly*, 25. Jg., H. 10.
- Malaysian Education Guide online (2006). Internet: URL: <http://www.studymalaysia.com> [Stand: Oktober 2006].

- McBurnie, Grant und Ziguas, Christopher (2001): The regulation of transnational higher education in Southeast Asia: Case studies of Hong Kong, Malaysia and Australia. In: *Higher Education*, 42. Jg., H. 1, S. 85-105.
- Middlehurst, Robin und Woodfield, Steve (2003): Case Study Malaysia. In: dies. (Hg.): *The Role of Transnational, Private, and For-Profit Provision in Meeting Global Demand for Tertiary Education: Mapping, Regulation and Impact*. Consultant's report, commissioned by The Commonwealth of Learning (COL) and the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO).  
Internet: URL: <http://www.col.org/colweb/site/pid/3108> [Stand: November 2006].
- Ministry of Higher Education (2006): *Towards Excellence. Report by the Committee to Study, Review and Make Recommendations Concerning the Development and Direction of Higher Education in Malaysia*. Kuala Lumpur: Ministry of Higher Education.
- Ministry of Higher Education (2006): QAD online. Internet: URL: [http://apps.emoe.gov.my/qad/n\\_qa.cfm](http://apps.emoe.gov.my/qad/n_qa.cfm) [Stand: November 2006].
- Ng, Cecilia; Maznah, Mohamad und Tan, Beng Hui (2006): *Feminism and the Women's Movement in Malaysia – An Unsung (R)evolution*. London, New York: Routledge.
- Ramasamy, Bala; Chakrabarty, Anita und Cheah, Matthew (2004): Malaysia's leap into the future: an evaluation of the multimedia super corridor. In: *Technovation*, 24. Jg., S. 871-883.
- Spannagel, Jobst-Mathias (2005): Malaysia – Mythenland und Tigerstaat. Eine historisch-politische Einführung. In: *Der fremdsprachliche Unterricht Englisch*, H. 77, S. 6-9.
- Ufen, Andreas (2004): Islam und Politik in Südostasien – neuere Entwicklungen in Malaysia und Indonesien. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Band 21/22, S. 15-21.
- UNESCO Institute for Statistics (2006): Internet: URL: <http://stats.uis.unesco.org/TableViewer/tableView.aspx> [Stand: Oktober 2006].
- University of Texas (2005): *Malaysia Administrative Divisions*. Internet: URL: [http://www.lib.utexas.edu/maps/middle\\_east\\_and\\_asia/malaysia\\_adm98.jpg](http://www.lib.utexas.edu/maps/middle_east_and_asia/malaysia_adm98.jpg) [Stand: Januar 2005].
- Weltbank (2006): *Malaysia*. Internet: URL: <http://www.worldbank.org/my> [Stand: September 2006].
- Ziguas, Christopher (2003): The Impact of the GATS on Transnational Tertiary Education: Comparing Experiences of New Zealand, Australia, Singapore and Malaysia. In: *The Australian Educational Researcher*, Vol. 30, No. 3, Dec. 2003, S. 89-109.
- Zeitschrift "Education Quarterly". Internet: URL: <http://educationquarterly.tmsasia.com/archive.cfm> [Stand: November 2006].

---

## Thailand

Karola Hahn

### 7.1 Kulturelle und naturräumliche Rahmenbedingungen

Die Landesfläche Thailands beträgt rund das 1,5fache der von Deutschland. Thailands Nachbarländer sind im Westen Myanmar (ehemals Burma, 1.800 km Grenzlinie), im Nordosten Laos (1.754 km Grenzlinie), im Südosten Kambodscha (803 km Grenzlinie) und im Süden Malaysia (506 km Grenzlinie). Thailand hat eine über 3.000 km lange Küstenlinie, im Südwesten am Indischen Ozean (Andaman Sea), und im Südosten am Golf von Thailand.

Die Bevölkerung wird auf über 60 Mio. Einwohner geschätzt. Das jährliche Bevölkerungswachstum lag in den Jahren 1980-2001 im Durchschnitt bei 1,2 Prozent (Fischer Weltalmanach 2004, S. 817). Es wird geschätzt, dass etwa 17 Prozent der Gesamtbevölkerung in Bangkok leben. Nächstgrößere Städte sind Samut Prakan südlich der Hauptstadt (ca. 400.000 Einwohner) und Nonthaburi westlich von Bangkok (rund 300.000 Einwohner). Udon Thani an der nordöstlichen Landesgrenze und Nakhon Ratchasima im Zentrum des Landes sowie Hat Yai am südlichsten Ende Thailands haben jeweils rund 200.000 Einwohner. Die wichtigste Stadt im Norden des Landes ist Chiang Mai (rund 170.000 Einwohner). In der Hauptstadt liegt das Durchschnittseinkommen um mehr als das Zweieinhalbfache höher als in den restlichen Landesteilen.

Die Bevölkerung setzt sich aus verschiedenen „Thaivölkern“ zusammen: vor allem Siamesen, außerdem Shan in Norden und Lao in Nordosten. Der Anteil der chinesischstämmigen Thailänder wird auf etwa zwölf Prozent geschätzt, die Zahl der Malaien auf vier Prozent und die der Khmer auf drei Prozent. (Fischer Weltalmanach 2005, S. 422). Hinzu kommen etwa 335.000 Flüchtlinge aus Myanmar (2002) und so genannte Bergvölker. Rund 95 Prozent der Bevölkerung sind Buddhisten, knapp fünf Prozent Muslime (Malaien) und 0,7 Prozent Christen. Der König gilt per Verfassung und in der Praxis als „Patron“ aller großen Religionen. Die Religionsfreiheit ist garantiert. Die Landessprache ist Thailändisch. Englisch ist als Geschäftssprache weit verbreitet.

Die Weltbank gibt an, dass in den vergangenen zwei Jahrzehnten bei der Armutsbekämpfung zwar Erfolge erzielt wurden, die Armut aber dennoch weiterhin über dem Stand vor der Asien-Krise liegt. Zudem ist auch die Ungleichheit bei der Einkommensverteilung gewachsen (Thailand-World Bank Group, Partnership for Development, o.J., S. 6). Die Mehrheit der Armen Thailands lebt im Nordosten und sind Bauern oder Landarbeiter. Sie haben im Durchschnitt vier Jahre Schulbildung (vgl. Office of the National Economic and Social Development Board & United Nations Country Team in Thailand 2004, S. 13).

### Karte 1: Wichtige Städte in Thailand



Quelle: CIA 2005.

Im Dezember 2004 erfasste ein Tsunami die Küsten Thailands und richtete verheerende Schäden an. Am stärksten betroffen waren die touristischen Küstenregi-

onen in den südlichen Provinzen Phuket, Krabi und Phangnga. Es wird geschätzt, dass dabei etwa 8.500 Menschen ihr Leben verloren.

Das Klima ist feucht-tropisch und differenziert sich in drei Jahreszeiten: die trockene, kühle Jahreszeit (November bis Februar), die heiße Jahreszeit (März bis Juni) und die Regenzeit (Juli bis Oktober). Thailand ist gezeichnet von Umweltproblemen. Neben der Luftverschmutzung, die im Wesentlichen aus Fahrzeug-Emissionen stammt, leidet Thailand auch an einer weit verbreiteten Wasserverschmutzung. Hauptverursacher der Wasserverschmutzung sind Industrie-Abwässer sowie organische Abfälle und Abwässer. Auch die Abholzung der tropischen Wälder und die damit verbundene Bodenerosion stellen eine große Herausforderung im Umweltschutz dar. Daneben wird Thailands Tierwelt durch illegale Jagd bedroht. Erst langsam baut sich ein politisches Bewusstsein für Artenschutz auf. Die thailändische Regierung hat eine Reihe internationaler Abkommen ratifiziert (u.a. Abkommen zur Biodiversität, Klimawandel, Naturschutz, Artenschutz, Tropenholz 94 und das Kyoto Protokoll).

Schulbildung und Hochschulbildung werden sowohl vom Staat als auch von der Gesellschaft als öffentliche Aufgabe angesehen. Es besteht generell die Bereitschaft, für Bildung privat zu zahlen, weil Bildung, insbesondere Hochschulbildung, als Garant für den sozialen Aufstieg und für den Wohlstand gesehen wird. Es wird häufig berichtet, dass in ärmeren Bevölkerungsschichten ganze Familien Geld zusammenlegen, um einem ausgewähltes Familienmitglied die Hochschulausbildung zu ermöglichen. Die sozialen Erwartungen an diese Familienmitglieder sind entsprechend hoch. Viele junge Thailänder scheuen keine Mühe, sich wo immer möglich weiterzubilden. Viele tun dies parallel zu ihrer Arbeit, in Abendkursen, im Selbststudium oder über Fernlehre.

## 7.2 Politische und ökonomische Rahmenbedingungen

Thailand ist ein südostasiatisches Königreich, dessen Gründung ins Jahr 1238 zurückreicht. Im Gegensatz zu zahlreichen anderen Ländern der Region war Thailand zu keinem Zeitpunkt kolonialisiert. 1939 bekam das frühere Siam seinen heutigen Namen, Thailand, was „Land der Freien“ bedeutet. Seit 1932 ist das Land eine konstitutionelle Monarchie. Staatsoberhaupt ist seit 1946 König Bhumibol Adulyadej (Rama IX), der als amtsältester Monarch der Welt gilt. Im Juni 2006 wurde sein 60jähriges Thronjubiläum in Bangkok prunkvoll gefeiert. Einen deutlichen Gegensatz zu der Stabilität der Monarchie stellt die Tatsache dar, dass Regierungen immer wieder durch Militärputsche abgesetzt werden. Anfang der 90er Jahre setzte die Demokratisierung ein und führte 1992 zum Sturz der damaligen autoritären Regierung. Seit 1997 gibt es eine Verfassung, die als „Krönung“ des demokratischen Reformprozesses gefeiert worden war (Will 2006, S. 3). Nach dem letzten Militärputsch am 19.09.2006 wurde sie erneuert. Wichtige Akteure in der thailändischen Zivilgesellschaft sind die Gewerkschaften. Sie sind in Dach-

verbänden mit fast 900 Einzelgewerkschaften (über 200.000 Mitglieder) organisiert. Die dezentrale Verwaltung Thailands gliedert sich in fünf Regionen und 76 Provinzen.

Zwischen 1970 und 1997 erlebte das Land einen rasanten wirtschaftlichen Aufstieg, der mit der Asien-Krise 1997 abrupt unterbrochen wurde. Inzwischen hat sich Thailands Wirtschaft aber vollständig erholt. Nach dem „soliden Wachstum“ in den Jahren nach der Krise (Preußner 2005, S. 140) verringerte sich das wirtschaftliche Wachstum von 6,5 Prozent im Jahr 2004 auf 3,5 Prozent im Jahr 2005. Gründe für die gebremste Konjunktur sind die negativen Auswirkungen des Tsunami auf den Tourismus-Sektor, die Eskalation politisch-religiös motivierter Gewalt im Süden des Landes, Umsatzeinbußen in der Geflügelwirtschaft in Folge der Vogelgrippe sowie gestiegene Energiepreise. Das BIP pro Einwohner ist in den letzten Jahren von 2.484 US\$ (2004) auf knapp 3.000 US\$ (geschätzt 2006) gestiegen. Die Arbeitslosigkeit wird mit lediglich zwei Prozent angegeben. Die Inflationsrate ist mit 4,5 Prozent (2005) allerdings relativ hoch.

Dem jüngsten, unblutigen Militärputsch im September 2006 war ein breiter politischer Protest gegen den noch Anfang 2005 im Amt bestätigten Premierminister Thaksin Shinawatra vorhergegangen. Thaksin war zum ersten Mal in der jungen demokratischen Geschichte Thailands als amtierender Premier für eine zweite Amtszeit wieder gewählt worden. Populäre Maßnahmen des „Autokraten“ wie die massive finanzielle Unterstützung armer Bevölkerungsteile und Infrastrukturprojekte in den ländlichen Regionen hatten ihn zum geschätzten Politiker gemacht (Bünthe 2006a). In einem „Erdrutsch-Sieg“ errang seine Thai-Rak-Thai Partei (übersetzt: „Thais lieben Thais“) 2005 über zwei Drittel der Parlamentssitze – weit mehr als erwartet.

Die fragwürdigen Methoden Thaksins bei der Terrorismus-Bekämpfung und seinem „Krieg gegen das Rauschgift“ riefen jedoch bald breite Kritik hervor – unter anderem auch bei den Vereinten Nationen. Aufgrund seiner Repressionspolitik gegen die muslimische Minderheit im Süden des Landes kam es zu massiven politischen Verstimmungen mit den muslimischen Nachbarstaaten Malaysia und Indonesien. Seit Anfang 2004 gibt es blutige Unruhen in den von malaiischen Muslimen dominierten Südprovinzen Pattani, Yala und Nahrathiwat. Im Juli 2006 verhängte die Regierung dort den Ausnahmezustand, so dass Notstandsrecht herrschte. Dies wird von Bürgerrechtlern als „Lizenz zum Töten“ kritisiert, da es die Sicherheitskräfte im Falle von Übergriffen von Disziplinarmaßnahmen freistellt (Fischer Weltalmanach 2007, S. 469). Trotz vielfältiger gegenläufiger Bemühungen verlor Thailand politisch an Bedeutung (Will 2007).

Neben den Problemen im Süden des Landes stellen auch die Grenzen zu den drei Nachbarländern Myanmar, Laos und Kambodscha die Regierung vor große Herausforderungen. Illegale Grenzübertritte, Flüchtlingsströme und illegaler Handel (Rauschgift, Tropenhölzer u.a.) bilden einen Unruheherd und destabilisieren die schwer zu überwachenden Grenzregionen. Der CIA schätzt, dass Thailand

2006 etwa 130.000 Karen, Hmong und andere Flüchtlingsminderheiten sowie 15.000 Asylsuchende aus Myanmar aufnehmen musste (CIA World Factbook).

Die Unzufriedenheit mit Premier Thaksin wuchs des Weiteren wegen verbreiteter Vetternwirtschaft und einer offensichtlichen Vermischung politischer mit privaten wirtschaftlichen Interessen seines Familien-Clans (Bünthe 2006a, Will 2006). Darüber hinaus entwickelte sich Protest gegen die Erodierung demokratischer Prinzipien, u.a. die faktische Einschränkung der Meinungsfreiheit. Dieser Protest wurde in Massendemonstrationen von bis zu 200.000 Teilnehmern in Bangkok artikuliert. Die vorgezogenen Neuwahlen im April 2006, mit denen der Premierminister seine Macht festigen wollte, wurden vom obersten Gericht des Landes wegen „Unregelmäßigkeiten“ annulliert: Bei den Wahlen hatte keine der maßgeblichen Oppositions-Parteien teilgenommen. Nichtsdestotrotz gingen die Stimmen pro Thaksin von vormals 19 Millionen auf 16 Millionen zurück. Zehn Millionen Wähler enthielten sich der Stimme, und eine Million machten ihren Wahlzettel mit Anti-Thaksin-Parolen ungültig (Will 2006, S. 1f.).

Im September 2006 ergriff schließlich der Oberkommandierende der Armee die Macht und rief das Kriegsrecht aus. Premierminister Thaksin weilte zu diesem Zeitpunkt in New York. Die Verfassung und alle Regierungsorgane wurden außer Kraft gesetzt, und politische Funktionäre wurden abgesetzt. Die Legitimation des Militärs zur Machübernahme wurde damit begründet, dass es notwendig sei, die Demokratie und die Einheit des Landes wieder herzustellen. Dies geschehe im Sinne des Königs, was sich auch dadurch äußerte, dass sich die Junta als „Rat für demokratische Reformen unter der Schirmherrschaft des Königs“ bezeichnete (Will 2007, S. 1).

Die Bilanz der ersten Monate nach dem Putsch war ernüchternd: „Der bisherige Kurs der Putschisten hat die politischen und wirtschaftlichen Probleme Thailands eher vergrößert als verringert.“ (Will 2007, S. 1 und S. 7). Es gelang nicht, die gegen Thaksin erhobenen Vorwürfe in juristisch verwertbaren Tatbeständen zu fassen (Will 2007, S. 3). Auch zur inneren Befriedung konnte bislang kein substanzieller Beitrag geleistet werden. Die Gewalt im Süden nahm zu; separatistische Rebellen forderten mit Nachdruck einen Autonomie-Status. Im Dezember 2007 fanden dann neuerliche Parlamentswahlen statt, bei denen die Nachfolgepartei der ehemaligen Partei von Thaksin die absolute Mehrheit erzielte.

Den größten Anteil am thailändischen Bruttoinlandsprodukt hat mit über 35 Prozent die Industrie. Die Landwirtschaft trägt lediglich über zehn Prozent, und der Handel über 15 Prozent bei. Wichtigster Industriezweig ist die Automobilproduktion. Viele internationale Automobilfirmen nutzen die Möglichkeit, im Land günstig zu produzieren und ihre Produkte dann im Rahmen des Asean Free Trade Area (AFTA) im gesamten südostasiatischen Raum zu verkaufen. Die Regierung fördert neben der Autoindustrie auch die Agrarindustrie, die Computer- und Softwarebranche sowie den Bereich Mode und Dienstleistungen. Thailands bedeutendsten landwirtschaftliche Rohstoffe sind Reis, Mais, Zuckerrohr, Tapioka,

Kautschuk, Jute und Baumwolle. Wichtige mineralische Rohstoffe sind zum Beispiel Zinn, Blei, Eisen, Steinkohle, Mangan und Erdgas.

Einer der Grundsätze der thailändischen Wirtschaftspolitik war bisher die multilaterale Liberalisierung des Handels. Es wurde ein Netz bilateraler Freihandelsabkommen aufgebaut, und Thailand engagierte sich in regionalen Wirtschaftsverbänden. Thailand ist aktives Mitglied des ASEM-Prozesses (Europäisch-Asiatische Gipfeltreffen) sowie einer Reihe regionaler (Wirtschafts-)Organisationen wie der ASEAN (Verband Südostasiatischer Nationen), der AFTA (Asiatische Freihandelszone) und APEC (Asiatisch-Pazifische Wirtschaftskooperation) und unterstützt zudem die Ausweitung der AFTA (ASEAN Free Trade Area). Zudem ist Thailand an folgenden weiteren ökonomischen Kooperationsabkommen beteiligt:

- MS (Wirtschaftliche Kooperation der Greater Mekong-Subregion)
- Emerald Triangle (Wirtschaftliche Kooperation mit Laos und Kambodscha)
- IMT-GT (Indonesien-Malaysia-Thailand-Wachstumsdreieck)

Im Rahmen des EG-ASEAN – Kooperationsabkommen (in Kraft seit 1.10.1980) hat Thailand seine Handelsbeziehungen mit der Europäischen Union institutionalisiert. Thailand ist in die allgemeinen autonomen Zollpräferenzen der EU einbezogen.

Die innenpolitische Dauerkrise blieb allerdings nicht ohne wirtschaftspolitische Folgen. Anfang Januar 2007 wurden neue, protektionistisch ausgerichtete Bestimmungen für Direktinvestitionen erlassen: Die Einhaltung der 49 Prozent-Regelung bei Auslandsbeteiligungen, die bislang erfolgreich über thailändische Tochtergesellschaften umgangen werden konnte, soll nun in Zukunft durchgesetzt werden. Parallel propagiert der „Human Development Report“ für Thailand die selbstgenügsame Wirtschaftsentwicklung („Sufficiency Economy“), die insbesondere im ländlichen Raum vor den negativen Folgen der Globalisierung schützen soll. Experten werten dieses Konzept als klare Absage an das Modell des exportorientierten Wachstums, das Thailand in den vergangenen Jahrzehnten die hohen Wachstumsraten beschert hatte (Will 2007, S. 6).

### 7.3 Beziehungen zu Deutschland

Die deutsch-thailändischen Beziehungen werden vom Auswärtigen Amt als „traditionell gut und freundschaftlich“ bezeichnet. Nach Angaben des Auswärtigen Amts leben etwa 10- bis 15.000 Deutsche in Thailand.

Es gibt eine Christliche Deutsche Schule (CDSC) in ChiangMai, die deutschsprachige Ruamrudee International School (RIS) – Swiss Section in Bangkok (Minburi) und eine deutschsprachige Vorschule an der First Steps International Pre-School in Bangkok. Die RIS – Swiss Section unterrichtet in den Klassen eins bis zwölf knapp 200 Schüler. Daneben bieten 42 Schulen landesweit Deutsch als Fremdsprache an, was von über 3.000 Schülern wahrgenommen wird. Außerdem

lernen an zehn Hochschulen rund 1.250 Studierende Deutsch, und knapp 800 Thailänder studieren Germanistik (Ständige Arbeitsgruppe Deutsch als Fremdsprache [StADaF] 2006).

Deutschland ist mit einer guten Infrastruktur in Bildung und Kultur präsent. In Bangkok gibt es ein Goethe-Institut, das ein breites Spektrum an Deutschkursen anbietet.

Die technologische Kompetenz Deutschlands wird in Thailand sehr geschätzt. Rund 400 deutsche Firmen sind vor Ort vertreten, darunter eine Vielzahl mittelständischer Unternehmen. Die deutschen Direktinvestitionen lagen 2003 bei über 1 Mrd. €. Das deutsche Wirtschaftsinteresse richtet sich schwerpunktmäßig auf Infrastrukturprojekte, die Kraftfahrzeug-Branche und in jüngerer Zeit auch auf den Bereich der Umwelttechnologien. Das German-Thai Chamber of Commerce bildet eine wichtige Infrastruktur zur Unterstützung der deutsch-thailändischen Handelsbeziehungen. Die wirtschaftlichen Beziehungen mit Thailand werden von vier Abkommen flankiert:

- Investitionsförderungsvertrag vom 24.06.02 (in Kraft seit 09.04.03) und dem
- Doppelbesteuerungsabkommen vom 10.07.67 (in Kraft seit 04.12.68) Dieses Abkommen wird derzeit neu verhandelt.
- Investitionsförderungs- und Schutzvertrag (in Kraft seit Oktober 2004),
- Abkommen zur KMU Förderung (14.07.2005).

Thailand ist Partnerland der deutschen Entwicklungskooperation. Seit über 40 Jahren gibt es eine deutsch-thailändische Entwicklungszusammenarbeit, die bislang mit über eine Mrd. € gefördert wurde. Im Frühjahr 2002 wurde für die kommenden acht bis zehn Jahre der Schwerpunkt der Zusammenarbeit auf die Wirtschaftsreform und den Aufbau der Marktwirtschaft gelegt. In diesem Zusammenhang soll vor allem der Bereich „Förderung der Ökoeffizienz kleiner und mittlerer Unternehmen“ ausgebaut werden. Ein entsprechendes Abkommen zur KMU Förderung wurde am 14.07.2005 unterzeichnet. Hintergrund der Förderung ist der zunehmende Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der thailändischen Klein- und Mittelunternehmen, die es immer schwieriger haben, sich gegenüber den Konkurrenten aus den Niedriglohnländern China und Vietnam zu behaupten. Auf einem Markt, auf dem KMU 90 Prozent der Unternehmen ausmachen, die etwa 42 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften und 56 Prozent der Arbeitsplätze stellen, hat dies schwerwiegende Folgen für die Wirtschaft sowie für die soziale und politische Stabilität. Die Entscheidung, in der KMU-Förderung auch einen Fokus auf die Umweltverträglichkeit zu legen, beruht auf der Tatsache, dass die KMU zu 55 Prozent zur Umweltbelastung in Thailand beitragen. Da Thailand seinerseits großen Wert auf gute wirtschaftliche und stabile politische Beziehungen mit seinen ärmeren Nachbarländern legt, wurde das Konzept der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit auf eine trilaterale Kooperation ausgeweitet, in die

auch die Nachbarländer einbezogen werden. ([www.gtz.de/de/weltweit/asien-pazifik/618.htm](http://www.gtz.de/de/weltweit/asien-pazifik/618.htm), 3.3.2007).

Als Vorzeigeprojekt der Entwicklungszusammenarbeit mit nachhaltigem Erfolg gilt die von Deutschland unterstützte Gründung des King Mongkut Institute of Technology, North-Bangkok (KMITNB). Dieses Projekt, das aus der 1959 gegründeten Thai-German Technical School hervorging, dient mittlerweile als Plattform und Ausgangspunkt für weitere Kooperationsprojekte (u.a. Sirindhorn Thai-German Graduate School of Engineering der RWTH Aachen).

Die deutsch-thailändische Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft und Kultur wird durch ein Abkommen über die Kulturelle Zusammenarbeit aus dem Jahr 1993 gestützt: Der DAAD unterhält in Bangkok ein Informationszentrum (IC). Zudem gibt es vier DAAD-Lektorate, drei in Deutsch als Fremdsprache in Bangkok und ein Lektorat in Chiang Mai (Thammasat University) in Rechtswissenschaften. Daneben wird eine Langzeitgastdozentur an der Thammasat University (Bangkok) in Elektrotechnik unterstützt. Es gibt außerdem je einen „Assistant Teacher“ für Deutsch an der Chulalongkorn Universität in Bangkok und an der Khon Kaen Universität im Nordosten Thailands. Daneben fördert der DAAD Kurzzeitdozenturen an der Thammasat University (Öffentliches Recht und Textile Chemie), an der Chiang Mai University (Tiermedizin) und an der Silpakorn University (Bangkok) in Mathematik.

Der DAAD hat mit dem Thailand Research Fund Vereinbarungen über gemeinsame Stipendienprogramme für Doktoranden (15.1.1999) und kürzlich (November 2006) über den projektbezogenen Personenaustausch geschlossen. Zielsetzung letzteren Programms ist die Intensivierung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen deutschen und thailändischen Wissenschaftlern durch die Förderung des projektbezogenen Austauschs. Im Rahmen dieser Forschungskoperationen wird sehr starkes Gewicht auf die Fortbildung und Spezialisierung des wissenschaftlichen Nachwuchses gelegt.

Der DAAD pflegt auch eine enge Kooperation mit der Southeast Asian Ministers of Education Organization. Die SEAMEO mit Sitz in Bangkok unterhält ein Netzwerk, in dem die Weiterbildung in der Tropenmedizin unterstützt wird (TROPED SEAMEO Regional Tropical Medicine and Public Health Network). Im Rahmen dieser Zusammenarbeit wurden bereits 338 Stipendien für Master- und Promotionsstudien vergeben. In einem auf Agrarwissenschaft ausgerichteten Programm, das allerdings auf den Philippinen angesiedelt ist, können ebenfalls thailändische Experten ausgebildet werden (SEARCA, SEAMEO Regional Centre for Graduate Studies and Research in Agriculture).

Im September 2006 haben der DAAD und die für die thailändischen Hochschulen zuständige Commission on Higher Education CHE ein Abkommen unterzeichnet, nach dem der thailändische Hochschullehrer-Nachwuchs durch Promotions- und Masterstudien an deutschen Hochschulen gefördert werden soll. Pro Jahr wird eine Gruppe von zehn Stipendiaten an dem Programm teilnehmen, wobei die

Fachbereiche Naturwissenschaften, Mathematik und Alternative Energie schwerpunktmäßig gefördert werden. Im Rahmen des Programms finanziert der DAAD einen Deutschsprachkurs (bis zu 8 Monate) in Thailand und Deutschland und übernimmt die akademische Begleitung. Die thailändische Regierung kommt für das Stipendium auf und bezahlt dem DAAD eine Betreuungs- und Verwaltungspauschale. Es gibt inzwischen 1.230 ehemalige thailändische DAAD-Langzeitstipendiaten. Die Alumni sind in zwei Netzwerken organisiert, einer Alumni-Vereinigung in Bangkok und einer in Khon Kaen im Nordosten des Landes.

Der Hochschulkompass der Hochschulrektorenkonferenz weist über 70 institutionalisierte Hochschulpartnerschaften deutscher und thailändischer Hochschulen aus. Aus Erfahrungswerten kann man davon ausgehen, dass die Zahl der tatsächlichen Hochschulkooperationen deutlich höher liegt. Von deutscher Seite sind an den Partnerschaften sowohl Universitäten als auch Fachhochschulen beteiligt. Von thailändischer Seite ist das Spektrum der Partner ebenfalls breit gefächert. Besonders häufig vertreten ist die internationale Graduierten-Universität „Asian Institute of Technology“. Daneben fungieren die in Abschnitt 7.4 genannten staatlichen Universitäten häufig als thailändische Partner. Unter den privaten thailändischen Universitäten ist lediglich die Assumption University vertreten.

Der Wissenschaftleraustausch zwischen Deutschland und Thailand ist im Vergleich zu anderen Ländern gering. Im Jahr 2004 waren 129 thailändische Wissenschaftler in Deutschland zu Gast. Deutsche Wissenschaftler lehren und forschen gegenwärtig beispielsweise an der stärksten ingenieurwissenschaftlichen Forschungs- und Ausbildungseinrichtung in Thailand, der staatlichen Joint Graduate School of Energy and Environment (JGSEE). Die JGSEE wird von fünf Universitäten gemeinsam getragen und ist an der King Mongkut's University of Technology Thonburi angesiedelt.

Die deutsche Zusammenarbeit mit Thailand wird auch im Rahmen von Förderprogrammen der Europäischen Union unterstützt. Der Bereich der Hochschulbildung wird weiterhin mit dem ASIA Link Programm<sup>1</sup> abgedeckt. In diesem Rahmen kooperieren bereits einige deutsche Universitäten mit Thailand. Thailand kann auch an den europäischen Forschungsrahmenprogrammen teilnehmen.

#### 7.4 Hochschul- und Studiensystem

Die Vorläufer-Einrichtungen der ersten thailändischen Universität wurden Ende des 19. Jahrhunderts während der Regierungszeit König Chulalongkorns aufgebaut, weshalb die erste Universität 1916 dann seinen Namen erhielt. Ab 1932

---

<sup>1</sup> Die Fact Sheets zu den Projekten können auf der ASIA Link Seite abgerufen werden ([http://ec.europa.eu/comm/europeaid/projects/asia-link/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/comm/europeaid/projects/asia-link/index_en.htm))

wurden dann weitere Universitäten eingerichtet, die sich ab 1969 auch in privater Trägerschaft befinden konnten.

Auch in den letzten Jahrzehnten ist Thailands Hochschulsystem deutlich expandiert. Die Zahl der Hochschulen, die Abschlüsse auf Bachelorniveau oder darüber verleihen – so genannte „Degree Level Higher Education Institutions“ – wird für 2006 mit 151 angegeben, darunter 59 private. In jüngerer Zeit hat es eine Reihe von Hochschulfusionen gegeben. Diese Fusionen waren häufig mit einem „Upgrading“ der neuen Hochschulen zu Universitäten verbunden, aber auch mit Rationalisierungen, um Parallelangebote zu vermeiden. Die dynamische Entwicklung des thailändischen Hochschulsektors wird zudem unterstrichen durch die Gründung einzelner ausländischer Institutionen (siehe Abschnitt 7.8).

Unter den staatlichen Hochschulen werden folgende Gruppen unterschieden:

- 24 (2005) traditionelle staatliche Universitäten. Unter ihnen finden sich spezialisierte Einrichtungen für Kunst und Medizin bzw. auch eine Postgraduierten-Universität.
- 41 (2005) so genannte „Rajabhat Universities“ (ehemalige Lehrerausbildungsinstitutionen). Sie sollen die lokale Entwicklung an ihren Standorten vorantreiben und bieten sowohl akademische Studiengänge als auch Berufsbildung, Lehrerbildung und Dienstleistungen für die Bevölkerung an ihrem Standort an. Sie entwickeln sich zunehmend zu Volluniversitäten. Daneben sind sie in der anwendungsorientierten Forschung aktiv. Einige Rajabhat Universities bieten auch arbeitsmarktbezogene Graduiertenprogramme an, manche mittlerweile auch Promotionsprogramme und internationale Studiengänge.
- neun (2005) Rajamangala Universities of Technology. Die früheren staatlichen Rajamangala Institutes of Technology and Vocational Education (gegründet 1975) wurden mittlerweile zu technischen Universitäten aufgewertet. Sie bieten technische, ingenieur- und naturwissenschaftliche Studiengänge an; zwei (2005) buddhistische Universitäten; zusätzlich können an dem kleinen Pathumwan Institute of Technology in Bangkok Bachelorstudiengänge aus den Ingenieurwissenschaften studiert werden.

Unter den traditionellen staatlichen Universitäten sind folgende hervorzuheben:

- Die Chulalongkorn University (CU) in Bangkok ist die älteste und führende Universität in Thailand. Sie hat knapp 20.000 Studierende auf Bachelorniveau und über 10.000 Studierende in weiterführenden Studienangeboten.
- Im Jahr 1933 wurde als zweite thailändische Universität die „University of Moral and Political Sciences“ gegründet, die 1952 umbenannt wurde in Thammasat University. Sie hat heute drei Standorte in Bangkok und Umgebung sowie 21 Fakultäten, sechs Institute und sieben Zentren. Sie ist kleiner als die Chulalongkorn University; die Zahl ihrer Studierenden liegt bei rund 25.000.
- Die Kasetsart University wurde 1943 als agrarwissenschaftliche Hochschule gegründet, hat sich mittlerweile aber zu einer Volluniversität entwickelt. Mit

- ihren 30.078 Studierenden im grundständigen und 8.603 Studierenden im Graduiertenstudium ist sie mittlerweile größer als die Chulanlongkorn University. Sie bietet 126 Master- und 50 Promotionsprogramme an, darunter 15 internationale Masterstudiengänge und vier internationale Promotionsprogramme.
- Die Chiang Mai University ist die zentrale Universität der nördlichen Landesregion. Sie wurde 1964 als erste Provinzuniversität gegründet, und ihr Lehrangebot ist auf die Bedürfnisse der nördlichen Region ausgerichtet.
  - Das King Mongkut's Institute of Technology North Bangkok ist eine unter mehreren staatlichen Universitäten, die als King Mongkut's Institutes of Technology gegründet wurden. Es ist aus der 1959 als thailändisch-deutsches Kooperationsprojekt eingerichteten „Thai-German Technical School“ hervorgegangen und zählt heute zu den führenden Hochschulen Thailands. Es hat zwei Standorte, einen in Bangkok und einen in der Provinz Prachinburi. Seine über 17.000 Studierenden können Abschlüsse bis zur Promotion erwerben.

Erste reguläre staatliche Hochschulen haben in den letzten Jahren einen Autonomiestatus erhalten, der ihre Zuständigkeiten in akademischen, Organisations-, Personal- und Finanzangelegenheiten erweitert. Unter anderem gehören die Chulanlongkorn University und das King Mongkut's Institute of Technology North Bangkok dieser Gruppe von Universitäten an. Sie werden von der Regierung in Form von Globalhaushalten finanziert.

Aufgrund ihrer internationalen Trägerschaft nimmt die renommierte, länderübergreifend tätige Graduierten-Universität „Asian Institute of Technology“ (AIT) eine Sonderstellung ein. Das AIT wird von den Mitgliedsstaaten der South-east Asia Treaty Organization (SEATO) (Australien, Frankreich, Neuseeland, Großbritannien und den USA) sowie von den Nicht-Mitgliedsländern Pakistan, Philippinen und Thailand unterstützt. Es wurde 1959 gegründet, und seine Studienangebote richten sich an Interessenten aus der gesamten südostasiatischen Region. Neben seinem Campus nördlich von Bangkok unterhält es je einen Campus in Vietnam und Indonesien und plant Niederlassungen in weiteren Ländern. Derzeit hat es drei Fakultäten: Die Schools of Environment, Resources and Development, of Engineering and Technology sowie of Management. Es vergibt Masterabschlüsse, Dokortitel und Zertifikate. Knapp 2.000 Studierende werden von 106 Professoren aus 22 Ländern unterrichtet. Bislang hat das AIT 14.769 Absolventen aus 79 Ländern hervorgebracht, viele davon mittlerweile in Führungspositionen.

Private Hochschulen spielen für das Studienangebot insgesamt nur eine geringe Rolle: 87 Prozent aller Studierenden sind an staatlichen Hochschulen eingeschrieben; auf Master- und Promotionsniveau sind es jeweils über 90 Prozent. Die Mehrheit der an privaten Hochschulen Eingeschriebenen sind Studierende, die an den hohen Aufnahmehürden der staatlichen Hochschulen gescheitert sind. Es gibt nur wenige private Hochschulen, die aufgrund anerkannt hoher Qualitätsstandards

selbst eine strenge Studierendenauswahl betreiben können. Ende 2005 gab es 59 akkreditierte private Hochschulen, 30 davon mit Universitätsstatus und 29 mit College-Status. Die wichtigsten privaten Universitäten werden im Folgenden kurz vorgestellt.

Die Assumption University (AU) mit Hauptsitz in Bangkok wird von der katholischen St. Gabriel Stiftung getragen, die seit über 100 Jahren im thailändischen Bildungssektor aktiv ist. Alle Studiengänge werden auf Englisch gelehrt. Die AU gilt in den Bereichen Wirtschaftswissenschaften, Management und Informationstechnologie allgemein als führende Privatuniversität Thailands. Die Qualität der Ausbildung lässt sich u.a. daran erkennen, dass ihre Absolventen in Thailand in vielen Sektoren Schlüsselpositionen besetzen. Von den fast 20.000 Studierenden sind rund 1.600 im Graduiertenbereich eingeschrieben. An der AU arbeiten rund 1.500 Dozenten. Der Anteil ausländischer Studierender, die aus 57 verschiedenen Ländern kommen, liegt bei über zehn Prozent. Die Studiengebühren liegen in den Natur- und Sozialwissenschaften ähnlich hoch. Für einen Bachelor erreichen sie bis zu über US\$ 3.000, für einen Master bis zu knapp US\$ 4.000 und für ein gesamtes Promotionsprogramm US\$ 5.520 bis 34.720. Die ausländischen Studierenden bilden eine wichtige Säule der Universitätsfinanzierung. Die Abschlüsse der Assumption University werden von der chinesischen Regierung offiziell anerkannt, was zur Folge hat, dass sich alleine 800 Chinesen an ihr eingeschrieben haben (Suwanwela 2005, S. 161).

Die private Bangkok University ist eine der größten privaten Hochschulen Thailands. Sie gilt als „non-profit institution“ mit wirtschafts-, sozial- und medienwissenschaftlichem Profil. Sie hat insgesamt 26.522 Studierende, und es gibt mehrere Graduiertenschulen.

Die private Dhurakij Pundit University (DPU) erhielt 1984 Universitätsstatus. Sie gilt als eine der besten privaten Hochschulen in Thailand. Sie hat rund 18.000 Studierende. Die DPU hat sich zum Ziel gesetzt die fortschrittlichste und innovativste Hochschule in der Ausbildung der Wirtschaftswissenschaften und Informationstechnologie zu werden. Mit ihren Studienangeboten hat sie einen klaren Arbeitsmarktbezug.

In den vergangenen Jahren haben die privaten Hochschulen versucht, mit attraktiven Gehältern gut ausgebildete Dozenten von den staatlichen Hochschulen abzuwerben. Die Abwanderung promovierter Dozenten von staatlichen an die privaten Hochschulen hat sich verstärkt, seit 2003 Rentenvorteile für die Beamten der staatlichen Hochschulen außer Kraft gesetzt wurden. Es wird geschätzt, dass etwa 2.000 Dozenten durch den Abbau alter Privilegien in den privaten Hochschulsektor gewechselt sind. Auch für qualifizierte Rückkehrer aus dem Ausland scheinen die privaten Hochschulen nun attraktiver zu werden.

Die Hochschulzugangsberechtigung wird in Thailand nach zwölf Jahren Schule erworben. Mit Ausnahme der zwei staatlichen Universitäten mit Fernlehre (Ramkhamhaeng University und Sukhothai Thammathirat Open University

(STOU) werden Studienbewerber an staatlichen Hochschulen nur nach Teilnahme an einer Aufnahmeprüfung zugelassen (Limited Admission Public Universities). Es koexistieren ein direktes und ein zentrales Zulassungsverfahren. Die zentrale Hochschulzulassung basiert auf einer landesweit einheitlichen Aufnahmeprüfung, die von der Commission on Higher Education organisiert wird. 2005 beispielsweise nahmen 110.990 Bewerber an der zentralen Aufnahmeprüfung teil, von denen 66 Prozent zugelassen wurden. 2006 wurde die zentrale Hochschulzulassung reformiert. Studienbewerber werden nun verstärkt in Bezug auf kritisches Denken, analytische Fähigkeiten und Kommunikationskompetenzen geprüft. Memorisierendes Lernen soll für die Hochschulzulassung nicht mehr die zentrale Rolle spielen, da Eltern zunehmend hohe Ausgaben für „tutorial schools“ hatten, in denen die Schulabsolventen auf die zentrale Hochschulaufnahmeprüfung vorbereitet wurden.

Heute fließen die Ergebnisse des Ordinary National Educational Test“ (O-NET), der Kenntnisse in Mathematik, Thai, Naturwissenschaften, Englisch, Sozialwissenschaften, Religion und Kultur prüft, zu 35 bis 70 Prozent in die Note für die Hochschulzulassung ein. Ergänzend werden die Ergebnisse des Advanced National Education Test (A-NET), der sich auf die Denkfähigkeit, analytisches Denken sowie berufsbezogene Kenntnisse und Fähigkeiten bezieht, mit zu bis zu 35 Prozent berücksichtigt. Zusätzlich fließen zu zehn Prozent die Schulabschlussnoten und zu mindestens 20 Prozent die Noten aus Kernfächern ein (Office of the Education Council 2006, Bovornsiri 2006). Sowohl der O-NET Test als auch der A-NET Test werden vom National Institute of Educational Testing Service verwaltet.

Die direkte, von den Hochschulen selber durchgeführte Zulassung soll Studieninteressenten aus den Provinzen und abgelegenen ländlichen Gegenden den Hochschulzugang erleichtern. Zu diesem Zweck reservieren die regionalen Universitäten die Hälfte oder sogar mehr ihrer Studienplätze für Studierende aus ihrem Einzugsgebiet. Neben der Quotenregelung haben die Hochschulen auch die Möglichkeit, für spezielle Projekte besondere Auswahlmechanismen zu etablieren (z.B. für regionale agrarwirtschaftliche Projekte oder etwa für die Zulassung in Kunst oder Sport).

Es gibt drei Studienstufen, die zu den akademischen Abschlüssen Bachelor, Master und PhD führen. Ein Bachelorabschluss setzt 120 bis 150 „Credit hours“ und ein Masterabschluss mindestens 36 „Credit hours“ voraus. Wie die folgende Tabelle zeigt, sind 90 Prozent aller Studierenden, die mindestens einen Bachelorabschluss erwerben möchten, im grundständigen Bereich eingeschrieben. Die Zahl der Studierenden auf grundständigem Studienniveau hat zwischen 1999 und 2005 um rund 60 Prozent zugenommen. Die Zahl der Masterstudierenden hat sich sogar rund verdoppelt, und die Zahl der Doktoranden hat sich von 1999 bis 2005 fast vervierfacht. Berücksichtigt man auch die Studierenden in Zertifikatsstudien-

gängen unterhalb des Bachelorniveaus, so besucht über die Hälfte einer Alterskohorte eine Hochschule.

Nach Angaben der Commission on Higher Education umfasst das akademische Jahr in Thailand in der Regel zwei Semester à 16 Wochen (Juni bis Oktober bzw. November bis März) plus eine „Summer Session“ im April und Mai. Der akademische Kalender ist jedoch nicht einheitlich. Die internationalen Studiengänge der Hochschulen sind an den „westlichen“ Hochschulkalender angepasst und laufen von September bis Juni.

**Tabelle 1: Studierende an thailändischen Hochschulen, 1999-2005**

Studienstufe	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Bachelor	1.099.219	1.232.15	1.294.561	1.371.058	1.396.242	1.436.940	1.666.259
Master	83.936	89.818	108.055	108.774	120.116	142.845	162.201
Promotion	2.348	3.190	5.080	5.120	8.040	8.234	10.516
<i>Gesamt</i>	1.185.503	1.325.223	1.407.696	1.484.952	1.524.398	1.588.019	1.838.976

Quelle: Ministry of Education, Office of the Education Council 2006, (1999 bis 2004); Commission on Higher Education 2007b und 2005.

Als eine Besonderheit des thailändischen Hochschulsektors ist die rasante Internationalisierung des Studienangebots durch den Aufbau englischsprachiger Studiengänge zu nennen. Teilweise werden diese Studiengänge in Zusammenarbeit mit ausländischen Partnerhochschulen angeboten (vgl. auch Abschnitt 7.8). Zwischen 2002 und 2006 hat sich die Zahl der internationalen Studiengänge mehr als verdoppelt (Commission on Higher Education 2007, S. 13f.). Im Jahr 2006 wurden 844 internationale Studienangebote an thailändischen Hochschulen registriert. Rund ein Drittel dieser Angebote waren grundständige Studiengänge, fast 40 Prozent waren weiterführende Studiengänge, und rund ein Viertel der internationalen Angebote führte zur Promotion. Etwa drei Viertel aller internationalen Studienangebote werden von staatlichen Hochschulen angeboten und ein Viertel von 23 privaten Hochschulen. Die Zahlen der internationalen Bachelorstudiengänge sind an einzelnen privaten und staatlichen Hochschulen nahezu gleich. Auf der Ebene weiterführender Studienangebote weist im privaten Hochschulsektor lediglich die Assumption University eine große Bandbreite internationaler Angebote auf.

Eine wesentliche Neuerung bei vielen jungen Studiengängen stellt eine obligatorische Praxisphase dar. Die mindestens 16 Wochen dauernden Betriebspraktika werden mit Credits auf das Studium angerechnet. In einer ersten Phase nahmen 1.850 Studierende von 38 Universitäten teil. In einer zweiten Phase waren es 5.389 Studierende von 49 Universitäten. 1.890 Firmen boten Praktikumsplätze an.

In Thailand sind Studiengebühren auch an staatlichen Hochschulen auf allen Studienstufen eine Selbstverständlichkeit. Sie liegen für ausländische Studierende höher als für einheimische. Ihre Höhe variiert je nach Studiengang und Studienstu-

fe, auch innerhalb von Hochschulen. Es gibt keine allgemein gültigen Richtlinien. Sie berechnen sich nach Credit Hours, die 1.000 bis 2.000 Baht (entspricht etwa 30-60 US\$) an staatlichen und 1.000 bis 3.000 Baht pro Credit Hour (entspricht etwa 30-92 US\$) an privaten Hochschulen kosten. Ein Bachelorabschluss erfordert ca. neun bis 22 Credit Hours pro Semester, so dass an staatlichen Hochschulen Kosten in Höhe von mindestens 270 US\$ entstehen. Die Studiengebühren für Masterstudiengänge liegen an den staatlichen Universitäten bei 40.000 bis 80.000 Baht pro Jahr (entspricht etwa 1.200 bis 2.500 US\$) und an den privaten bei 3.000 bis 5.000 Baht (etwa 90 bis 155 US\$) für jede der mindestens 36 erforderlichen Credit Hours. Es gibt aber auch Masterstudiengänge, die bis zu US\$ 20.000 pro Jahr kosten. Die Doktorandenprogramme an den staatlichen Hochschulen erheben etwa 200.000 Baht pro Jahr (entspricht etwa 6.200 US\$) (CHE 2005, S. 6). Auf der Homepage des Bildungsministeriums werden die Studiengebühren nach einzelnen Hochschulen, Fächergruppen und Studienstufen aufgeführt.

Eines der größten Defizite des thailändischen Hochschulsystems ist die Qualifikation des Lehrpersonals. Laut „Office of the Education Council“ haben nur etwa ein Drittel der Lehrenden an staatlichen Hochschulen einen Doktorgrad; an privaten Hochschulen sind es sogar weniger als 20 Prozent. Über 50 Prozent der Dozenten an staatlichen Hochschulen verfügen über einen Masterabschluss; an privaten sind es unter 40 Prozent. Etwa 15 Prozent der Dozenten haben nur einen Bachelorabschluss (vgl.: Homepage des „Office of the Education Council“ [www.onec.go.th](http://www.onec.go.th) nur auf Thai verfügbar, deutsche Übersetzung durch DAAD Lektor, Jan Stevener).

**Tabelle 2: Promovierte Lehrkräfte an thailändischen Hochschulen**  
(nach Hochschultyp)

Art der Institution	Lehrende mit Doktorgrad	
	Prozent	Anzahl
24 „alte“ öffentliche Universitäten	36,2	23.153
41 Rajabhat-Universitäten	7,0	7.388
9 Rajamangala-Universitäten	3,0	4.798
54 private Universitäten	13,0	10.264

Quelle: Ministry of Education, Commission on Higher Education 2005, Folie 6.

Eine der Leitlinien der allgemeinen Regierungspolitik, die sich auch im Hochschulsektor niederschlägt, ist die der Dezentralisierung. Dies bedeutet, dass die provinzielle Ebene gestärkt wird und mehr bottom-up Initiativen von den Hochschulen erwartet werden. Die University Councils sind heute befugt, über die Einrichtung neuer Studienangebote selbst zu entscheiden, sofern diese den Kriterien des Board of Higher Education Committee entsprechen. Im Zuge der Dezentralisierung wird auch der Status der Hochschullehrer geändert. Mit der Restruktu-

rierung des Hochschulwesens werden die Hochschullehrer zunehmend aus dem Öffentlichen Dienst ausgegliedert. Das Innehaben eines Lehrstuhls wird künftig nicht mehr automatisch einen Beamtenstatus nach sich ziehen (UNESCO Bangkok 2006, S. 10).

Die Forschung hat an den Universitäten noch keine große Bedeutung erlangt. Zahlreiche Universitäten bezeichnen sich dennoch als Forschungsuniversitäten, so etwa auch die Chulalongkorn University, die Thammasat University, die Mahidol University, die Srinakharinwirot University und das National Institute of Development Administration.

### 7.5 Hochschulpolitik und Bildungsplanung

Mitte 2003 wurde das ehemalige Hochschulministerium (Ministry of University Affairs) in das Bildungsministerium eingegliedert. Innerhalb des Bildungsministeriums ist die Kommission für Hochschulbildung (Commission on Higher Education, CHE) für die nicht autonomen staatlichen und die privaten Hochschulen zuständig. In ihren Aufgabenbereich fallen die Hochschulpolitik und -planung, der Vorschlag von Richtlinien für die Aufteilung finanzieller Ressourcen unter den Universitäten, die Aufsicht über die Administration der einzelnen Hochschulen, die Einrichtung oder Aufwertung von Hochschulen und die internationale Zusammenarbeit, aber auch die Forschungsförderung und die Hochschulstatistik. Sie verfügt über einen Aufsichtsrat, den „Commission on Higher Education Board“. In diesem Aufsichtsrat sind Persönlichkeiten unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, wie etwa Repräsentanten des privaten Sektors, der öffentlichen Verwaltung, Berufsverbänden und andere qualifizierte Personen vertreten.

In den vergangenen Jahren hat das Thema Bildung, insbesondere das Thema Hochschulbildung, in Thailand deutlich an Priorität gewonnen. Dies wird einerseits durch den massiven Ausbau des Schul- und Hochschulsystems deutlich, andererseits durch eine breite Reformdiskussion. Mit einem neuen Bildungsgesetz wurde 1999 der Wandel in allen Bildungssektoren eingeleitet (vgl. Abschnitt 7.6). Der Thailand's Long Range Plan for Higher Education Development (2000-2014) der CHE enthält folgende Hauptziele (CHE 2005, S. 2):

1. „To develop quality of people both academically and professionally [...]
2. To formulate body of knowledge and local wisdom for capacity building and encourage research and innovation that support the country, community, and local development and to maintain economic, social and environmental stabilization. [...]
3. To build a solid foundation for the local and community development that encourages self reliance and responsibility to be able to catch up with the changing of the world.
4. To improve the higher education administration system both at governmental and institutional levels that will allow more flexibility and efficiency and en-

hance quality of higher education and be able to cope with economic, social, political and technological changes. In addition, the private sector and communities are encouraged to play a greater role in the delivering of higher education.”

Auffallend ist der deutliche Bezug der Hochschulbildung zum nationalen Nutzen. Relevanz und Anwendungsbezug für den thailändischen Kontext stehen im Mittelpunkt. Zudem scheint der Staat den Hochschulen auch in der zivilgesellschaftlichen Entwicklung eine besondere Rolle zukommen zu lassen: Intellektuelles Denken und Wissen sind genauso wichtig wie Ethik und Moral. Die Hochschulen haben hier – zumindest in der politischen Rhetorik – einen Auftrag, der über die bloße Wissensvermittlung und Wissensgenerierung hinausgeht. Auffällig ist, dass die Ökonomisierung der Hochschulen und die Marktfähigkeit der Hochschulbildung eine nachgeordnete Rolle zu spielen scheinen, zumindest in der politischen Rhetorik.

Die Implementierung der Reformpläne geht jedoch nur langsam von statten: Im Jahr 2000 wurde zunächst eine staatliche Qualitätssicherungsagentur für das Bildungswesen eingerichtet, das Office for National Education Standards and Quality Assessment (ONESQA). 2002 wurde ein „Education Reform Steering Committee“ ins Leben gerufen. Neun „Task Forces“, von denen sich die folgenden drei mit Fragen der Hochschulreform beschäftigen, sollen das Reform-Komitee unterstützen. In der Analyse der Schwächen des Hochschulwesens wurden von den Task Forces folgende Problembereiche aufgeführt:

- „lack of unity in policy;
- absence of a strong and effective state system/mechanism to supervise, follow up, monitor and evaluate the performance of higher education institutions;
- lack of mechanism to support and assist these institutions in initiating and developing innovations;
- the administration and management of the institutions lack flexibility and efficiency; and
- absence of cooperation within and outside the institutions“ (Ministry of Education, Office of the Education Council o.J., S. 7-8).

Im Rahmen des Neunten Hochschulentwicklungsplans (2002-2006), der Teil des Fünfjahresplans für die nationale wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist, stehen entsprechend folgende Ziele und Maßnahmen im Vordergrund (Office of the Education Council 2006):

- *Expansion und Diversifizierung* : u.a. Einführung einer einkommensabhängigen staatlichen Studienförderung („Income Contingent Loan“), Aufwertung von Hochschulen zu Universitäten (vgl. auch Abschnitt 7.4)
- *Modernisierung*: u.a. Reform des Hochschul-Zulassungssystems, Reform der Curricula, Förderung von Forschung und Innovation

- *Dezentralisierung der Verantwortlichkeiten:* Bis Ende 2007 soll die Mehrzahl der traditionellen Universitäten einen Autonomie-Status erhalten, der Globalhaushalte und weitgehende Selbstbestimmung in den Bereichen Personal, Struktur und Studienangebote mit sich bringt.
- *Internationalisierung:* v.a. Ausbau internationaler Studiengänge
- *Qualitätssicherung.*

Im Jahr 2006 wurde ein weiterer Reformstrang ergänzt, die „Teaching Learning Reform“, die Thailands Transformation zum lebenslangen Lernen begleiten soll. 2005 entstand das National Institute for Educational Testing Services, das als staatliche Einrichtung unter anderem für die neuen landesweiten Hochschulzulassungstests zuständig ist (vgl. ausführlich Abschnitt 7.4).

Eines der zentralen Projekte der aktuellen Hochschulpolitik ist das „Thailand Mega Project: Capacity Building of University Faculty and Staff to Enhance the Country's Competitiveness“. Kern dieses Vorhabens ist die Verbesserung der akademischen Lehre auf allen Ebenen, die Netzwerkbildung mit ausländischen Partnern, die Entwicklung moderner Curricula und die Schaffung von Exzellenzzentren bzw. die Weiterbildung von Wissenschaftlern, die in Forschergruppen arbeiten. Durch die Weiterbildung von Dozenten soll die Wettbewerbsfähigkeit Thailands erhöht und das Land in die Lage versetzt werden, sich mit einem attraktiven Studienangebot als Bildungsanbieter in der ASEAN Region zu etablieren. Finanziert wird das Projekt über sechs Jahre mit insgesamt umgerechnet 620 Mio. €. Es sollen Promotions- und insgesamt 10.000 Masterstipendien vergeben werden. Unter den Promotionsstipendien sollen 600 eine Promotion im Ausland ermöglichen. Daneben sollen 3.100 so genannte Sandwich-Stipendien Promotions mit ausländischer Ko-Supervision und vorübergehendem Auslandsaufenthalt unterstützen.

Im Rahmen des Mega-Projekts zum „Capacity Building“ werden daneben 100 Millionen Baht (ca. 2,3 Mio. Euro) für die Förderung von grundständigen Studienaufenthalten im Ausland zur Verfügung gestellt. Die Auslandsstipendien werden in den Sektoren vergeben, in denen ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften besteht: Naturwissenschaften, Sozial- und Geisteswissenschaften, Rechtswissenschaft und Internationales Recht. Die Bewerbung ist nur über staatliche Universitäten möglich, denen ein Budget für das Förderprogramm zugeteilt wurde. Die Auswahl der Stipendiaten erfolgt durch Universitätsgremien.

Ergänzend gibt es auch im Kontext der Europäisch-Asiatischen Gipfeltreffen (ASEM-Abkommen) zwei Förderprogramme im Bildungsbereich: Das „Education and Research Network Education Hub“ und das „ASEM Duo Fellowship Program“. Ersteres soll den Austausch von Universitätsprofessoren und Studierenden innerhalb der ASEM Mitgliedsländer fördern. Letzteres wurde aufgelegt, um den bilateralen Austausch zwischen Universitäten zu fördern. Die Austausche sollen dazu beitragen, die Bildungsstandards in Thailand zu steigern.

Weiteres zentrales Anliegen der Modernisierungspolitik ist die Ausbildung im Bereich der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. Hier hat die Regierung für 2007-2011 einen Masterplan aufgestellt, der unter anderem folgende Zielsetzungen enthält:

- Fernlehr-Angebote bis in entlegene Gegenden,
- alle Bildungseinrichtungen sollen die IuK-Technologien in der Lehre und beim Lernen verwenden,
- mehr als 80 Prozent aller Absolventen sollen über ausreichende ICT Kompetenzen verfügen, 50 Prozent sollen in ihrem Kenntnisstand internationalen Standards genügen,
- die Absolventen der Natur- und Ingenieurwissenschaften sollen 50 Prozent aller Absolventen ausmachen.

Als nationale Projekte in diesem Bereich sind die Thai Cyber University und UniNet zu nennen. Die Thai Cyber University setzt UniNet ein, um die Hochschulen in der Fernlehre in der formalen und informellen Bildung zu unterstützen. UniNet vernetzt alle Hochschulen technisch in Lehre und Forschung. Über Internet werden qualitativ hochwertige Kurse angeboten, wobei die Hochschulen ihre Ressourcen gemeinsam nutzen. Auf diese Weise können die besten Lehrangebote des Landes gebündelt und allen Studierenden landesweit zugänglich gemacht werden (Bovornsiri, 2006). Innerhalb des Projekts werden Studienleistungen von den partizipierenden Hochschulen gegenseitig anerkannt; Kreditpunkte können transferiert werden. Das Projekt wird vom Office of Information Technology Administration for Educational Development des Council on Higher Education koordiniert.

Zudem hat die regionale Hochschulzusammenarbeit in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Es konnten regionale Strukturen aufgebaut werden wie etwa das Asian University Network (AUN) als Sub-Netzwerk der Association of South East Asian Nations (ASEAN). Zudem wurde das South-East Asia Ministers of Education Organization (SEAMEO) Netzwerk gegründet. Sowohl AUN als auch SEAMEO haben ihren Sitz in Bangkok. Mit Unterstützung der Europäischen Union fördert die AUN die intra-regionale Mobilität und den Austausch zwischen Europa und der Region. Zudem soll ein regionales System zum Transfer von Studienleistungen (Credit Transfer System, CTS) aufgebaut werden.

Das „University Mobility in Asia and the Pacific Region (UMAP)-Programm, an dem auch Thailand partizipiert, wurde 1993 nach dem Modell des ERASMUS-Programms der Europäischen Union aufgebaut. Es soll dazu beitragen, den Austausch von Studierenden, Lehrenden und Administratoren und die Zusammenarbeit der Hochschulen der asiatisch pazifischen Anrainer-Staaten (auch in Lateinamerika) zu fördern. Fragen bezüglich der Anerkennung von Abschlüssen und Studienleistungen sowie des Transfers von Kreditpunkten sind allerdings noch weitgehend offen.

Die thailändische Regierung fördert speziell die regionale Integration und den intra-regionalen Austausch von Studierenden und Dozenten in der Greater Mekong Subregion (GMS) mit einem Stipendienprogramm. Neben Thailand sind die drei Nachbarländer Kambodscha, Laos und Myanmar beteiligt. Neben der Qualität der Bewerber ist das Vorhandensein von Kooperationsabkommen der Hochschulen eine Grundvoraussetzung für die Teilnahme am Studenten oder Dozentenaustausch. Die thailändischen Universitäten haben dabei das Vorschlagsrecht. Die Auswahl trifft die CHE.

Nach UNESCO Angaben gibt es in Thailand pro eine Mio. Einwohner nur 287 Forscher (2004). Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung betragen lediglich 0,3 Prozent des Bruttosozialprodukts. Der größte Anteil an Forschungs- und Entwicklungsausgaben wird von Unternehmen getragen (41,8 %), der Anteil der staatlichen Forschungsförderung liegt bei 38,6 Prozent. Die privaten Hochschulen tragen mit 15,1 Prozent zu den Forschungsausgaben bei.

Ein Grundzug der Forschung in Thailand ist die Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Gesellschaft und deren Entwicklung. Grundlagenforschung wird generell sehr wenig betrieben. Die universitäre Forschungsinfrastruktur ist noch nicht flächendeckend ausgebaut. Im Jahr 2005 waren von dem staatlichen Hochschulbudget (US\$ 1,103 Mrd.) nur sechs Prozent für die Forschung bestimmt. Die Universitäten suchen daher zunehmend nach alternativen Förderungsmöglichkeiten, wie etwa von anderen staatlichen Einrichtungen, internationalen Organisationen oder vom privaten Sektor. Die Chulalongkorn University hat etwa 2005 Forschungsdrittmittel in Höhe von US\$ 17 Mio. eingeworben, was etwa dem Dreifachen der staatlichen Zuwendungen für die Forschung entsprach.

2006 wurde mit dem Thailand Research Fund (TRF) eine staatliche Einrichtung zur projektförmigen Forschungsfinanzierung geschaffen. Der TRF ist zwar Teil des Regierungssystems, wird aber außerhalb der Staatsbürokratie geführt. Der TRF fördert sowohl F&E als auch Grundlagenforschung und unterhält spezifische Förderangebote für Wissenschaftler auf unterschiedlichen Stufen ihrer Karriere. Er kooperiert mit einer Reihe internationaler Fördereinrichtungen; Hochschulen und Organisationen.

Als zentraler Beitrag zum Ausbau des Forschungssektors wird der internationale Austausch gesehen. Es sollen insgesamt 500 international anerkannte Wissenschaftler eingeladen werden, um ihren thailändischen Kollegen dabei zu helfen, die Forschung nach modernsten Gesichtspunkten aufzubauen. Zusätzlich sollen für thailändische Graduierte und Dozenten 300 Kurzaufenthalte im Ausland und 3.600 Langzeitausbildungen finanziert werden. Bereits 1996 wurde ein Promotionsstipendienprogramm aufgelegt, das innerhalb von 15 Jahren (1997-2011) 5.000 Doktoranden fördern sollte. Bezugnehmend auf das 50jährige Jubiläum der Regentschaft des Königs (1996), wurde es „Royal Golden Jubilee PhD-Program“ getauft. Es ist angedacht, in einer zweiten Phase bis 2021 weitere 20.000 Doktoranden zu fördern.

Ende 2005 wurde das ehrgeizige Forschungsförderungs-Projekt „Wisdom 2015 for Knowledge-Based Society“ vom Parlament verabschiedet (Chulalongkorn University, Department of Quality Assurance 2005). Ziel ist die Entwicklung von Exzellenz-Zentren, Graduiertenschulen und der Aufbau von Forschungs- und Entwicklungsexpertise. Zu diesem Zweck sollen so genannte „Royal Diamond Jubilee’s Strategic Research Consortia“ (RDJ Consortia) aufgebaut, 9.600 Doktoranden ausgebildet, 12.000 Publikationen veröffentlicht, 60 Exzellenzzentren etabliert und 20 innovative Studiengänge aufgebaut werden. Darüber hinaus wird angestrebt, 700 internationale Netzwerke aufzubauen bzw. bestehenden Netzwerken beizutreten und 80 Patente zu erlangen. Im Jahr 2005 hat die thailändische Regierung Forschungsprioritäten festgelegt und die Bildung so genannter „Royal Diamond Jubilee’s Strategic Research Consortia“ (RDJ consortia) beschlossen. Bis 2006 haben sich RDJ Consortia in folgenden 20 Themenfeldern formiert (Ministry of Education, Commission on Higher Education 2005, Folie 12-15):

- „Alternative Energy;
- Converging Technologies in Health Sciences;
- Nanomaterials and Devices;
- Science and Technology for National Defense and Security;
- Food, Herb and Fruit Safety;
- Enabling Technologies for Advanced Agriculture;
- Gem, Ornaments and Fashion;
- Standardization and Instrumentation in S&T;
- Software & Digital Technology Software;
- Logistics, Transportation, Aviation, Traffic;
- Emerging Diseases and Bio-Warfare;
- Bio-Resource Conservation and Utilization;
- Innovation in Chemistry;
- Environment and Emergency Management & Technology;
- Education Innovation and Knowledge Management;
- Intellectual Property and Knowledge Commercialization;
- Languages, Culture, Art and Indigenous Knowledge;
- Social Science;
- Physics;
- Mathematics“.

Die Themen Verteidigung und Sicherheit, Konfliktprävention und Konfliktforschung; Wasserwirtschaft und Wassertechnologie sowie „Integrated public sector management“ und Dezentralisierung kamen als Themenfelder später hinzu.

Die Umsetzung der ambitionierten Vorhaben schreitet allerdings nur langsam voran. Mitte 2007 liegt das „Wisdom 2015“-Programm vorerst auf Eis.

Der National Research Council of Thailand (NRCT) berät die Regierung in grundsätzlichen Forschungsangelegenheiten. In seiner Geschäftsstelle arbeiten die

Vorsitzenden von zwölf disziplinären Komitees, welche die verschiedenen Wissenschaftsfelder in den Natur- und Sozialwissenschaften repräsentieren.

Zentraler Akteur auf dem Gebiet der angewandten Forschung ist das Ministry of Science and Technology (MOST – bis 2002 Ministry of Science, Technology and Energy = MOSTE). Es formuliert unter anderem Leitlinien in Bezug auf den sozio-ökonomischen Mehrwert von Forschung und ihren Beitrag zur nationalen Stabilität. Es arbeitet eng mit dem Ministry of Natural Resources and Environment und dem Ministry of Energy zusammen und schafft eine Dachstruktur für Forschungs- und Entwicklung. Unter dieser neuen Dachstruktur sollen sich weitere Entwicklungsagenturen und Forschungsdienstleister organisieren.

Das Department of Science Service (DSS) ist eine Regierungseinrichtung des Ministry of Science and Technology. Es hat die Aufgabe, Forschungslabore dabei zu unterstützen, internationale Standards zu erfüllen. Außerdem bietet es Prüf-dienstleistungen sowie Analysen an (Rohstoffe, Produkte, Umwelt) und ist für Eichungen zuständig. Zudem ist es für die Aus- und Fortbildung des Personals zuständig, sowohl auf dem öffentlichen als auch auf dem privaten Sektor. Des Weiteren funktioniert das DSS als wissenschaftlich technologisches Informationszentrum und als Technologie-Transfer Zentrum.

Die National Science and Technology Development Agency (NSTDA) die dem Ministry of Science and Technology zugeordnet ist, hat u.a. die Aufgabe, Technologie-Bedarfsstudien zu erstellen wie etwa die Studie „Future Needs of Manpower for Biotechnology Development in Thailand“ (2004), die im Rahmen des ASEAN Technology Foresight and Scan Project: APEC Centre for Technology Foresight entstand. Des Weiteren unterstehen ihr fünf staatliche Einrichtungen der angewandten Forschung: Das National Center for Genetic Engineering and Biotechnology, das National Metal and Materials Technology Center, National Electronics and Computer Technology Center, National Nanotechnology Center sowie das Technology Management Center.

Das Thailand Institute of Scientific and Technological Research (TISTR), ein Staatsunternehmen, das dem Ministry of Science and Technology untersteht, führt selbst anwendungsorientierte Forschung durch und bietet kleinen und mittleren Unternehmen Unterstützung beim Technologie-Transfer. Ein Ziel von TISTR ist es, das Exportpotenzial der thailändischen Wirtschaft weiter zu entwickeln. Auch die wissenschaftliche Weiterbildung von Forschern gehört zu seinem Aufgabengebiet.

Unter der Ägide des Ministry of Science and Technology arbeiten auch das National Institute of Metrology (Thailand) (NIMT), das National Synchrotron Research Center sowie die National Innovation Agency. Als öffentlich Einrichtungen gehören folgende Institute zum Ministry of Science and Technology: die Geoinformatics and Space Development Agency, das National Astronomical Research Institute of Thailand (NARIT) sowie das Thailand Institute of Nuclear Technology.

## 7.6 Hochschulrelevante Gesetzgebung

Die Verfassung von 1997 zog für den Hochschulsektor neue Gesetze nach sich. Im Jahr 1999 wurde ein nationales Bildungsgesetz verabschiedet (National Education Act), das den neuen Herausforderungen des thailändischen Bildungswesens Rechnung tragen soll. Mit Erlass des nationalen Bildungsgesetzes ging der Auftrag einher, nationale Qualitätsstandards für das Bildungssystem zu formulieren. Das nationale Bildungsgesetz garantiert den staatlichen und privaten Hochschulen Autonomie in Finanz- und Verwaltungsangelegenheiten sowie akademische Freiheit.

Die Einrichtung privater Hochschulen wurde bereits unter dem „Private College Act“ von 1969 gesetzlich ermöglicht. Dieses Gesetz wurde mehrfach revidiert. 1979, 1992 und 2003 gab es neue Fassungen. Das aktuelle Gesetz definiert private Hochschulen als „private degree granting institutions, offering higher academic and vocational education, research, and other academic services to the public, besides preserving national arts and culture“. Der private Hochschulsektor soll die staatlichen Hochschulen entlasten. Um Anreize für eine weitere Expansion des privaten Hochschulsektors zu bieten, wurden 2004 zwei Gesetze verabschiedet, die privaten Hochschulen steuerliche Vorteile gewähren: Unter ihnen werden private Hochschulen von Einkommenssteuern befreit und Lehr- und Lernmaterialien von der Mehrwertsteuer. Ein weiteres Gesetz befreit die privaten Hochschulen von Grund- und Eigentumssteuern (Property Tax Exemptions).

Für die Zulassung privater ausländischer Anbieter gibt es nach Aussagen von Hochschulexperten noch keine offiziellen Rahmenvorgaben. Spezielle Richtlinien und Prozedere für die Zulassung von Hochschulen, deren Trägerschaft teilweise in ausländischer Hand liegt, werden derzeit in Thailand jedoch diskutiert, weil man einen „Wildwuchs“ an ausländischen Hochschulansiedlungen vermeiden will. Generell gelten die gleichen Qualitätsrichtlinien wie für private thailändische Hochschulen, die allerdings bislang nur in Thai vorliegen. Konkrete Ansiedlungsprojekte werden bislang individuell mit der Commission on Higher Education ausgehandelt. Ausländische Hochschulträger dürfen nur weniger als zur Hälfte an einer Hochschule in Thailand beteiligt sein.

Das internationale Regelwerk „General Agreement on Trade and Services“ (GATS) der WTO bildet einen generellen Rahmen für die Präsenz ausländischer Studienanbieter in Thailand. Im Dezember 2004 hat Thailand bilaterale Freihandelsabkommen mit China, Indien und Bahrain unterzeichnet. Im Januar 2005 wurde zudem ein bilaterales Freihandelsabkommen mit Australien wirksam und im Juli 2005 mit Neuseeland. Verhandlungen laufen derzeit mit Chile, Japan, Mexiko, Südkorea, der Schweiz und den USA. In allen Marktöffnungsforderungen an Thailand ist der freie Markteintritt für Hochschulbildung und Erwachsenenbildung ohne Einschränkungen enthalten. Im Rahmen der AFTA- und ASEAN-

Abkommen haben ebenfalls einige Mitgliedsländer Freihandel im Bereich Bildung und Hochschulbildung vorgeschlagen (Suwanwela 2005, S. 153).

Die Auswirkungen des GATS auf den Hochschulsektor sind ein Thema, das in Thailand kontrovers diskutiert wird. Thailand beteiligte sich daher an einer von der UNESCO koordinierten Bestandsaufnahme ausländischer Hochschulaktivitäten im asiatisch-pazifischen Raum. Die Teilstudie zu Thailand wurde vom Präsidenten der Chulalongkorn University, Charas Suwanwela, verfasst. (Suwanwela 2005, S. 157). Er hält die verstärkte Präsenz ausländischer Hochschulen für problematisch, da die staatlichen thailändischen Hochschulen unterfinanziert und daher nicht wettbewerbsfähig seien. Er empfiehlt nur eine begrenzte, vorsichtige Öffnung des Hochschulmarktes in Bereichen, in denen ein besonderer Bedarf besteht. Gleichzeitig müssten entsprechende Informationssysteme, Regularien und Qualitätssicherungsmechanismen implementiert werden, um eine effiziente Kontrolle ausländischer Anbieter zu ermöglichen. Er empfiehlt, verstärkt auf internationale Kooperation statt auf reinen Bildungsimport zu setzen. Er geht davon aus, dass eine verstärkte Ansiedlung ausländischer Hochschulanbieter dem Ziel der Chancengleichheit entgegenlaufen würde, da nur Kinder vermöglicher Familien an den privaten ausländischen Hochschulen studieren könnten. Suwanwela geht davon aus, dass außerdem die Studiengebühren steigen und die Verdienstmöglichkeiten für Dozenten an den privaten Hochschulen sich gegenüber denen an den staatlichen Hochschulen weiter verbessern würden. Zudem, so Suwanwela, könnten die nationale Kultur und das nationale Erbe durch die ausländischen Bildungsanbieter gefährdet werden (Suwanwela 2005, S. 161).

Exemplarisch wird an dieser Stelle das ab 2005 gültige Freihandelsabkommen mit Australien dargestellt, das großen Einfluss auf die weitere Entwicklung des thailändischen Hochschulsektors haben kann. Auffallend an diesem Abkommen ist das Verbot der kommerziellen Präsenz, die starke Eingrenzung auf ein bestimmtes Fächerspektrum, in dem in Thailand wissenschaftlicher Nachholbedarf besteht, sowie die geographische Einschränkung auf die Peripherie. Das „Thailand-Australia Free Trade Agreement“ (TAFTA) formuliert wie folgt:

„Higher education institutions operated by the Australians in Thailand must specialise in science and technology including life science, biotechnology and nanotechnology and be situated outside Bangkok and metropolitan area. At least half of the members of the university council must be Thai nationals. Thailand is unbound for the cross border supply since the e-learning accreditation mechanism has not yet been put in the place.“ (Ministry of Education 2005).

Australische Hochschulen dürfen nun 60 Prozent der Anteile an einer Hochschule in Thailand halten. Suwanwela grenzt die Bedeutung des Abkommens in der derzeitigen politischen Situation ein: „Many critiques have said that it is only on paper or de jure. In practice, de facto, these limitations would not be effective since proxies have been used in such conditions“. (Suwanwela 2005, S. 160-161)

Im Jahr 2003 präsentierte das Bildungsministerium zwei Gesetzesvorlagen, in denen nationale Standards, Kriterien und Methoden für die Qualitätssicherung der Primarbildung und der Hochschulbildung festgeschrieben wurden. Diese Standards sind in drei Abschnitte gegliedert (Office of the Education Council 2006, S. 13):

- Charakteristika thailändischer Bürger (Gesundheit, Wissen und Fertigkeiten für ein sinnerfülltes Leben und soziale Entwicklung, Selbstlernkompetenzen, soziale Kompetenzen sowie Aufrichtigkeit und thailändisches staatsbürgerliches Bewusstsein),
- Richtlinien für die Bildung (diversifizierte Curricula, Personalentwicklung [Professionalisierung und Weiterbildung], [Hoch]Schulmanagement),
- Richtlinien für die Wissensgesellschaft (akademische Bildung, Kooperation Bildungseinrichtung/Gemeinschaft, Modernisierung der Bildungseinrichtungen, Forschung und Lehre, Generierung von Wissen zum Vorteil der Gesellschaft).

Alle Bildungsinstitutionen unterliegen zudem einer externen Qualitätsprüfung, die alle fünf Jahre von externen Experten im Auftrag des 2000 gegründeten Office for National Education Standards and Quality Assessment (ONESCQA) durchgeführt wird. Externe Experten, die aus der Wirtschaft oder aus dem akademischen Sektor rekrutiert werden, werden von ONESCQA geschult. In einer ersten Runde (2001-2005) wurden 260 Hochschulen einem externen Qualitätssicherungsverfahren unterzogen (Office of the Education Council 2006, S. 16). Die Evaluationsergebnisse werden den zuständigen Behörden vorgelegt, aber auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für den Hochschulsektor wurden sieben Standards formuliert, die von der externen Qualitätsprüfung erfasst werden sollen (Office of the Education Council 2006, S. 14):

- Qualität der Absolventen,
- Forschung und Innovation,
- Akademische Dienstleistungen,
- Wahrung von Kunst und Kultur,
- Institutionelle Entwicklung und Personalentwicklung,
- Curriculum, Studium und Lehre,
- Interne Qualitätssicherung.

2006 haben die Commission on Higher Education und das Bildungsministerium ein formales Ranking System nach akademischen Standards eingeführt. Alle 137 staatlichen und privaten Hochschulen, die mindestens Bachelorabschlüsse anbieten, sollen nach diesem System bewertet und gerankt werden. In einem ersten Schritt sollen hierfür zwei Indikatoren herangezogen werden: der Research Ranking Indicator (RBI) und der Teaching Ranking Indicator (TRI). Das Ranking erfolgt für vier große Fächergruppen jeweils gesondert.

**Tabelle 3: Universitätsranking: Indikatoren**

Ranking-Indikatoren Forschung (RRI)	Ranking-Indikatoren Lehre (TRI)
Research Funding	Student Selectivity (Entrance Only)
Personnel	Student Ratio
Research Output	Faculty Resources
Number of Graduate Students	Financial Resources
	Internationality
	Quality of Education

Quelle: Commission on Higher Education (zitiert nach British Council 2006, S. 1).

### 7.7 Nachfrage nach ausländischen Studienangeboten

Obwohl das Hochschulsystem in Thailand stark expandiert, besteht ein großer zusätzlicher Bedarf an Hochschulbildung, sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht. Im Folgenden werden zunächst Prognosen über die zukünftige quantitative Entwicklung der Studiennachfrage dargestellt. Anschließend wird die Auslandsmobilität der thailändischen Studierenden als ein Indikator für die spezielle Nachfrage nach ausländischen Studienländern und -angeboten herangezogen.

Die thailändische Regierung geht davon aus, dass die Zahl der Sekundarschulabgänger von 700.000 im Jahr 2000 auf 1,8 Millionen im Jahr 2015 steigen wird (Office of the Education Council 2006, S. 73). Für die Hochschulen bedeutet diese Steigerung eine weitere Erhöhung der Nachfrage und für die Studieninteressierten eine weitere Zunahme des Wettbewerbs um die begrenzte Zahl an Studienplätzen. Wie in Abschnitt 7.4 beschrieben, konnten zuletzt über 30 Prozent der Teilnehmer am zentralen Hochschulzulassungstest nicht zum Studium zugelassen werden. Bislang sind zudem nur unter zehn Prozent der thailändischen Studierenden in weiterführende Studiengänge (Master und Promotion) eingeschrieben, so dass auf diesem Niveau ein besonderer Ausbaubedarf besteht.

Aufgrund der Engpässe bei der Studienzulassung und dem Wunsch der Familien nach international anerkannter und wettbewerbsfähiger Ausbildung absolvieren diejenigen thailändischen Studierenden, die es sich leisten können, ihr Studium im Ausland (vgl. z.B. ACA 2005, S. 3). Von den etwa 1,8 Millionen Studierenden studieren insgesamt knapp 23.000 im Ausland. Ungefähr 4.000 thailändische Auslandsstudierende erhielten 2006 ein Regierungsstipendium (insbesondere vom Bildungsministerium, der Commission on Higher Education oder dem Ministerium für Wissenschaft und Technologie). Staatsbedienstete, die an einer Fortbildung teilnehmen, bilden mit einem Fünftel die größte Gruppe der Stipendiaten, gefolgt von ihren Kollegen, die ein Studium absolvieren und Sti-

pendiaten des Regierungsstipendiums, das bislang „One-District-One-Scholarship“ hieß. Im Zuge der Förderung des Aufbaus von Forschungskompetenzen und nationaler Forschungsexpertise stellt die thailändische Regierung auch spezielle Master- und Promotionsstipendien zur Verfügung. Diese Stipendien sind nicht explizit für ein Auslandsstudium bestimmt, werden aber zumeist zum Auslandsstudium genutzt. Man geht davon aus, dass die Zahl dieser Stipendien bis 2007 auf 1.000 ansteigen wird. Besonders gefördert wird die Weiterbildung in Biowissenschaften, Ingenieurwissenschaften, Lebensmittelchemie und Ernährungswissenschaften, Pharmazie und den Naturwissenschaften.

Thailändische Auslandsstudierende gehen in erster Linie in die USA, Australien, Großbritannien und zunehmend auch nach Japan. Wie die folgende Tabelle zeigt, folgt Deutschland aber immerhin an fünfter Stelle (zusammen mit Malaysia), allerdings mit deutlichem Abstand auf Japan, das an vierter Stelle steht. Deutschland, aber insbesondere auch Malaysia haben in den letzten Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen.

**Tabelle 4: Die 10 wichtigsten Zielländer thailändischer Studierender im Ausland** (Reihenfolge nach Mittelwerten)

	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04
1. Vereinigte Staaten	9.703	11.606	9.982	8.937
2. Australien	...	5.023	5.666	5.449
3. Großbritannien	2.720	2.420	2.650	3.754
4. Japan	1.147	1.255	1.390	1.604
5. Deutschland	487	623	794	958
6. Malaysia	180	761	884	...
7. Frankreich	333	381	555	618
8. Neuseeland	336	336	354	435
9. Indien	259	307	293	244
10. Saudi Arabien	...	...	140	115

Quelle: UNESCO Institute for Statistics 2007.

In den USA studieren heute fast 9.000 *thailändische Studierende* (rund 40% aller thailändischen Studierenden im Ausland). Wie die folgende Tabelle zeigt, waren von diesen Studierenden 2006/07 lediglich unter 30 Prozent für ein grundständiges Studium eingeschrieben und über doppelt so viele in einem weiterführenden Studiengang. Insgesamt stagniert die Anzahl der thailändischen Studierenden in den USA in den letzten Jahren. Über die Fächerverteilung internationaler Studierender in den USA gibt die Statistik leider keine Auskunft.

**Tabelle 5: Studierende aus Thailand in den USA**

	2004/05	2006/07		Veränderung 04/05-06/07
		Absolut	In %	
Grundständiges				
Studium	2.459	2.344	27 %	- 1 %
Graduierte	5.282	5.149	58 %	- 1 %
Andere	896	733	8 %	- 8 %
Freiwilliges Praktikum	-	660	7 %	-
Gesamt	8.637	8.886	100 %	

Quelle: Chin 2005, 2007.

Die USA haben ein starkes *Alumni-Netzwerk* und enge Kooperationen mit thailändischen Einrichtungen. Die USA gelten als attraktives Zielland. Sie haben einen sehr guten Ruf erworben durch ihre Stipendienpolitik, die passive Werbung (u.a. über Alumni), gepflegte Datenbanken, attraktive Angebote (z.B. Arbeitsmöglichkeiten, Forschungsförderung, Jobs in der Hochschule und gute Beziehungen zu den Medien). Das Image der USA ist insbesondere bei den Jugendlichen gut. Allerdings verlieren die USA an Attraktivität bei den Selbstzahlern. Bedenken in Bezug auf die Sicherheitslage und die Kritik an der amerikanischen Politik haben dazu geführt, dass sich viele lieber in Richtung auf andere Länder orientieren.

Australien hat sich in den 1990er Jahren zu einem wichtigen Zielland thailändischer Studierender entwickelt. Eine substantielle Steigerung (+60%) gab es nach den terroristischen Attentaten in den USA zwischen den Jahren 2001 und 2002 (auf über 5.000 Studierende). Bis 2003 wuchs die Zahl der thailändischen Studierenden um weitere zwölf Prozent. Nach Angaben des Australian Vice-Chancellor's Committee gab es im Jahr 2003 207 formalisierte Hochschulpartnerschaften zwischen australischen und thailändischen Hochschulen (AVCC 2005, S. 10). Die Hälfte der thailändischen Studenten in Australien war in *wirtschaftswissenschaftlichen* Fächern eingeschrieben, weitere elf Prozent studierten *Informatonstechnik*. Ebenfalls beliebt waren mit einem Anteil von jeweils neun Prozent *sozialwissenschaftliche* und *ingenieurwissenschaftliche* Fächer.

Australien betreibt in Thailand ein *aggressives Marketing* und wirbt massiv um thailändische Studierende. Es werden regelmäßige „Promotion“-Touren durchgeführt und maßgeschneiderte Studienangebote entwickelt. Die australischen Hochschulen arbeiten eng mit *Agenturen vor Ort* zusammen. Die Agenturen sind Mitglied der *Thai International Education Consultants Association* (TIECA). Die Kehrseite dieses professionellen Ansatzes bei der Werbung um Studierende ist jedoch, dass die australischen Angebote als kommerziell eingestuft werden, so dass sich die mehr Status-orientierten Studierenden und Lehrenden eher zu anderen Bildungssystemen hin orientieren, die als seriöser angesehen werden.

An *britischen* Hochschulen studierten zuletzt ungefähr 4.000 thailändische Studierende, knapp drei Viertel von ihnen in postgradualen Studiengängen. In den Wirtschaftswissenschaften findet sich die größte Gruppe, davon beinahe alle in weiterführenden Studiengängen. Die Fächergruppe der Ingenieurwissenschaften ist ebenfalls stark nachgefragt. Aufgrund der thailändischen Kapazitätsengpässe im postgradualen Bereich (Master und Promotion) haben die Dekane der führenden thailändischen Graduiertenschulen an staatlichen Universitäten im Mai 2003 mit dem UK Council for Graduate Education ein Memorandum of Understanding geschlossen. Die für fünf Jahre gültige Vereinbarung sieht eine Förderung von weiterführenden Studien, den Informationsaustausch, gemeinsame Workshops und den Austausch von Dozenten vor (Public Universities in Thailand, 2003).

Die Zahl thailändischer Studierender in *Deutschland* ist mit unter 1.000 gering, aber in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen. Zwischen 2001/02 und 2005/06 betrug die Steigerungsrate 75 Prozent. Der Zuwachs thailändischer Bildungsausländer an deutschen Hochschulen konzentrierte sich auf weiterführende Studiengänge, für die mehr als eine Verdopplung zu beobachten war (bei Masterstudiengängen auf 268 Studierende und bei Doktoranden auf 219). Der Fächerschwerpunkt thailändischer Studierender in Deutschland liegt sowohl in den grundständigen als auch in den weiterführenden Studiengängen in den Ingenieurwissenschaften. Im grundständigen Studium belegen von den insgesamt 126 Studierenden der Ingenieurwissenschaften 49 Maschinenbau und Verfahrenstechnik, 48 Elektrotechnik und 13 Bauingenieurwesen. In den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften belegen 96 Studierende aus Thailand ein grundständiges Studium, davon zwei Drittel in den Wirtschaftswissenschaften. Auf weiterführendem Studienniveau sind Maschinenbau und Verfahrenstechnik (60), Elektrotechnik (45) und Wirtschaftswissenschaften (27) die am häufigsten gewählten Studienfächer. Im Promotionsstudium liegen die Mathematik und die Naturwissenschaften mit 79 Doktoranden und die Ingenieurwissenschaften mit 77 Doktoranden vorne. Die größten Gruppen bilden die Doktoranden im Maschinenbau, in der Elektrotechnik (je 26) und in den Agrarwissenschaften (22).



**Tabelle 6: Bildungsausländer-Studierende aus Thailand in Deutschland 2005/06**

Fächergruppen	Erststudium			Weiterführendes Studium			Promotionsstudium			Ohne ange- strebten Abschluss
	WS 03/04	WS 01/02	%-Ver- ände- rung	WS 03/04	WS 01/02	%-Ver- änderung	WS 03/04	WS 01/02	%-Ver- änderung	
Sprach- und Kultur- wissenschaften	41	43	-5	14	11	27	12	7	71	6
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissen- schaften	96	43	123	46	16	188	7	10	-30	1
Mathematik, Natur- wissenschaften	54	34	59	36	17	112	79	36	119	5
Humanmedizin	2	4	-50	2	1	100	9	1	800	-
Veterinärmedizin	-	-	-	4	-	-	5	4	25	-
Agrar-, Forst- und Ernährungswiss.	2	4	-50	6	2	200	29	18	61	5
Ingenieurwissen- schaften	126	104	21	152	77	97	77	24	221	20
Kunst, Kunstwiss.	9	5	80	7	1	600	1	2	-50	2
Sonstige	-	2	-100	-	-	-	-	-	-	1
Insgesamt	330	239	38	268	125	114	219	102	115	39

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004.

Eine Studie der Academic Cooperation Association (2005) belegt, dass das *Ansehen der europäischen Hochschulen* in Thailand generell *positiv* ist. Dennoch scheint ein *Informationsdefizit* über die europäischen Studienmöglichkeiten und Hochschulsysteme zu bestehen. Einen wichtigen Beitrag zu einer Stärkung der Wissenschaftsbeziehungen leisten nach Aussagen des Direktors des Center for European Studies an der Chulalongkorn University das *ASIA-LINK Programm* und das *ASEAN-EU University Network-Programme* der Europäischen Kommission. Nach Aussagen eines ASEM-Repräsentanten gibt es in Thailand einen Nischenbedarf an Ausbildung in „*European Studies*“. Der Masterstudiengang „*European Studies*“, den die Chulalongkorn University Graduate School anbietet, könne nicht alle Interessenten aufnehmen. Bei ungefähr 25 Neueinschreibungen jedes Jahr würde er sich weitgehend aus Studiengebühren finanzieren. Auf grundständigem Niveau bietet die Chulalongkorn University auch einen stark nachgefragten allgemeinen Kurs „*Introduction to the European Union*“ an. Hier reicht die Gruppengröße von 50 bis 70 Studierenden, was viel ist, da Studierende auf grundständigem Niveau normalerweise selten Fächer außerhalb ihrer Hauptfächer belegen.

Trotz der quantitativen Engpässe im eigenen Land hat Thailand sein Hochschulsystem für eine begrenzte Zahl ausländischer Studierender geöffnet. Deren Gesamtzahl ist in den letzten Jahren von rund 2.500 in 2001 auf 5.600 (2006) gestiegen. Insbesondere bei Studierenden aus China, Myanmar und Vietnam ist Thailand ein zunehmend nachgefragtes Zielland. Die Regierung erhofft sich von dieser Öffnung eine Steigerung der Einnahmen für die Hochschulen. Mittlerweile vergibt Thailand sogar einige *Stipendien* für Studierende aus den *Nachbarstaaten*: Im Jahr 2004 erhielten 132 ausländische Studierende von der thailändischen Regierung ein Stipendium. Zusätzlich erhielten 290 ein Stipendium einer ausländischen Agentur (Office of the Education Council 2006, S. 159). Verglichen mit anderen asiatischen Ländern wie Japan, Indien oder Malaysia spielt Thailand in der Region aber nur eine untergeordnete Rolle als Gastland auslandsmobiler Studenten.

Im Jahr 2003 belegte die ganz überwiegende Mehrheit der ausländischen Studierenden in Thailand Bachelorstudiengänge (2.742). 933 Studierende waren in Masterstudiengänge, 265 in Zertifikatskurse und nur 99 in Promotionsstudien eingeschrieben. Ein gutes Viertel der Studierenden kam 2003 aus China (1.200) und 800 aus Nachbarstaaten. Die Mehrheit der Studierenden sind Selbstzahler (Suwanwela 2005, S. 156); etwa drei Viertel der ausländischen Studierenden finanzieren ihr Studium in Thailand privat. Etwa ein Zehntel kommt im Rahmen eines Austausches nach Thailand.

**Tabelle 8: Die 10 wichtigsten Herkunftsländer ausländischer Studierender in Thailand** (Reihenfolge nach den Werten für das Jahr 2002)

	2001	2002
1. China	543	944
2. Myanmar	169	255
3. Vietnam	97	154
4. Vereinigte Staaten	102	139
5. Bangladesh	84	105
6. Indien	56	104
7. Japan	93	85
8. Korea	76	78
9. Malaysia	32	57
10. Kambodscha	40	53

Quelle: UNESCO Institute for Statistics 2007.

2006 verteilten sich 5.601 ausländische Studierende auf 81 thailändische Hochschulen. Die Hochschulen mit der höchsten Zahlen internationaler Studierender waren die Assumption University (2.248 Studierende), Mahidol University (476 Studierende), Chulalongkorn University (243 Studierende), Webster University (Thailand) (217 Studierende), Thammasat University (296 Studierende), Kasetsart University (179 Studierende). Die am häufigsten gewählten Studiengänge waren: Business Administration, Marketing, Business English, Thai Language, General Management und International Business Management (CHE 2007a).

### 7.8 Präsenz und Profil ausländischer Studienanbieter

Die Präsenz ausländischer Studienanbieter in Thailand ist insgesamt gering, aber deutsche Hochschulen sind stark vertreten. Ganz überwiegend sind internationale Hochschulen in der Form kooperativer Studienangebote vor Ort aktiv. Viele, aber nicht alle der rund 850 im Jahr 2007 von 30 staatlichen Universitäten und 23 privaten Hochschulen angebotenen *englischsprachigen Studiengänge* werden in Zusammenarbeit mit ausländischen Partnerhochschulen angeboten. Die vom CHE zusammengestellte Liste internationaler Studiengänge enthält leider keine Information über eventuelle ausländische Partnerhochschulen dieser Studienangebote.

Für die thailändischen Hochschulen bietet das Angebot kooperativer oder importierter internationaler Studiengänge eine Möglichkeit, ihr Prestige aufzuwerten. Insbesondere junge und regionale Hochschulen profitieren vom Angebot *internationaler Studiengänge*. Einige thailändische Universitäten bieten MBA-Abschlüsse in Kooperation mit renommierten ausländischen Hochschulen an, so etwa das „Sasin Graduate Institute of Business Administration“ der Chulalongkorn Univer-

sity gemeinsam mit der „Kellogg School“ der amerikanischen „North Western University“ und der „Wharton School of the University of Pennsylvania“.

Eine zentrale Rolle für das Angebot internationaler Studiengänge spielen *australische Hochschulen*. Den Hochschulforschern Philip Altbach und Jane Knight zufolge sollen derzeit 13 australische Hochschulen auf dem thailändischen Markt agieren. Details werden nicht genannt. Nach einer australischen Erhebung aus dem Jahr 2003 sind die knapp 50 von australischen Hochschulen unterstützten Studienangebote zu ungefähr einem Drittel den Wirtschaftswissenschaften und zu einem Fünftel den Ingenieurwissenschaften zuzurechnen. Nur knapp die Hälfte der Studiengänge führt allerdings zu einem akademischen Abschluss (Bachelor, Master oder Doctorate); in den übrigen werden Zertifikate oder „Diploma“ vergeben.

Als Beispiel für ein bedarfsorientiertes australisches Lehrangebot in Thailand sei an dieser Stelle die Fernlehre auf Promotionsniveau erwähnt. Die *Charles Sturt University*, Australiens größte Fernuniversität, bietet über die Sukhothai Thammathirat Open University eine Reihe von Promotionsstudiengängen an. Die Studiengebühren für die Fernlehr-Promotionsprogramme betragen stolze US\$ 5.700 pro Jahr – sicherlich eine Erklärung, weshalb bislang nur sieben thailändische Doktoranden diese Programme absolvieren. Die Zahl des „Supporting Staff“ wird mit drei angegeben.

Eine der britischen Hochschulen, die in Thailand agiert ist die *Coventry University*. Sie bietet gemeinsame Studienprogramme mit dem privaten St Theresa Inti College in Rangsit, Bungsan, an (Dual degree BSc Computer Science, Software Engineering). Die Homepage dieses Colleges funktioniert jedoch nur teilweise, sodass die Aktualität der Informationen fragwürdig ist ([www.stic.ac.th/b-academic.asp](http://www.stic.ac.th/b-academic.asp)).

Von deutscher Seite wird im Rahmen des Doppeldiplom-Programms des DAAD die Vorbereitung eines Masterprogramms Umwelt- und Ressourcenmanagement durch die *TU Bergakademie Freiberg* zusammen mit dem King Mongkut's Institute of Technology Ladkrabang (KMITL, Bangkok) gefördert.

Es gibt in Thailand nur wenige kleine Ausgründungen ausländischer Hochschulen. Die älteste unter ihnen ist ein „Branch Campus“ der australischen Swinburne University of Technology, der seit 1998 Studierende aufnimmt (Observatory on Borderless Higher Education 2002, S. 2). Unter dem Namen *Swinburne Tummasiri* bietet er eine Reihe von „Sub-Degree“ Programmen an, sowie einige Zeit lang auch drei Bachelorstudiengänge (Business, Applied Science (Information Technology) und Engineering (Computer Systems Electronics)). Zuletzt hat sich die Swinburne University allerdings wieder aus der akademischen Ausbildung in Thailand zurückgezogen und bietet nun nur noch berufliche Weiterbildung an (Observatory on Borderless Higher Education 2004). Dies mag als Indiz für die begrenzte Lukrativität des thailändischen Markts für Hochschulbildung gewertet werden.

Die private amerikanische „*Webster University (Thailand) (WUT)*“ hat ihren Lehrbetrieb Mitte 1999 aufgenommen. Die WUT hat zwei Campus: einen in Bangkok und einen in der Petchaburi Provinz südlich von Bangkok. Sie gehört zu der global agierenden US-amerikanischen Webster University, die insgesamt 100 Campus mit 20.000 Studierenden weltweit unterhält und kann somit als klassischer „Branch Campus“ gelten. Die WUT in Thailand bietet einige geistes- und wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge an, die vor Ort akkreditiert wurden. Sie wirbt mit ihrer westlichen und globalen Ausrichtung. An ihr zu studieren sei gleichwertig mit einem Studienaufenthalt in den USA. Es wird betont, dass im Rahmen ihres Netzwerkes auch das Absolvieren eines Studienabschnitts im Ausland möglich ist und dass die in dieser Zeit erworbenen Studienleistungen in Thailand anerkannt werden. Die WUT in Thailand hat im Jahr 2007 nur wenige Studierende, vor allem im Bachelor- und Masterbereich. Zudem kommen die Studierenden vorwiegend aus dem Ausland. 221 ausländische Studierende sind 2007 in Studiengänge unterhalb des Bachelor-Niveaus immatrikuliert, und lediglich 17 sind thailändische Bachelor-Studenten. Im Masterbereich sind fünf thailändische und 36 ausländische Studierende eingeschrieben. Die Studiengebühren liegen bei US\$ 8.625 im Jahr für einen Bachelor-Studiengang und bei US\$ 8.600 im Jahr für einen Master-Studiengang (vgl. Webster University 2007).

Daneben soll die amerikanische *Troy State University* aus Alabama ein Lernzentrum („teaching site“) in Bangkok unterhalten, in dem sie ein MBA Programm anbietet (Altbach und Knight 2006, S. 5).

Eines der wichtigsten ausländischen Hochschulprojekte ist die seit Ende der 1990er Jahre von der RWTH Aachen in Bangkok aufgebaute *Sirindhorn International Thai-German Graduate School of Engineering (TGGS)*. Die TGGS ist eine autonome thailändisch-deutsche Fakultät des King Mongkut's Institute of Technology North Bangkok (KMITNB) und gehört damit zu den am weitesten institutionalisierten Ausgründungen ausländischer Hochschulen in Thailand. Das KMITNB war aus dem deutsch-thailändischen Kooperationsprojekt „Thai-German Technical School“ hervorgegangen und zählt heute zu den führenden Hochschulen Thailands. Es bildet auf allen Studienstufen aus, vom berufsbildenden Zertifikat („Pre-Engineering“) bis zur Promotion. An der TGGS waren 2006 insgesamt 110 thailändische Masterstudierende eingeschrieben. Bis 2008 rechnet man mit einem Anstieg auf ungefähr 200 Studierende. Daneben gab es 2006 85 thailändische Masterstudierende und 20 thailändische Doktoranden an der RWTH Aachen.

Die TGGS geht auf eine Initiative des thailändischen Partners aus dem Jahr 1995 zurück. Diese Initiative traf in Deutschland auf einen fruchtbaren Boden. Sie fügte sich hervorragend in politische und hochschulische Bemühungen um Internationalisierung ein und konnte von Anfang an auch renommierte *Industrie-Partner* für sich gewinnen (z.B. Siemens, Bayer, ABB). Auch eine Reihe institutioneller Akteure unterstützten das Vorhaben, allen voran BMBF und DAAD sowie die nordrhein-westfälische Landesregierung, aber auch die Deutsch-Thailändische

Handelskammer, die DIHK sowie die Industrie- und Handelskammer in Aachen. 1999 wurde ein Memorandum of Understanding unterzeichnet. Mittlerweile ist ein dichtes Netz an Industrie-Partnern entstanden, das neben Siemens, Bayer, ABB inzwischen auch BMW, DaimlerChrysler, TÜV Rheinland und FESTO und viele mehr einschließt (TGGGS 2006, S. 21). Die Industrie-Partner bieten Praktikumsmöglichkeiten und Stipendien für Studierende. Ende 2002 wurden die ersten Studierenden in internationale ingenieurwissenschaftliche Masterstudiengänge aufgenommen.

2004 wurde ein Vertrag zwischen der KMITNB, der RWTH Aachen und den jeweils zuständigen öffentlichen Trägern geschlossen, der der TGGGS den Status einer *rechtlich eigenständigen Fakultät der KMITNB* zuweist und eine Haushaltsplanung bis 2011 enthält. Im gleichen Jahr legte Bundeswirtschaftsminister Clement den Grundstein für ein eigenes Gebäude, das 2006 fertig gestellt wurde. 2005 erhielt die TGGGS den Namen der thailändischen Prinzessin Maha Chakri Sirindhorn.

Zur Umsetzung der finanziellen und operativen Autonomie der TGGGS wurde 2006 mit Zustimmung des KMITNB University Councils und der Commission for Higher Education (CHE) die *TGGGS Management Company Ltd.* (TGGGS Co. Ltd.) gegründet, an der die RWTH 50 Prozent hält. Die TGGGS hat neben einem eigenen Haushalt auch eine eigene Ausstattung und Verwaltung sowie eigenes wissenschaftliches und administratives Personal. Laut Vertrag wird Personal von den Mutterhochschulen delegiert und behält dabei seinen Status. Die Gehälter des thailändischen Personals werden jedoch aus einem TGGGS Endowment Fund aufgestockt. Die TGGGS hat einen thailändischen und einen deutschen Direktor. Der deutsche Direktor ist gleichzeitig auch Projektleiter. Derzeit ist die TGGGS in zwei Departments strukturiert, das Department of Mechanical and Materials Engineering und das Department of Electrical Engineering and Computer Science.

Das Projekt war bereits seit 1997 *finanziell* durch das BMBF *unterstützt* worden. Später wurde die TGGGS zum Pilotprojekt der RWTH Aachen im Bereich „Studienexport“ und 2004 bis 2006 aus dem DAAD-Programm „Deutsche Studienangebote im Ausland“ mit insgesamt knapp 490.000 € unterstützt. Seit Oktober 2007 läuft eine Anschlussförderung. Daneben unterstützt der DAAD eine Zusammenarbeit zwischen der TGGGS, dem KMITNB und dem Rajamangala Institute of Technology Bangkok (RIT) zum Aufbau eines internationalen Masterstudiengangs „Production Engineering“.

Der Schwerpunkt des TGGGS-Studienangebots liegt bei *ingenieurwissenschaftlichen Masterstudiengängen*. Die TGGGS bildet nach dem Aachener Modell der Ingenieursausbildung Graduierte für die deutsche Industrie in Thailand und Südostasien aus. Die Lehre erfolgt auf Englisch. Masterstudiengänge dauern an der TGGGS zwei Jahre (vier Semester) und beginnen zwei Mal jährlich, im Juni und im November. Sie stellen „abgespeckte“ Versionen der Aachener Masterstudiengänge dar, und ihre Lehrveranstaltungen werden im Wesentlichen vom Lehrkörper der

RWTH Aachen durchgeführt. Das Curriculum der Studiengänge ist modifiziert und nach thailändischen Maßgaben inhaltlich reduziert, d.h. es gibt weniger Module, und die einzelnen Module weisen ein niedrigeres Anforderungsniveau auf als in Aachen. Es ist jedoch geplant, die Masterstudiengänge der TGGs auf Aachener Erfordernisse und Standards anzuheben. Sehr gute thailändische Masterstudierende können ihre Praxisphase und ihre Masterarbeit an der RWTH absolvieren. Lehrstuhlinhaber an der RWTH Aachen (und ihre Labors) unterstützen zudem Projekte der Technologieentwicklung in Thailand sowie damit verbundene Promotionsvorhaben.

2006 wurden folgende acht *Master of Science-Studiengänge* angeboten:

- Electrical Power Engineering,
- Production Engineering,
- Computer-aided Mechanical Engineering,
- Communications Engineering,
- Automotive Engineering,
- Chemical Process Engineering,
- Software Systems Engineering,
- Materials and Metallurgical Engineering.

Weitere Masterstudiengänge in den Bereichen Medizintechnik, Agrartechnik, Energietechnik, Umwelttechnik und Textiltechnik sind geplant. Bei den TGGs-Mastern liegt ein höheres Gewicht auf der obligatorischen *Praxisphase* als bei an der RWTH angebotenen Masterstudiengängen. Die enge Zusammenarbeit der von der TGGs angebotenen Masterstudiengänge mit der Industrie stellt auf dem thailändischen Markt für Hochschulbildung ein Alleinstellungsmerkmal dar. Im Einzelnen haben die Studierenden folgende Berührungspunkte mit der Industrie:

- studienintegrierte Industriepraktika (vier Monate),
- eine auf Technologie-Upgrading bzw. Innovation ausgerichtete Masterarbeit in einem Unternehmen.
- Für die besten Studierenden besteht die Möglichkeit, Praktika und/oder die Vorbereitung ihrer Masterarbeit in einem Partnerunternehmen in Deutschland durchzuführen.

Ergänzend zu den Masterstudiengängen sind derzeit forschungsorientierte *Promotionsprogramme* in Vorbereitung. Sie sollen in gemeinsamer Supervision von deutschen und thailändischen Professoren angeboten werden und eine einjährige Forschungsphase in Aachen einschließen. Die notwendigen Stipendien sollen je zur Hälfte von Deutschland (DAAD-Förderung) und von Thailand bereitgestellt werden.

Am King Mongkut's Institute of Technology North Bangkok ist nicht nur die deutsche TGGs angesiedelt, sondern bereits seit 1992 auch ein *Thai-French Innovation Center (TFIC)*. Seine Einrichtung geht auf eine Kooperation zwischen der

französischen und der thailändischen Regierung mit französischen Unternehmen zurück. Es soll die Forschung und Entwicklung an der KMITNB voranbringen. Gleichzeitig soll es die Zusammenarbeit der Universität mit der Industrie und dem Wirtschaftssektor sowie mit den französischen Hochschulen stärken (KMITNB Information 2006, S. 9). Die Zusammenarbeit wurde mittlerweile ausgedehnt auf verschiedene Wissenschaftspartner, z.B. Institut National Polytechnique in Grenoble, Lorraine und Toulouse. Zu seinen Industrie-Partnern zählt das TFIC Air Liquide, France Didac und FIM sowie zehn weitere namhafte französische Unternehmen.

Das *St Theresa Inti College* im weiteren Umland von Bangkok (Nakornnayok) wird seit 2000 gemeinsam von der St Theresa Technology of Business Administration School und der malaysischen Inti Group of Colleges betrieben. In seinem American University Program (AUP) bietet das St Theresa Inti College gemeinsam mit der amerikanischen Troy University einen Doppeldiplom-Master of Business Administration, Management, Information Systems und einen Doppeldiplom-Bachelor in Science Marketing, Information Systems und International Business an ([www.stic.ac.th/b-academic.asp](http://www.stic.ac.th/b-academic.asp)). Die Zusammenarbeit beider Institutionen ist so organisiert, dass das letzte bzw. die beiden letzten Bachelorstudienjahre an der amerikanischen Partnerhochschule absolviert werden können. Ein ähnlich organisierter Studiengang wird auch in Zusammenarbeit mit der britischen Coventry University angeboten (Doppeldiplom-Bachelor in Computer Science, Software Engineering).

Das ehemals vom britischen Dulwich College (London) unterstützte *British International College in Thailand* (Phuket) soll heute selbständig sein (The Phuket Gazette, ohne Jahresangabe). Dieses College bietet ein internationales Abitur an, fungiert als Sprachschule und bietet Studien-vorbereitende Dienstleistungen an (z.B. Scholastic Aptitude Test, SAT).

Des Weiteren wird von folgenden *geplanten ausländische Hochschulen in Thailand* berichtet:

- Die ägyptische *Al-Azhar University*, eine der führenden und traditionsreichsten arabischen Universitäten, plant bereits seit 2004, eine Zweigstelle in Thailand aufzubauen. Ihr Angebot soll sich hauptsächlich an den Bedürfnissen der muslimischen Minderheit (ca. 3,8 % der Bevölkerung) ausrichten. Dieses Ausgründungs-Projekt hat die Unterstützung des thailändischen Außenministers (Observatory on Borderless Higher Education 2004). Eine Internet-Recherche konnte die Implementierung des Projekts bis Mai 2007 nicht belegen. Allerdings weist eine Pressemitteilung des thailändischen Bildungsministeriums vom Januar 2005 auf die Vergabe von 80 Stipendien der Al-Azhar University an thailändische Studierende der Islamwissenschaften und auf eine Verhandlung über ein „Memorandum of Understanding“ hin.

- Nach Angaben der kanadischen Hochschulforscherin Jane Knight baut die chinesische *Jinan University* in Thailand einen „Branch Campus“ auf (Knight 2005).
- Ferner berichtet das Observatory on Borderless Higher Education, dass 2007 ganz im Süden von Thailand die *Betong International Chinese University* eröffnet werden soll. In Betong gibt es eine große chinesische Minderheit (ca. 40 %). Zudem besteht dort eine Reihe von chinesischen Schulen, in denen auf Chinesisch unterrichtet wird. Aus der Grenzstadt, in der die Sex-Industrie mit überwiegend chinesischen Prostituierten blüht, soll nach den Aussagen des Bürgermeisters eine Kultur- und Bildungsstadt werden (Overland 2005). Die *Betong International Chinese University* wäre die erste chinesische Universität in Südostasien, in der in chinesischer Sprache unterrichtet wird (Observatory on Borderless Higher Education 2004.).

In Thailand sind alle großen internationalen *Mittlerorganisationen* aus dem Hochschulbereich vertreten. Der *DAAD* beteiligte sich zuletzt über sein Informationszentrum vor Ort an zwei internationalen Hochschulmessen in Bangkok (European Higher Education Fair, EHEF, November 2004 und November 2006). Auf den Messen waren jeweils auch deutsche Hochschulen vertreten. Ferner nahmen deutsche Vertreter an zwei ASIA-Link Symposien in Bangkok teil, die den EHEFs vorgeschaltet waren. Im Anschluss an die Messen gab es ein Anschlussprogramm deutscher Hochschulvertreter zu ausgewählten thailändischen Hochschulen. Im November 2005 fand ein German Technology Symposium in Bangkok statt, an dem elf Universitäten teilnahmen. 2006 gab es ein Anschlussprogramm an den Universitäten in Chiang Mai und in Khon Kaen.

Der *British Council* unterhält in Thailand vier Büros. Er informiert im Rahmen des „UK Education Partnership Thailand“ seine Mitglieder regelmäßig in einem elektronischen Newsletter über die Potenziale des thailändischen Hochschulmarkts, die Neuerungen in der thailändischen Hochschulpolitik und die Entwicklungen auf dem Hochschulsektor (z.B. Auslandsmobilität).

*EduFrance Thailand* ist Teil der Kulturabteilung der Französischen Botschaft in Thailand. EduFrance bietet Informationen zum Studium in Frankreich und unterstützt Studieninteressierte bei der Bewerbung und Unterbringung. EduFrance hat Repräsentanten an verschiedenen französischen Flughäfen und betreut die Studierenden während ihres Studiums in Frankreich. Ebenso wie der DAAD, beteiligt sich auch EduFrance an Europäischen Hochschulmessen (EHEF) in Thailand.

## 7.9 Zuständigkeiten und Ansprechpartner

In Thailand sind die Zuständigkeiten im Hochschul- und Wissenschaftssektor transparent. Erster Ansprechpartner auf nationaler Ebene ist immer die Commis-

on on Higher Education (CHE). Sie hat für folgende Bereiche jeweils eigene Unterabteilungen:

1. Central Education Testing,
2. Policy and Planning,
3. Community College Administration,
4. Cooperation and Promotion,
5. Standards and Evaluation,
6. International Cooperation Strategy,
7. Student Development.

Für die Fragestellung der vorliegenden Studie von besonderem Interesse ist das „Bureau of International Cooperation Strategy“. Ihm obliegen folgende Aufgaben:

- “1. Formulate strategy for international cooperation; devise guidelines for academic and technical cooperation and management of higher education with foreign countries,
2. Implement international cooperation on higher education,
3. Provide recommendations on measures and guidelines for the support and encouragement of higher education institutions to be more competitive according to condition of liberalization of trade in services, and to develop education hub,
4. Promote and encourage higher education institutions to utilize international resources for higher education development,
5. Work with and provide support to the operation of other relevant organizations or as instructed” (Commission on Higher Education 2005).

Als weiterer wichtiger Akteur ist der Council of University Presidents of Thailand zu nennen, eine Art Rektorenkonferenz, die 1972 gegründet wurde. Die privaten Hochschulen haben bereits 1969 eine eigene Interessenvertretung gegründet, die Association of Private Higher Education Institutions of Thailand (Commission on Higher Education o.J.).

Der Forschungs- und Technologie-Transfer-Sektor ist stark fragmentiert durch eine Vielzahl von Einrichtungen mit teilweise sehr ähnlichen Aufgaben. Dieser Sektor ist bislang wenig vernetzt mit den Universitäten.

Trotz der in den vergangenen Jahren dominierenden Liberalisierung und „Open Door Policy“ lassen sich auf dem Hochschulmarkt erste protektionistische Tendenzen zur stärkeren Abschottung vor ausländischen Direktinvestitionen erkennen. Zurzeit gibt es weder eine generelle Rechtssicherheit noch klare, transparente Bestimmungen für eine Direktinvestition im thailändischen Hochschulsektor. Offiziell werden ausländische Hochschulen wie inländische private Hochschulen behandelt. Dennoch werden neue Gründungsinitiativen in die Peripherie verbannt, Studienangebote sollen auf bestimmte Fächerspektren begrenzt bleiben (z.B. im Freihandelsabkommen mit Australien).

### 7.10 Stärken und Schwächen des thailändischen Bildungs- und Wissenschaftsmarkts für deutsche Studienangebote

Im Folgenden werden Stärken und Schwächen des Bildungs- und Wissenschaftsmarkts Thailand aus der Perspektive eines erweiterten Engagements deutscher Hochschulen aufgeführt. Hierbei werden sowohl nicht unmittelbar hochschulbezogene Aspekte berücksichtigt als auch direkt hochschulbezogene Faktoren.

*Schwächen und Stärken (nicht-hochschulbezogenen Aspekte)*

*Stärken*

- + wirtschaftliches Wachstum und Diversifizierung;
- + vorsichtige Liberalisierung des Handels, auch in Bildungsdienstleistungen (WTO und GATS) ;
- + Integration in weltweite und regionale politische Staatenbündnisse ;
- + Anziehungskraft für Menschen aus armen Nachbarländern und regionale Integrationsbemühungen, Marktzugang zu weiteren Ländern in Südostasien;
- + gute Infrastruktur;
- + stabile, freundschaftliche politische Beziehungen zu Deutschland ;
- + hohe Kooperationsbereitschaft mit Deutschland in der Wirtschaft, ausgeprägte Präsenz deutscher Unternehmen;
- + positives Deutschland-Bild, hohes Ansehen der deutschen Kompetenz in den Bereichen Technologie, Medizin und Umwelt;
- + gute Unterstützungsstruktur für Kooperationsaktivitäten (DAAD-Informationszentrum, DAAD Lektoren, Goethe-Institut, Deutsch-Thailändische Handelskammer, GTZ, politische Stiftungen, 400 deutsche Firmen, Alumni-Vereinigungen);
- + explizite Europa-Zugewandtheit;
- + praktizierte kulturelle und religiöse Toleranz (Ausnahme: Südprovinzen);
- + Repräsentanz internationaler Organisationen (UNESCO, Weltbank, ADB, UNDP), Zugang zu internationalen Fördermitteln relativ leicht;
- + Verständigungsmöglichkeiten in Englisch sind auf dem Wissenschaftssektor und in der Politik meist gegeben;
- + hohes Potenzial an unausgeschöpften Humanressourcen;
- + erfolgreiche Bildungspolitik, gute Primarbildung, geringe Analphabeten-Rate;
- + hohe Lebensqualität für Europäer.

*Schwächen*

- Phasen politischer Instabilität und politischen Notstands;
- Demokratiedefizite und Menschenrechtsprobleme;

- Unsicherheit über das Fortschreiten der Liberalisierung der Wirtschaft;
- sporadisch und lokal Probleme mit der Sicherheitslage;
- einzelne Landesteile leben von illegalen Wirtschaftssektoren (Drogenproduktion, Drogenschmuggel) sowie von der Sex-Industrie und dem Sex-Tourismus;
- verbreitete soziale Armut, insbesondere in ländlichen Gebieten;
- interkulturelle Kommunikation stellt eine besondere Herausforderung dar: die Kultur der freundlichen Zurückhaltung und Höflichkeit führt dazu, dass verbindliche Kooperationsverhandlungen einen längeren Vertrauensbildungsprozess benötigen, Kooperationskonflikte werden aus Respekt möglichst nicht thematisiert. „Westliche“ Partner müssen erst Erfahrung damit gewinnen, Kommunikationsinhalte und Kommunikationskontexte richtig zu interpretieren;
- Englisch-Kenntnisse in der Bevölkerung nicht sehr weit verbreitet;
- Bedeutungsverlust Thailands in der Region.

#### *Schwächen und Stärken (hochschulbezogene Aspekte)*

##### *Stärken*

- + Strukturierte „Open Door“-Policy der Regierung gegenüber ausländischen Anbietern von qualitativ hochwertiger Hochschulbildung (nur bestimmtes Fächerspektrum, nationaler Mehrwert, neue Niederlassungen nur in der Peripherie);
- + deutsches Projekt der Sirindhorn Thai-German Graduate School (RWTH Aachen) hat bereits einen „Feldvorteil“ (bestehende Netzwerke zu Politik, zur „Scientific Community“ und zur Industrie, gut ausgestattete Infrastruktur ist im Aufbau, gute Reputation der TGGS);
- + Investitionsanreize und Investitionssicherheiten für ausländische Bildungsanbieter (Ko-Finanzierungen durch Regierung möglich);
- + Steigerung der Nachfrage durch geburtenstarke Jahrgänge ist zu erwarten;
- + Steigerung der Nachfrage durch wirtschaftliche Diversifizierung und Entwicklungsschritte zur wissensbasierten Ökonomie;
- + Steigerung der Nachfrage durch zunehmende regionale Integration bzw. politische und wirtschaftliche Situation in den Nachbarländern (Studiennachfrage aus Nachbarländern Laos, Myanmar, Kambodscha, China);
- + staatliche Hochschulpolitik hat im Bereich Internationalisierung eine Priorität auf der postgradualen Ausbildung, Promotionsstudien und Weiterbildung von Lehrkräften. ;
- + selbstverständliche Bereitschaft, Studiengebühren zu zahlen;
- + hohe Nachfrage nach Qualitätsausbildung (Studierende, Staat, Wirtschaft);

- + Basis von Deutsch als Fremdsprache ist relativ gut, Bereitschaft Deutsch zu lernen ist gegeben;
- + noch relativ wenig Konkurrenz durch private Hochschulen mit anerkannt hohen Qualitätsstandards (Ausnahmen z.B. Assumption University, AIT);
- + hohe Nachfrage nach forschungsbasierten, postgradualen und Promotionsstudiengängen sowie nach industrie- und praxisnahen Studiengängen ;
- + hohe Kooperationsbereitschaft mit deutschen Hochschulen.

#### *Schwächen*

- Unterfinanzierung des thailändischen Hochschulsystems;
- Qualität der Hochschulbildung entspricht an den meisten Hochschulen trotz erheblicher Bemühungen von Seiten der Regierung nicht den internationalen Standards;
- Ausbildungsstand des Lehrpersonals ist sehr niedrig, wenige sehr gut ausgebildete „Full-Professors“ ;
- Dominanz von grundständigen Studiengängen, wenig Masterstudiengänge, kaum Ausbildung in Promotionsstudiengängen ;
- Dominanz tradierter Lehrmethoden (repetitives Lernen, wenig Anleitung zu kritischer Reflektion, mediengestützte Lehre erst im Aufbau). Daher besondere Chancen für neue didaktische Ansätze in deutschen Programmen;
- wenig Kenntnisse über deutsches Hochschul- und Wissenschaftssystem und dessen Potenziale;
- Wettbewerbssituation wird sich verschärfen;
  - a) islamische und chinesische Hochschulen, die derzeit im Aufbau sind, werden den Wettbewerb um die Studierenden verstärken, ;
  - b) britische Hochschulen sind mit einem MoU in der Graduiertenausbildung stark präsent;
  - c) die Regierung wird von US-amerikanischen und australischen Hochschulen umworben;
  - d) räumliche Nähe zu Australien, Neuseeland, Malaysia und Japan macht Auslandsstudium in der Region attraktiv.

In Thailand besteht derzeit in quantitativer wie qualitativer Hinsicht ein nicht gedeckter Bedarf an Hochschulbildung. Mit dem wirtschaftlichen Wachstum, der wirtschaftlichen Diversifizierung und den demographischen Entwicklungen in der gesamten Region ist ein weiterer massiver Nachfrageschub nach Hochschulbildung zu erwarten. Auch die Demokratisierungs- und Modernisierungstendenzen in Thailand und dessen Nachbarländern machen einen regionalen Anstieg der Nachfrage wahrscheinlich. Deutsche Studienangebote in Thailand könnten auch Studierende aus der Region ansprechen, da dort ebenfalls eine große nicht gedeckte Nachfrage besteht (Laos, Myanmar, Kambodscha und China). Diese Zielgruppe

wird jedoch neben Thailand auch von anderen, weit potenteren Wettbewerbern aus der Region umworben (Malaysia, Singapur, Australien, Neuseeland).

Das thailändische Hochschulwesen erfährt momentan eine Expansion, Modernisierung und Internationalisierung. In allen, im Rahmen dieser Studie geführten Gesprächen wurde deutlich, wie sehr das wirtschaftliche und wissenschaftliche Potenzial Deutschlands in Thailand geschätzt wird und dass deutsche Hochschulen gern gesehene Partner in der Bildungs- und Wissenschaftskooperation sind. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Technik, Medizin und Umwelt.

Der Markt für Hochschulbildung ist zwar derzeit groß, aber wenig lukrativ für sich aus Studiengebühren finanzierende Studienangebote. Die begrenzte Lukrativität des Marktes lässt sich auch daraus ablesen, dass erst sehr wenige Studienexporte in Form von Ausgründungen realisiert wurden. Abgesehen von dem international renommierten Asian Institute of Technology, das zwar als „internationale“ nicht aber als „ausländische“ Hochschule gilt, haben sich neben der Sirindhorn Thai German Graduate School of Engineering (TGGS) noch keine ernsthaften Aktivitäten ausländischer Hochschulen etabliert.

Thailändische Hochschulen bieten bereits über 800 englischsprachige Studiengänge an. Die Nachfrage nach internationalen Studiengängen mit Doppelabschlüssen ist jedoch noch nicht ausgeschöpft. Besonders sinnvoll erscheint es, Kooperationen im Master- und Promotionsbereich mit thailändischen Universitäten einzugehen. Nach Expertenmeinung ist das akademische Niveau von Bachelor-Absolventen allerdings häufig nicht vergleichbar mit entsprechenden Absolventen deutscher Hochschulen, so dass Master-Studiengängen Brücken-Kurse vorgeschaltet werden müssten. Da Thailand einen großen Bedarf an Promovierten hat, könnten themenbezogene strukturierte Doktorandenprogramme vor Ort ebenfalls attraktiv sein. Diese Programme könnten als besonderes Profilmerkmal einen Forschungsaufenthalt in Deutschland vorsehen. Alternativ könnten vor Ort Bachelor-Angebote aufgebaut werden, die gezielt auf ein Masterstudium in Deutschland vorbereiten. Dies ist eine Nische, in der die TGGS nicht tätig ist, da sie als „Graduate School“ für eine andere Zielgruppe konzipiert ist. Es wäre gegebenenfalls sinnvoll, neue Aktivitäten an der bereits aufgebauten Plattform der Sirindhorn Thai-German Graduate School of Engineering anzugliedern.

Entsprechend des „Wisdom 2015“ Projekts sind für die Weiterbildung von Dozenten und die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses folgende Bereiche interessant: Erneuerbare Energien, Nano-Technologie, Medizintechnologie sowie Verteidigung und Sicherheit, Gemmologie, Mathematik, Physik, Informatik, Lebenswissenschaften und Biotechnologie, Nahrungsmittelsicherheit, Agrartechnologie, Informationstechnik, Standardisierung und Logistik. Aus ausländischer Perspektive besteht ein großer Ausbildungs- und Forschungsbedarf im Bereich der Politik- und Verwaltungswissenschaften (Public Management, Good Governance, Internationale Beziehungen, Konflikt- und Friedensforschung) sowie ein Weiterbildungsbedarf im Bereich Hochschulmanagement. Auch vergleichende Religi-

onswissenschaften und Islamwissenschaften könnten eine interessante Nische oder ein Profil bildendes Element in sozialwissenschaftlichen Studiengängen sein.

Als attraktiver Partner für deutsche technische Hochschulen kann neben der TGGGS auch die Joint Graduate School of Energy and Environment (JGSEE) gelten, eine Graduiertenschule im Bereich Energie und Umwelt, die von fünf Universitäten gemeinsam getragen wird. Das Konsortium wurde kürzlich von der Commission on Higher Education als „Nummer 1“ der ingenieurwissenschaftlichen und technologischen Institutionen Thailands gewertet.

Eine interessante Option könnte der Aufbau einer Europäischen Universität mit deutscher Beteiligung oder unter deutscher Leitung in der Region sein. Ein solches Projekt hätte mit großer Sicherheit eine überregionale Bedeutung und Attraktivität. Auch könnte es einen europäischen Beitrag zur Stabilitätspolitik in der Region liefern. Es wäre allerdings zu diskutieren, ob Thailand für ein solches Projekt der geeignete Standort wäre oder ob nicht das prosperierende Nachbarland Malaysia geeigneter für einen institutionalisierten europäischen Bildungsexport wäre.

### Literatur

- Academic Cooperation Association (ACA) (2005): Perceptions of European Higher Education in Third Countries. Country Report Thailand. A study carried out by the Academic Cooperation Association. ACA: Brüssel.
- Altbach, Philip und Knight, Jane (2006): „The Internationalization of Higher Education: Motivations and Realities“. In: National Education Association (Hg.): The NEA 2006 Almanac of Higher Education, Washington, D.C., S. 1-11.
- Asian Institute of Technology (2007): Facts and Figures. January 2007 Semester. Internet: URL: <http://www.ait.ac.th>.
- Australian Government – Department of Education, Science and Training (DEST) (2005): Students 2004. Selected Higher Education Statistics. Internet: URL: [http://www.dest.gov.au/sectors/higher\\_education/publications\\_resources/profiles/students\\_2004\\_selected\\_higher\\_education\\_statistics.htm](http://www.dest.gov.au/sectors/higher_education/publications_resources/profiles/students_2004_selected_higher_education_statistics.htm) [Stand: März 2007].
- Australian Vice-Chancellors' Committee (AVCC) (2005): (ohne Titel). Statistiken zur Internationalisierung der australischen Hochschulen. Internet: URL: <http://www.avcc.edu.au>.
- Auswärtiges Amt (2007). Länderinformationen Thailand. Internet: URL: <http://www.auswaertiges-amt.de>.
- Bovornsire, Varaporn (2006): Thailand. In: UNESCO. Higher Education in South East Asia. (Asia Pacific Programme of Educational Innovation for Development). Bangkok: UNESCO Asia and Pacific Regional Bureau for Education, S. 187-218.
- British Council (2006): Education UK Partnership Thailand, E-Newsletter March 2006.
- Bünthe, Marco (2006a): Die Wiedergeburt der Demokratiebewegung in Thailand: Thaksins Populismus in der Krise. In: GIGA Focus ASIEN, Nr. 3. Hamburg: German Institute of Global and Area Studies. Institut für Asienkunde.

- Bünthe, Marco (2006b): Putsch in Thailand: Rückkehr des Militärs in die Politik?. In: GIGA Focus ASIEN. Nr. 10. Hamburg: German Institute of Global and Area Studies. Institut für Asienkunde.
- Chin, Hey-Kyung Koh (Hg.) (2005 und 2007): Open Doors. Report on International Educational Exchange. New York: Institute of International Education.
- Chulalongkorn University, Department of Quality Assurance (2008): Quality Assurance Chulalongkorn University <http://www.cu-qa.chula.ac.th/en/index.htm>
- CIA (2005): The World Factbook – Chile. Internet: URL: <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/ae.html> [Stand: Januar 2005].
- Commission on Higher Education. Ministry of Education, Bangkok, Thailand (2005): Study in Thailand 2005-2006. Bangkok.
- Commission on Higher Education (Bureau of International Cooperation Strategy) (ohne Jahresangabe, vermutlich 2005): Higher Education in Thailand. Bangkok: CHE.
- Commission on Higher Education (Bureau of International Cooperation Strategy) (2006): Inside Thai Higher Education. Bangkok: CHE (Faltblatt).
- Commission on Higher Education (2007a): Guidelines for the Faculty and Student Exchange Program between Thailand and Neighbouring Countries for the Year 2007 (2nd round). Internet: URL: <http://www.inter.mua.go.th/Project/GMS/Guidelines%20GMS%2050%20%A4%C3%D1%E9%A7%B7%D5%E8%202.doc>.
- Commission on Higher Education (2007b): Study in Thailand 2006-2007. Bangkok: Ministry of Education.
- Evers, Hans Dieter und Korff, Rüdiger (1997): Der Ausbildungsmarkt in Thailand. In: DAAD (Hg.): Mobilitätsstudien Asien. Zur Attraktivität des Studienstandortes Deutschland in Asien. Bielefeld: Bertelsmann, S. 267-332.
- Fischer Weltalmanach (2006): Thailand. Fischer Weltalmanach. Zahlen Daten. Fakten. Frankfurt: Fischer, S. 422-424.
- Fischer Weltalmanach (2007): Thailand. Fischer Weltalmanach. Zahlen Daten. Fakten. Frankfurt: Fischer, S. 468-470.
- Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) (2007): Die GTZ in Thailand. Internet: URL: [www.gtz.de/de/weltweit/asien-pazifik/618.htm](http://www.gtz.de/de/weltweit/asien-pazifik/618.htm) [Stand: März 2007].
- IAU und UNESCO (2000): World List of Universities and Other Institutions of Higher Education. 22<sup>nd</sup> ed. Paris: IAU and UNESCO Information Center on Higher Education. (New York: Grove's Dictionaries, INC. & Basingstoke and Oxford: MacMillan Reference Ltd.).
- iMove beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) (2003): Marktanalyse Thailand. Bonn: BIBB.
- Ketudat, Sippanondha (2000): Priorities for a Dynamic University System: Thailand. In: Neave, Guy (Hg.): Universities Responsibilities to Society: An Historical Exploration of an Enduring Issue. Paris: IAU und UNESCO: Elsevier, S. 37-49.
- Komolmas, Prathip M. (ohne Jahresangabe): New Trends in Higher Education Towards the 21st Century in Thailand. (ohne Quellenangabe). (Prathip M. Komolmas ist Präsident der Assumption University).

- King Mongkut's Institute of Technology North Bangkok (KMITL) (2006): Information 2005-2006. KMITNB Office of the President. Bangkok: KMITNB.
- Ministry of Education (1999): National Education Act 1999. Internet: URL: <http://www.moe.go.th/English/edu-act.htm>.
- Ministry of Education (2003): Ministry of Education Regulatory Act (2003). Internet: URL: [http://www.onec.go.th/publication/47042/index\\_47042.htm](http://www.onec.go.th/publication/47042/index_47042.htm).
- Ministry of Education, Commission on Higher Education, Bureau for International Cooperation Strategy (2005): Guidelines for International Education at Thai Colleges and Universities. Bangkok: CHE.
- Ministry of Education (2005): Liberalisation of Trade in Education Services under Thailand-Australia Free Trade Agreement (TAFTA). Internet: URL: <http://www.inter.mua.go.th/Database%20and%20Informations/F/TAFTA/htm>.
- Ministry of Education (Thailand) (2006a): Developing 21st Century Skills. Towards a Learning Society in Thailand. Bangkok.
- Ministry of Education (Thailand) (2006b): Enhancing Learning Through Information and Communication Technologies (ICT's). Towards a Learning Society in Thailand. Bangkok.
- Ministry of Education (Thailand) (2006c): The Education System in Thailand. Towards a Learning Society in Thailand. Bangkok.
- Ministry of Education (Thailand) (o.J.): New Aspirations for Education in Thailand. Towards Educational Excellence by the Year 2007. Internet: URL: <http://www.moe.go.th/main2/part1.htm>.
- Ministry of Education, Office of the Education Council (Thailand) (o.J.): Strategies and Roadmap for Higher Education Reform in Thailand. Internet: URL: <http://www.worldedreform.com/pub/full47042.pdf>.
- Ministry of Education, Commission on Higher Education, Royal Diamond Jubilee's Strategic Research consortia (2005): Wisdom Thailand 2015 for Knowledge-Based Society. A Mega Project for Human Resources Development in Thailand 's Higher Education System. Internet: URL [ww.cu-qa.chula.ac.th/Learn\\_Share/KM/Wisdom2015.ppt](http://www.cu-qa.chula.ac.th/Learn_Share/KM/Wisdom2015.ppt).
- Ministry of Science and Technology, Royal Thai Embassy, Washington, D.C. (2007): Profile of Thai Professionals in the United States and Canada. Internet: URL: <http://www.inter.mua.go.th/Database%20and%20Informations/DBATPAC.pdf>.
- National Economic and Social Development Board (2001): The 9<sup>th</sup> National Economic and Social Development Plan (2002-2006). Bangkok: NESDB. Internet: URL: <http://www.thailandoutlook.com/thailandoutlook1/government+policy/the+9th.htm>.
- National Research Council of Thailand (2005): Summary of Integrated Research Plan For Fiscal Year 2006. Internet: URL: [www.nrct.net](http://www.nrct.net).
- NESDB (2004): Office of the National Economic and Social Development Board. United Nations Country Team in Thailand. Thailand Millennium Development Goals Report 2004. Bangkok.
- Observatory on Borderless Higher Education (2004): Breaking the News Archive, March 2004. Internet: URL: <http://www.obhe.ac.uk/news/March2004.html>.

- Observatory on Borderless Higher Education (2002): International Branch Campuses: Scale & Significance No. 5, June 2002.
- Office of the Education Council (2006): Education in Thailand 2005/2006. Bangkok: Amarin Printing and Publishing.
- Overland, Martha Ann (2005): Profs, Not Prostitutes. In: The Chronicle of Higher Education, 2. Dezember, 2005. Internet: URL: <http://chronicle.com/weekly/v52/i15/15a00603.htm>.
- Pimpa, Nattavud (2003): The Influence of Peers and Student Recruitment Agencies on Thai Students' Choices of International Education. In: Journal of Studies in International Education, 7. Jg., H. 2, S. 178-192.
- Preußner, Jacqueline 2005: Thailand. In: F.A.Z.-Institut Rödl & Partner GbR/DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbh (Hg.): Investitionsführer Südostasien. Frankfurt am Main: F.A.Z.-Institut Rödl & Partner GbR/DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbh, S. 138-165.
- Public Universities of Thailand (2003): Memorandum of understanding between UK Council for Graduate Education and Deans of the Graduate Schools of Public Universities of Thailand. Internet: URL: [http://www.ukcge.ac.uk/filesup/Public\\_Universities\\_of\\_Thailand.pdf](http://www.ukcge.ac.uk/filesup/Public_Universities_of_Thailand.pdf) [Stand: Mai 2003].
- RWTH Aachen & King Mongkut's Institute of Technology North Bangkok (2006): Guide to M.Sc. Programs. Sirindhorn International Thai-German Graduate School of Engineering (TGGS). Bangkok. TGGS: Aachen.
- RWTH Aachen & King Mongkut's Institute of Technology North Bangkok (2006): The Sirindhorn International Thai-German Graduate School of Engineering (TGGS). Public Private Partnership for Engineering Education, Technology Innovation and Business Development in South East Asia. Mid 2006 Overview. TGGS: Aachen.
- Sinlarat, Paitoon (2004): Thai Universities. Past, Present, and Future. In: Altbach, Philip G. und Umakoshi, Toru (Hg.): Asian Universities. Historical Perspectives and Contemporary Challenges. Baltimore und London: Johns Hopkins University Press, S. 201-219.
- Sinlarat, Paitoon (2005): Changing the Culture of Education in Thai Universities. In: Higher Education Policy, 18. Jg., H. 3, S. 265-269.
- Sirindhorn International Thai-German Graduate School of Engineering (TGGS) (2006): TGGS Mid 2006 Overview. Broschüre.
- StADaF (Ständige Arbeitsgruppe Deutsch als Fremdsprache) 2006: Deutsch als Fremdsprache weltweit – Datenerhebung 2005. Ohne Ort: StADaF.
- Statistisches Bundesamt (2004): Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland 2003. Wiesbaden. Internet: URL: [http://www.destatis.de/download/d/aussh/rang2\\_03.pdf](http://www.destatis.de/download/d/aussh/rang2_03.pdf).
- Suwanwela, Charas (2005): Country Paper on Thailand WTO/GATS and Free Trade. Agreement in Higher Education: Thailand. In: UNESCO (2005): Implications of WTO/GATS on Higher Education in Asia & the Pacific, 27-29 April 2005, Seoul, The Republic of Korea, Part II. Papers presented at the Regional Seminar for Asia Pacific 27-29 April 2005. UNESCO Forum Occasional Paper Series, Paper no. 9. Seoul, The Republic of Korea (ED-2006/WS/48).

- The Phuket Gazette (2007): Dulwich Divorce is Final. Internet: URL: <http://www.phuket-info.com/forums/news-articles/6990-dulwich-divorce-final.html>.
- Tingsabadh, Charit (2006): Thailand. In: ASEM in its Tenth Year. Looking Back, Looking Forward. Asian Country Reports (Co-directed by Tadashi Yamamoto President Japan Center for International Exchange & Yeo Lay Hwee Executive Director & Senior Fellow Singapore Institute of International Affairs. March 2006). Internet: URL: <http://www.mofa.go.jp/policy/economy/asem/tenth/report2.pdf> [Stand: October 2005]. Workshop on ten year of ASEM. Ministry of Foreign Affairs, the Kingdom of Thailand, S. 142-157.
- UNDP (2007): Thailand Human Development Report. Sufficiency Economy and Human Development. Bangkok: UNDP.
- UNESCO Bangkok (2006): UNESCO Bangkok Newsletter; Mai 2006, H. 7; Resource Materials: "Higher Education in South-East Asia" Internet: URL: <http://www.unescobkk.org/information/news-and-events/unesco-bangkok-newsletter/issue-no-7-may-2006/resource-materials/higher-education-in-south-east-asia/> [Stand: Oktober 2006].
- UNESCO/ UNESCO Institute for Statistics und OECD (2003): Thailand. Country Profile. In: UNESCO UIS & OECD. Financing Education – Investments and Returns. Analysis of the World Education Indicators 2002 Edition. Paris: OECD, S. 144-145.
- UNESCO (2006): Thailand. Statistics in Brief. ([www.unesco.org](http://www.unesco.org)).
- UNESCO Asia and Pacific Regional Bureau for Education (2006): Higher Education in South-East Asia. Asia-Pacific Programme of Educational Innovation for Development. Bangkok: UNESCO Bangkok.
- UNESCO Institute for Statistics (2006): Global Education Digest 2006. Comparing Education Statistics Across the World. UIS: Montreal. Internet: URL: <http://www.uis.unesco.org/TEMPLATE/pdf/ged/2006/GED2006.pdf>.
- UNESCO Institute for Statistics (2007) Internet: URL: <http://stats.uis.unesco.org> [Stand: April 2007].
- Will, Gerhard (2006): Thailand vor schwierigen Herausforderungen. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik und Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit (SWP-Aktuell; 25).
- Will, Gerhard (2007): Zurück in die Zukunft. Thailand vier Monate nach dem Putsch. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik und Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit (SWP-Aktuell; 86).
- Webster University (2007): About Webster University Thailand (<http://www.webster.ac.th/>)
- Yamnoon, Sumate (2005): Autonomy in Higher Education. Case Study: University Autonomy in Thailand. Bangkok: Commission on Higher Education Thailand (Second ANP Round Table Meeting: Autonomy in Higher Education. 13.-14. Januar 2005, Barcelona, Spanien).

## **ANHANG**

### **1**

**Raster zur Analyse von Rahmenbedingungen für den  
Aufbau deutscher Studienangebote im Ausland**

### **2**

**Zuständige Stellen und deutsche Ansprechpartner  
in den untersuchten Ländern**

### **3**

**Wichtige Internet-Adressen**

**Zu den Autorinnen**



# **Anhang 1**

## **Raster zur Analyse von Rahmenbedingungen für den Aufbau deutscher Studienangebote im Ausland**

Als systematische Grundlage für die Länderanalysen wurde in Zusammenarbeit mit dem DAAD das folgende Raster entwickelt, das dauerhaft als Checkliste für die Analyse von Rahmenbedingungen potenzieller Zielländer von Studienexporten dienen und eine Stärken-Schwächen-Einschätzung einzelner Länder in Bezug auf den Aufbau unternehmerisch geplanter deutscher Studienangebote ermöglichen soll. Hiermit werden systematisch vor allem diejenigen Aspekte erfasst, die im Hinblick auf ein Angebot deutscher Studienangebote im Ausland relevant sein können.

### **A. Nicht-hochschulbezogene Rahmenbedingungen**

#### **1. Politische und ökonomische Rahmenbedingungen**

- Politische und wirtschaftliche Stabilität/Zuverlässigkeit
- Allgemeines Entwicklungspotenzial, demographische Entwicklungsprognosen
- Regionale Integration, Mitgliedschaft in regionalen Bündnissen
- BSP/ Durchschnittseinkommen/volkswirtschaftlicher Stellenwert des Bildungssektors
- Entwicklungskonzepte internationaler Organisationen/internationale Förderprogramme (z.B. von Weltbank, IWF, EU oder regionale Entwicklungsbanken)

#### **2. Kulturelle und naturräumliche Rahmenbedingungen**

- Bildungstraditionen/Stellenwert von Hochschulbildung in der Gesellschaft und kulturell-religiöse Besonderheiten
- Naturraum und klimatische Besonderheiten

#### **3. Beziehungen zu Deutschland**

- Historische Beziehungen zu Deutschland und Deutschlandbild
- Image deutscher Hochschulen
- Angebot von Deutschunterricht
- Abkommen zur Zusammenarbeit mit Deutschland im Hochschul- und Wissenschaftsbereich, bestehende Kooperationsbeziehungen mit deutschen Hochschulen
- Einschätzung der spezifisch deutschen wissenschaftlichen und technologischen Kompetenz von Seiten des Ziellands

- Ökonomischer und (entwicklungs-)politischer Stellenwert des Ziellandes aus deutscher Perspektive (Kooperationskonzepte/Abkommen zur politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit)
- Handelsbeziehungen zu Deutschland, ansässige deutsche Unternehmen/Wirtschaftsbranchen
- Qualifikationsnachfrage der Wirtschaft im Zielland
- Marktpotenzial für künftige deutsche Investitionen im Zielland

## **B. Hochschul- und studienbezogene Rahmenbedingungen**

### **4. Hochschul- und Studiensystem**

- Hochschultypen und -träger
- Hochschul- und Forschungsinfrastruktur
- Studienstufen, akademische Abschlüsse
- Angebotenes Fächerspektrum
- Ausbildungsstand des Lehrpersonals, Besoldungsstruktur, Durchschnittseinkommen
- Lehrsprache(n), Stellenwert Deutsch als Fremdsprache
- Qualitätssicherung
- Studiengebühren, Lebenshaltungskosten, Gesamtstudienkosten
- Finanzierungsmöglichkeiten für Studierende/Stipendiensystem (staatl./private Förderung)

### **5. Hochschulpolitik und Bildungsplanung**

- Allgemeine Entwicklungsstrategie
- Prioritäten des Ziellands in Bezug auf die Entwicklung des Hochschulbereichs/in der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit
- Strategie des Ziellands gegenüber ausländischen Bildungsanbietern

### **6. Hochschulrelevante Gesetzgebung**

- Hochschulgesetz, rechtliche Grundlage für private Hochschulen und internationale Hochschulkooperationen
- Akkreditierung von Studienangeboten, Anerkennung von Abschlüssen
- Verpflichtung im Rahmen von GATS, Niederlassungsbestimmungen
- Gesetze für ausländische Investitionen
- Ausländer-, arbeits- und steuerrechtliche Bestimmungen

### **7. Bedarf an/Nachfrage nach Hochschulbildung**

- Studiennachfrage nach Studienstufen
- Fächerschwerpunkte nach Studienstufen

- Bedarf an Dozentenfortbildung
- Nachfrage nach hochschulischer Weiterbildung/
- Demographische Prognose in Bezug auf die Altersjahrgänge, die typischerweise ein Studium aufnehmen
- Zahl/Anteil der Studierenden des potentiellen Ziellands, die ein Auslandsstudium absolvieren (v.a. in den USA, Großbritannien, Deutschland) nach Fachrichtungen. Differenz der Ausbildungskosten für Studieninteressenten aus dem potentiellen Zielland bei Studium im In- bzw. Ausland
- Zahl der Ausländer, die im potentiellen Zielland eines Studienexports studieren, und Anteil der ausländischen Studierenden an allen Studierenden im potentiellen Zielland. Regionale Anziehungskraft der Bildungsangebote des potentiellen Ziellands.

#### **8. Präsenz, Profil und Kooperationen ausländischer Studienanbieter im potentiellen Zielland**

- Fächerspektrum, das ausländische Hochschulen im Zielland bereits anbieten
- Studienstufen, auf denen ausländische Hochschulen im Zielland bereits aktiv sind
- Physische oder virtuelle Präsenz ausländischer Hochschulen/anderer Studienanbieter
- Marktanteil ausländischer Hochschulen/anderer Studienanbieter
- Rechtsformen, Geschäftsmodelle, Finanzierungsformen der ausländischen Hochschulen/anderen Studienanbieter im potentiellen Zielland
- Marketingaktivitäten ausländischer Hochschulen im potentiellen Zielland (ggf. auch ausländischer Bildungsagenturen oder Wissenschaftsorganisationen)

#### **9. Zuständigkeiten und Ansprechpartner für Aktivitäten ausländischer Hochschulen im potentiellen Zielland**

- Rolle der Ministerien in Fragen der Niederlassung ausländischer Hochschulen bzw. des gemeinsame Angebots von Studiengängen durch in- und ausländische Hochschulen
- Hochschulzuständigkeiten in Belangen des gemeinsamen Angebots von Studiengängen mit ausländischen Partnern
- Existenz einer spezifischen öffentlichen Zuständigkeit für Aktivitäten ausländischer Hochschulen im potentiellen Zielland
- Transparenz der Zuständigkeiten für Aktivitäten ausländischer Hochschulen im potentiellen Zielland
- Bestehende Kontakte zu politischen, ökonomischen und wissenschaftlichen Eliten des Ziellandes



## **Anhang 2**

### **Zuständige Stellen und deutsche Ansprechpartner in den untersuchten Ländern**

#### **(A) CHILE**

##### **Universitätssektor**

<b>Bildungsministerium (MINEDUC)</b> <b>Abteilung für Hochschulbildung (DIVISUP)</b> Ministerio de Educación División de Educación Superior Alameda B. O'Higgins 1371 Santiago de Chile Phone: +56 (2) 3904 000 <a href="http://www.mineduc.cl">http://www.mineduc.cl</a>	<b>Nationaler Bildungsrat (CSE)</b> Consejo Superior de Educación Marchant Pereira 844 Providencia, Santiago de Chile Phone: +56 (2) 3413 412 o. -413 Fax: +56 (2) 2254 616 <a href="http://www.cse.cl/">http://www.cse.cl/</a>
<b>Rat der chilenischen Hochschulrektoren (CRUCH)</b> Consejo de Rectores de Universidades Chilenas Alameda 1371, Piso 4. Santiago de Chile Phone: +56 (2) 696 4286 Fax: +56 (2) 698 8436 E-Mail: <a href="mailto:cruch@entelchile.net">cruch@entelchile.net</a> <a href="http://www.cruch.cl/">http://www.cruch.cl/</a>	<b>Konsortium staatlicher Universitäten (CUE)</b> Consortio de Universidades Estatales Moneda 673 Piso 8, Santiago de Chile Phone: +56 (2) 664 0185 oder +56 (2) 638 288; e-mail: <a href="mailto:mariu@universidadesestatales.cl">mariu@universidadesestatales.cl</a> <a href="http://www.universidadesestatales.cl/ue/zona.asp">http://www.universidadesestatales.cl/ue/zona.asp</a>
<b>Akkreditierungskommission für grundständige Studiengänge (CNAP)</b> Comisión Nacional de Acreditación de Pregrado María Luisa Santander 572, Providencia, Santiago de Chile Phone: +56 (2) 269 0223 – 269 0224 Fax: +56 (2) 343 2549 <a href="http://www.cnap.cl">http://www.cnap.cl</a>	<b>Akkreditierungskommission für weiterführende Studiengänge (CONAP)</b> Comisión Nacional de Acreditación de Postgrado María Luisa Santander 572, Providencia, Santiago de Chile Phone: +56 (2) 365 4431 Fax: + 56 (2) 365 4431 <a href="http://www.conicyt.cl">http://www.conicyt.cl</a>

## Forschung

**Außenministerium (MINREL)**  
 Ministerio de Relaciones Exteriores  
 Catedral 1143  
 Santiago de Chile  
 Phone: +56 (2) 6794 719  
 Fax: +56 (2) 6984 722  
 E-Mail: [Dipesp14@minrel.cl](mailto:Dipesp14@minrel.cl)  
<http://www.minrel.cl>

**Kommission für wissenschaftliche  
 und technologische Forschung  
 (CONICYT)**  
 Comisión Nacional de Investigación  
 Científica y Tecnológica  
 Canadá 308,  
 Providencia, Santiago de Chile  
 Phone: +56(2) 3654400  
 Fax: +56(2) 6551396  
<http://www.conicyt.cl/>

**Planungs- und Kooperations-  
 ministerium (MIDEPLAN)**  
 Ministerio de Planificación y  
 Cooperación  
 Ahumada 48 Piso 10  
 Santiago de Chile  
 Phone: +56 (2) 675 1400  
<http://www.mideplan.cl>

## Akademische Kooperation

**DAAD-Informationszentrum (IC)**  
**Santiago de Chile**  
 Leiterin: Dr. Anne Sperschneider  
 Calle Esmeralda 650  
 Santiago de Chile  
 (im Goethe-Institut)  
 Phone u. Fax: +56 (2) 462 1810  
 E-Mail: [daad@entelchile.net](mailto:daad@entelchile.net)  
<http://www.daad.cl>

**Heidelberg Center for Latin America**  
 Leiter: Dr. Walter Eckel  
 Avda. Los Leones 1035  
 Providencia, Santiago de Chile  
 Phone: +56-(2) 234 3466  
 Fax: +56-(2) 234 3781  
 E-Mail: [heidelberg-center@heidelberg.tie.cl](mailto:heidelberg-center@heidelberg.tie.cl)  
<http://www.heidelberg-center.uni-hd.de>

**Humboldt-Club de Chile**  
 c/o Dr. Fernando E. Pimentel Müller  
 Pontificia Universidad Católica de Chile  
 Hospital Clínico  
 Marcoleta 367  
 Santiago de Chile  
 Phone: +56 (2) 6863873  
 Fax: +56 (2) 6382793  
 E-Mail: [pimentel@med.puc.cl](mailto:pimentel@med.puc.cl)

**Agentur für internationale  
 Zusammenarbeit (AGCI)**  
 Agencia de Cooperación Internacional  
 Teatinos 950, piso 11  
 Santiago de Chile  
 Phone: +56 (2) 3990 900  
 Fax: +56 (2) 3990 992  
 E-Mail: [agencia@agci.cl](mailto:agencia@agci.cl)  
<http://www.agci.cl>

**Humboldt-Club de Chile**

c/o Dr. Fernando E. Pimentel Müller  
Pontificia Universidad Católica de Chile  
Hospital Clínico  
Marcoleta 367  
Santiago de Chile  
Phone: +56 (2) 6863873  
Fax.: +56 (2) 6382793  
E-Mail: pimentel@med.puc.cl

**Agentur für internationale Zusammenarbeit (AGCI)**

Agencia de Cooperación Internacional  
Teatinos 950, piso 11  
Santiago de Chile  
Phone: +56 (2) 3990 900  
Fax: +56 (2) 3990 992  
E-Mail: agencia@agci.cl  
<http://www.agci.cl>

**DAAD-Lektoren 2004/2005****Concepción**

Sophie Dorothee von Werder  
Universidad de Concepción  
Departamento de Idiomas Extranjeros  
Especialidad de Alemán  
Casilla 82-C  
Concepción  
E-Mail: swerder@udec.cl

**Santiago de Chile**

Dr. Anne Sperschneider (IC)  
Universidad de Chile  
Kontaktdetails s. unter  
DAAD-Informationszentrum Santiago

**Talca**

Andrea Cornelissen  
Universidad de Talca  
Programa de Idiomas  
Campus Lircay  
2 Norte 685  
Talca  
E-Mail: acornelissen@utalca.cl

**Valdivia**

Dr. Matthias Günther  
Universidad Austral de Chile  
Instituto de Filosofía  
Casilla 567, Valdivia  
E-Mail: Mguenther@uach.cl

**Kulturelle Zusammenarbeit****Goethe-Institut**

Judith und Reinhard Maiworm  
Calle Esmeralda 650  
Santiago de Chile  
Phone: +56 (2) 462 1800  
Fax.: +56 (2) 462 1802  
<http://www.goethe.de/hs/sao>

**Deutsch-Chilenischer Bund**

Liga Chileno-Alemana  
Leiter: Horst Jösch  
Av. Vitacura 5875  
Santiago de Chile  
Phone: +56 (2) 218 6583  
Fax: +56 (2) 212 6474  
E-Mail: dcbliga@dcbliga.cl  
<http://dcbliga.cl>

### Wirtschaftliche Zusammenarbeit

**Pro Chile  
(Außenwirtschaftsförderung)**  
c/o Generalkonsulat von Chile  
Kleine Reichenstr. 1/IV  
20457 Hamburg  
Phone: +56 (40) 33 58 35  
Fax: +56 (40) 32 69 57  
E-Mail:  
prochile.hamburg@t-online.de  
<http://www.prochile.cl>

**Deutsch-Chilenische Industrie-  
und Handelskammer (CAMCHAL)**  
Cámara Chileno-Alemana de  
Comercio e Industria  
Bernard Bauer  
Casilla 19, Santiago de Chile 35  
Büro: Avenida El Bosque Norte No.  
0440, of. 601  
Las Condes, Santiago de Chile  
Phone: +56 (2) 203 5320  
Fax.: +56 (2) 203 5325  
E-Mail: [chileinfo@camchal.com](mailto:chileinfo@camchal.com)  
<http://www.camchal.com>

### Entwicklungszusammenarbeit

**Gesellschaft für Technische  
Zusammenarbeit (GTZ)**  
Leiter: Reinhard von Brunn  
Federico Froebel 1776/1778,  
Providencia, Santiago de Chile  
Phone: +56 (2) 223 4310  
Fax: +56 (2) 223 8776  
E-Mail: [gtz-chile@cl.gtz.de](mailto:gtz-chile@cl.gtz.de)  
<http://www.gtz.cl>

**Deutscher Entwicklungsdienst  
(DED)**  
Leiter: Ingo Heimfeld  
Federico Froebel 1776,  
Providencia, Santiago de Chile  
Phone: +56 (2) 223 4310  
Fax: +56 (2) 223 8776  
<http://www.ded.de/DED> Latein-  
amerika

### Politische Stiftungen

**Friedrich-Ebert-Stiftung in Chile**  
Direktor: Yerko Quiroga  
Darío Urzúa 1763  
Santiago de Chile  
Tel: +56 (2) 341 4040  
Fax: +56 (2) 223 2474  
E-Mail: [feschile@fes.cl](mailto:feschile@fes.cl)  
<http://www.fes.cl>

**Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)  
Länderbüro Chile**  
Fundación Konrad Adenauer  
Director: Dr. Helmut Wittelsbürger  
Enrique Nercaseaux 2381,  
Providencia, Santiago de Chile  
Phone: +56 (2) 234 2089  
Fax: +56 (2) 234 2210  
E-Mail: [fkachile@fka.cl](mailto:fkachile@fka.cl)  
<http://www.kas.de/KAS> in Chile

**Hanns-Seidel-Stiftung**  
Leiter: Hartwig Meyer-Norbisrath  
Nueva de Lyon 096, Oficina 401,

Santiago de Chile  
Phone: +56 (2) 335 5355  
Fax: +56 (2) 233 4742  
E-Mail: info@fhsla.net  
<http://hss.de/HSS in Chile>

### **Botschaften**

**Deutsche Botschaft Chile**  
Embajada de la Republica  
Federal de Alemania  
Las Hualtatas 5677  
Ecke Cardenal Belarmino, Stadtteil  
Vitacura  
Santiago de Chile  
Phone: + 56 (2) 4632500.  
Fax.: +56 (2) 46325 25  
E-Mail: cen-  
tral@embajadadealemania.cl

**Botschaft der Republik Chile  
in Deutschland**  
Mohrenstraße 42  
10117 Berlin  
Phone: 030/7 26 03-5  
Fax: -20 64 96 46  
E-Mail: cchilealemania@nikocity.de

**(B) GEORGIEN****Hochschulen****Ministry of Education and Science**

Head: Alexander Lomaia, Minister  
 Administrative officer: Alexander  
 Didebulidze, Deputy-Minister  
 International relations: Irakli  
 Machabeli, Minister Advisor  
 52, Uznadze Street  
 0102 Tbilisi  
 Georgia  
 Phone: +995 32-958 886, +995 32-953  
 213  
 Fax: +995 32-957 010, +995 32-955 799  
 Web: <http://www.mes.gov.ge>

**Department of Academic Recognition  
and Mobility, Ministry of Education  
and Science**

Head: Natela Paichadze  
 52, Uznadze Street  
 0102 Tbilisi  
 Georgia  
 Phone: +995 32-969 841  
 Fax: +995 32-969 841  
 E-Mail: [mobility\\_division@yahoo.com](mailto:mobility_division@yahoo.com)

**National Centre of Education****Accreditation (NCEA)**

Web: <http://www.nea.ge> (auf Georgisch)

**Forschung****Georgia National Science  
Foundation (GNSF)**

68, Uznadze Street  
 0102 Tbilisi  
 Georgia  
 Phone: +995 32-95 74 16  
 Fax: +995 32-95 62 05  
 E-Mail: [office@gnsf.ge](mailto:office@gnsf.ge)  
 Web: <http://eng.gnsf.ge>

**Rustaveli-Foundation**

68, Uznadze Street  
 0102 Tbilisi  
 Georgia  
 Phone: +995 32-95 33 21  
 E-Mail: [info@rustaveli.org.ge](mailto:info@rustaveli.org.ge)  
 Web: <http://www.rustaveli.org.ge>

**Akademische Kooperation****DAAD-Informationszentrum  
Tbilissi**

c/o Goethe Institut  
 Gebhard Reul  
 Sandukeli Str. 16  
 0108 Tbilisi

**Georgischer Humboldt-Club**

c/o Prof. Dr. Alexander Kartosia  
 Tbilisi State University  
 Fakultät für Westeuropäische Spra-  
 chen und Literatur, Lehrstuhl für  
 Deutsche Philologie

Georgia  
 Phone: +995 32-920 926  
 Fax: +995 32-920 926  
 E-Mail: info@daad.org.ge  
 http://ic.daad.de/tbilissi

Ilia Chavachavadze Pr. 36  
 0179 Tbilisi  
 Georgia  
 Phone: +995 32-220 403  
 Fax: +995 32-225 107  
 E-Mail: al\_kartozia@yahoo.com,  
 japakidze@yahoo.com

**IB Euro-Caucasian University  
 of Tbilisi**

Chkondideli Str. 26  
 0181 Tbilisi  
 Georgia  
 Phone: +995 32- 695 927 oder 695 975  
 Web: www.ibeku-tbilisi.edu.ge

**DAAD Lektoren 2006/07**

**Staatliche Iwane Dschawaschwili Universität,  
 State University of Tbilisi**  
 Gebhard Reul School of Western  
 European Languages and Literatures  
 36 Chavadze Avenue  
 380028 Tbilisi  
 Georgia  
 E-Mail: reul@daad.org.ge

**Technical University of Tbilisi  
 Ilia Chavchavadze State University**  
 Tanja Grieshammer  
 Kostavastr. 77  
 0175 Tbilisi  
 Georgia  
 E-Mail: grenui@web.de

**Akaki Tsereteli State  
 University**  
 Daniel Schäf  
 Tamar-Mepe-Str. 59  
 4600 Kutaissi  
 Georgia  
 E-Mail: da.schaef@gmx.de

**Kulturelle Zusammenarbeit**

**Goethe-Institut Georgien**  
 Sandukeli 16  
 0108 Tbilisi  
 Georgia  
 Phone: +995 32-938 945

**Wirtschaftliche Zusammenarbeit**

**Georgische Industrie- und  
 Handelskammer**  
 Berdnis str. 29  
 Tbilisi  
 Georgia

Fax: +995 32-934 568  
E-Mail: [info@tbilissi.goethe.org](mailto:info@tbilissi.goethe.org)

Tel: +995 (32) 72 07 10  
Fax: +995 (32)72 31 90  
E-mail: [info@gcci.ge](mailto:info@gcci.ge)  
Web: <http://www.gcci.ge/index.php?l=eng>

### Entwicklungszusammenarbeit

#### Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)

Competence Centre for Vine,  
Wine Marketing & Wine Tourism  
(CCVMT)  
19, Victor Jorbenadze str.  
0103 Tbilisi / Georgia  
Phone: +995 32-776 123  
Fax: +995 32-776 074  
E-Mail: [weinland.georgien@gtz.ge](mailto:weinland.georgien@gtz.ge)

### Politische Stiftungen

#### Friedrich-Ebert-Stiftung Representative Office in Georgia

Herr Guenther Fichtner  
App. 7, Bldg. 4  
1 st Lane of Chavchavadze Ave.  
0179 Tbilisi  
Georgia  
Phone: +995 32-250 728,  
-912 615, -912 695  
Fax: +995 32-226 727

#### Heinrich Böll Stiftung South Caucasus Regional Office

Herr Walter Kaufmann  
Radiani Str. 5  
0179 Tbilisi  
Georgia  
Phone: +995 32-22 77 05  
Fax: +995 32-91 28 97  
E-Mail: [info@boell.ge](mailto:info@boell.ge)  
Web: <http://www.boell.ge/>

#### Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) Südkaucasus, Büro Tbilissi

Rusudan Tabukashvili  
Rustaveli Pr.1, 1-14  
0115 Tbilisi  
Georgia  
Fax: +995 32-935109  
E-mail: [kas-geo@access.sanet.ge](mailto:kas-geo@access.sanet.ge)

#### Friedrich Naumann Stiftung

Regionalbüro Mittel-, Südost- und Ost-  
europa, Südkaukasus und Zentralasien  
71 James Baucher Blvd., Lozenets 1407  
Sofia  
Bulgaria  
Phone: +359 2-9696010  
Fax: +359 2-9620243  
E-Mail: [msoe@fnst.org](mailto:msoe@fnst.org)

## **Botschaften**

### **Botschaft von Georgien in Deutschland**

Heinrich-Mann-Strasse 32  
13156 Berlin  
Phone: 030 /484 90 70  
E-Mail:  
[konsulat@botschaftvongeorgien.de](mailto:konsulat@botschaftvongeorgien.de)  
<http://www.botschaftvongeorgien.de>

### **Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Georgien**

z.Zt. Sheraton Metechi Palace Hotel  
Telawi Str. 20  
0103 Tbilissi  
Georgia  
Phone: +995-32 447 300  
Fax: +995-32 447 364  
Web: <http://www.tiflis.diplo.de/>

**(C) INDIEN****Politik, Botschaften und Konsulate****Botschaft der Republik Indien in  
der Bundesrepublik Deutschland**

Tiergartenstraße 17  
10785 Berlin  
Phone: 030-25 79 5-0  
Fax: 030-25 79 5-102

**Botschaft der Bundesrepublik  
Deutschland in Indien**

Embassy of the Federal Republic of  
Germany  
P.O. Box 613  
New Delhi 110001

India

Tel: 0091-11 44 19 91 99  
Fax: 0091-11 26 87 31 17

**Bundesministerium für wirt-  
schaftliche Zusammenarbeit und  
Entwicklung (BMZ)**

Friedrich-Ebert-Allee 40  
53113 Bonn  
Phone: 01888 535-0  
Fax: 01888 535-3500  
E-Mail: [info@bmz.bund.de](mailto:info@bmz.bund.de)

**Entwicklungszusammenarbeit**

GTZ Office India  
*Dr. Rolf Suelzer*  
21, Jor Bagh  
New Delhi, 110003  
Phone: 0091 – 11 2460 – 3832  
Fax: 0091 – 11 2460 – 3831  
E-mail: [gtz-indien@gtz.de](mailto:gtz-indien@gtz.de)

**Wissenschaft, Hochschulen und Forschung**

**Department of Education  
Ministry of Human Resource  
Development**  
Government of India  
Shastri Bhawan, New Delhi-110001  
Fax: 91-11-23381355  
91-11-23382947  
E-mail: [webmaster.edu@sb.nic.in](mailto:webmaster.edu@sb.nic.in)  
<http://education.nic.in/> (Bildungs-  
ministerium)

**Liste der Hochschulen auf der  
Internetseite des Erziehungs-  
ministeriums**

**Department of Education  
Ministry of Human Resource  
Development (Dez. 2004):**  
<http://education.nic.in/>

**University Grants Commission**

Bahadur Shah Zafar Marg,  
New Delhi - 110002  
Home Page: [www.ugc.ac.in](http://www.ugc.ac.in)  
Dr. Arun Nigavekar  
Officiating Chairman  
Phone: 91-11-23237143  
Fax: 91-11-23236288

**All India Council for Technical Education (AICTE)**

Indira Gandhi Sports Complex  
I.P. Estate  
New Delhi 110 002  
Phone: +11-2339 2553  
Fax: +11-2339 2557  
<http://www.aicte.ernet.in/aicte/of.htm>

**Council of Scientific and Industrial Research (CSIR)**

Anusandhan Bhavan  
2, Rafi Marg  
New Delhi - 110 001, India.  
Fax: +91 11 371 0618  
E-mail: [dgcsir@csirhq.res.nic.in](mailto:dgcsir@csirhq.res.nic.in)  
[www.csir.res.in](http://www.csir.res.in)

**Indian Council of Agriculture Research (ICAR)**

Ansprechpartner: Sh Pankaj Gupta  
(Reception Officer)  
Krishi Bhavan  
New Delhi 1  
Phone: +91 11 23386015  
[www.icar.org.in](http://www.icar.org.in)

**Indian Council of Medical Research (ICMR)**

P.O. Box No 4911  
Ansari Nagar  
New Delhi- 110029  
Phone: +91 11 26588895

Fax: +91 11 26588662  
[headquarters@icmr.org.in](mailto:headquarters@icmr.org.in)  
[www.icmr.nic.in](http://www.icmr.nic.in)

**Indian Space Research Organisation (ISRO)**

Scientific Secretary ISRO  
Antariksh Bhavan, New BEL Road  
Bangalore - 560 094  
Phone: +91 80 341 6356  
Fax: +91 80 341 5298  
[www.isro.org.in](http://www.isro.org.in)

**Internationales Büro des BMBF beim DLR**

*Dr. Gerold Heinrichs*  
Senior Scientific Officer  
Internationales Büro des BMBF  
Königswinterer Str. 522-524  
53227 Bonn  
E-mail: [gerold.heinrichs@dlr.de](mailto:gerold.heinrichs@dlr.de)  
[www.internationales-buero.de](http://www.internationales-buero.de)

**Deutsch-Indische WTZ-Kommission**

**(Indo-German Committee on Science and Technology)**  
*Prof. Dr.Dr.h.c. Christian Streffer*  
(Länderkoordinator Indien)  
Universität Essen  
Auf dem Sutan 12  
D-45117 Essen  
Germany  
Phone: 0201492616  
E- Mail: [christian.streffer@uni-essen.de](mailto:christian.streffer@uni-essen.de)

**Deutscher Akademischer Austauschdienst, DAAD**

*Dr. Hannelore Bossmann*  
Leiterin Referat 42 Süd- und Süd-ostasien

Kennedyallee 50  
53175 Bonn-Bad Godesberg  
Phone 0228-882-0 (Zentrale)  
E-mail: bossmann@daad.de

**Alexander von Humboldt Stiftung**

*Dr. Gerrit Limberg*  
Jean-Paul-Straße 12  
53173 Bonn  
Phone: 0228-833-0  
Fax: 0228 -833 -175

**Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)**

*Dr. Gernot Gad*  
Leiter Internationale Zusammen-  
arbeit Bereich 7  
Kennedyallee 40  
D-53175 Bonn  
E-Mail: Gernot.Gad@dfg.de  
Phone: +49-(0)228-885-2494

**Max Planck- Gesellschaft**

Hofgartenstraße 8  
80539 München  
*Dr. Berthold Neizert*  
Phone: 0049 89 2108-1270  
Fax: 0049 89 2108-1451  
E-Mail : neizert@gv.mpg.de

**Max Planck-Gesellschaft**

Referat für Internationale  
Beziehungen  
Hofgartenstraße 8  
80539 München  
*Felix Kahle*  
Phone: 0049 89 2108-1420  
Fax: 0049 89 2108-1451  
E-mail: kahle@gv.mpg.de

**Arbeitsgemeinschaft industrieller  
Forschungsvereinigungen  
'Otto von Guericke' e.V.**

Geschäftsstelle Berlin  
Tschaikowskistr. 49  
13156 Berlin  
Phone: 030 48163-470  
Fax: 030 48163-404  
berlin@intec-online.net  
www.aif.de

**DAAD Außenstelle Neu Delhi**

*Dr. Ulrich Podewils*  
3rd Floor , 72, Lodi Estate  
Off Max Mueller Marg  
Lodi Road  
Neu Delhi – 110003  
India  
www.daaddelhi.org  
Phone: 0091-11-24615148  
Phone: 0091-11-246150009  
Fax: 0091-11-24690919  
E-mail: info@daaddelhi.org

**DAAD Information Center –  
Chennai**

Max Mueller Bhavan  
New No 23, Old No.13 Khader  
Nawas Khan Road  
Chennai 600 006  
Phone: 0091-44-28331442  
Fax: 0091-44-2833 1450  
E-mail: chennai@daadindia.org  
www.ic.daad.de/chennai

**DAAD Information Center –  
Mumbai**

At Indo-German Training Center  
(ITC)  
2 B, Vulcan Insurance Building  
Veer Nariman Road  
Churchgate Mumbai 40020

Phone: 0091-22-21818591  
 Fax: 0091-22-22 840531  
 Mumbai@daadindia.org  
 www.ic.daad.de/mumbai

**DAAD Information Point –  
 Bangalore**

c/o Max Mueller Bhavan  
 716, CMH Road  
 Indiranagar 1<sup>st</sup> Stage  
 Bangalore 560 038  
 Phone: 0091-80-25205305  
 Fax: 0091-22-25205309  
 Email: Bangalore@daadindia.org

**DAAD Information Point –  
 Hyderabad**

c/o German Center  
 Association for German Culture  
 Hermitage Office Complex  
 203 Hillfort Road, Manpally  
 Hyderabad 500 063  
 Phone: 0091-40-55 526443  
 Email: Hyderabad@daadindia.org

**DAAD Information Point –  
 Kolkata**

c/o Max Mueller Bhavan  
 8 Pramathesh Barua Sarani  
 (Ballygunge Circular Road)  
 Kolkata 700 019

Phone: 0091-33-2475 9398  
 Email: kolkata@daadindia.org

**DAAD Lektoren**

**Madras (Chennai)**

Indian Institute of Technology  
 Department of Humanities and  
 Social Sciences  
 German Section  
 Chennai 600036  
 daadch@vsnl.in

**New Delhi**

Jawaharlal Nehru University  
 School of Language, Literature  
 And Culture Studies  
 Centre of German Studies  
 New Delhi 110067

Department of Germanic and  
 Romance Studies  
 Faculty of Arts  
 Room No. 42  
 University of Delhi  
 Delhi - 110 007  
 Phone: 91 11 - 27 66 64 26  
 E- Mail: info@daaddelhi.org

**Goethe-Institute**

*Bangalore*  
 Max Mueller Bhavan  
 Indo-German Cultural Centre  
 3, Lavelle Road  
 Bangalore – 560001  
 Indien

Te.: +91 – 80 – 221 4964  
 oder 227 5435  
 Fax: +91 – 80 – 221 5255  
 E-Mail: mmb@bangalore.goethe.org  
 Internet: www.goethe.de/bangalore

*Chennai (Madras)*

Max Mueller Bhavan Chennai (Madras)  
 13 Khader Nawaz Khan Road Off  
 Nungambakkam High Road  
 Chennai – 600006  
 Phone : +91 44 826 1314  
 Fax: +91 – 44 – 828 2565  
 E-Mail: gimadras@vsnl.com  
 Internet: www.goethe.de/madras

*Colombo*

Goethe-Institut Colombo – German  
 Cultural Institut  
 39, Gregory's Road  
 Colombo 7  
 Sri Lanka  
 Phone: +94 – 1 – 69 4562 oder 69  
 3351  
 Fax.: +94 – 1 – 69 3351  
 E-Mail: goethe@sri.lanka.net  
 Internet: www.goethe.de/colombo

*Dhaka*

Goethe-Institut Dhaka – German  
 Cultural Centre  
 Road No. 9 (new)  
 House No. 10, Dhanmondi R/A  
 Postanschrift: G.P.O.B. 9 03  
 Dhaka 1000  
 Bangladesh  
 Phone: +88 – 2 – 9126525/9126526  
 Fax.: +88 – 2 – 810712  
 E-mail: gidhaka@bol-online.com

*Kolkata (Calcutta)*

Max Mueller Bhavan Kolkata  
 8, Pramatesh Barua Sarani  
 Calcutta – 700019  
 Indien  
 Phone: +91 – 33 – 475 9398  
 Fax.: +91 – 33 – 474 7188

E-Mail: mmb@calcutta.goethe.org  
 Internet: www.goethe.de/calcutta

*Mumbai (Bombay)*

Max Mueller Bhavan Bombay  
 Price of Wales Museum Annexe,  
 Off Mahatma Gandhi Road  
 Bombay – 400001  
 Indien  
 Phone: +91 – 22 – 2202 7710, 202  
 2085 oder 202 7542  
 Fax.: +91 – 22 – 287 3826  
 E-Mail: mmb@bombay.goethe.org  
 Internet: www.goethe.de/bombay

*New Delhi*

Max Mueller Bhavan New Delhi  
 3, Kasturba Gandhi Marg  
 New Delhi – 110001  
 Indien  
 Phone: +91 – 11 – 332 9505  
 oder 332 9604  
 Fax.: +91 – 11 – 332 5534  
 oder 372 – 2573  
 E-Mail: mmb@delhi.goethe.org  
 Internet: www.goethe.de/newdelhi

*Pune (Poona)*

Max Mueller Bhavan Poona  
 14/3 Boat Club Road  
 Pune – 411001  
 Indien  
 Phone: +91 – 212 – 62 4945  
 oder 62 1042  
 Fax.: +91 – 212 – 62 0542

**Deutsche Schule in New Delhi**

*German School New Delhi*  
 2, Nyaya marg  
 Chanakyapuri  
 Phone: 0091 11 5168 0240  
 oder 0091 11 5168 0240 102

Fax: 0091 11 5168 0241  
E-mail: schulleitung@dsdn.de

**Deutsche Schule Bombay**  
*DSB International School*  
76, Bhulabhai Desai School  
Bombay 400 026  
Phone: 0091 22 236 20 110  
oder 0091 22 236 73 888  
Fax: 0091 22 236 80 139  
deutsche.abteilung@dsbindia.com

**GATE Germany**  
Geschäftsstelle des Hochschulkon-  
sortiums  
GATE Germany im DAAD  
Kennedyallee 50  
53175 Bonn  
Phone: +49(0)228 882 674  
Fax: +49(0)228 882 660

## Wirtschaft und Information

**Der Delegierte der Deutschen  
Wirtschaft (DIHK)**  
(Indo- German Chamber of Com-  
merce)  
P.O. Box 11092  
Mumbai (Bombay) 400020  
India  
www.indo-german.com

*Büro in Bombay:*  
Bernhard Steinrücke  
(Geschäftsführer)  
Maker Tower 'E'  
Cuffe Parade  
Mumbai (Bombay) 400005  
Phone: 9122 – 56652121  
Fax.: 9122 – 56652120  
E-Mail:  
Bombay@indo-german.com

**Zweigstellen in:**  
*Bangalore*  
Indo-German Chamber of  
Commerce  
P.O. Box 144  
Bangalore 560052  
Büroanschrift:

403, Shah Sultan, 4th Floor  
Cunningham Road  
Bangalore 560052  
Phone: 0091 80 2 226 5650  
Fax: 0091 80 2 220 3797  
E-Mail: Bangalore@indo-  
german.com

*Kalkutta*  
Indo-German Chamber of  
Commerce  
P.O. Box 25 04  
Calcutta 700 001  
Büroanschrift:  
3A Gurusaday Road  
Calcutta 700 019  
India  
Phone: 0091 33 2247 41 47  
Fax: 0091 33 2247 61 65  
E-Mail: Calcutta@indo-german.com

*Chennai*  
Indo-German Chamber of  
Commerce  
P.O. Box 3501  
Chennai ( Madras) 600 035  
India

117 G.N. Chetty Road  
T. Nagar  
Madras (Chennai) 600 017  
India  
Phone: 0091 44 2 821 18 35 36  
Fax: 0091 44 2 821 18 37  
E-Mail: [chennai@indo-german.com](mailto:chennai@indo-german.com)

*Neu Delhi*  
Indo-German Chamber of  
Commerce  
German House  
2, Nyaya Marg, Chanakyapuri  
Neu Delhi 110 021  
Indien  
Phone: 0091 11 26 87 87 21  
oder 26 11 17 30  
Fax: 0091 11 26 11 86 64  
E-Mail: [delhi@indo-german.com](mailto:delhi@indo-german.com)

**IGCC  
Deutsch-Indisches Informations-  
büro e.V.**

*Leiter Dirk Matter*  
Citadellstraße 12  
40213 Düsseldorf  
Phone: +211 36 05 97  
Phone: +211 36 27 49  
Fax: +211 35 02 87  
Email: [duesseldorf@indo-german.com](mailto:duesseldorf@indo-german.com)  
<http://www.indo-german.com>

**DEG – Deutsche Investitions-  
und Entwicklungsgesellschaft mbH**  
Belvederestraße 40  
50933 Köln  
Phone: 0221 4986 – 319  
Fax: 0221 4986 – 176

**DEG – New Delhi Office**  
Hans-Georg Hansmann 21, Jor Bagh  
New Delhi – 110 003  
Indien  
Phone: 0091 11 24 64 – 3012, -51 38  
Fax: 0091 11 24 65 – 3108  
E-Mail: [deg@degindia.com](mailto:deg@degindia.com)

**Secretary for Industrial  
Assistance (SIA)**  
Department of Industrial  
Development  
Ministry of Industry, Udyog Bhavan  
Neu-Delhi 110 011  
Phone: 0091 11 3 01 19 83  
E-Mail: [siaweb@ub.delhi.nic.in](mailto:siaweb@ub.delhi.nic.in)

**Asian Development Bank**  
ADB's India Resident Mission  
4 San Martin Marg,  
Chanakyapuri,  
New Delhi 110021, India.  
Mailing Address:  
P.O. Box 5331;  
Chanakyapuri H.P.O.,  
New Delhi 110021, India  
Tel: + 91 11 2410 7200  
Fax: + 91 11 2687 0955  
E-mail: [adbinrm@adb.org](mailto:adbinrm@adb.org)  
<http://www.adb.org/INRM>

**German Office for Foreign Trade  
Information (bfai)**  
*Mr. Norbert Finkel*  
2, Nyaya Marg, Chanakyapuri  
New Delhi 110 021  
Tel: 011-26116024  
Fax: 011-26116733  
Website: [www.bfai.de](http://www.bfai.de)

**Indisches Fremdenverkehrsamt**

Baseler Str. 47  
60329 Frankfurt am Main  
Phone: 069 24 29 49 – 0  
Fax: 069 24 29 49 – 77#  
[www.india.tourism.de](http://www.india.tourism.de)

**Ostasiatischer Verein e.V. (OAV)**

Neuer Jungfernstieg 21  
20354 Hamburg  
Dr. Tim Goydke  
Phone: 040 35 75 59 – 15  
Fax: 040 35 75 59 – 25  
E-Mail: [oav@oav.de](mailto:oav@oav.de)  
Internet: [www.oav.de](http://www.oav.de)

**(D) INDONESIEN****Hochschulsektor**

**Ministry of Higher Education**  
 (MONE) **Departemen Pendidikan**  
**Nasional (DEPDIKNAS)**  
 Directorate General of Higher  
 Education (DIKTI)  
 Jalan Pintu Satu, Senayan  
 Jakarta 10270  
 Phone: +6221-5731436  
 Fax: +6221-5731466  
 Web: <http://www.depdiknas.go.id>

**National Accreditation Board**  
**(BAN-PT)**  
 Gedung C, Lantai XI -  
 Departemen Pendidikan Nasional  
 Jl. Jend. Sudirman, Senayan  
 Jakarta 10001  
 Phone: +62 21-5746044, -5746045,  
 -5747824  
 Web: <http://www.ban-pt.or.id>

**Ministry of Religious Affairs**  
**Departement Agama RI**  
 Directorate General of Islamic  
 Higher Education  
 II. Lapangan Banteng Barat No. 3-4,  
 Pusat  
 Jakarta 10710  
 Phone: +62 21-381 23 44/385 34 49  
 Fax: +6221-34833981  
 E-Mail: [ditperta@ditperta.net](mailto:ditperta@ditperta.net)  
 Web: <http://www.ditperta.net>

**Association of Western Public**  
**Universities**  
 c/o University of Riau  
 Gedung Rektorat  
 Kampus Bina Widya  
 KM. 12,5 Simpang Baru  
 Pekanbaru  
 Web: <http://intia.unri.ac.id>

**Association of Eastern Public**  
**Universities**  
 c/o Hasanuddin University  
 Kampus Tamalanrea  
 Jalan Perintis Kemerdekaan Km. 10  
 Makassar 90245  
 E-mail: [amiens@indosat.net.id](mailto:amiens@indosat.net.id)  
 Web: <http://www.unhas.ac.id/mrptni/>

**Association of Private Universities**  
**(APTISI)**  
 c/o National Institute of Science and  
 Technology Jakarta

**YPSDM - Forum Rector**  
**Indonesia**  
 Hochschulrektorenkonferenz  
 Jl. Dayang Sumbi No. 7  
 Bandung 40132  
 E-mail: [secretariat@forum-rektor.org](mailto:secretariat@forum-rektor.org)  
 Web: <http://www.forum-rektor.org>

## Forschung

**Ministerium für Forschung und Technologie**  
**Kementrian Riset dan Teknologi (RISTEK)**  
 BPPT Building II, 5-8th fl  
 Jl. M.H. Thamrin No.8  
 Jakarta 10340  
 Phone: +6221-3169139  
 Fax: +6221-3169139  
 E-Mail: [webmaster@ristek.go.id](mailto:webmaster@ristek.go.id)  
 Web: <http://www.ristek.go.id>

**Lembaga Ilmu Pengetahuan Indonesia (LIPI)**  
**Indonesian Institute of Sciences**

Gd. Sasana Widya Sarwono Jl.  
 Jend. Gatot Subroto 10  
 Jakarta 12710  
 Phone: +6221-52257 11  
 Fax: +6221-5265457  
 Web: <http://www.lipi.go.id>

**Fraunhofer Representative Office**  
 Dr.-Ing. Idabagus Kesawa Narayana  
 Menara Thamrin Suite 3A07  
 Jl. M. H. Thamrin Kav. 3  
 Jakarta 10250  
 Te.l: +62 21-315 4795  
 Fax: +6221-3154195  
 E-Mail: [naranyana@fraunhofer.or.id](mailto:naranyana@fraunhofer.or.id)  
 Web: <http://www.fraunhofer.or.id>

## Akademische Kooperation

**DAAD-Außenstelle Jakarta**  
 DAAD Jakarta Office  
 Ilona Krüger-Rechmann  
 Jl. Jend. Sudirman,  
 Kav. 61-62  
 Summitmas I, Lt. 19  
 12190 Jakarta  
 Phone: +62 21-520 08 70, 5 25 28 07  
 Fax: +6221-5252822  
 E-Mail: [info@daadjkt.com](mailto:info@daadjkt.com)  
 Web: <http://jakarta.daad.de>

**DAAD-Informationszentrum (IC) Surabaya**  
 Universitas Surabaya  
 The International Village  
 Jl. Raya Kalirungkut  
 60293 Surabaya

Phone: +6231-2981326  
 Fax: +6231-31298 1327  
 E-Mail: [IBZ-Sby@rad.net.id](mailto:IBZ-Sby@rad.net.id)

**DAAD-Langzeitdozentin**  
 Institut Pertanian Bogor  
 Dr. Karen von Juterzenka  
 Department of Marine Science and Technology  
 Faculty of Fisheries and Marine Sciences  
 Marine Center  
 Campus IPB Darmaga  
 Bogor 16680, Jawa Barat  
 E-Mail: [kvjuerzenka@hazweio.com](mailto:kvjuerzenka@hazweio.com)

**Indonesian Humboldt-Club**  
 c/o Dr. Laksana Tri Handoko

Secretariat of AvH Indonesia  
 Jl. Merdeka VI/8  
 Depok 16417  
 Phone: +6221-77829368  
 Fax: +6221-77829369  
 E-mail: secretary@avh.keluarga.org  
 Web: http://avh.keluarga.org

### **DAAD Lektoren 2007/08**

**Universitas Indonesia (UI)**  
 Dr. Gerhard Jaiser  
 Dr. Guido Schnieders (ZBV)  
 Fakultas Sastra, Jurusan Jerman  
 Kampus UI Depok  
 Jakarta 16424  
 E-Mail: jaiser@gmx.de  
 E-Mail: schnieders@daadjkt.com

**Universitas Padjadjaran**  
 (UNPAD)  
 Jutta Kunze  
 Fakultas Sastra,  
 Jurusan Bahasa dan Sastra Jerman  
 Jalan Raya Bandung Sumedang,  
 Km. 21  
 Bandung 40600, Jawa Barat  
 E-Mail: jutta-kunze@gmx.de

**Universitas Gadjah Mada (UGM)**  
 N.N.  
 Faculty of Law  
 Jl. Sosio Justicia No. 1  
 Bulaksumur  
 Yogyakarta 55281

**Universitas Islam Negeri Syarif**  
 N.N.  
 Hidayatullah Jakarta Department of  
 Accounting Department of Man-

agement Jl. Ir. H. Juanda No. 95  
 Ciputat - Tangerang 15412

**Universitas Negeri Jakarta**  
 N.N.  
 Jurusan Bahasa Jerman  
 Jl. Rawamangun Muka  
 Jakarta 13220

**Universitas Negeri Malang**  
 N.N.  
 Fakultas Sastra Jurusan  
 Sastra Jerman Jl. Surabaya  
 6 Malang 65122

### **Kulturelle Zusammenarbeit**

**Goethe-Institut Jakarta**  
 Jl. SamRatulangi 9-15  
 Jakarta 10350  
 Postadresse: P.O.Box 3640  
 Jakarta 10036  
 Phone: +62 21-23550208  
 Fax: +6221-23550021  
 E-Mail: info@jakarta.goethe.org

**Goethe-Institut Bandung**  
 Jl. Martadinata 48 Bandung 40115  
 Phone: +6222-436440 Fax: +6222-  
 4204041 E-Mail:  
 goethebd@melsa.net.id

**Yayasan Goethe Indonesia**  
 Taman A.I.S. Nasution 15  
 Surabaya 60271  
 Phone: +31-5343735736  
 Fax: +31-531 95 07  
 E-Mail: goethel@sby.dnet.net.id

## Wirtschaftliche Zusammenarbeit

### **Deutsch-Indonesische Industrie- und Handelskammer - EKONID**

Jl. H. Agus Salim  
No. 115 Jakarta  
10310 P.O.Box 3151

Jakarta 10031  
Phone:+6221-  
3154685 Fax:+6221-  
3155276

## Entwicklungszusammenarbeit

### **Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)**

Frau Sabine Markert  
German Development Cooperation  
Deutsche Bank Building, 20th floor  
Jl. ImamBonjolNo. 80  
Jakarta 10310  
Phone:+62 21 31924007  
Fax:+62 21 319 24070  
E-Mail: gtz-indonesien@id.gtz.de

### **Carl Duisberg Centren Indonesien**

Leitung: Frau Xandra M. Sihotang  
Jl. Benda 3  
RT / RW 07/001, Ciganjur  
Jakarta 12630  
Phone:+62 21 788 90 410  
Fax:+62 21 788 90 420  
E-Mail: cdcjkt@pacofic.net.id

## Politische Stiftungen

### **Friedrich-Ebert-Stiftung in Indonesien**

Herr Erwin Schweisshelm  
E-Mail: erwin@fes.or.id  
P.O.Box 7952 JKSKM  
RI Jakarta 12079  
Phone:+62 21 717 926 36  
Fax: +62 21 718 3714, 717 927 38  
und  
Jl. Kemang Selatan IX No.1A & 1B  
RI Jakarta 12730

info@kasindo.org  
Phone:+62 21 7590 9411  
Fax:+62 21 7590 9415

### **Friedrich Naumann Stiftung**

26\* Floor, SSPTower,  
555 Soi 63 Sukhumvit Road,  
Bangkok 10110, Thailand  
Phone:+66 236 50570  
Fax:+66 271 14944  
E-Mail: contact@thailand.fnst.org

### **Konrad-Adenauer-Stiftung**

**Länderbüro Indonesien**  
Plaza Aminta, 4th Floor  
Jl. Let. Jend. TB Simatupang Kav. 10  
Jakarta 12310

**Hanns Seidel Stiftung**  
MENARA CAKRAWALA (Skyline  
Building)  
9th Floor  
Jl.M.H. Thamrin 9  
Jakarta 10340

Phone:+6221-3902369  
Fax:+6221-3902381

Internet: <http://www.hsfindo.org>  
E-Mail: [hsfindo@hsfindo.org](mailto:hsfindo@hsfindo.org)

## **Botschaften**

### **Botschaft von Indonesien in Deutschland**

Lehrter Strasse 16-17  
10557 Berlin  
Phone: 030/47 80 70  
Fax: 030/447371 42

### **Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Indonesien**

Man M. H.  
Thamrin Nr. 1  
Jakarta 10310  
Phone:+6221-39855000  
Fax:+6221-3901757  
E-Mail: [germany@rad.net.id](mailto:germany@rad.net.id)  
<http://www.jakarta.diplo.de>

**(E) MALAYSIA****Hochschulsektor****Ministry of Higher Education  
(MOHE)**

Department of Private Education  
( IPTS Management Sector)  
Level 2, Block E9, Parcel E, Precinct 1  
Federal Government Administrative  
Centre  
62505 Putrajaya  
Phone: +603 8883 5826  
Fax: +603 8889 3836  
<http://www.mohe.gov.my>  
<http://www.studymalaysia.com>

Quality Assurance Division (QAD)  
Level 3, Block E3, Parcel E, Precinct 1  
Federal Government Administrative  
Centre  
62505 Putrajaya  
Phone: +603 8883 5343/5344/5345  
Fax : +603 8889 3518

**Malaysian Association of Private  
Colleges and Universities (MAPCU)**

c/o International Medical University  
Sesame Centre, Plaza Komanwel,  
Bukit Jalil  
57000 Kuala Lumpur  
Phone: +603 8656 9980  
Fax: +603 8656 9981  
<http://www.studymalaysia.com/mapcu>  
E-Mail: [mapcu.my@tm.net.my](mailto:mapcu.my@tm.net.my)

Department of Higher Education  
Management  
Marketing and International Education  
Division  
Level 2, Block E9, Parcel E, Precinct 1  
Federal Government Administrative  
Centre  
62505 Putrajaya  
Phone: +603 8883 5826  
Fax: +603 8889 3836  
<http://www.mohe.gov.my>  
<http://www.studymalaysia.com>

**Economic Planning Unit**

Prime Minister's Department  
Block B5 & Block B6  
Federal Government Administrative  
Centre  
62502 Putrajaya  
Phone: +603 888 83333  
Fax: +603 888 83755  
<http://www.epu.jpm.my/>

**National Accreditation Board (LAN)**

Lembaga Akreditasi Negara,  
(Kementerian Pengajian Tinggi),  
Tingkat 13B, Menara PKNS-PJ,  
No. 17, Jalan Yong Shook Lin,  
46050 Petaling Jaya,  
Selangor Darul Ehsan  
Phone: +603 7968 7002  
Fax: +603 7954 3225 (14B)  
<http://www.lan.gov.my/index.htm>  
E-Mail: [akreditasi@lan.gov.my](mailto:akreditasi@lan.gov.my)

## Forschung

### **Ministry of Science, Technology & Innovation (MOSTI)**

Aras 1-7, Blok C5,  
Pusat Pentadbiran Kerajaan  
Persekutuan  
62662 Putrajaya  
Phone: +603 888 58000  
Fax: +603 888 86070  
<http://www.mosti.gov.my/>

## Akademische Kooperation

### **DAAD-Informationszentrum (IC) Kuala Lumpur**

Dr. Harald Olk  
c/o Goethe Institut  
No 1 Jalan Langgak Golf, off Ji.  
Tun Razak  
55000 Kuala Lumpur  
Phone: +603 21480568  
Fax: +603 21480568  
E-Mail: [daadkl@tm.net.my](mailto:daadkl@tm.net.my)

### **German-Malaysian Institute**

No. 119, Jalan 7/91  
Taman Shamelin Perkasa  
3 1/2 Miles Cheras  
56100 Kuala Lumpur  
Phone: +603 928 61706  
Fax: +603 928 61707  
E-Mail: [enquiry@gmi.edu.my](mailto:enquiry@gmi.edu.my)

### **German Alumni Association Kuala Lumpur**

PERSATUAN ALUMNI GERMAN  
c/o German-Malaysian Institute  
No. 119, Jalan 7/91  
Taman Shamelin Perkasa,  
3 1/2 Miles Cheras  
56100 Kuala Lumpur  
Phone: +603 928 61706  
Fax: +603 928 61707

### **Humboldt-Club Malaysia**

c/o Prof. Dr. P.M. Sivalingam  
163, Changkat Minden  
Jalan 5, Minden Heights  
11700 Penang  
Phone: +606 465 4768  
E-Mail: [pmssiva@streamyx.com](mailto:pmssiva@streamyx.com)

### Kulturelle Zusammenarbeit

#### Goethe-Institut Kuala Lumpur

Leiter: Dr. Volker Wolf  
 No.1, Jalan Langgak Golf  
 55000 Kuala Lumpur  
 Phone: +603 214 22011  
 Fax: +603 214 22282  
<http://www.goethe.de/ins/my/kua/deindex.htm>

#### German-Malaysian Society

**Penang**  
 250-B Jalan Air Itam  
 10460 Penang  
 Phone/Fax: +604 229 6853  
 E-Mail:  
[mgspeg63@streamyx.com](mailto:mgspeg63@streamyx.com)

### Wirtschaftliche Zusammenarbeit

#### Deutsch-Malaysische Industrie- und Handelskammer

Suite 47.01, Level 47  
 Bangunan AMFinance  
 8 Jalan Yap Kwan Seng  
 50450 Kuala Lumpur  
 Phone: +603 207 83561  
 Fax: +603 207 21198

### Entwicklungszusammenarbeit

#### Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)

Frau Sabine Markert  
 German Development Cooperation  
 Deutsche Bank Building, 20th floor  
 Jl. Imam Bonjol No. 80  
 Jakarta 10310  
 Indonesien  
 Phone: +62 21 319 24007  
 Fax: +62 21 319 24070  
 E-Mail: [gtz-indonesien@id.gtz.de](mailto:gtz-indonesien@id.gtz.de)

#### Carl Duisberg Centren Malaysia

c/o Yahaya Educational Services  
 SDN  
 Leitung: Herr Tan Sri, Dató  
 Dr. Yahaya Ibrahim BHD  
 70-C Jalan SS 21 / 35  
 Damansara Utama  
 47400 Petaling Jaya  
 Phone: +603 772 74475  
 Fax: +603 772 74476  
 E-Mail:  
[yes2000\(at\)studyonair.com](mailto:yes2000(at)studyonair.com)

### Politische Stiftungen

#### **Friedrich-Ebert-Stiftung in Malaysia**

Dr. Paul Pasch  
Asia-Pacific Institute  
for Broadcasting Development  
P.O.Box 1137, Pantai  
59700 Kuala Lumpur  
Phone: +603 228 22489  
Fax: +603 228 22757  
E-Mail: paul\_fes@aibd.org.my

#### **Friedrich Naumann Stiftung**

26<sup>th</sup> Floor, SSP Tower,  
555 Soi 63 Sukhumvit Road,  
Bangkok 10110, Thailand  
Phone: +660 236 50570  
Fax: +660 271 14944  
E-Mail: contact@thailand.fnst.org

#### **Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) Länderbüro Malaysia**

Suite 18.1, Level 18  
Menara Genesis  
No. 33, Jalan Sultan Ismail  
50250 Kuala Lumpur  
Phone: +603 2713 7321 / 7323  
Fax: +603 2713 7320  
E-Mail: kaskul@pd.jaring.my

#### **Hanns Seidel Stiftung**

71 Namly Drive  
267 479 Singapore  
Phone: +656 468 0876  
Fax: +656 468 0804  
E-Mail: hsfsinga@singnet.com.sg

### Botschaften

#### **Botschaft von Malaysia in Deutschland**

(Kedutaan Besar Malaysia)  
Klingelhöferstr. 6  
10785 Berlin  
Phone: 030 885 7490  
Fax: 030 885 74950  
E-Mail: mwberlin@compuserve.com

#### **Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Malaysia**

26th Floor, Menakra Tan & Tan  
207 Jalan Tun Razak  
50 400 Kuala Lumpur  
P.O.Box 10023  
50 700 Kuala Lumpur  
E-Mail: contact@german-  
embassy.org.my

**(F) THAILAND****Politik**

**Botschaft der Bundesrepublik  
Deutschland in Thailand**  
Dr. Christoph Brümmer  
9 South Sathorn Road Bangkok  
10120 Thailand  
Phone: + 66 2 287 900 0  
Fax: + 66 2 287 17 76  
E-Mail: [info@german-embassy.or.th](mailto:info@german-embassy.or.th)  
Website:  
<http://www.bangkok.diplo.de>

**Bundesministerium für Bildung  
und Forschung (BMBF)**  
RD Dr. Christian Stienen  
Zusammenarbeit mit Asien und  
Ozeanien, Referat 2  
Dienstszitz Bonn  
Heinemannstr. 2  
53175 Bonn  
Phone: +49 (0) 1888/57-0  
[www.bmbf.de](http://www.bmbf.de)

**Auswärtiges Amt**  
Andreas Michaelis  
Beauftragter für Asienpolitik im  
Auswärtigen Amt  
Referat 3  
Werderscher Markt 1  
10117 Berlin  
Phone: +49 (0)631 030 5000 0  
[www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

**Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung (BMZ)**  
Dr. Christian Neumann  
Beauftragter für Südostasien

Referat 200  
Postfach 120322  
53045 Bonn  
Phone: +49 (0)30185350  
[www.bmz.de](http://www.bmz.de)

**Botschaft des Königreichs  
Thailand in Deutschland**  
Botschafterin I.E.  
Frau Cholchineeapan Chiranond  
Lepsiusstraße 64-66  
12163 Berlin  
Phone: +30-79 48 10  
Fax: +030-79 48 15 11

**Botschaft des Königreichs  
Thailand in Deutschland**  
Herr Apaicheep Bunnag  
Protocol and Education Affairs  
Royal Thai Embassy  
Lepsiusstraße 64-66  
12163 Berlin  
Phone +49 030 79481 413  
Fax +49 030 79481 251  
Email [apaicheepb@thaiembassy.de](mailto:apaicheepb@thaiembassy.de)

**Generalkonsulat des Königreichs  
Thailand**  
Herr Winyou Chamkam  
Generalkonsul  
Kennedyallee 109  
60596 Frankfurt am Main  
Phone: +69-69 86 82 05  
Fax: +69-69 86 82 28

## Ministerien in Thailand

### Ministry of Education

Mr. Chaturon Chaisang  
Minister Ratchadamnoen  
Nok Avenue  
Dusit Bangkok 1030  
Thailand  
Phone: + 02-6286134  
Fax: + 02-6286135  
Website:  
<http://www.moe.go.th/English/>

### Commission on Higher Education

Bureau of International Cooperation  
Strategy 328  
Sri Ayutthaya road  
Ratchathewi, Bangkok  
E-mail: [aporn\\_k@mua.go.th](mailto:aporn_k@mua.go.th)  
[ekaphong@mua.go.th](mailto:ekaphong@mua.go.th)  
[chada@mua.go.th](mailto:chada@mua.go.th)  
328 Si Ayutthaya Road  
Bangkok 10400  
Thailand  
Phone: +66 2610 5463  
Phone: +66 2610 5391 -99  
Fax: +66 2354 5570, (66) 2354 5614

### Ministry of Foreign Affairs

Minister Mr. Nitya Pibulsonggram  
Sri Ayudhya Road  
Bangkok 10400  
Thailand  
Phone: + 662 643-5333  
Fax: + 0-2643-5320  
Email: [minister@mfa.go.th](mailto:minister@mfa.go.th)

### Office of the Civil Service Commission

59 Pitsanuloke Road  
Chitlada District

Dusit, Bangkok 10300  
Phone: 02 281 3333  
Fax: 02 281 4973 Web-site  
<http://www.ocsc.go.th>

### Ministry of Commerce (MOCNet)

44/100 Nonthaburi 1 Rd  
Amphur Muang  
Nonthaburi 11000  
Thailand  
Phone: + 662 507-8000  
Fax: + 62 507-7717  
Email : [webmaster@ceb.moc.go.th](mailto:webmaster@ceb.moc.go.th)  
Website: <http://www.moc.go.th/>

### Ministry of Commerce

Department of Trade Negotiations  
Ms Chutima Bunyapraphasara  
Director General  
44/100 Thanon Nonthaburi 1  
Bangkrasor Nonthaburi 11000  
Thailand  
Phone: + 662 547 5649, 507 7648  
Fax: + 662 547 5625  
Email: [bhuthongt@dtm.go.th](mailto:bhuthongt@dtm.go.th)

### Ministry of Science and Technology

Rama VI Rd.,  
Ratchathewi, Bangkok 10400  
Thailand  
Phone: + 66-2 246-0064  
ext. 232-236  
Fax : + 66-2 246-5146  
Website : <http://www.most.go.th>  
Email : [webmaster@moste.go.th](mailto:webmaster@moste.go.th)

### Ministry of Labour

Thanon Mitmaitri

Dindaeng Bangkok 10400  
Thailand

Phone: +02-232-1421 – 22  
Website: <http://eng.mol.go.th/>

### **Internationale Organisationen und Stiftungen**

**APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation) Senior Officials**

Mr Virachai Plasai  
Director-General Department of  
International Economic Affairs  
Ministry of Foreign Affairs  
Sri Ayudhya Road  
Bangkok 10400  
Thailand  
Phone: + 66-2 643-5255

Mr. Nopadol Gunavibool  
Director-General  
Ministry of Foreign Affairs  
No. 443 Sri Ayudhya Road  
Rajthevi District Bangkok 10400  
Thailand  
Phone: +662 643-5224  
Fax: +662 643-5223  
Email: [asean01@mfa.go.th](mailto:asean01@mfa.go.th)  
Website: <http://www.aseansec.org/>

**APEC Secretariat**

35 Heng Mui Keng Terrace  
Singapore 119616  
Singapore  
Phone: +65 6775 6012  
Fax: +65 6775 6013  
Website: [www.apec.org](http://www.apec.org)  
Email: [apecdesk@mfa.go.th](mailto:apecdesk@mfa.go.th)

**UNESCAP United Nations  
Economic and Social Commission  
for Asia and the Pacific**

The United Nations Building  
Rajadamnern Nok Avenue  
Bangkok 10200  
Thailand  
Phone: +66-2 288-1234  
Fax : +66-2 288-1000  
Website: <http://www.unescap.org>  
Email: [unescap@unescap.org](mailto:unescap@unescap.org)

**ADB, Asian Development Bank**

Thailand Resident Mission  
The Offices at Central World 999/9  
Rama 1 Road  
Wangmai, Pathumwan  
Bangkok 10330  
Thailand  
Phone: +66 2 263 5300  
Fax: +66 2 263 5301  
Website: <http://www.adb.org/>

**The World Bank in Thailand  
Office**

989 Rama 1 Road  
Pathumwan Bangkok 10330  
Thailand  
Phone: +66 (0) 2686-8324  
Fax: +66 (0) 2686-8301  
E-mail: [cmejia@worldbank.org](mailto:cmejia@worldbank.org)

**ASEAN, Association of Southeast  
Asian Nations National  
Secretariat Thailand**

## Deutsche Organisationen und Stiftungen

### DEG - Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH

Belvederestraße 40  
50933 Köln  
Postfach 45 03 40  
50878 Köln  
Telefon: 0221 4986-0  
Telefax: 0221 4986-1290  
Email: info@deginvest.de

### GTZ Office Thailand

Herr Jürgen Koch  
193/63 Lake Rajada Office Complex  
New Ratchadapisek Road  
Klong Toey, Prakhonong  
Bangkok 10110  
Thailand  
Phone: +66 2 6619273  
Fax: +66 2 6619282  
E-Mail: gtz-thailand@gtz.de

### Friedrich Naumann Foundation

26<sup>th</sup> Floor, SSP Tower 555 Soi  
63 Sukhumvit Road  
Bangkok 10110 / Thailand  
Phone: +66 (02) 365 0570  
Fax: +66 (02) 711 4944  
Email: contact@thailand.fnst.org

### Friedrich-Ebert-Stiftung

Thanapoom Tower  
1550 New Petchburi Road  
Makkasan, Ratchathewi  
Bangkok 10400  
Thailand  
Phone: + 66 (0) 2652 7178 to 9  
Fax: + 66 (0) 2652 7180  
Email: info@FES-Thailand.org

### Hanns Seidel Foundation

71 Namly Drive 267  
479 Singapore  
Phone: 0065-6-46 80 876  
Fax: 0065-6-46 80 804  
E-Mail: hsfsinga@singnet.com.sg  
<http://www.hss.de/1851.shtml>

### InWent Regional Office Manila

Corner Leviste and Rufino Streets  
Salcedo Village 1226  
Makati City  
Philippines  
Phone: +63 2 8126750  
Fax: +63 2 8936173

## Thailändische Bildungsinstitute

### Association of Private Higher Education in Thailand

235 Petchkasem Road  
Phasi-charoen Bangkok 10160  
Thailand  
Phone: +662 457-0068  
Fax: +662 457-3982  
Email: webmaster@siam.edu

### Verein der ehemaligen Thai- Studenten in Deutschland (VTD) Association of former Thai Students in Germany

18/1 Soi Sathorn 1 (Attakarnprasit)  
Bangkok 10120  
Thailand

Phone: +66-2 287 43 89  
 Fax: +66-2 254 85 91

**Council of Universities' Presidents  
 of Thailand**

Old Administrative Building  
 Chulalongkorn University  
 Patumwan Bangkok 10330  
 Thailand  
 E-mail: webmaster@chula.ac.th  
 Website: <http://www.chula.ac.th/>

**Association of Private Higher  
 Education Institutions of Thailand  
 (APHEIT)**

Siam University  
 235 Petchkasem Raod  
 Phasi-charoen

Bangkok 10160  
 Thailand  
 Email: webmaster@siam.edu  
 Website: <http://www.apheit.com/>

**International Relations and  
 Cooperation Center for  
 Educational Reform (IRCE)**

Office of the National Education  
 Commission  
 Sukhothai Road  
 Dusit, Bangkok 10300 / Thailand  
 Phone: +662 6687123  
 Fax: +662 2432787  
 E-mail: edinfo@onec.go.th  
 Website: <http://www.onec.go.th>

**Bildung - international**

**Asia-Pacific Programme of  
 Education for All (APPEAL)**

UNESCO Asia and Pacific Regional  
 Bureau for Education  
 920 Sukhumvit Road  
 Prakanong, Bangkok 10110  
 Thailand  
 Phone: +66 2-3910577  
 Fax: +66 2-3910866  
 E-mail: [appeal@unescoykk.org](mailto:appeal@unescoykk.org)

**Asia-Pacific Programme of  
 Educational Innovation Develop-  
 ment (APEID)**

UNESCO Asia and Pacific Regional  
 Bureau for Education  
 920 Sukhumvit Road  
 Prakanong, Bangkok 10110  
 Thailand  
 Phone: +66 2-3910577

Fax: +66 2-3910866 Email:  
[apeid@unescoykk.org](mailto:apeid@unescoykk.org)

**Education Policy and Reform  
 (EPR) Unit**

**Education for Sustainable  
 Development (ESD)**  
 UNESCO Asia and Pacific Regional  
 Bureau for Education  
 920 Sukhumvit Road  
 Prakanong, Bangkok 10110  
 Thailand  
 Phone: +66 2-391-0577  
 Fax: +66 2-391-0866

**University Mobility in Asia and  
 the Pacific**

UMAP International Secretariat  
 328 Si Ayutthaya Rd.  
 Ratchathewi, Bangkok 10400

Thailand  
 Phone: +66-2-610-5400  
 Fax : +66-2-354 -5570  
 Email: admin@umap.org  
 Website: www.umap.org

**The Association of Southeast Asian Institutions of Higher Learning (ASAIHL)**  
 Ratasastra Building 2  
 Chulalongkom University  
 Henry Dunant Road  
 Bangkok 10330  
 Thailand  
 E-mail: oninnat@chula.ac.th  
 Website: http://www.asaihl.org

**Southeast Asian Ministers of Education Organisation (SEAMEO) Regional Institute of Higher Education and Development (RIHED)**  
 SEAMEO-RIHED  
 Ministry of University Affairs  
 Building  
 328 Sri Ayutthaya Road  
 Rajthewee Bangkok, 10400  
 Thailand  
 E-mail: rihed@seameo.org  
 Website: www.rihed.seameo.org

**ASEAN University Network (AUN) Association of South East Asian Nations (ASEAN)**  
 10th Floor, Ministry of University Affairs Building  
 328 Si Ayutthaya Road  
 Bangkok 10400  
 Thailand  
 Email:  
 supach@chulkn.car.chula.ac.th  
 Website:  
 http://www.aun.csc.chula.ac.th/

**Association of Universities of Asia and the Pacific (AUAP)**  
 Suranaree University of Technology  
 111 University Avenue  
 Suranee District  
 Nakhon Ratchasima 30000  
 Thailand  
 E-mail: cenintaf@ccs.sut.ac.th  
 Website: http://www.auap.com/

**EduFrance in Thailand**  
**British Council in Thailand**  
 Espace de Bangkok  
 Ambassade de France  
 Service de coopération et d'action culturelle  
 29 Thanon Sathorn Tai  
 10120 Bangkok  
 Thailand  
 Phone +66 2 627 21 12  
 Fax. +66 2 627 21 11  
 E-mail: edufrance@anet.net.th  
 www. edufrance-thailand.com

**Head Office Siam Square**  
 Siam Square, Phayathai Road  
 Pathumwan, Bangkok 10330  
 Thailand  
 Phone: +66 (0)2 652 5480-9  
 Fax: +66 (0) 2 253 5312  
 www.britishcouncil.or.th

**British Council**  
**Office Chiang Mai**  
 198 Bumrunraj Road  
 Amphur Muang Chiang Mai 50000  
 Thailand  
 Phone: +66 (0) 5324 2103  
 Fax: +66 (0) 5324 4781  
 E-mail:  
 chiangmai@britishcouncil.or.th

**British Council**  
**Office Ladparo**  
 2nd Floor, Rasa Tower 555  
 Phaholyothin Road Ladyao  
 Chatuchak, Bangkok 10900  
 Thailand  
 Phone: +66 (0) 2 937-1037-9  
 Fax: +66 (0) 2 937-1036

**British Council**  
**Office Pinklao**  
 10th Floor, Central Pinklao Office  
 Tower A 7/222  
 Baromrajchonnee Road  
 Bangkok Noi  
 Bangkok 10700  
 Thailand  
 Phone: +66 (0) 2 884 9944-6  
 Fax: +66 (0) 2 884 9943

### Deutsche Repräsentanten des Bildungssektors

**DAAD Information Center**  
**Mr. Jan Stevener, Head**  
 18/1 Soi Goethe  
 Sathorn 1  
 Bangkok 10120  
 Thailand  
 Phone: +02 286 8708-9  
 Fax: +02 286 4845  
 Website: <http://www.daad.or.th>

Email: [jansen@ithe.rwth-aachen.de](mailto:jansen@ithe.rwth-aachen.de)  
 Website: [www.tggs.rwth-aachen.de](http://www.tggs.rwth-aachen.de)

**Goethe-Institute Bangkok**  
 18/1 Soi Goethe  
 Sathorn 1  
 Bangkok 10120  
 Email: [info@bangkok.goethe.org](mailto:info@bangkok.goethe.org)  
 Website:  
<http://www.goethe.de/ins/th/ban/deindex.htm>

**Gemeinschaft der Aachener  
 Thailändischen Studierenden**  
 Chair of Electromagnetic Theory  
 RWTH Aachen  
 University of Technology  
 Kopernikusstraße 16  
 D-52074 Aachen  
 Germany

**Sirindhorn International Thai-  
 German Graduate School of  
 Engineering (TGGS)**  
 RWTH Aachen & King Mongkut's  
 Institute of Technology  
 North Bangkok  
 Prof. Dr.-Ing. R. H. Jansen

**Konrad Adenauer Foundation**  
 Länderbüro Thailand  
 Dr. Lars Peter Schmidt  
 10th Floor, Bangkok Tower  
 2170 New Petchburi Road  
 P.O.Box 30  
 Bangkok 10320  
 Thailand

**Thai-Deutsche Kulturstiftung  
 (TDKS) /Thai-German Cultural  
 Foundation**  
 18/1 Soi Sathorn 1 (Attakarnprasit)  
 South Sathorn Road  
 Bangkok 10120

Thailand  
Phone: +66-2 287 28 22  
Fax: +66-2 287 43 90

E-Mail: admin@dssb.org  
E-Mail: uraiwan.sethakul@dssb.org

**RIS Swiss Section**  
**Deutschsprachige Schule Bangkok**  
Ruamrudee International School  
Swiss Section 6/1  
Ramkamhaeng 184 Road  
Minburi Bangkok 10510  
Thailand  
Phone: (66) 0-2518-0340, 42-44  
Fax: 00662 518-0341

**Christliche Deutsche Schule**  
**Chiang Mai (CDSC)**  
Frau Somsri, Head  
P.O. Box 12  
Chiangmai 50140 - Saraphee  
Thailand  
Phone: +66 (0) 53 - 816 624  
Fax: +66 (0) 53 - 816 270  
E-mail: office@cdscm.org

### **Wirtschaft und politische Stiftungen**

**The Department of Internal Trade**  
**Ministry of Commerce**  
44/100 Nonthaburi 1 Rd.  
Muang district  
Nonthaburi 11000  
Thailand  
Phone: 0-2507-6111  
Fax: 0-2547-5361  
Web Site: <http://www.dit.go.th>

**Bord of Investment of Thailand**  
Head Office  
555 Vibhavadi-Rangsit Rd.  
Chatuchak, Bangkok 10900  
Thailand  
Phone: + 66 2 511-5066-77  
Fax: + 66 2 512-2670  
E-Mail: head@boi.go.th  
<http://www.boi.go.th>

**Thai Chamber of Commerce**  
Head Office  
The Thai Chamber of Commerce  
150 Rajbopit Road  
Bangkok 10200  
Phone: + 66 0 2622 1860 - 76  
Fax: + 66 0 2225 3372  
Web: <http://www.thaiechamber.com/cms/main.jsp>

**International Institute for Trade and Development (ITD)**  
Vidhayabhathana Bldg.  
Chulalongkorn University  
Chula Soi  
12, Phayathai Rd.  
Bangkok 10330  
Thailand  
Phone: +66 (0) 2216 1894-7  
Fax: +66 (0) 2216 1898-9  
E-mail: info@itd.or.th  
Website: [www.itd.or.th](http://www.itd.or.th)

**Department of Export Promotion**  
Rachadapisek Office  
22/77 Rachadapisek Road  
Chatuchak, Bangkok 10900  
Thailand

**Centrum für Internationale  
Migration und Entwicklung  
(CIM)**

Dr. Bernhard von der Haar  
E-Mail: [bernhard.haar@gtz.de](mailto:bernhard.haar@gtz.de)  
Phone: +49 (0)69-719121-43  
Fax: +49 (0)69-719121-19

**German-Thai Chamber of  
Commerce**

Dr. Paul Strunk, Executive Director  
195 South Sathorn Road  
Bangkok 10120  
Thailand  
Phone: + 66 (0) 2670 0600  
Fax: + 66 (0) 2670 0601  
E-mail: [gtcc@gtcc.org](mailto:gtcc@gtcc.org)  
Website: [www.gtcc.org](http://www.gtcc.org)

**Konrad-Adenauer-Foundation**

Dr. Norbert Eschborn  
P.O. Box 30  
2170 New Petchburi Road  
Bangkok 10320 Thailand  
Phone: + 66-2 3 08 00 08/9

Fax: + 66-2 308 00 10  
E-mail: [kasthai@ksc.th.com](mailto:kasthai@ksc.th.com)  
Website:

<http://www.kas.de/Thailand>

**Friedrich-Ebert-Foundation  
Bangkok**

Thanapoom Tower, 23rd Floor  
1550 New Petchburi Road Makka-  
san, Ratchathewi  
Bangkok 10400  
Thailand  
Phone: +66 (0) 2652 7178 to 9  
Fax: +66 (0) 2652 7180  
Website: <http://www.fnst.org>

**Asien-Pazifik Ausschuss der  
Deutschen Wirtschaft (APA)**

APA-Koordinator Deutschland  
c/o BDI  
Breite Straße 29  
D-10178 Berlin  
Phone: + 030 2028-1581  
Fax: + 030 2028-2581

**Wissenschaft und Technologie**

**Deutscher Akademischer  
Austauschdienst**

Frau Hannelore Bossmann  
Leiterin Referat 422  
Kennedyallee 50  
53175 Bonn-Bad Godesberg  
Phone: 0228-882 390  
Fax: 0228-882 570  
E-mail: [bossmann@daad.de](mailto:bossmann@daad.de)

**School of Engineering (TGGS)**  
RWTH Aachen & King Mongkut's  
Institute of Technology

North Bangkok  
Prof. Dr.-Ing. R. H. Jansen  
E-mail: [jansen@ithe.rwth-aachen.de](mailto:jansen@ithe.rwth-aachen.de)  
Website: [www.tggs.rwth-aachen.de](http://www.tggs.rwth-aachen.de)  
[www.daad.de](http://www.daad.de)

**Internationales Büro (IB) des  
BMBF**

Deutsches Zentrum für Luft- und  
Raumfahrt e.V.  
Königswinterer Str. 522-524  
53227 Bonn  
Phone: 0228-44921

Fax: 0228-4992400  
 E-Mail: [ib@dlr.de](mailto:ib@dlr.de)  
[www.internationales-buero.de](http://www.internationales-buero.de)

**Alexander von Humboldt-Stiftung**

Humboldt-Club Thailand  
 Prof. Dr. Chetana Nagavajara  
 Prof. Dr. Pakawadee Sutthivaiyakit  
 Kasetsart University  
 Faculty of Science,  
 Chemistry Department  
 P.O. Box 1011  
 Kasetsart Bangkok 10903  
 Phone: +66-2 5625555 ext. 2252  
 Fax: +66-86 5432055  
 E-mail: [fscipws@ku.ac.th](mailto:fscipws@ku.ac.th)

**Carl Duisberg Gesellschaft e.V.**

South East Asia Program  
 Office Rajithewee Tower 77/102,  
 12th Floor  
 Phayathai Road  
 Bangkok 10400  
 Thailand  
 Phone: 0066-2-2529895  
 Fax: 0066-2-2548591

**Thailand Institute of Scientific  
 and Technological Research  
 (TISTR)**

Technopolis, Klong 5, Klong Luan,  
 Pathumthani 12120  
 Thailand  
 Phone: +66 2577 9000  
 Fax: +66 2577 9009  
 Email: [tistr@tistr.or.th](mailto:tistr@tistr.or.th)  
 Website: [www.tistr.or.th](http://www.tistr.or.th)

**Environmental Competence  
 Center (ECC)**

57/2 Moo 7, Charoenchokdee Road  
 T. Thaboonme, A. Koachan

20240 Chonburi  
 Thailand  
 Phone: +66 38 - 20 99 13  
 Fax: +66 38 - 36 31 42  
 Website: <http://www.eco-web.com>

**National Research Council of  
 Thailand**

196 Paholyotin Rd., Chatuchak  
 Bangkok 10900  
 Phone: 0-2561-2445  
 Website: <http://www.nrct.net/eng/>

**Asian Institute of Technology  
 (AIT)**

P.O. Box 4, Klong Luang  
 Pathumthani 12120  
 Thailand  
 Phone: +66 2 5160144  
 Fax: +66 2 516 2126  
 Website: <http://www.ait.ac.th/>

**Thailand International Develop-  
 ment Cooperation Agency (TICA)**

962 Krung Kasem Rd.  
 Bangkok 10100  
 Thailand  
 Phone: +662 0-2280-0980  
 Fax: +662 0-2280-1248

**National Science and Technolgy  
 Development Agency (NSTDA)**

111 Phahonyothin Rd.,  
 Klong 1 Klong Luang,  
 Pathum Thani 12120  
 Thailand  
 Phone: + 66-2 564-7000  
 Fax: + 66-2 564-7001

**National Innovation Agency(NIA)**

**National Electronics and  
 Computer Technology**

73/1 Rama VI Rd., Ratchathewi  
Bangkok 10400  
Thailand  
Phone: 02-644-6000  
Fax: 02-644-8444

**Thailand Science Park Center**  
112 Paholyothin Rd., Klong 1  
Klong Luang  
Pathumthani 12120  
Thailand  
Phone: 02-564-6900  
Fax: 0-2564-6901-3  
E-mail: info@nectec.or.th

**National Metal and Materials  
Technology Center**  
International Cooperation Dpt.  
Thailand Science Park  
111 Paholyothin Rd., Klong 1,  
Klongluang  
Pathumthani 12120  
Thailand  
Phone: +66 -2564-7000  
Fax: +66 -2564-7005  
www.nstda.or.th

**Thai-Deutsche Stiftung für  
Entwicklung  
Thai-German Development  
Foundation (THAI-GER FUND)**  
Century Park Condominium  
iphavadi Rangsit Soi 22  
Chatuchak  
Bangkok 10900  
Thailand  
Phone: +66-2 938 67 60-2  
Fax: +66-2 938 67 59

**Thai-Deutscher Verein zur  
Technologie-Förderung  
Thai-German Technology**

**Promotion Club**  
c/o King Mongkut's Institute of  
Technology  
North Bangkok  
1518 Pibulsongkram Road  
Bangsue Bangkok 10800  
Thailand  
Phone: +66-2 585 76 82  
Fax: +66-2 585 61 49, 587 43 50

**Deutsche Forschungsgemeinschaft**  
Dr. Harald Leisch  
Kennedyallee 40  
D-53175 Bonn  
Phone: +49 228/885-1  
Fax: +49 228/885-2777  
E-Mail: postmaster@dfg.de  
Website://www.dfg.de

**Thai-German Institute Training  
Centre for Industrial Technologies**  
Phone: +66 (0)38456800  
Fax: +66 (0)38456888  
Email: Crm-dept@tgi.or.th  
Website: www.tgi.or.th



## **Anhang 3**

### **Wichtige Internet-Adressen**

#### **(A) CHILE**

##### **Rechtliche Vorgaben für den Hochschulsektor**

[http://www.iesalc.unesco.org.ve/programas/legislacion/nacionales/chile/leg\\_cl.pdf](http://www.iesalc.unesco.org.ve/programas/legislacion/nacionales/chile/leg_cl.pdf)

##### **Hochschulstatistik**

[http://www.cse.cl/ASP/WEB\\_CSE\\_estadisticas.asp](http://www.cse.cl/ASP/WEB_CSE_estadisticas.asp)

##### **Datenbank mit allen Universitäten und Studiengängen**

<http://www.cse.cl/CSE/Asp/WebCSEBuscCompa.asp>

##### **Die 'traditionellen' Universitäten**

**Pontificia Universidad Católica de Chile:** <http://www.puc.cl/>

**Pontificia Universidad Católica de Valparaíso:** <http://www.ucv.cl/>

**Universidad Austral de Chile:** <http://www.uach.cl/>

**Universidad Católica del Norte:** <http://www.ucn.cl/>

**Universidad de Chile:** <http://www.uchile.cl/>

**Universidad de Concepción :** <http://www.udec.cl/concepcion.php>

**Universidad de Santiago de Chile:** <http://www.usach.cl/>

**Universidad Técnica Federico Santa María:** <http://www.utfsm.cl/>

##### **Private Universitäten in ausländischem Besitz bzw. mit ausländischer Beteiligung**

**Universidad Andrés Bello:** <http://www.unab.cl/>

**Universidad de las Américas:** <http://www.uamericas.cl/>

**Universidad Internacional SEK:** <http://www.uisek.cl/>

**(B) GEORGIEN****Georgische Hochschulen und ihre Internet-Adressen***Staatliche Hochschulen***Akaki Tsereteli State University:** [http://www.atsu.edu.ge/index\\_en.html](http://www.atsu.edu.ge/index_en.html)**Batumi State Maritime Academy:** <http://www.iamu-edu.org/members/bsma.php>**Georgian Shota Rustaveli University of Theatre and Film:** Keine Web-Adresse**Georgian State Agrarian University:** <http://www.gsau.edu.ge>**Georgian State Academy of Physical Education and Sport:**[http://www.sportacademy.ge/Page\\_1en.htm](http://www.sportacademy.ge/Page_1en.htm)**Georgian Technical University:** <http://www.gtu.edu.ge/english/index.htm>**Gori State University:** <http://gori.iatp.org.ge/maineng/education/universities.htm>**Ilia Chavchavadze State University:** <http://www.iliauni.edu.ge/en>**Shota Rustaveli State University:** <http://www.bsu.edu.ge/en/>**Tbilisi State University of Economic Relations:**[http://www.teusu.edu.ge/eng\\_index.html](http://www.teusu.edu.ge/eng_index.html)**Tbilisi Vano Sarajishvili State Conservatoire:** <http://www.conservatoire.edu.ge>**Tbilisi State Medical University:** <http://www.tsmu.edu>**Tbilisi Apolon Kutateladze State Academy of Art:** Keine Web-Adresse**Tbilisi Ivane Javakhishvili State University:** <http://www.tsu.edu.ge/indexe.asp>**Telavi I. Gogebashvili State University:** <http://teseu.iatp.org.ge>**The Georgian State University of Subtropical Agriculture:**<http://www.ssmsu.edu.ge/>**Tskhinvali State University:** Keine Web-Adresse*Private Hochschulen, die von ausländischen Hochschulen unterstützt werden***Caucasian University LTD:** <http://www.ibeku-tbilisi.edu.ge/index.php?lang=rus>**Georgian-American University LTD:**<http://www.gau.edu.ge/eng/howtoapply.php>**European School of Management (ESM) LTD:** <http://www.esm-tbilisi.ge>

*Private Hochschulen ohne Unterstützung ausländischer Hochschulen  
(nur 2006 akkreditierte)*

**Batumi Institute of Free-Lance and Science:** Keine Web-Adresse

**Georgian-British Institute of International Law and Management LTD**

<http://www.ifos.de/anabin/scripts/lstInstitutionen.ASP?Param=Ort&Data=Tiflis%2FTbilisi&OrderBy=Bildungsinstitution.Kurzbezeichnung&SuchLand=183><http://www.ssmu.edu.ge>

**Higher Medical School "Aieti" LTD:** <http://www.aieti.ge>

**Pharmaceutical Institute "Interpharm" LTD:** <http://www.interpharm.ge>

**SDASU – Georgian Davit Agmashenebeli University LTD:**

<http://www.sdasu.ge>

**Stomatological University LTD:** Keine Web-Adresse

**Tbilisi Medical Institute "Hypocrates" LTD:** <http://www.hippocrates.edu.ge>

**Tbilisi Aviation University LTD:** Keine Web-Adresse

**Tbilisi National University "Metekhi" LTD:** Keine Web-Adresse

**Tbilisi University LTD:** Keine Web-Adresse

**Tbilisi Institute of Asia and Africa LTD:** <http://www.tiaa.edu.ge>

**The Sukhumi Akaki Chkhartishvili Economic-Humanitarian University**

**LTD:** Keine Web-Adresse

**The Kutaisi University of Law and Economics LTD:**

<http://www.kseu.edu.ge/eng/index.html>

**University of Customs-Taxation LTD:** Keine Web-Adresse

**University of Social Sciences LTD:** <http://www.guss.edu.ge/eng/index.php>

## (C) INDIEN

**Listen und Kontaktinformationen der indischen Hochschulen nach Regionen**

finden sich auf den Internetseiten des Bildungsministeriums unter

<http://www.education.nic.in/AutonomousIndex.asp>

Die offizielle Homepage der indischen Regierung:

[www.goidirectory.nic.in](http://www.goidirectory.nic.in)

**Das „Ministry of Science and Technology India“ und die ihm zu geordneten Einrichtungen**

**Department of Bio-Technology (DBT)** <http://dbtindia.nic.in>

**Department of Science and Technology (DST)** <http://dst.gov.in>

**Department of Scientific and Industrial Research (DSIR)** <http://dsir.gov.in>

**Autonomous Bodies**

**Agharkar Research Institute (ARI)** <http://aripune.org>

**Birbal Sahni Institute of Palaeobotany** <http://www.bsip-india.org>

**Bose Institute, Kolkata** <http://www.bosinstitute.org>

**Council of Scientific and Industrial Research (CSIR)** <http://www.csir.res.in>

**Indian Association for the Cultivation of Science (IACS)** <http://www.iacs.res.in>

**Indian Institute of Astrophysics (IIA)** <http://www.iiap.res.in>

**Indian Institute of Tropical Meteorology (IITM)** <http://www.tropmet.res.in>

**Indian National Academy of Engineering (INAE)** <http://www.inae.org>

**Institute of Bioresources and Sustainable Development (IBSD)**  
<http://ibsd-imphal.nic.org>

**Jawaharlal Nehru Centre for Advanced Scientific Research (JNCASR)**  
<http://www.jncasr.ac.in>

**National Accreditation Board for Testing and Calibration Laboratories (NABL)** <http://www.nabl-india.org>

**National Centre for Plant Genome Research (NCPGR)** <http://ncpgr.nic.in>

**National Institute of Immunology (NII)** <http://www.nii.res.in>

**Raman Research Institute** <http://www.rri.res.in>

**Satyendra Nath Bose National Centre for Basic Sciences**  
<http://www.boson.bose.res.in>

**Sree Chitra Tirunal Institute for Medical Sciences and Technology (SCTIMST)** <http://sctimst.ker.nic.in>

**Technology Information, Forecasting and Assessment Council (TIFAC)**  
<http://www.tifac.org.in>

**Vigyan Prasar** <http://www.vigyanprasar.com>

**Wadia Institute of Himalayan Geology** <http://www.himgeology.com>

**Councils**

**State Councils for Science and Technology** <http://www.dst.sntcouncils.org>

**PSUs and Joint Ventures**

**National Research Development Corporation (NRDC)**

<http://www.nred.india.com>

**Others**

**Bio-Technology Information System** <http://dbtindia.nic.in.btis>

**Consortium on Micropropagation Research and Technology Development**

<http://dbtmcicropropagation.nic.in>

**e-Biotech Commerce** <http://dbtindia.nic.in.ebc>

**Farm Net Asia** <http://farmnetasia.nic.in>

**India Meteorological Department (IMD)** <http://imd.ernet.in>

**Indian Academy of Sciences** <http://www.ias.ac.in>

**Indian Science Congress Association** <http://www.sciencecongress.org>

**National Atlas and Thematic Mapping Organisation (NATMO)**

<http://www.natmo.org>

**National Science and Technology Entrepreneurship Development Board**

(NSTEDB) <http://www.nstedb.com>

**Natural Resources Data Management System (NRDMS)** <http://nrdms.nic.in>

**Gesetzliche Grundlagen für private Universitäten in Indien**

**University Grants Commission New Delhi:** Establishment & maintenance of standards in private universities. Regulations, 2003

[http://www.ugc.ac.in/policy/regulationspdf/establishment\\_maintenance.pdf](http://www.ugc.ac.in/policy/regulationspdf/establishment_maintenance.pdf)

**Regulations for Entry and Operation of Foreign Universities/Institutions imparting Technical Education in India, New Delhi, the 16th May 2005**

<http://www.aicte.ernet.in>

**All India Council for Technical Education (2005).** AICTE Leitfaden und Antragsformular für die Registrierung ausländischer Hochschulen in Indien (August 2005) (Original in Englisch).

**(D) MALAYSIA****Rechtliche Vorgaben für den privaten Hochschulsektor**

<http://www.lan.gov.my/english/index2eng.htm>

<http://www.mohe.gov.my>

**Öffentliche Universitäten**

**Universiti Darul Iman (UDM)**, seit 2006: <http://www.udm.edu.my>

**Universiti Islam Antarabangsa Malaysia (UIAM)**, seit 1983:

<http://www.uiam.edu.my>

**Universiti Kebangsaan Malaysia (UKM), National University of Malaysia**, seit 1970: <http://www.ukm.my>

**Universiti Malaya (UM), University of Malaya**, seit 1960:

<http://www.um.edu.my>

**Universiti Malaysia Sabah (UMS), University of Malaysia Sabah**, seit 1994:

<http://www.ums.edu.my>

**Universiti Malaysia Sarawak (UNIMAS), University of Malaysia Sarawak**, seit 1992: <http://www.unimas.my>

**Universiti Pendidikan Sultan Idris (UPSI), Sultan Idris Teaching University**, seit 1997: <http://www.upsi.edu.my>

**Universiti Putra Malaysia (UPM), Putra University of Malaysia**, seit 1971

<http://www.upm.edu.my>

**Universiti Sains Malaysia (USM), Science University of Malaysia**, seit 1969

<http://www.usm.my>

**Universiti Teknologi Malaysia (UTM), University of Technology Malaysia**, seit

1975: <http://www.utm.my>

**Universiti Utara Malaysia (UUM), Northern University of Malaysia**, seit

1984: <http://www.uum.edu.my>

**Universiti Teknologi MARA (UiTM), MARA University of Technology**, seit 1999

<http://www.uitm.edu.my>

## Spezialisierte Universitäten

**Kolej Universiti Islam Malaysia (KUIM)**, seit 1998

Islamic University College of Malaysia

<http://www.kuim.edu.my>

**Kolej Universiti Kejuruteraan dan Teknologi Malaysia (KUKTEM)**, seit 2001

University College of Engineering & Technology Malaysia

<http://www.kuktem.edu.my>

**Kolej Universiti Kejuruteraan Utara Malaysia (KUKUM)**, seit 2001

Northern Malaysia University College of Engineering

<http://www.kukum.edu.my>

**Kolej Universiti Sains dan Teknologi Malaysia (KUSTEM)**, seit 1999

University College of Science & Technology

<http://www.kustem.edu.my>

**Kolej Universiti Teknikal Kebangsaan Malaysia (KUTKM)**, seit 2000

National Technical University College of Malaysia

<http://www.kutkm.edu.my>

**Kolej Universiti Teknologi Tun Hussein Onn (KUiTTHO)**, seit 2000

Tun Hussein Onn University College of Technology

<http://www.kuittho.edu.my>

## Private Universitäten

**International Medical University (IMU)**, seit 1999

<http://www.imu.edu.my/>

**Malaysia University of Science and Technology (MUST)**, seit 2000

<http://www.must.edu.my/>

**Multimedia University (MMU)**, seit 1999

[www.mmu.edu.my](http://www.mmu.edu.my)

**Open University (OUM)**, seit 2002

<http://www.oum.edu.my/portal/>

**Universiti Tenaga Nasional (UNITEN)**, seit 1999

<http://www.uniten.edu.my>

**Universiti Kuala Lumpur (Unikl)**, seit 2002

<http://www.unikl.com/unikl/eng/index1.php>

**Universiti Industri Selangor (UNISEL)**, seit 2000

<http://www.unisel.edu.my>

**Universiti Teknologi Petronas (UTP)**, seit 1999

[www.utp.edu.my](http://www.utp.edu.my)

**University Terbuka Malaysia (UNITEM)**, seit 2000

<http://www.unitem.edu.my>

**Universiti Tun Abdul Razak (UNITAR)**, seit 1999

<http://www.unitar.edu.my/>

**Universiti Tunku Abdul Rahman (UTAR)**, seit 2002

<http://www.utar.edu.my/>

### **Spezialisierte Universitäten**

**Asia Pacific University College of Technology & Innovation – Malaysia (UCTI)**,

seit 2004: <http://www.ucti.edu.my/>

**Binary University College of Management and Entrepreneurship (BUCME)**, seit

2004: <http://www.binary.edu.my>

**HELP University College (HUC)**, seit 2004: <http://www.help.edu.my/>

Institut Perubatan, Sains dan Teknologi Asian (AIMST), seit 2001

<http://www.aimst.edu.my>

**Kolej Universiti Islam Antarabangsa Selangor (KUIS)**, seit 2004

<http://www.kuis.edu.my>

**Kolej Universiti Sains Perubatan Cyberjaya (CUCMS)**, seit 2005

<http://www.cybermed.edu.my>

**Kolej Universiti Teknologi Antarabangsa Twintech (IUCTT)**, seit 2003

<http://www.iuctt.edu.my>

**Kolej Universiti Teknologi dan Pengurusan Malaysia (KUTPM)**, seit 2001

<http://www.kutpm.edu.my>

**Kolej Universiti Terbuka Wawasan (WOUC)**, seit 2005

<http://www.wou.edu.my>

**Kuala Lumpur Infrastructure University College (KLiUC)**, seit 2003

<http://www.kliuc.edu.my/>

**Lim Kok Wing University College of Creative Technology (LUCT)**, seit 2003

<http://www.limkokwing.edu.my/>

**Sunway University College (SYUC)**, seit 2004

<http://www.sunway.edu.my/>

**University College Sedaya International (UCSI)**, seit 2003

<http://www.ucsi.edu.my>

**Inti International University College**, seit 1986  
<http://www.intimal.edu.my/>

**Taylor's University College**  
<http://www.taylors.edu.my/>

### **Campus ausländischer Hochschulen**

**Curtin University of Technology Sarawak Campus (CUSM)**, seit 1999  
<http://www.curtin.edu.my/>

**Monash University Malaysia Campus (MUM)**, seit 1999  
<http://www.monash.edu.au>

**University of Nottingham Malaysia Campus (UNiM)**, seit 2000  
<http://www.nottingham.ac.uk>

**Swinburne University of Technology (SUT)**, seit 2004  
<http://www.swinburne.edu.my/>

### **Private Colleges**

**(Mitglieder der Malaysian Association of Private Colleges and Universities, die über eine eigene Website verfügen)**

**Institute Megatech**, seit 1988: <http://www.megatech.edu.my>

**International College of Music**, seit 1995: <http://www.icom.edu.my/>

**KBU International College**, seit 1990: <http://www.kbu.edu.my/>

**KDU College**, seit 1983: <http://www.kdu.edu.my/>

**Kemayan Advance Tertiary College (Kemayan ATC)**: <http://www.atc2u.com/>

**Kolej Binary**, seit 1984: <http://www.binary.edu.my/>

**Kolej Latihan Telekom**, seit 1948: <http://mmc.tm.com.my/>

**Kolej TAFE Seremban**, seit 1971: <http://www.tafeseremban.edu.my/>

**Malaysia Institute of Integrative Media**, seit 1996: <http://www.miim.edu.my/>

**Mantissa Institute**, seit 2003: <http://www.mantissa.edu.my/>

**Metropolitan College**, seit 1987: <http://www.metropolitan.edu.my/>

**Nilai International College**, seit 1997: <http://www.nilai.edu.my/>

**Olympia College**, seit 1995: <http://www.olympia.edu.my/>

**Pusat Teknologi dan Pengurusan Lanjutan (PTPL)**, seit 1996

<http://www.ptpl.edu.my/v3/index.php>

**SAL Group of Colleges**, seit 1982: <http://www.sal.edu.my/>

**SIT International College**, seit 1996: <http://www.sit.edu.my/>

**Systematic Education Group International Berhad (SEGI College)**, seit 1978

<http://www.segi.edu.my/>

**Taylor's College, School of Hospitality and Tourism**, seit 1969:

<http://hospitality-tourism.taylors.edu.my/>

**TPM Academy Sdn. Bhd.**, seit 2003: <http://www.tpmacademy.edu.my/>

**Trengganu Advanced Technical Institute**, seit 1993

<http://www.tati.edu.my/>

## **Zu den Autorinnen**

Dr. Karola Hahn ist Akademische Koordinatorin der Vietnamese German University (VGU) beim Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Wiesbaden. Bis Ende 2007 hat sie in verschiedenen Positionen an der Internationalisierung der Universitäten mitgewirkt und war im Rahmen eines europäischen Projekts als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Internationalen Zentrum für Hochschulforschung der Universität Kassel tätig.

Kristin Höltge schloss 2005 ihr Studium Osteuropa-Studien und Volkswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin ab. Zwischen 2002 und 2007 unternahm sie mehrere Forschungsaufenthalte in Georgien. Sie arbeitete im Europa-Programm von International Crisis Group, HQ Brüssel und ist seit 2007 für eine Beratungsfirma in London tätig, wo sie sich im Auftrag der Europäischen Kommission mit den Bereichen Europäische Forschung sowie Justiz, Freiheit und Sicherheit beschäftigt.

Dr. Ute Lanzendorf ist Referentin für Hochschulentwicklung an der Goethe-Universität in Frankfurt. Sie war von 2002 bis 2008 Postdoc am Internationalen Zentrum für Hochschulforschung der Universität Kassel und von 2006 bis 2008 auch Geschäftsführerin des Zentrums. Der Schwerpunkt ihrer wissenschaftlichen Arbeit liegt in der vergleichenden Hochschulforschung zu den Themen Globalisierung, Mobilität und Forschungs-Governance.



**Publikationen des  
Internationalen Zentrums für Hochschulforschung Kassel (INCHER-Kassel)  
Universität Kassel**

**(A) Reihe "Hochschule und Beruf"  
(Campus-Verlag, Frankfurt/M. und New York)**

TEICHLER, Ulrich und WINKLER, Helmut (Hg.): Praxisorientierung des Studiums. Frankfurt/M. und New York 1979 (vergriffen).

TEICHLER, Ulrich (Hg.): Hochschule und Beruf. Problemlagen und Aufgaben der Forschung. Frankfurt/M. und New York 1979 (vergriffen).

BRINCKMANN, Hans; HACKFORTH, Susanne und TEICHLER, Ulrich: Die neuen Beamtenhochschulen. Bildungs-, verwaltungs- und arbeitsmarktpolitische Probleme einer verspäteten Reform. Frankfurt/M. und New York 1980.

FREIDANK, Gabriele; NEUSEL, Aylâ; TEICHLER, Ulrich (Hg.): Praxisorientierung als institutionelles Problem der Hochschule. Frankfurt/M. und New York 1980.

CERYCH, Ladislav; NEUSEL, Aylâ; TEICHLER, Ulrich und WINKLER, Helmut: Gesamthochschule - Erfahrungen, Hemmnisse, Zielwandel. Frankfurt/M. und New York 1981.

HERMANN, Harry; TEICHLER, Ulrich und WASSER, Henry (Hg.): Integrierte Hochschulmodelle. Erfahrungen aus drei Ländern. Frankfurt/M. und New York 1982.

HOLTKAMP, Rolf und TEICHLER, Ulrich (Hg.): Berufstätigkeit von Hochschulabsolventen - Forschungsergebnisse und Folgerungen für das Studium. Frankfurt/M. und New York 1983 (vergriffen).

HERMANN, Harry; TKOCZ, Christian und WINKLER, Helmut: Berufsverlauf von Ingenieuren. Eine biografie-analytische Untersuchung auf der Basis narrativer Interviews. Frankfurt/M. und New York 1983.

CLEMENS, Bärbel; METZ-GÖCKEL, Sigrid; NEUSEL, Aylâ und PORT, Barbara (Hg.): Töchter der Alma Mater. Frauen in der Berufs- und Hochschulforschung. Frankfurt/M. und New York 1986.

GORZKA, Gabriele; HEIPCKE, Klaus und TEICHLER, Ulrich (Hg.): Hochschule - Beruf - Gesellschaft. Ergebnisse der Forschung zum Funktionswandel der Hochschulen. Frankfurt/M. und New York 1988.

OEHLER, Christoph: Hochschulentwicklung in der Bundesrepublik seit 1945. Frankfurt/M. und New York 1989 (vergriffen).

TEICHLER, Ulrich: Europäische Hochschulsysteme. Die Beharrlichkeit vielfältiger Modelle. Frankfurt/M. und New York 1990.

BECKMEIER, Carola und NEUSEL, Aylâ: Entscheidungsverflechtung an Hochschulen - Determinanten der Entscheidungsfindung an deutschen und französischen Hochschulen. Frankfurt/M. und New York 1991.

EKARDT, Hanns-Peter, Löffler, Reiner und Hengstenberg, Heike: Arbeitssituationen von Firmenbauleitern. Frankfurt/M. und New York 1992.

NEUSEL, Aylâ; TEICHLER, Ulrich und WINKLER, Helmut (Hg.): Hochschule - Staat - Gesellschaft. Christoph Oehler zum 65. Geburtstag. Frankfurt/M. und New York 1993.

FUCHS, Marek: Forschungsorganisation an Hochschulinstituten. Der Fall Maschinenbau. Frankfurt/M. und New York 1994.

ENDERS, Jürgen: Die wissenschaftlichen Mitarbeiter. Ausbildung, Beschäftigung und Karriere der Nachwuchswissenschaftler und Mittelbauangehörigen an den Universitäten. Frankfurt/M. und New York 1996.

TEICHLER, Ulrich, DANIEL, Hans-Dieter und ENDERS, Jürgen (Hg.): Brennpunkt Hochschule. Neuere Analysen zu Hochschule, Politik und Gesellschaft. Frankfurt/M. und New York 1998.

ENDERS, Jürgen und BORNMANN, Lutz: Promotion und Beruf. Ausbildung, Berufsverlauf und Berufserfolg von Promovierten. Frankfurt a.M. und New York: Campus 2001.

SCHWARZ, Stefanie und TEICHLER, Ulrich (Hg.): Universität auf dem Prüfstand – Konzepte und Befunde der Hochschulforschung. Frankfurt a.M. und New York: Campus 2003.

TEICHLER, Ulrich: Hochschule und Arbeitswelt Konzeptionen, Diskussionen, Trends. Frankfurt/M. und New York: Campus 2003.

TEICHLER, Ulrich: Hochschulstrukturen im Umbruch. Eine Bilanz der Reformdynamik seit vier Jahrzehnten. Frankfurt/M. und New York: Campus 2005.

TEICHLER, Ulrich: Die Internationalisierung der Hochschulen. Neue Herausforderungen und Strategien. Frankfurt/M. und New York: Campus 2007.

KEHM, Barbara M. (Hg.): Hochschule im Wandel. Die Universität als Forschungsgegenstand. Frankfurt/M. und New York: Campus 2009.

#### **(B) Reihe "Werkstattberichte"**

**(Jenior Verlag, Lassallestr. 15, D-34119 Kassel,**

HERMANN, Harry; TKOCZ, Christian und WINKLER, Helmut: Soziale Handlungskompetenz von Ingenieuren, Rückblick auf Verlauf und Ergebnisse der Klausurtagung in Hofgeismar am 16. und 17. November 1978. 1979 (Nr. 1).

HERMANN, Harry; TKOCZ, Christian und WINKLER, Helmut: Ingenieurarbeit: Soziales Handeln oder disziplinäre Routine? 1980 (Nr. 2) (vergriffen).

NEUSEL, Aylâ und TEICHLER, Ulrich (Hg.): Neue Aufgaben der Hochschulen. 1980 (Nr. 3) (vergriffen).

HEINE, Uwe; TEICHLER, Ulrich und WOLLENWEBER, Bernd: Perspektiven der Hochschulentwicklung in Bremen. 1980 (Nr. 4) (vergriffen).

NERAD, Maresi: Frauenzentren an amerikanischen Hochschulen. 1981 (Nr. 5).

- LIEBAU, Eckart und TEICHLER, Ulrich (Hg.): Hochschule und Beruf - Forschungsperspektiven. 1981 (Nr. 6) (vergriffen).
- EBHARDT, Heike und HEIPCKE, Klaus: Prüfung und Studium. Teil A: Über den Zusammenhang von Studien- und Prüfungserfahrungen. 1981 (Nr. 7).
- HOLTKAMP, Rolf und TEICHLER, Ulrich: Außerschulische Tätigkeitsbereiche für Absolventen sprach- und literaturwissenschaftlicher Studiengänge. 1981 (Nr. 8) (vergriffen).
- RATTEMEYER, Volker: Chancen und Probleme von Arbeitsmaterialien in der künstlerischen Aus- und Weiterbildung. Mit Beiträgen von Hilmar Liptow und Wolfram Schmidt. Kassel 1982 (Nr. 9).
- CLEMENS, Bärbel: Frauenforschungs- und Frauenstudieninitiativen in der Bundesrepublik Deutschland. Kassel 1983 (Nr. 10) (vergriffen).
- DANCKWORTT, Dieter: Auslandsstudium als Gegenstand der Forschung - eine Literaturübersicht. Kassel 1984 (Nr. 11).
- BUTTGEREIT, Michael und TEICHLER, Ulrich (Hg.): Probleme der Hochschulplanung in der Sowjetunion. Kassel 1984 (Nr. 12).
- Wissenschaftliches Zentrum für Berufs- und Hochschulforschung (Hg.): Forschung über Hochschule und Beruf. Arbeitsbericht 1978 - 1984. Kassel 1985 (Nr. 13).
- DALICHOW, Fritz und TEICHLER, Ulrich: Anerkennung des Auslandsstudiums in der Europäischen Gemeinschaft. Kassel 1985 (Nr. 14).
- HORNBOSTEL, Stefan; OEHLER, Christoph und TEICHLER, Ulrich (Hg.): Hochschulsysteme und Hochschulplanung in westlichen Industriestaaten. Kassel 1986 (Nr. 15).
- TEICHLER, Ulrich: Higher Education in the Federal Republic of Germany. Developments and Recent Issues. New York und Kassel: Center for European Studies, Graduate School und University Center of the City University of New York und Wissenschaftliches Zentrum für Berufs- und Hochschulforschung, Gesamthochschule Kassel. New York/Kassel 1986 (Nr. 16).
- KLUGE, Norbert und OEHLER, Christoph: Hochschulen und Forschungstransfer. Bedingungen, Konfigurationen und Handlungsmuster. Kassel 1986 (Nr. 17) (vergriffen).
- BUTTGEREIT, Michael: Lebensverlauf und Biografie. Kassel 1987 (Nr. 18).
- EKARDT, Hanns-Peter und LÖFFLER, Reiner (Hg.): Die gesellschaftliche Verantwortung der Bauingenieure. 3. Kasseler Kolloquium zu Problemen des Bauingenieurberufs. Kassel 1988 (Nr. 19).
- TEICHLER, Ulrich: Wandel der Hochschulstrukturen im internationalen Vergleich. Kassel 1988 (Nr. 20) (vergriffen).
- KLUCZYNSKI, Jan und OEHLER, Christoph (Hg.): Hochschulen und Wissenstransfer in verschiedenen Gesellschaftssystemen. Ergebnisse eines polnisch-deutschen Symposiums. Kassel 1988 (Nr. 21).
- KRÜGER, Heidmarie: Aspekte des Frauenstudiums an bundesdeutschen Hochschulen. Zur Studiensituation von Frauen im Sozialwesen und in den Wirtschaftswissenschaften - ausgewählte Ergebnisse einer empirischen Untersuchung. Kassel 1989 (Nr. 22) (vergriffen).

- KRAUSHAAR, Kurt und OEHLER, Christoph: Forschungstransfer, betriebliche Innovationen und Ingenieurarbeit. Kassel 1989 (Nr. 23) (vergriffen).
- STRÜBING, Jörg: "Technik, das ist das Koordinatensystem, in dem wir leben..." - Fallstudien zu Handlungsorientierungen im technikwissenschaftlichen Forschungstransfer. Kassel 1989 (Nr. 24).
- GORZKA, Gabriele; MESSNER, Rudolf und OEHLER, Christoph (Hg.): Wozu noch Bildung? - Beiträge aus einem unerledigten Thema der Hochschulforschung. Kassel 1990 (Nr. 25) (vergriffen).
- ENDERS, Jürgen: Beschäftigungssituation im akademischen Mittelbau. Kassel 1990 (Nr. 26) (vergriffen).
- WETTERER, Angelika: Frauen und Frauenforschung in der bundesdeutschen Soziologie - Ergebnisse der Soziologinnen-Enquête. Kassel 1990 (Nr. 27) (vergriffen).
- TEICHLER, Ulrich: The First Years of Study at Fachhochschulen and Universities in the Federal Republic of Germany. Kassel 1990 (Nr. 28) (vergriffen).
- TEICHLER, Ulrich: Recognition. A Typological Overview of Recognition Issues Arising in Temporary Study Abroad. Kassel 1990 (Nr. 29).
- SCHOMBURG, Harald, TEICHLER, Ulrich und WINKLER, Helmut: Studium und Beruf von Empfängern deutscher Stipendien am Asian Institute of Technology. Kassel 1991 (Nr. 30).
- JESKE-MÜLLER, Birgit, OVER, Albert und REICHERT, Christoph: Existenzgründungen in Entwicklungsländern. Literaturstudie zu einem deutschen Förderprogramm. 1991 (Nr. 31).
- TEICHLER, Ulrich: Experiences of ERASMUS Students. Select Findings of the 1988/89 Survey. 1991 (Nr. 32).
- BECKMEIER, Carola und NEUSEL, Aylâ: Entscheidungsprozesse an Hochschulen als Forschungsthema. 1992 (Nr. 33).
- STRÜBING, Jörg: Arbeitsstil und Habitus - zur Bedeutung kultureller Phänomene in der Programmierarbeit. Kassel 1992 (Nr. 34).
- BECKMEIER, Carola und NEUSEL, Ayâ: Leitungsstrategien und Selbstverständnis von Hochschulpräsidenten und -rektoren. Eine Pilotstudie an zehn ausgewählten Hochschulen. Kassel 1992 (Nr. 35).
- TEICHLER, Ulrich und WASSER, Henry (Hg.): American and German Universities: Mutual Influences in Past and Present. Kassel 1992 (Nr. 36).
- MAIWORM, Friedhelm; STEUBE, Wolfgang und TEICHLER, Ulrich: ECTS in its Year of Inauguration: The View of the Students. Kassel 1992 (Nr. 37).
- OVER, Albert: Studium und Berufskarrieren von Absolventen des Studienganges Berufsbezogene Fremdsprachenausbildung an der Gesamthochschule Kassel. Kassel 1992 (Nr. 38).
- MAIWORM, Friedhelm; STEUBE, Wolfgang und TEICHLER, Ulrich: ECTS dans l'Année de son Lancement: Le Regard des Etudiants. Kassel 1992 (Nr. 39).
- WINKLER, Helmut (Hg.): Qualität der Hochschulausbildung. Verlauf und Ergebnisse eines Kolloquiums an der Gesamthochschule Kassel. Kassel 1993 (Nr. 40).

- MAIWORM, Friedhelm; STEUBE, Wolfgang und TEICHLER, Ulrich: ERASMUS Student Mobility Programmes 1989/90 in the View of Their Coordinators. Select Findings of the ICP Coordinators' Reports. Kassel 1993 (Nr. 41) (vergriffen).
- MAIWORM, Friedhelm; STEUBE, Wolfgang und TEICHLER, Ulrich: Les Programmes ERASMUS en Matière de Mobilité des Etudiants au Cours de l'Année 1989/90. Analyse présentée à partir des points de vue des coordinateurs. Kassel 1993 (Nr. 41a).
- Maiworm, Friedhelm; Steube, Wolfgang und Teichler, Ulrich: Experiences of ERASMUS Students 1990/91. Kassel 1993 (Nr. 42) (vergriffen).
- Maiworm, Friedhelm; Steube, Wolfgang und Teichler, Ulrich: Les expériences des étudiants ERASMUS en 1990/91. Kassel 1993 (Nr. 42a).
- OVER, Albert und TKOCZ, Christian: Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern. Zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates. Kassel 1993 (Nr. 43).
- FUCHS, Marek und OEHLER, Christoph: Organisation und Effizienz von Forschungsinstituten. Fallstudien zu technikwissenschaftlicher Forschung an westdeutschen Hochschulen. Kassel 1994 (Nr. 44).
- WINKLER, Helmut (Hg.): Kriterien, Prozesse und Ergebnisse guter Hochschulausbildung. Dokumentation eines Kolloquiums an der Universität Gesamthochschule Kassel. Kassel 1994 (Nr. 45).
- MAIWORM, Friedhelm und TEICHLER, Ulrich: ERASMUS Student Mobility Programmes 1991/92 in the View of the Local Directors. Kassel 1995 (Nr. 46).
- MAIWORM, Friedhelm und TEICHLER, Ulrich: The First Years of ECTS in the View of the Students. Kassel 1995 (Nr. 47).
- OEHLER, Christoph und SOLLE, Christian: Die Lehrgestalt der Soziologie in anderen Studiengängen. Kassel 1995 (Nr. 48).
- MAIWORM, Friedhelm; SOSA, Winnetou und TEICHLER, Ulrich: The Context of ERASMUS: a Survey of Institutional Management and Infrastructure in Support of Mobility and Co-operation. Kassel 1996 (Nr. 49).
- KEHM, Barbara M. und TEICHLER, Ulrich (Hg.): Vergleichende Hochschulforschung. Eine Zwischenbilanz. Kassel 1996 (Nr. 50).
- KEHM, Barbara M.: Die Beteiligung von Frauen an Förderprogrammen der Europäischen Union im Bildungsbereich. Kassel 1996 (Nr. 51).
- TEICHLER, Ulrich: Higher Education und Graduate Employment in Europe. Select Findings from Previous Decades. Kassel 1997 (Nr. 52).
- KREITZ, Robert und TEICHLER, Ulrich: Teaching Staff Mobility. The 1990/91 Teachers' View. Kassel 1998 (Nr. 53).
- SCHRÖDER, Manuela und DANIEL, Hans-Dieter, in Zusammenarbeit mit Karin Thielecke: Studienabbruch. Eine annotierte Bibliographie. Kassel 1998 (Nr. 54).
- BARBLAN, Andris; KEHM, Barbara M.; REICHERT, Sybille und TEICHLER, Ulrich (Hg.): Emerging European Policy Profiles of Higher Education Institutions. Kassel 1998 (Nr.55).

- WASSER, Henry: Diversity in Higher Education. Kassel 1999 (Nr. 56).
- BARBLAN, Andris; REICHERT, Sybille, SCHOTTE-KMOCH, Martina und TEICHLER, Ulrich (Hg.): Implementing European Policies in Higher Education Institutions. Kassel 2000 (Nr.57).
- OEHLER, Christoph und SOLLE, Christian: Professionalisierung und Gesellschaftsbezug. Lehrgestalt der Soziologie in der Grundlagenausbildung von Lehramtsstudierenden. Kassel 2000 (Nr. 58).
- YALCIN, Gülsen: Entwicklungstendenzen im türkischen Hochschulwesen am Beispiel der Stiftungsuniversitäten. Kassel 2001 (Nr. 59)
- MAIWORM, Friedhelm und TEICHLER, Ulrich in Zusammenarbeit mit Annette Fleck: Das Reform-Experiment ifu – Potenziale, Risiken und Erträge aus der Sicht der Beteiligten. Kassel 2002 (Nr. 60).
- JAHN, Volker; SCHOMBURG, Harald und TEICHLER, Ulrich: Internationale Mobilität von Absolventinnen und Absolventen europäischer Hochschulen. Kassel 2002 (Nr. 61).
- HAHN, Karola und LANZENDORF, Ute (Hg.): Wegweiser Globalisierung – Hochschulsektoren in Bewegung: Länderanalysen aus vier Kontinenten zu Marktchancen für deutsche Studienangebote. Kassel 2005 (Nr. 62).
- KEHM, Barbara M. (Hg.): Mit SOKRATES II zum Europa des Wissens - Ergebnisse der Evaluation des Programms in Deutschland. Kassel 2005 (Nr. 63).
- ENDERS, Jürgen und MUGABUSHAKA, Alexis- Michel: Wissenschaft und Karriere. Erfahrungen und Werdegänge ehemaliger Stipendiaten der DFG. Kassel 2005 (Nr. 64).
- KOGAN, Maurice und TEICHLER, Ulrich (Hg.): Key Challenges to the Academic Profession. Paris und Kassel: UNESCO Forum on Higher Education Research and Knowledge und International Centre for Higher Education Research Kassel 2007 (Nr. 65)
- LOCKE, William und TEICHLER, Ulrich (Hg.) The Changing Conditions for Academic Work and Careers in Select Countries. Kassel 2007 (Nr. 66)
- KEHM, Barbara M.: Locking Back to Look Forward. Analyses of Higher Education after the Turn of the Millennium. Kassel (Nr. 67)
- ADAMCZAK, Wolfgang; DEBUSMANN, Robert; KRAUSE, Ellen and MERKATOR, Nadine: Traumberuf ForschungsreferentIn? Kassel (Nr. 68)
- MUGABUSHAKA, Alexis-Michel; SCHOMBURG, Harald und TEICHLER, Ulrich (Hg.) Higher Education and Work in Africa - A Comparative Empirical Study in Selected Countries Kassel (Nr. 69)